

HISTORISCH-POLITISCHE
MITTEILUNGEN

Archiv für
Christlich-Demokratische Politik

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
herausgegeben von
Günter Buchstab und Hans-Otto Kleinmann

14. Jahrgang
2007



BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

HISTORISCH-POLITISCHE MITTEILUNGEN

Archiv für Christlich-Demokratische Politik

14. Jahrgang 2007

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

herausgegeben von

Dr. Günter Buchstab und Prof. Dr. Hans-Otto Kleinmann

Redaktion: Dr. Brigitte Kaff

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Wissenschaftliche Dienste / Archiv für Christlich-Demokratische Politik

Rathausallee 12

53757 Sankt Augustin bei Bonn

Tel 02241 / 246 2210

Fax 02241 / 246 2669

e-mail: zentrale-wd@kas.de

internet: www.kas.de

© 2007 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Köln Weimar Wien
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln, info@boehlau.de www.boehlau.de
Alle Rechte vorbehalten

Satz: Satzpunkt Ursula Ewert GmbH, Bayreuth

Druck: MVR-Druck GmbH, Brühl

ISSN: 0943-691X

ISBN: 978-3-412-19906-7

Erscheinungsweise: jährlich

Preise: € 19,50 [D]/ € 20,10 [A]

Erhältlich in Ihrer Buchhandlung oder direkt beim Böhlau Verlag unter:

vertrieb@boehlau.de, Tel. +49 221 91390-0, Fax +49 221 91390-11

Ein Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn die Kündigung nicht zum 1. Dezember erfolgt ist. Zuschriften, die Anzeigen und Vertrieb betreffen, werden an den Verlag erbeten.

Inhalt

AUFSÄTZE

<i>Guido Hitze</i>	1
Das Konzept der „neuen Sicherheit“. Zur Auseinandersetzung um den „Neoliberalismus“ in der Programmatik der Unionsparteien	
<i>Anselm Doering-Manteuffel</i>	27
Die Wurzeln des „alten Europa“ im amerikanischen Jahrhundert	
<i>Ulrich Karpen</i>	45
Deutschland und Europa: Das Staatsrecht in den Plänen des Kreisauer Kreises	
<i>Michael Richter</i>	67
Jugend zwischen den Diktaturen. Manfred Klein und die christlich-demokratische Jugendopposition in der SBZ	
<i>Michael Klein</i>	79
Der westdeutsche Protestantismus und die CDU bis zum Ende der Ära Adenauer	
<i>Alexander Straßner</i>	99
Die 68er-Bewegung und der Terrorismus in der Bundesrepublik	
<i>Carsten Penzlin</i>	121
Rainer Barzel als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1972	
<i>Peter Rütters</i>	137
Gertrud Wronka – Eine katholische Frauenkarriere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts	
<i>Christopher Beckmann</i>	153
Lambert Lensing (1889–1965) – Zeitungsverleger, Mitgründer der CDU, Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe	
<i>Jörg-Dieter Gauger</i>	187
Hans-Erich Stier (1902–1979) – Althistoriker, Mitgründer der CDU, Kulturpolitiker	

<i>Andreas Grau</i>	213
Vom Aufsteiger zum Überläufer. Der Fall des CDU-Abgeordneten und DDR-Spions Karlfranz Schmidt-Wittmack	

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

VII. Die transatlantischen Beziehungen in der Ära Kohl

<i>Hans-Peter Schwarz</i>	231
Einführung	

<i>Andreas Wirsching</i>	235
Die Beziehungen zu den USA im Kontext der deutschen Außenpolitik 1982–1998	

<i>Klaus Larres</i>	245
Die USA, die europäische Einigung und die Politik Helmut Kohls	

<i>Stefan Fröhlich</i>	263
Die USA-Politik aus amerikanischer Perspektive in der Ära Kohl	

<i>Gisela Müller-Brandeck-Bocquet</i>	273
Wie halten wir es mit Amerika? Die transatlantischen Beziehungen, die Konstruktion Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Ära Kohl	

<i>Werner Link, Peter Hermes, Joachim Bitterlich, Bernd Wilz:</i>	299
Statements	

MISZELLEN

<i>Rudolf Morsey</i>	313
Der Parlamentarische Rat 1948/49 im Rückblick. Das erste Rhöndorfer Gespräch mit Zeitzeugen und Zeithistorikern 1969	

<i>Gerhard Wettig</i>	341
Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Untersuchung auf der Basis neuer Archivdokumente	

LITERATURBERICHTE

<i>Hans-Otto Kleinmann</i>	353
Die Ära Kohl – Ein Literaturbericht. Erster Teil	
<i>Markus Lingen</i>	411
Christentum und Demokratie. Katholiken in den USA und Deutschland	
<i>Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie</i>	417
(Auswahlbibliographie)	
Abstracts – Résumés – Zusammenfassungen	427
Mitarbeiter dieses Bandes	451

AUFSÄTZE

Das Konzept der „neuen Sicherheit“. Zur Auseinandersetzung um den „Neoliberalismus“ in der Programmatik der Unionsparteien

Von Guido Hitzte

1. Einführung

Im Juni dieses Jahres startete der SPD-Vorsitzende Kurt Beck in einem Beitrag für die FAZ (11. Juni 2007) unter der Überschrift „Das soziale Deutschland“ einen scharfen Angriff auf das neue Grundsatzprogramm der CDU, dessen Entwurf wenige Wochen zuvor in seinen Grundzügen von Generalsekretär Pofalla der Öffentlichkeit vorgestellt worden war. Der Hauptvorwurf Becks an die Adresse des Berliner Koalitionspartners bestand in der Behauptung, die Union propagiere das Leitbild eines stetig „schrumpfenden Staates“; ihr „Neoliberalismus“ sei eine „Ideologie ohne Erdung“. Der SPD-Vorsitzende setzte dem angeblich „marktradikalen“ Konzept der CDU die sozialdemokratische Idee des „vorsorgenden Sozialstaats“ entgegen, welche notwendige Reformen mit der „herausragenden Frage der sozialen Sicherheit“ und der „Zukunft der Arbeit unter den Bedingungen der Globalisierung“ verknüpfe und auf diese Weise den Weg in ein modernes, freiheitliches, aber eben auch „soziales“ Deutschland eröffne.

Ebenfalls im Juni 2007 fusionierten in Berlin PDS und WASG zur neuen „Linken“. Das Attribut „neu“ erwies sich nach den programmatischen Reden von Lothar Bisky, Gregor Gysi und vor allem Oskar Lafontaine bei näherem Hinsehen allerdings rasch als Etikettenschwindel. Hier feierte der alte, längst tot geglaubte Sozialismus althergebrachter Provenienz mit seinen staatlichen Allmachts- und Entmündigungsphantasien fröhliche Urständ: Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, insbesondere der Energiewirtschaft, antiimperialistische internationale Solidarität, der politische Generalstreik und die Beschwörung eines angeblich „sicheren“ Sozialstaates, der zum „Wohlfahrtsstaat“ ausgebaut werden sollte, bildeten zentrale Schwerpunkte eines Programms, das in der höchst fragwürdigen Parole Lafontaines gipfelte: „Freiheit durch Sozialismus!“.

Nun ließe sich über beide „linken“ Konzepte, das des „vorsorgenden Sozialstaates“ der SPD und das reaktionäre, weil ausschließlich rückwärtsgewandte der Linkspartei, trefflich politisch streiten. Offenbar weiß ein Kurt Beck nichts über Wesen und Genese des Begriffs „Neoliberalismus“, den er pauschal der Union als Etikett anheftet, und sein Bild vom angeblichen „Schrumpfstaat“,

den die CDU anstrebe, ist dermaßen schief, dass es in Anbetracht der historischen wie aktuellen Realität eher wie eine Karikatur anmutet. Oskar Lafontaine wiederum lässt völlig offen, welche „Freiheit“ da durch welchen „Sozialismus“ herbeigeführt werden soll und weshalb der „Sozialstaat“ von einst angeblich noch heute so „sicher“ ist, dass er sogar noch ausgebaut werden kann. Doch allen Unzulänglichkeiten und Irrtümern zum Trotz berühren sowohl Beck wie Lafontaine einen höchst sensiblen Punkt im gesellschaftlichen Bewusstsein, der für die Politik allgemein eine zentrale Herausforderung darstellt: Die Sehnsucht, besser das Verlangen der Bürger – unabhängig von Herkunft, Stand und parteipolitischer Präferenz – nach „Sicherheit“ in ebenso unruhigen wie unübersichtlichen Zeitläufen. Dieser Herausforderung hat sich auch und vorrangig die Union als stärkste politische Kraft in Deutschland zu stellen. Und hier trifft die Kritik des SPD-Vorsitzenden durchaus eine wunde Stelle: Die CDU mag sich aufrichtig darum bemüht haben, in ihrem neuen Grundsatzprogramm Antworten auf alle möglichen Probleme und Fragen unserer Zeit zu finden, darunter auch und gerade solche zur Zukunft von Arbeit und Gesellschaft. Aber diese Antworten wirken insgesamt merkwürdig unverbunden, rein additiv, mitunter geradezu unverbundlich. Daher mangelt es vielen Bereichen des Grundsatzprogrammwerfs tatsächlich, um mit Kurt Beck zu sprechen, an der notwendigen „Erdung“. Gefragt ist eine Leitidee, die gleichermaßen konzeptionell trägt wie auch praxistauglich ist, das heißt in und an den politischen Realitäten für die Bürger nachvollziehbar und überprüfbar wird. Nur dann wird sie auch langfristig überzeugen und Mehrheiten im demokratischen Wettbewerb gewinnen können. Dieser Wettbewerb ist längst eröffnet. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat das nach dem Wahlsieg vom Mai 2005 schnell begriffen. Unter Ministerpräsident Jürgen Rüttgers ist sie, nicht ohne damit erhebliche Irritationen in der Gesamtpartei auszulösen, seitdem bemüht, Grundüberzeugungen der Christlichen Demokratie in praktische Politik umzusetzen und sie an die Erfordernisse und veränderten Bedingungen des ökonomischen wie gesellschaftlichen Wandels anzupassen, ohne ihre Wurzeln zu verleugnen oder gar zu kappen. Eine zentrale Komponente des eben beschriebenen Vorhabens stellt das Konzept der „neuen Sicherheit“ dar, auf das im Folgenden näher eingegangen werden soll.

2. Gesellschaft in der Krise

„Wertewandel“, „Globalisierung“, „demographische Krise“ sind Begriffe, die eine Entwicklung der letzten Jahrzehnte beschreiben, an deren Ende ein Ergebnis steht, das von niemandem ernsthaft bestritten werden kann: der Verlust von „Sicherheit“ in beinahe jeder Beziehung. Die Sicherheit des Einzelnen in seiner jeweiligen Lebenssituation, verstanden als „soziale Sicherheit“, ist da-

von ebenso betroffen wie die Sicherung allgemeiner Lebensverhältnisse, die innere Sicherheit und die Sicherheit vor äußeren Gefahren.

Spätestens in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, als die Vertreter der „68er“ ihren „Marsch durch die Institutionen“ abgeschlossen hatten, schien sich das Motto des „anything goes“ unwiderruflich durchgesetzt zu haben. Die alten Werte, Traditionen, Erfahrungen und Glaubenssätze, welche die Gesellschaft zusammengehalten hatten, verloren mehr und mehr an Gültigkeit und vor allem Akzeptanz. Die Emanzipation des Individuums feierte ihren Triumph. Selbstverwirklichung wurde zum Selbstzweck. Das alte Ziel der Aufklärung, die Selbstbestimmung, wurde ihrer existentiell notwendigen Ergänzung, der Selbstverantwortung, zunehmend beraubt, die Bindungslosigkeit so lange zum Prinzip erklärt, bis sie in Bindungsunfähigkeit ausartete. Auf diese Weise erfuhr das Individuum vermeintlich eine Stärkung, allerdings auf Kosten der Person. Zugleich zeigten sich die Folgen einer „emanzipatorischen Bildungspolitik“: Das Bildungsniveau sank allgemein und dramatisch; eine schwache Allgemeinbildung korrespondierte bei vielen Leistungsträgern in Wirtschaft, Politik, Kultur und Medien in wachsendem Maße mit einem theorielastigen Spezialwissen. Dabei ging zwangsläufig der Blick für das Ganze verloren. Ohne den klassischen Bildungskanon als Basis degenerierte die gesellschaftliche Elite allzu oft zur sich im Abstrakten verlierenden Technokratenkaste. Nicht die vielfach beschworene „Wissensgesellschaft“ stand am Ende dieser Entwicklung, sondern die bloße „Informationsgesellschaft“, in der eine Flut von Informationen aller Art in Gestalt einer pausenlosen Reizüberflutung auf den Einzelnen niedergeht, ohne von diesem mangels genügend ausgeprägter Wertmaßstäbe und intellektueller Kompetenz gefiltert, gewichtet und zielgerichtet verarbeitet werden zu können.

Die politischen Vorkämpfer eines solchen Gesellschaftsmodells ahnten freilich, dass sie ihre Politik nur auf der „Mitte“ der Gesellschaft gründen bzw. aus einer solchen heraus erfolgreich propagieren, gestalten und letztlich legitimieren konnten. Besagte „Mitte“ war jedoch nicht zu verwechseln mit der einigermaßen statischen „alten Mitte“ der bürgerlichen Gesellschaft: dem gewerblichen Mittelstand, dem Bildungsbürger, dem Beamten und höheren Angestellten, dem Facharbeiter, dem Selbständigen. Diese Mitte war seit dem „Kommunistischen Manifest“ das Feindbild der Linken schlechthin, bekämpft als die Klasse der „Bourgeoisie“, die Stütze der bürgerlichen und kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Jene „alte“ Mitte nun kann man mit sozialen, das heißt materiellen Indikatoren beschreiben und eingrenzen. Sie zeichnet aber ebenso aus, dass sie sich selbst als ausgesprochen bindungsorientiert und werbewusst definiert. Die „neue Mitte“ dagegen, welche die SPD im Bundestagswahlkampf 1998 umwarb, war nicht statisch oder traditionsorientiert, sondern in hohem Maße beweglich, sozusagen der Ausdruck eines temporären Daseinszustandes, eine Art „Durchlaufstation“ auf dem steilen Weg nach oben.

Ihr Maßstab war ein nahezu rein materieller, und verkörpert wurde sie vom flexiblen Aufsteigertyp, der sich in keiner Weise mehr an irgendwen oder irgendetwas gebunden sehen wollte. Dieser Aufsteigertyp aber symbolisierte sozusagen die Inkarnation der Postmoderne, wobei die fortschreitende und sich ständig beschleunigende Globalisierung durch den vor ihr ausgehenden Anpassungs- und Veränderungsdruck das ihre dazu beitrug, die „neue Mitte“ ständig in Bewegung zu halten, bis eine ihrer scheinbar ehernen Grundlagen, die „new economy“, wie eine große Blase plötzlich platzte und die „neue Mitte“ bis auf weiteres marginalisierte.

Interessanterweise bemerkten die Protagonisten eines solcherart postmodernen Politikverständnisses sehr schnell, dass die neuen volatilen gesellschaftlichen Strukturen, die zu schaffen bzw. zu fördern sie entschlossen waren, bezogen auf das gesellschaftliche Ganze wenig stabilisierend wirkten und sich schon gar nicht als krisenfest erwiesen. Folglich knüpften sie an den sozialistischen Kern der Postmoderne an, die Propagierung von Kollektivismus und Staatsidealismus. Dies erscheint zunächst als beinahe ironischer Widerspruch, allerdings nur so lange, wie man das Individualprinzip mit dem Personalitätsprinzip verwechselt. Denn ein nahezu bedingungsloser Individualismus kann einem Gemeinwesen nun einmal nicht die notwendige Stabilität und Sicherheit verleihen, er untergräbt und gefährdet es vielmehr. Also muss „der Staat“ als Korrektiv auftreten und dort „Ordnung“ schaffen, „Gerechtigkeit“ realisieren, wo sich die bloße Summe der ungebundenen Individuen hierzu nicht in der Lage sieht. Der alte Glaube, der Staat könne alles besser organisieren, regulieren, verteilen und ordnen als subsidiäre, nichtstaatliche Organisationen oder gar der einzelne Bürger, ging auf diese Weise eine Verbindung ein mit der scheinbar objektivierbaren Notwendigkeit staatlichen Eingreifens in Lebensbereiche, die nach besten westeuropäischen Denktraditionen von jeher und aus gutem Grund „vorstaatlich“ zu sein haben, etwa wenn es sich um Angelegenheiten der persönlichen Lebensgestaltung oder Erziehungsfragen handelt. Eine derart staatsorientierte Politik führt zwangsläufig zu einer Erosion, ja mitunter Perversion der klassischen politischen Grundwerte. „Freiheit“, „Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ galten bislang als unumstrittene Eckpfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Im postmodernen Verständnis wird aber aus der ursprünglich gemeinten „Freiheit der Bürger“ die Freiheit des Staates, sich das an materiellen wie immateriellen Werten und Rechten anzueignen, was er nach eigener Auskunft zur Sicherung seiner Existenz benötigt; aus der „Gerechtigkeit“ wird banale Gleichheit, die Egalisierung bestehender sozialer Unterschiede, die Nivellierung jeglicher Leistungs- und Qualitätsanreize; die „Solidarität“ der Starken mit den Schwachen schließlich, die eine Gesellschaft im wesentlichen zusammenhält, verkommt zur Solidarität der Schwachen mit den Leidensgenossen, weil die Starken und Leistungskräftigen entweder systematisch und nachhaltig geschwächt werden oder aber sich,

wenn sie einmal ein bestimmtes materielles Niveau erreicht haben, ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen zu entziehen wissen.

Am Ende steht – ungeachtet aller pseudo-sozialreformerischen Phraseologie – ein zutiefst etatistisches Gemeinwesen mit egalitären Grundstrukturen, einer weiter zunehmenden kulturellen und materiellen Verarmung weiter Bevölkerungskreise und einer allgemeinen geistig-technischen Immobilität. Ein solcher Staat wäre nicht mehr weit entfernt vom berühmten „Leviathan“ des absolutistischen politischen Philosophen Thomas Hobbes, der seine Bürger enteignet und die eingezogenen Güter nach eigenem Gusto umverteilt. Ein solcher Staat aber ist letztlich auch das Gegenteil eines „starken Staates“, denn seine vermeintliche „Stärke“ beruht vor allem auf einem ständigen Misstrauen gegen die geistige und materielle Unabhängigkeit seiner Bürger, gegen deren Fähigkeit zu Selbstbestimmung in Eigenverantwortung. Aus diesem Grund bleibt die Staatsbürokratie gezwungen, sich immer mehr Kompetenzen anzueignen, die wiederum ihre finanziellen wie logistischen Möglichkeiten überschreiten müssen. Das Staatswesen wird zunehmend unflexibel, ineffizient und schließlich praktisch handlungsunfähig, weil die angehäuften Schuldenlast irgendwann keinerlei Spielräume mehr zulässt. Seine „Stärke“ vermag dieser eigentlich „schwache“ Staat nur noch zu demonstrieren, in dem er die individuellen Freiheiten der Bürger noch weiter einschränkt, sie in bestimmte „Systeme“ zwingt und damit zwangsweise zusätzlich egalisiert. Es ist eben gerade nicht eine „Schwundform des Liberalismus“, wie Kurt Beck fälschlich in seinem Essay behauptet, welche den Bürger in das rein Private abdrängt und zum ausschließlich materiell orientierten, „egoistischen Bourgeois“ degenerieren lässt, sondern der anmaßende, alles an sich ziehende und umverteilende Bürokraten-Staat. Deshalb ist und bleibt der „Citoyen“ und nicht der „Bourgeois“ der natürliche Feind des Leviathan!

Nun könnte man schlussfolgern, die Alternative zu dem eben skizzierten, zugegeben reichlich pessimistischen Szenario bestünde in einer weitgehenden Selbstbeschränkung des Staates, seinem Rückzug auf einige wenige Kernbereiche. In die entstandenen Freiräume könnten und sollten dann die Bürger mit ihrer Leistungsbereitschaft, ihrem ökonomischen und sozialen Engagement vorstoßen; ihr profundes Wissen, gepaart mit praktischer Erfahrung und ethisch begründetem Verantwortungsgefühl, einbringen. Der Staat dieser überaus optimistischen Variante wäre dann ein „schwacher“, ein „liberaler“ Staat, aber zugleich ein reicher, kompetenter Staat, der seine Aufgaben zuverlässig erfüllt und seine wahre Stärke vor allem in der Garantierung äußerer wie innerer Sicherheit und Stabilität beweist.

Allein, die Wirklichkeit ist differenzierter. So sehr wir uns unzweifelhaft in Richtung der ersten, negativen Option bewegen, ohne dass jene bereits vollständig Realität geworden wäre, so sehr fehlen uns die Voraussetzungen für ein wirklich „freiheitliches“ Gesellschaftsmodell. Die ohnehin schmale

Schicht der Bildungsbürger nimmt weiter ab, das Wissen um Werte und ihre vorstaatliche Begründung geht verloren, die Mittelschicht erodiert oder hat zumindest das Gefühl, zwischen „oben“ und „unten“ zerrieben zu werden, wobei sich „oben“ als mögliches Ziel für die „klassischen“ Angehörigen der Mittelschicht immer weiter weg bewegt, umgekehrt aber die Gefahr des rasanten, ungebremsten Abstieges ständig zunimmt und realer wird. Die Gesellschaft driftet anscheinend unaufhaltsam auseinander; einige vermehren ihren ohnehin großen Reichtum ins schier Unermessliche, die große Mehrzahl jedoch verharrt in den unteren Gesellschaftsschichten oder droht, in jene abzugleiten. Die „Mitte“, nach neueren Erhebungen immerhin 40 Prozent der Erwerbstätigen, welche 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens erwirtschaften (FAZ vom 4. März 2007), ist die Gruppe derjenigen, welche den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gewährleistet und die Stütze des demokratischen Systems bildet. Eine Gesellschaft, die ihrer natürlichen Mitte verlustig geht, gerät daher zwangsläufig aus dem Gleichgewicht. Ein Indiz für die akuten Gleichgewichtsstörungen unseres demokratischen Gemeinwesens ist die Wahlbeteiligung: Die Gruppe der Nichtwähler ist bei den meisten Wahlen inzwischen die absolut gesehen stärkste politische Kraft. Noch ist diese Kraft der Unentschlossenen, Frustrierten, Desinteressierten und sozialen Verlierer heterogen, unorganisiert und unmotiviert. Aber ihr wohnt ein Potential inne, das – erst einmal geweckt und koordiniert – schnell seine ganze destruktive Dynamik entfalten kann. Nicht umsonst hat der Demagoge Lafontaine unter dem Schlagwort „Demokratie in der Krise“ sein Auge besonders auf die Nichtwähler als Reservoir für die Linkspartei geworfen. Es ist eine historische Binsenweisheit, dass erst die ökonomische und soziale Pulverisierung des „alten“ Mittelstandes in Deutschland die Grundlage für den (aufhaltsamen) Aufstieg des Nationalsozialismus gebildet hat. Wenn soziale Bindungen erschlaffen, gewohnte Sicherheiten verlorengehen, immer größere Einkommensdisparitäten entstehen, dann sind gesellschaftliche Fragmentierungen und soziale Integrationsverluste die logische Folge. Oder um es mit dem Verfassungsrichter Udo di Fabio zu sagen: „Wer die Idee der Mitte einer Gesellschaft preisgibt, verliert über kurz oder lang auch den Boden unter den Füßen, für die Republik und die Demokratie.“

Gegenwärtig versuchen die Parteien, auch und gerade diejenigen des „bürgerlichen“ Lagers, der allenthalben spür- und sichtbaren gesellschaftlichen Krise das Modell einer „neuen“ Freiheit entgegenzusetzen. Der Einzelne soll sich seiner Verantwortung bewusst werden und mit ihr schöpferisch umgehen. Er soll Familien gründen, Kinder in die Welt setzen, deren wertorientierte Erziehung ebenso gewährleisten wie die Behebung elementarer, in unserem maroden Bildungssystem begründeter Wissensdefizite und dabei selbst lebenslang weiterlernen, er soll sich gegen die sozialen Risiken und Wechselfälle des Lebens nach Möglichkeit zu einem Großteil privat absichern, durch seinen

Arbeitseinsatz das eigene Auskommen mehr und zugleich als Konsument die Binnennachfrage stärken, er soll aber auch als verantwortungsbewusster Arbeitnehmer Lohnzurückhaltung üben, mehr und länger bei immer flexibleren Arbeitszeiten seiner Profession nachgehen, sich ökologisch vorbildlich verhalten und in seiner Freizeit in Vereinen, Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen für das Allgemeinwohl tätig werden.

Die Politik muss endlich begreifen, dass sie die Bürger hoffnungslos überfordert, indem sie sie permanent mit immer neuen, zum Teil extrem widersprüchlichen Anforderungen konfrontiert und dabei nicht selten alles tut, die Erfüllung eben jener Anforderungen noch zusätzlich zu erschweren. Die allgemein beklagte „Bindungsunfähigkeit“ junger Menschen ist durchaus wörtlich zu nehmen und liegt keineswegs ausschließlich an einem umfassenden „Werteverlust“. Wie soll jemand stabile soziale Bindungen aufbauen, sesshaft werden, durch den Erwerb einer selbstgenutzten Immobilie einen Beitrag zur eigenen Alterssicherung leisten, Beruf, Kindererziehung und Ehrenamt miteinander verbinden, ein „Heimatgefühl“ oder ein „Landesbewusstsein“ entwickeln, wenn von ihm und seinem Partner ständig ein Höchstmaß an Flexibilität erwartet wird, sich die Planbarkeit des eigenen Lebens auf Intervalle von vielleicht maximal drei Jahren reduziert, der Arbeitsplatz zum bloßen „Job“ mutiert und die Höhe des Einkommens, das heißt der eigene Lebensstandard, permanenten Schwankungen unterworfen ist, also unkalkulierbar wird? Hinzu kommt eben, dass die gewaltige intellektuelle, aber auch physische und psychische Kraftanstrengung, die dem Einzelnen zugemutet wird, ausgerechnet jenen abverlangt werden soll, die aufgrund der Bildungsexperimente früherer Jahrzehnte, der systematischen „Entgrenzung“ überkommener Wertvorstellungen sowie der nicht minder planmäßigen „Überwindung“ traditioneller Lebensformen bzw. Institutionen gar nicht über die Voraussetzungen verfügen können, die von ihnen erwarteten Leistungen tatsächlich zu erbringen. Um noch einmal Udo di Fabio zu zitieren: „Verantwortungsgefühl, der Mut zur Familien- oder Unternehmensgründung, der Antrieb zum Neuen und zur Weiterbildung, der Wille für sich selbst und die Zukunft zu sorgen, können nicht staatlich verordnet, wohl aber staatlich geschwächt werden.“

Dabei zeigen neuere Untersuchungen ein stetig wachsendes Interesse gerade junger Menschen an traditionellen Werten und Lebensformen. Familien und Kinder stehen – wenigstens als Lebensziel bzw. als Lebenstraum – auf der Wunschliste vieler ganz oben. Auf der persönlichen Werteskala gilt ähnliches für Liebe, Treue, Aufrichtigkeit als feste normative Größen, gefolgt bzw. umrahmt von den alten „Sekundärtugenden“ Fleiß, Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit. Der Papst avanciert zum Medienstar, nicht wegen seines religiösen Amtes, dessen Sinn und Zweck sich dem Verständnis der meisten Zeitgenossen inzwischen verschließt, sondern als moralische Institution, als eine Art Orientierung spendender „Fels“ im Meer der Beliebigkeit. Inmitten der rasch

wechselnden Lebensumstände und Lebensformen wird die traditionelle Familie, so sie noch vorhanden ist, mehr und mehr zum einzig verbleibenden gesellschaftlichen Ort, an dem *Sicherheit* noch erfahrbar wird. Tradition imponiert als Gegenstück zu einer sich rasant verändernden Umwelt, wird zur Ausdrucksform gesellschaftlichen Protestes, so, wie es vor 40 Jahren der bewusste *Traditionsbruch* gewesen ist. Orientierung, Sinnstiftung, Berechenbarkeit und Sicherheit zählen zu den heute aktuellsten Wünschen und Sehnsüchten einer jungen Generation, die beinahe verzweifelt nach Bindung sucht und deswegen Begriffe wie Ehe, Familie, Heimat, Nation oder Europa wieder für sich entdeckt, sie aber nicht in jedem Fall mehr auch inhaltlich zu füllen versteht.

Mit zu der allgemein um sich greifenden gesellschaftlichen Verunsicherung beigetragen hat, neben Politik und Kultur, freilich auch die Wirtschaft. Sie hat sich ohne Frage im Zuge der Globalisierung einem enormen Anpassungs- und Effizienzdruck ausgesetzt gesehen. Die Zeit der „Deutschland AG“ oder des berühmten „rheinischen Kapitalismus“ ist vorbei. Alles muss schneller, schlanker, kostengünstiger werden. Der Preis bestimmt zunehmend das Marktgeschehen, nicht mehr die Qualität einer Ware. Nun sind viele Experten der Ansicht, diese Übergangsphase gehe ihrem Ende entgegen. Von jetzt an käme es in erster Linie darauf an, die Selbstheilungskräfte des Marktes freizusetzen, die Wirtschaft von Abgabelasten und zu hohen Lohnnebenkosten zu befreien, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes voranzutreiben, ein günstiges Investitionsklima zu schaffen und bürokratische Hemmnisse abzubauen.

Nicht zuletzt wird in diesem Kontext das hohe Lied der Sozialen Marktwirtschaft angestimmt, wobei jedoch allzu oft die „soziale“ Marktwirtschaft mit der „freien“ Marktwirtschaft verwechselt wird. Der Markt als solcher ist aber kein Wert an sich, sondern ein Zustand und überdies vollkommen werbetblind. Ohne Regeln und Einschränkungen wohnt ihm die Tendenz inne, sich selbst abzuschaffen. Freier Wettbewerb mag für eine gewisse Zeit Kreativität, Leistung, Flexibilität fördern, innovativ wirken und dem Fortschritt nützen. Doch schrankenlos zugelassen begünstigt er Konzentrationsprozesse, die Verdrängung kleinerer Anbieter, die Entstehung von Monopolen und Kartellen, schließlich Preisdiktate und Qualitätseinbußen. Genau diese Erkenntnis ist im Übrigen „neoliberal“, wie Gerald Braunberger völlig zu Recht (FAZ vom 12. Juni 2007) ausgeführt hat. Der „Neoliberalismus“ versuchte im Wissen um die Auswüchse des „Manchester-Kapitalismus“ des 18. und 19. Jahrhunderts eine „Zähmung“ des „zügellosten Liberalismus“ (Marc Beise in der SZ vom 12. Juni 2007). Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft, allesamt wie der Nestor des deutschen Ordoliberalismus, Wilhelm Röpke, bekennende „Neoliberale“, haben deshalb einen Ordnungsrahmen geschaffen, in welchem sich wirtschaftliches Agieren abspielen sollte. Ihr Ziel war ein Wettbewerb, an dem möglichst viele Akteure, sei es als Produzenten, sei es als Konsumenten, teil-

nehmen können sollten, um so Wohlstand und soziale Sicherheit *für alle* zu schaffen bzw. zu sichern. Jeder sollte seine Chance bekommen. Ob er sie nutzte, war seine Privatangelegenheit. Dass er sie aber ergreifen konnte, dafür sorgte das Gemeinwesen. Obwohl dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ein konkretes Menschen- und Gesellschaftsbild zugrunde liegt und es sich an bestimmten ethischen Wertmaßstäben orientiert, operiert es in der Praxis nicht mit moralischen Kategorien. Vielmehr appelliert es an die Vernunft der Akteure, an ihr wohlverstandenes Eigeninteresse. Unternehmen sind nach diesem Modell dann langfristig erfolgreich, wenn sie über eine motivierte, gut ausgebildete Belegschaft verfügen, fest am Markt, aber auch in der Produktionsregion verankert sind, eine günstige Infrastruktur nutzen können und vom Staat nicht mehr „belästigt“ werden als unbedingt nötig. Umgekehrt wird der Staat durch die angemessene Besteuerung der Unternehmensgewinne in den Stand versetzt, günstige ökonomische Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu erhalten, für die benötigte Ausbildung und Qualifikation der künftigen Arbeitnehmer zu sorgen, die Infrastruktur wenn nötig auszubauen sowie stabile soziale und politische Verhältnisse sicherzustellen, in denen Streiks oder gar Unruhen wenn überhaupt seltene Ausnahmeerscheinungen bleiben. Zwischen Staat und Unternehmen entsteht auf diese Weise ein profitables Geschäft auf Gegenseitigkeit, das seine besondere staatspolitische Note aus dem Umstand bezieht, dass eine stabile Demokratie und eine erfolgreiche Wirtschaft stets direkt und eng miteinander korrespondieren.

Nun ist die Soziale Marktwirtschaft seit ihrer Begründung vielfachen Deformationen durch sämtliche an ihr beteiligten Akteure ausgesetzt gewesen. Insofern erscheint die Forderung, sie in ihren reinen „Urzustand“ zurückzusetzen, nachvollziehbar. Darin allein kann indes nicht die Lösung liegen. Denn eine derartige eindimensionale Betrachtungsweise übersieht, dass sich entscheidende Parameter wirtschaftlichen Handelns in den vergangenen sechs Jahrzehnten erheblich verschoben haben. Wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit gehören, wie beispielsweise Jürgen Rüttgers nicht müde wird zu betonen, zusammen, sind in der Realität jedoch längst nicht mehr zwei Seiten ein und derselben Medaille. Vielmehr ist an die Stelle der langfristig angelegten *Gewinnoptimierung* der Primat der kurzfristigen *Gewinnmaximierung* getreten. Unter den Ökonomen haben die klassischen Volkswirte den Wettlauf mit den Betriebswirten verloren. Letztere denken rein unternehmensorientiert; gesellschaftliche Rahmenbedingungen, soziale Verpflichtungen und die Interdependenzen zwischen staatlichem und wirtschaftlichem Handeln interessieren sie in der Regel nur in dem Maße, in dem das eigene Unternehmen hiervon unmittelbar tangiert wird. Hinzu kommt der Wandel vom *Eigentümer-Unternehmen* zum *Manager-Unternehmen*. Angestellte Manager aber denken und arbeiten in gänzlich anderen zeitlichen und operativen Kategorien als Eigentümer, die womöglich noch nachfolgende Erbgenerationen in ihre

unternehmerischen Entscheidungen mit einbeziehen. In einer Epoche, in welcher der Wert eines Unternehmens oft nur noch an Quartalsergebnissen gemessen wird, Rekordumsätze zum Belastungsfaktor werden, weil sie nicht beliebig oft zu toppen sind, Börsenkurse dann zulegen, wenn trotz Gewinn-situation massenhafter Arbeitsplatzabbau erfolgt, weil Arbeitnehmer keinen positiven Produktionsfaktor mehr darstellen, sondern ausschließlich als Kostenfaktor wahrgenommen werden, wenn Standortqualität und qualifizierte Belegschaft zu beliebigen Variablen mutieren, die im Bedarfsfall jeder Zeit austauschbar sind, dann greifen die klassischen Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft ins Leere. Dann wird der Staat zumindest durch die großen internationalen Konzerne erpressbar, weil er nach wie vor im globalen Wettbewerb günstige Rahmenbedingungen vorhalten muss, aber nicht mehr länger auf entsprechende Gegenleistungen der Wirtschaft hoffen darf, da diese im Fall der Einforderung sofort mit Abwanderung drohen kann.

Die sozialen Sicherungssysteme wiederum sind nicht allein durch systemwidrige Übergriffe der Politik beschädigt worden oder durch den demographischen Wandel, der sich ja erst so richtig in den kommenden Jahrzehnten bemerkbar machen wird. Die Wirtschaft selbst hat kräftig dazu beigetragen, die Verhältnisse in Unordnung zu bringen. Wer die eigene Belegschaft mit großzügigen Vorruhestandsregelungen vermeintlich sozialverträglich abbaut, dabei aber die Sozialversicherungen nicht nur zusätzlich belastet, sondern ihnen auch noch aktive Beitragszahler massenhaft entzieht, verwirkt genauso das Recht, über ständig steigende Sozialabgaben zu klagen, wie derjenige, der mit der gleichen Methode die Folgen schwerer Managementfehler zu beheben sucht. Wer ältere Arbeitnehmer ab 50 Jahre systematisch freisetzt oder gezielt nicht einstellt, obwohl sie bewährt, zuverlässig und qualifiziert sind, darf nicht darüber jammern, dass ihm bewährte, zuverlässige und qualifizierte Fachkräfte fehlen. Wer durch illegale Preisabsprachen und flächendeckende Korruption Wettbewerb außer Kraft setzt, kann nur mit begrenztem Verständnis rechnen, wenn er weiteren Deregulierungen das Wort redet. Wer Betriebsvereinbarungen heute trifft und morgen bricht, indem er bestimmte Unternehmensbereiche einfach ausgliedert und ihrem weiteren Schicksal überlässt, darf nicht darauf hoffen können, die entlassenen Mitarbeiter der Allgemeinheit wie nicht mehr benötigten Industrieabfall einfach vor die Füße zu kippen.

Insbesondere aus Wirtschaftskreisen ist der Ruf nach dem gut ausgebildeten, flexiblen, belastbaren, sozial kompetenten und eigenverantwortlichen Mitarbeiter zu vernehmen. Für die Bereitstellung dieser Mitarbeiter ist der Staat verantwortlich. Der Faktor „Mensch“ in seiner Eigenschaft als Person wird dabei gerne übersehen. Wer den Menschen in seiner personalen Würde missachtet, riskiert freilich seine Reduzierung zum Bestandteil einer unspezifizierbaren Masse, der bloßen Summe der in ihr zusammengefassten Individuen. Verantwortung und Leistungsbereitschaft sind unter diesen Umständen kaum

zu wecken. Und es untergräbt jedes Leistungsprinzip, wenn in einzelnen Branchen der Tariflohn soweit gedrückt wird, dass er nicht nur das „Abstandsgebot“ zu den gesetzlichen Sozialalimentierungen unterläuft, sondern ganz einfach nicht mehr zur Deckung des Existenzminimums ausreicht. Das alles betrifft viele Menschen in diesem Lande und nicht nur Ungelernte oder ansonsten schwer Vermittelbare inzwischen direkt, beschädigt ihr Selbstwertgefühl, nimmt ihnen jegliches Vertrauen in eine wenigstens einigermaßen sichere Zukunft und gefährdet den „Standort Deutschland“ auf eine ganz eigene Art und Weise.

3. Konsequenzen für die Politik der Union

Die Politik, zumal wenn sie ihre Kraft, Inspiration und Legitimation aus dem christlichen Menschenbild herleitet, steht in diesen Zeiten vor besonderen geistigen wie praktischen Aufgaben. Und dies nicht nur, weil die gesellschaftliche Akzeptanz des Christentums und dessen kulturelle Verankerung in der Bevölkerung dramatisch im Schwinden begriffen sind. Es ist auch ein neuer ideologischer Streit unter den demokratischen Parteien um ein angemessenes, zeitgemäßes Staatsverständnis ausgebrochen. Die SPD spricht nicht mehr vom „Wohlfahrtsstaat“, sondern vom „vorsorgenden Sozialstaat“, während die FDP ihre radikale Marktorientierung neuerdings mit dem Attribut „sozial“ verbrämt. Es bleibt abzuwarten, inwiefern sich hinter den neuen politischen „Markennamen“ auch tatsächlich neue politische Inhalte verbergen. Die Union jedenfalls kommt nicht umhin, ihre drei konstitutiven Programmsäulen des christlich-sozialen, des liberalen und des konservativen Elements ebenfalls neu zu definieren und auf diese Weise zu einem modernen, aber differenzierten Verständnis von Staat und Gesellschaft zu gelangen.

Dieses Verständnis nimmt den Menschen unverändert weder als Kollektiv noch als Individuum, sondern als Person wahr. Das dahinter stehende christliche Menschenbild lebt von seiner Rückkoppelung mit den christlichen Glaubensüberzeugungen und den Traditionen der christlich-jüdisch-abendländischen Kultur. Seine ihm zugrunde liegenden Wertvorstellungen sind aber auch einem Nicht-Christen, einem Andersgläubigen oder einem überzeugten Agnostiker als grundsätzlich vernünftig zu vermitteln. Es gehört zur Natur des Menschen, dass ihn erst die Verbindung seiner Individualität mit seiner Sozialität zur eigenständigen Person werden lassen. Aus dieser Personalität bezieht er seine unveräußerliche Würde, wenn man jene nicht theologisch in der Gotesebenbildlichkeit des Menschen begründen kann oder will. Ein Gemeinwesen, das sich dem Personalitätsbegriff verpflichtet weiß, den Menschen als Person in den Mittelpunkt seines politischen Handelns rückt und ihn in diesem Sinne stärkt und fördert, schafft zugleich Sicherheit.

Sicherheit vor allem für den Einzelnen, weil dieser in die Lage versetzt wird, einen Mittelweg zwischen dem Abgleiten in eine nivellierende Masse und dem Aufstieg in die Klasse der erfolgreichen, aber in jeder Hinsicht bindingslosen individualisierten Einzelkämpfer zu wählen. Notwendige Voraussetzung hierfür ist die Förderung der Bildung und Erhaltung der vorstaatlichen Räume, in welchen sich gefestigte Persönlichkeiten entwickeln können: Familien, Vereine, sonstige private gesellschaftliche Initiativen. Zugleich gilt es, die materiellen Bedingungen für personelle Entfaltung und Entwicklung des Einzelnen zu gewährleisten. Nur so schafft der Staat die subsidiär angelegten gesellschaftlichen Strukturen, die es ihm erlauben, sich im eigenen Interesse und als Schutz vor Überforderung zurückzuziehen und stattdessen auf die Kreativität, Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung seiner Bürger zu vertrauen.

Diese Selbstbeschränkung des Staates setzt jedoch zwingend die Auseinandersetzung mit dem Gerechtigkeitsbegriff voraus. Konkret wird dieser am Beispiel der „Chancengleichheit“. Wer die Gleichheit der Chancen mit der Gleichheit der Ergebnisse identifiziert, verliert die Person aus dem Blick und landet bei den Kollektiven. Das kollektivistische Denken ist aber der Todfeind jedes gesunden Personalismus. Wenn der Satz stimmt, dass alle Menschen in ihrer personalen Würde gleich sind, nicht jedoch in ihren Charakteren, Anlagen, Begabungen, dann impliziert „Gerechtigkeit“ die Respektierung der Unterschiedlichkeit der Menschen und ihre Förderung gemäß ihren jeweiligen Befähigungen bzw. Bedürfnissen. Die Egalisierung der Menschen dagegen ist zutiefst ungerecht und verhindert darüber hinaus jede Selbstentfaltung des Einzelnen. Sie erfordert aber auch eine Expansion des Staates, weil nur mittels enormen bürokratischen Aufwands eine „Gleichheit“ der Bürger herzustellen und zu kontrollieren ist. Wirkliche Chancengleichheit besteht dann, wenn der Staat nicht dafür sorgt, dass jeder die gleichen Ergebnisse erreicht, sondern jeder die faire Gelegenheit erhält, aus den individuellen Voraussetzungen, die er mitbringt, das für ihn optimale Resultat zu erzielen. Ein anderes Wort für diesen Ansatz lautet Chancengerechtigkeit. Chancengerechtigkeit erfordert andererseits die Garantie sozialer Mindeststandards. Wer objektiv daran gehindert ist, sein Potential zu entfalten, wer in aussichtslose Lebenslagen gerät, aus denen er durch eigene Kraft nicht mehr herauszugelangen vermag, wer krank, behindert oder alt ist, besitzt ein natürliches Recht auf Schutz und eine soziale Mindestsicherung durch die Gemeinschaft. Das ist der Preis der Menschenwürde. Das ist aber auch Solidarität im Sinne der Christlichen Gesellschaftslehre. Solidarität, die Sicherheit erst möglich macht.

Das liberale Element korrespondiert seit jeher stark mit dem Freiheitsbegriff. Gemeint ist weniger eine Freiheit „von“ *etwas* – also Freiheit von Unterdrückung, von Ausbeutung, von Gewalt – als vielmehr eine positiv verstandene Freiheit „zu“ *etwas*, wie die Freiheit zu Selbstbestimmung und Entfaltung, die Freiheit zu denken, reisen, lesen und zu konsumieren was, wo und wie

man will. Die Freiheit in einer in diesem Sinne freien, offenen Gesellschaft ist jedoch nicht grenzenlos. Sie endet auch nicht erst da, wo die Freiheit des anderen verletzt wird. Sie ist und bleibt gebunden an bestimmte Regeln und vor allem an die persönliche Verantwortung. Freiheit ohne solche Rahmenseetzungen kann leicht abgleiten in Beliebigkeit oder gar Willkür und Anarchie. Liberalität und Libertät sind alles andere als Synonyme. Andererseits existiert auch eine Freiheit, die kalt und technokratisch ist. Sie räumt jedem Teilnehmer am gesellschaftlichen „Wettrennen“ die vermeintlich gleichen Start*chancen* ein, ohne allerdings darauf zu achten, dass jeder auch unterschiedliche Start*voraussetzungen* mitbringt, die eigentlich berücksichtigt werden müssten: Dem einen fehlen bildlich gesprochen ordentliche Laufschuhe, der andere läuft gleich barfuß, wieder andere kommen frisch aus dem Fitness-Studio, manchen mangelt es dagegen an Stehvermögen oder der notwendigen körperlichen Konstitution. Eine solche Freiheit des ökonomischen wie auch des sozialen Wettbewerbs ist keine verheißungsvolle oder erstrebenswerte Option. Sie scheint vielmehr dem Motto zu folgen, jeder ist sich selbst der Nächste oder auch jeder ist seines Glückes Schmied. Im Bundestagswahlkampf 2005 haben die Unionsparteien es zugelassen, dass ihr Freiheitsbegriff von der Bevölkerung genau so wahrgenommen werden konnte. Die Folge war Skepsis, Ablehnung, Abwehr, denn eine solche Freiheit wird von vielen nicht als Chance, sondern als Bedrohung empfunden, die sie schlicht überfordert. Es entstand das Gefühl elementarer Unsicherheit. Sogar bei der FDP ist diese Botschaft inzwischen angekommen. Die Liberalen gebrauchen nun auch das Wort „sozial“, aber ihr Verständnis von Freiheit geht noch immer unverändert von der überaus optimistischen Prämisse aus, größtmögliche Freiheit in Gesellschaft und Wirtschaft führten automatisch zu Glück und Wohlstand für alle. Und falls die Gleichung doch nicht aufgehen sollte, werden die am Wege Zurückgebliebenen vom Staat aufgesammelt und notdürftig versorgt sowie die schlimmsten materiellen Schäden repariert. Der traditionelle liberale „Nachtwächterstaat“ wird so zum nachsorgenden Reparaturbetrieb. Oder um wieder ein Bild aus dem Sport aufzugreifen: Der Staat ermöglicht im liberalen Verständnis ein Fußballspiel, indem er die Tore aufstellt, das Spielfeld markiert und eine Teilnehmergebühr kassiert. Dafür verzichtet er während des Spielgeschehens weitgehend auf ein Eingreifen und beschränkt sich darauf, in den Spielpausen die Verletzten zu bergen. Er nimmt auf diese Weise die Funktionen des Platzwartes und der medizinischen Abteilung wahr, nicht aber diejenige des *Spieleleiters*. Der Schiedsrichter ist jedoch die zentrale Figur des Geschehens. Er kann sich theatralisch in Szene setzen oder vornehm zurückhalten. In jedem Fall aber kontrolliert er das Geschehen gemäß den zuvor vereinbarten Regeln, er verfügt über Sanktionsmöglichkeiten, die er im Bedarfsfall auch anwendet, und erweckt bei allen Beteiligten den Eindruck von Ordnung und Sicherheit. Erst dann vermag sich ein Spiel zu entwickeln, das den einzelnen Akteuren

die Entfaltung ihrer Stärken und Vorzüge einräumt, in dem es fair zugeht und in dem sich alle irgendwie als Sieger fühlen können, weil sie mit Spaß und Engagement bei der Sache sind.

Bleibt noch die konservative Säule. Konservatismus bedeutet nicht automatisch die Absage an die Moderne. Das wäre reaktionär. Konservatismus darf sich indes auch nicht im Festhalten an liebgewonnen Traditionen und Gewohnheiten, in idyllischer Nostalgie erschöpfen. Das ist ein Strukturkonservatismus, der die Gesellschaft unflexibel macht und jeglichen Fortschritt behindert. Gefragt ist heute dagegen mehr denn je ein moderner, aufgeklärter Konservatismus. Modern, weil er in Zeiten des Umbruchs und ständiger Veränderung den Blick dafür nicht verloren hat, dass der Staat immer von Voraussetzungen leben wird, die er selbst nicht schaffen kann. Gemeint sind damit die Werte, die nach christlichem Verständnis, aber auch nach Auffassung der meisten Aufklärer als „Naturrecht“ bezeichnet werden können. Zugleich setzt Konservatismus dem andauernden Wandel symbolische Kontrapunkte entgegen: Traditionsbewusstsein, Patriotismus, Heimatliebe. Diese Werte und Symbole geben Halt, Orientierung, Sicherheit; verstärken die Bereitschaft zu Engagement und Solidarität. Ein solches konservatives Verständnis ermöglicht die Stabilität und zugleich die Freiräume, die es braucht, um die Gesellschaft so zu verändern, dass sie den modernen Herausforderungen gewachsen ist.

Der ehemalige Bundesinnenminister Otto Schily prägte in einer Rede im Jahre 2004 den Satz, zuwenig Sicherheit könne den „Menschen das Bewusstsein ihrer Freiheit nehmen“; daher bilde die „Sicherheit eine Grundvoraussetzung der Freiheit“. Schily lehnte sich mit dieser These eng an den preußisch-deutschen Aufklärer Wilhelm von Humboldt an, der 1792, drei Jahre nach Ausbruch der Französischen Revolution, feststellte: „Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine Kräfte auszubilden noch die Früchte derselben zu genießen; denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“ Nun bezog der damalige Bundesinnenminister den Konnex Freiheit – Sicherheit speziell auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, die es nach Schily mit allen rechtsstaatlichen Mitteln abzuwehren galt, selbst, wenn dies zur Einschränkung bestimmter bürgerlicher Freiheiten oder Rechte führen sollte: Ohne Sicherheit nach außen wie im Innern, so die Botschaft, keine freie Gesellschaft. Man kann Humboldt und seinen Begriff von Sicherheit aber auch anders, weiter interpretieren: Ohne ein Mindestmaß an Sicherheit, Verlässlichkeit, Berechenbarkeit im privaten Bereich wie auch innerhalb der gesellschaftlichen Ordnung ist weder wahre Freiheit denkbar noch eine daraus erwachsende Gerechtigkeit in der Gestaltung der sozialen Lebensverhältnisse oder die Förderung lebendiger, wechselseitiger Solidarität.

Wenn Werte und Traditionen eines Gemeinwesens mit für die Bürger konkreter, das heißt *erlebbarer* Sicherheit korrespondieren, wenn die Person im Sinne einer Synthese von Eigeninteresse, Eigenverantwortung und sozialer

Verantwortung verstanden wird, wenn ein Ausgleich zwischen Individualismus und Solidarismus gefunden werden soll, dann gelangt eine christlich-sozial, liberal und konservativ definierte Politik unweigerlich zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Insofern ist eine solche Politik nicht „neu“. Sie ist auch nicht „links“ und nicht „rechts“, weder im allgemeinen politischen Koordinatensystem noch im innerparteilichen Flügelkampf. Denn das Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft ist die Herstellung eines möglichst umfassenden freien Wettbewerbs mit sozialen Ausgleichsfaktoren. Oder um es mit einem der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft auszudrücken, dem Ökonomen Alfred Müller-Armack: Das Prinzip der Freiheit ist an das des sozialen Ausgleichs gebunden; ohne Sozialpolitik kann kein Wettbewerb entstehen, ohne Wettbewerb ist aber auch keine echte Sozialpolitik möglich. Die „neue“ Herausforderung für die Politik besteht nun darin, die Grundregeln der Sozialen Marktwirtschaft den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Vor allem notwendig erscheint in diesem Zusammenhang eine ausgesprochen flexible Handhabung besagter Grundsätze, die zusammengekommen nichts anderes sind als Ordnungspolitik im besten Sinne. Dabei kann es auch zu scheinbaren Widersprüchen kommen, zu vermeintlich zueinander antagonistischen Absichten oder Zieldefinitionen. Aber solche Spannungen sind unvermeidlich und müssen von der Politik ausgehalten werden. Sie sind auch auszuhalten, wenn sie einer übergeordneten inneren Logik folgen, die wiederum in sich berechenbar bleibt.

Nehmen wir das Beispiel des neuen ALG I. Seine zeitliche Ausdehnung für langjährige Beitragszahler und über 55-jährige Arbeitslose ist heftig umstritten und wird nicht selten mit dem Argument zurückgewiesen, sie verstoße gegen jedes ordnungspolitische Prinzip. Das trifft insoweit zu, als eine unterschiedliche Auszahlung von Versicherungsleistungen zunächst scheinbar dem Grundsatz der reinen Risikoabsicherung zuwiderläuft. Nun ist Arbeitslosigkeit für Angehörige speziell der höheren Altersgruppen schon längst kein kalkulierbares Risiko mehr, sondern ein Fall mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit. So, wie aus der ehemaligen Rentenversicherung der Bismarck-Zeit, die das „Risiko“ des Erreichens eines arbeitsfreien Lebensabends absichern sollte, aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung erfreulicherweise ein genau berechnetes Vorsorgeinstrument geworden ist, so erfüllt die Arbeitslosenversicherung für bestimmte Berufsgruppen und Alterskategorien inzwischen einen konkreten Vorsorgezweck. Wenn das so ist, dann stellt eine Verlängerung der Auszahlung im Eintrittsfall weder eine unzulässige staatliche Alimentierung dar noch eine Anreizvermeidung für die Wiederaufnahme bezahlter Arbeit. Das unterscheidet ältere Arbeitnehmer im Übrigen elementar von jüngeren Kollegen. Hier für einen angemessenen Ausgleich zu sorgen, macht ordnungspolitisch Sinn, weil es (Lebens-)Leistung belohnt, Gerechtigkeit übt und zugleich auch noch den Vorsorgegedanken fördert, denn mit der Gewährung hö-

herer Freibeträge etwa für Lebensversicherungen wird die Wahrscheinlichkeit gemindert, die Betroffenen im Rentenalter aus dem Sozialetat unterstützen zu müssen. Falls die demographische Entwicklung allerdings so wie bisher berechnet verläuft, könnten 55-Jährige in zehn oder fünfzehn Jahren gefragte Fachkräfte auf einem entspannten Arbeitsmarkt darstellen. Dann verlören verlängerte ALG-I-Zahlungen für ältere Arbeitnehmer ihren Sinn und wirkten kontraproduktiv, gehörten also wieder abgeschafft.

Was puristischen Verfechtern der „reinen Lehre“ heftig aufstößt, erfüllt richtig besehen aber auch ein anderes ordnungspolitisches Gebot. Maßnahmen bei der Bezugsregelung für das Arbeitslosengeld, wie von Jürgen Rüttgers gefordert und von mehreren CDU-Bundesparteitagten bestätigt, ermöglichen den Betroffenen wenigstens über einen verlängerten Zeitraum eine aktive Teilnahme am „Markt“. So betrachtet ergeben übrigens auch die beiden anscheinend konträren Beschlüsse des letzten CDU-Bundesparteitages in Dresden einen Sinn: Den Arbeitnehmern wird signalisiert, dass sie bei erbrachter Leistung nach einem Arbeitsplatzverlust nicht automatisch dem praktisch ungebremsten sozialen Abstieg ausgesetzt sind. Unter dieser Voraussetzung fällt es entsprechend leichter, das Arbeitsrecht zu flexibilisieren, das heißt den Kündigungsschutz zu lockern, der in seiner jetzigen Gestalt zudem gerade für ältere Arbeitnehmer ein zusätzliches Einstellungs Hindernis verkörpert.

Ein anderes Beispiel: Kombi- und Mindestlöhne sind im Modell der Sozialen Marktwirtschaft nicht vorgesehen, und dies aus gutem Grund. Der lange Zeit gültigen Theorie nach stellen sie einen unzulässigen, systemwidrigen Eingriff des Staates in den Wettbewerb dar, verletzen also den vom Staat selbst vorgegebenen ökonomischen Ordnungsrahmen. Sie mindern überdies mögliche Leistungsanreize und erschweren – im Falle des gesetzlichen Mindestlohnes – die Einstellungsaussichten für Ungelernte und schwer Vermittelbare, oder aber sie fördern, wie bei den Kombi-Löhnen, die Gefahr reiner Mitnahmeeffekte auf Seiten der Arbeitgeber. Aber was passiert, wenn in manchen Gebieten flächendeckend der Tariflohn für qualifizierte Angestellte (Friseure, Schlachter, Fachverkäufer, Sicherheitskräfte) so niedrig liegt, dass er zur Sicherung eines selbstbestimmten Lebens in aller Regel nicht mehr ausreicht? Auf diese Frage wissen die meisten „Ordnungspolitiker“ keine überzeugende Antwort, denn der „Markt“ versagt hier in einem zentralen Anliegen der Sozialen Marktwirtschaft: dem Einzelnen eine aktive Teilnahme am wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen, ihm durch seine qualifizierte Leistung die Sicherung der eigenen Existenz zu garantieren und eine konkrete Chance einzuräumen, mit noch mehr Anstrengung seinen Lebensstandard anzuheben, was am Ende wiederum dem Konsum, der Stabilisierung der Sozialsysteme und schließlich dem Wettbewerb zugutekommt. Die Frage der Kombi- und Mindestlöhne gehört unter diesen Prämissen neu diskutiert und fordert von

der Politik adäquate praktische Antworten und nicht das Verschanzen hinter überkommenen ideologischen Barrieren.

Ähnliches gilt für die Zukunft der Sozialversicherung allgemein. Die demographische Entwicklung lässt gar keine andere Wahl, als vom reinen Umlageverfahren abzuweichen und verstärkt auf steuerfinanzierte Elemente zurückzugreifen (was im Übrigen schon lange in der Praxis geschieht). Ein weiteres Standbein hat die private Vorsorge zu bilden, in der Rentenversicherung ebenso wie künftig verstärkt im Gesundheitswesen einschließlich der Pflege und der Arbeitslosenversicherung. Der Staat hat dabei nur den Eindruck zu vermeiden, er ginge willkürlich oder unsystematisch vor. Seine Entscheidungen müssen die Kriterien der Berechenbarkeit, Plausibilität und Klarheit erfüllen. Vor allem haben sie dem Einzelnen eine sichere Grundlage für seine eigenverantwortlich zu treffenden Entscheidungen zu bieten. Solange der Finanzminister nach Kassenlage über steuerfinanzierte Bestandteile der Sozialversicherungen bestimmen kann und dem Bürger immer mehr Eigenvorsorge übertragen wird, ihm zugleich aber die Mittel gekürzt werden, die er für eine solche benötigt, werden alle diesbezüglichen Reformansätze zum Scheitern verurteilt sein, die Menschen verunsichern und demotivieren und schließlich in eine weitere staatliche Überbürokratisierung inklusive steigender Defizite münden. Am Ende stehen für die Bürger dann Abhängigkeit und ein reines staatliches Fürsorgeprinzip.

Der Sicherheitsgedanke darf indes nicht allein auf die genuin soziale bzw. ökonomische Sphäre beschränkt bleiben. Er betrifft auch die vermeintlich „weichen“ Themen wie Familie, Erziehung, Bildung, Integration:

Familie

Die „klassische“ Familie erlebt eine bemerkenswerte Renaissance. Sie verkörpert für immer mehr junge Menschen wieder eine Art Idealbild, nach dem sie streben. Sie wird aber auch gesamtgesellschaftlich heute deutlich stärker respektiert als in früheren Jahren. Insofern kann sich die Union in ihren familienpolitischen Vorstellungen und Bekenntnissen durchaus bestätigt fühlen. Auch der Grundsatz, Familien genießen zwar den Schutz des Staates, seien aber „vorstaatliche“ Räume, behält angesichts der Notwendigkeit subsidiärer Strukturen und von Orten lebendiger Wertevermittlung seine Gültigkeit. Der Staat hat deshalb Sicherheit für Familien zu gewährleisten, im materiellen Sinne wie auch institutionell. Er muss die Entscheidung für Kinder erleichtern, ohne sie zu erzwingen. Er hat für einen angemessenen vertikalen „Lastenausgleich“ zwischen Eltern und Kinderlosen zu sorgen, ohne Kinder auf den Status eines reinen Kostenfaktors zu reduzieren, dessen Unterhalt möglichst von der Allgemeinheit zu tragen ist. Er hat die Familienarbeit gegenüber der Erwerbsarbeit so sichtbar aufzuwerten, dass Mütter weder an der Rückkehr ins

Berufsleben durch äußere Faktoren gehindert werden noch Frauen (oder in zunehmendem Maße auch Männer) sich diskriminiert fühlen müssen, wenn sie sich zeitweise ausschließlich der Familie widmen wollen. Der Staat hat eine echte Wahlfreiheit herzustellen, sich aus der konkreten privaten Einzelentscheidung jedoch herauszuhalten. Das Elterngeld ist, ungeachtet aller systemimmanenten Unzulänglichkeiten sowie mancher unausgereiften Schwächen im Detail, unter diesen Gesichtspunkten ein Schritt in die richtige Richtung. Er reicht nur noch nicht aus. Vordringlich ist nach wie vor ein Betreuungsangebot für Kleinkinder und eine Ausweitung der Ganztagschule. Der Staat muss und darf nicht den Eltern die Erziehungsaufgabe aus der Hand nehmen. Doch er hat ihnen ein realistisches Angebot zur *Aufgabenteilung* zu machen.

Angesichts weitverbreiteter Bindungsunfähigkeit, immer komplizierterer Lebensumstände, mangelnder Konfliktbewältigungskompetenz und kultureller Verarmung kann Familie aber auch ansonsten nicht länger für sich beanspruchen, reine Privatangelegenheit zu sein. Mitunter muss Familie vor sich selbst geschützt werden, gerade im Interesse ihrer schwächsten Mitglieder, der Kinder. Schutz vor Verwahrlosung, vor Misshandlung ist nicht nur eine Frage staatlicher Aufsicht nach dem Auftreten entsprechender Symptome, sondern heutzutage vor allem ein Problem der Prävention. Eine zurückhaltende, aber kompetente und einsatzbereite staatliche Begleitung von Familien kann Schäden vermeiden und Familien das Mindestmaß an Sicherheit gewähren, das sie für eine stabile Entwicklung unbedingt benötigen. Übrigens auch mit Blick auf die zunehmende Zahl von Senioren. Familie darf nicht auf den Verbund von Eltern bzw. Erziehungsberechtigten und Kindern begrenzt werden. Vielmehr ist Familie als „Mehr-Generationen-Unternehmen“ zu begreifen. Aktive und leistungsbereite Senioren erfüllen schon heute als Großeltern wichtige Funktionen bei der Erziehung, Betreuung und materiellen Versorgung ihrer Enkel, geben Orientierung, vermitteln menschliche Wärme und Geborgenheit, leben alte Werte vor, geben gewachsene Traditionen und kulturelles Wissen weiter. Sie leisten damit ihren Beitrag, der Gesellschaft Halt zu verleihen. Umgekehrt wissen sie sich bei Eintritt des Pflegefalls in ihrem Familienverband aufgehoben und versorgt. *Sicherheit für Familien* ist also gleichbedeutend mit Sicherheit für die Gesellschaft und einem spürbaren Sicherheitsgewinn für die Sozialsysteme.

Erziehung

Eng mit dem Komplex „Familie“ verbunden ist der Bereich der Erziehung. Auch hier gilt zuerst das alte Prinzip des Erziehungsauftrages der Eltern. Wenn jener Auftrag jedoch erkennbar nicht oder nur unzureichend wahrgenommen wird, ist der Staat verpflichtet, rechtzeitig einzugreifen, wobei die Verantwor-

tung nicht einseitig auf Lehrer und Erzieher abgeschoben werden darf. Es müssen gesellschaftliche „Frühwarnsysteme“ implantiert werden, ähnlich den Rauchmeldern in geschlossenen Räumen. Sind die Dinge erst eskaliert, wie etwa an der Berliner Rütli-Schule, bleibt nur hilflose Symbolpolitik oder bestenfalls Schadensbegrenzung. *Sicherheit für Erziehung* im Sinne einer aktiven staatlichen Hilfe zur Selbsthilfe mag Prioritäten verändern und Geld kosten, bedeutet aber langfristig einen elementaren Beitrag zur Sicherung und Befriedung der gesamten Gesellschaft, was seinerseits spätere Folgekosten für unterbliebenes Eingreifen drastisch reduziert.

Bildung

Wer Bildung als den „Rohstoff des 21. Jahrhunderts“ begreift, beschreibt die Vermittlung von Wissen und Erfahrung als einen Schatz, der nicht nur gehoben, sondern auch gesichert werden will. Unerlässlich hierfür ist ein leistungsstarkes, effizientes Schulsystem. Ein differenzierendes, nicht egalisierendes Schulsystem mit allerdings maximaler individueller Förderung, größtmöglicher Transparenz sowie einer garantierten vertikalen Durchlässigkeit. Nicht jedes Kind muss den gleichen Abschluss erreichen, aber jedes Kind muss unabhängig von Vorbildung und Einkommen der Eltern die Chance besitzen, die Schule mit einem optimalen Ergebnis zu verlassen. Alles andere wäre zutiefst ungerecht und käme einer unverantwortlichen Ressourcenverschleuderung gleich. Wenn der Staat aber an einem differenzierten und erst dadurch wirklich „gerechten“ Schulsystem festhalten will, darf er nicht zugleich andere Abschlüsse als das Abitur dadurch entwerten, dass er von festen Planvorgaben für Abiturientenquoten oder bestimmten Sollzahlen für Studierende ausgeht. Wenn die Bildungsstandards von Haupt- und Realschule überzeugen, ist mehr für die Qualitätssicherung der praktischen Berufe getan als mit unzähligen halbgebildeten, überforderten Studienabbrechern oder Hochschulabsolventen, die ihren akademischen Grad allein einer dramatischen Niveau- bzw. Anspruchsabsenkung seitens der Universitäten zu verdanken haben. Zugleich gehört der Bildungskanon dringend überarbeitet. Schulbildung, zumal die höhere, hat primär Allgemeinbildung zu vermitteln und erst danach unter Umständen Spezialwissen. Zur Allgemeinbildung gehört neben dem klassischen „humanistischen Bildungsideal“, das insbesondere auch Religion und die Kulturwissenschaften (Geschichte, Geographie, Musik, Literatur) umfasst, jedoch in einer Informationsgesellschaft wie der unsrigen zunehmend auch die Vermittlung des richtigen Umgangs mit Medien und Nachrichtentechnologien. *Sicherheit für Bildung*, eine Bildungspolitik, welche Spitztalente entdeckt und fördert, zugleich aber in der Breite bestimmte kognitive und kulturelle Mindeststandards nicht nur definiert, sondern auch dauerhaft erreicht, trägt ganz konkret zur Zukunftssicherung der Gesellschaft bei.

Integration

Integration von Angehörigen nicht-deutscher oder gar außereuropäischer Kulturkreise wurde hierzulande lange Zeit als schlicht überflüssig oder als kontraproduktiv angesehen, je nach Standort des Betrachters. Die einen erklärten Deutschland zum „Nicht-Einwanderungsland“, die anderen träumten von der grenzenlosen, konfliktfreien multikulturellen Gesellschaft. Beide Sichtweisen sind von der Realität längst überholt worden. Notwendig ist in einer globalisierten Welt vielmehr eine Integration ohne Assimilation. Menschen mit Migrationshintergrund oder einer „Einwanderungsgeschichte“ – und deren Anteil nimmt gerade in den Ballungsräumen unter der jüngeren Generation beständig zu – besitzen ein natürliches Recht auf ihre eigenen kulturellen Überzeugungen und Traditionen. Sie besitzen aber kein Recht auf Absonderung und die Ausbildung von Parallelgesellschaften. Das Erlernen der Landessprache und die Akzeptanz der bestehenden Rechtsordnung sind sowohl für ein friedliches Zusammenleben der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen als auch für die materielle Lebensperspektive des einzelnen Migranten unverzichtbare Voraussetzungen. Der Staat muss demnach Integration nicht nur einfordern, sondern auch aktiv ermöglichen, durchaus mit dem Ziel der Einbürgerung. Gleichzeitig hat er eine „Leitkultur“ zu definieren, die für alle Bürger verbindlich ist, ohne einzelne von ihnen zu diskriminieren. Das aber setzt präzise Wertvorstellungen und die Kenntnis sowohl der eigenen Kultur als auch des kulturellen Hintergrundes der Herkunftsgesellschaften der Zuwanderer voraus. Toleranz ist nur dort möglich, wo unterschiedliche Standpunkte wechselseitig akzeptiert werden und gemeinsam einzuhaltende Verfahrensregeln existieren. *Sicherheit für Integration*, eine gelungene Integration ohne Assimilierung, Diskriminierung oder Selbstausgrenzung bereichert die Gesellschaft, macht sie bunt, vielleicht aufregend, aber eben auch im Wortsinn und ganz praktisch *sicher*. Zumindest sicherer, als wenn es bei der einfachen Hinnahme von Parallelgesellschaften bliebe, wie die neue Bedrohungsqualität des internationalen Terrorismus immer wieder schockierend unter Beweis stellt.

Die Reihe von Politikfeldern und Beispielen, bei denen es um „neue Sicherheiten“ geht, ließe sich noch fortsetzen. Die Frage einer sicheren Energieversorgung wird immer wichtiger. Im Zeichen des Klimawandels ist Umweltschutz mehr als die Vermeidung von Umweltverschmutzung. Es geht um nichts weniger als die tatsächliche Sicherung der Lebensgrundlagen von uns allen und der unmittelbar auf uns folgenden Generationen. Organisierte Kriminalität und terroristische Netzwerke erfordern andere Konzepte der inneren Sicherheit als noch vor zehn oder fünfzehn Jahren die von der RAF ausgehende Terrorgefahr. Die Landesverteidigung in ihrem klassischen Sinn schließlich hat sich überlebt. Die „äußere Sicherheit“ wird nicht mehr entlang der eigenen

Staatsgrenzen definiert, sondern in komplexen internationalen Kampfeinsätzen verteidigt. Gleichwohl bleiben innere wie äußere Sicherheit staatliche Kernaufgaben und untrennbar verbunden mit dem staatlichen Gewaltmonopol, weil nur ein solches Anarchie und Chaos zu verhindern vermag.

4. Fazit

Gefragt ist heute mehr denn je ein neues, zeitgemäßes Staatsverständnis. Damit einher geht auch ein veränderter Sicherheitsbegriff. Im „alten“ Sicherheitsdenken hat der Staat in erster Linie seine Bürger *vor* etwas zu schützen: Vor innerer und äußerer Bedrohung, vor den Wechselfällen des Lebens, vor Wohlstandsverlust und sozialem Abstieg. Heute kommt es zunehmend darauf an, Sicherheit *für* etwas zu schaffen:

- Sicherheit für eine sozialverträgliche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, um Eigeninitiative und Eigenverantwortung des Einzelnen, gesellschaftliches Engagement und subsidiäre Strukturen zu stärken und zu fördern
- Sicherheit für Familien und Erziehung
- Sicherheit für eine zukunftsfeste Bildung
- Sicherheit für ein friedliches Zusammenleben in der globalisierten Welt.

Während das herkömmliche, „alte“ Sicherheitsdenken eher statisch angelegt war, ist die „neue Sicherheit“ beweglich, variabel und mehrdimensional. Eine derartige Interpretation von Politik riskiert Widersprüchlichkeit und Missverständnisse. Doch wenn die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung laut Umfragen mit großem Abstand „Verlässlichkeit“ als höchsten politischen Qualitätsbegriff nennt, dann kommt der „neuen Sicherheit“ eine überragende Funktion zu. Sicherheit und Berechenbarkeit gehören untrennbar zusammen. Sicherheit und Beliebigkeit sind dagegen Antagonismen. Bei aller unverzichtbaren Flexibilität muss eine „Politik der neuen Sicherheit“ einem zuverlässigen inneren Kompass folgen und für die Bürger in jeder Phase nachvollziehbar bzw. verständlich sein. Der unerlässliche Maßstab ist dabei eine konsequente Werteorientierung. Werte vermitteln Sicherheit, sind Marksteine, gestalten konkrete Zielperspektiven. Ohne solche „Leitplanken“ empfinden die Bürger freilich eine Politik der Veränderung und der Reformen als Bedrohung, sehnen sie sich nach den „alten“ Sicherheiten zurück. Notwendig ist aber politische Führung, um Dinge verändern zu können, die es wert sind, erhalten zu werden. Politische Führung wiederum setzt, will sie erfolgreich sein, das Vertrauen der Geführten voraus. Vertrauen existiert schließlich da, wo zuvor ein Gefühl der Sicherheit entstanden ist. Und hier schließt sich der Kreis.

Besonders wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die Beachtung des Mittelstandes. Hier zeigt sich die Politik der „neuen Sicherheit“ ausgesprochen

konservativ. Und das zu Recht. Wenn eine Gesellschaft immer mehr auseinanderdriftet, den Mittelstand keineswegs unbegründete Abstiegsängste erfassen, dann muss sich der Staat jener „alten Mitte“ zuwenden, die bindungsorientiert und wertebewusst ist, in der Facharbeiter, Handwerker, Angestellte und Bildungsbürger ihren Platz haben, in der bürgerliches Engagement möglich wird und das kulturelle Gedächtnis der Gesellschaft verankert ist. Aristoteles hat diese gesellschaftliche Gruppe in seiner politischen Ethik als die Vereinigung der „Vernünftigen“ bezeichnet, welche tugendhaft leben, maßhalten und jedes, das „rechte Leben“ gefährdende Extrem verabscheuen. Für den Ökonomen und Ordoliberalen Wilhelm Röpke waren es „Maß und Mitte“, welche die bürgerlichen Tugenden erst zu jener Entfaltung bringen, die notwendig ist, um allgemeinen Wohlstand und individuelle Zufriedenheit zu begründen. Und der ehemalige US-Präsident Bill Clinton definierte die „Mitte“ in unseren Tagen zwar ausgesprochen prosaisch, aber nicht weniger zutreffend wie folgt: „Es sind jene breiten Massen, die in unserem Land die Kinder großziehen, die Arbeit machen, die Steuern zahlen und sich an die Regeln halten.“ Auf diese gesellschaftliche Mitte vor allem ist die „neue Sicherheit“ hin konzipiert. Allerdings, warnt Verfassungsrichter Udo di Fabio, „die Mitte einer Gesellschaft war niemals einfach da. Sie muss gewollt und debattiert, sie muss und kann immer wieder neu konstituiert werden.“ Und weiter: „Die Mitte der Gesellschaft ist also eine ideelle, sie ist eine kulturelle Mitte. Sie wirkt aber materiell wie ein Magnet, auch weil sie das notwendige Gegengewicht zu staatlicher und rechtsförmlicher Herrschaft und die eigentliche Energiequelle einer freien Gesellschaft ist.“

Gleichzeitig muss eine Politik der „neuen Sicherheit“ für *alle* Bürger gelten, muss auch die Schwachen, Ausgegrenzten und Unterprivilegierten in den Blick nehmen. Sie darf sich allein schon aus christlicher Verantwortung nicht mit der Herausbildung eines immer größer werdenden „Prekariats“ abfinden, von der hieraus erwachsenen Gefahr gesellschaftlicher Destabilisierung ganz zu schweigen. Eine der vornehmsten Aufgaben staatlicher Ordnungspolitik besteht bekanntlich darin, Wettbewerb und damit wirtschaftliche Teilhabe wie auch gesellschaftliche Aufstiegschancen für *alle* zu schaffen und zu sichern. Dazu bedarf es der Setzung eines sinnvollen Rahmens. Wahre politische Führung zeigt sich da, wo sie nicht alles und jedes bis ins Detail zu regeln versucht, sondern sich auf die Definition praxistauglicher Rahmenbedingungen konzentriert. Jedoch darf sie sich nicht mit der Rahmensetzung allein begnügen. Sie muss auch bereit und fähig sein, bei Bedarf die Einhaltung besagter Rahmenbedingungen durchzusetzen. Auf dem Spielfeld des Wettbewerbs reicht die Rolle des Platzwartes oder Sanitäters eben nicht aus. Gefordert ist der Schiedsrichter mit Pfeife, Gelben und Roten Karten. Regeln ohne Sanktionen sind sinnlos, nutzen sich ab und werden nicht beachtet. Am benötigten Sanktionsinstrumentarium des Staates gerade im internationalisierten Wettbewerb muss

demzufolge noch gearbeitet und gefeilt werden. Ohne dieses Instrumentarium ist jedenfalls eine „neue Sicherheit“ langfristig nicht herzustellen, wie der jüngste Fall bei BenQ-Siemens demonstriert hat. Geht das Vertrauen der Menschen in die Wirtschaft verloren, folgt bald der Vertrauensverlust der Politik.

Der Neoliberalismus war eine Antwort auf das Versagen eines Laissez-faire-Liberalismus, der die Ausbildung wirtschaftlicher Macht in Form von Monopolen und Kartellen zuließ, wenn nicht gar beförderte. Jene Monopole und Kartelle versuchten sich dann gezielt der Politik und des Staates zu bemächtigen, den sie zuvor korrumpiert hatten. Der Staat in der Rolle des „Nachwächters“ bekam auf diese Weise eine höchst doppeldeutige Note, auf jeden Fall erwies er sich in den Augen der ursprünglichen Neoliberalen oder besser Ordoliberalen als unfähig, das friedliche Zusammenleben freier Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung zu gewährleisten. Der Staat im neoliberalen Modell sorgt entsprechend, wie Gerald Braunberger schreibt, „für einen verlässlichen Rahmen, indem er Rechtssicherheit und Vertragsfreiheit garantiert, das Privateigentum und den Wettbewerb schützt, eine stabile Währungsordnung garantiert und ansonsten weitgehend Marktfreiheit zulässt“. Die Aufzählung ist zweifellos zutreffend, aber sie ist nicht vollständig. Was fehlt, ist die soziale Komponente. Der „Manchester-Kapitalismus“ scheiterte nicht nur wegen Monopolbildungen und mangelnder Vertragssicherheit. Vor allem diskreditierte er sich durch die vollständige Negierung der menschlichen Person, ihrer Würde und ihrer Bedürfnisse. Der arbeitende Mensch sank herab auf die Bedeutung einer Sache; sein Wert bemaß sich am Maßstab der Produktivität und seine Funktion im Herstellungsprozess auf den einer Maschine. Der Mensch wurde, um mit Karl Marx zu sprechen, sich selbst „entfremdet“. Die Geschichte antwortete auf den modernen Kapitalismus mit zwei anthropologischen und sozialen Gegenentwürfen: Dem Marxismus in Gestalt des Historischen bzw. Dialektischen Materialismus und der Katholischen Soziallehre mit ihren Grundprinzipien des Solidarismus und der Subsidiarität.

Die neoliberalen Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft wussten sehr genau um die anthropologische Komponente und ihre konkrete soziale Konsequenz. Deshalb nannten sie das von ihnen entwickelte Wirtschaftssystem auch „Soziale Marktwirtschaft“. Die Ordnungspolitiker in der Union von heute scheinen dagegen oftmals den menschlichen Faktor in seiner komplexen personalen Dimension zu ignorieren; sie beschränken sich gerne auf die von Braunberger genannten Mindestanforderungen und propagieren das Motto „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dabei übersehen sie aber geflissentlich, dass Arbeit nicht zur reinen Ausbeutung degenerieren darf und immer mehr Menschen in diesem Lande und keineswegs nur die Arbeitsunfähigen, Arbeitsunwilligen und Arbeitslosen, sondern auch ganz regulär Beschäftigte von einer garantierten Vertragsfreiheit, dem Schutz des Privateigentums und der Wahrung des Wettbewerbsgedankens nichts haben, weil ihnen schlicht die mate-

riellen Voraussetzungen dafür fehlen, derartige Standards überhaupt in Anspruch zu nehmen. „Wer seine Zukunft durch eigene Anstrengung erst gewinnen muss“, schrieb der SPD-Vorsitzende Beck in der FAZ, „der spürt, welches Gewicht die Forderung nach gleichen Rechten hat. Nicht Besitz darf den Ausschlag geben, sondern die immer neue Chance des Erwerbs, nicht Ort oder Status der Geburt dürfen entscheiden, sondern allein die immer offene Perspektive eines tätigen Lebens.“

Die Sätze Becks sind nichts anderes als originäre CDU-Programmatik. Die Union, die gleichzeitig darauf achten muss, nicht mit einer konservativ angestrichenen FDP verwechselt zu werden, wäre daher gut beraten, wenn sie ihre eigenen Grundüberzeugungen gegen die Okkupationsversuche der politischen Wettbewerber verteidigen würde. Voraussetzung dafür ist freilich, nicht nur mit dem Anspruch aufzutreten, die politische „Mitte“ in Deutschland zu repräsentieren, sondern auch, sich darauf zu besinnen, die eigene politische Stärke über Jahrzehnte hinweg ganz real aus der Verankerung in eben jener Mitte bezogen zu haben. Der Erfolg der Unionsparteien bestand vor allem darin, in der Verbindung aus einer protestantisch geprägten liberalen Wirtschaftsordnung mit den Prinzipien der Katholischen Soziallehre den Menschen ein Angebot unterbreitet zu haben, das einen überzeugenden Mittelweg zwischen marktradikalem Individualismus und staatlich verordneter sozialer Nivellierung aufzeigte. Dieses Angebot gilt es heute zu erneuern. Gerade weil die Sozialdemokraten in der Problembeschreibung durchaus mit den Positionen der Union vielfach übereinstimmen, darf nicht der Eindruck entstehen, beide Volksparteien seien nicht mehr unterscheidbar, da die „Sozialdemokratisierung“ der Union immer weiter fortschreite. Mit ihrer Gleichsetzung von „Gerechtigkeit“ mit materieller „Umverteilung“ durch den Staat, der Propagierung einer egalisierenden Bildungspolitik oder der Forderung nach einer „Bürgerversicherung“ anstelle der bisherigen Sozialversicherungssysteme nährt die SPD, um nur einige wenige, prägnante Beispiele zu geben, den Verdacht, ihr neuer „vorsorgender Sozialstaat“ sei womöglich nichts anderes als der alte, gescheiterte „versorgende“, reglementierende und bevormundende bürokratische Staat der Vergangenheit in modischer Verpackung. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als elementare Richtwerte der Politik sind aber nach dem Verständnis der Union nicht vom Staat her zu verwirklichen. Sie müssen vielmehr aus der Gesellschaft heraus angestrebt und von den Menschen selbst realisiert werden. Die Politik ihrerseits vermag lediglich, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips die Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Bürger anzustoßen, zu befördern oder wenn nötig einzufordern. Hierin liegt insbesondere die politische Aufgabe und Gestaltungskraft der Parteien. Die Funktion des Staates hingegen besteht neben der Herstellung äußerer wie innerer Sicherheit vornehmlich darin, die Menschen geistig wie materiell in den Stand zu setzen, von ihrer Freiheit zur Eigenverantwortung Gebrauch zu machen, und dabei

unter Beachtung der verfassungsmäßig vorgegebenen Normen rechtliche und soziale Mindeststandards zu definieren, deren Einhaltung er dann allerdings konsequent zu überwachen und zu garantieren hat. Der bayerische Landtagspräsident Alois Glück hat für ein solcherart gestaltetes Gemeinwesen den Begriff der „starken und solidarischen Leistungsgesellschaft“ formuliert. Das Konzept der „neuen Sicherheit“ will einen Weg darstellen, den hinter diesem Begriff stehenden Anspruch der Unionsparteien in praktische Politik zu übersetzen.

Die Wurzeln des „alten Europa“ im amerikanischen Jahrhundert

Von Anselm Doering-Manteuffel

Die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert ist uns überwiegend aus zwei Gesichtswinkeln vertraut. Eine Perspektive erfasst die „Europaideen“ von den Paneuropa-Vorstellungen des Grafen Coudenhove-Kalergi aus den 1920er Jahren über Konzepte von „Mitteleuropa“ in der Zwischenkriegszeit, die sich aus dem 19. Jahrhundert herleiteten: Hier waren es vor allem Personen aus den deutschsprachigen Ländern der Habsburger Monarchie, die nach 1918 neue Wege suchten, um den Verlust des nicht-nationalen Staates der Habsburger zu kompensieren.¹ Dann gab es die Abendland-Bewegung, die nach 1945 das sog. „christliche Abendland“ propagierte, es gegen den bolschewistischen „Osten“ stellte und zugleich vom marktliberalen kapitalistischen, amerikanischen Westen abgrenzte.² Schließlich tauchte noch eine andere Idee von Europa auf: Das war die westlich-liberal eingefärbte Vorstellung, dass „Europa“ und die westliche parlamentarische Demokratie zusammengehörten. Das Europäische Parlament in Straßburg ging 1958 daraus hervor.³

Die andere Perspektive erfasst die Geschichte der europäischen Integration. Hier geht es um die ersten Schritte zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit, um die Suche nach politischer und militärischer Integration bis hin zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957, deren Zusammenfassung mit Euratom und Montanunion zur EG, der Europäischen Gemeinschaft, und dann die Überleitung in die EU unserer Tage. Die Anfänge der europäischen Integration sucht man zumeist im Zweiten Weltkrieg, entweder im Bereich des europäischen Widerstandes gegen die nationalsozialistische Besetzung Westeuropas oder im Bereich der Kooperation von deutschen, belgischen und französischen Industriellen.⁴

1 Vanessa CONZE, *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*, München 2005.

2 Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999.

3 Otto SCHMUCK, *Das Europäische Parlament. Vom Gesprächsforum zum Mitgestalter europäischer Politik*, Bonn 1989; vgl. Ernst KUPER/Uwe JUN (Hg.), *Nationales Interesse und integrative Politik in transnationalen parlamentarischen Versammlungen*, Opladen 1997.

4 Walter LIPGENS, *Europa-Förderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation*, München 1968; DERS., *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950*, Stuttgart 1977; Wilfried LOTH, *Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957*, Göttingen 1990; Franz KNIPPING, *Rom, 25. März 1957. Die Einigung Europas*, München 2004.

Beide Sichtweisen, die ideengeschichtliche und die integrationsgeschichtliche, überspielen jedoch die strukturellen Zusammenhänge, mit denen sie verknüpft waren. Sowohl die „Ideen von Europa“ als auch die Überlegungen zur Integration von Institutionen wurzelten in Strukturen, die sich im Ersten Weltkrieg herausbildeten und ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Diese gewissermaßen „dritte“ Perspektive bestimmt den Gedankengang des vorliegenden Aufsatzes. Sie erfasst den Zeitraum vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis zu den 1950er/1960er Jahren und die Problemgeschichte der westeuropäischen Integration. Denn das Europa, das in Rede steht, wenn man von Integration spricht, war bis in die 1990er Jahre Westeuropa.

Bevor wir uns der Verlaufsgeschichte zuwenden, gilt es allerdings, die beiden Begriffe des Aufsatztitels näher zu betrachten, denn sie bilden das Magnetfeld meines Themas.

I.

Was ist gemeint mit dem „alten Europa“, und was besagt das „amerikanische Jahrhundert“? Die Rede vom „alten Europa“ prägte Donald Rumsfeld, der Verteidigungsminister von Präsident George W. Bush, der in der Anbahnungsphase des Angriffs auf den Irak gegen die Europäer, insbesondere Frankreich und Deutschland, Stellung bezog. Die neuen Mitgliedstaaten der EU und der NATO, zumal die Osteuropäer, erhielten dagegen viel Lob. Sie seien es, die jetzt „Europa“ repräsentierten, sagte Rumsfeld, weil sie sich bereitwillig – wie ehemals die Westeuropäer im Kalten Krieg – hinter der Fahne der Vereinigten Staaten sammelten. Frankreich und Deutschland hingegen hatten den USA die Gefolgschaft im Irakkonflikt versagt, indem die Staats- oder Regierungschefs beider Länder die amerikanische Außenpolitik scharf kritisierten. In aller Öffentlichkeit nutzten Chirac und Schröder den damals europaweit verbreiteten Antiamerikanismus als gleichermaßen sicherheitspolitisches wie populistisches Argument. Die amerikanische Seite schlug zurück, indem sie Frankreich und Deutschland zu verstehen gab, dass beide Länder nicht länger für die Außen- und Militärpolitik der USA benötigt würden. Das Gravitationszentrum des heutigen NATO-Europa, betonte Rumsfeld, verschiebe sich nach Osten. Punktum.⁵

⁵ “Now, you’re thinking of Europe as Germany and France. I don’t. I think that’s old Europe. If you look at the entire NATO Europe today, the center of gravity is shifting to the east ...” Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld, 22. Januar 2003. United States Department of Defense. News Transcript, S. 9: http://www.defenselink.mil/transcripts/2003/t01232003_t0122sdfpc.html.

Es gilt darüber nachzudenken, was sich hinter dem Begriff „altes Europa“ eigentlich verbirgt. Sicherlich hat Rumsfeld seine Aussage ohne zeithistorische Überlegung getan. Aber bei näherem Hinsehen deckt sie eine Schicht aus der Entstehungsgeschichte der europäischen Integration auf, die das gesamte 20. Jahrhundert durchzieht und die wir zum Verständnis der heutigen Probleme mit der Ausweitung der europäischen Integration kennen sollten.

Doch zuvor zum anderen Begriff unseres Themas: Was ist das „amerikanische Jahrhundert“? Es bezeichnet im allgemeinen das von Eric Hobsbawm so genannte „kurze 20. Jahrhundert“ vom Ersten Weltkrieg bis 1990.⁶ Mit dem „amerikanischen Jahrhundert“ ist allerdings auch der Sachverhalt angesprochen, dass – langsam beginnend seit etwa 1900, von 1917/18 an stärker spürbar und dann ab 1941 durchgreifend – die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Industriestaaten rund um den Globus von amerikanischen Einflüssen gekennzeichnet war.⁷ Ab 1945/50 galt das in besonderem, historisch einmaligem Ausmaß auch für die politische und gesellschaftliche Entwicklung in den Ländern des „Westens“ im Ost-West-Konflikt, Japan eingeschlossen. In Westeuropa waren diese Einflüsse von 1945/50 bis in die 1980er Jahre schlechthin dominierend. Die amerikanischen Vorstellungen von der Ordnung der Wirtschaft, von politischer Ordnung und gesellschaftlicher Steuerung und schließlich die ideologische Begründung solcher Ordnungssysteme wurden in den westlichen Ländern rezipiert und in die jeweiligen nationalkulturellen Kontexte eingepasst.

Die USA waren das reichste, das fortschrittlichste, das mächtigste und das effizienteste Land im Kreis der Industrienationen nicht erst nach 1945. Der Begriff „das amerikanische Jahrhundert“ bezieht sich auf diesen Sachverhalt und umfasst die Anbahnungsphase der US-amerikanischen Welt dominanz in den Jahrzehnten von der Jahrhundertwende um 1900 bis 1945 sowie die Vorherrschaft im Westen in den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts von 1945/47 bis 1990. Als nach 1990 die engen Bindungen zwischen den USA und Westeuropa lockerer zu werden begannen, als die amerikanische Außenpolitik immer weniger Bündnispolitik, immer weniger Politik innerhalb der Vereinten Nationen und mit ihnen war, sondern mehr und mehr die Züge eines macht-

6 Eric HOBBSBAWM, *Age of Extremes. The Short Twentieth Century 1914–1991*, London 1994; vgl. Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Das schwarze Jahrhundert und sein „Goldenes Zeitalter“*. *Eric Hobsbawms Deutung der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, in: *Neue Politische Literatur* 42 (1997), S. 365–377.

7 Emily ROSENBERG, *Spreading the American Dream. American Economic and Cultural Experiences 1890–1945*, New York 1982; Tony SMITH, *America's Mission. The United States and the Worldwide Struggle for Democracy in the Twentieth Century*, Princeton, N. J. 1994; Frank NINKOVICH, *The Wilsonian Century. U. S. Foreign Policy since 1900*, Chicago/London 1999; Klaus SCHWABE, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn u.a. 2006.

und vorteilsorientierten Unilateralismus entwickelte, ging eine Epoche zu Ende. Ob dies nun das „amerikanische Jahrhundert“ war, was da zu Ende ging, können wir heute noch nicht erkennen, obwohl einige Anzeichen dafür sprechen. Was aber zu Ende ging, war die Epoche der US-amerikanischen Partnerschaft mit Westeuropa im Sinne von Rumsfelds „old Europe“. Die historischen Wurzeln dieser konfliktreichen Partnerschaft reichen zurück bis in den Ersten Weltkrieg.

Dem Prozess dieser amerikanischen Durchformung Westeuropas gelten die nachfolgenden Überlegungen. Wie kam sie zustande, wie sah sie aus, und was hatte sie für Folgen?

Als Ausgangshypothese sei gesagt, dass der amerikanische Einfluss auf Europa immer von wirtschafts- und handelspolitischem Interesse gesteuert wurde. Im Zentrum stand einerseits die maßgebliche Industrie des 20. Jahrhunderts – die Montanindustrie. Die Chemiebranche, die später hinzukam, wird nur am Rande mit einbezogen.⁸ Andererseits bildete der maßgebliche machtpolitische Faktor, der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich um die kontinental-europäische Kohle- und Stahlindustrie, den Mittelpunkt. Der französisch-deutsche Ressourcenkampf im montanindustriellen Bereich wirkte gewissermaßen als Antriebsriemen der amerikanischen Europapolitik.⁹ Dass diese Politik weit mehr bewirkt hat als eine Regelung des bilateralen französisch-deutschen Problems, gehört mit ins Bild, denn die europäische Integration im heutigen Maßstab ist daraus hervorgewachsen – die wirtschaftliche, außen- und sicherheitspolitische Integration, die verfassungspolitische und sozialpolitische Kompatibilität zwischen den Gründungsstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957, und die Europäisierung der verschiedenen Nationalkulturen in Westeuropa. All das ist aufs engste mit den amerikanischen Einflüssen des mittleren 20. Jahrhunderts verbunden.¹⁰

Die Tatsache, dass heute ausgerechnet Frankreich und Deutschland zusammen mit Italien und den Beneluxländern die größten Schwierigkeiten haben, ihre Volkswirtschaften und sozialen Sicherungssysteme den neuen Bedingungen der globalisierten Weltwirtschaft anzupassen, hat ihren Grund in den Aus-

8 Gottfried PLUMPE, *Ansätze zur Zusammenarbeit zwischen der deutschen und französischen Chemieindustrie vor und nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Yves COHENS/Klaus MANFRASS (Hg.), *Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, München 1990, S. 224–233; DERS., *Die I. G. Farbindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904–1945*, Berlin 1990.

9 Melvyn LEFFLER, *The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security, 1919–1933*, Chapel Hill 1979; Frank COSTIGLIOLA, *Awkward Dominion. American Political, Economic, and Cultural Relations with Europe, 1919–1933*, Ithaca/London 1984; vgl. auch Werner LINK, *Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32*, Düsseldorf 1970.

10 John GILLINGHAM, *European Integration 1950–2003. Superstate or New Market Economy?*, Cambridge 2003.

gangsbedingungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957.¹¹ Diese ging aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, der sogenannten Montanunion des Jahres 1951, hervor.¹² Die Montanunion entstand auf amerikanischen Druck hin auf dem sozialökonomischen Planungsraster des Marshallplans von 1947.¹³ Der Marshall-Plan wiederum schloss die zu einer Handlungskonzeption verdichtete Erfahrung der Zeitgenossen des Zweiten Weltkriegs mit Industriekartellen, mit der Weltwirtschaftskrise und mit den französisch-deutschen Ressourcenkämpfen um Kohle und Stahl in der Zwischenkriegszeit in sich.¹⁴ Die Weltwirtschaftskrise sowie die Ressourcenkämpfe zwischen Frankreich und Deutschland wiederum resultierten aus den Regelungen des Versailler Friedensvertrags von 1919, dessen Rahmenbedingungen die USA unter Präsident Woodrow Wilson maßgeblich mitverantworteten.¹⁵ Aus diesem kurzen Krebsgang rückwärts von heute bis zum Ersten Weltkrieg lässt sich erahnen, was es mit dem „alten Europa“ und dem „amerikanischen Jahrhundert“ auf sich hat.

Wichtig ist noch ein anderer Aspekt. Das Europa, von dem hier die Rede ist, war immer Kontinentaleuropa. Großbritannien verstand sich als eigenständige Weltmacht und Partner der USA. Es spielte gegenüber Kontinentaleuropa eine Sonderrolle, obwohl die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft in England seit dem Ersten Weltkrieg bis heute viele Parallelen gerade mit einem kontinentaleuropäischen Land aufweist, nämlich mit Deutschland.

II.

Die strukturellen und ereignisgeschichtlichen Bedingungen sind zuerst zu skizzieren, um den Gegenstand angemessen zu erfassen. In Kontinentaleuropa gibt

11 Vgl. Gilbert TRAUSCH (Hg.), *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom. Pläne und Initiativen, Enttäuschungen und Mißerfolge*, Baden-Baden 1993.

12 Werner BÜHRER, *Die Montanunion – ein Fehlschlag? Deutsche Lehren aus der EWG und die Gründung der EWG*, in: EBD., S. 75–90; DERS., *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952*, München 1986.

13 Michael J. HOGAN, *The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1945–1952*, Cambridge 1987; Ludolf HERBST/Werner BÜHRER/Hanno SOWADE (Hg.), *Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt*, München 1990.

14 Alan S. MILWARD, *The Reconstruction of Western Europe 1945–1951*, London 1984; LOTH, *Der Weg nach Europa* (wie Anm. 4); KNIPPING, *Rom, 25. März 1957* (wie Anm. 4).

15 Thomas J. KNOCK, *To End All Wars. Woodrow Wilson and the Quest for a New World Order*, Princeton, N. J. 1992; Charles S. MAIER, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany, and Italy in the Decade after World War I*, Princeton, N. J. 1988; als bester neuer Überblick: Zara STEINER, *European International History 1919–1933*, Oxford 2005.

es zwei Großregionen der Montanindustrien. Das sind im Westen die Bereiche beiderseits des Rheins von Lothringen bis nach Westfalen und im Osten das Grenzgebiet von Böhmen bis nach Galizien mit dem Zentrum in Oberschlesien. Weiter östlich wäre das Donezbecken in der südlichen Ukraine zu nennen, aber das spielt für das Europa im „amerikanischen Jahrhundert“ keine Rolle. Wichtig ist hier allein die westeuropäische Montanregion.

Als die Industrialisierung in den 1850er/1860er Jahren auf dem Kontinent eingesetzt hatte, markierte der deutsch-französische Krieg von 1870/71 eine wichtige Weichenstellung. Denn er zog nicht nur die Gründung des Deutschen Reichs im Januar 1871 nach sich, sondern brachte mit der Annexion von Elsass-Lothringen einen beträchtlichen Teil des französischen Montanreviers unter deutsche Kontrolle. In der Phase der Hochindustrialisierung von den 1880er Jahren bis zum Ersten Weltkrieg entstand deshalb eine enge wirtschaftliche Beziehung zwischen der Schwerindustrie des Ruhrgebiets und derjenigen Nordfrankreichs einschließlich jener Areale, die außerhalb des deutschen Einflussbereichs lagen. Im Ersten Weltkrieg versuchte die deutsche Besatzung in Belgien und Nordfrankreich, die dortige Schwerindustrie weitestgehend der deutschen Rüstungsproduktion nutzbar zu machen und beutete die Stahlwerke rücksichtslos aus.¹⁶

1918 hatte Deutschland Elsass-Lothringen wieder an Frankreich zurückzugeben und musste Reparationen leisten, zu denen von Anfang an beträchtliche Lieferungen von Ruhrkohle und Koks an Frankreich zählten. Jetzt versuchte nun der französische Staat, das Ergebnis von 1870/71 umzudrehen und das Ruhrgebiet unter französische Kontrolle zu bringen. Daraus entstand ein verbissener Kampf zwischen den verfeindeten Ländern um die jeweiligen Montanressourcen, und zwar als Kampf zwischen den Staaten und Regierungen. Dieser Kampf gipfelte 1923 in der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebiets.¹⁷ Das Deutsche Reich reagierte mit dem „passiven Widerstand“, konnte ihn aber aus wirtschaftlichen Gründen nicht durchhalten und brach im Herbst 1923 in der Hyperinflation zusammen. Aber auch Frankreich erreichte sein Ziel nicht, es hatte weder wirtschaftlich noch annexionspolitisch etwas gewonnen. Die Kontrolle über die Ruhrindustrie blieb dem französischen Staat versagt. Auf Druck seiner Verbündeten – Großbritannien und USA – musste Frankreich sich aus dem rheinisch-westfälischen Industrieviertel zurückziehen. Vor allem die Amerikaner hinderten Frankreich daran, seine „Politik der Hin-

16 Raymond POIDEVIN/Jacques BARIÉTY, *Frankreich und Deutschland. Die Geschichte ihrer Beziehungen 1815–1975*, München 1982; Frank WENDE, *Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges*, Hamburg 1969.

17 Gerd KRUMEICH/Joachim SCHRÖDER (Hg.), *Der Schatten des Weltkriegs. Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004.

richtung“¹⁸ gegen Deutschland fortzusetzen. Das Interesse der Amerikaner und Briten galt dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands, weil beide das Deutsche Reich als die unverzichtbare zentrale Industriemacht Europas betrachteten.

Nach dem Rückzug des französischen Staates aus dem Ruhrgebiet kam es dann folgerichtig zur vorläufigen Neuregelung des Reparationsproblems im „Dawes-Plan“ von 1924 und zur politischen Umsetzung des erhofften Ausgleichs zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich. Das war der Vertrag von Locarno vom Herbst 1925, in dem Deutschland die Unverletzlichkeit der Westgrenze garantierte. Anders gesagt: Der deutsche *Staat* verzichtete völkerrechtlich darauf, seine Hand erneut nach dem belgisch-französischen Industrievier auszustrecken.¹⁹ Dieser Kompromiss war den europäischen Gegnern Frankreich und Deutschland vom amerikanischen Mentor mit allem Nachdruck nahegebracht worden. Die USA waren allerdings nicht bereit, sich außenpolitisch – also staatlich – in stärkerem Maß in Europa zu engagieren,²⁰ was sie im Zweiten Weltkrieg als schweren Fehler erkannten. 1924 und 1925, nach den Regelungen des Dawes-Planes und des Locarno-Vertrags, ergab sich die Situation, dass die Politik der Staaten (USA, Frankreich, Großbritannien, Deutsches Reich) und die Politik der Industrieunternehmen auseinander drifteten. Denn die Anerkennung der Westgrenze durch das Deutsche Reich verminderte zwar die außenpolitischen Spannungen und publizistischen Feindseligkeiten zwischen Frankreich und Deutschland, aber sie löste nicht das Problem, wie deutsche Kohle ins lothringische Stahlrevier gebracht werden konnte, und in welcher Region (Nordfrankreich oder Westdeutschland) aus lothringischem Erz und deutscher Kohle nun Eisen und Stahl produziert würden.²¹

Deshalb entwickelte sich seit den mittleren 1920er Jahren eine neue Zusammenarbeit zwischen den Industrieunternehmen der deutschen und französ-

18 Anne LACROIX-RIZ, *Frankreich und die europäische Integration. Das Gewicht der Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und Deutschland, 1920–1955*, in: *Europäische Integration. Deutsche Hegemonialpolitik gegenüber Westeuropa 1920–1960*, hg. v. Thomas SANDKÜHLER (Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 18), Göttingen 2002, S. 145–194, Zit. S. 148.

19 Peter KRÜGER, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar*, Darmstadt 1985, S. 218–301.

20 COSTIGLIOLA, *Awkward Dominion* (wie Anm. 9), S. 11–139.

21 Jacques BARIÉTY, *Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum ‚Schwerindustriellen Projekt‘ des Versailler Vertrages*, in: Hans MOMMSEN u. a. (Hg.), *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, S. 552–568; Clemens A. WURM, *Die französische Sicherheitspolitik in der Phase der Umorientierung 1924–1926*, Frankfurt/M. 1979; Ulrich NOCKEN, *Das Internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen 1924–1928*, in: Gustav SCHMIDT (Hg.), *Konstellationen internationaler Politik 1924–1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, Bochum 1983, S. 165–202.

sischen Kohle- und Stahlbranche. Die Europäer, zu denen auf deutscher Seite neben Hugo Stinnes auch Konrad Adenauer gehörten, erkannten die Chance und nutzten sie.²² Ihre Zusammenarbeit fußte auf der Grundlage der schwerindustriellen Vernetzung vor dem Ersten Weltkrieg. Sie blieb unverändert wirksam über die Schwelle von 1933 hinaus. Auch unter dem Nationalsozialismus setzte sich die Kooperation fort, und zwar nicht nur im Montanbereich, sondern auch in der seit den 1920er Jahren expandierenden Chemiebranche. Hier bauten sich bilaterale Industriekartelle auf, die in den dreißiger Jahren den Anspruch entwickelten, den europäischen Kontinent wirtschaftlich zu beherrschen und gegen Einflüsse von außen abzuschotten.²³

Wir fassen hier als ersten Grundsachverhalt, der für die Geschichte nach 1945 von Bedeutung wurde, die Tatsache der Kartellbildung mit europaweitem Anspruch und der Absicht, die außereuropäische Konkurrenz fernzuhalten. Die 1930er Jahre bildeten die Konsolidierungsphase. Als Deutschland im Juni 1940 die westlichen Nachbarn überfiel und sehr schnell militärisch besiegte, setzte sich die industrielle Zusammenarbeit der französischen und deutschen Industrie unvermindert fort. Ja, sie nahm sogar an Intensität zu, und darin kam der zweite Grundsachverhalt ins Spiel, der über 1945 hinaus wirken sollte. Die intensivierte deutsch-französische industrielle Zusammenarbeit vollzog sich jetzt unter der Vormundschaft des deutschen Staates. Europaweite Kartellbildung und staatliche Förderung von Kartellen flossen jetzt zusammen. Das Ziel dahinter war die nationalsozialistische Vision eines europäischen Wirtschafts-Großraums, der vollständig unter deutscher Vorherrschaft stand und dem Ziel der völkisch-rassistischen Welteroberung durch das Großdeutsche Reich diente.²⁴

Doch unabhängig von diesen ideologischen Zielen wurde die Zusammenarbeit verstärkt. Ab 1942 erörterten Denkschriften der deutschen Seite die wirtschaftliche Verschmelzung Lothringens mit dem rheinisch-westfälischen In-

22 Vgl. Peter WULF, *Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918–1924*, Stuttgart 1979, S. 485–528; Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986.

23 Ulrich WENGENROTH, *Partnerschaft oder Rivalität? Die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie vom späten 19. Jahrhundert bis zur Montanunion*; Hubert ROLSHOVEN, *Zwei Jahrhunderte Saar–Lor–Lux: Kohle und Stahl im Kreuzfeuer von Politik und Wirtschaft*. Intervention zum Referat von Ulrich Wengenroth, in: COHEN/MANFRASS, *Frankreich und Deutschland* (wie Anm. 8), S. 321–333.

24 Patricia COMMUN, *Von der deutschen Besatzung zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl? Lothringen und die deutsch-französische Handels- und Wirtschaftspolitik, 1931–1952*, in: *Europäische Integration* (wie Anm. 18), S. 195–221; zum ‚Großraum‘ in der weltanschaulichen Schulung der SS-Elite siehe Jens BANACH, *Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936–1945*, Paderborn u. a. 1998, S. 114–121, bes. S. 117 und Anm. 113, S. 119; Hans UMBREIT, *Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 5.1: *Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939–1941*, Stuttgart 1988, S. 3–345.

dustrierevier. Die Zusammenarbeit der Kohle- und Stahlfirmen beider Seiten nahm kontinuierlich zu, und das hieß ja auch, dass sich Formen intensiver Kooperation zwischen Montanindustriellen und Wirtschaftsfachleuten der französischen, belgischen und deutschen Seite entwickelten. Diese Männer brauchten keine Nationalsozialisten zu sein, keine Kollaborateure mit dem Besatzungsregime der Deutschen und keine Parteigänger des Vichy-Régimes; manche waren es, manche nicht. Entscheidend wirkte sich aus, dass sie alle den Höhepunkt der bilateralen Feindschaft im Ersten Weltkrieg und während der Ruhrbesetzung miterlebt hatten und parallel von Sinn und Notwendigkeit einer Integration der lothringischen und rheinisch-westfälischen Montanindustrie überzeugt waren. Die Franzosen sahen das Gravitationszentrum einer solchen europäischen Montanindustrie natürlich in Lothringen, die Deutschen sahen es im Ruhrgebiet. Sie alle aber, diese Zeitgenossen beider Weltkriege, saßen nach 1945 an den Schalthebeln der montanindustriellen Integration. Jean Monnet, Robert Schuman, Paul-Henri Spaak waren wie einige Ruhrindustrielle oder wie Ludwig Erhard, der Wirtschaftsminister im deutschen Wiederaufbau, vor 1945 mit der Organisation und dem Ausbau des westeuropäischen Montankartells befasst.²⁵

Hier kommen nun die Amerikaner ins Spiel. Auch auf amerikanischer Seite waren in allen Bereichen des militärischen Oberkommandos, der Administration in Washington, der Wirtschaftsplanung und der Besatzungs- und Wiederaufbauplanung in Europa Personen tätig, die seit dem Ersten Weltkrieg oder der Zwischenkriegszeit das Geschehen im europäisch-atlantischen Kontext selbst erlebt hatten. Auf dem Feld der Wiederaufbauplanung waren in Washington seit 1942 obendrein eine erhebliche Anzahl deutscher und europäischer Emigranten tätig, die den Wiederaufbau als Neuaufbau gestalten wollten. Für sie galt es als ausgemacht, dass die Handlungsprinzipien der Zwischenkriegszeit nicht wiederbelebt werden dürften: Unternehmenspolitik unterhalb staatlicher Einflussnahme, Kartellbildung zur Aushebelung der Kräfte des freien Marktes und ausländischer Konkurrenz, dies alles eingebettet in ein System von Nationalstaaten, in dem sich einige untereinander als Feindmächte gegenüberstanden – das sollte es in der Zukunft nicht mehr geben.²⁶

Zwischen 1941/42 und 1945 entstanden die Konzepte für die US-amerikanische Europapolitik nach dem Sieg über das nationalsozialistische Deutsche Reich.²⁷ Sie knüpften dezidiert an die amerikanische Mission unter Wilson 1917/18 an, sie bezogen die Erfahrung der Weltwirtschaftskrise von 1930 bis

25 COMMUN, *Von der deutschen Besatzung* (wie Anm. 24), S. 210–219.

26 Petra MARQUARDT-BIGMAN, *Amerikanische Geheimdienstanalysen über Deutschland 1942–1949*, München 1995; Claus-Dieter KROHN/Martin SCHUMACHER (Hg.), *Exil und Neuordnung. Beiträge zur verfassungspolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1945*, Düsseldorf 2000.

1933 ein und entwickelten aus beidem den Umriss des US-amerikanischen Vorgehens in Europa.²⁸ Am Anfang stand die Atlantik-Charta vom 14. August 1941, mit der Winston Churchill und Franklin D. Roosevelt auf den deutschen Überfall auf die Sowjetunion reagierten. Die Atlantik-Charta baute unübersehbar auf Wilsons „Vierzehn Punkten“ vom 8. Januar 1918 auf, in denen der damalige US-Präsident den Umriss einer Weltfriedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg skizziert hatte – eine Ordnung auf der Grundlage von politischer Freiheit und Selbstbestimmung für alle Völker, das heißt von Demokratie und Nationalstaatlichkeit, sowie auf der Grundlage von wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung, mithin von Marktwirtschaft und einer Handelspolitik der „Offenen Tür“. Die Atlantik-Charta forderte nun zunächst den Verzicht auf territoriale Veränderungen, also den Verzicht auf Eroberung und Unterjochung, wie sie die Deutschen gerade in ganz Europa betrieben. Sodann wurde, im Anschluss an die „Vierzehn Punkte“, das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker hinsichtlich ihrer Regierungsform gefordert, womit natürlich die Demokratie gemeint war. Danach kamen die für uns entscheidenden Aussagen: gleichberechtigter Zugang aller Staaten – auch der Besiegten – zu den Rohstoffquellen und Teilnahme am Welthandel, sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen. Zum Schluss ging es um den Aufbau einer Weltfriedensordnung und eines kollektiven Sicherheitssystems, wie es nach dem Vorbild des Völkerbundes dann 1945 in Gestalt der UNO verwirklicht wurde.²⁹

Gleichberechtigter Zugang zu den Rohstoffquellen und Teilnahme aller Staaten am Welthandel, wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Nationen – das war eine unmissverständliche Absage an jede Art von Kartellbildung und an jede Art von wirtschaftlichem Großraum, der nach außen hin abgeschottet sein würde. Im Juli 1944 wurde auf der Konferenz von Bretton Woods an der amerikanischen Ostküste die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beschlossen. Das System von Bretton Woods sah feste Wechselkurse vor und ermöglichte nach 1945, vor allem in den 1950er Jahren, einen beispiellosen Ausbau des internationalen Handels und der Investitionen. Konzipiert vor dem Hintergrund des instabilen Weltwirtschaftssystems der zwanziger und dreißiger Jahre, wurde jetzt der US-Dollar zur Leitwährung überall

27 Jürgen HEIDEKING/Christof MAUCH (Hg.), *Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 1993.

28 Zur Bedeutung der keynesianischen Wirtschaftstheorie für die amerikanische Europaplanung siehe Alan BRINKLEY, *The New Deal and the Idea of the State*, in: Steve FRASER/Gary GERSTLE (Hg.), *The Rise and Fall of the New Deal Order, 1930–1980*, Princeton, N. J. 1989, S. 85–121; Ronald EDSFORTH, *The New Deal. America's Response to the Great Depression*, Malden, MA/Oxford 2000.

29 Douglas BRINKLEY (Hg.), *The Atlantic Charter*, Basingstoke 1994.

dort, wo die Prinzipien der Marktwirtschaft galten. Der Gegensatz zur Sowjetunion begann sich abzuzeichnen. Vor allem aber werden die Grundlagen der amerikanischen Nachkriegsordnung für Europa sichtbar: wirtschaftliche Freiheit und Gleichberechtigung für Sieger und Besiegte und die Organisation des Wirtschaftsraums Europa als offener Markt auf der Basis des Dollar als Leitwährung.³⁰

Parallel zu diesen Plänen der politischen Positionierung als Wirtschaftsmacht nach dem Krieg liefen in Washington die Vorüberlegungen über den Umgang mit dem besiegten Deutschland.³¹ Auch hier bildeten die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit die Grundlage. Natürlich stand von vornherein fest, dass Deutschland als besiegter Feindstaat zu behandeln sei, dass Kriegsverbrecher öffentlich zu verurteilen und zu bestrafen sein würden und die Bevölkerung auf entschiedene Weise entnazifiziert und politisch zur Demokratie hin umorientiert werden müsse. Wirtschaftlich und ordnungspolitisch stand aber gleichermaßen fest, dass Deutschland zum Wiederaufbau Europas herangezogen und deshalb keinesfalls wirtschaftlich durch Reparationen, Produktionsbeschränkungen und ähnliches eingeschränkt werden dürfe. Um den Wiederaufbau im amerikanischen Sinne in Gang zu bringen, musste dann auch jede Form von Kartellbildung unterbunden werden. Im Marshall-Plan vom April 1947 gaben die Vereinigten Staaten im Umriss das Handlungsmuster für die Europäer vor. Bis zu diesem Zeitpunkt war auch klar geworden, dass das entstehende Nachkriegseuropa unter amerikanischer Führung gegen die Sowjetunion errichtet werden und dass es auf die Teilung Deutschlands hinauslaufen würde. So wie sich die Dinge seit 1947 zeigten, konnte es nur aus den westeuropäischen Ländern bestehen. Das „alte Europa“, von dem Donald Rumsfeld 2003 abfällig sprach, entstand als das Westeuropa des Kalten Krieges.³² Wir kommen gleich anschließend noch einmal darauf zurück.

Die Besonderheit des Marshall-Plans bestand nun darin, dass der amerikanische Staat den europäischen Regierungen (und nach seiner Ablehnung durch die Sowjetunion den westeuropäischen Regierungen allein) Wiederaufbauhilfe anbot unter der Bedingung, dass sie sich alle gemeinsam, Sieger wie Besiegte, an einen Tisch setzen und über die Verteilung der Gelder sowie über den Verteilungsmodus einvernehmlich verständigen würden. Das wirkte als Anstoß

30 Georg SCHILD, *Bretton Woods and Dumbarton Oaks. American Economic and Political Postwar Planning in the Summer of 1944*, New York 1995.

31 Alfons SÖLLNER, *Zur Archäologie der Demokratie in Deutschland*, Bd. 1: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Geheimdienst 1943–1945*, Bd. 2: *Analysen von politischen Emigranten im amerikanischen Außenministerium 1946–1949*, Frankfurt/M. 1986.

32 HOGAN, *The Marshall Plan* (wie Anm. 13); Charles S. MAIER/Günter BISCHOF (Hg.), *The Marshall Plan and Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program*, New York 1991.

zur europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter klarer Einbeziehung der staatlichen Ebene.³³ Diese Art der Zusammenarbeit machte es erforderlich, dass die politische und wirtschaftliche Verfassung der beteiligten Länder kompatibel sein würde, anders gesagt: dass parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft die Ordnungsprinzipien in allen Ländern beim Wiederaufbau sein mussten. Italien und die deutschen Westzonen beziehungsweise die Bundesrepublik Deutschland als die beiden postfaschistischen Partnerländer in Westeuropa wuchsen auf diese Weise in die amerikanisch konzipierten Rahmenbedingungen innerer Ordnung nach dem Krieg hinein. Für Frankreich und die Beneluxländer galt die parlamentarische Demokratie ohnehin als feststehende politische Ordnung. Aber die marktwirtschaftliche Ordnung galt nicht unbedingt, zumal nicht in Frankreich, denn Paris hielt durchaus an den Vorstellungen eines französisch-deutschen Montankartells im Großwirtschaftsraum Westeuropa fest. Die amerikanische Politik hingegen zielte auf die Zerschlagung der europäischen Kartelle aus der Kriegs- und Vorkriegszeit. Noch 1949 wurde in der französischen Presse der Gedanke ventiliert, „ein großes Industriekombinat zu gründen, wozu die Stahl- und Kohleindustrie Lothringens, der Ruhr, Luxemburgs, Ostbelgiens und der südöstlichen Niederlande gehören würden.“³⁴

Als die französische Regierung erkennen musste, dass die amerikanische Politik konsequent auf den Wiederaufbau Deutschlands und die Wiederherstellung der Ruhrindustrie als nationaler Standort für Kohle- und Stahlproduktion hinauslief, reagierte Frankreich im Mai 1950 mit dem sogenannten „Schuman-Plan“, benannt nach dem französischen Außenminister Robert Schuman, jedoch konzipiert von Jean Monnet, der einflussreichsten Persönlichkeit auf französischer Seite im bilateralen Montanverbund seit den 1930er Jahren.³⁵ Der Schuman-Plan sah vor, die gesamte deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame supranationale „Hohe Behörde“ zu stellen, die auch anderen europäischen Ländern offen stehen sollte. Dieses Projekt konzipierte eine mittlere Linie zwischen den französischen, amerikanischen und deutschen Interessen. Es hielt an dem Ziel der französischen Außenwirtschaftspolitik fest, der lothringischen Stahlindustrie den Zugang zu deutscher Kohle zu sichern und Frankreich gleichzeitig gegen eine deutsche wirtschaftliche Übermacht abzuschirmen, weil die Produktion beiderseits des Rheins von der supranationalen „Hohen Behörde“ (der Vorläuferin der heu-

33 A. BRINKLEY, *The New Deal* (wie Anm. 28); Wilfried LOTH, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München 1980, Kap. 6–8; DERS., *Der Weg nach Europa* (wie Anm. 4).

34 Zit. n. COMMUN, *Von der deutschen Besatzung* (wie Anm. 24), S. 219.

35 Matthias KIPPING, *Zwischen Kartell und Konkurrenz. Der Schuman-Plan und die Ursprünge der europäischen Einigung 1944–1952*, Berlin 1996.

tigen EU-Kommission) kontrolliert werden sollte. Das amerikanische Interesse wurde dergestalt berücksichtigt, dass es keine bilateralen französisch-deutschen Absprachen auf der Ebene der Industrieunternehmen und keine Kartellbildung mehr geben sollte, sondern ein international wettbewerbsfähiges multilaterales System. Im Grunde setzte der Schuman-Plan die Pläne der NS-Großraumordnung für Europa fort, weshalb er bis heute von englischer Seite angegriffen wird mit dem Verweis auf die „undemokratischen Ursprünge der Europäischen Idee“.³⁶ Der Plan war in der Tat auf die kontinentaleuropäische Vormachtstellung der französisch-deutschen Stahlindustrie gerichtet, und darüber ignorierte er die Konkurrenz aus den USA und Asien auf dem offenen Weltmarkt. Die Illusion einer dauerhaft stabilen Wettbewerbsfähigkeit trug schon bald dazu bei, die Modernisierung der Stahlindustrie und Investitionen in die Stahlforschung zu verlangsamen und sehr lange, vielleicht allzu lange, auf die industriewirtschaftliche Abhängigkeit von Kohle und Stahl zu vertrauen.³⁷

Ich unterbreche an dieser Stelle den ereignisgeschichtlichen Bericht und verweise nur mit Stichworten auf die weitere Entwicklung.³⁸ Aus dem Schuman-Plan ging 1951/52 die „Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, die sogenannte Montanunion, hervor. Nach diesem Vorbild sollte bis 1954 auch eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft und eine Europäische Politische Gemeinschaft geschaffen werden. Die USA unterstützten diese Pläne durchgängig mit Nachdruck, aber die Sache scheiterte am Veto des französischen Parlaments im Oktober 1954. An die Stelle der supranational geplanten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft trat die atlantische Militärallianz der NATO, die ganz traditionell als Bündnis souveräner Einzelstaaten organisiert war. Militär und Außenpolitik verblieben deshalb in der Kompetenz der Nationalstaaten, aber das Oberkommando übten die Amerikaner aus. Die europäische Integration lief auf der wirtschaftlichen Ebene weiter. Auf die Montanunion folgten 1957 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Die Montanunion, EWG und Euratom wurden 1965/67 zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengelegt, und damit begann die Entwicklung des Europarechts, das Vorrang besitzt vor dem nationalen Recht der

36 John LAUGHLAND, *The Tainted Source. The Undemocratic Origins of the European Idea*, London 1997.

37 John GILLINGHAM, *Coal, Steel, and the Rebirth of Europe 1945–1955. The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community*, Cambridge 1991; DERS., *Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 35 (1987), S. 1–24; Klaus SCHWABE (Hg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51*, Baden-Baden 1988; COMMUN, *Von der deutschen Besatzung* (wie Anm. 24), S. 220.

38 Vgl. dazu KNIPPING, *Rom*, 25. März 1957 (wie Anm. 4).

Einzelstaaten. Zuvor war im Januar 1963 der deutsch-französische Freundschaftsvertrag geschlossen worden, den Briten und Amerikaner zunächst missbilligten, von dem aber wichtige Anstöße zur kulturellen Zusammenarbeit der EWG- und EG-Länder ausgingen. Die EG wurde ab den 1970er Jahren Zug um Zug von sechs auf 15 Mitgliedsländer erweitert. Im Vertrag von Maastricht 1992 wurde die EG mit anderen europäischen Institutionen zur Europäischen Union, der heutigen EU, zusammengeführt.

III.

Fragen wir im nächsten Schritt nach der historischen Bedeutung des Prozesses, der bis zur Montanunion und EWG, also bis in die 1950er Jahre, führte. Wir sehen hier, dass es seit dem Ende des Ersten Weltkriegs Versuche gab, die politische Gliederung Westeuropas in verschiedene Staaten wirtschaftlich zu unterlaufen – sei es durch Eroberung und Beschlagnahme des je gegenüberliegenden Montanreviers, sei es durch freiwillige oder erzwungene Zusammenarbeit, sei es schließlich durch supranationale wirtschaftspolitische Integration. Immer ging es um die Montanindustrie.³⁹ Die europäische Einigung, wie wir sie kennen, ist aus den wirtschaftlichen Zwängen eines Zeitalters erwachsen, als die industriewirtschaftliche Leistungsfähigkeit und der industrielle Modernitätsstandard von der Eisen- und Stahlproduktion determiniert wurde. Dieses Zeitalter begann mit der Industrialisierung Westeuropas ab etwa 1850/1860, und es endete, als sich der Zusammenhang von Kohle und Stahl Anfang der 1960er bis etwa zum Ende der 1980er Jahre auflöste.

Zuerst begann das Erdöl die Kohle als wichtigsten Energieträger abzulösen.⁴⁰ Damit veränderten sich nicht nur die Arbeitsbedingungen in den Montanrevieren. Vielmehr konnte Stahl jetzt an Standorten produziert werden, wo es keine Kohle gab und wohin aus Kostengründen auch niemals Kohle hätte transportiert werden können. Die Konkurrenz aus Asien nahm zu, weil dort Stahl billiger hergestellt wurde als in der EWG. Im Ruhrgebiet verlor der Kohlebergbau seine tragende Funktion, und damit war die gesamte Lebenswelt der Bevölkerung bedroht. Der Staat griff mit Stützungsmaßnahmen ein und

39 „Man müsse, so meinten viele, die Fabriken verheiraten, um den Frieden zu sichern. Die Auffassung war verbreitet, aber keineswegs unumstritten. Der Stahlindustrie kam hier eine Schlüsselrolle zu.“ Clemens WURM, *Deutsche Frankreichpolitik und deutsch-französische Beziehungen in der Weimarer Republik 1923/24–1929. Politik, Kultur, Wirtschaft*, in: Klaus SCHWABE/Francesca SCHINZINGER (Hg.), *Deutschland und der Westen im 19. und 20. Jahrhundert*, Teil 2: *Deutschland und Westeuropa*, Stuttgart 1994, S. 137–157, hier S. 151.

40 Werner ABELSHAUSER, *Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945*, München 1984; Karl LAUSCHKE, *Schwarze Fahnen an der Ruhr. Die Politik der IG Bergbau und Energie während der Kohlekrise 1958–1968*, Marburg 1984; Christoph NONN, *Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969*, Göttingen 2001.

verzögerte so den Niedergang im Ruhrrevier. In Lothringen rentierte sich die Stahlproduktion nicht mehr, denn die Kosten waren zu hoch, wenn die dortigen Stahlwerke auf dem Weltmarkt konkurrieren mussten. Auch im Ruhrgebiet kam die Stahlproduktion in eine schwere Krise, aber sie konnte durch die Verwendung von höherwertigem Eisenerz als dem französischen und neue Energieträger (Erdöl und Strom) aufgefangen werden. Nur: der Niedergang des Kohlebergbaus wurde dadurch noch beschleunigt. Die Welt der Industriearbeiter, wie man sie seit 1890/1900 kannte, verschwand unaufhaltsam. Hier ging ein hochkomplexes soziokulturelles System langsam zugrunde.⁴¹ Das geschah im mittelländischen Industriegebiet genauso wie in Lothringen, Belgien, dem Saarland oder Ruhrgebiet, und es war vergleichbar auch schon in den USA abgelaufen, im Industriegebiet zwischen Pittsburgh und den Großen Seen.

Im EWG-Europa hatte der Niedergang allerdings andere Folgen als in England oder Amerika. Denn mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau in den 1950er Jahren wurde der Aufbau beziehungsweise Ausbau des Sozialstaats in seiner kontinentaleuropäischen Form verkoppelt: Tarifpartnerschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften im Montanbereich, Einführung der dynamischen Rente, Reduktion der Wochenarbeitszeit mit dem Zugewinn des arbeitsfreien Samstags, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Verständnis von Sozialstaatlichkeit blieb im Sechser-Europa der EWG in hohem Maß mit dem industriewirtschaftlichen Ordnungssystem der Wiederaufbauzeit gekoppelt.⁴² Mechanische Produktionsprozesse und im Handwerk grundlegende Industriearbeit blieben lange dominierend, als Automatisierung in den 1960er Jahren anderswo längst zum Durchbruch gekommen war und in den 1970er Jahren der Übergang von der Mechanik zur Elektronik erfolgte. Die europäischen Industrien waren um 1950 mit einem hohen Tempo und schwindelerregenden Wachstumsraten in den Nachkriegsboom eingetreten. Der Boom ermöglichte den Ausbau des Sozialstaats und die Entstehung des Wohlfahrtsstaats.⁴³ Da gerade in der Kohle- und Stahlbranche die Bergwerke und Hüttenwerke infolge der Kriegsschäden erneuert werden mussten, unterblieb die technische Mo-

41 Josef MOOSER, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt/M. 1984.

42 Zur deutschen Entwicklung vgl. Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; Axel SCHILDT u.a. (Hg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000; Hans Günter HOCKERTS (Hg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998. Zur internationalen und britischen Entwicklung siehe Gerhard A. RITTER, *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*, München 1989; Nicholas TIMMINS, *The Five Giants. A Biography of the Welfare State*, London 1995.

43 Hartmut KÄELBLE (Hg.), *Der Boom 1948–1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa*, Opladen 1992.

dernisierung. Und da sich bis zum Ende der 1950er Jahre und dann noch einmal in den Sechzigern der Produktionszusammenhang von Kohle und Stahl im Wettbewerb behaupten konnte, setzte die nötige Forschung zur Modernisierung der Stahlproduktion, von Ausnahmen abgesehen, spät ein. Anders als England, anders als Japan und anders als die USA blieben die technisch so modernen und wirtschaftlich so erfolgreichen EWG-Länder länger, als ihnen zuträglich war, im Kulturzusammenhang der industriellen Welt des Zeitalters von Kohle und Stahl hängen. So wurde das amerikanisch durchformte Marshall-Plan-Europa, das integrierte Vereinte Europa in der Westhälfte des Kontinents, allmählich zum „alten Europa“.

Bevor wir auf Rumsfeld zurückkommen, müssen wir aber einen kurzen Blick über die Demarkationslinie des Ost-West-Konflikts in den Ostblock werfen. Dort hatte die Sowjetunion die Maßstäbe gesetzt, die noch in den 1920er Jahren mit einer rabiaten Aufholjagd auf dem Feld der Industrialisierung begonnen hatte und sich anschickte, mit dem Deutschen Reich und vor allem mit den USA zu konkurrieren. Die Industrialisierung in der Sowjetunion war zu einem guten Teil auf die Errichtung von Eisenhüttenkombinaten riesenhaften Ausmaßes konzentriert. Nach 1945 zogen die sozialistischen „Bruderländer“ im sowjetischen Block nach. In Polen entstand 1954 Nova Huta als Stahlkombinat mit moderner sozialistischer Wohnstadt direkt bei Krakau, in der DDR 1950 die „erste sozialistische Stadt“ für die Beschäftigten des Eisenhüttenkombinats Ost, die zuerst Stalinstadt, dann Eisenhüttenstadt hieß.⁴⁴ In viel krasserer Form als in den marktwirtschaftlichen Ländern des Westens blieben in der staatlichen Planwirtschaft des kommunistischen Blocks Maßnahmen zur Anpassung der Industriestruktur an den technisch-wissenschaftlichen Wandel und die marktbedingten Veränderungen der Weltwirtschaft aus. Bevor am Ende der 1960er Jahre im Westen die Automatisierung in der Industrieproduktion einsetzte, hatten die sozialistischen Länder kurzzeitig beinahe gleichgezogen, ab 1969/70 fielen sie zurück, in den 1980er Jahren brachen sie zusammen. Die Revolution von 1989/90 besiegelte schließlich den Kollaps völlig erschöpfter, erneuerungsunfähiger, überholter Industriesysteme.⁴⁵

Im Verlauf der 1970er und 1980er Jahre kam in Europa beiderseits der politischen Demarkationslinie die traditionelle Welt der Schwerindustrie langsam an ihr Ende, die das Gesicht der europäischen Industrieländer im 20. Jahrhundert konturiert hatte. Die Schwerindustrie bestimmte die Kriege, der Erste

44 *Aufbau West, Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit*, hg. v. Rosmarie BEIER, Ostfildern-Ruit 1997.

45 Charles S. MAIER, *Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany*, Princeton, N. J. 1997; André STEINER, *Wirtschaftsgeschichte der DDR*, in: Rainer Eppelmann (Hg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn u.a. 2003, S. 229–238.

Weltkrieg war zugleich der erste „Maschinenkrieg“ der Geschichte. Die Schwerindustrie hatte die Konzeptionen der Nachkriegsordnung nach 1918 und 1945 maßgeblich beeinflusst, und das Macht- und Expansionsstreben von Industrieunternehmen hatte sich mit dem nationalistisch aufgeheizten Klima in den europäischen Ländern verwoben. Die Tatsache, dass die nationalsozialistische Vision eines Großwirtschaftsraums „Europa“ auch von französischen Industriellen für sinnvoll erachtet wurde, obwohl beide Länder innerhalb von 70 Jahren drei Kriege gegeneinander führten, verweist auf die dynamische Kraft des Ressourcenproblems „Kohle und Eisenerz“. Die Dynamik war so stark, dass nach den Erfahrungen mit einer fehlgesteuerten ökonomischen und politischen Friedensordnung nach 1918 die Amerikaner seit 1944/45 daran gingen, die Ordnungspolitik im Großwirtschaftsraum Europa nach den eigenen Vorstellungen zu bestimmen. Der Nachkriegsboom, der von 1948 bis etwa 1973/75 anhielt, verleitete aufgrund seiner langen Dauer die EWG-Europäer zu dem Glauben, dass ihr Industriesystem, ihre Wirtschaftsstruktur und die darauf gegründete Wohlfahrtsstaatlichkeit von Dauer sein würden. Aber das Industriesystem überholte sich allmählich, und die Europäer – die EWG-Europäer, wohlgemerkt – unterließen es, frühzeitig darauf zu reagieren. Amerikaner und Briten mit ihren anderen ordnungspolitischen Traditionen begannen schon 1979/80, rigide umzusteuern.⁴⁶ In zwei Jahrzehnten, von 1980 bis 2003, lebten sich deshalb auch die Gesellschaften und ihre Repräsentanten in Politik und Wirtschaft zunehmend auseinander. Westeuropa blieb in das Lebensgefühl und die Handlungsmuster seiner amerikanisch durchformten Nachkriegszeit eingesponnen. Die Vereinigten Staaten hatten längst eine andere Richtung eingeschlagen. Das war es, was Rumsfeld mit dem „alten Europa“ meinte, als er 2003 feststellen musste, dass sich auch die tagespolitischen Interessen weit auseinanderentwickelt hatten. Für die Europäer war es ein ernst zu nehmendes Signal, ihr etwas verschlissenes, industriegewirtschaftliches und sozialökonomisches Inventar aufzumöbeln.⁴⁷

IV.

Nun würden wir fehlgehen, wenn wir es bei diesem doch eher skeptisch und vor allem so außerordentlich materiell gefärbten Bild von Europa im ameri-

46 David STOCKMAN, *Der Triumph der Politik. Die Krise der Reagan-Regierung und ihre Auswirkung auf die Wirtschaft*, München 1986; William A. NISKANEN, *Reaganomics. An Insider's Account of the Policies and the People*, New York/Oxford 1988; Hans-Peter FRÖHLICH, *Das Thatcher-Jahrzehnt. Eine wirtschaftspolitische Bilanz*, Köln 1990; Dominik GEPPERT, *Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswechsel der britischen Tories 1975–1979*, München 2002.

47 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Nach dem Boom. Brüche und Kontinuitäten der Industriemoderne seit 1970*, in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 55 (2007) 4, S. 559–581.

kanischen Jahrhundert beließen. Die amerikanisch beeinflusste westeuropäische Integration hat nach 1945 maßgeblich dazu beigetragen, die krassen nationalistischen Vorurteile zwischen europäischen Gesellschaften erheblich zu verringern. Die europäische Integration begann ganz sachte damit, dass in den frühen 1950er Jahren die Visumpflicht abgeschafft wurde, zum Beispiel wenn man von Deutschland nach Holland, von Köln nach Utrecht, reisen wollte. Später fiel die Passpflicht, noch später fielen überhaupt die Ausweiskontrollen an den Grenzen. Wer heute mit dem Auto oder der Bahn durch Europa fährt, kann sich gar nicht mehr vorstellen, was für ein Kontinent das 1945 oder 1950 gewesen ist. Es war ein Kontinent der Grenzen, der Grenzkontrollen, der gegenseitigen Abschottung, des gegenseitigen Misstrauens, auch der gegenseitigen Nichtwahrnehmung. Das galt vor allem in kultureller Hinsicht. Im Schatten der europäischen Wirtschaftsintegration wurde im Verlauf von vier Jahrzehnten ein kultureller Austausch, eine Angleichung von Lebensstilen und Alltagsgewohnheiten möglich, die ebenfalls vom amerikanischen Modell beeinflusst waren und zu einer weitgehenden Überwindung der nationalpolitischen Gegensätze beigetragen haben. Das gilt für Westeuropa. Diese Entwicklung auf Ostmitteleuropa zu übertragen, ist die Aufgabe der Zukunft.

Wenn wir heute darauf schauen, wo Bruchlinien in Europa verlaufen, dann finden wir sie nicht mehr an den Grenzen der Nationalstaaten, sondern dort, wo sie in der Spätantike, im Mittelalter und der Frühen Neuzeit entstanden sind. Es sind die Bruchlinien zwischen der römischen und der orthodoxen christlichen Kultur, zwischen der christlichen und der muslimischen Kultur. Und natürlich finden wir sie zwischen wirtschaftlich-technisch dynamischen Regionen und den wenig entwickelten ländlichen Regionen. Wir entdecken aufs neue Grenzen zwischen Kulturräumen und zwischen Wohlstand und Armut. Diese Grenzen sind in einem doppelten Sinne europäisch, denn sie verlaufen in der Geographie unseres Kontinents, aber sie verlaufen auch innerhalb unserer Städte und Gesellschaften. Es bleibt zu hoffen, dass daraus nicht völlig andere postindustrielle Konflikte im postamerikanischen Jahrhundert entstehen.

Deutschland und Europa: Das Staatsrecht in den Plänen des Kreisauer Kreises

Von Ulrich Karpen

Einleitung

Dass der Kreisauer Kreis ein wichtiges, in Zusammensetzung, Programmatik und Arbeitsweise durchaus eigenständiges Element des Widerstandes gegen Hitler war, steht heute außer Streit. Ihm gehörten Juristen, Theologen beider Konfessionen, Offiziere der jüngeren und älteren Generation an. Vertreten waren verschiedene politische, soziale Richtungen, Angehörige aus Schichten und Gruppen, die während der Weimarer Zeit weit auseinander gestanden hatten. Die Mitglieder des Kreises waren beeinflusst von Bewegungen und Erfahrungen während der Zeit des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegszeit: Jugendbewegung, religiöser Sozialismus, Katholizismus, Weltwirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit. Es war eine „große Koalition“ auf demokratischer Basis.¹ Die Gesprächspartner hatten durchaus unterschiedliche, ja entgegengesetzte Standpunkte. Alle waren aber dialogfähig und konfliktbereit, so dass abgestimmte Ergebnisse zustande kamen. In der politischen Zielvorstellung einer sozialen Gesellschaft auf personaler Grundlage war man sich einig. Natürlich setzte das einen Einsatz für Menschenwürde und Freiheit voraus.

Hier soll von den staatsrechtlichen und -philosophischen Positionen, den staatsrechtlichen Vorstellungen für den Wiederaufbau Deutschlands und den europapolitischen und -rechtlichen Visionen des Kreises die Rede sein. Es lassen sich drei leitende Grundgedanken herauschälen.² Der Aufbau von Gesellschaft und Staat – auch des zu schaffenden Europas – wurde von unten nach oben gedacht. „Kleine Gemeinschaften“ sollten jede Organisation prägen. Weder individualistische Isolierung noch Verlorensein des Einzelnen in einer großen Gemeinschaft – einer Masse – ist dem Menschen zuträglich.³ Wir denken heute an Selbstverwaltung, Partizipation, Bürgerinitiativen, Subsidiarität, Aufbau der Gesellschaft bottom-top, nicht top-down. Dem Prinzip der „Kleinen Gemeinschaften“ entsprechend wurden – zweitens – Deutschland als Bundesstaat und Europa als Staatenbund oder Bundesstaat entworfen. Die nationale und supranationale Ebene werden streng als verfassungsgemäße,

1 Roman BLEISTEIN, *Dossier: Kreisauer Kreis*, Frankfurt/M. 1987, S. 39.

2 Wilhelm Ernst WINTERHAGER, *Der Kreisauer Kreis, Portrait einer Widerstandsgruppe*, Berlin 1985, S. 6.

3 Helmut James Graf von MOLTKE, *Die kleinen Gemeinschaften, Denkschrift 1939/40*, in: Franz Graf von SCHWERIN, *Helmut James Graf von Moltke. Im Widerstand die Zukunft denken*, Paderborn 1999, S. 157f.

rechtsstaatliche Organisationseinheiten ausgestaltet. Der dritte Grundgedanke der Kreisauer war der „Personalismus“. Dieser Begriff umfasst Menschenwürde und Freiheit der Person. Die Weltwirtschaftskrise hatte die Kreisauer gelehrt, dass Arbeit dem Menschen Würde verleiht und der Familie Lebensunterhalt. Sozialisierung ist ein Kernbegriff der Wirtschaftsordnung. „Personaler Sozialismus“ ist als Kurzformel des Programms der Kreisauer verwandt worden.⁴ Das ist das Konzept der sozialen Marktwirtschaft in einer freiheitlich demokratischen und sozialen Grundordnung, in einem sozialen Rechtsstaat der Grundrechte-Demokratie.

Staats- und europapolitische Überlegungen durchziehen die Arbeiten des Kreises in allen Phasen. Zunächst prägen sie die Herstellung loser persönlicher Kontakte im Laufe der Jahre 1938/39, als von verschiedenen Gruppen ein Staatsstreich vorbereitet wurde. Daran schloss sich die kurze Phase der intensiven Zusammenarbeit an, insbesondere bei den drei Tagungen in Kreisau (Mai/Oktober 1942, Juni 1943). Wichtige Ausarbeitungen entstanden nach diesen Tagungen. Ab 1944 wurden Mitglieder des Kreises verfolgt, der Kreis fiel auseinander. Aus verschiedenen Gründen haben die Überlebenden von Kreisau nach dem Krieg nicht als selbständige Gruppe operiert, sondern haben sich einzeln mehr oder weniger bemüht, an die Kreisauer Arbeit anzuknüpfen: man denke nur an Hans Peters bei der Gründung der Christlich-Demokratischen Union, Eugen Gerstenmaier in der Evangelischen Kirche, Theodor Steltzer in der Landespolitik.

Für die hier zu behandelnden staatstheoretischen verfassungs- und europarechtlichen Fragen müssen folgende Materialien herangezogen werden. Bei der 1. Kreisauer Tagung (Mai 1942) wurden alle Themen angeschnitten. Der Staatsaufbau Deutschlands war ein wichtiges Thema der 2. Tagung (Oktober 1942). Europa stand im Mittelpunkt der 3. Tagung (Juni 1943).⁵ Die Moltkesche Ausarbeitung „Ausgangslage, Ziele und Aufgaben“ entstand vor den Tagungen und liegt in drei Fassungen vor.⁶ Eine knappe Zusammenfassung früherer Überlegungen und Ausarbeitungen stellen die „Grundsätze für die Neuordnung“ dar (August 1943). Sie sind wohl als Orientierung für die Landesverweser gedacht gewesen, gehören mit der „Ersten Weisung an die Lan-

4 Günter SCHMÖLDERS, *Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftskonzeption des Kreisauer Kreises in der deutschen Widerstandsbewegung*, Köln 1969, S. 51ff. Vgl. Daniela RÜTHER, *Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft*, Paderborn 2002.

5 Alle Tagungen sind bei BLEISTEIN (wie Anm. 1) dokumentiert. Unentbehrlich für die Geschichte und die Ergebnisse Ger van ROON, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967.

6 SCHWERIN (wie Anm. 3), S. 172ff.

desverweser“ (August 1943) und der „Sonderweisung“⁷ zu den in diesem Zusammenhang wichtigsten Dokumenten.

An den staatstheoretischen und -rechtspolitischen Papieren haben viele Mitglieder des Kreises – nicht nur die Juristen – mitgearbeitet. Im Folgenden werden Gedanken von vier herausragenden Persönlichkeiten besonders beleuchtet werden. Im 1. Teil, der sich mit Staatstheorie beschäftigt, kommen Moltkes Vorstellungen zu den Grundlagen der Staatslehre zur Geltung. Er und Hans Peters⁸ haben zum totalen Staat und zu den kleinen Gemeinschaften Stellung genommen. Der Briefwechsel Moltkes und Yorck von Wartenburgs beschäftigt sich mit den Zielen des Staates. Zu den konkreten Planungen für den staatlichen Wiederaufbau Deutschlands (2. Teil) haben alle Kreisauer beigetragen. Die europäische Dimension (3. Teil) geht weitgehend auf die weitgreifenden analytischen und rechtspolitischen Untersuchungen von Adam von Trott zu Solz⁹ zurück.¹⁰

1. Staat, Recht, Rechtsstaat

a) Wiederherstellung des Rechts

Die politische Lagebeurteilung der Kreisauer ergab einen ausgesprochen unsicheren Ausgangspunkt für ihre Reformüberlegungen. Die Dinge konnten sich in dreierlei Richtung entwickeln.¹¹ Ein militärischer Sieg würde den Fortbestand des Systems garantieren und müsste das moralische und geistige Ende Deutschland und Europas bedeuten. Sollte das System bestehen und in die militärische Niederlage führen, müsste das politische, staatliche und wirtschaftliche Ende des Reiches nach sich ziehen. Nur eine Ablösung des Systems von innen, durch die Anstrengung von Wehrmacht, Industrie, neu zu organisierender Arbeiterbewegung, die Bündelung aller geistig und politisch schöp-

7 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 315, 321.

8 Levin von TROTT ZU SOLZ, *Hans Peters und der Kreisauer Kreis. Staatslehre im Widerstand*, Paderborn 1997. Vgl. auch Ulrich KARPEN, *Peters, Hans*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 20, Berlin 2001, S. 240–241; DERS., *Hans Peters (1896–1966)*, in: Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER (Hg.), *Zeitgeschichte in Lebensbildern*, Bd. 10, Münster 2001, S. 143–160; DERS., *Hans Peters 1896–1966*, in: *Die Öffentliche Verwaltung* 1996, S. 776–782.

9 Andreas SCHOTT, *Adam von Trott zu Solz, Jurist im Widerstand*, Paderborn 2001.

10 Zu den deutschland- und europapolitischen Entwürfen vgl. Ulrich KARPEN/Andreas SCHOTT (Hg.), *Der Kreisauer Kreis. Zu den verfassungspolitischen Vorstellungen von Männern des Widerstands um Helmuth James Graf von Moltke*, Heidelberg 1996; Ulrich KARPEN (Hg.), *Europas Zukunft. Vorstellungen des Kreisauer Kreises um Helmuth James Graf von Moltke*, Heidelberg 2005.

11 1. Tagung, BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 61ff.

ferischen Kräfte könnte einen Wiederaufbau Deutschlands und einen Neubau Europas ermöglichen.

Der Wiederaufbau Deutschlands erforderte – da waren sich alle Kreisauer einig – eine Beendigung der Willkürherrschaft, eine Wiederherstellung des Rechts.¹² Notwendig war eine Wiederherstellung des Bewusstseins vom absoluten Recht. Es galt, Rechtsstaat und Rechtssicherheit zu gewährleisten, die Grundrechte zu garantieren. Das bedeutete den Schutz der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Herstellung eines rechtlichen Verfassungszustandes unter Einschluss der Verantwortung eines jeden.¹³ Die Wiederherstellung der gebrochenen Rechtsordnung erforderte Sondergerichte für die Nazitäter („Rechtsschänder“).¹⁴ Eine Auslieferung an das Ausland sollte nicht stattfinden, und eine Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof im Haag wurde nicht erwogen, da Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes war.

Ausgangspunkt für eine weitreichende Wiederherstellung der Rechtsordnung war für die meisten Mitglieder des Kreises das Naturrecht, sei es in der christlichen Tradition (Delp, Rösch, Peters, Paulus van Husen¹⁵), sei es im Anschluss an die Philosophie der Antike und der Aufklärung (Leber, Moltke, Trott). Die naturrechtliche Grundhaltung war für eine Reihe von Kreisauern tragender Beweggrund für die Entscheidung zum Widerstand. Die Hinwendung zum Rechtsstaat bedeutete die Verwerfung des totalen Staates (Peters, Steltzer). Während Carl Schmitt vehement gegen die „pluralistische Polykratie“¹⁶ Stellung nahm, bekannten sich die Kreisauer als Reaktion auf den Terror des totalen Staates zum pluralistischen demokratischen Staat. Die Befürwortung einer gegliederten Gesellschaft wurde zugleich als Versuch betrachtet, die Auswüchse der modernen Massendemokratie zu bändigen. Die Verlagerung von Entscheidungen auf viele kleine Gemeinschaften und die Betonung der in der Personalität angelegten Grundrechte stemmte sich der Machtballung des Staates entgegen. In bis damals kaum gekannter Entschiedenheit vertraten Trott zu Solz und mit ihm die Kreisauer schließlich die Idee einer menschenwürdigen internationalen Ordnung, die auf dem Recht, nicht der Macht aufgebaut ist.

b) Gegen den totalen Staat

„Der Staat ist nicht total. Der Staat ist nicht allmächtig. Der Staat ist nicht Selbstzweck“. Mit diesen drei Fanfarenstößen beginnen die „Gedanken zum

12 3. Tagung: „Das zertretene Recht muss wieder aufgerichtet ... werden“, EBD. S. 269ff.

13 Grundzüge für die Neuordnung in: EBD. S. 322, Peters' Rede über den Rechtsstaat vor der Reichstagsfraktion des Zentrums vom 31. Mai 1933, Nachweis bei TROTT ZU SOLZ (wie Anm. 8), S. 70.

14 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 302f.

15 Frank SCHINDLER, *Paulus van Husen im Kreisauer Kreis*, Paderborn 1996.

16 TROTT ZU SOLZ (wie Anm. 8), S. 108.

Staatsaufbau im deutschen Raum“, eines der Ergebnisse der 1. Tagung.¹⁷ Und auch die weiteren Dokumente zu Staatslehre, Theorie und Philosophie des Staates sowie sonstige Schriften von Kreisauern gehen von der Staatszweck- und -aufgabenlehre aus. Auf der einen Seite machen Peters und Steltzer entschieden Front gegen den totalen Staat, auf der anderen bemühen sich Moltke und Yorck – leicht kontrovers –, die Aufgaben des Staates durch die natürliche Ordnung und das Ideal der Gerechtigkeit zu bestimmen.

Zunächst zum totalen Staat. Für Peters ist er mit dem Herrschaftsanspruch der Kirche,¹⁸ für Steltzer mit dem Totalitätsanspruch des Volkes unvereinbar. Beide wissen, dass die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft die Bedingung rechtsstaatlicher Freiheit ist.¹⁹ Bekanntlich wurde die Idee des totalen Staates in den zwanziger Jahren von Ernst Jünger entwickelt, von Carl Schmitt und seinem Schüler Ernst Forsthoff in die Staatslehre übertragen.²⁰ Der liberale, nicht interventionistische Staat des 19. Jahrhunderts, der gegenüber Gesellschaft und Wirtschaft gewissermaßen „neutral“ ist, wandelt sich zum interventionistischen Gesetzgebungsstaat des 20. Jahrhunderts. Der starke Staat „denkt nicht daran, die neuen Machtmittel (Technik, Militär) seinen eigenen Feinden und Zerstörern zu überliefern und seine Macht von irgendwelchen Stichworten, liberal, Rechtsstaat oder wie man es nennen will, untergraben zu lassen. Ein solcher Staat kann Freund und Feind unterscheiden.“²¹ Jeder echte Staat ist ein totaler Staat. Das Politische ist das Totale. Diese etatistisch-konservative Staatslehre war in Theorie und Praxis die Basis des nationalsozialistischen Staates. Diese Staatsidee bekämpfte Peters, eben die Identifikation von Staat und Gesellschaft und das Bestreben des Staates, seine Allmacht auf allen menschlichen Lebensgebieten zu betätigen. Peters entfaltet als Kontrast aber nicht so sehr eine eigene Staatsphilosophie und Staatslehre, sondern stellt sich ganz real auf den Boden der kirchlichen Auffassung. Nach der kirchlichen Lehre der damaligen Zeit sind Kirche und Staat beide *societates perfectae*.²² Staatsrecht und Staatsgewalt sind aber an das „ewige Gesetz“ gebunden. Wenn die Gesetze des Staates mit dem göttlichen Recht in offenkundigem Widerspruch stehen, dann ist Widerstand Pflicht, Gehorsam Frevel.²³ Der umfassende Herrschaftsanspruch der Kirche – gewissermaßen ihre Totalität – rührt

17 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 128f.

18 In erster Linie in „Der totale Staat und die Kirche“, in: Erich KLEINEIDAM/Otto KUSS (Hg.), *Die Kirche in der Zeitenwende*, Salzburg 1936, S. 303–334.

19 Ulrich KARPEN, *Die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als Bedingung der rechtsstaatlichen Freiheit*, in: Juristische Arbeitsblätter, 18 (1986) 6, S. 299–310.

20 Vgl. zu allen nur Ernst FORSTHOFF, *Der totale Staat*, Hamburg 1933.

21 Carl SCHMITT, *Die Weiterentwicklung des totalen Staates in Deutschland* (1933), in: DERS.: *Positionen und Begriffe 1923–1939*, Berlin ²1988, S. 185f.

22 TROTT ZU SOLZ (wie Anm. 8), S. 104f.

23 Peter TISCHLEDER, *Die Staatslehre Leos XIII.*, Mönchengladbach 1925, S. 222.

nach Peters' Meinung von ihrer Stiftung durch Gott her. Das ist beim Staat nicht der Fall. „Dieser kann gegenüber der Kirche seinen Totalitätsanspruch zurücktreten lassen, die Stellung der Kirche liegt hingegen von jeher fest.“²⁴ Tut der Staat das nicht, tritt er nicht einen Schritt zurück, besteht die Möglichkeit eines Zusammenpralls zweier Totalitäten. Die Kirche muss in dieser Lage durch Zusammenarbeit mit dem Staat – etwa in Konkordaten – einen *modus vivendi* suchen. Es liegt auf der Hand, dass die von Peters vertretene Auffassung vom Verhältnis Staat – Kirche seither, vor allem seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil, beträchtlich verändert wurde. Mit Recht anerkannt wird Peters' Mut, die Dinge 1935 so deutlich auf den Punkt gebracht zu haben.

Ganz anders Moltke und Yorck. Am Anfang der Arbeiten Moltkes an den wichtigen Dokumenten „Über die Grundlagen der Staatslehre“ (1940) und deren „Kurzfassung“²⁵ steht eine Auseinandersetzung mit Yorck, in der sie sich ihrer Gemeinsamkeit in der Staatslehre vergewisserten.²⁶ Dazu nur vier Bemerkungen. Zunächst gibt es für Moltke und Yorck keine theologische Lehre vom Staat, sondern nur eine vom Menschen im Staat. Es gibt also keinen christlichen Staat. Die humanistische Ethik im Staat ist unabhängig vom Offenbarungsgehalt einer christlichen oder einer anderen Religion, also säkular. „Der Staat ist amoralisch, weil er abstrakt ist.“²⁷ Der Staatsmann muss sich durch ethische Gebote – aus welcher Quelle auch immer – befähigen, die Ordnung aus der Natur der Dinge zu erkennen und nach diesen Erkenntnissen zu handeln. Die natürliche Ordnung zielt aber – zweitens – auf den Einzelnen. Seine körperliche und geistige Unversehrtheit, die Ehrfurcht vor anderen Menschen sind ihre Elemente. Folglich ist „es Sinn des Staates, den Menschen die Freiheit zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht, die natürliche Ordnung zu erkennen und zu ihrer Verwirklichung beizutragen“²⁸. Es ist – drittens – Aufgabe des Staates, der „unbeschränkt Herr der Wirtschaft ist“²⁹, durch Verteilung des wirtschaftlichen Ergebnisses dafür zu sorgen, dass der Einzelne sich nicht einen ungerechten Anteil verschaffe. Hier werden also die Imperative eines reformierten Sozialismus, auch der päpstlichen Sozialenzykliken (1891–1931) aufgenommen. Der soziale Bezug des Einzelnen, auch seine soziale Verantwortung, sind Kernbestandteile der Solidarität. Viertens und letztens besteht aber ein kleiner Dissens zwischen Moltke und Yorck. Moltke sieht das Verhältnis Staat/Individuum aus der Freiheitsperspektive des Einzelnen, also liberal. Yorck ist konservativer. Die Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen –

24 Mit weiteren Nachweisen bei TROTT ZU SOLZ (wie Anm. 8), S. 125.

25 Siehe die Nachweise bei SCHWERIN (wie Anm. 3).

26 Dazu der Briefwechsel, s. BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 338f; weitere Nachweise bei SCHWERIN (wie Anm. 3).S. 197f.

27 Kurzfassung, EBD. S. 171.

28 Kurzfassung, EBD. S. 170.

29 EBD.

überbetont – mag negativ für den Staat sein: Yorck will dem Einzelnen eine „Hypothek“ aufladen.³⁰ Wie dem auch sei: die Staatsidee des „personalen Sozialismus“, den beide vertreten, konkretisiert sich heute im grundrechtlich fundierten sozialen Rechtsstaat.

c) Kleine Gemeinschaften und Selbstverwaltung

Die starke Betonung der Idee der kleinen Gemeinschaften durch die Kreisauer – geradezu ein Markenzeichen des Kreises – entsprang einerseits einer gewissen Verlegenheit, andererseits aber prinzipiellen Überlegungen. Eine reibungslos funktionierende Demokratie war den Kreisauern weitgehend unbekannt. Nur wenigen – so natürlich Trott – waren der englische Parlamentarismus und das amerikanische Regierungssystem wirklich vertraut. Deshalb griffen die Kreisauer bei der Neuordnung auf das Mittel der Selbstverwaltung des Freiherrn von Stein zurück, um ein Alternativkonzept gegen Zentralismus und Bürokratismus in Händen zu haben. Hinzu kam, dass die beiden Autoren der diesbezüglichen Dokumente – Peters und Moltke – eine besondere Beziehung zum Selbstverwaltungsgedanken hatten. Peters blickte – als er 1940 seine „Bemerkungen zu einer Theorie der Selbstverwaltung – 8 Thesen“³¹ schrieb – auf eine zweijährige Tätigkeit in der Kommunalabteilung des Preußischen Innenministeriums und als Dezernent im Regierungspräsidium Breslau zurück. Er hatte einige Monate kommissarisch den Landkreis Westpriegnitz geleitet, hatte also „Landratserfahrung“. Seine Habilitationsschrift „Grenzen der kommunalen Selbstverwaltung“ (1926) gilt noch heute als erstklassige Arbeit. Peters’ „Thesen“ waren die Grundlage für Moltkes Ausarbeitung über die kleinen Gemeinschaften (1939/40).³² Er war mit den Selbstverwaltungsgedanken von Steins und dem (amerikanischen) Föderalismus vertraut. Nicht zufällig hingen in seinen Wohnungen stets zwei Porträts: die seines Urgroßvaters John Jay, eines Mitverfassers der „Federalist Papers“ und ersten Chief Justice des Supreme Court, und des Freiherrn vom Stein³³. Ihm lag daran, an die preußischen Reformen anzuknüpfen und die Grundsätze des Föderalismus auf kluge Weise mit den Selbstverwaltungsgedanken zu verbinden.

Natürlich verwirklicht das Prinzip der kleinen Gemeinschaften, aber auch die Idee der Freiheit, verstanden als Partizipation, teilnehmende Freiheit. Moltke schrieb: „Ich halte diejenige Verwaltungsorganisation für die beste, die dem einzelnen den weitesten Spielraum für die Betätigung seines Verantwortungsgefühles und seines Dranges, anderen nützlich zu sein, gewährt und daß auch

30 Nachweis bei van ROON (wie Anm. 5), S. 378.

31 Nachweise bei TROTT ZU SOLZ (wie Anm. 8), S. 161.

32 Abgedruckt bei SCHWERIN (wie Anm. 3), S. 157f.

33 SCHOTT (wie Anm. 9), S. 116.

außerhalb des reinen Verwaltungssektors nur eine Gesellschaftsordnung mit einer möglichst großen Zahl kleiner Gemeinschaften das erstrebenswerte Ziel zu sein scheint.³⁴ Diese Form der Gliederung von Gesellschaft und Staat erschien auch als ein Mittel, den zentralistischen und verbändeindlichen Wirkungen der Demokratie, die die Kreisauer als Massendemokratie sahen, entgegenzuwirken. Die wachsenden Staatsaufgaben des Interventionsstaates der Daseinsvorsorge sollten nicht von einem gigantischen Moloch erfüllt werden. Eben diese Entwicklung des modernen Staates, die sich ja nicht bezweifeln ließ, veranlasste Carl Schmitt und Ernst Forsthoff als Befürworter eines starken, zentralistischen Reiches am Existenzrecht der kommunalen Selbstverwaltung zu zweifeln. Peters, Moltke und die Mitglieder des Kreises, vor allem auch van Husen, befürworteten deshalb einen starken Föderalismus und viele kleine Gemeinschaften als wirkungsvolles Gliederungsprinzip von Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur. Aufbau von unten nach oben, Partizipation und Föderalismus sollten auch die außenpolitischen Beziehungen, das Internationale und – modern gesprochen – Supranationale Recht und damit den Aufbau Europas prägen.

d) Internationales Recht und Europa

Die tiefgreifenden theoretischen und philosophischen Gedanken über internationale Beziehungen und Völkerrecht, die letztlich die Europavorstellungen der Kreisauer prägen, sind allein auf Adam von Trott zu Solz, den „Außenminister“ des Kreises zurückzuführen. Er war stark von Hegel beeinflusst. Seine Göttinger Dissertation (1932) über „Hegels Staatsphilosophie und das internationale Recht“ wurde damals als bahnbrechende Arbeit aufgenommen. Durch seine Befassung mit den politisch-theoretischen Grundlagen von Recht und Staat war er bestens auf die außenpolitische Konzeption der Kreisauer vorbereitet. Er hatte sich mit dem Sozialismus, mit Marx und Engels beschäftigt, bekämpfte energisch deren Leugnung des Eigenwertes des Rechts und einer unabhängigen Rechtspflege. Letztlich war für ihn in vieler Hinsicht die angelsächsische Staatsauffassung vorbildlich.³⁵ In seiner Dissertation und später wandte er sich gegen das – wie er es sah – Fehlverständnis der Hegelschen Staatsphilosophie, dass der allmächtige Staat das Individuum erdrücke. Die Verwirklichung der sittlichen Totalität des Staates beseitige nicht die verantwortliche und verpflichtende Freiheit der Person, sondern setze sie voraus. In Übereinstimmung mit dem größten Teil der neueren Forschung meinte Trott, dass Hegel die Durchsetzung der Idee der Freiheit als Prinzip staatlicher und rechtlicher Ordnung durch die französische Revolution gegen die Bestrebun-

³⁴ Van ROON (wie Anm. 5), S. 347.

³⁵ Zu diesen biographischen Grundlagen vgl. SCHOTT (wie Anm. 9), S. 79f.

gen der Restauration befürwortet und gefördert habe. Trott wandte sich gegen die Vereinnahmung Hegels durch nationalistische Kreise, gegen die Ansicht, Hegel sei der reaktionäre preußische Staatsphilosoph und als solcher Wegbereiter eines aggressiven Nationalismus. Der Staat und die Beziehungen zwischen den Staaten seien durch das Recht bestimmt. Zwischen den Staaten müsse ein Recht begründet werden, über das sich niemand, der sich auf Auseinandersetzungen auf internationalem Boden einlasse, sanktionslos hinwegsetzen dürfe. Sittlichkeit und Freiheit seien die Moralität des internationalen Rechts. Dieses Ziel lasse sich angesichts der Souveränität der Staaten – wie Hegel und das 19. Jahrhundert, auch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, sie verstand – kaum verwirklichen. Die positivistische, legalistische Arbeitsweise des Völkerbundes reiche dazu gewiss nicht aus. Ziel müsse es sein, bestimmte moralische bzw. naturrechtlich vorausgesetzte Werte im Konsens demokratischer Nationen durchzusetzen. Solange unmoralische Ideologien existierten, müsse notgedrungen auf eine moralische internationale Rechtsordnung verzichtet werden. Sie bleibe gleichwohl das Ziel der Entwicklung. Allerdings: „Krieg als gerechte Entscheidung des Weltgerichts über die historische Daseinsberechtigung eines Volkes ist schon heute eine Absurdität“ (1930).³⁶

Hauptverdienst der Arbeiten von Trotts ist der Nachweis, dass nach Hegels Rechtsphilosophie die Substanz von Rechtsbeziehungen souveräner Staaten nach moralischen und nicht machtpolitischen Maßstäben zu beurteilen ist. Trott hat die Grundlagen für eine menschenwürdige internationale Ordnung in das ethische Bewusstsein zurückverlegt³⁷ – auch das eine Ausprägung des Personalismus. Heute können wir feststellen, dass sich die internationale Ordnung seit dem Kriege in die von Trott gekennzeichnete Richtung bewegt: Man denke an die Europäische Union als eine Werte- und Rechtsgemeinschaft, an die Jugoslawien- und Ruanda-Tribunale, den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Und auch in einem anderen Punkt hat sich Trott als „Vordenker“ gezeigt. Er war der Auffassung, dass bestimmte Aufgaben nur noch von überstaatlichen Organisationen zu lösen seien. Er nennt Überbevölkerung und internationale Wirtschaftsordnung.³⁸ Nimmt man die von Trott erwähnte Friedenssicherung und den für ihn (noch) nicht sichtbaren Klimaschutz hinzu, so hat man den Katalog der dringendsten Weltprobleme beisammen.

36 EBD. S. 55.

37 EBD. S. 57.

38 EBD. S. 55.

2. Entwürfe für eine Verfassung Deutschlands

a) Das deutsche Verfassungsproblem

Die Kreisauer haben sich permanent Gedanken über die zukünftige verfassungsrechtliche Gestaltung Deutschlands gemacht. Die verschiedenen Entwürfe – des Kreises wie auch einzelner Mitglieder – gehen von den folgenden fünf Prinzipien aus.³⁹

Nach seiner geschichtlichen Entwicklung kommt – erstens – für Deutschland nur eine Verfassung in Frage, die die tragenden Kräfte des Christentums bejaht und wieder zur vollen Entfaltung bringt. Zweitens gibt es für die Staatsform keine Patentlösung, sei es Monarchie, Republik, Parlamentarische Demokratie, Führerstaat. Es kommt auf die gegebene Situation, die geschichtliche Lage, an. Wichtig ist – drittens –, dass eine Staatsautorität hergestellt, die Notwendigkeit einer starken Führung erkannt wird. Im Einzelnen wird an ein mit Regierungsgewalt ausgestattetes Staatsoberhaupt gedacht – Reichspräsident auf zentraler Ebene, Landeshauptleute (übergangsweise: Landesverweser) auf Landesebene usw. Viertens muss eine Beteiligung der Regierten gesichert werden – Reichstag, Landtag, Bezirksvertretung, Kreistag, Gemeinderat, aber auch die Vertretungen der Landwirtschaft, der gewerblichen Wirtschaft, „Frauensschaften“, „Burschenschaften“, „Mädchenschaften“. Fünftens und letztens ist eine regionale Gliederung unerlässlich – Reich, Länder (Landschaften), Bezirke, Städte (darunter vier Reichsstädte: Berlin, Hamburg, Frankfurt, Wien), Kreise, Gemeinden. Das neue Deutschland soll also nach den Grundsätzen Macht und Verantwortung, Partizipation durch Selbstverwaltung, Beteiligung der kleinen Gemeinschaften und regionale Gliederung nach dem Subsidiaritätsprinzip organisiert werden.

Im Folgenden werden zunächst Staatsform, -aufbau und -organisation dargestellt, sodann die übrigen Themen der Verfassungsentwürfe. Da verschiedene Autoren am Werk waren und sich die Jahresringe der Arbeit der Kreisauer gerade in den organisatorischen Einzelheiten zeigen, können nur die Grundzüge der Entwürfe dargestellt werden. Die sehr detailliert behandelten Fragen von Reichsaufsicht, Wehrhoheit, Ordnung der Wirtschaft müssen späterer Behandlung vorbehalten bleiben. Sedes materiae sind im Wesentlichen die „Ziele und Vorstellungen“ sowie die „Gedanken zum Staatsaufbau im deutschen Raum“ aus der 1. Tagung, Entwurf und Beschlusstext. „Das deutsche Verfassungsproblem“ aus der 2. Tagung sowie die „Grundsätze der Neuordnung“

39 „Das deutsche Verfassungsproblem“, in: BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 200f.

nach der 3. Tagung⁴⁰. Zum Ganzen gibt es einen interessanten Kommentar von Franz Sperr, ehemaligem Bayerischen Gesandten in Berlin.⁴¹

b) Staatsstruktur und -organisation

Soweit es die politische Form Deutschlands angeht, wollten die Kreisauer eine Demokratie mit starker Führung. Sie haben sich nicht klar für eine Republik oder eine Monarchie ausgesprochen. Die Wiederherstellung eines Rechtsstaates war eines ihrer Hauptanliegen. Deutschland sollte bundesstaatlich organisiert werden. Das Reich war die „Universalrealität“⁴², eine Feststellung, die auch für den Aufbau Europas von Bedeutung ist. Die staatliche Hoheitsmacht liegt nur beim Reich. Es ist das wichtigste Ordnungsgebilde, politische Form nach außen, d.h. im internationalen Kontext. Das Reich hat ausschließliche Grundsatz- und Rahmen- sowie Finanzgesetzgebungskompetenz. Die Länder (Landsmannschaften) sollen etwa 3 bis 4 Mio. Bürger haben. Sie erledigen echte hoheitliche Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten. Die Regierungsbezirke sind juristische Personen. Kreise haben eine optimale Größe von 10.000 Einwohnern. Es gibt bezirksunmittelbare Städte und kreisangehörige Gemeinden. Das Selbstverwaltungsprinzip gilt nicht nur für die Politik – Gemeinden, Kreise usw. –, sondern auch für die Wirtschaft, für die Stände und Berufsgruppen – Betrieb, regionaler Wirtschaftsbereich, Wirtschaftsgebiete, Volkswirtschaft.

Nach dem rechtsstaatlichen Gewaltenteilungsprinzip sind Legislative, Exekutive und Judikative getrennt. Oberstes Legislativorgan ist die Nationalversammlung (Hohes Haus des Reichs, des Volkes), zu der Volkskammer (Ständekammer) und Reichsrat zusammentreten, und zwar zu bestimmten, enumerierten Fällen und auf Anordnung des Staatsoberhauptes. Hauptgesetzgebungsorgan ist der Reichstag (Haus der Volksräte, Volkskammer). Er wird vom Volk gewählt; auf 100.000 Stimmen kommt ein Abgeordneter; eine Mindeststimmenklausel verhindert den Einzug von Splitterparteien in den Reichstag. Zweite Kammer ist ein Reichsrat (Haus der Reichsräte, Länderkammer, Vertretung der Landsmannschaften). Zu den Reichssenatoren gehören auch von den Landwirtschafts-, Gewerbe- und Kulturkammern entsandte Vertreter der Stände. In den Dokumenten auch genannt wird ein zahlenmäßig begrenztes, die Regierung beratendes Organ, in das „verdiente Männer“ berufen werden. Reichstag und Reichsrat haben Initiativrecht.

40 EBD. S. 61, 128/200, 225/322.

41 EBD. S. 216, dazu vor allem Winfried BECKER, *Der bayerische Widerstandskreis um Franz Sperr und Otto Geßler*, in: KARPEN (Hg.), *Europas Zukunft* (wie Anm. 10), S. 33ff.

42 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 68.

An der Spitze der Exekutive steht ein Reichspräsident. Er wird mit Zweidrittelmehrheit von der Nationalversammlung gewählt und abgewählt. Er hat im Gesetzgebungsverfahren ein Vetorecht und den militärischen Oberbefehl. Er hat das Recht der Notstandsgesetzgebung, für dessen Ausübung er dem Reichstag verantwortlich ist. Der Reichskanzler wird vom Reichspräsidenten berufen. Er kann sein Amt durch destruktives Misstrauensvotum (Zweidrittelmehrheit) des Reichstages verlieren. Die Reichsminister werden auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Reichspräsidenten ernannt. Die Bestimmungen über das destruktive Misstrauensvotum sind auch auf sie anwendbar. Der Reichskanzler ist beiden Häusern des Parlaments verantwortlich. Wenn zwei Drittel des einen und ein Drittel des anderen Hauses eine Maßnahme des Reichskanzlers ablehnen, hat sie zu unterbleiben. Wird die Zweidrittelmehrheit verfehlt, kann die Maßnahme mit Zustimmung des Reichspräsidenten in Kraft gesetzt werden.

Die Gerichtsbarkeit besteht aus drei Instanzen. Es gibt eine Verwaltungsgerichtsbarkeit, ein Verwaltungsverfahrensgesetz und eine Verwaltungsgerichtsordnung. Ein Reichsstaatsgerichtshof entscheidet in den Verfahren der Normenkontrolle und der Urteilsbeschwerde gegen Entscheidungen von Landesverwaltungsgerichten, ferner in Amtshaftungsverfahren gegen Reichsminister. Übergangsweise und als Sofortmaßnahme nach dem Systemwechsel werden die Regierungsfunktionen von einem Reichsverweser wahrgenommen. Auf den unteren Ebenen liegen Gesetzgebungs- oder Satzungs-kompetenz bei Landtag und Landesrat, Bezirkstag, Kreistag, Stadtversammlung und Gemeinderat. Exekutiv tätig sind der Landeshauptmann (Landespräsident) und die Landesregierung, Bezirks- und Kreishauptmann (Landrat, Magistrat und Bürgermeister). Eingangs- und Berufungsgerichte sind auf Landesebene eingerichtet.

c) Andere Themen der Verfassung

Außerhalb des Staatsorganisationsrechtes beschäftigen sich die Dokumente ausführlich mit Grundrechten und Staatszielbestimmungen, den Gesellschaftsbereichen Wirtschaft und Kultur und dem Verhältnis Staat-Kirche-Recht. Was die Staatsziele angeht – Gegenstand und Ziele der staatlichen Betätigung⁴³–, findet sich ein für den Staatsrechtslehrer etwas merkwürdiger Abschnitt. „Grundsatz aller Wissens- und Lebensbildung ist das Staatsgrundgesetz der Wahrheit. Es wird Aufgabe der Staatsführung sein, unter Beweis zu stellen, daß die Liebe (die Hingabe an die Gemeinschaft in jeder Form) ein ordnendes Staatsgrundgesetz ebenso wie die Gerechtigkeit ist. Der Satz: du sollst lieben,

43 EBD. S. 163f. (165).

ist ein Rechtssatz im staatlichen Bereich, kein Satz des Gefühls und der Moral.“ Im Folgenden geht es konkreter um Mutter und Kind, Altenbetreuung usw. In den der Kultur gewidmeten Abschnitten werden Bildung und Erziehung, Schule, Universität, Presse und Rundfunk behandelt. Moltke wie Yorck verwerfen eine Erziehungsallmacht des Staates, betonen das Elternrecht. Yorck unterstreicht die Rolle der Kirchen, Moltke die Aufgaben des Staates. Die Anmerkungen zur Hochschulbildung sind wiederum eine Gemeinschaftsarbeit von Peters und Moltke. Peters hat seine kulturpolitischen Vorstellungen in einem Referat bei der 1. Tagung zu Pfingsten 1942 dargelegt, nach dem Krieg in einer kleinen Schrift.⁴⁴

Für das Staat-Kirche-Verhältnis gibt es zwei wichtige Dokumente. Ein erstes Papier⁴⁵, von einem unbekanntem Verfasser, lag der 1. Tagung vor. Es setzt mit der entschiedenen Aussage ein, die Kirche sei der gegebene Zensor der Staatsführung und schlägt im Folgenden eine strikte Trennung von Staat und Kirche vor. Die Einrichtung des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach müsse beendet werden, ebenso die Einziehung der Kirchensteuer. Die Konfessionen müssten einen Gesamtkirchenrat bilden, der als Organ der einheitlichen Willensbildung auf christlicher Grundlage einem Minister für das Kirchenwesen gegenüber treten könne. Die im weiteren Verlauf der 1. Tagung dann verabschiedete „Grundsätzliche Erklärung über Kirche und Staat“⁴⁶ ist in den Details zurückhaltender, im Ton versöhnlicher. Sie sieht im Christentum wertvollste Kräfte für die religiös-sittliche Erneuerung des Volkes, für den Neubau des Abendlandes und das friedliche Zusammenarbeiten der Völker. Autonomie und Selbstverwaltung der Kirchen werden gewährleistet. In einem ebenfalls der 1. Tagung vorliegenden Papier „Gedanken zur europäischen Ordnung“⁴⁷ ist dann aber wieder von einer Trennung von Staat und Kirche, der Enteignung von Kirchengut, der Unterwerfung der Kirchen unter die Körperschaftssteuer die Rede. Es zeigt sich insgesamt, dass die Erörterung des Staat-Kirche-Verhältnisses – ebenso wenig wie nach dem Kriege – nicht zu einer tragfähigen Neubestimmung führte, was letztlich der Grund dafür war, dass der Grundgesetzgeber das Staat-Kirche-Recht der Weimarer Reichsverfassung rezipierte.

Im Vergleich mit der ausführlichen Befassung der Kreisauer mit der Kultur tritt die Organisation der Wirtschaft – Ständekammern, Reichswirtschaftsrat usw. – doch etwas zurück. Nicht beschäftigt haben sich die Kreisauer mit der Reichsaufsicht und den Staatssymbolen. Soweit es die Wehrhoheit angeht,

44 Hans PETERS, *Zwischen Gestern und Morgen. Betrachtungen zur heutigen Kulturlage*, Berlin 1946.

45 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 88f.

46 EBD. S. 124f.

47 EBD. S. 127f. (167).

sprechen die Kreisauer sich lediglich für eine besonders gründliche Ausbildung der Berufsoffiziere aus,⁴⁸ ein Gedanke, der Jahrzehnte später in der Errichtung der Bundeswehruniversitäten Früchte trug.

d) Waren die Kreisauer Demokraten?

In der Diskussion über die Bewertung der verfassungspolitischen Auffassungen des deutschen Widerstandes – nicht nur der Kreisauer, sondern auch der Kreise um Goerdeler – ist immer wieder der Vorwurf erhoben worden, es habe sich nur um eine Fortsetzung der antidemokratischen Opposition gegen die Weimarer Republik gehandelt, und man habe sich an antiparlamentarisch-hierarchischen Modellen orientiert.⁴⁹ Und in der Tat gibt es einige Anhaltspunkte für diese Auffassung. In einem Brief an seinen Freund David Astor vom Dezember 1939⁵⁰ sah sich Trott in der konservativen Tradition, ließ Enttäuschung über die Demokratie und die Bevorzugung autoritärer, möglicherweise ständischer Strukturen erkennen. Gleichwohl muss eine Kritik vorsichtig zu Werke gehen. Die Heutigen haben über sechzig Jahre demokratischer Erfahrungen hinter sich, während den Kreisauern ein reibungslos funktionierender Parlamentarismus fremd war. Man war sich unsicher über die Ursachen des Misslingens und des Unterganges der Weimarer Republik und hatte das Vertrauen in die Kraft der Demokratie verloren. Nicht nur Trott, sondern auch andere Kreisauer empfanden es auch als Widerspruch, dass demokratische Staaten eine aus ihrer Sicht imperialistische und kapitalistische Politik betrieben und große soziale Verwerfungen zuließen.⁵¹

Und es lässt sich dreierlei feststellen. Die Kreisauer hatten gewiss keine Demokratie westdeutscher Nachkriegsprägung vor Augen. Sie hegten Erziehungsgedanken, befürworteten den Versuch, das eigene Verantwortungsbewusstsein der Bürger institutionell in der Gesellschaft zu verankern und das deutsche Volk zu demokratischen Lebensformen zu erziehen, ein Gedanke, der der Nachkriegsgeneration ja in der „re-education“ intensiv begegnet ist. Zweitens wollten die Kreisauer gewiss keine einfache Rückkehr zum Weimarer parlamentarischen System, aber sie unterstrichen die Rolle des Staatsvolkes als oberste, Recht setzende Instanz und als Träger der staatlichen Souveränität. Letztlich erstrebten sie einen dritten Weg zwischen einem autoritären Staat und einer Massendemokratie, den sie aber nicht näher präzisiert haben. Und drittens und letztens lässt sich aus allen Schriften und Verhandlungen eine

48 EBD. S. 156.

49 EBD. S. 42ff.; WINTERHAGER (wie Anm. 2), S. 21; vor allem SCHOTT (wie Anm. 9), S. 95ff.

50 EBD. S. 96.

51 EBD. S. 97.

unverkennbare Nähe zu den freiheitlichen Grundwerten rechtsstaatlicher Verhältnisse ablesen, auf denen die liberale Demokratie beruht: Personalität und individuelle Freiheit.⁵²

3. Zukunft Europa

a) Überwindung des Nationalismus, die Neuordnung Europas

Der Wiederaufbau des freiheitlich demokratischen Deutschland war für die Kreisauer von vornherein verbunden mit der Neuordnung Europas. Es ging nicht so sehr um die Zähmung Deutschlands in Europa – ein Gedanke, der ein wichtiges Motiv der Nachkriegseinigung Europas war –, sondern um die Anknüpfung an die ja nie verloren gegangene kulturelle Einheit des Kontinents und die Herstellung eines wirtschaftspolitischen Großraumes. Der Nationalismus, der in zwei Weltkriege hineingeführt hatte, musste überwunden werden, die Minderheiten sollten in allen Mitgliedsstaaten Europas besonderen Schutz genießen. Der Minderheitenschutz war eine besondere politische Herausforderung, wie Hans Lukaschek⁵³ in seiner Arbeit in Oberschlesien erfahren hatte. Für Paulus van Husen⁵⁴ galt das Minderheitenrecht geradezu als friedenssicherndes Element im Nachkriegseuropa. Dass dieses Ziel in den Nachkriegsjahren nicht erreicht werden konnte – das Gegenteil wurde verwirklicht! – hat in Europa bis heute unheilvolle Spuren hinterlassen. Mit der politischen Neuordnung sollte zugleich eine größere wirtschaftliche Einheit geschaffen werden, ein Gesichtspunkt, der den tatsächlichen Einigungsprozess Europas bestimmte.

Über Europa wird in den Diskussionen und Dokumenten ausführlich gehandelt. Vor Beginn der Beratungen 1942 hatte Moltke eine Denkschrift „Ausgangslage und Aufgaben“ (1941) geschrieben, die in drei Fassungen erhalten ist⁵⁵ und die Deutschland und Europa betrifft. Das Thema Europa im Besonderen ist Gegenstand der Abschnitte „Das Reich und die Europäische Konkordanz“⁵⁶ bei der 1. Tagung und „Außen- und Innenpolitik“⁵⁷ bei der 3. Tagung. Ein wichtiges Papier von Theodor Steltzer „Das Europäische Verfassungsproblem“ wurde im Namen des Kreisauer Kreises 1942 nach Schweden überbracht und erst 1983 in Uppsala aufgefunden. Es ist bei Winterhager⁵⁸ abgedruckt. Die Dokumentenlage ist also reich.

52 EBD. S. 102.

53 Michaela ELLMANN, *Hans Lukaschek im Kreisauer Kreis*, Paderborn 2000.

54 SCHINDLER (wie Anm. 14), S. 161.

55 SCHWERIN (wie Anm. 3), S. 172ff.

56 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 177.

57 EBD. S. 240.

58 WINTERHAGER (wie Anm. 2), S. 222f.

Die Kreisauer sahen in Europa eine natürliche übernationale Einheit. „Der Staat strebt über sich hinaus zu einer größeren, ihn überholenden – für den europäischen Raum gesprochen – gesamteuropäischer Einheit.“⁵⁹ Allerdings ist der „Staat ein soziologischer Grundbegriff schlechthin, allen letzten nicht abgeleiteten hoheitlichen Raumordnungen gemeinsam“⁶⁰. „Das Reich ist ein Ordnungsbegriff mit politischem und geschichtlichem Inhalt. Es ist eine mitteleuropäische Wesenheit, die in ihre Ausformulierung den Deutschen anvertraut ist.“⁶¹ „Das Reich weist alle Merkmale des Staates auf. Im Reich ist das Staatliche in eine den Deutschen eigentümliche Form der Organisation und der Idee überhöht.“⁶² Eine Besonderheit des Reiches wird in der „Konkordanz des Reiches in der gesamteuropäischen Einheit“ erblickt.

b) Was ist Europa? Welche Rolle spielt Deutschland in Europa?

Europa soll eine Einheit mit souveränen Rechten werden, „begrenzt im Norden und Westen durch den Atlantik, im Süden durch das Mittelmeer und das Schwarze Meer. Im Osten durch die Ostgrenze Rumäniens, des alten Polens, der ehemaligen Baltenstaaten und Finnlands. Die russischen Gebiete bis zum Ural unterstehen dem Bundesstaat, aber nicht als vollwertige Glieder, sondern – mindestens vorläufig – in der Form von Schutzbefohlenen ... Großbritannien, Island und Irland gehören dem europäischen Bundesstaat an, Großbritannien jedoch in einer etwas lockeren Form, die es ihm ermöglicht, weiter der geistige Mittelpunkt des Angelsachsentums zu bleiben, insbesondere seine Stellung den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber zu behaupten.“⁶³

Europa wird seinen Platz in einem Dreieck USA/England – Europa – Russland finden müssen. Im Augenblick gehen Angloamerika und Russland in einer Allianz gegen Hitlerdeutschland zusammen. Sie haben aber gegensätzliche Grundvorstellungen. Europa wird im Spannungsfeld USA–Russland, von amerikanischem Kapitalismus und russischem Kommunismus, liberal kapitalistischem und sozialistischem, restaurativem und revolutionärem System eine Ordnungskraft des weltpolitischen Ausgleichs sein.⁶⁴ Deutschland muss in der Mitte Europas Nationalismus und Hegemonialstreben eine klare Absage erteilen.

59 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 129.

60 EBD. S. 127.

61 EBD. S. 127f., weiterhin (S. 129): „Die geschichtlich berechnete und der germanischen Art entsprechende Weise der staatlichen Organisation in deutschem Raum ist das Reich.“

62 EBD. S. 128.

63 MOLTKE; bei SCHWERIN (wie Anm. 3), S. 172. Auch von europäischen Kolonien in Afrika ist die Rede.

64 3. Tagung, BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 240, 242, 248.

Durch die vollständige Lösung von machtpolitischen Zielsetzungen hoben sich die Kreisauer in außen- und europapolitischer Hinsicht deutlich von der sogenannten älteren Generation des Widerstandes um Goerdeler und Hassell ab, die zwar die Methoden Hitlers mit Nachdruck ablehnten, sich jedoch von der Hoffnung auf den Erhalt einer hegemonialen Stellung Deutschlands in Europa bis zum Schluss nicht trennen wollten.⁶⁵ Für Deutschland ging es in erster Linie darum, das Misstrauen der Welt zu überwinden. Die Proklamation eines vertrauenswürdigen und praktischen Friedensprogramms für Europa wurde von den Kreisauern als vorrangiges Kriegsziel angesehen. Die Länder Europas hätten ein elementares und legitimes Bedürfnis, vor einem neuen Krieg, insbesondere vor einem von Deutschland ausgehenden, geschützt zu werden. Deutschland müsse Vertrauen durch konsequente Wiederherstellung des Rechtsstaates schaffen: Grundrechte, Rechtssicherheit, Verfolgung und öffentliche Aburteilung von Kriegsverbrechern. Das müsse aus eigener Kraft, ohne „Erziehungsmaßnahmen“ fremder Mächte geschehen.⁶⁶ Deutschland könne und müsse in Europa eine wichtige wirtschaftspolitische Rolle spielen. Eine gemeinsame europäische Währungs-, Zoll- und Konjunkturpolitik, eine Arbeitsteilung innerhalb der europäischen Wirtschaft im Wettbewerb mit anderen Weltwirtschaftsmächten werde den Kontinent und Deutschland stärken.⁶⁷

c) Eine Verfassung für Europa

Durchaus in Übereinstimmung mit der heutigen Suche nach einer „Europäischen Wertegemeinschaft“ haben die Kreisauer den Kern der Verfasstheit Europas im Geistigen gesucht. „Eine neue europäische Ordnung wird nur dann eine wirkliche Grundlage für eine Zusammenarbeit der europäischen Völker sein können, wenn sie sich auf einem gemeinsamen europäischen Ethos [sic!] einer Gemeinsamkeit der sittlichen Überzeugungen aufbaut.“⁶⁸ Es wird „nicht ein Statutenfriede, sondern eine aus neuen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen wachsende Gesamtverfassung der europäischen Völker angestrebt“⁶⁹. Es geht um einen gleichberechtigten Zusammenschluss aller europäischen Staaten, um die Aufgabe bestimmter Souveränitätsrechte im militärischen, technischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Bereich. Im Europa der Zukunft werden innen- und zwischenstaatliche Fragen nicht mehr zu trennen sein. Es wird bestimmte Gemeinschaftsorgane geben, europäische Luftstreitkräfte, gemeinsame Heer- und Marineverbände, einen europäischen Oberbefehl, eine

65 Mit weiteren Nachweisen bei SCHOTT (wie Anm. 9), S. 162.

66 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 245.

67 EBD. 275.

68 EBD. S. 256, I. Allgemeines.

69 EBD. S. 258.

europäische Wirtschafts- und Planungsinstanz für Verkehr, Transport usw., ferner einen Europäischen Rat, einen Präsidenten für die Erledigung der laufenden Geschäfte, einen Europäischen Gerichtshof. Europa soll nach dem Subsidiaritätsprinzip organisiert sein, „öden Zentralismus“⁷⁰ gilt es zu vermeiden. Eine endgültige Festlegung auf einen Bundesstaat Europa gibt es nicht. In dem Dokument der 3. Tagung wird darauf verzichtet, „den Charakter dieses Zusammenschlusses näher zu bestimmen“⁷¹ und gemeint, „es erscheine nicht zweckmäßig, hier von den alten Begriffen Bundesstaat und Staatenbund auszugehen“⁷². Auf der anderen Seite schreibt Moltke: „Europa ist ein Bundesstaat mit einheitlicher Souveränität“⁷³, und die Kreisauer formulieren: „Das Ziel der gesamteuropäischen Ordnung muß darin bestehen, den europäischen Raum in seinen Teilräumen so zu gliedern, daß die Gliederung dem Verhältnis der Reichsländer zum Reich entspricht.“⁷⁴

Die Organisation Europas ist nicht bis ins Detail ausgeführt.⁷⁵ Folgende Organe sind vorgesehen: Zunächst ein Organ als Träger der gemeinsamen Souveränitätsrechte und der gemeinsamen grundsätzlichen Willensbildung (Kronrat, Bundesrat). Ihm soll die Führung des Bundesheeres obliegen, auch die Wahl des Bundeskanzlers. Dem Kronrat gehören der Bundeskanzler, ein katholischer/evangelischer Bischof, der Präsident des Bundestages usw. an. Ferner vorgesehen ist eine Bundesregierung, bestehend aus Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesministern als den eigentlichen Führungsorganen; letztlich ein Bundestag zur Beteiligung der Geführten an den Führungsmaßnahmen. Er wird von den Volksvertretern der Mitgliedstaaten gewählt und hat das Gesetzgebungs- und Budgetrecht. Vom Europäischen Gerichtshof war bereits die Rede.

d) Staatsrechtliche Neuordnung und Europäische Einigung als politische Einheit

Die Planungen für eine zukünftige Gestaltung Europas spielten also für das Denken der Kreisauer eine bemerkenswerte Rolle. Es bestand Einigkeit darüber, dass die Sicherung des deutschen Nationalstaates, die Niederwerfung des Nationalsozialismus mit der Notwendigkeit gekoppelt war, zu einer europäischen Friedensordnung vorzudringen, zu einer engen wirtschafts-, sozial- und außenpolitischen Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Dieser Ge-

70 EBD. S. 177.

71 EBD. S. 258.

72 EBD. S. 262.

73 SCHWERIN (wie Anm. 3), S. 172.

74 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 177.

75 Zum Folgenden EBD. S. 262ff.

danke bestimmte nicht nur die Überlegungen der Kreisauer, vorwiegend Alfred Delp, Augustinus Rösch, Trott und Moltke, sondern war auch für die anderen Verschwörer gegen Hitler maßgeblich. Goerdeler und Hassell erstrebten im Kampf gegen den Bolschewismus einen europäischen Staatenbund unter deutscher Führung.⁷⁶ Noch entschiedener setzte sich die „Weiße Rose“ für eine umfassende europäische Neuordnung ein. „Nur in großzügiger Zusammenarbeit mit den europäischen Völkern kann der Boden geschaffen werden, auf welchem ein neuer Aufbau möglich sein wird“, hieß es in ihrem fünften Flugblatt von 1942.⁷⁷ Was die verfassungsrechtliche Ausgestaltung Europas anlangt, setzten sich Moltke, Trott und Yorck wie andere Kreisauer am entschiedensten für Selbstverwaltung, Dezentralisierung, Subsidiarität ein. Die wirtschafts- und außenpolitische Verflechtung sollte eng sein, jedoch war zu keinem Zeitpunkt daran gedacht, die Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten des Bundes, vor allem die nationalen Kulturen aufzugeben oder zu tangieren. Einheit in Vielfalt, ein Europa der Regionen, war das Ziel. Für die Kreisauer war Europa mehr als die Verhinderung einer Wiederkehr deutschen Macht- und Übermachtstrebens und die Schaffung eines großen Wirtschaftsraumes. Sie verbanden mit dem großen Vorhaben vor allem die Erwartung einer Wiederherstellung der europäischen Identität, in Gestalt der Anerkennung der Person, der christlichen Bindung des Einzelnen und der Aufhebung der Massengesellschaft und -demokratie. Das ist der Sinn der berühmten Äußerung Moltkes gegenüber seinem britischen Freund Lionel Curtis: „Für uns ist Europa nach dem Kriege weniger eine Frage von Grenzen und Soldaten, von komplizierten Organisationen und großen Plänen, sondern der Wiederaufrichtung des Bildes des Menschen im Herzen unserer Mitbürger.“⁷⁸

Dem Plan, dass ein in selbstverwaltende Einheiten gegliedertes, föderal verfasstes Deutschland in einen europäischen Bundesstaat eingegliedert werden sollte, wurde durch die militärischen und diplomatischen Entscheidungen der Alliierten die Grundlage entzogen. Gleichwohl stellt das sich hier abzeichnende Konzept eines Dualismus zwischen einem starken europäischen Bundesstaat einerseits und autonomen Mitgliedern, regionalen Einheiten mit starker kultureller Prägung andererseits, ein bis heute nicht überholtes Lösungsmodell für die innere Verfassung einer europäischen Staatengemeinschaft dar.⁷⁹

76 Hans Mommsen, „Europa im Denken des deutschen Widerstands gegen Hitler“, unveröff. Beitrag zur Vorstellung des Buches KARPEN, *Europas Zukunft* (wie Anm. 10) in Berlin und Breslau 2006.

77 Mommsen (wie Anm. 76), S. 2.

78 Vom 18.4.1942, in: Michael BALFOUR/Julian FRISBY/Freya von MOLTKE, *Helmuth James Graf von Moltke, 1907–1945. Anwalt der Zukunft*, Berlin ²1984, S. 184.

79 Mommsen (wie Anm. 76), S. 4.

Der Kreisauer Kreis aus heutiger Sicht

Roman Bleistein hat bemerkt, eine abschließende Bewertung des Kreisauer Kreises sei nicht möglich, weil immer wieder neue Dokumente vorgelegt würden und jede Zeit in ihrem Selbstverständnis an die historischen Fakten herangehe.⁸⁰ Letzteres wird deutlich, wenn man die europapolitischen Pläne der Kreisauer mit der tatsächlichen Entwicklung der europäischen Einigung betrachtet und in diesem Lichte für besonders zukunftsweisend hält. Das heutige Urteil über die Kreisauer ist positiv. Die gesellschaftliche und politische Zusammensetzung des Kreises, die absolute ethische und moralische Konsequenz seiner Mitglieder zeigt den „Aufstand des Gewissens“ in seiner reinsten Form.⁸¹ Der Kreis vertrat traditionelle Werte, war aber nicht restaurativ. Er trat für den Eigenwert des Menschen und eine menschenwürdige Sozialordnung ein. Er bekannte sich zur Demokratie und vertrat uneingeschränkt rechtsstaatliche Grundsätze. Der Entwurf des Wirtschafts- und Sozialsystems ist ein dritter Weg zwischen kommunistischer Staatswirtschaft und kapitalistischem Erwerbssystem. Es war der geglückte Versuch, überholte Gegensätze zu überwinden: Katholiken und Protestanten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, national denkende und international orientierte Menschen an einen Tisch zu bringen. Das war in der Nachkriegszeit das bis heute geltende Programm der Christlich-Demokratischen Union. Die Form der Reaktion auf den nationalsozialistischen Missbrauch der Deutschen war die Erziehung aus christlichen Grundsätzen. Der Deutsche und Europäische Bundesstaat: Dezentralisierung statt Zentralisierung. Die Wirtschaftsordnung: Internationale Zusammenarbeit statt Autarkie. Aufbau des Rechtsstaates statt Rechtlosigkeit. Der Mensch als Mittelpunkt der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme: Personalismus als religiös und naturrechtlich begründetes Fundament. Wettbewerb als Ordnungsprinzip der Wirtschaft und der Gesellschaft, ausgerichtet am Ziel sozialer Gerechtigkeit.

Die Gedanken und Planungen der Kreisauer haben in sehr unterschiedlicher Weise fortgewirkt. Die staatliche Struktur der Bundesrepublik ist wenig von Kreisau beeinflusst worden, die europapolitische Entwicklung jedoch in hohem Maße. Das staatsrechtliche Denken der Kreisauer löste sich nicht wirklich von der Weimarer Verfassung. Allerdings verwarfen die Kreisauer entschieden die staatsrechtlichen Ansätze der Zeit nach 1935. Ihre Antwort auf die Schwäche des Weimarer Parlamentarismus war nicht der autoritäre Führerstaat, sondern die korporative Selbstverwaltung und Verantwortung. Sie plädierten für Meinungsfreiheit und das Ringen um die richtige Ordnung, für eine „offene

80 BLEISTEIN (wie Anm. 1), S. 43.

81 WINTERHAGER (wie Anm. 2), S. 21.

Gesellschaft“⁸². Europa hat sich demgegenüber entschieden in Richtung des Kreisauer Entwurfes entwickelt. Die Rückkehr der Kreisauer zu einer europäisch-abendländischen Werteordnung wurde und wird in der Diskussion über eine „Leitkultur“ fortgesetzt. In den Plänen der deutschen Widerstandsbewegung gegen Hitler, ihrer verschiedenen Gruppen, stellen die Vorschläge der Kreisauer für die zukünftige europäische Verfassungsform den wohl am stärksten zukunftsweisenden, politisch innovativsten und insofern modernsten Bestandteil dar.⁸³

Dreh- und Angelpunkt des Denkens der Kreisauer über Gesellschaft und Wirtschaft, Staatsrecht und internationales Recht, Deutschland und Europa war die Freiheit der Menschen, die im Dritten Reich missbraucht und verschüttet war. Dazu schrieb Alfred Delp: „Es ist auf eine Ordnung des äußeren, sozialen, wirtschaftlichen, technischen ... Lebens hinzuarbeiten, die dem Menschen ein relativ gesichertes Existenzminimum jeglicher Art (auch geistig, zeitlich, räumlich) verbürgt. Das Maß des Zielbildes ist vom Menschen zu nehmen, das Ausmaß der jeweiligen Verwirklichung nach den sachlichen Möglichkeiten zu bemessen. Ob das nun eine Erziehung zu Gott ist? Erst die unterste Voraussetzung. Erst die Bemühung um eine Ordnung und Verfassung des Lebens, in der ein Blick auf Gott für den Menschen nicht mehr eine übermenschliche Anstrengung bedeutet... Dann allerdings bedarf es erst der Hauptsache: des von Gott erfüllten und Gottes mächtigen gleichartigen Menschen, der den anderen anspricht und anruft.“⁸⁴

82 SCHOTT (wie Anm. 9), S. 167; Karl R. POPPER, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 2, Tübingen 1992, S. 304.

83 Mommsen (wie Anm. 76), S. 4.

84 Alfred DELP, *Im Angesicht des Todes*, Frankfurt/M. 1947, S. 135.

Jugend zwischen den Diktaturen. Manfred Klein und die christlich-demokratische Jugendopposition in der SBZ

Von Michael Richter

Wenn wir an Manfred Klein erinnern, der heute vor 60 Jahren verhaftet wurde,¹ so geschieht dies stellvertretend für all jene, die sich nach dem Ende der NS-Herrschaft aus christlich-demokratischer Überzeugung gegen die Errichtung einer neuen, diesmal kommunistischen Diktatur in Deutschland zur Wehr setzten, dafür in kommunistischen Gefängnissen landeten oder mit ihrem Leben bezahlten. Ihr Handeln ist für uns alle Vorbild und Mahnung.

Manfred Klein wurde am 20. Juli 1925 in Berlin geboren. Dank seiner katholischen Erziehung lehnte er das verbrecherische NS-Regime ab. Nach Schließung des Jesuitengymnasiums am Lietzensee 1940 durch die Nazis erhielt er im Mai 1943 das Reifezeugnis am „Gymnasium zum Grauen Kloster“. In diesen Jahren war er aktiv in der katholischen Jugend tätig und weigerte sich, Mitglied der Hitler-Jugend zu werden. Stattdessen wirkte er weiter illegal in der katholischen Jugend mit.² 1942 wurde er von der Gestapo 24 Stunden lang festgehalten und wegen seiner Nichtmitgliedschaft in der Hitler-Jugend verurteilt.³ Im August 1943 wurde er zur Wehrmacht eingezogen und 1944 im Kessel von Sevastopol schwer verwundet, was ihm freilich letztlich das Leben rettete, entkam doch keiner seiner Kameraden dem Inferno. Noch vom Lazarett aus begann er ein Germanistikstudium an der Universität Breslau. Ende April 1945 kam er in sowjetische Kriegsgefangenschaft nach Rüdersdorf bei Berlin. Hier fiel den Sowjets auf, dass Klein nicht in der HJ gewesen und somit ein „Antifaschist“ war.⁴ Sie schickten ihn deswegen im August 1945 auf eine Antifa-Schule des „Nationalkomitees Freies Deutschland“.⁵ Nach Ab-

1 Vortrag gehalten bei der Gedenkveranstaltung für Manfred Klein am 13. März 2007 in Berlin, durchgeführt von der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Stiftung Aufarbeitung.

2 Antragsvordruck für ehemalige politische Häftlinge, 29.11.1956. Manfred Klein (ACDP 01-748-002/1).

3 Haftbefehl des Operativ-Oberbevollmächtigten des Ressorts 2 der Abteilung 2 des Operativsektors der Stadt Berlin, Oberleutnant Jusufowitsch, vom 18.3.1947, Anlage: Personalbogen des Inhaftierten (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

4 Vgl. Manfred KLEIN, *Jugend zwischen den Diktaturen, 1945–1956*, Mainz 1968, S. 19–23; Christa KLEIN, *Melodie meines Lebens*, Privatdruck 1998, S. 91; Ilko-Sascha KOWALCZUK, *Widerstand von Studenten. Manfred Klein*, in: Karl Wilhelm FRICKE/Peter STEINBACH/Johannes TUCHEL (Hg.), *Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder*, München 2002, S. 162–165, hier S. 163.

5 Manfred Klein: Kurzgefasster Lebenslauf für das Handbuch des Abgeordnetenhauses (ACDP 01-393-002/1).

solvierung eines sechswöchigen ideologischen Grundlagenkurses wurde er vorzeitig aus der Gefangenschaft entlassen. Ab dem 23. September 1945 arbeitete er als Vertreter der katholischen Jugend und als Dezernent für Kulturarbeit im Zentralen Jugendausschuss der SBZ, der drei Wochen zuvor ins Leben gerufen worden war.⁶ Der hier verantwortliche Erich Honecker unterstützte ihn, war er doch von Kleins „innerer Umkehr“ durch die Schulung überzeugt.⁷ Da Klein keinen Auftrag der katholischen Kirche für seine Mitarbeit hatte,⁸ versicherte er sich der Zustimmung des Berliner Bischofs Konrad Graf von Preysing, bekannt für seinen Widerstand gegen das NS-Regime. Preysing bat Klein, seit Ende 1945 Dekanatsjugendführer in Spandau und Diözesanjugendführer, die schwierige Aufgabe zu übernehmen.⁹

Die Bildung von überparteilichen Jugendausschüssen in der SBZ ging auf eine Verlautbarung der SMAD vom 31. Juli 1945 zurück, die damit zugleich die Schaffung eigener Jugendorganisationen der Parteien verbot. Gestattet wurden lediglich Jugendreferate bzw. Jugendausschüsse, die in der CDU teilweise als „Junge Union“ firmierten. Bei deren Bildung spielte neben Heinrich Krone auch Manfred Klein eine Rolle.¹⁰ Aufgabe der Jugendausschüsse war es offiziell, „das von den Nazis getötete Gefühl für Recht und Unrecht, Wahrheit und Lügen, Sittlichkeit und Verbrechen neu zu erwecken“ und die deutsche Jugend an der demokratischen Erneuerung zu beteiligen.¹¹ Was darunter zu verstehen war, sollte die weitere Entwicklung zeigen.

Da Honecker ihn drängte, in der Jugendabteilung des ZK der KPD mitzuarbeiten, trat Manfred Klein im November 1945 der CDU bei, um sich parteipolitisch abzusichern, und wurde Kreisvorsitzender der Jungen Union Berlin-Prenzlauer Berg sowie Mitglied des erweiterten Landesvorstandes der CDU Berlin.¹² SMAD und Honecker begrüßten dies und meinten, dass er nun

6 Vgl. Ulrich MÄHLERT, *Die Freie Deutsche Jugend 1945–1949*, Paderborn u.a. 1995, S. 58f.

7 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 98.

8 Vgl. Wolfgang TISCHNER, *Katholische Jugend und FDJ in der SBZ und frühen DDR*, in: Brigitte KAFF (Hg.): *Junge Union 1945–1950. Jugendpolitik in der sowjetisch besetzten Zone*, Freiburg i.Br. 2003, S. 223–244, hier S. 230.

9 Für die Auskunft danke ich Herrn Werner Dolata. Klein folgte Hans-Georg Marohl als Diözesanjugendführer (1946–1948). – Vgl. M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 25; Helga GOTSCHLICH, *Ein hoffnungsvoller Anfang. Jugendbewegung in der SBZ 1945–1946*, in: Horst DÄHN/Helga GOTSCHLICH (Hg.): *„Und führe uns nicht in Versuchung ...“ Jugend im Spannungsfeld von Staat und Kirche in der SBZ/DDR 1945 bis 1989*, Berlin 1998, S. 8–27, hier S. 14.

10 Vgl. Mike SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ. Die „Junge Union“ in Sachsen 1945–1950*, Göttingen 2004, S. 28; Ralf Thomas BAUS, *Die Junge Union in der sowjetisch besetzten Zone 1945–1948. Anfänge, Organisation, Verbot*, in: KAFF (Hg.), *Junge Union* (wie Anm. 8), S. 31ff.

11 Vgl. GOTSCHLICH, *Anfang* (wie Anm. 9), S. 8–27, hier S. 9–11.

12 Antragsvordruck für ehemalige politische Häftlinge, 29.11.1956. Manfred Klein (ACDP 01-748-002/1).

offiziell als CDU-Vertreter auftreten könne.¹³ Klein wandte sich daraufhin an Jakob Kaiser, der ihn ermächtigte, für die CDU im Zentraljugendausschuss mitzuarbeiten.¹⁴ Klein vertrat somit die CDU, der Direktor des bischöflichen Jugendamtes, Domvikar Robert Lange, die katholische Kirche und Oswald Hanisch die evangelische. Da die drei bestens kooperierten, waren kirchliche Interessen im Zentralen Jugendausschuss gut vertreten.¹⁵ LDP-Mitglieder waren bis kurz vor Auflösung des Zentralen Jugendausschusses im April 1946 nicht präsent.¹⁶

Wie wir von Klein selbst wissen, gab es im Zentralen Jugendausschuss zwar ein freundliches Miteinander der verschiedenen Richtungen, die Schlüsselpositionen aber waren „von absolut linientreuen Kommunisten“ besetzt. Nicht nur dies rief bei den anderen grundsätzliche Zweifel über den Sinn des eigenen Mitwirkens hervor. Daher berieten CDU- und Kirchenvertreter intern laufend über das Für und Wider ihres Engagements und die Gefahr, ins kommunistische Schlepptau genommen zu werden.¹⁷ Ihr Engagement schwankte zwischen Erfüllung der Vorgaben der SMAD und eigenen Interessen und Überzeugungen. Zwar dachte man nicht daran, sich kommunistischen Vorgaben zu beugen, hatte aber angesichts der restriktiven Politik der SMAD nur stark eingeschränkte Möglichkeiten unabhängiger Entscheidungen. In der CDU stand allen noch die Absetzung des CDU-Vorsitzenden und früheren Reichsministers Andreas Hermes Ende 1945 vor Augen. Man hoffte, die Situation werde sich durch eine baldige gesamtdeutsche Lösung klären und meinte, vor diesem Hintergrund eine Mitarbeit in den von den Sowjets gelenkten Institutionen verantworten zu können. Dabei half, dass sich, so Klein, zunächst viele Absichten mit denen der Kommunisten zu decken schienen. Wir wissen heute sehr genau, dass die KPD ihre eigentlichen Intentionen zunächst nicht klar vertrat. Insgesamt wussten sowohl die KPD- als auch die Kirchen- bzw. CDU-Vertreter ziemlich genau, was sie voneinander zu halten hatten. Man arbeitete zusammen, weil alle Seiten einen Bruch aus politischen Gründen vermeiden wollten,¹⁸ und blieb auch als Verbündete im Bestreben nach Einfluss immer Widersacher. Besonders Heinz Keßler, so Klein, habe ihn „mit dem originären

13 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 94.

14 EBD.

15 Vgl. TISCHNER, *Katholische Jugend* (wie Anm. 8), S. 223–244, hier S. 230. Zur Haltung der katholischen Kirche vgl. Martin HÖLLEN, *Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten*, Bd. 1: 1945 bis 1955, Berlin 1994, S. 89f.

16 Vgl. Ulrich MÄHLERT, *Die Anfänge der Jugendarbeit in der SBZ*, in: KAFF (Hg.), *Junge Union* (wie Anm. 8), S. 9–25, hier S. 12.

17 Vgl. GOTSCHLICH, *Anfang* (wie Anm. 9), S. 8–27, hier S. 14.

18 Vgl. TISCHNER, *Katholische Jugend* (wie Anm. 8), S. 223–244, hier S. 234.

Gespür des Klassenkämpfers“ durchschaut. „Ich hatte immer das Gefühl, er roch gewissermaßen meine eigentliche innere Einstellung.“¹⁹

Deutlich wurden die politischen Unterschiede auch bei den Diskussionen der seit Ende 1945 von der KPD angestrebten Schaffung einer von ihr beherrschten und manipulierbaren, einheitlichen Jugendorganisation. Demgegenüber favorisierten Klein und die Kirchenvertreter als Konsenslösung eine Dachorganisation eigenständiger Jugendorganisationen. Der Konflikt eskalierte, als Domvikar Lange, Klein und andere Kirchenvertreter am 20. Februar 1946 „grundsätzliche Bedingungen“ für eine Mitwirkung in der FDJ vorlegten. Darin wurden das Recht zur Bildung religiöser Gemeinschaften und ihr Einfluss auf die FDJ-Leitung gefordert. Die Jugendgruppen sollten ein Eigenleben unter dem Dach der FDJ führen und sich regional zusammenschließen können. Diese Vorgänge hat Ulrich Mähler in seiner Arbeit über die Freie Deutsche Jugend präzise beschrieben. Angesichts der diametral entgegengesetzten Standpunkte war an eine FDJ-Gründung vorerst nicht zu denken. Die Gründung wurde um einige Tage verschoben, um zu verhandeln. Klein und die Kirchenvertreter blieben bei ihren Positionen und kritisierten scharf das Verbot kirchlicher Jugendarbeit in Sachsen. Um die Gründung der FDJ nicht zu gefährden, kam die KPD den Kirchen schließlich weit entgegen. Honecker konzidierte die Bildung religiöser Gemeinschaften, und in den Statuten wurde die Freiwilligkeit der Mitgliedschaft verankert.²⁰ SMAD und KPD agierten deshalb vorsichtig, weil sie einen demonstrativen Rückzug kirchlicher Vertreter vermeiden wollten. Ein solcher Schritt hätte ihr Konzept einer einheitlichen Jugendorganisation ad absurdum geführt. Die Diskussion über die Einheitlichkeit der Jugendorganisation aber beendete Honecker mit dem Hinweis, die SMAD erlaube nur eine Organisation, die FDJ. Auch Klein stimmte schließlich, wie er selbst schreibt, eher widerwillig zu.²¹ Tjulpanow sprach später in diesem Zusammenhang von „Einheitsgegnern, deren Machenschaften rechtzeitig durchkreuzt“ werden konnten.²² Am 26. Februar 1946 bat der Zentrale Jugendausschuss die SMAD schließlich, die FDJ gründen zu dürfen, was diese am 7. März auch gestattete. Unter dem Gründungsbeschluss stand nun der Name Manfred Kleins als Vertreter der CDU neben den Kirchenvertretern Oswald Hanisch (ev.) und Robert Lange (kath.).²³ Für die KPD unterzeichneten

19 M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 31.

20 Vgl. MÄHLERT, *Jugendarbeit*, (wie Anm. 16), S. 9–25, hier S. 13; DERS., *Freie Deutsche Jugend* (wie Anm. 6), S. 91–93; GOTSCHLICH, *Anfang* (wie Anm. 9), S. 8–27, hier S. 20.

21 Vgl. M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 43.

22 Sergej TJULPANOW, *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*, hg. von Stefan DOERNBERG, Berlin (Ost) 1986, S. 204.

23 Kleins Unterschrift wurde bei späteren Veröffentlichungen der Gründungsurkunde in der DDR gelöscht und seine Person auf entsprechenden Fotos wegetuschiert. Vgl. HÖLLEN, *Loyale Distanz?* (wie Anm. 15), S. 87.

mit Erich Honecker, Heinz Keßler und Paul Verner ideologisch fanatische Funktionäre, die – Achtung Zeitsprung – noch im Herbst 1989 auf einen harten, konfrontativen Kurs setzten. Kessler wollte noch am 10. November 1989 in Berlin die Panzer rollen lassen. Manfred Klein wurde nun – Zeitsprung zurück – Kulturreferent. Bis zum 8. Oktober 1946 war er auch Sekretär des Zentralrats, dann beendete er diese Arbeit, angeblich, um sich besser seinem Studium widmen zu können.

Das öffentliche Bild der FDJ war nach ihrer Gründung noch ambivalent und nicht erkennbar auf Errichtung einer kommunistischen Diktatur ausgerichtet. Im bekannten FDJ-Lied „Bau auf, bau auf“ hieß es: „Deutsche Jugend, pack an, brich dir selber die Bahn für Frieden, Freiheit und Recht. Kein Zwang und kein Drill, der eigene Will' bestimme dein Leben fortan. Blicke frei in das Licht, das dir niemals gebricht.“ Der Text versprach ziemlich genau das Gegenteil dessen, was eintrat. Noch aber schien vielen die politische Situation in Deutschland offen, und manch einer hoffte, wie z.B. Jakob Kaiser, auf den Erhalt der deutschen Einheit. Vor diesem Hintergrund war auch das Mitwirken in der FDJ zu verstehen. Bei der Gründung der sächsischen FDJ am 20. März 1946 wies Manfred Klein vor CDU-Jugendreferenten optimistisch darauf hin, dass man Änderungen in der Satzung habe durchsetzen können. So sei in die Satzung der Passus eingefügt worden: „Der Aufbau der FDJ vollzieht sich unter Ablehnung jedes Ausschließlichkeitsanspruches gemäß dem demokratischen Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder von unten nach oben.“ Damit, so Klein, sei „ausdrücklich festgelegt, dass die FDJ keinen Totalitätsanspruch stellt und neben der FDJ noch andere Verbände, soweit sie von den Besatzungsmächten zugelassen werden, möglich sein können.“²⁴

Auf dem Parteitag der CDU im Juni 1946 wurde die Haltung zur FDJ kontrovers diskutiert. Während Wolfgang Seibert, ab Mai 1946 Jugendreferent des CDU-Landesverbandes Thüringen und ab November 1946 Jugendreferent der Reichsgeschäftsstelle, von unverantwortlichen Konzessionen sprach, meinte Klein, man könne die FDJ nicht einfach verlassen.²⁵ Die Meinungsverschiedenheiten klingen bis heute nach. So meint Seibert, Klein habe die CDU in der FDJ nicht offiziell vertreten, hier habe man auf eine „deutliche Distanz zur FDJ“ geachtet.²⁶ Tatsächlich aber agierte Klein durchaus im Sinne Jakob Kaisers. Angesichts der Befehlshoheit der SMAD sahen Politiker wie Kaiser oder Klein in der SBZ und im Ostsektor keine andere Möglichkeit, als sich an der FDJ oder dem Block der Parteien zu beteiligen.

24 Bericht über die Besprechung der Jugendreferenten am 20.3.1946 (ACDP 03-035-56). Zit. bei SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 110f.

25 Vgl. BAUS, *Junge Union* (wie Anm. 10), S. 54.

26 Schreiben von Wolfgang G. Seibert an Brigitte Kaff vom 12.2.2007.

Daneben unterstützten sie die Bemühungen zur deutschlandweiten Konstituierung der Jungen Union als CDU-Jugendverband. So trafen sich im Januar 1947 JU-Vertreter aller Zonen in Königstein im Taunus. Den Jugendreferenten der SBZ wurde die Reiseerlaubnis mit der Begründung verweigert, man solle die FDJ stärken und nicht die JU.²⁷ Allerdings hatte Manfred Klein bereits im Mai 1946 nach einem Besuch in Altenberg, der Zentrale der katholischen Jugendarbeit, an einem Treffen der CDU-Jugend in Hannover teilgenommen und anschließend Konrad Adenauer persönlich kennengelernt.²⁸

Die Tatsache, dass Manfred Klein seine Mitarbeit in der FDJ an Bedingungen knüpfte, machte ein Konflikt beim „I. Parlament der Jugend“ im Juni 1946 in der Stadt Brandenburg deutlich. Als hier der sächsische FDJ-Vorsitzende Robert Bialek heftig gegen die Kirchen polemisierte, kündigten Klein und Waldemar Pilaczek (katholische Jugend, Dresden) an, ihre Mitarbeit in der FDJ unter diesen Bedingungen zu beenden. Nur dem Druck der SMAD und dem Werben Honeckers war es zu verdanken, dass beide vom Verlassen der Veranstaltung abgehalten wurden und so die formale Überparteilichkeit gewahrt werden konnte.²⁹ Zum nächsten Konflikt kam es bei der 4. Tagung des FDJ-Zentralrats im November 1946. Hier prallten die ideologischen Unterschiede zwischen Vertretern von LDP und CDU einerseits und der SED andererseits deutlicher als zuvor aufeinander. Klein beantragte eine Statutenänderung, wonach FDJ-Mitgliedern die Anwendung jeder Form von Gewalt verboten sein sollte. Die Diskussion wurde vertragen und – wie sich zeigen sollte – auf kommunistische Weise gelöst.³⁰

Ende 1946 änderte sich die politische Situation. Die Spannungen zwischen den Alliierten eskalierten, und Stalin begann, die Weichen in Richtung einer Separatstaatsgründung zu stellen. Nach den verhältnismäßig guten Ergebnissen von CDU und LDP bei den Landtags- und Gemeindewahlen wurde in den beiden demokratischen Parteien die wachsende SED-Vorherrschaft mehr als zuvor in Frage gestellt. Das Ende 1946 einsetzende schärfere Vorgehen gegen politische Gegner machte auch ein couragiertes Auftreten Kleins im FDJ-Zentralrat immer schwieriger. Dennoch stellte er sich den Gleichschaltungsbestrebungen entgegen und ignorierte Warnungen Honeckers. Seine Haltung führte zu wachsender Isolierung innerhalb der FDJ-Führung. Außerdem geriet er mit seinen Ansichten ins Fadenkreuz der SMAD. Seine Aktivitäten, so Ilko-Sascha Kowalczyk, „unterwanderten die totalitären Ansprüche der Kommunisten“.³¹

27 Vgl. BAUS, *Junge Union* (wie Anm. 10), S. 26–88, hier S. 37f.

28 M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 53–55.

29 Vgl. MÄHLERT, *Freie Deutsche Jugend* (wie Anm. 6), S. 114f.; SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 119.

30 Vgl. MÄHLERT, *Freie Deutsche Jugend* (wie Anm. 6), S. 176–178.

31 KOWALCZYK, *Widerstand* (wie Anm. 4), S. 162–165, hier S. 164.

Wenig geschätzt waren auch seine Aktivitäten an der Berliner Universität, wo Klein nach deren Eröffnung Ende Januar 1946 sein Germanistikstudium fortsetzte. An der Seite von Georg Wrazidlo baute er hier eine christdemokratische Hochschulgruppe mit auf, die sich gegen die Einflussnahme der KPD/SED auf hochschulinterne Entscheidungen wandte. Nach Aussagen von Gerda Rösch hatte es sich die Gruppe „zum Ziel gesetzt, die fortschreitende Einflussnahme der SED so lange wie möglich zu verhindern“. In Resolutionen und Protestschreiben wandte man sich gegen Maßnahmen der kommunistischen Funktionäre und äußerte offen Kritik am Regime.³² Am 5. Mai 1946 initiierte Wrazidlo einen öffentlichen Protest gegen die Sowjetisierungstendenzen an den Universitäten in der SBZ und Berlin. Auslöser war das Hissen der Fahne der neugegründeten SED und das Anbringen von SED-Spruchbändern in der Humboldt-Universität. In der Protesterklärung hieß es wörtlich: „Die Universität dient der Wissenschaft und Bildung und ist keine Parteistitution.“³³ Georg Wrazidlo wurde als Sprecher des Studentenrates abgesetzt und entging nur knapp der Relegation.

Bei den ersten allgemeinen und geheimen Wahlen zur Studentischen Vertretung der Universität Berlin am 6. Februar 1947 erhielten die nichtkommunistischen Gruppen der Studentenschaft eine starke Mehrheit, die SED dagegen musste eine vernichtende Niederlage einstecken. Manfred Klein und Franz Amrehn wurden als Mitglieder der CDU-Gruppe in den ersten Studentenrat gewählt,³⁴ Klein wurde Pressereferent. Gleichzeitig wirkte er in der Zulassungskommission der Berliner Universität mit und bemühte sich hier, die Bestimmung zu umgehen, wonach die FDJ-Mitgliedschaft Voraussetzung für eine Studienzulassung geworden war.³⁵

Dies in etwa war die Situation, in der Manfred Klein am 13. März 1947, also genau vor 60 Jahren in seiner Wohnung (Danzigerstraße, Prenzlauer Berg) durch den sowjetischen Geheimdienst festgenommen wurde. Seine Festnahme erfolgte im Rahmen einer Verhaftungsaktion gegen Studenten aus dem Umfeld der CDU in der gesamten SBZ und Berlin. Am 8. März wurde bereits die im Zulassungsbüro der Berliner Universität beschäftigte Studentin Gerda Rösch verhaftet.³⁶ Mit Klein wurde Georg Wrazidlo festgenommen, ebenso wurden die CDU-Studenten Wolfgang Schipke und Joachim Wolf inhaftiert. Insgesamt verhaftete das NKWD Mitte März etwa 15 CDU-nahe Studenten der Uni-

32 Gerda Rösch: Angaben über persönlich erlittenen politischen Gewahrsam vom 27.1.1961 (ACDP 01-748-002/1).

33 Waltraud REHFELD, *Georg Wrazidlo (1917–1959)*, in: Die Mahnung, hg. vom Bund der Verfolgten des Naziregimes, vom 1.3.2000, S. 6f.; M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 46f.

34 Johannes WEBERLING, *Für Freiheit und Menschenrechte. Der RCDS 1945–1986*, Düsseldorf 1990, S. 22.

35 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 100.

36 Gerda Rösch (wie Anm. 32).

versität unter den Linden,³⁷ und somit alle führenden Studenten der christdemokratischen Hochschulgruppe.³⁸

Vorgeschobener Anlass waren politische Gespräche Kleins und der anderen Studenten mit US-Besatzungsoffizieren. Man hatte sich regelmäßig mit diesen getroffen, um zu dokumentieren, dass die Berliner Universität eine Einrichtung für alle Sektoren sei und nicht einseitig unter sowjetischen Einfluss stehen könne. Christa Klein berichtet von einem Treffen noch Anfang März 1947 beim amerikanischen Jugendoffizier für West-Berlin, Harry Janssen. Thema des Treffens war „Modern english, american and german poetry“.³⁹ Was bislang Normalität in der Viermächtestadt gewesen war, wurde angesichts der wachsenden Konflikte zwischen den Siegermächten aber nun als Spionage ausgelegt. Aus Gruppengesprächen mit US-Offizieren konstruierte das NKWD eine Spionagegruppe.⁴⁰ Klein selbst meinte, die Sowjets hätten seinen „in einer Vier-Sektorenstadt notwendigen Kontakt zu alliierten Offizieren“ benutzt, um ihm Spionage zu unterstellen. Selbst normale Gespräche hätten diese als Spionage ausgelegt.⁴¹

Im Festnahmebefehl vom 13. März hieß es: „Klein ist Agent des amerikanischen Geheimdienstes. Wohnhaft im sowjetischen Sektor Berlins, leistete Klein Spionagetätigkeit zum Nutzen der Amerikaner, indem er geheime Informationen über Betriebe sammelte, die sich in der russischen Besatzungszone Deutschlands befinden. Außerdem wählte er Kandidaten zum Anwerben für den amerikanischen Geheimdienst aus, die gegen die sowjetische Besatzungsmacht arbeiten sollten.“ Er sei festzunehmen, und es sei eine „Durchsuchung in bezug auf den Gegenstand seiner verbrecherischen Tätigkeit vorzunehmen“. Vermögenswerte konnten nicht beschlagnahmt werden, da nicht vorhanden.⁴² Im Haftbefehl vom 18. März 1947 stand, er sei im Dezember 1946 vom Offizier des amerikanischen Geheimdienstes Baer als Agent angeworben worden und habe geheime Informationen über Militärproduktionen, die SED und politische Einstellungen der Bevölkerung geliefert, sowie andere Jugendliche in die Spionageaufträge einbezogen.⁴³ Nach Kleins eigenen Angaben wurde ihm sogar sein Kontakt zum CDU-Landesvorstand Berlin vor-

37 Brigitte KAFF, *Gegen die Stalinisierung. Ewald Ernst*, in: FRICKE u.a. (Hg.), *Opposition* (wie Anm. 4), S. 25–30, hier S. 28.

38 Vgl. SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 139f.

39 Vgl. Ch. KLEIN, *Melodie* (wie Anm. 4), S. 99.

40 Manfred Klein: Bericht über meine Verhaftung (ACDP 01-393-002/1).

41 Ebd.

42 Festnahmebefehl vom 13.3.1947, bestätigt vom Chef der Operativgruppe 16 der SMA von Berlin, Major Pjarin (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

43 Haftbefehl des Operativ-Oberbevollmächtigten des Ressorts 2 der Abteilung 2 des Operativsektors der Stadt Berlin, Oberleutnant Jusufowitsch, vom 18.3.1947 (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

geworfen.⁴⁴ Edith Baumann erklärte ein halbes Jahr nach der Verhaftung, in der CDU gebe es „in starkem Maße reaktionäre Kräfte“. Man wisse nicht, ob Klein entsprechende Verbindungen eingegangen sei, „die durchaus auf dem Gebiet terroristischer Akte liegen“.⁴⁵

Zunächst drang von der Verhaftung Kleins, Wrazidlos und der anderen nichts an die Öffentlichkeit. Bei der Hauptversammlung der Jungen Union Berlins am 16. März wurde ihr Fehlen bemerkt, ohne dass man von der Verhaftung wusste. Klein wurde trotz Abwesenheit in den JU-Landesausschuss und als Delegierter für den Bundestag der Jungen Union Deutschlands gewählt.⁴⁶

Am 22. März 1947 berichteten Berliner Tageszeitungen über die Verhaftungen. „Neues Deutschland“ wies auf „faschistische Umtriebe“ an der Universität hin und meinte: „Bei uns sorgt man dafür, daß sie kein Unheil anrichten.“ Am 28. März kam es im Stadtparlament zu einer stürmischen Debatte. Flugblätter mit den Namen der Verhafteten wurden verteilt. Hier hieß es: „Berliner Abgeordnete! Wollt Ihr, daß die Nazis sich ins Fäustchen lachen und den jungen Demokraten sagen: warum glaubt ihr, daß es das Recht auf Freiheit und Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Sicherheit gibt? Da seht ihr, was ihr davon habt! Kein Hahn kräht danach, wann ihr verschwindet.“ CDU-Fraktionsvorsitzender Kurt Landsberg forderte die Abgeordneten auf, die SMA um Angabe der Gründe für die Verhaftungen zu ersuchen. SED-Abgeordnete erklärten, die Verhaftungen mit faschistischen Umtrieben an der Universität.⁴⁷ Jakob Kaiser setzte sich gegenüber der SMAD ebenfalls erfolglos für die Verhafteten ein.⁴⁸

Auch an der Universität gab es Proteste. Am 31. März nahm der Studentenrat mit großer Mehrheit einen Dringlichkeitsantrag an, bei der Kommandantur wegen der Verhaftungen nachzufragen. Prof. Solotuchin, Leiter der Abteilung Volksbildung der SMAD, wies den Studentenrat daraufhin zurecht, es sei nicht seine Angelegenheit, sich mit Studentenverhaftungen zu beschäftigen und der Besatzungsmacht Vorschriften zu machen. Bei den Verhafteten handle es sich um Faschisten.⁴⁹ Das war eine Behauptung, die angesichts der

44 Antragsvordruck für ehemalige politische Häftlinge, 29.11.1956. Manfred Klein (ACDP 01-748-002/1).

45 So beim gesamtdeutschen Jugendgespräch in Altenberg 3.–5.11.1947. Zit. bei HÖLLEN, *Loyale Distanz?* (wie Anm. 15), S. 149f.

46 Hauptversammlung der Jungen Union Berlin am 16.3.1947 (ACDP 01-393-006/2).

47 Rüdiger von BRUCH, *Angriff auf die Qualifikation*, in: *Forschung & Lehre* 1997, Heft 3, S. 146.

48 Vgl. Johannes WEBERLING, *Verfolgung und Widerstand von Studenten (RCDS/JU). Die CDU-Hochschulgruppen in der SBZ/DDR*, in: KAFF (Hg.), *Junge Union* (wie Anm. 8), S. 149–207, hier S. 167.

49 Vgl. „Tagesspiegel“ vom 1.4.1947.

Tatsache, dass Wrazidlo anerkanntes „Opfer des Faschismus“ und Klein nicht einmal in der HJ gewesen war, besonders absurd wirkte. Seitens des westlichen Alliierten gab es keine bekannten Aktivitäten, den Verhafteten zu helfen. Auch nach der Festnahmeaktion setzte die CDU-Hochschulgruppe ihre Arbeit fort, zunächst unter Franz Amrehn, dann unter Ernst Benda.⁵⁰

Von diesen Entwicklungen bekamen Klein und seine Leidensgefährten freilich nichts mehr mit. Seine Untersuchungshaft verbrachte Klein zunächst im GPU-Keller im Prenzlauer Berg sowie in den Gefängnissen des Militärgeheimdienstes MWD in Potsdam und Hohenschönhausen. 1948 kam es schließlich zum Prozess, bei dem sich Klein und die anderen Angeklagten nicht schuldig bekannten, auch wenn sie Kontakte zu amerikanischen Offizieren nicht abstritten. Klein und Ewald Ernst sagten aus, sie hätten die Amerikaner mit Informationen über die Arbeit des Zentralrats der FDJ sowie über die Parteien versorgt.⁵¹ Am 13. Dezember 1948 wurde Manfred Klein zusammen mit Georg Robert Blum, Georg Wrazidlo, Günther Sögtrop, Ewald Ernst, Klaus Schmidt und Werner Bahr in nicht-öffentlicher Verhandlung von einem SMT in Berlin-Lichtenberg nach Artikel 58–6 des Strafgesetzbuches der UdSSR zu 25 bzw. 20 Jahren Freiheitsentzug in einem Besserungs- und Arbeitslager verurteilt. Eine Berufung gegen das Urteil war ausgeschlossen.⁵² Die Todesstrafe war zu diesem Zeitpunkt in der UdSSR ausgesetzt.

In der Folgezeit kam es zu weiteren Verhaftungswellen, die den Weg freimachten für die Durchsetzung der SED-Diktatur. Im Bereich der Berliner Hochschulen gab es immerhin die Möglichkeit, dem kommunistischen Terror durch die Gründung der „Freien Universität“ in West-Berlin auszuweichen. Überall in der SBZ und im Ostsektor Berlins verschwanden Gegner der SED in Richtung Sibirien. Ich erinnere nur an die über dreißig Angehörigen der jungliberalen Opposition um den Leipziger ASTA-Vorsitzenden Wolfgang Natonek und den LDP-Hochschulreferenten und Mitglied des LDP-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern, Arno Esch. Esch wurde 1949 zum Tode verurteilt und 1951 erschossen. Die Zahl der in der SBZ/DDR insgesamt verhafteten und verurteilten Hochschulangehörigen geht in die Tausende.

Innerhalb der CDU zog man, auch mit Blick auf die Jugendarbeit, aus der sich nun beschleunigenden Entwicklung zur kommunistischen Diktatur die Konsequenzen. Anfang 1948 legten die Vertreter der CDU in der FDJ ihre

50 WEBERLING, *Für Freiheit und Menschenrechte* (wie Anm. 34), S. 34f.

51 Militär-Oberstaatsanwalt der Abteilung 2 der Verwaltung 5 des Militär-Oberstaatsanwaltschaft, gez. J. W. Panasjugin, vom 29.9.1994: Gutachten zur archivierten Strafsache Nr. K-513571 in bezug auf Ernst, E. u. a. (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein). Vgl. Ewald ERNST: *Ein guter Kampf. Fakten, Daten, Erinnerungen 1945–1954*, Sankt Augustin 1998, S. 52f., 67–70.

52 Urteil im Namen der UdSSR, das Militärtribunal der SMAD, gez. Artjomenkow, vom 14.12.1948 (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

Ämter nieder. Die Sprecher der Jungen Union, Alfred Sagner und Josef Bock, erklärten die Arbeit der Jungen Union in der SBZ für beendet. Die Junge Union Berlin erklärte die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in FDJ und Junger Union. Gleichzeitig betrieb die SMAD die Bildung eines unter ihrer Kontrolle stehenden neuen Zonenjugendausschusses der CDU.⁵³ Bis 1948 hielten sich die demokratischen Studentengruppen an allen sechs Universitäten der SBZ noch. Auch ihre Spielräume schmolzen jedoch durch Verhaftungen dahin, bis sie schließlich verboten wurden.⁵⁴

Manfred Klein wurde nach seiner Verurteilung in die Haftanstalt Bautzen I, das „Gelbe Elend“, verlegt. Hier war er von Dezember 1948 bis Mai 1951 inhaftiert. Als sich die Haftbedingungen nach Übernahme der Strafvollzugsanstalt im Februar 1950 durch DDR-Personal drastisch verschlechterten, kam es im März 1950 zu Hungerstreiks, an denen er sich beteiligte. Angesichts der Gefahr gewaltsamer Ausschreitungen plädierte er für einen organisierten Hungerstreik, den er an der Seite von Otto Gallus auch mitorganisierte. In Sprechchören machten die Gefangenen die Bevölkerung Bautzens auf ihre Lage aufmerksam.⁵⁵ Die Unruhen wurden brutal zusammengeknüppelt. Allein im Saal von Klein gab es 24 Schwerverletzte. Wegen der juristischen Hilfestellung für einen misshandelten Mithäftling wurde Klein nach zweimonatigem Aufenthalt auf der Tbc-Station des Haftkrankenhauses Klein-Meusdorf nach Torgau verlegt. Nachdem hier ein Versuch scheiterte, einen Kassiber an Prof. Dovifat nach West-Berlin zu schmuggeln, verbrachte Klein ein Vierteljahr in Einzelhaft.⁵⁶

Wegen seines couragierten Auftretens beschloss eine sowjetische Kommission im Juni 1955, „unter Berücksichtigung des negativen Gutachtens der Administration der Haftanstalten“ die Strafzeit Kleins nicht zu verkürzen.⁵⁷ Es war wohl Probst Heinrich Grüber zu verdanken, dass das Strafmaß formal schließlich auf 15 Jahre reduziert und Klein am 19. Oktober 1956 vorzeitig aus der Haft entlassen wurde. Im Gegenzug soll es zur Begnadigung des kommunistischen Funktionärs Jupp Angenforth gekommen sein, der in einem westdeutschen Gefängnis saß.⁵⁸

53 Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), Düsseldorf 1990, S. 77.

54 Vgl. SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ* (wie Anm. 10), S. 139.

55 „Wir stellen vor: Manfred Klein“, in: *Blätter für junge Politik*, Berlin, Nr. 58, Januar 1957, S. 8f.

56 Manfred Klein: Bericht über meine Verhaftung (ACDP 01-393-002/1).

57 Protokollauszug Nr. 15 der Sitzung der Kommission zur Überprüfung der Fälle bei Verurteilen, die ihre Strafe in Lagern und Gefängnissen auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik verbüßen vom 27.6.1955 (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

58 M. KLEIN, *Jugend* (wie Anm. 4), S. 109.

Klein siedelte im November 1956 nach West-Berlin über und begann ein Jurastudium. Seine Aufgabe sah er von nun an darin, sich für seine noch inhaftierten Kameraden einzusetzen und auf den diktatorischen Charakter des kommunistischen Regimes hinzuweisen.⁵⁹ Zu keinem Zeitpunkt machte er dem russischen Volk einen Vorwurf aus den Vorgängen. Bei einer Rede vor dem CDU-Bundesparteitag 1957 betonte er, die Russen trügen keine Verantwortung für das kommunistische Regime. In der Untersuchungshaft habe er viele russische Freunde gefunden, die sich häufig als die Besten erwiesen hätten.⁶⁰ 1957 und 1958 war Klein stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union. Von 1959 bis 1963 vertrat er die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, danach wirkte er bis zu seinem Tod als Abteilungsleiter in der Bundeszentrale für politische Bildung. In zahlreichen Vorträgen wandte er sich nun immer wieder gegen Unterdrückung und Diktatur und rief zum Kampf für die Freiheit auf.⁶¹ Er verstarb am 15. Januar 1981 in Sankt Augustin.

1994 wurde Manfred Klein vom Vorwurf der Spionage rehabilitiert. Die russische Militär-Staatsanwaltschaft urteilte nach dem Ende des Sowjetregimes in Russland, er sei ohne hinreichenden Grund verurteilt worden. Seine an Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes übermittelten Informationen seien allgemein zugänglich gewesen und könnten nicht als Spionage gewertet werden. Klein und die anderen seien allein aus politischen Motiven verurteilt worden. Mehr als ein halbes Jahrhundert nach der kommunistischen Willkürjustiz rehabilitierte der zuständige russische Militär-Oberstaatsanwalt die Verurteilten.⁶² Dennoch: Nachdem er aus katholischer Überzeugung bereits dem NS-Regime widerstanden hatte, hat Manfred Klein in der kommunistischen Diktatur mit fast zehn Jahren seiner Jugend für sein couragiertes Eintreten im Sinne freiheitlicher und demokratischer Verhältnisse bezahlt. Ihm und seinen Leidensgefährten gilt heute unser Andenken.

59 Vgl. Manfred Klein, „Wir dürfen nicht vergessen. Neun Jahre in sowjetzonalen Gefängnissen“. Rede auf der Jahreshauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Altenberg (ACDP 01-393-004/8).

60 CDU, 7. Bundesparteitag in Hamburg 11.–15.5.1957, S. 80–82.

61 Vgl. Informationsdienst des Bundes der deutschen katholischen Jugend 8 (1959) S. 19.

62 Militär-Oberstaatsanwalt der Abteilung 2 der Verwaltung 5 der Militär-Oberstaatsanwaltschaft, gez. J. W. Panasjugin, vom 29.9.1994: Gutachten zur archivierten Strafsache Nr. K-513571 in bezug auf Ernst, E. u.a. (Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Vorgang Manfred Klein).

Der westdeutsche Protestantismus und die CDU bis zum Ende der Ära Adenauer

Von Michael Klein

Vorbemerkung: Die historischen Wurzeln des Verhältnisses zwischen dem Protestantismus und den politischen Parteien

Das Verhältnis des deutschen Protestantismus zu den politischen Parteien ist seit jeher zutiefst ambivalent gewesen. Mit der dialektischen Formulierung von der „Anti-Parteien-Mentalität im parteipolitischen Engagement“¹ lässt es sich auf den Punkt bringen. Allerdings haben sich seit der epochalen Zäsur des Jahres 1945 bedeutsame Veränderungen ergeben, wobei allerdings auch das Weiterwirken untergründiger geistiger Strömungen zu konstatieren ist. Der Wechsel der Konstellationen in der politischen Kultur seit 1945 ist jedoch in der Tat beträchtlich. Er kann mit einigen Begriffen beschrieben werden: Auf der politisch-mentalenebene trat an die Stelle des „Okzidentalismus“² der Deutschen die „Westernisierung“, im geschichtlichen Entwicklungsgang endete der „deutsche Sonderweg“, stattdessen wurde der „lange Weg nach Westen“ (Heinrich August Winkler) angetreten. Diesem neuen Weg korrespondierte in der Staatsphilosophie die Abkehr von der politischen Romantik aus dem Geiste der Gegenaufklärung hin zur demokratischen Gesinnung. Dies alles kann summarisch als ein Prozess der „Modernisierung im Wiederaufbau“³ begriffen werden.

Ein Blick um hundert Jahre hinter das Jahr 1945 zurück, macht die Wurzeln des Verhältnisses des deutschen Protestantismus zu den politischen Parteien und seine früh angelegte Anti-Parteien-Mentalität deutlich. Diese geistige Haltung ist eigentlich umso überraschender, als die Vorformen der politischen Parteien besonders im evangelisch-kirchlichen Raum entstanden. Theologische und kirchenpolitische Debatten im Vormärz erfüllten geradezu eine Stellvertreterfunktion für die verbotene Frage um eine politische Konstitution. So wurde die Theologie, wie es schon der zeitgenössische liberale Heidelberger Theologe Karl Bernhard Hundeshagen erkannte, zum „Tummelplatz der Geis-

1 Vgl. dazu die Habilitationsschrift des Verfassers, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005.

2 Zum Begriff des Okzidentalismus vgl. Avishai MARGALIT/Ian BURUMA, *Okzidentalismus. Der Westen in den Augen seiner Feinde*, Köln 2005.

3 So der entsprechende Titel des Aufsatzbandes von Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK, *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, München 1999.

ter“⁴, deren politische Begabung sich nicht im Felde der allgemeinen Politik auswirken durfte und deshalb zunächst im kirchlichen Raum verblieb.

Die liberale Auffassung einer freien Volkskirche und die konservative Verteidigung der konsistorialen Behördenkirche sollte dann weit über diese engere Verfassungsfrage hinaus eine Trennlinie zwischen Liberalismus und Konservatismus durch den Protestantismus ziehen, die in der Folgezeit auch die Bildung *einer* politischen protestantischen Partei auf Dauer verhinderte und stattdessen den Protestantismus in zwei sich kritisch bis feindlich gegenüberstehende neue „Konfessionen“ trennte. Die politische Spaltung des Protestantismus war deshalb auch zutiefst ekklesiologischer Natur. Anders als im Katholizismus, der die Parteibildung dankbar als Möglichkeit wahrnahm, um sich als Minderheitsgruppe in der protestantisch geprägten deutschen Gesellschaft Gehör und Einfluss zu verschaffen, zeigten sich innerhalb des Protestantismus bald die inneren Hemmungen gegenüber den Parteien. Das betraf zunächst die christlich-(sozialen) Konservativen, die aus ihrer romantisch-organologischen Staatsauffassung heraus eigentlich die Parteien als Vertreter von Partikularinteressen ablehnten. Allgemein benutzten aber besonders die reaktionären Konservativen diese Organisationsform dann doch als Mittel zum Zweck, um ihre eigenen Interessen zu schützen. Diese bestanden oft genug darin, das, was man hatte, „möglichst langsam zu verlieren“⁵. So lautete jedenfalls der giftige Kommentar des christlich-konservativen Ernst Ludwig von Gerlach zum reaktionären „Junkerparlament“ der Ostelbier 1848. Bald zeigte sich hier ein grundlegendes Dilemma innerhalb des Konservatismus: Der Konflikt zwischen christlichen Konservativen und politischen Reaktionären. Wollte man Einfluss ausüben, musste man sich als christlich-konservativer Politiker der größeren reaktionären Gruppe anschließen, stand aber dann ständig in der Gefahr, die christlichen Ideale zugunsten einer reinen Interessenpolitik zu verraten. Das Ende solcher Versuche war jeweils der frustrierte Austritt Einzelner oder ganzer Gruppen aus dem größeren konservativen Verband. Dies lässt sich am Bismarck-Kritiker Ernst Ludwig von Gerlach zeigen, der zuletzt gar Mitglied der Zentrumsfraktion war, am christlich-sozialen Hofprediger Adolf Stoecker, der in der Deutsch-Konservativen Partei scheiterte und mit seiner Christlich-Sozialen Partei kaum Erfolg hatte, am Misserfolg des Vorsitzenden des Evangelischen Reichsausschusses in der DNVP, Reinhard Mumm, und

4 Zit. in Joachim MEHLHAUSEN, *Theologie und Kirche in der Zeit des Vormärz*, in: Walter JASCHKE (Hg.), *Philosophie und Literatur im Vormärz. Der Streit um die Romantik (1820–1854)*, Hamburg 1995, S. 79.

5 Zit. in: Richard SCHULT, *Partei wider Willen. Kalküle und Potentiale konservativer Parteigründer in Preußen zwischen Erstem Vereinigten Landtag und Nationalversammlung (1847/1849)*, in: Dirk STEGEMANN u.a. (Hg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Bonn 1983, S. 43.

am letztendlichen Austritt Christlich-Konservativer aus dieser Partei, nachdem dort Hugenberg die Macht übernommen hatte.

Gerade die DNVP hatte die Hoffnungen der konservativen Protestanten nach dem Ersten Weltkrieg zutiefst enttäuscht. Nachdem sich in der Partei die reaktionären Kräfte wegen ihrer Beteiligung an der Annexionspolitik des Kaiserreiches im Krieg und wegen der unklaren Verhältnisse innerhalb der jungen Weimarer Republik zunächst zurückhielten, traten diese bald wieder stärker hervor. Viele Kirchenleute, die zunächst als Abgeordnete der DNVP tätig gewesen waren, zogen sich nun „verdrossen und verbittert“⁶ zurück. Der damalige Ravensburger Stadtpfarrer und Abgeordnete im württembergischen Landtag, Theophil Wurm, erinnerte sich später: „Aber im Laufe der Zeit spürte ich doch, dass unsereiner in diesem Milieu nicht viel ausrichten konnte.“⁷ Der erste Vorsitzende des berufsständischen Ausschusses evangelischer Geistlicher in der DNVP, der damalige Pfarrer in Berlin-Schöneberg, Otto Dibelius, distanzierte sich Ende der zwanziger Jahre von der sich nun offen reaktionär gebärdenden DNVP. Ein Angebot, für den CSVD zu kandidieren, wollte er nicht mehr annehmen. 1932 formulierte er auf einem Vortrag: „In Parteien zu denken, habe ich nicht gelernt. Ich kann, wenn es um die Politik geht, nur in den Kategorien des Vaterlandes und des Staates denken.“⁸ Hier entstand die kritische Reserve dieser beiden führenden Gestalten des späteren Nachkriegsprotestantismus gegenüber dem Parteienstaat.

Die Geistlichkeit und die Kirchenbehörden blieben weitgehend einem obrigkeitlich-fixierten, letztlich politisch-romantischem Denken, das später um die Elemente eines „Pastorenationalismus“ und teilweise eines theologischen Okzidentalismus angereichert wurde, verhaftet. Obwohl die Parteien im Bereich von Theologie und Kirche in Deutschland entstanden waren, gab es kaum eine theologische Reflexion des Parteiwesens. Die Mehrheit übte eine ablehnende Zurückhaltung, besonders nachdem das erste Engagement von Männern wie etwa Wurm und Dibelius in den Parteien nach 1918 gescheitert war. Mit dem sich beschleunigenden Niedergang Weimars partizipierte der Protestantismus dann auch an der um sich greifenden Parteienverachtung.⁹ Die Weimarer Republik sollte zwar den „politischen Prälaten“ kennen, dauerhaft jedoch nicht ein evangelisches Pendant. Unerfahren in den Strukturen der Parteien und der Politik überhaupt, zog sich der Protestantismus wieder auf eine Anti-Parteien-Haltung zurück.

6 Klaus MEHNERT, *Evangelische Kirche und Politik 1917–1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919*, Düsseldorf 1959, S. 149.

7 Theophil WURM, *Erinnerungen aus meinem Leben*, Stuttgart 1953, S. 68.

8 Otto DIBELIUS, *So habe ich's erlebt*, Berlin 1980, S. 168.

9 Vgl. Jonathan R. C. WRIGHT, „Über den Parteien“. *Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1919–1933*, Göttingen 1977.

Die „babylonische Gefangenschaft“ der Christlich-Sozialen bzw. Christlich-Konservativen im reaktionären Konservatismus war wieder nur um den Preis der fast völligen Bedeutungslosigkeit zu verlassen. Eigene dezidiert protestantische Parteigründungen blieben die Ausnahme, wie etwa die des umtriebigen ehemaligen Hofpredigers Bruno Doehring, der 1928 eine „Deutsche Reformationspartei“ ins Leben rief. Die Partei sollte sich jedoch „durch besondere politische Wirkungslosigkeit auszeichnen“¹⁰. Doehring kandidierte stattdessen 1930 für die DNVP.

Einzig der Christlich-Soziale Volksdienst (CSVD) bleibt erwähnenswert.¹¹ Doch auch er scheiterte letztlich an seinem unausgegorenen Politikverständnis, wollte man doch weniger Partei denn missionarischer Dienst sein, und waren weniger programmatische Politikansätze als dezisionistische Glaubensansichten leitend.¹²

Insgesamt lässt sich sagen: Politische Parteien waren besonders für den Protestantismus in Deutschland zunächst kaum Organisationen zur lediglich politischen Willensbildung, sondern in hohem Maße Ausfluss unterschiedlicher Weltanschauungen, an denen der Protestantismus besonders partizipierte. Dieser letztlich religiöse Zug des Politischen erklärt den ideologisch hochgradig aufgeladenen Charakter der Parteien. So entstand die eigentümliche Konstellation von Anti-Parteien-Mentalität *im* parteipolitischen Engagement: Anti-Parteien-Mentalität deshalb, weil es eigentlich um das „Ganze“, den „christlichen Staat“ oder später das „Volk“ gehen sollte und die „Partei“ schon im Wortsinne von „pars“ dem widersprach; parteipolitisches Engagement paradoxerweise ebenfalls, weil es galt, das politisch als richtig Erkannte als Ergebnis der „wahren“ Weltanschauung gleichsam „missionarisch“ voranzutreiben. Wenn alles und jedes in politicis letztlich Folge der Weltanschauung war, konnte es keine Kompromisse geben. Der Protestantismus war deshalb nicht in der Lage, zur politischen Willensbildung in dem Sinne beizutragen, dass er die unterschiedlichen Auffassungen in politischen Dingen in sich ausgetragen hätte, ohne sie unbedingt auf eine einheitliche Lösung zu bringen. Wo in allem die „letzten Fragen“ im Hintergrund standen, war so etwas unmöglich. Politik war in Deutschland säkularisierte Theologie und politische Parteien waren ihre „Konfessionen“.

10 Kurt NOWAK, *Evangelische Kirche und Weimarer Republik*, Göttingen 1981, S. 155.

11 Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930–1933*, Berlin 1984, S. 11.

12 Vgl. Günther OPITZ, *Der Christlich-Soziale Volksdienst. Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1969.

Die protestantische Mitwirkung an der Entstehung der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Mit der Besetzung Deutschlands war auch die Entscheidung für die Wiedereinführung des parlamentarischen Systems gefallen. Zugleich kam es zu einer bedeutsamen Innovation, der Gründung einer großen, als „christlich“ firmierenden, interkonfessionellen Partei. Nach einigen gescheiterten Versuchen interkonfessioneller Zusammenarbeit in Weimar waren es gerade die Erfahrungen der gemeinsamen Unterdrückung während der nationalsozialistischen Herrschaft, die die Zeit dazu nun reif erscheinen ließ. In diese interkonfessionelle Partei brachten die Katholiken aus ihrer Zentrumstradition jedoch das erheblich höhere Maß an parteipolitischer Erfahrung ein, ein Umstand, der bald zu ersten Differenzen führen sollte. In den Gründungsgeschichten¹³ der christlich-demokratischen Parteien auf regionaler Ebene wird fast flächendeckend deutlich, dass selbst in protestantisch geprägten Gebieten der katholische Einfluss in der Partei gleichsam umgekehrt proportional zum Bevölkerungsanteil war. Ein Grund, der oft genug nach einer ersten Phase der protestantischen Mitarbeit hier zu Resignation und Abwendung führte und damit die vorhandenen katholischen Tendenzen in der Partei noch weiter stärkte. Trotzdem konnte sich die Union bei allen Schwierigkeiten ihren interkonfessionellen Charakter bewahren.

Die Mitarbeit von Protestanten in der Union hatte jedoch neben den positiven „ökumenischen“ Erfahrungen während der Hitlerzeit auch pragmatische Gründe: Eine dezidiert konservative Parteigründung wurde von den Besatzungsbehörden meist nicht erlaubt, so dass für viele nationalkonservative Protestanten nur der Weg in die neue interkonfessionelle Partei oder die FDP blieb.

Tatsächlich sollten die Protestanten bald Einfluss auf die programmatische Ausrichtung der CDU nehmen. Anders als die umstrittene Westbindung war der schon früher eingeschlagene Weg zum wirtschaftssozialen Profil der CDU besonders das Werk der Protestanten in der Union. Der ab 1946 rasch in der Partei aufsteigende Adenauer setzte hier ganz besonders auf die Evangelischen, die besonders in der Wuppertaler CDU ein starkes Zentrum innerhalb der rheinischen CDU bildeten. Ihr Vorsitzender Otto Schmidt hatte mit seinem Ansatz eines „Christlichen Realismus“ schon 1945/46 ein Gegenkonzept zu den sozialistischen Anschauungen der „Kölner Leitsätze“ und des „Ahlener Programms“ geprägt, das den Boden für die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in der CDU bereitete.¹⁴

13 KLEIN, *Protestantismus* (wie Anm. 1), S. 89–176.

14 Otto SCHMIDT, *Christlicher Realismus – Ein Versuch zu sozialwirtschaftlicher Neuordnung*, Bergisch Gladbach o.J. [1945]; Rudolf UERTZ, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949*, Stuttgart 1981.

Der Entwicklung der CDU unter Adenauers Führung (zunächst in der Britischen Zone) fielen andererseits aber auch zahlreiche Protestanten und mit ihnen nicht zuletzt ihre politischen Konzepte „zum Opfer“. Sie sind heute fast völlig vergessen. Ihnen allen war Adenauer an politischer Intelligenz und Erfahrung weit überlegen. Zusätzlich erwies sich ihre protestantische Anti-Parteien-Mentalität wiederum als innere Hemmung gegenüber dem „Parteienbetrieb“. Dies gilt etwa für den genannten ersten stellvertretenden Vorsitzenden der rheinisch-westfälischen CDU, Otto Schmidt, dessen unter seinem maßgeblichen Einfluss entstandenes, von christlicher Geschichtstheologie geprägtes und offiziell verabschiedetes Parteiprogramm der rheinisch-westfälischen CDU von Adenauer einfach „kassiert“ und durch das Programm von Neheim-Hüsten ersetzt wurde.¹⁵ Schmidt hatte Adenauer zwar in der „Bekämpfung“ des sozialistischen Flügels innerhalb der CDU wertvolle Dienste geleistet, letztlich aber stimmten sie beide gerade in der Frage der „Christlichkeit“ der Politik nicht überein. Schmidt, der seine Parteifreunde gelegentlich mit „Schwestern und Brüder“ anredete, zeigte die völlige Unklarheit vieler Protestanten in politischen Dingen. In einem geradezu theonomen Politikansatz versuchte er, Glaubensansichten und -einsichten einfach in das Feld des Politischen zu übertragen. Oft genug wurde so der politische Raum mit dem der christlichen Gemeinde verwechselt. Schmidt zog sich nach den ersten Streitigkeiten mit Adenauer zunächst verbittert aus der Politik zurück, um später dann eine zweite Karriere als nordrhein-westfälischer Politiker und Bundestagsabgeordneter zu starten.

Zu den „Opfern“ der Entwicklung in der Adenauer-CDU gehörten weiter der Vertreter des dezidiert (protestantisch) christlich-konservativen Flügels, der Ostelbier Hans Schlange-Schöningen¹⁶, der zunächst mit seiner norddeutschen Christlich-Demokratischen Aufbaupartei, in der sich vorwiegend vertriebene ostelbische Agrarier sammelten, gescheitert war. Schlange-Schöningen hatte fatalerweise Adenauer „übersehen“ und mit Adam Stegerwald, dem Begründer der Würzburger CSU, eine Art Teilung der Einfluss-Sphären vereinbart. In Süddeutschland sollten CDU und CSU im katholischen Raum werben, in Norddeutschland die CDAP unter den Protestanten. Schöningens Bundesgenosse Stegerwald starb schon 1945. Seine unbestrittenen Verdienste als Bizonen-Direktor für Ernährung wurden Schöningen nach der Bundestagswahl 1949, anstatt mit dem erhofften Amt des Bundespräsidenten oder zumindest dem des Bundeslandwirtschaftsministers, mit einem hinteren Platz im

15 Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der Britischen Zone. Gründung, Organisation, Programm und Politik*, Düsseldorf 1988, S. 211.

16 Günther J. TRITTEL, *Hans Schlange-Schöningen. Ein vergessener Politiker der „ersten Stunde“*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 35 (1987), S. 25–36; Daniel HILDEBRAND, *Hans Schlange-Schöningen (1886–1960), Direktor beim Frankfurter Wirtschaftsrat*, in: Günter BUCHSTAB u.a. (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i.Br. 2004, S. 438–445.

Bundestag und schließlich mit einem Botschafterposten „honoriert“. Dies lag nicht zuletzt daran, dass Schöninge seit der Zeit der Bizonen-Verwaltung im Unterschied zu Adenauer immer die Verständigung und den Ausgleich mit der SPD gesucht hatte. Schöninges zugrunde liegenden Vorstellungen von einer überparteilichen Politik *mit Hilfe* der Parteien waren ein Widerspruch in sich. Seine gegenüber der 1949 gebildeten bürgerlichen Koalition unter Führung Adenauers propagierte „Front der Vernünftigen“ atmete allein vom Sprachgebrauch her die alte protestantische Anti-Parteien-Mentalität. Sie führte ihn deshalb mitsamt seiner Konzeption ins politische Abseits.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang der protestantischen „Opfer“ Adenauers auch der Vertreter der Kreisauer Staatskonzeption in der CDU, der Widerstandskämpfer und Mitbegründer der Berliner CDUD sowie kurzzeitige Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Theodor Steltzer, der sich schon 1947 frustriert aus der aktiven Politik zurückzog. Nicht zuletzt seine Verbindungen zum „20. Juli“ waren ihm immer wieder zum Vorwurf gemacht worden.¹⁷ Er widmete sich in der Folgezeit besonders der pädagogisch-politischen Arbeit sowie der Herstellung von außenpolitischen Kontakten. 1948 gründete er die „Studiengesellschaft Mundus Christianus“, die sich an den Plänen des Kreisauer Kreises orientierte. Mit den politischen Parteien rechnete Steltzer jetzt jedoch geradezu ab. Er warf ihnen einen überzogenen Führungsanspruch vor und bestritt ihre Behauptung, die einzigen „Volksvertreter“ zu sein. Er sah in ihnen nun Gebilde, die „von kleinen Führerkliquen [!] zusammen mit einer Parteibürokratie geführt werden und ihre Hauptkräfte im Kampf mit Personalfragen gegeneinander verbrauchen“¹⁸.

Das Mitglied der Berneuchener Bewegung, der christliche Sozialkonservative und spätere Berliner Politikprofessor Otto Heinrich von der Gablentz, scheiterte zusammen mit dem von ihm in diesen Dingen beratenen Jakob Kaiser schließlich an Adenauer und an den protestantischen Parteifreunden in der CDU. Sein Konzept eines „christlichen Sozialismus“, mit dem er „Über Marx hinaus“ – so ein Buchtitel von ihm – wollte, hatte in der Adenauer/Erhard-CDU keinen Platz. 1960 bilanzierte Gablentz, damals schon lange nicht mehr parteipolitisch aktiv, seine Kritik an restaurativen Tendenzen der westdeutschen Bundesrepublik in einem Buch mit dem bezeichnenden Titel „Die versäumte Reform“¹⁹.

17 Frank BÖSCH, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001, S. 48.

18 Theodor STELTZER, *Von deutscher Politik. Dokumente, Aufsätze, Vorträge*, hg. von Friedrich MINSSEN, Frankfurt/M. 1949, S. 179f.; Hans-Otto KLEINMANN, *Theodor Steltzer (1885–1967), Ministerpräsident von Schleswig Holstein*, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 16), S. 482–491.

19 Otto Heinrich von der GABLENTZ, *Die versäumte Reform. Zur Kritik der westdeutschen Politik*, Köln/Opladen 1960; Wilhelm Ernst WINTERHAGER, *Otto Heinrich von der Gablentz*

Schließlich scheiterte auch der heute vergessene erste stellvertretende Vorsitzende der CDU in der Britischen Zone und erste stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei, Friedrich Holzapfel, der aus konfessionellen Proporzgründen in diese Ämter gewählt worden war. Er wurde schlussendlich zum mit Häme übergossenen Botschafter in der Schweiz, bevor er auch aus diesem Amt abberufen wurde.²⁰

Das oft allzu schnelle Resignieren von protestantischen Politikern in den „Mühen der parteipolitischen Ebene“, nachdem die „Träume der ersten Stunde“ zerronnen waren, zeigt noch einmal die vorherrschende Anti-Parteien-Mentalität. Wirklich akzeptiert hatte man die parteipolitische Arbeit nicht. Sobald Schwierigkeiten auftraten, war man nur allzu schnell bereit, sich von diesem „Geschäft“ zurückzuziehen.

Krise und Stabilisierung des protestantischen Elementes in der CDU

Führender Repräsentant des Protestantismus in der CDU sollte nach der ersten Bundestagswahl 1949 dann Gustav Heinemann werden, der aus der Bekennenden Kirche kam und in Weimar dem CSVD nahe gestanden hatte. Der Essener Oberbürgermeister und nordrhein-westfälische Justizminister wurde von Adenauer nur mühsam als Kabinettsmitglied akzeptiert. Fortan galt er aber für die Protestanten gleichsam als „unser Mann“ in Bonn und insbesondere in der CDU. Heinemann war als Mitglied des Rates der EKD für die Verankerung der CDU im Protestantismus natürlich von enormer Bedeutung und schien unersetzbar. Umso schwerwiegender war das tiefe Zerwürfnis zwischen Adenauer und Heinemann über die Frage der Wiederbewaffnung, das der CDU die dauerhafte und vehemente Feindschaft des „linken“ bruderrätlichen Flügels der Evangelischen Kirche eintragen sollte.

In eine schwere Krise geriet dann auch der Protestantismus *innerhalb* der CDU mit dem Ausscheiden Heinemanns aus der Regierung Adenauer und seinem schließlichen Verlassen der Partei. Heinemanns Austritt markierte das Ende seiner Versuche, innerhalb der CDU für seine politischen Vorstellungen von aus christlichem Glauben getragener Politik wirken zu können.²¹

Natürlich spielten neben dem eher formalen Aspekt der Ausschaltung des Kabinetts bei Adenauers Angebot einer westdeutschen Wiederbewaffnung für Heinemanns Austrittsentscheidung die unterschiedlichen Auffassungen in den Politikfeldern „Wiederbewaffnung“ und der damit verbundenen „Deutsch-

(1898–1972), *Politologe an der Freien Universität Berlin*, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 16), S. 197–204.

20 „Der Spiegel“ vom 31.7.1957, S. 20. Vgl. Christopher BECKMANN, *Friedrich Holzapfel (1900–1969)*, in: HPM 12 (2005), S. 129–155.

21 Vgl. Diether KOCH, *Heinemann und die Deutschlandfrage*, München 1972.

landpolitik“ eine entscheidende Rolle. Doch es war keineswegs allein die Außen- und Militärpolitik, die Heinemann von Adenauer trennte, sondern ebenso sein Verständnis des Zuordnungsverhältnisses von Regierung und Parlament. Während Heinemann letztlich einem personalistischen Verständnis von parlamentarischer Arbeit huldigte, schätzte Adenauer das Parlament weitaus schwächer ein. Heinemanns Verständnis von Politik war insgesamt sicher demokratischer als das von Adenauer, der in mancher Hinsicht ein „semiautoritärer Politiker des bürgerlichen Honoratioren-Typus von vor 1933“²² war. Doch gerade damit konnte Adenauer die mental durchaus noch im Denken politischer Führerschaft verwurzelten Deutschen für die Demokratie eher gewinnen als der im Vergleich dazu radikaldemokratische Heinemann. Heinemann wollte „mehr Demokratie wagen“, um ein späteres Motto hier zu zitieren. Aber dafür waren die Deutschen – und die oft noch im Geiste politischer Romantik lebenden Protestanten zumal – weitgehend noch nicht reif.

Doch gingen die Unterschiede zwischen beiden auch in den Bereich der Persönlichkeit. Adenauer war sicherlich wie Heinemann von biblischen Bildern und Vorstellungen beeinflusst. Seine immer wieder gebrauchte Metapher der Auseinandersetzungen zwischen gottlosem bolschewistischem Materialismus und christlichem Abendland war deutlich von den biblischen Endkampf-Prophezeiungen geprägt.²³ Die schon von Machiavelli her bekannte systemstabilisierende Wirkung der Religion hat Adenauer sicher gekannt und eingesetzt, aber gerade in seinen Vorstellungen vom Kampf des Guten mit dem Bösen in der als Heilsgeschichte verstandenen Weltgeschichte war Adenauers Denken entschieden vor-machiavellistisch. Für Adenauer konnten politische Erwägungen, die zu christlichen Maßstäben in Spannung standen, noch so lange gerechtfertigt sein, wie sie nach seinem Empfinden grundsätzlich der „christlichen Sache“ dienten und so der Zweck buchstäblich die Mittel „heiligte“. Solch eine Möglichkeit gab es für Heinemann nicht. War Adenauer durchaus nach seinem eigenen Selbstverständnis ein *christlicher Politiker*, war Heinemann ein *politischer Christ*.

Die tiefe Krise des Protestantismus nach Heinemanns Rückzug wurde aber rasch und dauerhaft durch den Aufstieg von Hermann Ehlers zum Bundestagspräsidenten 1950 überwunden. Ehlers und Heinemann waren beide Juristen, zunächst persönliche Freunde und kirchlich stark engagiert, Ehlers war gar als Oberkirchenrat in die Politik gewechselt. Beide hatten zur Zeit der na-

22 Axel SCHILDT, *Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik*, Frankfurt/M. 1999, S. 23.

23 Konrad ADENAUER, „*Seid wach für die kommenden Jahre*“. *Grundsätze, Erfahrungen, Einsichten*, hg. von Anneliese POPPINGA, Bergisch Gladbach 1997, S. 430; Günter BUCHSTAB, *Konrad Adenauer Wertgrundlagen und Politikverständnis*, in: *Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag*, hg. von Erik GIESEKING u.a., Lauf a.d. Pegnitz 2006, S. 279–294.

tionalsozialistischen Herrschaft der Bekennenden Kirche angehört. Während Heinemann jedoch von der Theologie Karl Barths zutiefst beeinflusst war, blieb Ehlers ein lutherischer national-konservativer Christ. Der schon 1954 verstorbene machtbewusste Bundestagspräsident und Gründer des Evangelischen Arbeitskreises der Union (EAK) galt als wahrscheinlicher Kanzler-Nachfolger.

Ehlers Erfolg innerhalb der Partei ist als Ergebnis mehrerer Faktoren zu deuten, die sich auch in der kontrastierenden Betrachtung der unterschiedlichen Politikstile von ihm und Heinemann herausstellen lassen. Heinemann war als Politiker primär sachorientiert, wie seine Auseinandersetzung mit Adenauer in der Wiederbewaffnungsfrage zeigte. Der christliche Glaube konnte hier, flankiert mit politischen Erwägungen, zu einem bestimmten Ergebnis führen, an dem Heinemann dann auch gegen alle politischen Widerstände festhielt. Eine solche Deduktion fehlte bei Ehlers, dem es in eher traditioneller Weise der Christlich-Konservativen um einen allgemein als christlich verstandenen Bezugsrahmen politischer Entscheidungen ging und der damit Adenauer, der gerne von der „christlichen Weltanschauung“ redete, wesentlich näher stand. Überhaupt blieb Ehlers den traditionellen politischen Vorstellungen stärker verhaftet. Eine kritische Analyse der obrigkeitlichen Staatstradition, wie sie Heinemann schon früh mit seiner Kritik an eben dieser formuliert hatte, findet sich bei Ehlers nicht in diesem Maße. Damit und mit seinem Adenauer gegenüber offensiven Eintreten für das Ziel der deutschen Einheit gelang es ihm, den protestantischen Nationalkonservatismus in die Partei und damit faktisch auch in die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft zu integrieren. Ehlers dezidiertes Festhalten an der deutschen Einheit brachte ihn durchaus in Konflikte mit Adenauer, die er aber doch unter der Vorgabe kritischer Loyalität zu diesem zu handhaben verstand. Gleichzeitig Mitglied der CDU zu sein und in einer anderen Bewegung das Gegenteil von dem zu fordern, was die Politik des Kanzlers und seiner Partei war, wie Heinemann es in der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ versuchte, war für Ehlers unmöglich. Insofern passte sich Ehlers den Bedingungen des Parteienstaates besser als zunächst Heinemann an und hatte hier sicherlich ein moderneres Politikverständnis. In seinen politischen Anschauungen von christlicher Politik und dem Reichsgedanken noch durchaus traditionell geblieben, war Ehlers seit Friedrich Naumann der erste Protestant, der beherzt nach den Möglichkeiten politischer Macht griff und sie auch einzusetzen gedachte.

Ehlers Integrationsleistung ist hoch einzuschätzen. Das Nachlassen der Anti-Parteien-Mentalität im Protestantismus ist erheblich der Arbeit von Ehlers und seiner Tätigkeit als Parlamentspräsident zu verdanken. Dies heißt jedoch noch nicht, dass er sich bewusst als Modernisierer verstand. Ehlers blieb in mancherlei Weise, etwa im Festhalten am Reichsgedanken und in der Vorstellung von einem „Corpus Evangelicorum“, letztlich politischer Romantiker.

Sein unablässiges Pochen auf angemessene Berücksichtigung der Protestanten in der CDU, die von ihm dazu genutzte Arbeit des EAK, sowie die von ihm maßgeblich mitbetriebene und heftig kritisierte Stärkung des Konfessionalismus²⁴ in der westdeutschen Gesellschaft der fünfziger Jahre war so auch ein retardierendes Element der politischen Modernisierung, das möglicherweise jedoch den Preis für die Einbindung großer Teile des Protestantismus in die westliche Republik darstellte. Insgesamt lässt sich sagen, dass Ehlers im demokratischen Gewande ein „christlicher Staat“ vorschwebte. Deshalb gilt auch: „Sein christlich geprägter Konservatismus ragt wie ein Fremdkörper in die Gegenwart.“²⁵

Nach Ehlers Tod schwanden die konfessionspolitischen Auseinandersetzungen in der CDU, wozu nicht unerheblich Eugen Gerstenmaier und der damalige Innenminister Gerhard Schröder beitrugen, die besonders den EAK nicht mehr im Ehlers'schen Sinne als Machtinstrument nutzen wollten. Die konfessionellen Überlegungen waren zweifelsohne nicht hinfällig geworden, wie die späteren Jahre noch verdeutlichen sollten, doch überlagerten zunehmend andere Überlegungen und rein machtpolitische persönliche Ambitionen, etwa in der „Präsidenschaftskrise“ um die Nachfolge von Theodor Heuss 1959, diese Fragen.

Insgesamt kann gesagt werden, dass es allgemein dem christlich-konservativen bzw. christlich-sozial gesonnenen Protestantismus in der CDU erstmals in ihrer Geschichte möglich war, im Rahmen des gemäßigten Konservatismus dieser Partei seine eigenen Positionen mit einbringen zu können. Diese Positionen wurden zwar verändert, aber nicht mehr um den Preis des Verrates der Ideale, wie früher in der DNVP und ihren Vorgängerparteien.

Der protestantisch-politische Liberalismus in der Spannung zwischen Freier Demokratischer Partei (FDP) und CDU

Wie jedoch stand es mit den liberalen Protestanten? War für die FDP für sie die einzige parteipolitische Option? Keineswegs. Das protestantische Element in der FDP wurde sogar von Anfang an dadurch geschwächt, dass sich viele protestantische Liberale, wie etwa die Berliner Ferdinand Friedensburg²⁶ und Ernst Lemmer²⁷ oder der frühere preußische Kultusminister Otto Boelitz, nach

24 Vgl. dazu die zeitgenössische Schrift von Thomas ELLWEIN, *Klerikalismus in der deutschen Politik*, München 1955.

25 Karl-Eckard HAHN, *Politisches Profil eines christlichen Konservativen. Hermann Ehlers (1904–1954)*, in: Hans-Christof KRAUS (Hg.), *Konservative Politiker in Deutschland. Eine Auswahl biographischer Porträts aus zwei Jahrhunderten*, Berlin 1955, S. 313.

26 Manfred AGETHEN, *Ferdinand Friedensburg (1886–1972). Stellvertretender Oberbürgermeister von Berlin*, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 16), S. 179–186.

27 Marion HAUSMANN, *Ernst Lemmer in der SBZ (1945–1949). Der lange Weg nach Westen*, in: HPM 11 (2004), S. 147–170.

dem Scheitern des politischen Liberalismus in Weimar nun in einer großen Volkspartei besser aufgehoben sahen, ein Tatbestand der fast auch für Theodor Heuss gegolten hätte.²⁸

Trotz dieser liberalen Elemente in der CDU wurde aber die Annäherung der Union an die FDP, die schließlich in die bürgerliche Koalition 1949 münden sollte, gerade von evangelischen Christen in der CDU wiederum erheblich eingeschränkt: Hatten die Protestanten in der CDU Adenauer bei der wirtschaftsliberalen Ausrichtung der Partei geholfen, so sollten sie ein anderes Projekt Adenauers unterbinden: den Zusammenschluss mit der FDP. Hier zeigte sich an vielen Orten noch die alte Spaltung zwischen Christlich-Konservativen bzw. Christlich-Sozialen und liberalen Kulturprotestanten. Es waren besonders die aus dem CSVD gekommenen CDU-Mitglieder, die als die heftigsten Gegner eines Zusammenschlusses mit den Liberalen auftraten, während diese sich wiederum nicht unter das Dach einer Partei mit weltanschaulicher Bindung stellen wollten. Oft genug scheiterten deshalb zunächst verheißungsvolle Fusionsprojekte auf regionaler Ebene.²⁹ Was hinsichtlich der Frage konfessionell geprägter Parteien einen erheblichen Modernisierungsfortschritt darstellte, die Gründung einer interkonfessionellen Partei, wurde hier zum Hemmnis. Innerhalb der protestantischen Konfession war man sich nicht einig. Abermals wurde deutlich, dass sich der politische Protestantismus im 19. Jahrhundert faktisch in zwei Konfessionen gespalten hatte. Diese Trennung von 1848 wirkte auch hundert Jahre später fort und verhinderte ein geschlossenes protestantisches Vorgehen im Blick auf eine politische Partei. Konservative Protestanten waren letztlich in ihrem immer noch starken romantischen Verständnis des Christlichen den Katholiken näher als ihren liberalen kulturprotestantischen Glaubensbrüdern.

Der politisch-protestantische Liberalismus selbst trennte sich nun ebenfalls in zwei Lager. Eine Gruppe ging unter Akzeptanz einer weltanschaulichen Vorentscheidung in eine „christliche“ Partei, eine andere versuchte, in eine grundsätzlich liberal gesonnene Partei christliches Gedankengut einzuspeisen. Das Ergebnis war auf beiden Seiten ernüchternd. In der CDU hatten Männer wie Lemmer und Friedensburg, um nur diese zu nennen, keinen maßgeblichen Einfluss. In der FDP war der Wirkungsradius politisch-protestantischer Liberaler marginal. In der öffentlichen Wahrnehmung galt die FDP als „freisinnig“. Ein Tatbestand, der sich für sie bald als existenzbedrohend herausstellte. In einer Aussprache innerhalb des FDP-Bundesvorstandes kam das völlig unzureichende Verhältnis der Partei zu den Kirchen zur Sprache. Im Blick auf die

28 Dieter HEIN, *Zwischen liberaler Milieupartei und nationaler Sammlungsbewegung. Grundlagen, Entwicklungen und Strukturen der Freien Demokratischen Partei 1945–1949*, Düsseldorf 1985, S. 49.

29 KLEIN, *Protestantismus* (wie Anm. 1), S. 297–308.

evangelische Kirche meinte der damalige FDP-Vorsitzende Franz Blücher: „Wir haben als Partei in den evangelischen Kirchen Deutschlands einmal einen Herrschaftsbereich besessen. Als wir ihn hatten, waren wir unter den Parteien eine Großmacht, als Troeltsch und Baumgarten in unseren Reihen standen.“³⁰ Jetzt hingegen würden die Liberalen – so klagte er – als „Heiden und Stroemer“³¹ angesehen.

*Das Verhältnis der kirchenpolitischen Gruppen in der EKD
und der evangelischen Theologie zur CDU*

Zwar waren sich alle kirchenpolitischen Gruppen im Gefolge der „Theologischen Erklärung von Barmen“ 1934, in der eine deutliche Gegenposition zum Nationalsozialismus bezogen worden war, nach dem Krieg darin einig, nun eine „öffentliche Verantwortung“ der Kirche wahrzunehmen, doch zeigten sich nach der Neukonstituierung der Evangelischen Kirche in Deutschland auf der historischen Tagung von Treysa 1945 die ersten Differenzen. Sie gipfelten in dem heftigen Streit um die „Echtheit“ des „Wortes zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben“, in dem „ein politisches Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden christlicher Union“³² empfohlen worden war. Die hier unterstellte Bevorzugung der CDU durch das in Treysa zwar *verabredete* aber nicht formal *verabschiedete* „Wort“ sollte langfristig wirkende Konsequenzen haben. Die Bestreitung der Berechtigung des „C“ in der CDU wurde zum Kennzeichen der bruderrätlichen Fraktion des Protestantismus, bei der mit dem „Darmstädter Wort“ von 1947 noch die Revision des Verhältnisses zum Sozialismus hinzukam. Doch stand man im Lager der Bruderrätlichen, darin war man sich mit den stärker konfessionellen Lutheranern einig, überhaupt dem Parteiensystem reserviert gegenüber. Schon in seiner 1946 erschienenen und sehr wirkmächtigen Schrift „Christengemeinde und Bürgergemeinde“ hatte Karl Barth als führender Theologe der Bekennenden Kirche die Parteien deutlich kritisiert, als er von ihnen als „keinesfalls ... konstitutiven Elementen, vielleicht von jeher krankhaften, auf jeden Fall nur sekundären Erscheinungen“³³ sprach. Eine geistige Nähe zur politischen Theorie von Jean-Jacques Rousseau wollte Barth dabei nicht in Abrede stellen.³⁴

30 Udo WENGST, *FDP-Bundesvorstand. Die Liberalen unter dem Vorsitz von Theodor Heuss und Franz Blücher. Sitzungsprotokolle 1949–1954*, Düsseldorf, S. 1237.

31 EBD.

32 Gerhard BESIER/Hartmut LUDWIG/Jörg THIERFELDER (Hg.), *Der Kompromiß von Treysa. Die Entstehung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1945. Eine Dokumentation*, Weinheim 1995, S. 328.

33 Karl BARTH, *Christengemeinde und Bürgergemeinde*, in: Theodor STROHM/Heinz-Dietrich WENDLAND, *Kirche und moderne Demokratie*, Darmstadt 1973, S. 48.

34 EBD. S. 46.

Rousseau war ein entschiedener Verfechter der direkten Demokratie, während er Parlamentarismus und Parteien ablehnte. Ein Verständnis für die komplexen Strukturen einer Massendemokratie war bei Barth offensichtlich nicht vorhanden. In gewisser Weise herrschte damit auch bei ihm eine politische Romantik vor: nicht, wie bei den preußischen Konservativen mit ihrem monarchischen Prinzip und Obrigkeitsverständnis, aber doch in der Orientierung an der überschaubaren direkten Demokratie einer schweizerischen Dorfgemeinde seiner Heimat.

Es muss sogar weiter gefragt werden, ob die Funktion der Christengemeinde, die ja für Barth die „Richtung und Linie“³⁵ vorgeben soll, nicht an den „Legislateur“ in Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ erinnert. Dieser hat auch keine formale Macht, aber er wirkt außerordentlich als „der Weise, der für die Verfassungsgesetzgebung Maßstäbe zu setzen“ hat, dabei aber „weder herrschen noch regieren [soll] – als ob er Erzieher wäre“³⁶. Wenn Rousseau als Vorbild dieses „Legislateurs“ ausdrücklich Calvin mit besonders lobenden Worten erwähnt, wird hier eine Traditionslinie deutlich, die bis zu den Bruderräten reicht, die zwar auch keine direkte politische Macht besaßen oder anstrebten, die sich aber trotzdem mit ihren „Worten“ sowie dem „Wächteramt“ als durchaus Maßstäbe setzend für den Staat empfanden. Anselm Döring-Manteuffel konstatiert hier die „Form eines ethischen Autoritäts- und Avantgardeanspruchs gegenüber der Gesellschaft. Sie war mit dem pragmatischen, zum Kompromiss verpflichtenden Entscheidungsprozess der Parteidemokratie nicht zu vereinbaren.“³⁷ Gar eine dezidiert „christliche“ Partei zu gründen, lehnte Barth, aus seinen theologischen Grundentscheidungen heraus verständlich, entschieden ab. Die christliche Gemeinde sei, so meinte er, faktisch selbst ‚Partei‘ „mit ihrem allerdings besonderen Sinn und Auftrag dem Ganzen gegenüber“³⁸. Das Ergebnis im Blick auf eine christlich fundierte Partei war deshalb für ihn eindeutig: „Gerade repräsentiert durch eine christliche Partei kann die Christengemeinde der Bürgergemeinde das politische Salz nicht sein, das zu sein sie ihr schuldig ist.“³⁹

Der Bezugspunkt in politischen Dingen war nun für viele Protestanten, insbesondere im bruderrätlichen Lager, nicht mehr Friedrich Julius Stahl und dessen „christlicher Staat“, sondern dessen Zeitgenosse Sören Kierkegaard mit seiner heftigen Kritik an dem bürgerlich-konventionellen Christentum. Indem die bruderrätliche Richtung des Protestantismus, die den theologischen Libe-

35 EBD. S. 28.

36 Jean-Jacques ROUSSEAU, *Der Gesellschaftsvertrag*, II.7 und Anm. L.

37 Anselm DÖRING-MANTEUFFEL, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, S. 107.

38 BARTH, *Christengemeinde* (wie Anm. 33), S. 46

39 EBD. S. 50

ralismus als Antipode des konfessionellen Luthertums abgelöst hatte, diese Kritik unüberhörbar machte, blieb so für weite Teile des Protestantismus die CDU das eigentliche Übel im Nachkriegsdeutschland, während andere Evangelische in ihr die sachgemäße Antwort auf die Folgen des Nationalsozialismus sahen, der seinerseits als Ergebnis der Säkularisierung begriffen wurde. Die mit der unterschiedlichen Deutung der Säkularisierung verbundenen Konflikte um das Verständnis des „Christlichen“, wie sie sich im „C“ der CDU und in der damals häufigen Beschwörung des „christlichen Abendlandes“ äußerten, werden deshalb hier auch als Ausfluss dieses innerprotestantischen Dissenses deutlich: Wo mit der politischen Romantik des protestantischen Konservatismus radikal Schluss gemacht wurde, wie in der barthianischen Theologie, bei den Bruderräten und später in der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), konnte „christlich“ kein politischer Begriff mehr sein. Für die historisch-politische Interpretation des Begriffes „christlich“ und damit seine Bedeutung als eines kulturellen Faktors hatten Barth und seine theologischen Anhänger kein Verständnis. Dass das Wort „christlich“ in semantischer Polyvalenz neben der theologischen Bedeutung auch eine historische und kulturelle Konnotationsbreite hatte, war Barth natürlich deutlich, aber er hielt eben diese „Christlichkeit“ für eine gefährliche Illusion. Wenn die CDU in dem Sinne eine „christliche“ Partei sein wollte, dass sie an die Traditionen anknüpfte, die den europäischen Kulturkreis geprägt hatten, ohne dass er deswegen im streng *theologischen* Sinne „christlich“ war, wenn in der CDU die „religiösen und geistigen Kräfte der abendländischen Welt“ (Adenauer) bemüht wurden, musste Barth dies als Wiederauflage schon gescheiterter Versuche der Verbindung von Christentum und Kultur, sei es aus dem konservativem Ansatz eines „christlichen Staates“ heraus, sei es aus einem kulturprotestantisch-liberalem Verständnis einer „Christlichen Welt“ – frei nach dem Titel von Martin Rades Zeitschrift – tief unheimlich bleiben.

Viele protestantische CDU-Mitglieder, die einstmals der Bekennenden Kirche angehört hatten, „verstanden die Welt nicht mehr“ angesichts dieser streng theologischen Deutung des „Christlichen“. Sie fühlten sich von ihrer Kirche im Stich gelassen. Ein erstes Gespräch zwischen protestantischen CDU-Politikern und bruderrätlichen Kirchenmännern unter Leitung des Wuppertaler Pädagogen Oskar Hammelsbeck im Oktober 1947 endete in einem völligen Desaster.⁴⁰ Die evangelischen CDU-Mitglieder sahen sich vor ein theologisches Tribunal gestellt, das den Ansatz einer christlichen Parteigründung scharf verurteilte. Ein zweites Treffen im November 1947, das Heinemann stark moderierte, kam zu einem notdürftigen „we agree, that we disagree“, das die völlig unterschiedliche Beurteilung des Begriffes „christlich“ aufzeigte. Während der

40 HEITZER, *CDU* (wie Anm. 15), S. 701–710.

Theologe Hermann Diem, später Theologieprofessor in Bonn, das Wort „christlich“ und sein problematisches Bedeutungsfeld zu erläutern versuchte, gab Friedrich Holzapfel, der stellvertretende CDU-Vorsitzende in der Britischen Zone, zu erkennen, dass er die ganze Diskussion nicht verstehe. Man könne doch nichts dagegen haben, mit der CDU „eine Ausrichtung auf die 10 Gebote [zu] fördern“⁴¹, so meinte er. Die damals in politischen Dingen offensichtlich mangelnde Kommunikationsfähigkeit über die Bedeutung des „Christlichen“ zwischen Theologen und protestantischen Laien wird hier schlaglichtartig deutlich.

Der Rat der EKD selbst blieb gegenüber den politischen Parteien, besonders aber der CDU, in einer Haltung, die als „vollends indifferent“⁴² bezeichnet werden muss. Die Gründe dafür waren folgende: Neben der traditionellen Parteilichkeit, wie sie im Protestantismus noch immer verwurzelt war, und der Fülle anderer Aufgaben, vor die sich der Rat der EKD in den ersten Nachkriegsjahren gestellt sah, waren es wahrscheinlich die bisherigen wenig ermutigenden Erfahrungen in den Gesprächen mit den Parteien, die Zurückhaltung üben ließen. Diese Reserve des Rates, seine Unfähigkeit oder zumindest sein Unwille zu einer klaren Haltung, zeigte sich nicht zuletzt an den organisatorischen Unklarheiten innerhalb der EKD. So konnte selbst *nach* den erwähnten Kirche/CDU-Gesprächen nicht geklärt werden, in wessen Verantwortung eigentlich seitens der Kirche die Gespräche geführt worden waren. Der „Arbeitskreis Evangelische Akademie“, in dessen Auftrag Hammelsbeck die Gespräche arrangierte, war zwar vom Rat der EKD ausdrücklich anerkannt worden, doch verstand sich die Akademie nach eigenem Selbstverständnis als Organ der *Bekennenden Kirche innerhalb* der EKD, die das „Wächteramt“ aus den Zeiten des sog. Kirchenkampfes weiterführte. Die wiederholten Versuche der CDU, vom Rat der EKD Auskunft darüber zu erhalten, in wessen Namen die Gespräche geführt worden seien, wurden offiziell vom Rat nicht beantwortet. Zu heikel schien das Thema „C“-DU. Wiederholte Versuche der CDU, eine offizielle Begegnung *mit dem Rat der EKD* herbeizuführen, scheiterten. Nachdem der Vorschlag zu einem Gespräch im Zusammenhang mit den „Evangelischen Wochen“ in Hannover am 28. Juli 1948, 22 Uhr (!), von den CDU-Vertretern abgelehnt worden war, kam es erst am 21. März 1950 zu einer Begegnung, an der auch der mittlerweile zum Bundeskanzler gewählte Konrad Adenauer teilnahm.

Die organisatorische Unklarheit innerhalb der EKD hinsichtlich der Frage der Kontakte zu den politischen Parteien sollte weitreichende Folgen haben: Hans Asmussen hatte zunächst nach dem Kriegsende den Plan für eine „Po-

41 Protokollnachschrift, BA Koblenz 1378/138.

42 Carsten NICOLAISEN/Nora Andrea SCHULZE (Bearb.), *Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland*, Bd. 2: 1947/1948, Göttingen 1997, S. X.

litische Kammer“ der EKD entwickelt. Als Mitglieder stellte sich Asmussen besonders die Angehörigen des „Freiburger Kreises“ vor, der 1942 die Denkschrift „Politische Gemeinschaftsordnung“ im Auftrag der Bekennenden Kirche erarbeitet hatte. Besonders der Historiker Gerhard Ritter war jedoch zurückhaltend. Ihm schien die Nachrichtenversorgung für solch eine Kammerarbeit ungenügend. Deshalb regte er zunächst ein an die Freiburger Universität angegliedertes „Pressebüro“ an, das Constantin von Dietze⁴³ und ihm als „Kerntruppe einer Gesamtkammer“ zuarbeiten könne. Tatsächlich versorgte dann Ritter den Rat der EKD in den nächsten Jahren mit insgesamt sechs Gutachten zur politischen Weltlage.

Ab 1949 trat die „Kammer für Öffentliche Verantwortung“ an diese Stelle. Sie geriet sofort nach ihrer Bildung unter dem Vorsitz des CDU-Politikers Robert Tillmanns in eine schwere Krise. Die unterschiedlichen Auffassungen in politischen Fragen ließen zunächst keine fruchtbare Arbeit zu. Kontakte zu Politikern verschiedener Parteien herzustellen, gelang nicht nachhaltig. Die politischen Konflikte im Nachkriegsprotestantismus lassen sich anhand der Turbulenzen in der frühen Kammer-Arbeit anschaulich nachzeichnen. Die ursprüngliche Vorstellung, ein dem politischen Tagesstreit enthobener Kreis von Fachleuten könne der EKD Vorschläge zu politischen Fragen machen, musste sich als nicht durchführbar erweisen. Gerhard Ritter, der seine Mitarbeit in der Kammer 1951 einstellte, schrieb angesichts des Interviews, das Martin Niemöller der New York Herald Tribune gegeben hatte, und der dort geäußerten scharfen Kritik an der jungen Bundesrepublik („in Rom gezeugt, in Washington geboren“): „Wozu haben wir eine ‚Kammer für öffentliche Verantwortung‘, wenn derartige öffentliche Entgleisungen maßgeblicher Kirchenführer trotzdem möglich sind? Diese Erfahrung bestätigt von neuem die Hoffnungslosigkeit unserer ‚Kammer‘.“⁴⁴

Erst nachdem es auf der EKD-Synode in Elbingerode 1952 gelungen war, die weit auseinandergelassenen Anschauungen in ethisch-theologischen Ansichten und ihre damit verbundenen praktisch-politischen Implikationen spannungsvoll auszuhalten, kam es in den folgenden Jahren zu einer konstruktiven Kammerarbeit.

Interessant ist auch eine Untersuchung der theologischen Reflexion des Parteienstaates in der frühen Bundesrepublik. Eine allgemeine positive Beurteilung des parlamentarischen Systems findet sich hier kaum. In allen theologischen Entwürfen wurden vielmehr die Gefahren des Parteienstaates beschworen. Über die bedingte theologische Akzeptanz ging in dieser Zeit nur

43 Detlef J. BLESSEN, *Constantin von Dietze (1891–1973), Agrarpolitiker aus Freiburg*, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 16), S. 123–130.

44 Evangelisches Zentralarchiv (EZA) der EKD, Best. 2/1345, Schreiben Ritters vom 29.12.1948.

der Sozialethiker Heinz-Dietrich Wendland hinaus: „Auch die immer noch anzutreffende traditionelle christliche Abneigung gegen die Parteien und die Mitarbeit von Christen in diesen muß überwunden werden. ... Die Mängel der Parteien-Demokratien sind leicht zu kritisieren und oft kritisiert worden, doch das Ende der Parteien ist heute auch das Ende der Demokratie ...“⁴⁵ Zu einer bedingten Akzeptanz bei eigentlich grundsätzlicher Ablehnung einer „christlichen“ Partei konnten sich nur konservative Theologen wie Walther Künneth und Helmut Thielicke durchringen,⁴⁶ während das Ablehnungsurteil aus dem Lager der bruderrätlichen Theologen eindeutig war.⁴⁷ Die langsam abschmelzende Distanz zum Parteiensystem sollte sich in den fünfziger Jahren durch die ungeheure Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland gleichsam indirekt vollziehen.

Wie sich im Protestantismus die Anti-Parteien-Mentalität als offiziöse Anschauung abzuschwächen begann, macht die heftige Kritik an der Obrigkeitsschrift von Bischof Dibelius deutlich. In einem 1959 herausgekommenen Büchlein mit dem Titel „Obrigkeit“ hatte das CDU-Mitglied Dibelius die Rechtmäßigkeit des DDR-Regimes in Frage gestellt, aber auch aus seiner Ablehnung der westdeutschen Parteiendemokratie keinen Hehl gemacht: „Ob der Wasserbauinspektor Müller sich zur CDU oder zur Sozialdemokratie rechnet, wird mir wahrscheinlich sehr gleichgültig sein. ... Um es ganz konkret zu sagen: der Regierende Bürgermeister von Berlin [damals Willy Brandt, M.K.], wenn er zu einer anderen Partei gehört als ich, kann für mich nicht in dem Sinne Autorität sein, wie es für Martin Luther der Kanzler Brück war, und der Kurfürst, der hinter seinem Kanzler stand.“⁴⁸

Die breite Ablehnungsfront, auf die Dibelius gerade auch in der kirchlichen Öffentlichkeit stieß, zeigte, dass sein politisches Verständnis mittlerweile innerhalb der Kirche von einer moderneren Staatsauffassung abgelöst zu werden begann und deshalb kaum noch als repräsentativ gelten konnte. Trotzdem sollte es noch bis 1985 dauern, bis die EKD in einer Denkschrift das parlamentarische System offen positiv bewertete.⁴⁹

45 Heinz-Dietrich WENDLAND, *Einführung in die Sozialethik*, Berlin 1963, S. 91.

46 Vgl. Walther KÜNNETH, *Politik zwischen Dämon und Gott. Eine christliche Ethik des Politischen*, Berlin 1954, bes. S. 474f.; Helmut THIELICKE, *Ethik II/2*, Tübingen 1956, S. 692ff.

47 Vgl. Ernst WOLF, *Sozialethik*, Göttingen ³1988, S. 163–167.

48 Herbert MOCHALSKI/Herbert WERNER (Hg.), *Dokumente zur Frage der Obrigkeit*, Darmstadt 1960, S. 25.

49 *Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe*, hg. vom Kirchenamt der EKD, Göttingen 1885.

Nachbemerkung: Das Verhältnis des westdeutschen Protestantismus zur CDU innerhalb der Entwicklungen der Nachkriegszeit

Nach der nationalsozialistischen Diktatur und dem Zweiten Weltkrieg stand die deutsche politische Kultur vor einer Situation, die weder einen vollständigen Neuanfang noch gar eine Restauration⁵⁰ ermöglichte. Im westdeutschen Teilstaat waren die großen Konfessionen zahlenmäßig ungefähr ausgeglichen, die parlamentarische Demokratie wurde wieder eingeführt und die Bundesrepublik Deutschland entwickelte sich zum Parteienstaat. Dass sich der Protestantismus bei solchen für ihn ungewohnten Voraussetzungen trotzdem relativ rasch mit dem politischen System der Bundesrepublik zunächst abfand, dann sogar zur Mitarbeit in ihm bereit war, lag an den historischen Entwicklungen, die in der demokratischen aber auch autoritären Führung Adenauers und der „christlichen“ Union als stärkster Regierungspartei mit Ehlers' Einsatz einen verzögerten, milden Abschied von der Mentalität der politischen Romantik als dominierender protestantischer Sicht der politischen Dinge erlaubten.

Die bruderrätliche Richtung des Protestantismus fand schließlich nach dem Zwischenspiel der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“ und Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) in der SPD eine parteipolitische Alternative zur CDU, sodass auch sie sich in den westdeutschen Parteienstaat integrierte. Mit dem Godesberger Programm von 1959 gelang es dann der SPD, einen Ausgleich zu den christlichen Kirchen herbeizuführen, während die FDP nur mühsam an die alte Tradition eines politisch-protestantischen Liberalismus anknüpfen konnte.

Die enorme gesellschaftliche Rolle, welche die Kirchen noch einmal, gleichsam in einer historischen Nachblüte, in den fünfziger Jahren in der politischen Kultur der Bundesrepublik spielten, hat das Arrangement mit der zweiten deutschen Republik zweifelsohne erleichtert. Die praktischen Erfahrungen schliffen die Vorbehalte ab. Die so, nicht zuletzt durch den Status als „Umworbener“, indirekt erreichte Annäherung des Protestantismus an das parlamentarische System wurde jedoch damals nicht theoretisch fundiert. Zu einer Reflexion der politischen Parteien als den zentralen Institutionen in den Mechanismen der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik kam es nur in rudimentären Ansätzen, was auch als ein stilles und abgeschwächtes Weiterwirken der politischen Romantik und der damit verbundenen Anti-Parteien-Mentalität hier abschließend interpretiert werden soll. Bis heute gibt es keine Ethik des Parteipolitischen im protestantischen Bereich.

50 Martin GRESCHAT, *Weder Neuanfang noch Restauration. Zur Interpretation der deutschen evangelischen Kirchengeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Ursula BÜTTNER (Hg.), *Das Unrechtsregime*, Hamburg 1986, S. 326–357.

Die 68er-Bewegung und der Terrorismus in der Bundesrepublik

Von Alexander Straßner

1. Eine historische Zäsur in der Literatur

Wie viele andere Schlüsseldaten in der deutschen Geschichte haben auch die Ereignisse des Jahres 1968 in der Bundesrepublik eine Vielzahl an Interpretationen hervorgerufen. Wie polarisierend die Auseinandersetzungen im Zuge der studentischen Revolution auch langfristig wirken, lässt sich im Spiegel der Literatur anschaulich ablesen. Während es von Beteiligten trotz ihres internationalen Charakters als „unsere Kulturrevolution“¹ bezeichnet wurde, sahen vornehmlich konservative Autoren darin einen Bruch mit dem tradierten Wertekanon.² Die Differenzen wurden ausgetragen zwischen unterschiedlichen Einschätzungen der Erhebung, die sie entweder zum „Mythos“ hochstilisierten oder als „Kulturkampf“ interpretierten.³ Wie tiefgreifend die Zäsur des Jahres 1968 auch heute noch wirkt, zeigt die Frage, ob eine Straße nach dem ehemaligen Studentenführer Rudi Dutschke benannt werden dürfe.⁴

Neben den kulturellen und normativen Infragestellungen der gesellschaftlichen Ordnung durch die Studenten- und Lehrlingsbewegung des Jahres 1968 waren es vor allem ihre Konsequenzen, welche die Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen auf den Plan rief und eine Vielzahl an Publikationen bis in die jüngste Zeit provozierten.⁵ Im Gefolge der internationalen Protest-

-
- 1 Vgl. Gerd KOENEN, *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977*, Frankfurt/M. 2002. Im Zuge medienwirksam inszenierter autobiographischer Aufarbeitungen zum Thema Linksterrorismus in der Bundesrepublik sind in jüngerer Vergangenheit auch romantisierende Nachbetrachtungen der Studentenbewegung in Interviewform erschienen. Vgl. Thorwald PROLL/Daniel DUBBE, *Wir kamen vom anderen Stern. Über 1968, Andreas Baader und ein Kaufhaus*, Hamburg 2003.
 - 2 Nicht von ungefähr eignet sich das Thema zur Aufbereitung eigener politischer Ansichten und daraus folgernd unzulässiger Pauschalurteile. Vgl. Thorsten MANN, *Rot-Grüne Lebenslügen. Wie die 68er Deutschland an die Wand gefahren haben*, Rottenburg 2005.
 - 3 Vgl. die Ausführungen von Edgar WOLFRUM, „1968“ in der gegenwärtigen deutschen *Geschichtspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 22–23* (2001), S. 28. Zur Befriedung des Kampfes um die Deutungshoheit vgl. Stefan HEMLER, *Soziale Bewegung oder Generationskonflikt? Ein Schlichtungsvorschlag im Deutungskampf um „1968“*, in: „Vorgänge“. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, 4 (2003), S. 32–40.
 - 4 Die Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße führte zur Gründung einer CDU-nahen Bürgerinitiative, welche die Namensgebung rückgängig machen wollte. So der ehemalige APO-Führer Christian SEMLER, *Wer war Rudi Dutschke? „Ein menschenfreundlicher Linksradikaler“*. Ein kurzer, persönlicher Abriss, in: Thilo KNOTT/Peter UNFRIED (Hg.), *Dutschke und Du. Verändern, kämpfen, leben. Was wir von Rudi Dutschke lernen können* (taz-journal 2006, 1), Berlin 2005, S. 5.

bewegung entstanden in der Bundesrepublik mehrere terroristische Organisationen, die jeweils unterschiedlich ideologisch motiviert, gewaltbereit und teils auch miteinander verfeindet waren. Mit der „Roten Armee Fraktion“ (RAF)⁶ erwuchs der Bundesrepublik die gefährlichste Herausforderung auf terroristischem Gebiet, während dem gegenüber die „Bewegung 2. Juni“⁷ und die Revolutionären Zellen⁸ in ihrem Militanzniveau hinter der RAF zurückblieben. Nicht zuletzt findet sich auch in der Literatur immer wieder ein erhebliches Übergewicht in der Auseinandersetzung mit der Entstehung des RAF-Terrorismus, während die beiden anderen Organisationen aus den genannten quellen-technischen Problemen mangelhaft reflektiert blieben.⁹

Ob ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Studentenbewegung und Terrorismus besteht, ist heute nicht mehr Gegenstand des wissenschaftlichen Diskurses. Im Zentrum der zeithistorischen Analysen steht vielmehr die Frage,

-
- 5 Angesichts der Gründung mehrerer terroristischer Organisationen zu Beginn der siebziger Jahre gab das Bundesinnenministerium voluminöse Studien in Auftrag, die sozialpsychologische, individuelle und gruppendynamische Einflussfaktoren zur Entstehung von terroristischen Strukturen beleuchten sollten. Allein die Zusammensetzung der beteiligten Wissenschaftlergruppen sorgte für zahlreiche Kritikpunkte und erhebliche parteipolitische Auseinandersetzungen. Vgl. Bundesministerium des Innern (Hg.), *Analysen zum Terrorismus*, Bde. I–IV, Opladen 1981ff.
- 6 Seit der Auflösung der RAF am 20. April des Jahres 1998 konnten zusammenfassende Studien ein Gesamtbild der RAF vermitteln. Vgl. Butz PETERS, *Tödlicher Irrtum. Die Geschichte der RAF*, Berlin 2004. Als Standardwerke zu den einzelnen RAF-Generationen vgl. Stefan AUST, *Der Baader-Meinhof-Komplex*, Hamburg 1997; Tobias WUNSCHIK, *Baader-Meinhofs Kinder? Die zweite Generation der RAF*, Opladen 1997; Alexander STRASSNER, *Die dritte Generation der „Roten Armee Fraktion“. Entstehung, Struktur, Funktionslogik und Zerfall einer terroristischen Organisation*, Wiesbaden 2003.
- 7 Im Gegensatz zur Geschichte der RAF ist die Historie dieser Organisation kaum wissenschaftlich aufgearbeitet. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die Bewegung 2. Juni keine hierarchische Organisation war, sondern eher einen losen Verbund autonomer Gruppen mit egalitärem Aufbau darstellte. Einsichten ermöglichen Primärquellen ehemaliger Aktivisten, die freilich mit Vorsicht zu genießen sind. Vgl. die autobiographischen Skizzen von Till MEYER, *Staatsfeind. Erinnerungen*, Hamburg 1995; Inge VIETT, *Nie war ich furchtloser*, Hamburg 1996.
- 8 Noch lückenhafter gestaltet sich der Forschungsstand bezüglich der RZ. Da sie besonders klandestin vorgingen und mit einer bürgerlichen Existenz getarnt nur „nach Dienstschluss“ zu Angriffen gegen den Staat übergingen, waren Verhaftungserfolge im nationalen Flügel der RZ weitgehend die Ausnahme. Vgl. zu den RZ Uwe BACKES/Eckhard JESSE, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1996, S. 229–230.
- 9 Vgl. Gerhard FELS, *Der Aufruhr der 68er. Zu den geistigen Grundlagen der Studentenbewegung und der RAF*, Bonn 1998; Wolfgang KRAUSHAAR, *1968 und die RAF. Ein umstrittenes Beziehungsgeflecht*, in: „Vorgänge“. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/4 (2005), S. 208–220. Als aktuelle Auseinandersetzung siehe außerdem Wolfgang KRAUSHAAR, *Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf*, in: DERS./Karin WIELAND (Hg.), *Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF*, Hamburg 2005, S. 13–50.

ob Gedanken einer bewaffneten Opposition nicht vor die Zeit der Studentenrevolte zurückreichen.¹⁰ Die Frage, ob der Terrorismus in der Bundesrepublik eine logische Folge der Studentenbewegung¹¹ war oder nur ein „Zerfallsprodukt“¹², bleibt bis heute heftig umstritten und ist aus dieser Warte letztlich nur eine Anschlussfrage. Während Langguth¹³ überzogen davon spricht, dass die RAF ohne die Studentenbewegung nicht denkbar gewesen wäre, verbieten sich für Steinert¹⁴ einfache Ursache-Wirkungs-Verhältnisse in Ermangelung gesicherter theoretischer Erkenntnisse. Unwidersprochen ist aber sowohl bei ehemaligen führenden Vertretern der Studentenbewegung ebenso wie bei ihren heftigsten Kritikern die Tatsache, dass die Entstehung terroristischer Organisationen ohne die Studentenbewegung nicht erklärbar ist. Die Aussage, dass „am Anfang ... die Studentenbewegung [war]“¹⁵, ist dennoch ebenso zutreffend wie problematisch. In der Tat standen die gesellschaftliche Sensibilisierung und die grundlegende Infragestellung tradiertter Werte nur durch das Aufbegehren gesellschaftlicher Eliten überhaupt zur Debatte. Daraus eine monokausale Notwendigkeit hin zu terroristischen Aktionen abzuleiten ist der Komplexität der Entwicklungen aber nicht gerecht. Schließlich liefern eindimensionale Erklärungen kaum befriedigende Antworten auf die Frage, wieso der anfänglich verfolgte Pazifismus in eine militante Eskalationsstrategie mündete. Ebenso wenig kann so erklärt werden, weshalb die Militanz durch einzelne Gruppen noch fortgeführt wurde, als die Studentenbewegung längst zerfallen war. Während verschiedentlich Autoren eine direkte Verbindung zwischen der Außerparlamentarischen Opposition (APO) und dem sich formierenden Terrorismus konstatierten,¹⁶ war das Gros der Wissenschaftler der

10 Vgl. besonders Wolfgang KRAUSHAAR, *Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf*, in: DERS. (Hg.), *Die RAF und der linke Terrorismus*, Bd. 1, Hamburg 2006, S. 218.

11 Bereits die Bezeichnung als Studentenbewegung ist unzutreffend. In der Tat ging die Initiative von intellektuellen und studentischen Kreisen aus, griff dann aber rasch auf andere gesellschaftliche Gruppen (Schüler, Lehrlinge) über. Vgl. Bernhard RABERT, *Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland von 1970 bis heute*, Bonn 1995, S. 89.

12 So STRASSNER, *Die dritte Generation* (wie Anm. 6), S. 426.

13 So der ehemalige RCDS-Vorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Gerd LANGGUTH, *Protestbewegung. Entwicklung, Niedergang, Renaissance. Die Neue Linke seit 1968*, Köln 1983, S. 32. Ebenfalls problematisch eindimensional DERS., *Mythos '68. Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke. Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*, Bonn 2001.

14 Heinz STEINERT, *Erinnerungen an den „linken Terrorismus“*, in: Henner HESS (Hg.), *Angriff auf das Herz des Staates*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1988, S. 15–54, hier S. 19.

15 BACKES/JESSE, *Politischer Extremismus* (wie Anm. 8), S. 220.

16 Erstaunlich in dieser Hinsicht ist auch die kaum zu beobachtende Differenzierung in einigen Publikationen. Obwohl das (in-)offizielle Gründungsdatum der RAF auf den 14.5.1970, der Befreiung Andreas Baaders, aus dem Institut für soziale Fragen in Berlin datiert und allgemein anerkannt ist, werden die ersten Gewaltereignisse, die noch im Rahmen der Studentenbewegung stattfanden, bereits der RAF-Geschichte zugeordnet. Vgl. Klaus PFLIEGER, *Die Rote Armee Fraktion – RAF. 14.5.1970 bis 20.4.1998*, Baden-Baden 2004, S. 15–19.

Ansicht, dass der Weg von der Protestbewegung zum sozialrevolutionären Terrorismus nicht linear gewesen war: Allein eine radikalisierte Minderheit der Studenten fand sich bereit, in stereotyp extremistischer Unduldsamkeit die eigenen Ziele mittels erheblicher Gewaltanwendung zu verfolgen.¹⁷ Ziel dieses Beitrages ist es daher, nicht nur die Kontroversen in der Literatur zu beleuchten, sondern Berührungspunkte zwischen Studentenbewegung und Terrorismus ebenso aufzuzeigen wie unüberwindliche Differenzen, die sich nicht zuletzt bereits in der Entstehungsphase des Protestes in den USA entzündeten.

2. Die Studentenbewegung: Von den USA in die Bundesrepublik

Die Studentenbewegung war kein deutsches, sondern ein europäisches, ja globales Phänomen, das seinen Ursprung an der kalifornischen Universität von Berkeley hatte.¹⁸ Der Ruf nach gesellschaftlicher Erneuerung und einem „ehrlicheren Umgang“ mit der eigenen Geschichte war der Initialpunkt der studentischen Erhebung unabhängig von Landesgrenzen.¹⁹ Voneinander verschieden waren dabei die primären Gründe für die Erhebung. In den USA waren die Proteste des amerikanischen SDS („Students for a Democratic Society“) Ausdruck des gesellschaftlichen Widerstandes gegen die Intervention des amerikanischen Militärs in Vietnam. In der Bundesrepublik war es eine Kombination aus anfänglichen Widerständen gegen den Vietnamkrieg und innenpolitischen Ursachen, die zur Erhebung der Studenten führte.²⁰ Vor allen Dingen das Godesberger Grundsatzprogramm der SPD, in dem sie sich 1959 von ihrer historischen Verbindung zum Marxismus programmatisch vollständig gelöst hatte, ließ den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS), nun abgespalten von der Mutterpartei, zum Aushängeschild des gesellschaftlichen Widerstandes werden. An die Spitze der Studentenbewegung gelangte damit der rhetorisch versierte, aus der DDR stammende Rudi Dutschke.²¹ In-

17 So RABERT, *Links und Rechtsterrorismus* (wie Anm. 11), S. 89.

18 Vgl. die ausführlichen Darstellungen von Ingrid GILCHER-HOLTHEY, *Die 68er-Bewegung. Deutschland, Westeuropa, USA*, München 2001.

19 Vgl. Claus LEGGEWIE, *1968 ist Geschichte*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 22–23* (2001), S. 3.

20 Vgl. zusammenfassend Gerhard BAUSS, *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin*, Köln 1977.

21 Als Dutschke 1968 im Gefolge medialer Polarisierungen selbst Opfer eines Anschlags wurde und später an den Folgen des Attentates verstarb, radikalisierte sich die Studentenbewegung, wiewohl sie eines ihrer führenden Köpfe beraubt worden war. Vgl. BACKES/JESSE, *Politischer Extremismus* (wie Anm. 8), S. 223. Die Lebensgeschichte Dutschkes ist in neuerer Zeit aufgearbeitet worden von seiner Frau Gretchen DUTSCHKE, *Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Eine Biographie*, Köln 2007. Als weitere Biographien siehe Jürgen MIERMEISTER, *Rudi Dutschke*, Reinbek 1999; Bernd RABEHL, *Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland*, Dresden 2002. Kritisch zu den verschiedenen Dutschke-Biographien: Martin JANDER, *Rudi Dutschke – Revolutionär im geteil-*

nerhalb des SDS existierten zu diesem Zeitpunkt bereits Gruppierungen, die sich auf die kritische Theorie der Frankfurter Schule²² beriefen und neben ihrer Radikalisierung dem politischen System gegenüber einen undifferenzierten, gleichwohl aber apologetisch vorgetragenen Imperialismus- und Faschismusvorwurf in die Diskussion einbrachten. Entscheidend für die entstehenden terroristischen Kleingruppen wurde daher der von ihnen so begriffene Widerstand gegen ein System, das sich nur zu leicht von den moralischen Fesseln des Nationalsozialismus befreit hätte. Die Kontinuitätsthese, der zufolge sich Funktionäre und Verwaltungseliten des „Dritten Reiches“ in das politische System der Bundesrepublik straffrei „hinübergerettet“ hätten, avancierte zur Letztbegründung der späteren deutschen Terroristenszene, realiter nicht gegen ein demokratisches, sondern ein subkutan faschistisches System zu Felde zu ziehen.²³

Dass sich die Freie Universität Berlin zum Zentrum der bundesdeutschen Protestbewegung aufschwang, lag vornehmlich an den engen Kontakten zur akademischen Landschaft der USA generell. Auch wenn die Erhebung der Studenten nicht von Anfang an eine Massenbewegung war, so lässt sie sich doch in drei Phasen untergliedern.

Ab 1965 kam es zu relativ schwach organisierten und spontanen Protestkundgebungen. Vor allem in Berlin erhitzen sich die studentischen Gemüter zunächst an der Tatsache, dass die juristische Fakultät der Freien Universität angesichts der hoffnungslosen Überfüllung der Hörsäle mit der Einführung einer Studienhöchstdauer und Zwangsexmatrikulationen begonnen hatte. Der Besuch des kongolesischen Ministerpräsidenten Tschombé, der für die Hinrichtung Patrice Lumumbas (Dutschke zufolge der „bedeutendste afrikanische Revolutionär“) verantwortlich gemacht wurde, bot eine erste Gelegenheit, den Protest in politische Bahnen zu lenken und angesichts der Illegalität der Demonstration den „Beginn der Kulturrevolution“ (Dutschke) in der Bundesre-

ten Deutschland, in: Uwe BACKES/Eckhard JESSE (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2003*, Baden-Baden 2003, S. 374–377. Für die hier relevante Fragestellung siehe vor allem Michaela KARL, *Rudi Dutschke. Revolutionär ohne Revolution*, Frankfurt/M. 2003.

22 Vgl. Rolf WIGGERSHAUS, *Die Frankfurter Schule*, München 1986; Gerhard BOLTE, *Von Marx bis Horkheimer. Aspekte kritischer Theorie im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1995. Zusammengefasst finden sich die für die Studentenbewegung und ihre ideologische Fundierung maßgeblichen Texte in: Rudolf SIEVERS (Hg.), *1968. Eine Enzyklopädie*, Frankfurt/M. 2004. In monographischer Form insgesamt auf dem neuesten Stand Susanne KAILITZ, *Von den Worten zu den Waffen? Frankfurter Schule, Studentenbewegung, RAF und die Gewaltfrage*, Wiesbaden 2007.

23 Vgl. Bernhard RABERT, *Terrorismus in Deutschland. Zum Faschismusvorwurf der deutschen Linksterroristen*, Bonn 1991.

publik einzuläuten.²⁴ Teile der Studentenbewegung hatten ohnehin durch eine romantisierende Fraternisierung mit dem Vietkong die bewusste Provokation zur staatlichen Ordnungsmacht gesucht, zu der man sich nun auch aus innenpolitischen Gründen in Fundamentalopposition zu stellen gedachte. Das dynamisierende Element, das die Studentenbewegung zur Massenbewegung anschwellen ließ, war die Bildung einer Großen Koalition auf Bundesebene unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (1966–1969). Die Tatsache, dass eine echte parlamentarische Opposition angesichts der strukturellen und quantitativen Schwäche der FDP im Bundestag nicht mehr gewährleistet werden konnte, ließ die Aktivität auf den Straßen weiter zunehmen, verstand man sich doch nun als „Außerparlamentarische Opposition“, die auch über das nötige Rüstzeug verfügte, um auf die eigenen Anliegen aufmerksam machen zu können und erste antiparlamentarische Züge beinhaltete. Zum Gegenstand der Protestbewegung wurden auch einzelne gesetzliche Maßnahmen der Regierung Kiesinger wie die so genannten „Notstandsgesetze“, die eine schrittweise Entmachtung des Parlamentes in Krisenzeiten beinhalteten. Dazu gesellte sich der Umstand, dass angesichts des ersten wirtschaftlichen Einbruchs seit Gründung der Bundesrepublik „neoliberale“ Wirtschaftskonzepte unter den Studenten zunehmend in Misskredit gerieten. Außerdem wurde die Auseinandersetzung mehr und mehr in den Medien ausgetragen und von diesen nicht unwesentlich beeinflusst bzw. angefacht. In den Augen der Studenten war die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik mehr und mehr durch die konservative Springer-Presse manipuliert.²⁵ Angesichts der Manipulationen durch den „latent faschistischen“ Staat leiteten die Aktivisten zunehmend die Legitimation für ihre Handlungen aus den philosophischen Schriften Herbert Marcuses²⁶ ab, die dieser aber auch als strikt gegen die real existierenden sozialistischen politischen Systeme gerichtet sehen wollte.²⁷ Die Tatsache, dass die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Legalität und Illegalität als Argument für die eigene Ge-

24 Vgl. Günter BARTSCH, *Anarchismus in Deutschland*, Band II/III: 1965–1973, Hannover 1973, S. 22.

25 Vgl. Susanne KAILITZ, *Auseinandersetzungen mit der Gewalt. Frankfurter Schule, Studentenbewegungen und RAF*, in: Uwe BACKES/Eckhard JESSE (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2004*, Baden-Baden 2004, S. 83. Zum grundlegenden Zusammenhang zwischen Frankfurter Schule und Terrorismus auch Wolfgang KRAUSHAAR (Hg.), *Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995*, Hamburg 1998.

26 Seine Synthese aus Karl Marx und Sigmund Freud („Psychomarxismus“) diente der Verstärkung der Abhängigkeitsperzeption von ökonomischen Grundprämissen. Vgl. Herbert MARCUSE, *Der eindimensionale Mensch*, Berlin 1967, insbes. S. 267. Zusammenfassend DERS., *Die Studentenbewegung und ihre Folgen* (Nachgelassene Schriften, IV), hg. von Peter-Erwin JANSEN, Springe 2004.

27 Vgl. die harsche Kritik von sozialistischen Intellektuellen in den osteuropäischen Staaten in den sechziger und siebziger Jahren in BARTSCH, *Anarchismus in Deutschland* (wie Anm. 24), S. 29.

waltsamkeit missbraucht wurde, bot einen ersten Vorgeschmack auf die terroristischen Exzesse und ihre ideologische Rechtfertigung.

Ab 1967 kam es zu Massendemonstrationen, deren Beweggründe sich nun ausdifferenzieren begannen. Neben den Protesten gegen die in den Augen der Demonstranten verkrustete Struktur an deutschen Universitäten („Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“) beinhaltete die Revolte auch das Selbstbewusstsein, in avantgardistischer Lesart die treibende gesellschaftliche Kraft zu sein. Die terroristische Subkultur in der Bundesrepublik war das Ergebnis der letzten Phase der Erhebung ab 1968/1969, in welcher die Studentenbewegung sich in mehrere Faktionen gespalten hatte, darunter einen Teil, der den von Dutschke eingeforderten „langen Marsch durch die Institutionen“²⁸ antreten und das politische System von innen reformieren wollte, und einen Teil, der aus radikalisierten Individuen bestand, welchen die prognostizierte evolutionäre Überlegenheit des eigenen Gesellschaftsmodells zu langfristiger konzipiert war. Aus diesen Splittergruppen entwickelten sich nach und nach die auf unterschiedliche Theorie- und Ideologiefragmente zurückgreifenden terroristischen Gruppierungen der beginnenden siebziger Jahre. Die bedeutendste dieser Splittergruppen war der anarchistisch motivierte „Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen“, der „Freiräume für ungestörten Rauschgiftgenuß“ erobern wollte.²⁹

Angetrieben von den Splittergruppen änderte sich die Zielrichtung der Proteste. So erlebte die studentische Protestbewegung erste symbolische und manifeste Gewalteskalationen. Während die bisherigen Proteste stets gewaltfrei und teilweise auch subtil ironisch verlaufen waren, wurde der Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Hubert Horatio Humphrey zu einem Höhepunkt der Gewalt mit schweren Sachbeschädigungen.³⁰ Einer der entscheidenden und traurigen Höhepunkte der Studentenproteste forderte mit Benno Ohnesorg, der durch die Polizei im Rahmen einer Demonstration gegen das persische Schah-Regime erschossen wurde, ein erstes Todesopfer.³¹ Das Datum des tödlichen Schusses, der 2. Juni 1967, diente der „Bewegung 2. Juni“ letzt-

28 Prägekraft entwickelte dieser Teil der Studentenbewegung vor allem auch hinsichtlich der SPD. Durch die Linkswende der Hochschulgruppen und der Jusos trat die SPD in eine Phase gesteigerter innerparteilicher programmatischer Grundsatzentscheidungen ein. Vgl. Annetrin GEBAUER, *Der Richtungsstreit in der SPD. Seeheimer Kreis und Neue Linke im innerparteilichen Machtkampf*. Mit einem Geleitwort von Helmut Schmidt, Wiesbaden 2005, S. 110–113. Zur Bilanz der Strategie vgl. Richard FABER, *Die Phantasie an der Macht? 1968. Versuch einer Bilanz*, Hamburg 2002.

29 Zitiert nach Hans Josef HORCHEM, *Extremisten in einer selbstbewussten Demokratie. Rote Armee Fraktion, Rechtsextremismus, der lange Marsch durch die Institutionen*, Freiburg i.Br. 1975, S. 49.

30 AUST, *Der Baader-Meinhof-Komplex* (wie Anm. 6), S. 47–50.

31 Siehe zu den Todesumständen Ohnesorgs auch PETERS, *Tödlicher Irrtum* (wie Anm. 6), S. 91.

endlich zur Namensgebung und Eigenlegitimation. Auch organisatorisch begann die Studentenbewegung damit aus dem Ruder zu laufen. Für den SDS bedeutete der Tod Ohnesorgs einen Zustrom an Mitgliedern und Aktivität, den er nicht mehr zu fassen vermochte. Die terroristische Initialzündung erlebte die linksmilitante Szene mit der Frankfurter Kaufhausbrandstiftung, im Verlauf derer die Kerngruppe der späteren ersten Generation der RAF zusammengeführt wurde. Die beteiligten Personen lesen sich wie ein „Who is Who“ der späteren RAF-Führungsebene: Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Thorwald Proll legten einen Brandsatz in einem Frankfurter Kaufhaus. Auch wenn trotz immensen Sachschadens niemand verletzt worden war, bedeutete die sich anschließende Distanzierung des SDS von der Tat doch einen Vorgeschmack auf die Verselbständigung der Militanz und den Weg, den der Protest sich nun zu bahnen andeutete. Den Prozess gegen die unmittelbar danach Verhafteten versuchten sie in ein Tribunal gegen das moralisch wie politisch diskreditierte System der Bundesrepublik umzufunktionieren, in dem sich bereits die später deutlich zutage tretenden Züge terroristischer Selbstmandatierung abzeichneten: „Wir taten es aus Protest gegen die Gleichgültigkeit, mit der die Menschen dem Völkermord in Vietnam zusehen.“³²

Unterstützung hierfür erhielten die Angeklagten durch die Publizistin und Lehrbeauftragte an der FU Berlin, Ulrike Meinhof, die sich verständnisvoll gegenüber der Brandlegung äußerte.³³ Im Zuge der Ereignisse um den Tod Ohnesorgs, die Kaufhausbrandstiftung und das organisatorische Chaos im SDS begann sich das gesellschaftliche Klima weiter zu verschärfen. Eine Eskalation der Ereignisse schien insofern unvermeidlich, als die Studenten in der Springer-Presse einen Hauptschuldigen für die gesellschaftliche Polarisierung in Verfechter und Gegner der Studentenbewegung sahen. Das unmittelbar darauf folgende Attentat auf Rudi Dutschke aus dem Jahr 1968 durch den der rechtsextremistischen Szene zugeordneten Josef Bachmann dynamisierte die Militanz des Protestes zusätzlich. Dutschke konnte schwer verletzt fortan nicht mehr an den Entwicklungen partizipieren und sich auch erst wieder zu Wort melden, als die Intensität des Reizklimas bereits die ersten terroristischen Organisationen und Aktionen hervorgebracht hatte. Auch wenn den moderaten Bestandteilen der Studentenbewegung ein Teil ihrer Dynamik genommen war, mobilisierten die Ereignisse doch aber diejenigen Faktionen, die ohnehin einer gewaltsameren Strategie das Wort redeten. Sowohl der Brutalität des „faschis-

32 AUST, *Der Baader-Meinhof-Komplex* (wie Anm. 6), S. 69.

33 Zur Vita Meinhofs siehe besonders Eckhard JESSE, *Biographisches Portrait: Ulrike Marie Meinhof*, in: Uwe BACKES/Eckhard JESSE (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 1996*, Baden-Baden 1996, S. 198–213, hier S. 201; als aktuelle Monographie: Alois PRINZ, *Lieber wütend als traurig. Die Lebensgeschichte der Ulrike Marie Meinhof*, Weinheim 2005.

tischen Staates“, die sich im Tod Ohnesorgs manifestiert hatte, als auch der noch immer vorhandenen postnazistischen Affinität des deutschen Bürgertums könne nun nur noch mit Waffengewalt begegnet werden. Nach der Frankfurter Kaufhausbrandstiftung schien in verschworenen Zirkeln bereits die Überzeugung zu herrschen, gegen den „Faschismus“ in der Bundesrepublik nun sinnvoll nur noch mit Gewalt kämpfen zu können.

3. Die Gewaltfrage

Innerhalb der Studentenbewegung gab es unterschiedliche Standpunkte zur Wahl der Mittel ebenso wie zur theoretischen Reflexion. In Bezugnahme auf den Faschismusvorwurf konstatierte Hans-Jürgen Krahl, Exponent und theoretischer Meinungsführer hinter Dutschke, dass sich in der Bundesrepublik ein unüberschaubares manipulatives Netzwerk etabliert habe, welches ein Leben der Menschen nur noch innerhalb der Logik und Steuerung des Herrschaftsapparates zulasse.³⁴ Der Faschismus sei nicht etwa mit dem Jahr 1945 beseitigt gewesen, sondern habe sich subtil und verfeinert in den Herrschaftsstrukturen der Bundesrepublik neu organisiert.³⁵ Den identischen Ansatzpunkt verfolgte Dutschke in seinen mündlichen wie schriftlichen Auseinandersetzungen mit Jürgen Habermas. Um sein Ziel, die revolutionäre Veränderung der Herrschaftsstruktur, zu erreichen, bezeichnete er die „staatliche Gewaltmaschine“³⁶ und ihre polizeilichen Maßnahmen gegen die Studenten als den Versuch, die ersten originär demokratischen Gehversuche nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland zu erschüttern.

Ein erster Fingerzeig auf die Legitimationsversuche späterer terroristischer Gruppierungen zeigte sich in der Beurteilung Krahls, mit welchen Mitteln diesen Tendenzen entgegengetreten werden müsse. Da die sozialistische Ideologie per se internationalistisch ist und der Kampf um Befreiung vom „faschistischen Joch“ in Europa nicht vom Befreiungskampf der Menschen in der Dritten Welt zu trennen war, ja sogar in einem dialektischen Verhältnis zueinander stand, war es nur logisch, dass der Bildung ruraler Guerillabewegungen in den Entwicklungsländern zumindest theoretisch und als dialektische

34 Die einzelnen Standpunkte der Protagonisten der Revolte sind zusammengefasst in Jürgen BUSCHE, *Die 68er. Biographie einer Generation*, Berlin 2005.

35 Vgl. Hans-Jürgen KRAHL/Rudi DUTSCHKE, *Organisationsreferat*, in: Walter NEUMANN (Hg.), *Hans-Jürgen Krahl. Vom Ende der abstrakten Arbeit*, Frankfurt/M. 1984, S. 56.

36 Rudi DUTSCHKE, „*Professor Habermas, Ihr begriffsloser Objektivismus erschlägt das zu emanzipierende Subjekt*“, in: DERS., *Geschichte ist machbar, Texte über das herrschende Falsche und die Radikalität des Friedens*, Berlin 1980, S. 79. Zur theoretischen Auseinandersetzung zwischen Jürgen Habermas und den Führungspersonen der Studentenbewegung und mit ihr sympathisierender Intellektueller siehe insbes. Oskar NEGTE (Hg.), *Die Linke antwortet Jürgen Habermas*, Frankfurt/M. 1968.

Ergänzung der Aufbau urbaner Widerstandsbewegungen folgen konnte.³⁷ Dass damit zumindest durch Krahl der Gewalt gegen Personen das Wort geredet wurde, stand nun außer Zweifel und war ein Novum in der kurzen Geschichte der Studentenbewegung. Auch wenn Dutschke ebenfalls dafür einstand, dass auf die inhärente, latente strukturelle Unterdrückung durch den Staat nur durch angemessene Maßnahmen reagiert werden könne, sah er es dennoch als inhuman und für die Sache der Revolution als kontraproduktiv an, durch gezielte Attentate führende Repräsentanten des Staates zu liquidieren. Das dialektische Verhältnis, das zwischen der Unterdrückung in der Dritten Welt und den Protestbewegungen in den Metropolen herrsche, müsse auch auf das Verhältnis zwischen Staat und Widerstand in den kapitalistischen Staaten umgelegt werden. Die Entscheidung über die Intensität der Gewalt könne so nicht nur von den revolutionären Massen ausgehen, sondern definiere sich vor allem durch das Ausmaß der Gewaltanwendung durch den Staat.³⁸ Sein Credo lautete demzufolge, dass eher die organisierte Leistungsverweigerung, der passive Widerstand gegen das System seinen Sturz herbeiführen könne. Eindeutig der Gewalt abhold war Dutschke damit aber nicht. Gemeinsam mit Krahl hatte er den Aufbau der Stadtguerilla gefordert, der konkrete Aufruf zur Gewalt unterblieb jedoch. Ob dies seiner „christlichen Ethik“³⁹ zuzuschreiben war, mag dahingestellt sein.

Das Attentat auf ihn vom 11. April 1968 verhinderte seine Mitarbeit an den kommenden Richtungsentscheidungen. Als er wieder zu Stellungnahmen fähig war, befand sich der SDS bereits in Auflösung⁴⁰, wenngleich er seine Kritik an den ersten Attentaten der RAF deutlich machte und sie als „Zerstörung der kritisch-materiellen Vernunft“⁴¹ brandmarkte. Die aus der terroristischen Logik heraus folgernde zunehmende Isolation beschrieb Dutschke selbst in seinen Tagebüchern als Ergebnis unterschiedlicher Voraussetzungen. Kaum widersprochen werden kann seiner dort getroffenen Feststellung, dass die APO eine gesellschaftliche Basis hatte, während „die RAF-Fraktion isoliert [war], die einzelnen Grüppchen und Aktionen [konnten] darüber nicht hinwegtäu-

37 Vgl. Alex SCHUBERT, *Stadtguerilla. Tupamaros in Uruguay, Rote Armee Fraktion in der Bundesrepublik*, Berlin 1972.

38 Rudi DUTSCHKE, „Zu Protokoll“. *Fernsehinterview mit Günter Gaus*, in: DERS., *Mein langer Marsch. Reden, Schriften und Tagebücher aus zwanzig Jahren*, hg. von Gretchen DUTSCHKE-KLOTZ/Hellmut GOLLWITZER/Jürgen MIERMEISTER, Reinbek 1980, S. 52. Vgl. die dokumentierte und kommentierte Argumentation bei KAILITZ, *Auseinandersetzungen mit der Gewalt* (wie Anm. 25), S. 92–94.

39 Vgl. EBD. S. 93.

40 Zu den daraus hervorgehenden Splittergruppen anarchistischer, maoistischer und trotzkistischer Provenienz vgl. insbes. BARTSCH, *Anarchismus in Deutschland* (wie Anm. 24), 56–75.

41 Rudi DUTSCHKE, „Zu Protokoll“ (wie Anm. 38), S. 104.

schen.⁴² Entgegen seiner argumentativen Ablehnung des RAF-Terrorismus, der sich durch seine gesamten persönlichen Niederschriften zieht, konnten seine eigenen, nicht selten symbolischen Handlungen aber mehrfach fehlinterpretiert werden. Als Holger Meins 1974 an den Folgen seines Hungerstreiks im Gefängnis starb, propagierte Dutschke am Grab des zu Tode gekommenen mit erhobener Faust, dass „der Kampf weiter gehe“. In der Tat wurde Dutschke diese symbolische Handlung als Unterstützung für die RAF ausgelegt,⁴³ auch wenn er später versuchte, angesichts der Eskalation der Gewalt argumentativ zu relativieren: „Der politische Kampf gegen die Isolations-Haft hat einen klaren Sinn, darum unsere Solidarität. Die Ermordung eines antifaschistischen und sozialdemokratischen Kammer-Präsidenten [Günter von Drenkmann wurde 1974 von der „Bewegung 2. Juni“ ermordet, Anm. d. V.] ist aber als Mord in der reaktionären deutschen Tradition zu begreifen. Der Klassenkampf ist ein politischer Lernprozeß. Der Terror aber behindert jeglichen Lernprozeß der Unterdrückten und Beleidigten.“⁴⁴

Auch wenn sich Dutschke später implizit von seiner Äußerung zu distanzieren versuchte, so bleibt seine Rolle in diesem Zusammenhang zumindest prekär.⁴⁵ Ähnlich schemenhaft gerät die Rolle eines weiteren Exponenten der Studentenbewegung, Daniel Cohn-Bendit. Nach seiner Beteiligung bei den Pariser Aufständen schwang sich der „Rote Dany“ zum Wortführer auch der deutschen Studentenbewegung auf. Ebenso wie Dutschke lehnte er den bewaffneten Kampf der RAF ab, betonte aber gleichzeitig, dass es die Studentenbewegung gewesen sei, welche die Terroristen hervorgebracht hätte: „Die antiautoritäre Bewegung, die 1968 ihren Höhepunkt hatte, besaß einen sehr undifferenzierten Begriff von Widerstand und Widerstandsrecht. Sie hat versucht, sämtliches mögliche politische Handeln mit den Mißständen in aller Welt zu legitimieren. ... Das war ein Ambiente, in dem sich alles entwickeln konnte. Einerseits eine radikaldemokratische Bewegung, die dem zivilen Ungehorsam verpflichtet war, andererseits radikale Gruppen, die die antiimperia-

42 DERS., *Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979*, Köln 2005, S. 246.

43 Vgl. KRAUSHAAR, *Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf* (wie Anm. 9), S. 16. Nach Dutschkes Tod Heiligabend 1979 fand sich unter den zahllosen Nachrufen auch ein Einspruch des ehemaligen Mitkommunarden Dutschkes, Fritz Teufel, der die Ikonisierung Dutschkes als christlicher und basisdemokratischer Revolutionär zu unterminieren suchte und unterstellte, dass Dutschke Ulrike Meinhof von ihrem Gang in den Untergrund abgehalten hätte, wäre er selbst 1968 nicht Opfer des Attentates geworden. Vgl. Fritz Teufel, „Rudi, der Kampf geht weiter!“, in: taz v. 15.1.1980.

44 So Rudi Dutschke in einer schriftlichen Stellungnahme an den „Spiegel“, Nr. 48 (1974), S. 7.

45 Vgl. zur Diskussion um die Verklärung nach seinem Tod 1979 exemplarisch KRAUSHAAR, *Rudi Dutschke und der bewaffnete Kampf* (wie Anm. 9), S. 17–20.

listische Widerstandsphraseologie für bare Münze nahmen und diese ... in konkreten bewaffneten Widerstand umgesetzt hat.“⁴⁶

Im Gegensatz zu Cohn-Bendits kritischer Rückschau war das Ende der Studentenbewegung aber nicht nur selbstverschuldet. Hinzu gesellten sich ungünstige Rahmenbedingungen. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in die ČSSR 1986 vertiefte die Spaltung innerhalb der Linken. Die so nicht erwartete Resistenz sowohl des politischen Systems wie der Arbeiterschaft gegen die geplante, ja ideologisch prognostizierte Mobilisierung führte zu resignativen Tendenzen innerhalb der APO. Vor allen Dingen die Ablehnung ihrer Vorstellungen durch Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Arbeitnehmer führten zum raschen Verfall der Studentenbewegung. Die Auflösung des SDS am 21. März 1970 hatte so nur noch symbolischen Gehalt.⁴⁷ Die Spaltung der Studentenbewegung, die den Aufgalopp für die Entstehung des Terrorismus in der Bundesrepublik bedeutete, war dabei jedoch nicht der letzte Dissens über die Gewaltfrage. Differenzen existierten auch fortan innerhalb der terroristischen Gruppierungen, wie mit dem Erbe 1968 umgegangen werden sollte.

4. Terroristische Reminiszenzen: Idealisierung oder Instrumentalisierung?

Aus der Heterogenität der Studentenbewegung heraus sind zahlreiche Gruppierungen entstanden, unter denen die terroristischen Organisationen der siebziger Jahre nur eine mögliche Konsequenz waren. Dennoch tendiert die öffentliche Meinung dazu, die Vielfalt an Protestpotenzial auf militante Formen zu reduzieren, wie angesichts der Debatte um die vermeintliche militante Vergangenheit des ehemaligen Außenministers Josef „Joschka“ Fischer deutlich geworden ist.⁴⁸ Abschließend kann es daher nur Aufgabe sein aufzuzeigen, inwiefern sich tatsächlich Deckungsgleichheit zwischen der Studentenrevolte und dem Terrorismus finden lassen und inwiefern sich beide voneinander unterscheiden bzw. lösen.

Die strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen der Studentenbewegung und den auf verschiedenen Pfaden aus ihr hervorgegangenen terroristischen Organisationen lassen sich auf Anhieb erkennen. Neben der bereits angesprochenen personellen Kontinuität bedeutete dies auch eine inhaltlich-programmatische Verbindungslinie. Damit verband sich die grundlegende Einigkeit hinsichtlich

46 Nachzulesen in „Ihr wollt Menschen schützen. Wir auch.“ Ein Gespräch zwischen Dany Cohn-Bendit und Hans-Jochen Vogel, in: Otto KALLSCHEUER/Michael SONTHEIMER (Hg.), *Einschüsse. Besichtigung eines Frontverlaufs. Zehn Jahre nach dem Deutschen Herbst*, Berlin 1987, S. 153–170, hier S. 153.

47 Vgl. insbes. Wolfgang KRAUSHAAR, *Denkmodelle der 68er-Bewegung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 22–23* (2001), S. 24–25.

48 Vgl. Hans-Jürgen WIRTH, *Hitlers Enkel oder Kinder der Demokratie? Die 68er Generation, die RAF und die Fischer-Debatte*, Gießen 2001.

der *expressis verbis* hervorgehobenen Unterstützung der Imperialismustheorien, der Solidarität mit der Dritten Welt und nicht zuletzt die Übernahme des Selbstverständnisses als revolutionäre Avantgarde, die sich von der Studentenbewegung allein in der Wahl der Mittel unterschied.⁴⁹ Besonders deutlich wurde die identische Grundhaltung gegenüber dem perzipierten „Feind“ semantisch, dem man – in nicht beabsichtigter Analogie zum Nationalsozialismus – durch Animalisierung die historisch hergeleitete Existenzberechtigung abzusprechen gedachte. So formulierte Rudi Dutschke anlässlich des Todes von Holger Meins in seinem Tagebuch: „Nun ist wieder einer gefallen, HM starb im Knast, die Schweine werden einen RAF-Toten im Rahmen des Hungerstreiks durchaus einkalkuliert haben ...“⁵⁰

Die gezielte Abwertung des politischen Gegners sollte die Hemmschwelle für Attentate der RAF herabsetzen. So diente die Stigmatisierung der Studentenbewegung wie den Terroristen zur Polarisierung und Legitimation, nun aber, um die eigene Militanz zu rechtfertigen: „Wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine. Wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, kein Mensch. Und so haben wir uns mit ihnen auseinanderzusetzen. Das heißt, wir haben nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden. Und natürlich kann geschossen werden.“⁵¹

Erstaunlicherweise gehörte aber die Berufung auf die Studentenbewegung nicht für jede sozialrevolutionär motivierte terroristische Organisation in der Bundesrepublik nach 1968 zum Handwerkszeug. Allein die RAF zeigte in ihren vor allen Dingen in den ersten Jahren zahlreich vorhandenen theoretischen Ergüssen den Drang zur steten Bezugnahme auf die Studentenbewegung. Bei vielen anderen, nachrangigen Gruppierungen wie etwa der „Rote-Ruhr-Armee“ oder der Debus-Bande in Hamburg spielte die theoretische Reflexion gegenüber dem aktionistischen Primat der Praxis nur eine nachgeordnete Rolle. Ob aus dem Bedürfnis der RAF nach theoretischer Fundierung jedoch auch tatsächlich vorhandene ideologische Übereinstimmungen abgeleitet werden können oder aber diese Verbindungen nur aus taktischen, integrativen Erwägungen heraus resultierten, ist am Einzelfall zu untersuchen, vor allem wenn man berücksichtigt, dass zwischen den einzelnen sozialrevolutionären Organisationen erhebliche Differenzen bis hin zu offen gepflegten Feindschaften bestanden.⁵²

49 Vgl. zur Diskussion um programmatische und inhaltliche Kontinuitäten WUNSCHIK, *Baa-der-Meinhofs Kinder?* (wie Anm. 6), S. 122–125.

50 Vgl. R. DUTSCHKE, *Jeder hat sein Leben ganz zu leben* (wie Anm. 42), S. 223:

51 So Ulrike Meinhof: „Natürlich kann geschossen werden“, in: „Der Spiegel“, Nr. 25 (1970), S. 74–75.

52 Die „Bewegung 2. Juni“ bezeichnete die RAF etwa aufgrund ihres dogmatischen Beharrens auf der bewaffneten Konfrontation mit dem Staat als „Opas Guerilla“. Zur Kritik der Revolutionären Zellen an der RAF, die sich vornehmlich am Selbstverständnis als

Für die RAF gehörten zumindest zu Beginn ihrer aktionistischen Phasen die ideologische Grundsteinlegung und die Studentenbewegung unauflöslich zusammen. Nach der Befreiung Andreas Baaders und der offiziellen „Gründung“ der Organisation 1970 formulierten die Aktivisten in der Programmschrift „Das Konzept Stadtguerilla“ ein Jahr später ihre Überzeugung, dass die Studentenbewegung, und damit auch die RAF, Ausdruck einer notwendigen und prärevolutionären Spaltung der Gesellschaft sei: „Die Studentenbewegung als kleinbürgerliche Revolte abtun, heißt: sie auf die Selbstüberschätzung, die sie begleitete, reduzieren, heißt: ihren Ursprung aus dem konkreten Widerspruch zwischen bürgerlicher Ideologie und bürgerlicher Gesellschaft leugnen, heißt: mit der Erkenntnis ihrer notwendige Begrenztheit das theoretische Niveau verleugnen, das ihr antikapitalistischer Protest schon erreicht hatte. ... Es ist das Verdienst der Studentenbewegung in der Bundesrepublik und West-Berlin – ihrer Straßenkämpfe, Brandstiftungen, Anwendung von Gegengewalt, ihres Pathos, also auch über Übertreibungen und Ignoranz, kurz: ihrer Praxis, den Marxismus-Leninismus im Bewusstsein wenigstens der Intelligenz als diejenige politische Theorie rekonstruiert zu haben, ohne die politische, ökonomische und ideologische Tatsachen und ihrer Erscheinungsformen nicht auf den Begriff zu bringen sind, ihr innerer und äußerer Zusammenhang nicht zu beschreiben ist.“⁵³

Obwohl vereinzelt auch Kritik an der Studentenbewegung laut wurde („übertriebenes Pathos“⁵⁴), stellte die RAF im Unterschied zu anderen Organisationen der Neuen Linken ihren Entstehungszusammenhang aus der Geschichte der Klassenbewegung deutlich heraus. Hervorgehobene Paradigmen der Studentenbewegung wie etwa die Rolle der „revolutionären Intelligenz“, der zufolge die gesellschaftliche Umwälzung durch eine (bewaffnete) Avantgarde initiiert und durchgesetzt werden müsse, wurden ausdrücklich übernommen, wohl nicht zuletzt deshalb, da auch ein Großteil der ersten Führungsriege der RAF sich aus Mitgliedern der antiautoritären Protestbewegung zusammensetzte.⁵⁵ Außerdem nutzte man das Avantgardeprinzip bereitwillig aus, um sich etwaigen basisdemokratischen Vorstellungen der Entscheidungsfindung über Anschlagsorte und Anschlagziele gegenüber zu erwehren. Auf welche Weise die Revolution vorangebracht werden konnte, lag innerhalb der terroristischen Organisationen allein im Ermessen des Revolutionärs.

militärische Gruppierung und ihr Verhalten bei Hungerstreiks entzündete, vgl. LANGGUTH, *Protestbewegung* (wie Anm. 13), S. 212–213.

53 *Das Konzept Stadtguerilla*, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*, Berlin 1997, S. 34.

54 EBD.

55 Vgl. insbes. Thomas HECKEN, *Avantgarde und Terrorismus. Rhetorik der Intensität und Programme der Revolte von den Futuristen bis zur RAF*, Bielefeld 2006.

Nach und nach spielte der ideologische Grundgehalt in der RAF jedoch eine immer geringer werdende Rolle, die Entideologisierung nahm mit den Jahren sukzessive zu.⁵⁶ So nimmt es wenig Wunder, dass die zweite und dritte Generation an Aktivisten sich bereits völlig von der Studentenbewegung gelöst hatte.⁵⁷ Selbstverräterisch entpuppte sich der Anti-Ideologismus der RAF in den achtziger und neunziger Jahren als bewusster Bruch mit den theoretischen Motiven der Vorgänger und der Studentenbewegung: „Wir können mit den Scheingefechten um den Fetisch militante Aktion oder um die Beschwörung der ‚Verbindung mit den Massen‘ nichts anfangen.“⁵⁸

Jegliche Verbindung zur gesellschaftlichen Realität wurde nun bewusst abgebrochen. Insofern kann es nicht verwundern, dass in kaum einem Bekennerschreiben der achtziger Jahre, den Höhepunkten brutalisierter terroristischer Gewalt, jemals die Studentenbewegung als argumentative Grundlage in Anspruch genommen wurde.⁵⁹ Leicht lässt sich dieser Wandel an der Veränderung der jeweiligen Motivation ablesen. Waren für die Gründungsfiguren der RAF noch gesellschaftliche Schief lagen, Faschismus- und Imperialismuskritik maßgeblich, gehörten für die Mitglieder der Folgegenerationen nun auch die Befreiung der Inhaftierten und das Vorgehen gegen die manifeste staatliche Repression zum argumentativen Repertoire. Vereinzelt wird in szenenahen Publikationen auch unumwunden zugegeben, dass die programmatische Nähe zur Studentenbewegung eventuell nur als Feigenblatt benutzt worden sein könnte oder aber jederzeit so modifizierbar war, dass sie dem eigenen Aktivismus zuträglich war: „Die Gruppe, die 1970 den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik aufgenommen hat, hat als Hauptfeind den US-Imperialismus ausgemacht. Die bundesdeutsche Elite war dabei zwar auch gemeint ..., aber sie galten eher als ausführende Organe, als Handlanger und Schergen.“⁶⁰

Besonders deutlich wurde diese selbstbezügliche Sichtweise unter Ausblendung ihres Entstehungszusammenhangs im Verlauf der Spaltung der RAF Anfang der neunziger Jahre.⁶¹ In dem Augenblick, in dem sich verschiedene

56 Vgl. Alexander STRASSNER, *Die dritte Generation der Roten Armee Fraktion zwischen „Phantom“ und Surrogat*, in: Uwe BACKES/Eckhard JESSE, *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2001*, S. 59–60; DERS., *Das Ende der RAF*, in: Martin MÖLLERS/Robert van Ooyen, *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006*, Frankfurt/M. 2007, S. 38–40.

57 So Hans-Gerd JASCHKE, *Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik*, Opladen 1991, S. 167–168.

58 Nachzulesen im so genannten Mai-Papier, dem programmatischen Gründungsdokument der dritten RAF-Generation, in: *RAF. Texte und Materialien* (wie Anm. 53), S. 297.

59 Vgl. STRASSNER, *Die dritte Generation* (wie Anm. 6), S. 283–291.

60 So Oliver TOLMEIN, *Stammheim vergessen. Deutschlands Aufbruch und die RAF*, Hamburg, 21997, S. 18.

61 Auslöser für die Spaltung war ein „Friedensangebot“ des damaligen Bundesjustizministers Klaus Kinkel. In einer Rede anlässlich des traditionellen Dreikönigstreffens der FDP mahnte er an, dass der Staat den noch aktiven RAF-Kämpfern in der Freiheit ein Ver-

Faktionen unter den Inhaftierten gebildet hatten, wäre die Möglichkeit gegeben gewesen, dass sich zumindest ein Teil der Aktivisten auf den Gründungszusammenhang der Organisation bezogen hätte. Aber auch hier wurde nur die Geschichte der RAF einer Untersuchung unterzogen, eine Rückschau hinter das Gründungsdatum der RAF schien den Aktivisten nicht möglich. So konstatierte Eva Haule in einer Mitteilung aus dem Gefängnis: „Die Aktion der RAF war bestimmt innerhalb einer konkreten Gesamtkonzeption und Zielvorstellung des revolutionären Prozesses, um ihn voranzutreiben. ... Guerilla als Offensivposition in der Metropole. Eben auch die Perspektive, die jede Aktion vermittelt hat. Das war seit 1970 unsere Sache.“⁶²

Für die RAF sollte der eingeschlagene Weg nachgerade direkt in die Auflösung führen. In der Prozessklärung von Birgit Hogefeld⁶³, einer der beiden noch heute inhaftierten RAF-Aktivistinnen⁶⁴, wurde zumindest teilweise Einsicht in die selbst verschuldeten Gründe für die terroristische Isolation deutlich. Entscheidend sei gewesen, dass mit der programmatischen Loslösung von den Zielen der Studentenbewegung unabdingbar auch die Trennung von den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik verbunden war: „Unser frühes Abwenden von der gesellschaftlichen Realität als Bezugspunkt unserer Politik und die damit einhergehende Isolierung sind zu kritisieren, weil so keine tatsächlich relevante politische Kraft aufzubauen war.“⁶⁵

Die Fülle an nicht zuletzt biographischer Literatur, die gerade in den neunziger Jahren erschienen ist, eröffnet dahingehend selbstverräterische Einblicke, inwiefern Gründungszusammenhänge und Denkmuster aus der Studen-

söhnungsangebot (fortan als „Kinkel-Initiative“ bezeichnet) unterbreiten müsse. Unter den Inhaftierten sorgte das Angebot für Aufruhr. Der Teil der Inhaftierten, der zu mehrfach lebenslänglichen Strafen verurteilt worden war, lehnte das Angebot rigoros ab. Gleichzeitig wurde den anderen Gefangenen unterstellt, sie würden auf einen „Deal mit dem Staat“ zusteuern, in welchem sie sich ihre eigene Freiheit auf Kosten der langfristig Einsitzenden erkaufen würden. Die Spaltung wurde öffentlich ausgetragen und bezog letztlich auch die noch aktiven Kämpfer in Freiheit mit ein. Vgl. STRASSNER, *Die dritte Generation* (wie Anm. 6), S. 235–253.

62 Nachzulesen in: ID-Archiv im IISG, Amsterdam (Hg.), *„Wir haben mehr Fragen als Antworten“*. RAF. *Diskussionen 1992–1994*, Berlin 1995, S. 23.

63 Zur Vita Hogefelds vgl. Alexander STRASSNER, *Biographisches Portrait: Birgit Hogefeld*, in: BAKKES/JESSE (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie 2004* (wie Anm. 25), S. 209–222.

64 Neben Brigitte Mohnhaupt kann Birgit Hogefeld wohl am wenigsten mit einer baldigen Freilassung rechnen. Die ebenfalls formal noch inhaftierte Eva Haule befindet sich im freien Vollzug und absolviert eine Ausbildung zur Fotografin. Von Christian Klar wurde 2006 ein Gnadengesuch an Bundespräsident Horst Köhler gestellt. Vgl. „Das letzte Kapitel“, in: *„Der Spiegel“* Nr. 38 (2006), S. 44–46.

65 So Birgit HOGEFELD, *Zur Geschichte der RAF*, in: ID-Archiv (Hg.), *Birgit Hogefeld. Ein ganz normales Verfahren. Prozeßklärungen, Briefe und Texte zur Geschichte der RAF*. Mit einem Vorwort von Christian Ströbele und einem Nachwort des Berliner Prozeßbüros, Berlin 1996, S. 91.

tenbewegung nur noch insoweit herangezogen wurden, so lange sie der eigenen Militanz das Wort zu reden vermochten. Es kann daher kaum verwundern, dass ehemaligen RAF-Mitgliedern angesichts ihrer selektiven Wahrnehmung der Realität ein horrender Realitätsverlust nicht abzusprechen ist. So konstatierte Irmgard Möller, führendes Mitglied der ersten RAF-Generation: „Die Große Koalition, die sich 1966 formiert hat, hat eine ganz entscheidende Rolle gespielt. Da kam erstmals die Ahnung auf, dass Opposition hier fundamental sein muss. ... Die CSU unter Franz Josef Strauß hatte mächtig gegen uns mobilisiert. Wir trafen überall auf eine feindselige Stimmung und mussten uns mit bürgerwehähnlichen Gruppen auseinandersetzen ...“⁶⁶

Was hingegen auch weiterhin Bestand hatte, weil es als integrativer Kitt zwischen den Generationen gedient hatte und als Legitimationsmythos fungierte, war die Kontinuitätsthese, die unterstellte Reproduktion faschistischer Strukturen in der Gesellschaft der Bundesrepublik. Auch kurz vor der Auflösungserklärung waren diese stereotypen Argumentationsmuster jederzeit abrufbar, auch wenn wenig später deutlich wurde, dass es gänzlich andere Motivationen zum Eintritt in die terroristische Organisation gab: „Die Kontinuität des NS-Faschismus zeigte sich nicht nur in der Kontinuität von Nazi-Richtern usw. Bis in die kleinsten Winkel der Gesellschaft, des täglichen Lebens hatten sich nach 1945 wesentliche Tugenden, Denk- und Wertvorstellungen weiter gehalten, wurden reproduziert und an uns weitergegeben. ... Anfangs war ich an ganz unterschiedlichen Fragen und in vielen sehr verschiedenen Bewegungen aktiv ... Diese Vielfältigkeit meiner Aktivitäten hat sich fast schlagartig mit der Ermordung von Holger Meins geändert. An seinem Hungerstreik, in dessen Verlauf ich angefangen habe, mich mit der Isolationsfolter, toten Trakts, der systematischen Vernichtung von politischen Gefangenen auseinanderzusetzen und an dessen Ende der Tod von Holger Meins stand, lief eine der zentralen Weichenstellungen für mein Leben.“⁶⁷

In den neunziger Jahren wurden gerade in Bezug auf die Legitimation des bewaffneten Kampfes stets neue Diskussionsforen aufgelegt, an welchen sich meist nachrangige Mitglieder der jeweiligen terroristischen Organisationen beteiligten. Nur selten wurde hier auf die Motivlagen der Studentenbewegung rekurriert, ein weiterer Hinweis darauf, wie selbstbezüglich strategisches Denken und gesellschaftliche Projektionen innerhalb terroristischer Organisationen ablaufen.⁶⁸ Insgesamt aber ist eine Tendenz auffällig: In Zeiten terroris-

66 Vgl. Oliver TOLMEIN, „RAF – Das war für uns Befreiung“. *Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke*, Hamburg ²1999, S. 16, 22.

67 HOGefeld, *Zur Geschichte der RAF* (wie Anm. 65), S. 93, 95.

68 Vgl. z.B.: *Der Aufbruch war berechtigt. Über die Entwicklung der Stadtguerilla in der BRD in den 70er Jahren. Diskussion mit Gabriele Rollnik, Karl-Heinz Dellwo, Roland Mayer, Knut Folkerts*, in: Interessengemeinschaft Rote Fabrik, Zürich (Hg.), *Zwischenberichte. Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten und militanten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz*, Berlin 1998, S. 23–38.

tischer Hochkonjunktur, in welcher die Führungskader der RAF nicht auf gesellschaftliche Rückbindung angewiesen zu sein glaubten, verbat sich die Berufung auf die Studentenbewegung aus Gründen eines auf die Spitze getriebenen Avantgardeverständnisses. Der Terrorismus der RAF gerierte sich von 1977 bis frühestens 1992 als selbstreferentielles System par excellence. Gründe und Rechtfertigung für die bewaffnete Auseinandersetzung mit dem Staat wurden nur noch in der Geschichte der militanten Auseinandersetzung zwischen Staat und Terrorismus selbst gesucht:⁶⁹ Isolationsfolter gegen RAF-Gefangene, „Mord“ an RAF-Gefangenen⁷⁰, „Killfahndung“ gegen RAF-Mitglieder⁷¹. Keine Bedeutung mehr aber hatten die gesellschaftlichen Grundlagen und Entstehungszusammenhänge, denen der Terrorismus entsprungen war, ein Kardinalfehler, der dem sozialrevolutionären Terrorismus in der Bundesrepublik seinen Nährboden entzog: die zumindest affektive oder emotionale Unterstützung durch ein sympathisierendes Umfeld.⁷² Nicht von ungefähr erfolgte das Wiederaufgreifen der Beweggründe der Studentenrevolte erst dann wieder, als sich die auch daraus resultierende Isolation schädlich auf das Gesamtkonstrukt RAF auszuwirken begann. Erst mit der so genannten Ge-

69 Vgl. Jana KUNATH, *RAF. Die Reaktion des Staates auf den Terrorismus der Roten Armee Fraktion*, Marburg 2004.

70 Terrorismus und Verschwörungstheorien sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Wo rationale und nachvollziehbare Gründe für das Scheitern terroristischer Organisationen sich verbieten, müssen Mythen um den subkutan vorhandenen faschistischen Staat erhalten. Bis heute hält sich daher in ehemals sympathisierenden Kreisen beispielsweise die Ansicht, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe seien in der „Stammheimer Mordnacht“ nicht durch Selbstmord zu Tode gekommen, sondern seien durch ein staatliches Kommando exekutiert worden, nachdem die Geiseln der Lufthansa-Maschine Landshut auf dem Flughafen von Mogadischu durch die GSG 9 befreit worden waren. Besonders Irmgard Möller, die einzige Überlebende der in Stuttgart Inhaftierten, hält an dieser Darstellung fest. Vgl. zu ihrem moralischen Rigorismus allgemein ihr Interview „Ich will nicht anders leben“, in: „Der Spiegel“, Nr. 21 (1992), S. 129–135.

71 Bereits in den siebziger Jahren waren mehrfach Mitglieder der RAF durch die Polizei innerhalb bewaffneter Auseinandersetzungen ums Leben gekommen. Das wohl wirkmächtigste Beispiel in der RAF-Geschichte war der Tod des Mitglieds der dritten RAF-Generation Wolfgang Grams. Als er in Bad Kleinen gemeinsam mit Birgit Hogefeld und einem eingeschleusten Informanten des Verfassungsschutzes gestellt wird, entspinnt sich ein Feuergefecht, in dessen Verlauf Grams und ein GSG 9-Beamter getötet werden. Während das Umfeld und die RAF reflexartig eine Exekution Grams' vermuten, führte akribische Nachuntersuchungen zu der Erkenntnis, dass Grams sich selbst getötet hatte. Vgl. zu den Darstellungen aus dem RAF-Umfeld: ID-Archiv im IISG (Hg.), *Bad Kleinen und die Erschießung von Wolfgang Grams*, Berlin 1994. Gegenteilig dazu die Darstellung von Butz PETERS, *Der letzte Mythos der RAF. Das Desaster von Bad Kleinen. Wer erschoss Wolfgang Grams?*, Berlin 2006.

72 Zur Wichtigkeit des Umfeldes vgl. Hans Josef HORCHEM, *Die „Rote Armee Fraktion“. Agitation und Aktionen ihrer Sympathisanten*, in: Beiträge zur Konfliktforschung 17 (Köln 1987), 3, S. 61–81.

waltverzichtserklärung⁷³ aus dem Jahr 1992 machte sich kritisches Denken und ein differenzierter Umgang mit der eigenen Geschichte auch in den Führungsebenen der RAF breit. Eine Auseinandersetzung mit den Entstehungszusammenhängen des deutschen Terrorismus bedeutete dies jedoch nicht. Erst in der Auflösungserklärung der RAF,⁷⁴ als das Siechtum der terroristischen Organisation nur noch einen argumentativen Rückzug erlaubte, sahen sich die bis heute unbekanntem Verfasser des Papiers genötigt, eine generelle Untersuchung der Historie der RAF vorzunehmen. Dabei konnte eine Berücksichtigung der Entstehungsumstände nicht ausbleiben. Es kann aber auch hier nicht überraschen, dass im Eingeständnis des Scheiterns und nach Jahren der Ignoranz nun plötzlich wieder Gemeinsamkeiten hervorgehoben wurden, die sich aus identischen Zielen ergaben, die allein mit unterschiedlichen Mitteln verfolgt worden seien: „Mit dem Mut im Rücken, der von den Guerillas des Südens bis in die reichen Länder des Nordens ausstrahlte, entstand am Anfang der siebziger Jahre die RAF, um aus der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen einen gemeinsamen Kampf aufzunehmen.“⁷⁵

Den Verfassern gelang nicht zuletzt der argumentative Kunstgriff, auch die zum Teil vehement und militant ausgetragenen Differenzen zwischen den einzelnen terroristischen Organisationen einzuebneten: „Auch in der BRD sind es Zehntausende gewesen, die mit dem Kampf der militanten Organisationen des 2. Juni, der RZ, der RAF und später der Roten Zora solidarisch waren.“⁷⁶

Mehr als eine halbseitige Reminiszenz an die Studentenbewegung findet sich jedoch auch in der über zwanzig Seiten langen Auflösungserklärung nicht, die Gründe für das Scheitern als Organisation werden, neben Injurien gegenüber der deutschen Gesellschaft, vornehmlich in der Geschichte der RAF selbst gesucht.⁷⁷ Insofern stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Erhebung der sechziger Jahre für die terroristischen Organisationen der siebziger Jahre überhaupt noch haben konnte. Es drängt sich der Verdacht auf, dass die Studen-

73 Angesichts der fortschreitenden Isolation und wohl auch organisatorischer und legitimatorischer Probleme im Zusammenhang mit dem Kollaps des real existierenden Sozialismus in Osteuropa stellt die RAF in diesem Zeitraum ihre bewaffneten Aktionen gegen Repräsentanten des Systems der Bundesrepublik ein. Nachzulesen in „An Alle, die auf der Suche nach Wegen sind, wie menschenwürdiges Leben hier und weltweit an ganz konkreten Fragen organisiert und durchgesetzt werden kann“, in: *Rote Armee Fraktion* (wie Anm. 53), S. 410–414.

74 Nachzulesen ist die Erklärung vom 20. April 1998 (dort fälschlicherweise auf März 1998 datiert) in: IG Rote Fabrik (Hg.), *Zwischenberichte* (wie Anm. 68), S. 217–238.

75 EBD. S. 218.

76 EBD. Die Rote Zora war anfänglich eine in die RZ inkorporierte, lose, militante Frauenorganisation, die sich Anfang der achtziger Jahre aus ihr herauslöste und verselbständigte. Vgl. die relevanten Texte beider Organisationen in ID-Archiv im IISG (Hg.), *Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora*, Berlin 1993.

77 Vgl. STRASSNER, *Die dritte Generation* (wie Anm. 6), S. 256–265.

tenbewegung insoweit als Argumentationshilfe und Rechtfertigung diente, solange sie ähnliche Ziele propagiert hatte, wie man sie nun selbst militant durchzusetzen versuchte. Die angesprochenen Themenfelder konnten jedoch nur grob umrissen werden, da schon in den Mitteln zur Durchsetzung keine Einigkeit mehr bestand bzw. die Guerillas sich in strikt avantgardistischer Grundhaltung nicht auf Diskussionsprozesse einließen.

Die daraus resultierende Isolation der terroristischen Szene bedeutet freilich nicht, dass der sozialrevolutionäre Terrorismus in der Bundesrepublik sein Ende gefunden hat. Der Kampf gegen die Vereinsamung und Verelendung des Einzelnen in der modernen Industriegesellschaft ist auch weiterhin ein Reizthema in der linksmilitanten Szene. Allein ihre Heterogenität hindert sie derzeit an der Ausprägung schlagkräftiger Organisationen. Angesichts des noch immer bestehenden integrativen Themenfeldes Antiamerikanismus ist nicht zuletzt durch das Engagement des US-Militärs im Irak, gleichsam als Analogie zu den studentischen Protesten gegen den Vietnamkrieg, ein neuerlich gesteigertes Gewaltpotential zu beobachten, wenngleich die Regierungen Europas durch ihre ablehnende Haltung einen Teil dieser Protestbewegung aufgefangen haben.⁷⁸

Insgesamt bleibt eindeutig festzuhalten, dass es die terroristische Szene in der Bundesrepublik ohne die Studentenbewegung nicht hätte geben können. Für die Studentenbewegung heißt das in der öffentlichen Wahrnehmung nicht selten, auf die Entstehungsplattform des Terrorismus reduziert zu werden, während die politisch-kulturellen Öffnungstendenzen doch ebenso als ihr Ergebnis interpretiert werden können.⁷⁹ Leider sind übergreifende und wissenschaftlich neutrale Darstellungen trotz der langen Zeitspanne seit 1968 selten.⁸⁰ Deshalb muss explizit darauf hingewiesen werden, dass einerseits der Hang zur Gewalt und die Existenz von Individuen, die sich dem Gang in den Untergrund verschreiben würden, bereits vor Ausbruch der Studentenbewegung vorhanden waren.⁸¹ Andererseits wurde deutlich, dass die terroristischen Aktionsformen sich von der Revolte der sechziger Jahre mehr und mehr lösten,

78 Vgl. vor allem die aufwendig explorative Studie von Jürgen SCHUSTER/Herbert MAIER, *The Rift: Explaining Europe's Divergent Iraq Policies in the Run-up of the American-Led War on Iraq*, in: Foreign Policy Analysis Nr. 2 (2006), S. 223–244.

79 Vgl. Lothar BAIER, *Die Früchte der Revolte. Über die Veränderung der politischen Kultur durch die Studentenbewegung*, Berlin 1988 und in neuerer Form Bärbel DANNEBERG, *Die 68er. Eine Generation und ihr Erbe*, Wien 1998.

80 Vgl. in Aufsatzform Albrecht von LUCKE, *68er an der Macht. Glanz und Elend einer politischen Generation*, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 11 (1998), S. 1331–1338.

81 So war auf einem Flugblatt der Subversiven in München zu lesen: „Mit dieser Welt gibt es keine Verständigung. Wir gehören ihr nur in dem Maße an, in dem wir uns gegen sie auflehnen ...“ Zit. nach G. DUTSCHKE, *Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben* (wie Anm. 21), S. 50.

bis die Verbindungen unkenntlich oder durchtrennt worden waren. Von den Idealen der Studentenbewegung wurde nur noch derjenige Teil in abstrakter Form übernommen, der der eigenen Militanz als Begründungsmuster dienlich war. Eine tatsächliche Bezugnahme zu den Forderungen der 68er fand jedoch kaum noch statt, eine Anwendung dialektischer Prinzipien, die Dutschke noch stets eingefordert und ideologisch reflektiert hatte, entfiel gänzlich und erschöpfte sich in der Militanz. Bis heute fällt auf die Studentenbewegung dennoch ein ungünstiges Licht, und die durchaus vorhandenen, partiellen Verbalradikalismen eines Krahl, Dutschke oder Cohn-Bendit erhalten in der Retrospektive den Hautgout, zum Terrorismus aufgerufen oder doch ihn zumindest erheblich begünstigt zu haben. Zwischen dem ideologisch weitgehend reflektierten und an der gesellschaftlichen Realität orientierten Aufbegehren der studentischen Erhebung und den ideologischen Eklektizismen der späteren Terroristen eine monokausale Verbindung herzustellen wäre aber unredlich, auch ohne die inhärente Militanz und Eigendynamik der Studentenbewegung zu verharmlosen. In der Literatur hat die Befriedung des Kampfes um die Deutungshoheit bereits begonnen, von der nur zu hoffen ist, dass sie langfristig auch in der Öffentlichkeit ihre parteipolitische Färbung verlieren möge. Anlässlich ihres vierzigsten Jahrestages eine nur zu berechnete Forderung und eventuell Anlass zu einer nüchternen Bilanz.

Rainer Barzel als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1972

Von Carsten Penzlin

Das Bild von Rainer Barzel (1924–2006) in der Öffentlichkeit, soweit sie sich die Erinnerung an den früheren CDU-Vorsitzenden bewahrt hat, ist vor allem durch sein politisches Scheitern geprägt: Gescheitert als Oppositionsführer am 27. April 1972 mit dem konstruktiven Misstrauensvotum gegen Willy Brandt, gescheitert als Kanzlerkandidat am 19. November 1972, gescheitert als Konkurrent von Franz Josef Strauß, gescheitert als Bundestagspräsident, der 1984 im Zusammenhang mit der Flick-Affäre zurücktreten musste. Gerade das Bild des am 27. April 1972 ungläubig mit dem Kopf schüttelnden Barzels hat sich in das kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik eingegraben und das Image vom „Fast-Bundeskanzler“¹ geformt. Seine Niederlage im Bundestag, von den politischen Gegnern sogleich als „Barzel-Putsch“² mythologisiert, ließ die dann folgende Niederlage bei der Bundestagswahl im November beinahe verblassen. Während Barzels Scheitern im Parlament und in seiner eigenen Partei trotz des Fehlens einer wissenschaftlichen Biografie eingehend erörtert worden ist, jüngst in der Studie von Andreas Grau³, soll der vorliegende Aufsatz das Bild von Rainer Barzel um einen weiteren Aspekt bereichern und seine Rolle als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf von 1972 einer näheren Untersuchung unterziehen.

Nachdem Kurt Kiesinger 1971 nicht wieder für das Amt des CDU-Vorsitzenden kandidierte, wurde die Entscheidung über seinen Nachfolger im Parteivorsitz auch zur Vorentscheidung darüber, wer bei der nächsten Bundestagswahl Willy Brandts Herausforderer werden sollte. Rainer Barzel und Helmut Kohl kandidierten für den Parteivorsitz, wobei letzterer seine Kandidatur im Rückblick vor allem mit der Bundestagswahl begründet: „Ich war mit einer ganzen Reihe von Freunden der Meinung, dass Rainer Barzel keine Chance gegen Bundeskanzler Brandt hatte.“⁴

Vielleicht wäre Kohl schon 1972 der bessere Kanzlerkandidat gewesen, denn Barzel konnte sich 1971, als die Entscheidung über den Parteivorsitz

1 Ralf Isermann, „Der Fast-Bundeskanzler ist tot“, „Tagesspiegel“ v. 27.8.2006.

2 Zit. nach Walther Leisler KIEP, *Brücken meines Lebens. Die Erinnerungen*, München 2006, S. 107.

3 Andreas GRAU, *Gegen den Strom. Die Reaktion der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 47), Düsseldorf 2005.

4 Helmut KOHL, *Erinnerungen. 1930–1982*, München 2004, S. 287f. Allerdings räumt Kohl ein, dass auch kein anderer Kandidat der CDU/CSU eine Chance gegen Willy Brandt gehabt hätte. Vgl. EBD., S. 298.

anstand, zwar bei den CDU/CSU-Anhängern gegenüber Kohl auf einen Popularitätsvorsprung von 51 zu 27 % stützen. Berücksichtigte man aber die Meinung der gesamten Bevölkerung, ergab sich ein ganz anderes Bild. So hätten 55 % der SPD-Anhänger und die gleiche Zahl der FDP-Anhänger Kohl als CDU-Vorsitzenden bevorzugt, nur 20 bzw. 14 % Barzel.⁵ Von Kohl hatten im August 1972 47 % der Bundesbürger eine gute Meinung, nur 16 % keine gute Meinung.⁶ Dass Kohl in den 70er Jahren große Sympathien auf sich zog, zeigte sich auch im Bundestagswahlkampf von 1976, als er in den Popularitätswerten den Abstand zu Helmut Schmidt gering halten konnte. Aber nicht Kohl, sondern Barzel wurde CDU-Vorsitzender, und bereits Ende November 1971 kam es auf einer gemeinsamen Sitzung der CDU/CSU-Verhandlungskommission zu einer Vereinbarung über seine Nominierung zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1973.⁷

Die Ausgangslage für die CDU/CSU war nicht schlecht. Die Bundesregierung schwächelte, nachdem sie im April 1972 ihre Mehrheit im Bundestag und im Juli mit dem Rücktritt Karl Schillers ein Aushängeschild verloren hatte. Neuwahlen im November standen an, und im Juli glaubten 47 % der Bundesbürger an einen Wahlsieg der Union, nur noch 20 % an einen Sieg der SPD.⁸ Mitte September legte die Union in der „Sonntagsfrage“ laut Infratest auf 51 % zu.⁹ Auch wenn dies nur eine Momentaufnahme war, blieb die Opposition doch bis kurz vor dem Wahltermin am 9. November zumindest auf Augenhöhe mit der SPD-FDP-Koalition. Anders der Kanzlerkandidat der Opposition, der sich (wie bisher alle Kanzlerkandidaten der Opposition) kaum mit dem Amtsinhaber messen konnte. Vor die Alternative Willy Brandt oder Rainer Barzel gestellt, votierten im November 1972 in einer Allensbach-Umfrage 48 % der Befragten (93 % der SPD-Anhänger) für Brandt, 26 % (nur 63 % der CDU/CSU-Anhänger) für seinen Herausforderer.¹⁰

Warum war es Rainer Barzel im langen Wahlkampf vom April bis zum November 1972 nicht gelungen, vom Wähler als personelle Alternative zum sozialdemokratischen Bundeskanzler angenommen zu werden?

5 Vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN (Hg.), *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973*, Allensbach 1974, S. 315.

6 Vgl. EBD., S. 312.

7 Vgl. KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 4), S. 293.

8 Vgl. Elisabeth NOELLE-NEUMANN, *Wahlentscheidung in der Fernsehdemokratie. Eine sozialpsychologische Interpretation der Bundestagswahl 1972*, in: Dieter JUST/Lothar ROMAIN (Hg.), *Auf der Suche nach dem mündigen Wähler. Die Wahlentscheidung von 1972 und ihre Konsequenzen*, Bonn 1974, S. 161–206, hier: S. 183.

9 Vgl. Albrecht MÜLLER, *Willy wählen '72. Siege kann man machen*, Annweiler 1997, S. 27.

10 „Mir gefällt keiner von beiden“ konnte man von 5 % der SPD-Anhänger, aber von 29 % der CDU/CSU-Anhänger hören, *Jahrbuch der öffentlichen Meinung* (wie Anm. 5), S. 335. Laut einer Marplan-Umfrage sprachen 53 % der Bundesbürger Brandt Kanzlerqualität zu, Barzel nur 26 %. Vgl. „Der Spiegel“ v. 25.9.1972, S. 33.

Kaum zu überschätzen war das allgemein verbreitete Gefühl, Barzel verfüge in der Union nicht über die für eine erfolgreiche Kanzlerschaft unerlässliche Autorität. Tatsächlich war seine Kandidatur in der Union nie unumstritten gewesen, schon weil man anders als die SPD über eine ganze Reihe von veritablen Kandidaten für das Kanzleramt verfügte. Und Barzel war offensichtlich vielen in der CDU/CSU als Partei- und Fraktionschef schon zu mächtig geworden.¹¹ Gerhard Schröder konnte sich einen Kanzler Barzel angeblich nicht vorstellen: „Dazu fehlt mir die Phantasie.“¹² Gerhard Stoltenberg ließ immer wieder durchblicken, dass er bei einer Niederlage der CDU in der Landtagswahl in Baden-Württemberg (23. April 1972) unter Umständen als Kanzlerkandidat zur Verfügung stehen würde.¹³ Und über Helmut Kohl meinte Barzel, dieser habe nie sein Ziel aus dem Auge verloren, doch noch Parteivorsitzender zu werden.¹⁴

Die Querschüsse aus der eigenen Partei waren aber nicht nur Ausläufer persönlichen Ehrgeizes der Konkurrenten, sondern auch die logische Folge der inneren Zerrissenheit der Union über die zukünftige Ausrichtung ihrer Politik auf allen relevanten Feldern der Innen- und Außenpolitik. Vor allem die Auseinandersetzungen über die Haltung zu den Verträgen mit Moskau und Warschau, die am 17. Mai 1972 bei Stimmenthaltung fast aller CDU- und CSU-Abgeordneten ratifiziert wurden, bewirkten neben taktischem auch ehrlichen Widerstand gegen den neuen CDU-Vorsitzenden. CSU-MdB Walter Becher machte seinem Parteivorsitzenden klar: „Einen Mann, der mir zweimal mit Handschlag versicherte, er würde zu mir kommen, wenn sich nur das Geringste an dem Nein zu den Verträgen ändert, und der dann wie geschehen handelte, kann ich nicht für geeignet halten, unsere Sache zu vertreten.“¹⁵ In einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ vom 28. Mai 1972 erklärte Franz Josef Strauß, noch gelte der Beschluss, Barzel als Kanzlerkandidaten aufzustellen. Man müsse sich aber vor Augen halten, dass die Öffentlichkeit die Hintergründe und Zusammenhänge nicht immer verstanden hätte, die Barzel bewogen, von einem Nein zu den Ostverträgen zu einem bedingten Ja überzugehen.¹⁶ Barzel („Ich bin dafür, daß mich jeder kritisiert ...“¹⁷) konnte vor diesem

11 Vgl. Eduard ACKERMANN, *Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik*, Bergisch Gladbach 1994, S. 84.

12 Zit. nach „Der Spiegel“ v. 3.4.1972, S. 21.

13 Vgl. Walther Leisler KIEP, *Was bleibt, ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch*, Berlin u.a. 1999, S. 52.

14 Vgl. Rainer BARZEL, *Die Tür blieb offen. Mein persönlicher Bericht über Ostverträge, Mißtrauensvotum, Kanzlersturz*, Bonn 1998, S. 126.

15 Becher an Strauß, 25.5.1972, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), B 1, Bd. 516.

16 Vgl. Interview mit Franz Josef Strauß, „Welt am Sonntag“ v. 28.5.1972.

17 Rainer Barzel in einem CDU-Wahlspot, in: ACDP, Filmarchiv.

Hintergrund die führenden Politiker der CDU/CSU kaum auf eine, nämlich seine Linie bringen. Wenn er an Hans Habe schrieb: „Ich bin in der Lage eines Mannes, dem binnen sechs Wochen unter höchstem persönlichen Einsatz dreimal von hinten ins Kreuz geschossen worden ist“¹⁸, wird er vor allem an seine Parteifreunde gedacht haben. „Eine Konsolidierung des Images von Rainer Barzel wird angesichts der Querschüsse aus den eigenen Reihen vorerst nicht zu befürchten sein“, freute man sich in der SPD.¹⁹

Nicht zu Unrecht stellte sich die Frage, wer in der Opposition eigentlich das Sagen hatte. Barzel galt den Sozialdemokraten von Beginn an als ein „von Franz Josef Strauß genehmigter Kanzlerkandidat“²⁰ und wurde von ihnen als „Marionette des international berühmten Strauß“²¹ herabgesetzt. SPD-Wahlkampforganisator Albrecht Müller kündigte an: „Wir werden die Wähler hart vor die Alternative stellen, ob sie Strauß und den von ihm abhängigen Barzel oder Brandt und Scheel wollen ...“²² Willy Brandt sprach von einer „Fernsteuerung Barzels durch Strauß“.²³ Es sei Barzels endgültiges Schicksal, Strauß als Erfüllungsgehilfe zu dienen, spottete Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Heinz Kühn.²⁴ Und Günter Grass höhnte: „Schon seit langem ist der Strauß in den Barzel geschlüpft und hat ihn zum Franz-Rainer Strauzel gemacht. Würden wir Brandt gegen Barzel tauschen, so wären wir närrisch und international spottwürdig.“²⁵ Heinrich Böll hatte Mitleid mit Barzel, „weil er nicht der ist, der da kommen soll. Denn kommen wird jemand anderes.“²⁶ Nämlich Strauß. Dieser blieb gelassen: „Barzel ist weder ein Strohmann von Strauß, noch stehe ich grambeugt im Schatten von Barzel und kann das nicht verwinden.“²⁷

Am verhängnisvollsten hatte sich der Einfluss des CSU-Vorsitzenden aus Sicht der Koalition in der oppositionellen Haltung zu den Ostverträgen gezeigt. Holger Börners Wort, Barzel sei ein Mann, der ohne Strauß weder ja noch nein sagen dürfe (ARD-Sendung „Monitor“ vom 10. Juli 1972), sollte im Wahlkampf weiterhin verwendet werden, „um die Erinnerung an die Enthaltung der CDU bei der Abstimmung über die Ostverträge wachzuhalten“.²⁸ Bar-

18 Barzel an Habe, 29.6.1972, Bundesarchiv (BA), N 1371/251.

19 Analyse der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, 21.6.1972, Willy-Brandt-Archiv (WBA) A18, Mappe 15.

20 „Sozialdemokratischer Pressedienst“ v. 24.1.1972.

21 „Hamburg aktuell“ (SPD), November 1972.

22 Zit. nach Peter Koch, „Franz Josef Strauß: Jeder hängt von mir ab“, „Stern“ v. 8.10.1972.

23 Interview Willy Brandts mit ddp, „Vorwärts“ v. 10.8.1972.

24 Interview mit Heinz Kühn, „Der Spiegel“ v. 5.6.1972.

25 Zit. nach „Braunschweiger Zeitung“ v. 6.10.1972.

26 Zit. nach „Neue Rhein-Zeitung“ v. 6.10.1972.

27 20. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Wiesbaden 9.–10.11.1972, hg. v. der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn o.J. [1972], S. 112.

28 Vermerk Börner, 11.7.1972, Archiv der sozialen Demokratie (AdSD), Bestand SPD-Partei Vorstand, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Mappe 1447.

zel erschien demnach als Figur, „mit der hin- und hergeschoben wird“.²⁹ Helmut Schmidt warnte: „Wer Barzel wählt, wählt Strauß. Und wer Strauß wählt, der wählt die absolute innen- und außenpolitische Unberechenbarkeit.“³⁰ Schmidt nannte es am 1. Oktober auf dem „Fränkischen Wahlkongreß“ „lebensgefährlich“, wenn ausgerechnet ein Land mit so vielen Nachbarn eine Regierung hätte, die Barzel heißen und Strauß bedeuten würde.³¹ Erhard Eppler prophezeite für einen knappen Wahlsieg der CDU/CSU, „daß es dann genug Hupkas, Bechers und Zoglmänner³² gibt, die jede Friedenspolitik sabotieren können; die Barzel erpressen, wie Strauß ihn erpreßt hat“.³³ Die Schlussfolgerung lautete, dass Barzel nicht fähig sei, die „Friedenspolitik“ und die innerdeutschen Verhandlungen fortzuführen.³⁴

Es war vor allem die Fähigkeit zur Fortführung der „Neuen Ostpolitik“, die von SPD und FDP zum wahren Kriterium der Entscheidung über die Kanzlerschaft erhoben wurde. Zeitlich umrahmt vom Abschluss der Verhandlungen über den Grundvertrag mit der DDR, der am 8. November paraphiert wurde, konzentrierte die SPD ihre Wahlkampagne in den letzten Wochen vor dem 19. November fast ausschließlich auf die Ostpolitik und Willy Brandt. Diese Kombination aus dem Friedensnobelpreisträger und seiner „Friedenspolitik“ sollte die Personalisierung im Wahlkampf ausmachen und den direkten Vergleich Brandt-Barzel provozieren: „Tenor: Barzel kann man sich doch wirklich nicht als Kanzler vorstellen. Der wahre Nachfolger Adenauers ist Brandt.“³⁵ „Willy Brandt ist ein Programm. Es lautet: Frieden ist das höchste aller Güter dieser Erde“, war im „Vorwärts“ zu lesen.³⁶

Rainer Barzel kam diese Zuspitzung des Wahlkampfes über außenpolitische Themen aus zwei Gründen denkbar ungelegen. Erstens stellte die ungewöhnlich große Glaubwürdigkeit der Verknüpfung des Friedensnobelpreisträgers Brandt mit „seiner Friedenspolitik“ Barzel vor die schier unlösbare Aufgabe, in der auch durch die Dynamik der Medienberichterstattung unabwendbaren Zuspitzung über außenpolitische Themen dem Wähler eigenes außenpolitisches Profil zu präsentieren. Barzel bot sich kaum eine Chance, das Image der außenpolitischen Unzuverlässigkeit und Unerfahrenheit (SPD-Wahlkämp-

29 SPD-Flugblatt, Wahlkampfarchiv des Deutschen Bundestages, Mappe Pm 94.

30 Zit. nach „Süddeutsche Zeitung“ v. 18.9.1972.

31 Zit. nach ebd. v. 2.10.1972.

32 Verweis auf Siegfried Zoglmann, der 1970 aus der FDP austrat und Mitglied der CSU-Landesgruppe im Bundestag wurde.

33 Wahlrede Erhard Epplers in Mannheim, 17.10.1972, „Die Welt“ v. 18.10.1972.

34 Vgl. Wahlkampfmerkblatt der SPD, Wahlkampfarchiv des Deutschen Bundestages, Mappe Pm 94.

35 „Bericht zum Verlauf des Wahlkampfes.“ Vorlage für das SPD-Präsidium, 22.10.1972, AdSD, Bestand SPD-Parteivorstand, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Mappe 1447.

36 Joachim Besser, „Der Wähler hält sich an Personen“, „Vorwärts“ v. 16.11.1972.

fer Heinrich Böll fand es riskant, einen außenpolitisch derart unerfahrenen Mann zum Bundeskanzler zu wählen³⁷) abzustreifen. Mit seinen Auslandsreisen nach Moskau, Washington und Paris hatte Barzel seit der Übernahme des CDU-Parteivorsitzes kein Aufsehen erregt. Weitere Auslandsreisen konnten kurzfristig kaum organisiert werden und hatten in der öffentlichen Meinung auch längst nicht mehr den Stellenwert früherer Jahre. Die Reise, die den „Schatten-Außenminister“ Gerhard Schröder vom 14. bis 28. Juli 1972 in die Volksrepublik China führte, wäre für Barzel ein Wahlschlager gewesen, aber die Einladung der Chinesen war nun einmal an Schröder gegangen, der aus Peking die chinesische Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mitbrachte.³⁸

Ein CDU-Inserat stellte trotzdem die Behauptung auf: „Die CDU hat die Männer, denen man in der Welt vertraut“, und zeigte Barzel mit Edward Heath, mit Alexej Kossygin sowie mit Richard Nixon.³⁹ Die Broschüre „16 Seiten Rainer Barzel“ (Auflage 950.000⁴⁰) zeigte Fotos des Kanzlerkandidaten mit John F. Kennedy, beim Kamingespräch mit Nixon und Kissinger („Barzel fühlt sich zuständig für die 'Gespräche am Kamin'. Das Träumen am Kamin überläßt er anderen“), mit Heath und beim Gespräch mit Kossygin 1971 in Moskau („Das Gespräch war hart in der Sache, freundlich in der Form und menschlich von gegenseitigem Respekt geprägt“). Ein französischer Diplomat habe gesagt: „Dieser Deutsche gehört zu den wenigen Politikern, die das Vertrauen Nixons und das Vertrauen Pompidous haben.“⁴¹ Aber diese Art der Wahlwerbung wirkte angesichts des unbestrittenen Prestiges von Willy Brandt im Ausland eher peinlich. Der Versuch, mit der Wahlwerbung dem Kanzlerkandidaten Barzel außenpolitisches Profil zu verleihen, scheiterte.

Zweitens besaß Außenpolitik im ursprünglichen Wahlkampfkonzept der Union nur eine periphere Bedeutung. Vor allem CDU-Generalsekretär Konrad Kraske und Werner Kaltefleiter, Chef des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, hatten die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität (Preisstabilität), sozialen Stabilität (sichere Arbeitsplätze, Rentensicherung) und inneren Stabilität (Verbrechensbekämpfung, Linksradikalismus) in der Bundesrepublik zum Hauptthema des Wahlkampfes machen wollen: „In diesen Bereichen hat die CDU ein umsetzbares

37 Vgl. Interview mit Heinrich Böll, in: Parlamentarisch-Politischer Pressedienst, 5.10.1972.

38 Barzel dankte Gerhard Schröder für dessen Auftreten in der Volksrepublik: „Als Opposition gibt es nur wenige Möglichkeiten, außenpolitisch direkt Profil hinzuzugewinnen. Sie haben diese Chance großartig wahrgenommen.“ BA, N 1371/257: Barzel an Schröder, 4.8.1972.

39 ACDP 07-00-5185.

40 CDU-Wahlkampagne. Bericht der Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, o.D. [Dezember 1972], ACDP 07-001-5189.

41 Broschüre in: Wahlkampfarchiv des Deutschen Bundestages, Mappe Pm 95.

Ansehen als Lösungspartei.“⁴² Als der Grundvertrag in den letzten drei Wochen vor der Wahl die Schlagzeilen beherrschte, blieben die Union und ihr Kandidat eine geschlossene ost- und deutschlandpolitische Strategie schuldig. Die Konsequenz: Während die sozial-liberale Koalition mit Hilfe der von Moskau und Ost-Berlin demonstrativ gewährten „menschlichen Erleichterungen“ die praktischen Fortschritte im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn präsentierte und das Thema Ostpolitik beinahe täglich in ihrem Sinne aktualisierte, verfiel die Union in Hektik und startete gegen jede wahlstrategische Vernunft eine hochemotionale Kampagne gegen die „Neue Ostpolitik“, auch weil man sich durch die allzu offensichtliche Einmischung Moskaus und Ost-Berlins in den Wahlkampf provoziert fühlte. Strauß schrieb Barzel kurz vor der Wahl, durch die Paraphierung des Grundvertrages sei eine Lage entstanden, in der ein Verzicht auf eine „kritische Würdigung“ der Opposition zum Nachteil ge- reichen würde: „Meine Freunde und ich können uns an den Vorschlag eines Stillhalteabkommens nicht halten.“⁴³

Barzel selbst fügte sich wie im Sommer dem innerparteilichen Druck und ließ die teilweise recht wild geführte Kampagne gegen den Kanzler und seine „Friedenspolitik“ nicht nur zu, sondern rückte die Ostpolitik in den letzten Tagen des Wahlkampfes auch selbst ins Zentrum seiner Aktivitäten. Konzeptionellen Rückhalt für die Wahlkämpfer seiner Partei blieb er allerdings schuldig. Einerseits versprach er in einem sachlichen Ton, als Kanzler das Gespräch mit der DDR zu suchen, andererseits prangerte er die Machthaber in Ost-Berlin und ihr Grenzregime an, sodass Zweifel erlaubt waren, dass er und Honecker sich jemals auf einen Vertrag einigen könnten. Barzel hätte nach den bisher gemachten Erfahrungen wissen müssen, dass es in der Ostpolitik für ihn zu diesem Zeitpunkt nichts zu gewinnen gab: Eine Zustimmung zum Grundvertrag war in der Union weder vor noch nach der Wahl durchzusetzen, eine differenzierte Position hätte an die Stimmenthaltung bei der Ratifizierung der Ostverträge erinnert, eine Ablehnung war nach der Zustimmung zum Verkehrsvertrag am 22. September 1972 nicht mehr vermittelbar. Auch ein Blick auf die demoskopischen Daten hätte Barzel davon überzeugen können, dass sich seine Partei mit der Ostpolitik das falsche Feld für die Polarisierung ausgesucht hatte. 71,7 % der Bundesbürger hielten die Ostpolitik für ein erfreuliches Ereignis, nur 8,5 % für ein unerfreuliches. Und 76,1 % schrieben die Ostpolitik der SPD zu, aber nur 1,8 % der CDU/CSU.⁴⁴

42 CDU-Wahlkampagne. Bericht der Abteilung Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, o.D. [Dezember 1972], ACDP 07-001-5189; Briefing für Bundestagsneuwahlen, o.D. [Juni 1972], ACDP 07-001-5168.

43 Strauß an Barzel, 10.11.1972, BA, N 1371/258.

44 Vgl. Werner KALTEFLEITER, *Zwischen Konsens und Krise. Eine Analyse der Bundestagswahl 1972*, in: *Verfassung und Verfassungswirklichkeit*; Bd. 7, Köln 1973, S. 71.

Nicht verhindert zu haben, dass die sozial-liberale Koalition die Opposition im Wahlkampf in die emotionsgeladene Auseinandersetzung über die Ostpolitik zwang, ist sicherlich das größte Versagen Barzels als Oppositionsführer im Wahlkampf von 1972.

Fragen der Innenpolitik kamen in den letzten Wochen des Wahlkampfes also aus Sicht der Wahlkampfstrategen der CDU deutlich zu kurz. Und auch hier setzte sich Barzels Motto „Wer sachlich bleibt, gewinnt die Wahl“⁴⁵ nur partiell durch. In Sachen „innere Sicherheit“ schlug vor allem die CSU einen scharfen Ton an, sodass sich Zuschauer eines CSU-Wahlspots an die Wochenschauen der Hitler-Zeit erinnert fühlten.⁴⁶ Auch der Versuch, das deutsche Trauma Inflation⁴⁷ für den eigenen Wahlkampf zu instrumentalisieren, geriet manchmal etwas hysterisch. So erschien die Inflation als ein „Rauschgift“, „mit dem das Volk auf den Marxismus vorbereitet werden soll“.⁴⁸ Der Versuch Barzels, statt auf Emotionen auf sachliche Argumente zu setzen, wurde dagegen besonders in seinen Wahlspots deutlich, in denen er ein konkretes Regierungsprogramm seiner Partei entwarf. Auf dem CDU-Parteitag wählte man sich in einem wissenschaftlichen Kolloquium, so sehr war die Partei um Sachlichkeit bemüht.⁴⁹ Allerdings wirkte Barzels nüchterne Bilanz des Versagens der Regierung Brandt nicht mobilisierend. Während die SPD mit (positiven) Emotionen die früher treuesten Unionswähler, die älteren Frauen, für sich gewann, gelang es Barzel und seiner Partei nicht, das Handicap, keinen Kanzlerwahlkampf mehr führen zu können, in einen Vorteil umzuwandeln und die Wähler mit Politikinhalt zu überzeugen. Der Spagat zwischen Emotion und Sachlichkeit sollte der Union 1972 nicht gelingen.

So groß die Unzufriedenheit der Bürger mit der innenpolitischen Bilanz der Koalition schon 1972 war, Barzel schaffte es trotzdem nicht, sich dem Wähler als personelle Alternative für die Innenpolitik zu präsentieren. Dies mag wie gesehen anders als auf dem Feld der Außenpolitik weniger an den politischen Inhalten gelegen haben als an der Politikvermittlung. Aber natürlich spielte hier auch die Persönlichkeit Barzels eine Rolle, genauso wie die zwanghafte Fixierung der CDU-Strategen auf den Kanzler, an dessen Persönlichkeit Barzel im Wahljahr 1972 allzu oft gemessen wurde.

45 Zit. nach „Die Zeit“ v. 13.10.1972.

46 So die Analyse von Werner Kaltefleiter. Vgl. BA, N 1371/385: Vermerk Hennig, 23.10.1972.

47 Im September 1972 stiegen die Preise um 6,2 % (im Vergleich zum Vorjahresmonat). Vgl. Institut für Internationale Politik und Wirtschaft, Aktuelle Informationen aus Politik und Wirtschaft, 3.11.1972, SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2 J-4376.

48 Edgar Burgard, 20. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden, S. 183.

49 Vgl. Dieter Weirich, „Haus sichern gegen Brand und Sturm“, „Bayernkurier“ v. 21.10.1972.

Von den vielen Charaktermerkmalen, die Willy Brandt zugeschrieben wurden, stach 1972 die Eigenschaft „sympathisch“ am deutlichsten hervor. Und in der Kategorie „Sympathie“ konnte Barzel mit dem Kanzler nicht mithalten. Noch nie habe eine Oppositionspartei einen Kandidaten präsentiert, der ein geringeres Sympathiepolster in seiner eigenen Partei besessen habe als Barzel, war in der „Zeit“ zu lesen.⁵⁰ Im Kontext der außergewöhnlichen Politisierung der Öffentlichkeit Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre erscheint die demoskopische Kategorie „Sympathie“ ausgesprochen unpolitisch, aber auch in der CDU war man stark durch solche Analysen beeinflusst: Barzels Negative-Image müsse total verändert werden, erkannten die CDU-Wahlkampfstrategen, er müsse als „echte Kanzlerfigur“ erscheinen, als „weitblickender Staatsmann, ... der über dem Streit der Parteien steht. ... Als ein Mann, der die Nöte und Sorgen seiner Wähler nicht nur kennt, sondern miterlebt und miterleidet.“⁵¹ Die ursprüngliche Losung: „Wir zeigen in der Öffentlichkeit ganz einfach den wahren Rainer Barzel. Denn der kann sich sehen lassen“⁵², hatte sich nicht durchgesetzt. Stattdessen diente allzu deutlich Brandt als Vorbild, aber der Führer der Opposition hatte eben nicht staatsmännisch oder gar über den Parteien stehend zu sein, sondern die Regierung zu attackieren. Die „staatsmännisch getragene Weise“ Barzels konnte z.B. die Delegierten des CDU-Parteitages in Wiesbaden nicht mitreißen.⁵³ Man fühlt sich an die frühen Wahlkämpfe Willy Brandts erinnert (vor allem an den von 1961), als Brandt ein Image verpasst worden war, das dem Kandidaten ein erhebliches Stück Glaubwürdigkeit beim Wähler gekostet hatte. So erschien Barzel als Kopie des Kanzlers, und es war gerade dieser Vergleich, der immer wieder gezogen wurde.

Die Strategie der SPD baute geschickt auf dem Vergleich der Persönlichkeiten auf. So war im „Vorwärts“ zu lesen, dass man sich an Programme nicht halten könne, denn wichtiger sei die Frage: „In wen kann man Vertrauen setzen?“⁵⁴ So wie man den Wahlkampf für Brandt auf die menschliche Ebene verlagerte,⁵⁵ so tat man dies auch im Wahlkampf gegen Barzel. Er wurde von der „SPD-Propagandamaschine zu einem blassen Politmanager abgestempelt“, erinnert sich Helmut Kohl.⁵⁶ Während das Auftreten von Willy Brandt Mit-

50 Vgl. Rolf Zundel, „Das Wahlergebnis: wieder Gleichstand?“, „Die Zeit“ v. 20.10.1972.

51 Konzeption für eine Vorwahlkampagne. Barzel-Kampagne, o.D., ACDP 07-001-5231. Zur Image-Kampagne für Rainer Barzel vgl. ACDP 07-001-5224.

52 Konzeption für eine Vorwahlkampagne. Barzel-Kampagne, o.D., ACDP 07-001-5231.

53 Carl-Christian Kaiser, „Zwischen Parade und Kanzlerkult“, „Die Zeit“ v. 20.10.1972.

54 Joachim Besser, „Der Wähler hält sich an Personen“, „Vorwärts“ v. 16.11.1972.

55 So in der „Willy-Brandt-Schlußanzeige“: „Mit Willy Brandt hat Deutschland einen Kanzler, dessen Wort in der Welt etwas gilt. Durch seine Offenheit, seine Toleranz und seine Menschlichkeit ist die deutsche Politik wieder glaubwürdig geworden.“ Zit. nach „Stern“ v. 5.11.1972.

56 KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 4), S. 298.

gefühl anregte („Brandt hat es furchtbar schwer. Man muß ihm helfen“⁵⁷), kündete die „glatte, hochmütige Miene des Rainer Barzel“ von der Unfähigkeit, „an irgendetwas zu leiden ...“⁵⁸ Barzel war für Herbert Wehner „der Ölige“⁵⁹, Teile der Presse übernahmen diese Diktion: Für Klaus Rainer Röhl von „Konkret“ besaß Barzel ein „Öl und Ordnung ausstrahlendes Gesicht“⁶⁰. Der „unfaßbar glatte Barzel“⁶¹ war mit seiner Unsentimentalität in der öffentlichen Wahrnehmung ganz offensichtlich das Gegenbild zur „lichtstrahlenden, mythologischen Heldenfigur“⁶² Brandt, sogar für die Wahlstrategen seiner eigenen Partei. Über einen Wahlspot mit Barzel urteilte Werner Kaltefleiter: „Gegenüber den jugendlichen Partnern wirkt er als eiskalter Manager, der seine Argumente sorgfältig ausspielt. Er kann es nicht lassen, den Diskussionspartner lächerlich zu machen.“ Dagegen sein Urteil über Brandt: „Die psychologische Ausstrahlung von Brandt kommt voll zur Geltung. Es entsteht eine hohe Sympathiebesetzung. Er verströmt das Gefühl von Ruhe und friedvoller Atmosphäre.“⁶³ Neben Barzels fehlender Autorität gegenüber den „Parteifreunden“ waren es schließlich seine vermeintlichen charakterlichen Schwächen, die sich im Wahlkampf zu einem stereotypen Negativimage des Kanzlerkandidaten verfestigten.

Franz Josef Strauß verkündete kurz vor der Wahl, man werde keinen persönlichen Wahlkampf führen, denn man solle ja nicht versuchen, „mit solchen emotionalen Kategorien wie Friedensnobelpreis sachliche Erwägungen und nüchterne Überlegungen allein durch Gefühle aus der Welt schaffen zu wollen“.⁶⁴ Damit erklärte Strauß verklausuliert schon vor der Wahl, dass Barzel auch in seiner eigenen Partei zu keinem Zeitpunkt als ebenbürtiger Gegner Willy Brandts begriffen wurde. So trat in der heißen Phase des Wahlkampfes der Gedanke eines Mannschaftswahlkampfes in den Vordergrund, wobei ein Quartett besonders herausgestellt werden sollte: Rainer Barzel, Franz Josef Strauß, Gerhard Schröder (als zukünftiger Außenminister) und Hans Katzer

57 So das Urteil Werner Kaltefleiters über einen SPD-Wahlspot, BA, N 1371/385: Vermerk Hennig, 23.10.1972.

58 Joachim Besser, „Der Wähler hält sich an Personen“, „Vorwärts“ v. 16.11.1972.

59 Zit. nach „Münchener Merkur“ v. 30.10.1972.

60 „Konkret“ v. 5.10.1972.

61 Theo Sommer, „Zimmerlichkeit und Zumutung“, „Die Zeit“ v. 29.9.1972: „Man kann sich auf seine Fersen heften, ihn beobachten, beschreiben, aber ihn kaum darstellen.“ Seine „Repliken sind nicht spontan, das Vokabular ist begrenzt, Spott und Ironie sind einstudiert“. Thomas Meyer, „Rainer Barzel ist immer allein“, FAZ v. 11.11.1972. Johannes Gross urteilte, Barzel sei „schnell, glatt, unsentimental“, Johannes Gross, „Tief gerührt – unsentimental“, FAZ v. 4.11.1972.

62 Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989, S. 448.

63 Vermerk Hennig, 23.10.1972, BA, N 1371/385. Der angesprochene Spot mit Rainer Barzel im Gespräch mit Studenten befindet sich im ACDP, Filmarchiv.

64 Interview mit Franz Josef Strauß, in: „Deutschland-Magazin“, Oktober/November 1972.

(als Repräsentant des Arbeitnehmerflügels). In allen Anzeigen sollte der Mannschaftsgedanke zum Ausdruck kommen.⁶⁵ Zwar war ein Mannschafts-plakat anfangs nicht vorgesehen,⁶⁶ schließlich wurde das handwerklich miserabel gestaltete Bild des Quartetts aber doch zu einem der zentralen Plakate der CDU/CSU. Die Testergebnisse für das Mannschaftsplakat seien vorzüglich, verkündete Konrad Kraske. Es zeige ziemlich genau, was man gewollt habe, dass nämlich hier zum ersten Mal Strauß nicht als Rivale, sondern als das Mitglied dieser Mannschaft begriffen werde.⁶⁷ Der Eindruck in der Öffentlichkeit war ein anderer. Die Mannschaft der Union wirke hier wie „eine Gruppe von anonymen Computerexperten mit einem Abteilungsleiter an der Spitze“.⁶⁸ Besonders ernüchternd fiel der Vergleich mit dem Willy-Brandt-Plakat aus: „Von welcher Seite man auch in sein Gesicht blickt, immer guckt er einen freundlich an. Das ist grafisch und drucktechnisch hervorragend: Welch ein energischer, gesunder, gütiger Mann. Die tiefen Furchen beweisen den harten Lebensweg. Die braunen Töne vermitteln Ruhe, Wärme, Innigkeit, Geborgenheit. Sieht man dagegen die CDU-Plakate, auf denen die Gesichter wie bleiche Scheiben mit starren Knopfaugen wirken. ... Diese Poster können nur als Sabotage eines heimlichen Willy-Fans im CDU-Büro erklärt werden.“⁶⁹

Das Plakat mit Barzel, Strauß, Schröder und Katzer blieb schließlich das einzige Indiz für den geplanten Mannschaftswahlkampf, gemeinsame Auftritte der Vier waren selten und fanden ein schlechtes Presseecho. Es sei „peinlich“, wie Barzel, Strauß, Schröder und Katzer in München versucht hätten, dem Publikum „herzinnige Übereinstimmung“ zu beweisen.⁷⁰ Trotz der Plakatierung habe praktisch kein Mannschaftswahlkampf stattgefunden, kritisierte die Nachwahlanalyse, was die Taktik der sozial-liberalen Koalition gestärkt habe.⁷¹ Die Hoffnung des CDU-MdB Johann Peter Josten, man werde den Wahlsieg erreichen, wenn es gelänge, dass sich Barzel und Strauß „sehr oft in Einigkeit vorm Bildschirm und, wo immer die Gelegenheit sich bietet, zeigen“⁷², erfüllte sich nicht.

65 Vgl. Niederschrift über die Sitzung der Arbeitsgruppe Plakate-Anzeigen-Bilder-Symbole am 3.8.1972, ACDP 07-001-5168.

66 Vgl. Vorlage Elschner für Agentur-Briefing, o.D. [Juni 1972], ebd.

67 Vgl. Konrad Kraske vor dem CDU-Bundesvorstand, 25.9.1972, ACDP 07-001-926.

68 Carl-Christian Kaiser, „Zwischen Parade und Kanzlerkult“, „Die Zeit“ v. 20.10.1972.

69 „Michel entscheidet Europas Schicksal“. Unveröffentlichte Analyse eines anonymen Beobachters, 6.11.1972. Anlage zu einem Schreiben von Strauß an Schröder, 11.11.1972, ACDP 01-483-012/1.

70 Carl-Christian Kaiser, „Hintertupfinger Perspektiven“, „Die Zeit“ v. 10.11.1972.

71 Vgl. Aufzeichnung „Bundestagswahl vom 19. November 1972. Ergebnisse – Analysen – Konsequenzen“, o.D. [1973], ACDP 07-001-5187.

72 Johann Peter Josten, ACDP 08-001-1030/1, Protokoll der CDU/CSU-Fraktionssitzung, 20.6.1972.

Der schlechte Eindruck, den die Personalisierung in der Unions-Wahlkampagne hinterließ, war allerdings nur zum Teil auf handwerkliche Fehler und innerparteiliche Rivalitäten zurückzuführen. Ein großes Handicap für Barzel blieb, teilweise selbst verschuldet, die Unterstützung, die Willy Brandt von einem großen Teil der Medien erfuhr. Während die Koalition ihre Politik relativ ungefiltert über Teile der Medien zum Wähler transportieren konnte und sich viele Journalisten in ihrer Berichterstattung über die Auftritte Brandts im Wahlkampf beinahe überschlugen, half der CDU/CSU der Beistand durch die Publikationen des Springer-Verlages („Bild“, „Die Welt“, „Berliner Morgenpost“) und des Bauer-Verlages („Quick“) wenig, da deren plakative Ablehnung der sozial-liberalen Regierung der journalistischen Glaubwürdigkeit sehr schadete. Barzel tat zudem wenig, um den unvoreingenommenen Teil der Presse (z.B. FAZ und SZ) für sich zu gewinnen. Während des heißen Wahlkampfes führte er nur zwei Gespräche mit Journalistengruppen, was von diesen sehr bedauert wurde. Die Konsequenz: In der überregionalen Presse gelang es der CDU/CSU kaum, Schlagzeilen durch aktuelle Wahlkampfaussagen zu erzielen.⁷³

Auch der Versuch, zumindest im Fernsehen zu punkten und die Popularität Barzels zu steigern, misslang. Vielleicht aus Unerfahrenheit mit dem neuen Leitmedium. Der Film, der am 30. August 1972 in der ARD (von 20.15 bis 21.00 Uhr) über den Kanzlerkandidaten lief, machte auf Teile der CDU/CSU jedenfalls einen verheerenden Eindruck.⁷⁴ Auch andere Auftritte Barzels vor der Kamera trafen auf Kritik, z.B. bei Heinrich Krone: „Von dem Bild, das Du gestern im Fernsehen von Dir hast drehen lassen, bleibt die Badehose und ein Nachgeschmack selbstgefälligen Getues. Jetzt fehlte nur noch, daß der Strauß sich ebenso präsentierte, und die Wahl wäre gewonnen.“⁷⁵

Auch die drei Fernsehdiskussionen, die die Parteivorsitzenden Brandt, Barzel, Strauß und Scheel am 18. Oktober, 2. November und 15. November führten,⁷⁶ bewirkten keinen Wandel in der öffentlichen Einschätzung des CDU-Vorsitzenden. Barzel gelang es nicht, den Kanzler zu einer direkten Auseinandersetzung zu bewegen, obwohl Brandt diese selbst 1961, 1965 und 1969 von den damaligen Bundeskanzlern gefordert hatte. 1972 lehnte die SPD dies

73 Vgl. Vermerk Rummler, 23.11.1972, ACDP 07-001-5189. Die Tatsache, dass die SPD die Meinungsführerschaft im Lande übernehmen konnte, wird auch durch die Zitterhäufigkeit belegt. In 4.675 untersuchten Presseberichten der wichtigsten Tageszeitungen wurde Brandt 3.257 mal zitiert, Barzel nur 1.464 mal. Vgl. Jürgen WILKE/Carsten REINEMANN, *Kanzlerkandidaten in der Wahlkampfberichterstattung. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen 1949–1998* (Medien in Geschichte und Gegenwart 15), Köln 2000, S. 131.

74 Vgl. ACDP 01-028-019/1. Der Ausstrahlungstermin des Films hatte mit dem Wahlkampf nichts zu tun. Ein ähnlicher Film über Willy Brandt war schon 1971 gesendet worden.

75 Ebd., Krone an Barzel, 11.8.1972.

mit dem Argument ab, dass die Bundestagswahl eben keine „Kanzlerwahl“ sei, sondern eine Parteienwahl.⁷⁷ Er könne zwar den Wunsch Barzels verstehen, sich im Fernsehen zu profilieren, erklärte der Kanzler, aber man solle doch nicht allzu „neumodisch“ werden.⁷⁸ Die Motive auf Seiten der Koalition waren klar: Erstens sollte auch Walter Scheel eine Chance zur Selbstdarstellung gegeben werden, die dieser sehr gut nutzte,⁷⁹ und zweitens suchte man die direkte Konfrontation mit Strauß, um die Botschaft zu verstärken, dieser sei der einflussreiche Mann hinter Barzel. Kommentar von Karl-Hermann Flach: „Je öfter die Leute Gelegenheit haben, diesen Frankenstein und seinen öligen Strohmann zu sehen, um so besser für uns!“⁸⁰ Hans-Jochen Vogel hoffte, dass die Fernsehanstalten diesem Mann, dessen Namen er noch nicht einmal aussprechen wolle, zur „vollen Darbietung seiner Persönlichkeit“ noch möglichst viel Sendezeit gewähren würde.⁸¹

SPD und FDP profitierten zudem wieder einmal von ihrem Bonus bei den Fernsehanstalten. Heinz Werner Hübner, Koordinator für Politik, Gesellschaft und Kultur in der Programmdirektion der ARD und einer der beiden Moderatoren der letzten Diskussion am 15. November, fragte den SPD-Sprecher Lothar Schwartz, ob sich die SPD denn jemals hätte beklagen können, wenn er, Hübner, an einer ARD-Sendung beteiligt gewesen sei.⁸² Jedenfalls sollte es Barzel nicht gelingen, in der Planung der Fernsehdiskussionen seine Agenda durchzuboxen und innenpolitischen Themen eine größere Aufmerksamkeit zu verleihen. Stattdessen wurde in 42 % der Zeit über außenpolitische Themen diskutiert.⁸³ Barzel fühlte sich benachteiligt und beschwerte sich, dies entspre-

76 Die stenographischen Mitschriften der Diskussionen befinden sich u.a. in der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages. Die letzte Diskussion ist abgedruckt in: Josef KLEIN, *Elefantenrunden 'Drei Tage vor der Wahl'. Die ARD-ZDF-Gemeinschaftssendung 1972–1987*. Einführung und Text-Transkription (Schriften der Friedrich-Naumann-Stiftung; Wissenschaftliche Reihe), Baden-Baden 1990.

77 Vgl. Heinz Werner HÜBNER, *Politik auf dem Bildschirm. Parlament, Regierungen und Parteien im Fernsehen*, in: *ARD-Jahrbuch 1973*, S. 95–104, hier: S. 96.

78 Zit. nach Parlamentarisch-Politischer Pressedienst v. 25.9.1972.

79 In der ersten Fernsehdebatte z.B. schnitt Scheel im Urteil der Fernsehzuschauer knapp vor Brandt am besten ab. Er war sowohl am sympathischsten, als auch am überzeugendsten. Vgl. Archiv des Liberalismus, Bestand FDP-Bundespartei, 211: Vermerk Bundespresseamt, 7.11.1972.

80 Zit. nach Klaus STAECK/Ingeborg KARST (Hg.), *Plakate abreißen verboten! Politische Plakate im Bundestagswahlkampf 1972*, Göttingen 1973, S. 56.

81 Außerordentlicher Parteitag der SPD, 12.–13. Oktober 1972. Protokoll der Verhandlungen, hg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1972, S. 169.

82 Schwartz an Schulz, o.D., AdSD, Dep. Bahr, Ordner 119.

83 In der einzigen Fernsehdiskussion im Wahljahr 1976 sollten es nur 16 % sein. Vgl. Peter SCHROTT, *Wahlkampfdebatten im Fernsehen von 1972 bis 1987. Politikerstrategien und Wählerreaktion*, in: Max KAASE/Hans-Dieter KLINGEMANN (Hg.), *Wahlen und politisches System: Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1987*, Opladen 1990, S. 647–674, hier: S. 659.

che nicht dem öffentlichen Interesse. Viel lieber hätte er über den Bundeshaushalt geredet.⁸⁴

Gerade in den Fernsehdiskussionen sollte sich der Erfolg der sozial-liberalen Wahlkampfstrategie zeigen, über den Grundvertrag die Ostpolitik in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses zu rücken und der Opposition die Wahlkampf-Thematik aufzuzwingen. Barzel fand in den drei Debatten kein positives Wort zur populären Außenpolitik der Regierung, stattdessen machte er seinem Ärger über die Deutschlandpolitik Luft und überschüttete Brandt mit den altbekannten Vorwürfen, auf die sich der Kanzler längst eingestellt hatte und die er sehr gut konterte. In der letzten Fernsehdiskussion forderte er Brandt und Scheel auf, zusammen mit ihm und Strauß zum Grundvertrag zu erklären: „Es wird nichts unterschrieben, solange die Schießerei und das Morden in Deutschland andauert.“⁸⁵ Auf diese Weise personifizierte Barzel mit seinen schlecht vorbereiteten Fernsehauftritten die Ablehnung der sozial-liberalen Ostpolitik durch die Opposition, obwohl er doch ein halbes Jahr zuvor die Verträge mit Moskau und Warschau mit einem Ja hatte passieren lassen wollen, obwohl er doch für die Zustimmung der Union zum Verkehrsvertrag gesorgt hatte, und obwohl er selbst seine Bereitschaft zu Verhandlungen über einen Grundvertrag bekundete. Damit wurde er für viele zum Gegenbild des in seiner Glaubwürdigkeit 1972 unerschütterlichen Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt.

Barzel gelang es auch in den Fernsehdebatten nicht, in einer Phase, in der die SPD die Union in den Umfragen überholte und den Kanzler in das Zentrum ihres Wahlkampfes stellte, gegenzusteuern. Der CDU-Kanzlerkandidat kam in den Diskussionen am wenigsten zu Wort und die teilweise heftig geführten Diskussionen liefen weitgehend an ihm vorbei, denn Brandt und Scheel bezogen sich lieber auf Strauß, sodass Interaktion vor allem zwischen Brandt und Strauß zustande kam.⁸⁶ Nach der Wahl gaben 70 % der Bundesbürger an, mindestens eine der drei Diskussionen gesehen zu haben.⁸⁷ Laut einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen hatte den Zuschauern der Kanzler am besten gefallen (41 %), vor Scheel (30 %), Barzel (13 %) und Strauß (8 %).⁸⁸

Die Opposition versagte in der Personalisierung völlig, sie brachte weder einen Mannschaftswahlkampf, noch eine wirksame Herausstellung ihres Kanzlerkandidaten Rainer Barzel zustande.⁸⁹ Barzel repräsentierte im Wahl-

84 Vgl. FAZ v. 19.10.1972; „Nationale Stunde“, „Der Spiegel“ v. 23.10.1972.

85 KLEIN, *Elefantenrunden* (wie Anm. 76), S. 1972/3.

86 Vgl. Hans-Jürgen WEISS, *Wahlkampf im Fernsehen. Untersuchungen zur Rolle der großen Fernsehdebatten im Bundestagswahlkampf 1972*, Berlin 1976, S. 68f.

87 Vgl. KALTEFLEITER, *Zwischen Konsens und Krise* (wie Anm. 44), S. 115.

88 Vgl. Max Kaase, „Einige Bemerkungen zu Ausgangslage, Wahlkampfstrategien und Ergebnis der Bundestagswahl 1972“, Januar 1973, ACDP 07-001-5188.

89 Silke Keil hat errechnet, dass in nur 25 % der CDU-Inserate Personenfotos abgebildet waren (in SPD-Inseraten 70 %), und von diesen 25 % entfielen nur 3,1 % auf Barzel

kampf, anders als der Bundeskanzler, kein Programm, sodass schon die Grundlage für eine Personalisierung der Wahlkampagne völlig fehlte. Dies war umso unverständlicher, als Barzel anders als Ollenhauer in den Umfragen durchaus auch Pluspunkte gegenüber dem Kanzler aufzuweisen hatte. „Hätten allein Sympathien der Wählerschaft für den Spitzenkandidaten den Ausschlag für das Wahlverhalten gegeben“, so Ludolf Eltermann, „die CDU/CSU würde schlechter abgeschnitten haben, als es tatsächlich der Fall war. Ein Vergleich der reinen Leistungsdimensionen dagegen sah den amtierenden Kanzler in der Imageanalyse vergleichsweise knapp in Führung.“⁹⁰ Barzel galt vor allem als tüchtig und dynamisch, als ehrgeizig und energisch, mit einem festen Willen ausgestattet.⁹¹ In einer Zeit zunehmender Reformmüdigkeit und beginnender, oft irrationaler Zukunftsangst hätte er als ein Politiker „ohne Pathos und mit kühler Prägnanz“⁹² bei einer stringenteren Wahlstrategie, einer größeren Zurückhaltung von Strauß und einer besseren Medienarbeit ein Feld für sich besetzen können, das den Bundesbürgern strukturell zu allen Zeiten am wichtigsten war: das Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik.⁹³ Zumal gerade die Rolle des Wirtschaftsexperten in der Opposition unbesetzt blieb, weil der „Schatten-Wirtschaftsminister“ Karl-Heinz Narjes überhaupt kein Profil zu gewinnen vermochte. Dass es Barzel nicht gelang, außenpolitisches Profil zu gewinnen, wäre im Sinne einer solchen Wahlkampfstrategie ohne Belang gewesen, denn auf außenpolitischem Gebiet konnte er den Wettbewerb mit Brandt ohnehin nicht bestehen. Mit der im Wahlkampfkonzept nicht vorgesehenen Thematisierung der Außenpolitik verbaute die CDU/CSU ihrem Kanzlerkandidaten aber den Weg zur Profilierung an innenpolitischen Themen. Zudem war das Krisenbewusstsein in der Bevölkerung vor der Ölkrise

(Brandt 24,2 %). Silke I. KEIL, *Wahlkampfkommunikation in Wahlanzeigen und Wahlprogrammen. Eine vergleichende inhaltsanalytische Untersuchung der von den Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD, FDP, B'90/Die Grünen und PDS vorgelegten Wahlanzeigen und Wahlprogrammen in den Bundestagswahlkämpfen 1957–1998*, Frankfurt/M. 2003, S. 292f.

90 Ludolf ELTERMANN (Hg.), *Kanzler und Oppositionsführer in der Wählergunst. Empirische Untersuchungsergebnisse zum Bild der Spitzenpolitiker in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1980, S. 101.

91 EBD., S. 102; *Jahrbuch der öffentlichen Meinung* (wie Anm. 5), S. 335.

92 „Für Rainer Barzel Respekt und Bewunderung“, in: *Deutsches Monatsblatt*, November 1972.

93 Die Forschungsgruppe Wahlen erstellte im November eine Liste der Wahlkampf-Themen, die für die Wähler Priorität besaßen: An der Spitze stand die Preisstabilität mit 83 %, vor der Alterssicherung (60 %) und vor Ruhe und Ordnung (59 %). Die Ostpolitik war nur für 26 % sehr wichtig. Vgl. Dietmar SCHÖSSLER, *Unionsparteien und Modernität. Diskussionsmaterial zur Analyse der Bundestagswahl 1972 und zur Wahlniederlage der CDU/CSU* (Arbeitspapiere zur politischen Soziologie 7), München 1973, S. 23f. (Mehrfachnennungen möglich).

nicht groß genug, um der SPD und vor allem Willy Brandt innenpolitisch das Vertrauen zu entziehen.

Nach der Wahl hatte niemand einen Zweifel daran, dass Barzel ein schwacher Kanzlerkandidat gewesen war. Demnach hatten die 20 % Unentschlossenen das Charisma von Willy Brandt gewählt: „Wo Willy Brandt lauthals bejubelt alte Mütterchen umarmte und kleine Kinder an seine väterliche Wange drückte, blieb Rainer Barzel immer steril, Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle, dem das sachliche Anliegen seines Wahlkampfes geradezu aufs Gesicht geschrieben stand. Er glaubte, solche ‚Mätzchen‘ nicht nötig zu haben.“⁹⁴ Elisabeth Noelle-Neumann meinte nach der Wahl, Barzel sei der falsche Kandidat gewesen.⁹⁵ Der Politikwissenschaftler Max Kaase sprach von einem „Mangel an attraktivem Personal“.⁹⁶ Eine einleuchtende Begründung für ihre Thesen blieben Barzels Kritiker aber schuldig.

Im Rückblick ist für den Historiker leicht zu erkennen, dass allein die besonderen Umstände des Wahljahres 1972 dem Kanzlerkandidaten der Union kaum eine realistische Chance ließen. Erstens hätte die ostpolitische Dynamik im Wahljahr jede im Umbruch befindliche Oppositionspartei vor kaum zu lösende Probleme gestellt. Zweitens erwies sich für die Wahlkämpfer der Koalition die Verknüpfung der Person Willy Brandt mit dem Sachthema Ostpolitik angesichts der außenpolitischen Agenda des Jahres als ein Geschenk, das im regulären Wahljahr 1973 nicht mehr gezogen hätte. Drittens entsprach das konstruktive Misstrauensvotum vom April 1972 zwar der Verfassung, es widersprach aber dem Empfinden gerade älterer Wählerinnen. Und es machte Barzel schon für seine Zeitgenossen zum „Denkmal eines verlorenen Kampfes“⁹⁷, auch wenn die wahren Umstände des Misstrauensvotums damals noch im Verborgenen blieben und auch später eher als eine Fußnote der Geschichte erschienen.

94 Peter Norden, „Wie man Wahlkämpfe nicht verliert“, in „Criticon“, Mai/Juni 1972, S. 130–134, hier S. 130.

95 Vgl. Rainer BARZEL, *Ein gewagtes Leben. Erinnerungen*, Stuttgart-Leipzig 2001, S. 302.

96 Kaase, „Einige Bemerkungen zu Ausgangslage“ (wie Anm. 88).

97 Peter GLOTZ, *Politisches Wrestling – eine Schlachtbeschreibung. Nachtrag zum Bundestagswahlkampf 1994*, in: Bertelsmann-Stiftung (Hg.), *Politik überzeugend vermitteln. Wahlkampfstrategien in Deutschland und den USA. Analysen und Bewertungen von Politikern, Journalisten und Experten*, Gütersloh 1996, S. 25–32, hier S. 26.

Gertrud Wronka

Eine katholische Frauenkarriere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Von Peter Rütters

Einleitung

Frauen, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts geboren wurden, hatten selten die Chance, eigene Lebensentwürfe entwickeln und leben zu können. Die Möglichkeit nahm zwar mit dem Zugang zu höherer Bildung und der Zugehörigkeit zur Mittel- oder Oberschicht zu, doch begrenzten auch dann soziale Normen und Erwartungen Eigenständigkeit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, wenn nicht ein radikaler Bruch mit der eigenen Familie und dem sozialen Umfeld in Kauf genommen wurde. Der Lebenslauf von Gertrud Wronka (1881–1952) kann exemplarisch für einen limitierten Emanzipationsprozess *im* katholischen Milieu stehen. Sie wurde am 27. Oktober 1881 in Allenstein¹ (Ostpreußen) geboren und stammte aus einer katholischen, „begüterten, kulturell gehobenen Bürgerfamilie“.² Die Option für ein eigenständiges Leben, das auch berufliche Eigenständigkeit voraussetzte, konnte Ende des 19. / Anfang des 20. Jahrhunderts nur in wenigen Berufsfeldern verwirklicht werden. Die von Gertrud Wronka gewählte Ausbildung zur Lehrerin war eine dieser Möglichkeiten, auch wenn die Tätigkeit als Lehrerin – nicht für ihr männliches Pendant – während des Kaiserreichs noch eine zölibatäre Lebensweise verlangte.

Ihre Berufswahl führte sie zum Engagement im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL). Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen,³

-
- 1 Heute: Olsztyn in Polen gelegen. Verwendet werden im Text zeitgenössische Ortsnamen.
 - 2 Paula RENGIER, *Gertrud Wronka*, in: Else SCHMÜCKER/Marilone EMMERICH (Hg.), *Lebendige Tradition im Wirken führender Frauen des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen*, Bochum 1960, S. 39–48, hier S. 39. – In einem „Personalfragebogen“ von 1946 gibt sie als Berufsbezeichnung ihres Vaters, Wilhelm Wronka, „Maurer- und Zimmermeister“ an, in: ThHStAW, Personalakte Bestand Volksbildungsministerium, Nr. 34495, Bl. 3f. – Paula Rengier weist noch darauf hin, dass die „Männer“ der Familie Wronka „schon seit langem in der Kommunalpolitik führend waren“ (S. 39).
 - 3 Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) wurde 1885 auf Initiative von Pauline Herber als Verein katholischer Lehrerinnen für Hessen-Nassau, Preußen und Rheinland gegründet. Die Vereinsgründung reagierte nicht zuletzt auf wiederholte Diskriminierungen von Lehrerinnen durch Lehrerorganisationen und Schulräte. Weitere regionale Gründungen nach 1885 führten 1899/1894 zur Schaffung eines reichsweiten Verbandes und zur Umbenennung in Verein katholischer deutscher Lehrerinnen. Kennzeichnend für den VkdL wurden fünf Elemente: (1) die zentrale Bedeutung von Selbsthilfeeinrichtungen, die zunächst im Mittelpunkt der Verbandstätigkeit standen; u. a. wurden geschaffen:

dem Gertrud Wronka seit 1903 angehörte und in dem sie verschiedene Funktionen übernahm, war über lange Zeit eher eine Gesinnungsgemeinschaft mit ausgeprägten mitgliederbezogenen Unterstützungs- und Dienstleistungen denn eine nach „außen“ gerichtete, am politischen Entscheidungsprozeß beteiligte Interessenorganisation. Auch wenn sich das Handlungsspektrum des Vereins insbesondere seit Beginn der Weimarer Republik erkennbar und nachhaltig in diese Richtung veränderte, bewahrte er Distanz sowohl zur christlichen Gewerkschaftsbewegung als auch zum politisch und konfessionell neutralen Deutschen Beamtenbund und dessen Mitgliedsverbänden. Mit der Vereinstätigkeit verband sich für Gertrud Wronka ihr parteipolitisches Engagement. Für das Zentrum war sie während der Weimarer Republik Mitglied des Preußischen Landtags. Nach der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten verlor sie 1933 mit der Auflösung des Preußischen Landtags ihr Mandat, und im September 1933 wurde sie als „national unzuverlässig“ aus dem Schuldienst entlassen. Die hierin zum Ausdruck kommende Distanz zum Nati-

1889 Krankenkasse-Gründung, 1892 Planungen für ein Vereinshaus als Kur- und Erholungsheim für Mitglieder, 1894 Stellenvermittlung für Privatschulen, 1895 Rechtshilfestellen, 1900 Rentenkasse als Pensionszuschusskasse und Haftpflichtversicherung, Standescaritas usw.; (2) eine ausgeprägte Anbindung an den katholischen Klerus; (3) eine berufsethische und familienpädagogische Programmatik, die von ihren Verbandsmitgliedern eine zölibatäre Lebensweise erwartete und das Ideal der unverheirateten Lehrerin schulpolitisch propagierte; (4) Organisierung von Lehrerinnen aller Schularten und Schultypen; (5) Eintreten für eine eigene Mädchenpädagogik, verbunden mit der Ablehnung der Koedukation. Hinzu kam eine nationalistische und konservative Einstellung, wie sie im Zentrum zu finden war. – War der Verein anfangs vor allem eine Selbsthilfeeinrichtung, erweiterte er diese Tätigkeit durch das Angebot von Weiterbildungsmöglichkeiten, die sowohl den berufsspezifischen als auch den allgemeinen Bildungsinteressen der Vereinsmitglieder entsprachen. Mit der Festigung des Vereins entwickelte er erste schulpolitische und berufsständische Ambitionen bereits vor dem Ersten Weltkrieg – z.B. mit der Forderung nach Aufstockung der niedrigen Lehrerinnengehälter, um zumindest 75–80 % des Gehaltsniveaus der unverheirateten männlichen Kollegen zu erreichen; während der Weimarer Republik konnte der VkdL derartige Einflussnahmen nicht zuletzt durch das parlamentarische Engagement einiger seiner Mitglieder verstärken. Als konfessionell gebundene berufs- und standespolitische Interessenvertretung setzte sich der VkdL politisch Anfang der 1920er Jahre vor allem gegen sozialdemokratische und kommunistische Orientierungen ab; als Interessenorganisation, die das Streikrecht ablehnte, hielt sie Distanz zu allen gewerkschaftlichen Organisationen, auch zum Deutschen Beamtenbund. – Kennzeichnend für das Verhältnis der Vereinsmitglieder zum VkdL war, dass er eine „Gesinnungsgemeinschaft alleinstehender Frauen“ war (Birgit SACK, *Zwischen religiöser Bindung und moderner Gesellschaft. Katholische Frauenbewegung und politische Kultur in der Weimarer Republik 1918/19–1933*, Münster 1998, S. 154). Zur Geschichte des VkdL vgl.: *Der Zeit gestellt. 100 Jahre Verein katholischer deutscher Lehrerinnen, 1885–1985*, Essen 1985; Marilone EMMERICH, *90 Jahre Verein katholischer deutscher Lehrerinnen. Rückblick und Ausblick*, Sonderdruck aus „Katholische Bildung“, Heft 12 (1975), S. 641–653; Ernst CLOER, *Sozialgeschichte, Schulpolitik und Lehrerfortbildung der katholischen Lehrerverbände im Kaiserreich und in der Weimarer Republik*, Ratingen 1975, S. 160–188; SACK, *Zwischen religiöser Bindung*, S. 113–157.

onalsozialismus, die sich während der NS-Zeit nicht veränderte, resultierte zum Teil aus ihrem parteipolitischen Engagement, in erster Linie jedoch aus ihrer sozialen und mentalen Verankerung im VkdL, in dessen Rahmen sich ihr weltanschaulich-religiös fundierter Dissens zum Nationalsozialismus festigen konnte.⁴ Der VkdL fungierte nach 1933 als ein Dissens und Resistenz zum Nationalsozialismus stabilisierendes und gegen ihn immunisierendes Netzwerk; in dieser Funktion war er zwar nicht der Ort und der institutionelle Rahmen systemgefährdenden Widerstandes, aber ein Reservat christlich-religiöser Werteorientierung in Abgrenzung zum Nationalsozialismus und für die Zeit ‚danach‘. Gertrud Wronkas Bemühen, unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder als Lehrerin tätig zu werden, die Übernahme eines Abgeordnetenmandats für die CDU im Thüringischen Landtag und später die Aufnahme ihres Engagement für den VkdL verweisen auf die Kontinuität ihrer religiösen, weltanschaulichen und politischen Orientierung.

Familiärer Hintergrund, Schul- und berufliche Ausbildung

Schulbildung und berufliche Ausbildung Gertrud Wronkas wie auch ihr beruflicher Werdegang entsprachen ihrer Herkunft aus einer Handwerkerfamilie, die den lokalen Honoratioren zugerechnet wurde und die eine starke Verwurzelung im Katholizismus⁵ hatte. Darüber hinaus bestimmten zeittypische geschlechts-, schicht- und ortsspezifische Beschränkungen die schulischen und beruflichen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Dem Besuch der Städtischen höheren Mädchenschule in Allenstein (1. Oktober 1887 bis 1. Oktober 1897) folgte von Oktober 1897 bis Oktober 1900 eine Ausbildung am Lehrerinnenseminar der katholischen Marienschule in Danzig.⁶ Initiiert und geleitet

4 Zur Bedeutung des katholischen Milieus für Dissens zum und Resistenz gegenüber dem Nationalsozialismus vgl. Cornelia RAUH-KÜHNE, *Katholikinnen zwischen Vereinnahmung und Resistenz*, in: Christl WICKERT (Hg.), *Frauen gegen die Diktatur – Widerstand und Verfolgung im nationalsozialistischen Deutschland*, Berlin 1995, S. 34–51. Vgl. zu ähnlichen Lebensläufen katholischer Lehrerinnen, die dem VkdL angehörten, die Biographien von Andreas GRAU über *Mathilde Gantenberg* und *Helene Rothländer*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004, S. 205–208 und S. 417–421.

5 Mit etwas mehr als 15 % Bevölkerungsanteil (1925) bildeten Katholiken in Ostpreußen eine Minderheit. Auch im Regierungsbezirk Allenstein, in dem der Anteil von Katholiken an der Bevölkerung mit etwa 26 % etwas höher lag, bot sich im Prinzip kein anderes Bild. Lokale Ausnahmen im Regierungsbezirk Allenstein waren Allenstein (Stadtkreis), Allenstein (Kreis) und Rössel mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von 62 %, 93 % und 89 %.

6 Zu den biographischen Grunddaten vgl. *Wer ist's?*, IX. Ausgabe, Berlin 1928, S. 1730; *Handbuch für den Preußischen Landtag*. Ausgabe für die 1. Wahlperiode, Berlin, April 1921, S. 319; ferner den Nachruf von M. SCHMITZ, *Gertrud Wronka †*, in: *Katholische Frauenbildung. Organ des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen*, 53 (1952), S. 753;

wurde das Lehrerinnenseminar von Marie Landmann,⁷ einem führenden Mitglied des VkdL. Mit der Befähigung „zum Unterricht an mittleren und höheren Mädchenschulen“ schloss Gertrud Wronka diese Ausbildung ab,⁸ die ihr einen der wenigen Berufswege eröffnete, die jungen Frauen aus bürgerlichen Familien die Möglichkeit boten, „relative Statussicherheit, Bildung und Unabhängigkeit miteinander zu verbinden“.⁹ Die Begrenzung der schulischen Bildung auf eine höhere Mädchenschule sowie der Lehrerin-Ausbildung auf den Besuch eines Lehrerinnen-Seminars resultierten aus den Bildungsschranken für Mädchen und Frauen im preußischen Schul- und Hochschulwesen. Erst als 1908 auch in Preußen Frauen der Zugang zu den Universitäten geöffnet wurde, fiel eine wichtige Barriere dieser geschlechtsspezifischen Bildungs- und Berufsbegrenzung.¹⁰ Dass Gertrud Wronka, nachdem sie für ein Jahr (1901/1902) im rheinisch-katholischen Bonn an einer höheren Mädchenschule, anschließend in Danzig an der Marienschule (1902–1905), schließlich an der Städtischen höheren Mädchenschule in Allenstein (1905–1909) unterrichtet hatte, die Chance einer weiterqualifizierenden Universitätsausbildung noch im 28. Lebensjahr ergriff, indem sie, beurlaubt von ihrer Schultätigkeit, von Ostern 1909 bis 1913 an der Universität Breslau Mathematik und Naturwissenschaften (Chemie, Physik) studierte und diese Studien mit dem Oberlehrer/innen-Examen abschloss, steht exemplarisch für ein ausgeprägtes und bis dahin institutionell behindertes Bildungs- und Qualifizierungsbestreben von Frauen.¹¹ Von 1913 bis zu ihrer am 29. September 1933 erfolgten Entlassung aus dem Schuldienst im Verlauf der nationalsozialistischen Machtergreifung war sie als Oberlehrerin/Studienrätin, ab 1925 als Oberstudienrätin in Allenstein an der Luisenschule, Städtisches Lyzeum und Oberlyzeum, tätig. Unterbrochen

RENGIER, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 2); Heike STANGE, *Die parlamentarische Arbeit von Frauen in Thüringen und ihre politischen Biographien*, in: „Jetzt endlich können die Frauen Abgeordnete werden!“ *Thüringer Parlamentarierinnen und ihre Politik*, hg. vom Thüringer Landtag (Schriften zur Geschichte des Parlamentarismus in Thüringen 20), Weimar 2003, S. 47–88 (Gertrud Wronka: S. 75–80).

7 Zu Marie Landmann vgl. M. WILKENS, *Marie Landmann*, in: SCHMÜCKER/EMMERICH (Hg.), *Lebendige Tradition* (wie Anm. 2), S. 33–38.

8 Abschrift Prüfungs-Zeugnis der königlichen Prüfungs-Kommission für Lehrerinnen, Danzig 20.10.1900, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 20.

9 SACK, *Zwischen religiöser Bindung* (wie Anm. 3), S. 29.

10 Zur Entwicklung des Frauenstudiums vgl. Claudia HUERKAMP, *Bildungsbürgerinnen. Frauen im Studium und in akademischen Berufen 1900–1945*, Göttingen 1994, S. 75ff.

11 Der VkdL versuchte, auf Qualifizierungsdefizite einzugehen, indem er eine Unterstützungskasse einrichtete, zunächst im Rahmen der 1903 geschaffenen und mit einem Sonderbeitrag von 1 RM im Jahr finanzierten „Abteilung für höhere Mädchenbildung“, seit 1907 durch den eigens für Studienunterstützungen geschaffenen Hildegardisverein; vgl. *Abteilung für höhere Mädchenbildung im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen 1903–1928 – Festschrift*, Paderborn 1928, S. 7.

wurde diese Schultätigkeit nur in den Jahren 1917/18, als sie die staatliche Fürsorge für Munitionsarbeiterinnen im Ermland leitete.¹²

Während ihrer Ausbildung im Lehrerinnen-Seminar der Danziger Marienschule entwickelte Gertrud Wronka eine enge Arbeitsbeziehung mit der Schulleiterin Marie Landmann, die sie für die Probleme und Aufgaben einer höheren Mädchenbildung sensibilisieren konnte und für eine aktive Mitarbeit im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen gewann. Spätestens 1903 (vielleicht schon 1900) trat Gertrud Wronka dem VkdL bei, der für ihr schul- und gesellschaftspolitisches Engagement wie auch für ihre religiöse, weltanschauliche und politische Orientierung den zentralen biographischen Bezugspunkt bilden sollte. Der Verein vermochte eine weitreichende Bindung und Verpflichtung seiner Mitglieder nicht zuletzt dadurch zu erreichen, dass er eine das Vereinsleben bestimmende religiöse (katholische) Ausrichtung mit der programmatischen Forderung nach einer eigenständigen Mädchenbildung und -pädagogik verband, die wiederum berufs- und verbandspolitisch mit der Erwartung an eine zölibatäre Lebensform der Lehrerinnen verknüpft wurde.¹³ Gertrud Wronka, die unverheiratet blieb und keine Kinder hatte, entsprach dieser – statutarisch nicht verankerten – Verbandserwartung.

Engagement im Verein katholischer deutscher Lehrerinnen (VkdL) und in der Deutschen Zentrumspartei

Angeregt durch ihre Mentorin Marie Landmann, die 1903 eine Abteilung für höhere Mädchenbildung innerhalb des VkdL aufbaute und bis 1921 leitete, beteiligte sich Gertrud Wronka an dieser Tätigkeit. Für sie wurde innerhalb des VkdL das Engagement für die Ausgestaltung einer höheren (nicht-koedukativen) Mädchenbildung zum wichtigsten Betätigungsfeld, das sie auch nach außen, im Rahmen ihrer parteipolitischen Aktivitäten vertrat. Innerhalb des Verbandes wurde sie 1922 stellvertretende Vorsitzende der Abteilung für höhere Mädchenbildung. Sie übernahm ab Ende 1924 den Vorsitz der Abtei-

12 Vgl. SCHMITZ, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 6).

13 Zur Funktion zölibatärer Lebensform vgl. SACK, *Zwischen religiöser Bindung* (wie Anm. 3), S. 30f.; HUERKAMP, *Bildungsbürgerinnen* (wie Anm. 10), S. 215–228; für die Bedeutung im VkdL auch CLOER, *Sozialgeschichte* (wie Anm. 3), S. 164ff. – Erst Anfang der Weimarer Republik, mit der Weimarer Verfassung, Art. 128, Abs. 2, wurde die beamtenrechtliche Bestimmung, dass Lehrerinnen unverheiratet zu sein und nach einer Heirat aus dem Schuldienst auszuschneiden hatten („Beamtenzölibat“), aufgehoben und in dieser Hinsicht eine Gleichstellung mit Lehrern erreicht. Diese Verfassungsregelung wurde jedoch durch das Personalabbaugesetz für die Jahre 1923 bis 1929 außer Kraft gesetzt; der „Beamtenzölibat“ wurde im Mai 1932 erneut eingeführt mit dem Gesetz über die Gleichstellung der weiblichen Beamten, vgl. HUERKAMP, *Bildungsbürgerinnen* (wie Anm. 10), S. 216ff.; SACK, *Zwischen religiöser Bindung* (wie Anm. 3), S. 114, 339–343.

lung,¹⁴ als die damalige erste Vorsitzende, Maria Wilkens, ihr Universitätsstudium fortsetzte.¹⁵ Neben diesem berufspädagogisch bestimmten Tätigkeitsschwerpunkt im VkdL baute Gertrud Wronka seit 1916 den Zweigverein (Ortsverein) des VkdL in Allenstein auf, den sie von 1916 bis 1928 als Vorsitzende leitete. Daneben war sie seit 1915 auch Landesvertreterin für Ostpreußen im VkdL. Aufgrund dieser Funktion und ihrer Vorstandstätigkeit in der Abteilung für höhere Mädchenbildung gehörte sie dem geschäftsführenden Ausschuss und somit der Leitung des VkdL an. Ohne Zweifel war Gertrud Wronka während der Weimarer Republik eine der einflussreichen Funktionärinnen des VkdL. Ihre Stärken und ihr Einfluss lagen jedoch nicht im Bereich programmatischer und konzeptioneller Verbandsarbeit, sondern auf dem Gebiet pragmatischer und organisatorischer Aktivitäten. Diese betrafen nicht nur den lokalen Organisationsaufbau, sondern auch innerverbandliche Informations-, Bildungs- und Weiterbildungsangebote für die Mitglieder wie auch die Vertretung von verbandspolitischen Positionen zu schulpolitischen Problemen nach außen. Verbandspositionen vermochte Gertrud Wronka durch ihre Mitgliedschaft in der Deutschen Zentrumspartei und ihr Abgeordnetenmandat in der Preußischen Landesversammlung und im Preußischen Landtag vertreten.

Mitglied der Deutschen Zentrumspartei wurde Gertrud Wronka 1918,¹⁶ als die Einführung des allgemeinen Frauenwahlrechts ein parteipolitisches Engagement für Frauen attraktiv machte und den Zugang zu einflussreichen innerparteilichen Funktionen und parlamentarischen Mandaten eröffnete. Zwar stellte der VkdL in seiner Satzung und in seinen allgemeinen Stellungnahmen keine parteipolitische Präferenz heraus,¹⁷ doch angesichts der festen Verankerung im katholischen Glauben und im katholischen Milieu bestand für ein politisch engagiertes Vereinsmitglied wohl keine Alternative zum Zentrum oder zur Bayerischen Volkspartei. Politisches Engagement, Wahlbeteiligung

14 Zu den Daten vgl. VkdL, *Bericht über die Vereinsarbeit aus den Jahren 1922–25*, Paderborn o.J., S. 27; hingegen wird in *Abteilung für höhere Mädchenbildung* (wie Anm. 11), S. 13 der Rücktritt Maria Wilkens vom Amt der 1. Vorsitzenden für das Jahr 1926 angegeben; ferner mit zum Teil variierenden Daten bei RENGIER, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 2), S. 41f., und STANGE, *Parlamentarische Arbeit* (wie Anm. 6), S. 75.

15 Als sich Maria Wilkens ab 1931 wieder intensiver der Verbandsarbeit zuwenden konnte, wurde sie zur „geschäftsführenden“ Vorsitzenden (eine neu geschaffene Funktion) bestellt, während Gertrud Wronka weiterhin 1. Vorsitzende blieb.

16 Vgl. die Angaben im „Personalfragebogen“, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 3f.

17 Deutlich formulierte der VkdL im April 1933 seine Position: „Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen ist selbst stets politisch neutral und an keine Partei gebunden gewesen. Er hat nie nach der Parteizugehörigkeit seiner Mitglieder gefragt; die Zugehörigkeit zu einer von der Kirche verbotenen Partei, wie der Sozialdemokratie und die kommunistische Partei es stets waren, war selbstverständlich für seine Mitglieder ausgeschlossen.“, in: *Mädchenbildung auf christlicher Grundlage*, 29 (1933), 6, S. 260–267, hier S. 263 („Zur Frage der Berufsorganisation“); ferner: *Wochenschrift für katholische Lehrerinnen*, 46 (23.4.1933), 16, S. 146.

und die Übernahme politischer Mandate wurden vom VkdL gefördert und unterstützt. Dennoch ist es bemerkenswert, dass ein kaum 20.000 Mitglieder zählender Verband¹⁸ mit Abgeordneten im Reichstag, im Preußischen Landtag und in den Landtagen von Baden und Bayern,¹⁹ mit Vertreterinnen in Provinziallandtagen und Stadtverordnetenversammlungen sowie Beamtinnen (u.a.) in der Ministerialverwaltung des Preußischen Wohlfahrts- und Preußischen Kultusministeriums vertreten war.²⁰ Es sollte jedoch nicht übersehen werden, dass es sich bei einigen dieser Frauen um „Multifunktionärinnen“ handelte, die Spitzenfunktionen in zwei und mehr Organisationen innehatten; die verbandspolitische Repräsentation war daher nicht auf den VkdL beschränkt und Partei- und Parlamentsmandate resultierten nicht (nur) aus ihm.

Gertrud Wronka wurde nicht als Direktkandidatin, sondern über die Landeswahlvorschläge der preußischen Zentrumspartei in die verfassungsgebende Preußische Landesversammlung (1919–1921) und in den Preußischen Landtag (1921–1933) gewählt; sie war von 1919 bis 1933 Mitglied der Zentrumsfraktion des Landtags. Ihre berufliche Kompetenz und ihr verbandsgeprägtes Interesse an schulischen Fragen konnte sie im Unterrichts-ausschuss, dem sie während ihrer fast 14-jährigen Parlamentsmitgliedschaft angehörte, einbringen.

Die Themen, zu denen Gertrud Wronka sich im Preußischen Landtag in erster Linie äußerte, betrafen schul- und erziehungspolitische Fragen. Emphatisch trat sie, gemäß dem Selbstverständnis des VkdL, bereits in einer ihrer ersten Reden im Preußischen Landtag für ein Verständnis von Gleichberechtigung ein, dass die Gleichwertigkeit der Geschlechter meint, aber nicht ihre Gleichartigkeit bedeute. In diesem Sinn hielt sie „es für das größte Unglück

18 Vgl. *Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reiche*, Hg. von der Reichsarbeitsverwaltung, Ausgabe 1925 (30. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), Berlin 1925, S. 157; *Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reiche*, bearb. im Statistischen Reichsamte, Hg. vom Reichsinnenministerium, Ausgabe 1930 (52. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), Berlin 1930, S. 226.

19 Zu den Reichstags- und Landtagsmitgliedern vgl. die biographischen Informationen in SACK, *Zwischen religiöser Bindung* (wie Anm. 3), S. 410–423. Von den dort aufgeführten 38 Kurzbiographien von weiblichen Reichstags- und Landtagsabgeordneten des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei waren 14 zumindest Mitglieder, die meisten leitende Funktionärinnen des VkdL. – Beispielsweise wurden bei den Wahlen zum Preußischen Landtag am 24.4.1932 allein 7 Abgeordnete mit VkdL-Bindung ins Parlament gewählt, vgl. *Mädchenbildung auf christlicher Grundlage – Organ der Abteilung für höhere Mädchenbildung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen und des Verbandes katholischer deutscher Philologinnen*, 28 (2.5.1932), 9, S. 278. – Funktionen im VkdL waren für die politisch engagierten Lehrerinnen meistens nicht die einzige Form verbandlicher Organisation und Interessenvertretung, insbesondere der Katholische Deutsche Frauenbund war eine wichtige Institution, über die ebenfalls gesellschaftlicher Einfluss, politische Relevanz und parlamentarische Repräsentanz vermittelt wurden.

20 Vgl. die Aufzählung in: *Abteilung für höhere Mädchenbildung* (wie Anm. 11), S. 14.

für unser Volk ..., wollte die Frau ihre Eigenart vergessen“. Sie trat dafür ein, dass die Erziehung diese „Eigenart“ zu unterstützen habe, und plädierte für eine Ablehnung der Koedukation.²¹ Um eine geschlechtsdifferenzierte Erziehung und Schulbildung zu ermöglichen, trat sie für die Beibehaltung von besonderen Mädchenschulen (Lyzeen und Oberlyzeen) ein, ohne allerdings damit Abstriche am Ausbildungsniveau gegenüber Knabenschulen zulassen zu wollen.²² Sie setzte sich für die Beibehaltung von (katholischen) Konfessionsschulen ebenso ein wie sie eine Abschaffung des Religionsunterrichts ablehnte und für eine Förderung von Privatschulen (u.a. katholische Klosterschulen) plädierte.²³ Das zum programmatischen Selbstverständnis des VkdL zählende Eheverbot für Lehrerinnen war auch während der Weimarer Republik Richtschnur für Gertrud Wronkas Wirken im preußischen Parlament, als sie gegen einen Runderlass des Ministers für Kunst und Wissenschaft (18. Juni 1920), der entsprechend den Gleichheitsgrundsätzen der Weimarer Verfassung eine beschäftigungsmäßige Diskriminierung von Lehrerinnen nach der Heirat untersagte, polemisierte und feststellte, „daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland für die Beibehaltung der Eheklausel im Amtsvertrage der Lehrerin sprechen, besonders aus dem Grunde, weil wir bevölkerungspolitisch weder qualitativ noch quantitativ etwas Bedeutendes aus Lehrerinnenehen zu erwarten hätten“.²⁴

Die politische Haltung Gertrud Wronkas folgte dem konservativ-nationalistischen Gesellschafts- und Staatsverständnis des VkdL und traf sich mit mehrheitlich im Zentrum vertretenen Einstellungen und Positionen. Eine patriotisch-nationalistische Haltung, verbunden mit ostpreußischem Regionalismus, motivierte seit 1918/19 ihr politisches Engagement; es bildete auch die Antriebsfeder für eine nachdrückliche Wahlpropaganda im Vorfeld der vom

21 Sitzungsbericht der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, 95. Sitzung (11.12.1919), Sp. 7860.

22 Das Plädoyer für die Mädchenbildung konnte nicht ohne Überhöhung auskommen, wenn Gertrud Wronka von einer „besonderen Kulturaufgabe“ der Frau sprach und wenn sie als Erziehungsaufgabe der Schule ausgab: „Jede Möglichkeit, die Frauen zu bilden, d.h. sie für ihre besonderen weiblichen Aufgaben in Familie und Volksgemeinschaft mit geistiger und sittlicher Kraft auszurüsten, muß wahrgenommen werden; denn gerade in unserer Zeit scheint mir die Mission der Frau wichtiger und heiliger zu sein denn je.“ Sitzungsbericht des Preußischen Landtags, 1. Wahlperiode, 82. Sitzung, Sp. 5847.

23 Vgl. EBD., 55. Sitzung, Sp. 3728f. – Allerdings wurde die Forderung nach Erhalt und finanzieller Unterstützung von Privatschulen auch schulpolitisch und didaktisch von ihr begründet, wenn sie in ihnen einen „wichtigen Kulturfaktor“ sah, da sie es oft wären, „die im Unterrichts- und Erziehungswesen neue Wege gewiesen und ihre Gangbarkeit erprobt haben. Den Privatschulen“, so ihre Schlussfolgerung, „verdanken wir es zum großen Teil, daß unser Schulwesen nicht erstarrt ist, sondern sich den Aufgaben der verschiedenen Zeiten und Gegenden leicht anzupassen vermag“, EBD., Sp. 3729.

24 Sitzungsbericht der verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung, 157. Sitzung (23.9.1920), Sp. 12444.

Versailler Vertrag für 1920 bestimmten Volksabstimmung über die Zuordnung des Masurengebietes zu Deutschland oder zu Polen.²⁵ Dieser Patriotismus, den sie jedoch gegen „chauvinistische Launen“ abzugrenzen wusste,²⁶ ging bei Gertrud Wronka einher mit einem konservativ-organizistischen, anti-individualistischen und anti-liberalen Staatsverständnis, das den „tiefsten Sinn der Demokratie“ darin sah, „daß jedes Glied der Staatsgemeinschaft sich des Ganzen bewußt ist und daß das Streben jedes Einzelnen auf das Ganze gerichtet ist“.²⁷ Trotz einer intensiven parteipolitischen und parlamentarischen Tätigkeit im Preußischen Landtag, der von der stabilen Kooperation von Zentrum und Sozialdemokratischer Partei getragen wurde, blieb das Gesellschafts-, Staats- und Politikverständnis Gertrud Wronkas ambivalent gegenüber den Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Sie forderte die parteipolitische Neutralität der Lehrer in der Schule. Sie sah, dass „die Schule ... unter der Politik“ leide, da „es Lehrer gibt, die die doch so selbstverständliche Pflicht leugnen, ihre Schüler zum Staat, und zwar zu dem Staat zu erziehen, in dem wir leben“²⁸. Dieser Anerkennung der Weimarer Republik oder vielleicht nur des Weimarer Staates stand jedoch ein Erziehungsideal gegenüber, nach dem Menschen „über allen Parteienhader und allen Parteienhaß hinauswachsen werden zu einem einigen freien deutschen Volk“²⁹ und das die Voraussetzungen und Bedingungen einer interessen- und parteienpluralistischen Gesellschaft (noch) nicht akzeptiert hatte.

Die parlamentarische Tätigkeit Gertrud Wronkas ging einher mit einem Engagement in der Preußischen Zentrumspartei,³⁰ auf deren Parteitag sie bereits 1920 zum Thema „Die Frau und das Zentrum“ ein Referat hielt. Spätestens seit 1920 war sie Mitglied des 16-köpfigen Vorstands der Preußischen Zentrumspartei. In dieser Funktion gehörte sie mit zu den Unterzeichnern der Wahlaufrufe der Partei zu den Landtagswahlen vom 7. Dezember 1924 und vom 21. April 1928. Ihre einflussreiche regionale Position trug dazu bei, dass sie auf den Reichsparteitagen 1922, 1925 und 1928 als Delegierte vertreten war und jeweils Mitglied des Reichsparteiausschusses wurde.³¹

Während Gertrud Wronka von ihrer parlamentarischen Tätigkeit und von parlamentarisch behandelten Sachfragen, wenn auch nicht regelmäßig, so doch

25 Vgl. RENGIER, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 2), S. 41.

26 Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 3. Wahlperiode, 156. Sitzung (3.4.1930), Sp. 13342.

27 EBD., 2. Wahlperiode, 166. Sitzung (10.5.1926), Sp. 11507.

28 EBD., 3. Wahlperiode, 156. Sitzung (3.4.1930), Sp. 13342.

29 EBD., 4. Wahlperiode, 31. Sitzung, Sp. 2433–2438.

30 Zum Zentrum in Preußen vgl. Herbert HÖMIG, *Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979; hier auch die folgenden Angaben auf S. 90, 121, 155, 223.

31 Vgl. SACK, *Zwischen religiöser Bindung* (wie Anm. 3), S. 424–428.

ab und an in den Publikationsorganen des VkdL³² berichtete, sparte sie ihre Parteitätigkeit außerhalb des Parlaments in ihrer Berichterstattung aus.

Ablehnung des Nationalsozialismus – Verfolgung

Angesichts des aufkommenden und seit den Reichstagswahlen von 1930 an Einfluss gewinnenden Nationalsozialismus setzte sich der VkdL 1931 und 1932 intensiver mit der nationalsozialistischen Ideologie auseinander. 1931 befasste sich eine Arbeitsgruppe mit dem „Ideengehalt des Nationalsozialismus im heutigen Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Erziehungsfrage“³³ und stellte ihre Ergebnisse, eine politisch und pädagogisch begründete Ablehnung des Nationalsozialismus, auf der 46. Mitglieder- und Delegiertenversammlung des VkdL, Pfingsten 1931, vor. Auf der 47. Hauptversammlung im folgenden Jahr (1932) debattierte die Abteilung für höhere Mädchenbildung im Rahmen eines Referates zum Thema „Die höhere weibliche Bildung der Gegenwart als Problem und Aufgabe“ über die Erziehungsvorstellungen von Kommunismus und Nationalsozialismus.³⁴ In einer Entschließung der Abteilung für höhere Mädchenbildung im VkdL distanzierte sich diese von der vom Nationalsozialismus vertretenen „heidnischen Rassenreligion“ und forderte eine konfessionell gebundene Volks- und höhere Mädchenschule. Damit war zwar kein politisch und demokratisch motivierter, jedoch ein aus dem religiösen Selbstverständnis und der christlich-katholischen Verpflichtung und Bindung resultierender Gegensatz zum Nationalsozialismus konstatiert, der trotz einiger Anpassungsbemühungen des VkdL nach 1933 nicht überbrückt werden konnte.

Distanz und Ablehnung gegenüber dem Nationalsozialismus bestimmten die Haltung Gertrud Wronkas bereits vor 1933. Neben ihren parlamentarischen Erfahrungen im Preußischen Landtag dürfte der religiös geprägte Dissens zur nationalsozialistischen Ideologie dafür ausschlaggebend gewesen sein. In einer nach 1945 abgegebenen Erklärung, die sich in ihrer Personalakte im Volkbildungsministerium befindet, charakterisierte sie ihre Tätigkeit wie folgt: „In den politischen Versammlungen nahm neben der Darlegung des politischen Willens und Schaffens der Zentrumspartei – besonders in den letzten 5 Jahren meiner politischen Tätigkeit – die Aufklärung der Bevölkerung über die wahr-

32 *Halbmonatsschrift für katholische Lehrerinnen; Wochenschrift für katholische Lehrerinnen; Mädchenbildung auf christlicher Grundlage.*

33 Vgl. Bericht der Arbeitsgruppe III in: *Wochenschrift für katholische Lehrerinnen*, 44. (5.7.1931), 24, S. 253f.; ferner: *Die 46. und 47. Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen. Pfingsten 1931 zu Marburg; Pfingsten 1932 zu Essen.* Nach den Niederschriften zusammengestellt von der Hauptgeschäftsstelle des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen, Paderborn o.J. [1932], S. 34ff.

34 Vgl. EBD., S. 208–228.

ren Ziele der NSDAP und der Kampf gegen ihre Prinzipien und Methoden einen beträchtlichen Raum ein.“³⁵

Während der VkdL sich unter dem im Juli 1933 zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich geschlossenen Konkordat bis zu seiner Zwangsauflösung am 23. August 1937 einer personellen Gleichschaltung und einer organisatorischen Integration in den NSLB entziehen konnte, allerdings um den Preis, dass auf eine berufsständische und berufspolitische Interessenvertretung verzichtet wurde,³⁶ war Gertrud Wronka bereits 1933 mit Sanktionen des machtergreifenden und gleichschaltenden NS-Systems konfrontiert. Mit der Auflösung des Preußischen Landtags verlor sie ihr Abgeordnetenmandat; das Parteienverbot im Sommer 1933 beendete ihre Mitgliedschaft und Funktionen in der Zentrumspartei; schließlich wurde sie durch Erlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 29. September 1933 zum 1. Oktober 1933 wegen „nationalsozialistischer Unzuverlässigkeit aus dem Schuldienst entlassen.“³⁷

Mit diesen Sanktionen war für Gertrud Wronka ihr Wirkungsfeld weitgehend auf die Leitung der Abteilung für höhere Mädchenbildung und auf Aktivitäten im katholischen Milieu ihrer Heimatregion eingeschränkt.³⁸ Noch auf der Hauptversammlung des VkdL im Jahr 1935 hielt Gertrud Wronka ein Referat mit dem Titel „Unsere Gemeinschaft in der Aufgabe der Gegenwart“, in dem sie Position und Funktion des Vereins und seiner Mitglieder zu bestimmen

35 „Schriften und Reden“, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 6.

36 Der VkdL verzichtete im Frühjahr 1933 nicht darauf, sich affirmativ zum Nationalsozialismus, zur sog. Machtergreifung und zum Prozess der Gleichschaltung zu verhalten, vgl. z.B.: „Auf verschiedene Anfragen“, in: *Wochenschrift für katholische Lehrerinnen*, 46 (23.4.1933), 16, S. 146. Der Verein vermochte es, unter Aufgabe seiner berufspolitischen und schulpolitischen Ambitionen und durch die Beschränkung auf religiöse Bildungsarbeit seine Existenz bis 1937 aufrechtzuerhalten, mehr oder weniger geschützt durch das Konkordat. Bemerkenswert ist, dass trotz erheblicher Pressionen auf die einzelnen Mitglieder dem VkdL bis 1937 noch etwa 11.000 Lehrerinnen die Treue hielten, d.h. weit mehr als die Hälfte der Mitglieder im Vergleich zum Jahr 1932. – Vgl. Elisabeth MLEINEK, *Der Verein katholischer deutscher Lehrerinnen im Kampf gegen den Nationalsozialismus*, Berlin-Adlershof 1948; DIES., *Eine Berufsorganisation im Ringen um ihre Ziele*, in: *Katholische Frauenbildung*, 61 (1960), 1, S. 7–16; Marilone EMMERICH, *Aus der Geschichte des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen. Das Jahr 1937: vor und nach der Auflösung durch die NS-Regierung*, in: *Katholische Bildung*, 98 (1997), 3, S. 97–116.

37 Vgl. Abschrift der Entlassungsurkunde vom 29.9.1933, gez. Dr. Stuckart, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 18; ferner Abschrift eines Personalfragebogens der CDU-Thüringen (ohne Datum), in: ACDP 03-031-304 (LV Thüringen), Bl. 3. Grundlage der Entlassung bildete das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7.4.1933, § 4, in: RGBl. 1933 I, S. 175–177. – Nach der Regelung dieses Gesetzes erhielt Gertrud Wronka noch für drei Monate ihre bisherigen Bezüge, danach nur noch eine auf drei Viertel des Ruhegehalts gekürzte Pension; vgl. auch die Angaben in „Military Government of Germany – Fragebogen“ vom 30.7.1945, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 2.

38 Vgl. RENGIER, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 2), S. 42f.

suchte.³⁹ Die Zwangsauflösung des VkdL, mit dem sie sich weitreichend identifizierte, bedeutete für sie einen Verlust von „Heimat“.⁴⁰

Gertrud Wronka gehörte zu der Vielzahl von ehemaligen Abgeordneten und politischen Mandatsträgern, die die Gestapo im Vollzug der Aktion „Gewitter/Gitter“ nach dem am 20. Juli gescheiterten Attentat auf Hitler verhaftete. Nach den Angaben in dem zitierten Fragebogen von 1945 war sie vom 22. August bis 11. Oktober 1944 im Polizeigefängnis von Allenstein inhaftiert.⁴¹ Ob sie aus ihren früheren parteipolitischen Aktivitäten Verbindungen zu den Widerstandskreisen des 20. Juli hatte, geht aus den vorhandenen Unterlagen nicht hervor. Doch scheint dies nicht wahrscheinlich, zumal sich auch sonst keine Hinweise finden auf ein Engagement, das sie mit Widerstandskreisen und -gruppen verbindet und das über die Arbeit im VkdL, die Aufrechthaltung von Verbindungen mit gleichgesinnten Vereinsmitgliedern auch nach Auflösung des VkdL im Jahr 1937 und schließlich katholische Gemeindefarbeit hinausging.⁴²

Politischer und beruflicher Neuanfang nach 1945 in Thüringen und Nordrhein-Westfalen

Am 21. Januar 1945 flüchtete Gertrud Wronka gemeinsam mit Familienmitgliedern – einem acht Jahre älteren Bruder und dessen jüngster Tochter – „beim Einrücken der Russen“ aus Allenstein.⁴³ Auf welchen Wegen sie nach Thüringen fand und warum sie bis März/April 1948 in Weimar blieb, lässt sich aus den vorhandenen Unterlagen nicht erschließen. Deutlich wird indes, obgleich inzwischen bereits 64 Jahre, ihr Bestreben, beruflich und politisch wieder tätig zu werden.

39 Vgl. EMMERICH, *90 Jahre Verein katholischer deutscher Lehrerinnen* (wie Anm. 3), S. 644.

40 Vgl. SCHMITZ, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 6), S. 753. – Birgit Sack hat auf die besondere Bedeutung des Verbandes aufmerksam gemacht: „Die katholischen Lehrerinnenverbände waren mehr als berufliche Interessenvertretungen; sie definierten sich zugleich über eine kirchlich-religiös fundierte Lebensform, die ihnen eine Identifikation jenseits der bürgerlichen Arbeits- und Rollenverteilung bot. ... Der Umstand, dass der VkdL nicht nur ein Berufsverband, sondern auch Gesinnungsgemeinschaft alleinstehender Frauen war, ist m.E. auch ein entscheidender Grund dafür, dass die Mitglieder dem Verband nach 1933 auch nach dem Verbot der Doppelmitgliedschaft [das Verbot, in NSLB und VkdL Mitglied zu sein, erfolgte 1936] die Treue hielten“, SACK, *Zwischen religiöser Bindung* (wie Anm. 3), S. 154.

41 Vgl. „Military Government of Germany – Fragebogen“ vom 30.7.1945, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 2.

42 Vgl. RENGIER, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 2), S. 42f.

43 Schreiben Gertrud Wronka an den Bürgermeister der Stadt Weimar, 1.5.1945, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 8.

Bereits am 1. Mai 1945 richtete sie, angeregt durch einen Aufruf in der „Hessischen Post“, ein Bewerbungsschreiben an den Bürgermeister von Weimar, um ihre Dienste als Lehrerin anzubieten. Wegen der Ablösung der amerikanischen durch die sowjetische Besatzung in Thüringen verzögerte sich ihre Einstellung in den Schuldienst bis September 1945, obgleich – wie es im Beschlussentwurf des thüringischen Landesamtes für Volksbildung vom 4. September 1945 heißt – Gertrud Wronka „im Hinblick auf ihre frühere Stellung und ihre politische Haltung ... für die Anstellung als Studienrätin besonders geeignet“ sei.⁴⁴ Vom 17. Oktober 1945 bis zum 1. April 1948 war Gertrud Wronka auf eigenen Wunsch in einer Volksschule beschäftigt. Zwar hätte sie schon bald die Gelegenheit gehabt, zu einer höheren Schule zu wechseln. Doch nachdem sie 12 Jahre nicht unterrichtet hatte, glaubte sie, den qualitativen Anforderungen in der Oberschule nicht gewachsen zu sein. Ihre Beschäftigung in einer Volksschule sah sie gleichzeitig als begründet an, da ein anspruchsvoller Mathematik- und Physik-Unterricht in den höheren Klassen der Volksschule eine „akademische Lehrkraft“ erfordere.⁴⁵

Während sie sich 1945 um eine Anstellung als Lehrerin bewarb, nahm Gertrud Wronka ihr politisches Engagement wieder auf. Nach 12 Jahren politischer Abstinenz begann sie sich wieder intensiv parteipolitisch zu betätigen. Sie gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Thüringen. Auf der ersten, in Weimar stattfindenden Landeskonferenz der thüringischen CDU (16. September 1945) wurde sie in den Landesvorstand (Beirat) gewählt und auf den folgenden Parteitagen 1946 (13.–14. April) und 1947 (18.–20. April) wiedergewählt.⁴⁶ In der Weimarer Republik gewonnene Organisations-, Partei- und Parlamentserfahrungen dürften mit dazu beigetragen haben, dass sie seit 1945 dem Geschäftsführenden Ausschuss der Thüringer CDU angehörte,⁴⁷ als Referentin in Schulungskursen des CDU-Landesverbandes Thüringen einge-

44 Vgl. Schreiben an den Bürgermeister vom 1.5.1945, ebd.; Beschlüßentwurf vom 4.9.1945, ebd., Bl. 21; Ernennungsurkunde vom 22.9.1945, ebd., Bl. 30.

45 Schreiben Oberstudienrätin Wronka an das Landesamt für Volksbildung, Weimar, 22.6.1946, ebd., Bl. 37.

46 Vgl. Martin BROZAT/Hermann WEBER (Hg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München 1990, S. 538f.; ferner Schreiben Dr. Brigitte Klaff, Konrad-Adenauer-Stiftung, 11.6.2003.

47 Vgl. Protokoll über die Besprechung der Christlich-Demokratischen Union am 25.9.1945; ferner Protokoll über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses 1946 und 1947, in: ACDP 03-031-204 (LV Thüringen). Wahrscheinlich gehörte Gertrud Wronka diesem entscheidungsvorbereitenden Koordinationsgremium nicht ohne Unterbrechung an, vgl. die Aufforderung des Landesgeschäftsführers der CDU, Georg Schneider, an Gertrud Wronka, „zukünftig an den Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses und des Landesverbandsvorstandes teilnehmen“ zu wollen, Schreiben vom 11.7.1946, ebd.

setzt wurde⁴⁸ und vor allem bei den Wahlen am 20. Oktober 1946 erfolgreich für den Landtag kandidierte. – Als verantwortungsvolle Lehrerin stand sie der Kandidatur für ein Parlamentsmandat nicht ohne Skepsis gegenüber, ob sie der „doppelten Belastung durch Schule und Parlament bzw. Politik gewachsen sein würde“. Sie bat deshalb – „und zwar endgültig“, wie sie hervorhob – Ende September den Landesgeschäftsführer der CDU, Georg Schneider, sie „nicht für eine Kandidatur vorzuschlagen“. Offensichtlich wollte die CDU auf eine erfahrene Parlamentarierin wie Gertrud Wronka nicht verzichten und konnte sie von der Notwendigkeit ihrer Kandidatur für ein Landtagsmandat überzeugen.⁴⁹ – Im Landtag war sie Vorsitzende des „Gesuchsausschusses“ (Petitionsausschusses), gehörte gegen Ende ihrer Parlamentsmitgliedschaft aber auch dem Rechtsausschuss, dem Ausschuss für Kultur und Volksbildung sowie dem Ausschuss für Umsiedler und Neuaufbau an.⁵⁰

Soweit es sich in den Protokollen niederschlug, trat Gertrud Wronka weder innerhalb der Partei noch im Parlament durch programmatische Äußerungen besonders hervor; in dieser Hinsicht hatten die zurückliegenden Jahre sie im Vergleich zur Weimarer Republik nicht verändert. Delegation und Anwesenheit in Partei- und Fraktionsgremien – sie war u. a. auch Delegierte für die 1. und 2. Zonentagung der CDU – sowie die intensive Mitarbeit in verschiedenen Parlamentsausschüssen weisen indes aus, dass sie sich vor allem den weniger spektakulären „Alltagsgeschäften“ widmete. Konzeptionelle Positionen oder programmatische Äußerungen von ihr, die gelegentlich in den Protokollen zu finden sind, stechen daher vielleicht besonders hervor, verdeutlichen aber auch Grundpositionen ihrer Alltagsarbeit. Zu solchen konzeptionellen Vorschlägen kann ihre Anregung in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses (26. Februar 1946) – in dem sie im übrigen lange Zeit die einzige Frau war – gezählt werden, „ein Frauenreferat in die Landesgeschäftsstelle einzubauen“.⁵¹ In den Parlamentsprotokollen finden sich häufiger Stellungnahmen,⁵² in denen sie

48 Vgl. Tagesordnung des Schulungskurses „Aufgaben und Forderungen der Kommunalpolitik“, der am 5. und 6. Januar 1946 in Weimar stattfand und für den sie als Referentin für das Thema „Die kommunale Kulturpflege“ vorgesehen war, ebd. 03-031-039.

49 Gertrud Wronka an den Landesgeschäftsführer der CDU, Herrn Schneider, vom 26.9.1946, ebd. Die Ernsthaftigkeit ihrer Position wurde dadurch unterstrichen, dass sie eine Empfehlung für eine geeignete Ersatzkandidatin gab, Studienrätin Dr. Olbrich.

50 Vgl. BROZAT/WEBER, *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 46), S. 347; Thüringer Landtag, Sten.Ber., 39. Sitzung, 4.5.1948, S. 1054; vgl. auch die Angaben bei STANGE, *Parlamentarische Arbeit* (wie Anm. 6), S. 78f.

51 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am Freitag, den 15.2.1946, S. 7, in: ACDP 03-031-204. – Die Einrichtung eines Frauen-Referats wurde zwar nicht sofort umgesetzt, aber als erforderlich betrachtet, um vor allem die Mitgliederwerbung unter Frauen zu intensivieren, vgl. Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses ... 26.2.1946, S. 10, in: ebd.

52 Vgl. die Zusammenstellung bei STANGE, *Parlamentarische Arbeit* (wie Anm. 6), S. 79f.

Grundsatzpositionen für die CDU-Fraktion vertrat, hinter denen sie ohne Zweifel selbst stand und die ihrem christlich-katholischen Weltbild und Gesellschaftsverständnis entsprachen, aber auch aus dem von ihr während der Weimarer Republik gewonnenen demokratischen Politikverständnis resultierten. Nicht selten standen solche Positionen in Opposition zur SED-dominierten Parlamentsmehrheit.

Mit der nachdrücklichen Ablehnung einer sozialen Indikation für Schwangerschaftsabbrüche (§ 218) befolgte und vertrat Gertrud Wronka, die als erste Rednerin die CDU-Position im Parlament zum Ausdruck brachte, traditionelle katholische/christliche Grundsatzpositionen, die im Thüringer Landtag im Jahr 1947 bei namentlicher Abstimmung nicht mehr mehrheitsfähig waren.⁵³ Dissens zu den Mehrheitspositionen formulierte Gertrud Wronka auch, wenn sie für eine christliche Werteorientierung in der Erziehungsarbeit eintrat und katholische Bildungsstätten (Kindergärten, Kindergärtnerinnenseminare etc.) forderte.⁵⁴ Rechtsstaatliche und demokratische Grundsätze bestimmten hingegen die Ablehnung eines von der SED unterstützten FDGB-Vorschlages, der es der Verwaltung erlauben sollte, Saboteure, Schieber und Schwarzhändler ohne Gerichtsverfahren in zu errichtende Zwangsarbeitslager einzuweisen.⁵⁵ Von denselben Prinzipien bestimmt war die von Gertrud Wronka vorgetragene Ablehnung einer im Gesetz über die Auswahl von Schöffen in der Strafrechtspflege vorgesehenen nur formellen Wahl von Schöffen durch kommunale Körperschaften, wenn diese verbindliche Vorschläge der Parteien und des FDGB zu berücksichtigen hätten.⁵⁶

Ob aus der Wahrnehmung politischer Ämter und der entschiedenen Vertretung katholisch-christlicher Werte und rechtsstaatlich-demokratischer Grundsätze ein so großer politischer Dissens Anfang 1948 entstand, dass „unter dem Druck kommunistischer Bedrohung“ Gertrud Wronka „fliehen“ musste,⁵⁷ scheint zweifelhaft. Die schriftlich angekündigte Niederlegung des Landtagsmandats, der in Anwesenheit von Gertrud Wronka in der 37. Plenarsitzung am 23. März 1948 die feierliche und mit Dankbekundungen bestückte Verabschiedung durch den Parlamentspräsidenten folgte,⁵⁸ mag an dieser Interpretation ebenso Zweifel wecken wie die förmlich und fristgerecht beantragte Ent-

53 Vgl. Thüringer Landtag, Sten.Ber., 25. Sitzung, 8.10.1947, S. 618–623, 823f.

54 Vgl. EBD., Sten.Ber., 18. Sitzung, 29.5.1947, S. 377f.; EBD., Sten.Ber., 34. Sitzung, 25.2.1948, S. 928ff.

55 Vgl. EBD., Sten.Ber., 28. Sitzung, 5.11.1947, S. 704ff.

56 Vgl. EBD., Sten.Ber., 30. Sitzung, 17.12.1947, S. 783f. – Gertrud Wronka machte als Berichterstatterin des Rechtsausschusses auch auf den Widerspruch dieses Gesetzes zu Vorgaben der Thüringischen Verfassung aufmerksam.

57 RENGIER, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 2), S. 43; vgl. BROZAT/WEBER, *SBZ-Handbuch* (wie Anm. 46), S. 1061, hier findet sich der Hinweis auf „Mandatsverlust“.

58 Vgl. Thüringer Landtag, Sten.Ber., 37. Sitzung, 23.3.1948, S. 1024.

lassung aus dem Schuldienst zum 1. April 1948, die die beabsichtigte Übersiedlung nach Krefeld nicht verschwie, sondern als Grund anführte.⁵⁹ Grundsätzlich dürfte sich jedoch der Handlungs- und Gestaltungsspielraum für eine christlich-demokratische Politik im Parlament zwischen 1946 und 1948 stetig verringert und die Chancen für eine an christlichen Wertevorstellungen orientierte Pädagogik in der Schule immer weiter vermindert haben, auch wenn nicht belegt ist, dass diese Veränderungen für Gertrud Wronka Anlass und Motive für die Übersiedlung nach Krefeld waren.

Die Gründe, weshalb Gertrud Wronka mit ihrer Familie 1948 nach Krefeld übersiedeln wollte, sind unklar. Aber mit der Übersiedlung in die britische Zone änderte sich ihr politisches Engagement. Während sich für die Thüringer Zeit keine Hinweise auf Aktivitäten finden, die an ihre frühere Tätigkeit für den VkdL, der 1946 neu gegründet wurde, anschlossen, arbeitete sie seit 1948 wieder schwerpunktmäßig für den Verein. Sie baute die Abteilung für höhere Mädchen wieder auf, deren Vorsitz sie bis Pfingsten 1951 innehatte. Anschließend übernahm sie die Einrichtung und Inbetriebnahme des restituierten Liboriushauses in Bad Pyrmont.⁶⁰ Zwischenzeitlich vertrat sie als VkdL-Funktionärin auf einer ersten nach dem Zweiten Weltkrieg einberufenen internationalen Tagung katholischer Erzieher (*Rencontre Internationale*), die vom 6.–9. April 1950 in Rom stattfand, den VkdL.⁶¹

Parteiliches Engagement, das ihren Erfahrungen und ihren bisherigen Positionen im Zentrum, der CDU in Thüringen und im Thüringer Landtag entsprach und das während der Weimarer Republik und in den Nachkriegsjahren in Thüringen einen wichtigen Teil ihrer gesellschaftspolitischen Aktivitäten darstellte, entwickelte sie in Nordrhein-Westfalen offensichtlich nicht mehr. Es dürfte weniger ihr Alter – auch wenn sie 1948 bereits 67 Jahre alt war – als die bereits in den wenigen Nachkriegsjahren vergebenen und besetzten politischen Positionen gewesen sein, so dass für ihre politisch-parlamentarische Kompetenz keine adäquate Funktion mehr vorhanden war. Kurz vor ihrem 71. Geburtstag starb Gertrud Wronka am 16. Oktober 1952.

59 Vgl. Schreiben von Gertrud Wronka, Weimar, an das Kreisbildungsamt über die Schulleitung der Pestalozzischule, Weimar, 10.2.1948, in: ThHStAW (wie Anm. 2), Bl. 42.

60 Vgl. RENGIER, *Gertrud Wronka* (wie Anm. 2), S. 44; ferner *Katholische Frauenbildung*, 53 (1952), S. 375ff.

61 Vgl. den Bericht Gertrud Wronkas in: EBD., 51 (1950), S. 460–463.

Lambert Lensing (1889–1965) **Zeitungsverleger, Mitgründer der CDU,** **Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe**

Von Christopher Beckmann

I. Hinführung

Im Jahre 1959, in dem Lambert Lensing das Amt des Landesvorsitzenden der CDU Westfalen-Lippe niederlegte, wurden ihm zwei hohe Ehrungen zuteil: Am 21. Februar erhielt er das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Am 6. Juli wurde er mit dem von Papst Johannes XXIII. verliehenen Komturkreuz des Gregorius-Ordens ausgezeichnet. Die Laudatoren betonten, dass Lensing sich auf zwei Feldern besonders bewährt habe: Als christlich geprägter Verleger sowie als Politiker und Mitgründer der überkonfessionellen christlichen Volkspartei CDU. Der so Geehrte erklärte in seinen Dankesworten, die Grundlage seines Handelns seien die im Elternhaus genossene religiöse Erziehung sowie das politische Vorbild des Vaters gewesen, von dem er die Liebe zur Zeitung und die Neigung zur Politik bekommen habe. Wenn er nach 1945 die Tradition des Zentrums verlassen und sich bemüht habe, „alle Christen in einer Partei zu sammeln und diesen Geist auch der von ihm gegründeten Zeitung mitzugeben, dann sei dafür vor allem der gemeinsame Kampf der Konfessionen gegen die Diktatur bestimmend gewesen“.¹ In der Tat ist Lensings politische Rolle bei der Gründung und Konsolidierung der CDU ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungen der nationalsozialistischen Zeit dazu beitragen, die zuvor nicht über Ansätze hinausgekommene Zusammenführung von Politikern beider Konfessionen in einer christlich-demokratischen Volkspartei zu verwirklichen.

II. Familiärer Hintergrund

Geboren wurde Lambert Lensing am 14. November 1889 als eines von sechs Kindern des Dortmunder Verlegers Lambert Lensing und seiner Frau Wanda geb. Rittberger. Nachdem er 1910 am Gymnasium in Emmerich, der Heimatstadt seines Vaters, die Reifeprüfung abgelegt hatte, absolvierte er bis 1913 ein Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Berlin, München und Leipzig. Parallel hierzu erfolgte eine gründliche journalistische und kaufmännische Ausbildung im Essener Verlag Fredebeul & Koenen sowie im vä-

¹ Vgl. die Berichte in „Ruhr-Nachrichten“ v. 23.2.1959 und „Deutsche Tagespost“ v. 7.7.1959.

terlichen Unternehmen. Ab 1914 nahm er als Artillerist am Ersten Weltkrieg teil, wurde u. a. mit dem Eisernen Kreuz Erster Klasse ausgezeichnet und diente im letzten Kriegsjahr in Palästina als Adjutant des Majors Franz von Papen, des späteren Reichskanzlers.

Am 1. Januar 1919 trat Lensing jun. in den väterlichen Zeitungs- und Druckereibetrieb ein. Der Vater, dessen Vorbildfunktion sein Sohn später so betonen sollte, war als Verleger und Zentrumspolitiker eine prominente Persönlichkeit, den die „Germania“ nach seinem Tod im Jahre 1928 gar als den „populärsten Mann in Westfalen“ würdigte. Er gehörte zu den maßgeblichen Organisatoren des katholischen Vereinslebens und der katholischen Publizistik in der Region.² 1875 hatte er in Dortmund die Zeitung „Tremonia“ gegründet, die sich als eine dem Zentrum nahestehende „Meinungszeitung“ verstand, ohne deshalb Parteiorgan sein oder einseitige Information und Darstellung betreiben zu wollen. Sie war ein durchaus „typisches Beispiel“ für von katholischen Verlegern auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes gegründete Zentrumsblätter. Nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Repressionen gegenüber dem nach der Reichsgründung als „ultramontan“ und darum national unzuverlässig bergewöhnten katholischen Bevölkerungsteil führte das Jahrzehnt zwischen 1870 und 1880 zu einem enormen Aufschwung der Zentrumspresse. Ihr typisches Merkmal blieb dabei die im Familienbesitz befindliche private Unternehmensform. Dortmund konnte für ein zentrumsnahes Blatt als „schwieriges Verbreitungsgebiet“ gelten, da es in der Stadt in konfessioneller Hinsicht ein protestantisches Übergewicht und bei Wahlen traditionell eine liberale Mehrheit gab.³ Mit Hilfe einer Reihe von Außenagenturen spielte die „Tremonia“ schon bald eine wichtige Rolle bei der Information der Katholiken im südlichen und nördlichen Westfalen.⁴ Ein wichtiger Schwerpunkt war die Thematisierung der sich immer drängender stellenden sozialen Frage, wobei Lensing sen. als verantwortlicher Redakteur sich durch mutige Artikel, u. a. gegen die Kulturkampf- und später die Sozialistengesetze, sowie generell als Kritiker der Innenpolitik des Reichskanzlers Otto von Bismarck hervortat, den er allerdings wegen seiner außenpolitischen Erfolge dennoch für einen „großen Mann“ hielt. Seine offene Kritik an Missständen und sozialen Ungerechtigkeiten trug ihm mehrere Prozesse und kurze Haftstrafen ein. Die Auflage seiner Zeitung stieg von wenigen Tausend bis auf 45.000 im Jahre 1915, um

2 Zu Lensing sen. vgl. Kurt KOSZYK, *Lambert Lensing*, in: DERS., *Publizistik und politisches Engagement. Lebensbilder publizistischer Persönlichkeiten* (Kommunikationsgeschichte, 5), Münster 1999, S. 222–241.

3 Hans GRAF, *Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund* (Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik, 5), Hannover 1958, S. 19f., 21ff.

4 Vgl. Kurt KOSZYK, *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse*, Teil II (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, 6), Berlin 1966, S. 130f., 177f.

dann bis 1926 wieder auf 34.000 abzusinken.⁵ Parteipolitisch engagierte er sich in der Zentrumspartei, die er von 1891 bis 1925 in der Stadtverordnetenversammlung vertrat und an deren Neuorganisation in Dortmund er 1919 maßgeblich beteiligt war. Nach seiner Wahl zum stellvertretenden Stadtverordnetenvorsteher im selben Jahr erfolgte die Berufung in den Reichsrat. Ein zentrales Anliegen war für Lambert Lensing sen. die enge Verbindung zwischen dem Zentrum und seinem politischen Vorfeld, v.a. dem von „unkoordinierter Vielfalt“⁶ geprägten katholischen Vereinswesen.⁷ Damit sollte vor allem die katholische Arbeiterschaft gegen sozialdemokratische Versuchungen immunisiert werden. Hier befand sich Lensing sen. in Übereinstimmung mit den Gründervätern der katholischen Arbeitervereine wie etwa Franz Hitze, der gegen den Vormarsch der damals oft kirchen- und religionsfeindlichen Sozialdemokratie die „sozialversöhnende Macht“ des Christentums wirksam werden lassen wollte.⁸ 1878 war er Gründungsmitglied des Augustinus-Vereins zur Pflege der katholischen Presse, der „wichtigsten und einflußreichsten Organisation der Zentrumspresse“⁹, dessen Vorsitz er 1912 übernahm. 1881 wurde er Mitgründer und Vorsitzender des „Verbandes der katholischen Vereine Dortmunds“, der alle katholischen Männervereinigungen der Stadt zusammenfasste. Das jährliche Verbandsfest am Sonntag nach Pfingsten, „die große Heerschau der Dortmunder Katholiken“, an dem in den 1920er Jahren bis zu 40.000 Menschen teilnahmen, wurde von Gegnern zuweilen spöttisch als „Lamberts Schützenfest“ bezeichnet.¹⁰ Seit 1890 arbeitete dieser zudem aktiv im „Volkverein für das Katholische Deutschland“ mit, der in den Diözesen des rheinisch-westfälischen Industriegebiets die höchsten Mitgliedszahlen erreichte.¹¹ Führende Funktionen übernahm er außerdem im Vorstand des Verbandes Deutscher Zeitungsverleger und im Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverleger-Verband.

5 *125 Jahre Lensing-Medien. Ein Verlagshaus in Westfalen 1870–1995*. Nach einer Vorlage von Rudi Strauch, Münster 1995, S. 49, 67.

6 Anselm DOERING-MANTEUFFEL, *Kirche und Katholizismus in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre*, In: *Historisches Jahrbuch* 102 (1982), S. 113–134, hier 120.

7 Zur Rolle und Bedeutung des weitverzweigten katholischen Vereins- und Verbandswesens vgl. Heinz HÜRTEN, *Katholische Verbände*, in: Anton RAUSCHER (Hg.), *Der soziale und politische Katholizismus. Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963*, Bd. II (Geschichte und Staat, 250–252), München 1982, S. 215–277.

8 Rudolf MORSEY, *Franz Hitze (1851–1921). Sozialreformer und Sozialpolitiker des Zentrums*, Münster 2001.

9 KOSZYK, *Deutsche Presse* (wie Anm. 4), S. 179.

10 So der später auch seinem Sohn eng verbundene Johannes Gronowski in einem Beitrag zum 100. Geburtstag von Lambert Lensing sen. „Er war ein Organisator und Kämpfer!“ Manuskript in: ACDP, NL Gronowski, 01-205-001/2. Zu Gronowski s.u.

11 Gotthard KLEIN, *Der Volkverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 75), Paderborn u.a. 1996, S. 65.

III. Berufliche und politische Tätigkeit bis 1933

Nach der Heimkehr aus dem Ersten Weltkrieg und seinem Eintritt in das Unternehmen übernahm Lambert Lensing jun. neben der Leitung der 1920 gegründeten Sportzeitung „Sport vom Sonntag“, der ersten ihrer Art im sportbegeisterten Ruhrgebiet, mehr und mehr Aufgaben seines Vaters, der sich als Mitglied des Reichsrates und Vorsitzender der Zentrumsfraktion im westfälischen Provinzial-Landtag in seinen letzten Lebensjahren verstärkt der Politik widmete. Dabei zeigte auch Lensing jun. ein beachtliches Maß an Kampfeslust. Während des Ruhrkampfes wurde die „Tremonia“ am 13. März 1923 verboten, weil sie eine Karikatur aus einer französischen Zeitung nachgedruckt hatte, in der die „Marianne“ einen Mann, der unverkennbar die Züge des Ruhrindustriellen Hugo Stinnes trug, mittels der Zollgrenze erdrosselte.¹² Als der Versuch auffiel, die Besatzungsmacht durch die Herausgabe von Kopfblättern, die sich von der Hauptausgabe nur durch den Titel sowie den lokalen und den Anzeigenteil unterschieden, zu täuschen, wurden Lensing und mehrere Mitarbeiter inhaftiert. Er selbst erhielt eine fünfwöchige Untersuchungshaft. Im gleichen Monat wurde das Blatt nochmals für fünf Tage wegen „tendenziöser und aufreizender Artikel“ sowie Beleidigung des Marschalls Foch verboten.¹³

1925 entstand unter maßgeblicher Beteiligung Lensings durch die Bildung einer Interessengemeinschaft mit der Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland GmbH (ZENO) in Dortmund ein politisch einflussreiches und wirtschaftlich sicheres Unternehmen, das täglich über 30 Zeitungen herstellte. Die Produktion der kompletten Auflage der ZENO-Zeitungen erfolgte durch den Verlag Gebr. Lensing, die redaktionelle Herstellung oblag, bis auf die Provinz-, Lokal- und Anzeigenteile, der Redaktion der „Tremonia“.¹⁴ Durch den Anschluss der drei weitere Blätter umfassenden „Arbeitsgemeinschaft katholischer Zeitungen“ (AKAZ) gelang es, die Gesamtauflage bis Ende der 20er Jahre auf rund 100.000 zu erhöhen.¹⁵ Es handelte sich um einen ersten, durchaus erfolgreichen Versuch einer Konzentration der Zentrumspresse, um dem

12 *125 Jahre Lensing-Medien* (wie Anm. 5), S. 56.

13 Vgl. den 1926 entstandenen Artikel aus der Feder Lensings „Die Tremonia im Ruhrkampf“, in: *125 Jahre Lensing-Medien* (wie Anm. 5), S. 54–61. Zur französischen Pressepolitik während der Ruhrbesetzung vgl. Kurt KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945. Geschichte der deutschen Presse*, Teil III (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, 7), Berlin 1972, S. 88ff.

14 Rudolf GROSSKOPFF, *Die Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschland GmbH 1922–1940. Beispiel einer Konzentration in der deutschen Parteipresse*, Dortmund 1963, hier S. 157ff.

15 Lambert Lensing, „Aufzeichnungen über meine Erlebnisse während der nationalsozialistischen Zeit“, diktiert im Frühjahr 1963, in: Institut für Zeitungsforschung Dortmund, NL Lambert Lensing I – AK 67/936, Bl. 16–52, hier 19.

um sich greifenden „Zeitungssterben“ zu begegnen.¹⁶ Nach dem Tode des Vaters am 18. Dezember 1928 übernahm Lambert Lensing jun. vollends die Geschäftsführung des Unternehmens. Wie sein Vater ließ er sich in den Vorstand des Augustinus-Vereins und in die Führung des westfälischen Zentrums wählen. Ab 1929 vertrat er, gewählt im traditionellen „Lensing-Wahlbezirk“ Rheinische Straße/Innenstadt¹⁷, seine Partei in der Dortmunder Stadtverordnetenversammlung und wurde als unbesoldetes Mitglied in den Magistrat entsandt. Ebenfalls 1929 erfolgte die Wahl in den Vorstand des Verbandes Deutscher Zeitungsverleger, im Oktober 1930 die zum Vorsitzenden des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins.¹⁸

Angesichts des Erstarkens der NSDAP begann die „Tremonia“, sich regelmäßig mit dieser Partei und ihrem „Führer“ auseinanderzusetzen. Dabei ließen ihre Stellungnahmen an Deutlichkeit wenig zu wünschen übrig. So hieß es am 8. Juli 1930 in einem großen Artikel, der Nationalsozialismus suche die durch Krieg und Inflation entstandene wirtschaftliche Not und soziale Unsicherheit für sich zu nutzen, indem er „vorzüglich“ mit Ressentiments arbeite: „Weckung des sozialen Neidgefühls, des Rassen- und Klassenhasses.“ Nach dem sensationellen Erfolg der NSDAP bei den „Katastrophenwahlen“ am 14. September 1930, die der Hitler-Partei einen Stimmenanstieg von 2,6 auf 18,3 % und 107 Reichstagsmandate beschert hatten,¹⁹ schrieb die „Tremonia“ konsterniert: „Auf Großsprecherei, auf Phrasen und unsinnige Verheißungen ist der deutsche Michel hereingefallen.“ Der „katastrophale“ Gewinn der Nationalsozialisten sei „ein vollendeter Beweis für den unpolitischen Sinn des deutschen Volkes“. In der Folgezeit konzentrierte man sich auf die Unterstützung der Regierung Brüning und ihres Stabilisierungskurses und warnte ständig vor den braunen Rattenfängern. Als die NSDAP bei den Preußischen Landtagswahlen am 24. April 1932 in Dortmund mit 20,7 % der Stimmen ein recht mäßiges Ergebnis einfuhr, erklärte die örtliche NSDAP-Zeitung „Rote Erde“ den aus ihrer Sicht enttäuschenden Wahlausgang mit der Tatsache, dass man sich in Dortmund einer Presse gegenübersehe, „die landauf, landab als die schmutzigste Deutschlands gilt“. Dies war sicherlich auch auf die „Tremonia“ gemünzt. Am 7. November 1932 vermerkte der Gaupresseamtsleiter der NSDAP Westfalen-Lippe, Dr. Arno Schröder, in seinem Tagebuch: „Die das Münsterland leider beherrschende ZENO-Presse schießt in der Hetze gegen den Nationalsozialismus diesmal den Vogel ab, sie ist wirklich schlechter als

16 KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 298.

17 Fritz HOFMANN/Arnold SOMMER, *CDU Dortmund. Christlich-Demokratische Union Deutschlands – Geschichte einer Dortmunder Partei*, Dortmund 1996, S. 38.

18 Lebenslauf Lambert Lensing jun., in: Institut für Zeitungsforschung (wie Anm. 15), o.P.

19 Heinrich-August WINKLER, *Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 21994, S. 505ff. Vgl. allgemein zu den Wahlerfolgen der NSDAP und zur Herkunft ihrer Stimmengewinne Jürgen FALTER, *Hitlers Wähler*, München 1991.

alle Schlechtigkeiten, die sie ihren Lesern auftischt.“²⁰ Trotz dieser Frontstellung Lensings und „seiner“ Zeitung gegenüber Adolf Hitler und der NS-„Bewegung“ erschien am 22. Januar 1933 ein Leitartikel, in dem gefordert wurde, dass nach den Präsidialkabinetten nun wieder eine parlamentarische Regierung gebildet werden müsse, nötigenfalls auch unter Einschluss der NSDAP. Dies entsprach der Haltung der Führung des Zentrums nach dem Sturz Heinrich Brüning. Zum einen richteten sich diese Überlegungen gegen die im Umfeld des amtierenden Reichskanzlers von Schleicher ventilierten Staatsnotstandspläne mit dem Ziel einer autoritären Umformung der Verfassung, die zu einer dauerhaften Entmachtung des Parlaments und der Parteien und vielleicht sogar zum Bürgerkrieg geführt hätten.²¹ Zum anderen gab man sich der Illusion hin, man könne die Nationalsozialisten mittels Einbindung in die Regierungsverantwortung in ihrem Radikalismus zähmen und „durch ein zeitlich befristetes Zweckbündnis mit der stärksten politischen Kraft in Deutschland wieder zu einer verfassungsmäßigen Regierungsweise zurückkehren“, eine aus heutiger Sicht geradezu absurde Hoffnung, die nach dem Urteil Rudolf Morseys „die Grenzen des Erfahrungshorizonts und der politischen Phantasie der Zentrumsführung“ nur zu deutlich aufzeigte.²²

IV. Lambert Lensing und die „Tremonia“ im „Dritten Reich“

Aufgrund ihrer kritischen Haltung zur Hitler-Bewegung und der Tatsache, dass die NS-Presse in Westfalen vor 1933 kaum Fuß zu fassen vermocht hatte, gerieten die „Tremonia“ und ihre Redaktion kurz nach der sog. Machtergreifung ins Visier der neuen Machthaber. Gemäß einer Forderung des „Völkischen Beobachters“, die Presse habe „sich der Ethik des neuen Staates zu fügen oder sie hat zu verschwinden“²³, setzte im Februar 1933 eine „Welle von ein- oder mehrtägigen Erscheinungsverboten zentrumsnaher katholischer Zeitungen“ ein.²⁴ Auch die „Tremonia“, der die Dortmunder NSDAP-Zeitung „Rote Erde“

20 Zitate nach GROSSKOPFF (wie Anm. 14), S. 161.

21 Auch seitens der Sozialdemokratie und der organisierten Arbeitnehmerschaft wurde übrigens im Januar 1933 eine verfassungsmäßige Lösung der Staatskrise mit der NSDAP vielfach als weniger bedrohlich angesehen denn ein autoritärer Staatstreich unter einem Kabinett Hugenberg/Papen. Vgl. WINKLER (wie Anm. 19), S. 540, 587f.

22 Rudolf MORSEY, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und „Nationaler Erhebung“ 1932/33*, Stuttgart/Zürich 1977, S. 57, 219. Vgl. auch Detlef JUNKER, *Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland* (Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, 4), Stuttgart 1969. Junker spricht in diesem Zusammenhang von der „Illusion verfassungskonformer Zusammenarbeit“ mit der NSDAP, die die Zentrumsführung in der Endphase von Weimar gehegt habe (vgl. S. 72–126).

23 Zit. nach KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 355.

24 KLEIN (wie Anm. 11), S. 308.

am 2. März vorgeworfen hatte, sie betreibe „Brunnenvergiftung im Gewande der Sachlichkeit“, wurde während des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen am 5. März 1933 kurzzeitig verboten.²⁵ Es half auch nicht, dass der Vorstand des Augustinus-Vereins, dem Lensing angehörte, den Redaktionen der katholischen Blätter am 24. Februar eine „gemäßigte Schreibweise“ empfahl. In den gegenwärtigen, „für die katholische Presse schwierigen Zeitläuften“ gehe ist nicht darum, „unnötig Märtyrer zu schaffen“, sondern man habe die Verpflichtung, „dem katholischen Volk die katholische Tageszeitung zu erhalten“. Der Zusatz, man werde sich trotz aller Gefahren und Probleme nicht „abhalten lassen, zu sagen, was ist“, wirkte schon ein wenig wie das sprichwörtliche Pfeifen im Walde, zumal es abschließend hieß, man könne sich „in der Wiedergabe des vorsichtig zu überprüfenden Nachrichtenmaterials in diesen kritischen Zeiten auch auf die Mitteilung des Tatbestandes beschränken und das Werturteil dem Leser selbst überlassen“.²⁶ Interessant ist diese Empfehlung deshalb, weil sie recht genau die Linie beschreibt, auf der Lensing später die „Tremonia“ zu halten versuchte und mit der er nach dem Krieg die Kompromisse rechtfertigte, die er zur Erhaltung des Blattes einzugehen genötigt gewesen war.

In der Nacht nach der Kommunalwahl am 12. März 1933, die gewissermaßen den Startschuss für die Machtübernahme der NSDAP auch in den Kommunen abgab,²⁷ drang ein bewaffneter SA-Trupp in die Räume der Firma ein. Dabei kam es zu körperlichen Angriffen gegen Lensing. Dem Eingreifen der herbeigerufenen Polizei war es zu verdanken, dass größere Zerstörungen ausblieben.²⁸ Die „Tremonia“ blieb dennoch bei einer vorsichtig-kritischen Linie, weshalb Verbote „in der Folgezeit periodische Ereignisse“ wurden.²⁹ Am 22. April 1933 vermerkte die „Dortmunder Zeitung“, welche „verheerenden Einfluß dieses Blatt auf seine Leser ausgeübt hat“. Anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler zwei Tage zuvor seien in der Regel jene Häuser nicht beflaggt gewesen, in denen die „Tremonia“ gehalten werde. Es folgte ein kaum verhohlener Boykottaufruf: „Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Dortmunder Bürger alle Geschäfte, Gaststätten usw. meiden, in denen die Zeitung ‚Tremonia‘ aufliegt, damit der Gedanke der nationalen Erhebung nicht von einem Zentrumsschreiber vereckelt wird.“³⁰

25 KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 357ff.

26 Augustinus-Blatt, Jg. 37 (1933), Nr. 3/4, S. 28f.

27 Horst MATZERATH, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung* (Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, 29), Stuttgart 1970, S. 61–81.

28 Erna Klostermann „Wir blättern zurück. Aus der Geschichte dieses Zeitungshauses“, in: Sonderbeilage der „Ruhr-Nachrichten“, Okt. 1955.

29 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 24.

30 Abschrift des Artikels in einem Brief von Paul Steup, Hauptgeschäftsführer der CDU Westfalen-Lippe, an die britischen Militärbehörden v. 30.7.1947, in: ACDP, LV Westfalen-Lippe, 03-002-048/1.

Lambert Lensing selbst wurde von den neuen Machthabern gezwungen, den Vorsitz des Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins abzugeben. Maßgeblich beteiligt war er in der Folgezeit an den Verhandlungen über den Fortbestand der Zentrumspresse, die jetzt vor allem ihren katholischen Charakter zu betonen suchte, wodurch man sich nach Abschluss des Reichskonkordats einen gewissen Schutz erhoffte.³¹ Auch diese Hoffnungen erwiesen sich allerdings bald als illusorisch: Ende 1935 musste der Augustinus-Verein aufgelöst werden. Lensing traf sich bis Kriegsende etwa alle drei Monate an verschiedenen Orten informell mit einem kleinen Kreis von Verlegern, dessen Initiator der Verleger des „Hannoverschen Kuriers“, Dr. Walter Jänecke war. Themen der Zusammenkünfte waren der politische Meinungs austausch, die Abstimmung von Maßnahmen zur Verhinderung von Verboten oder Entzweigungen im privaten Zeitungswesen und die Erörterung von Plänen für einen Neuaufbau des deutschen Pressewesens nach dem Ende des NS-Regimes. Die dabei von Jänecke – der als Nachrichtenoffizier in der Abteilung Abwehr von Admiral Canaris tätig gewesen sei – erhaltenen Informationen habe er, so Lensing nach dem Krieg, u. a. an das Paderborner Generalvikariat weitergeleitet.³²

Hinsichtlich des eigenen Unternehmens war, wie Lensing rückblickend notierte, die „Erhaltung des Verlages unter Wahrung der weltanschaulichen Verpflichtung und Tradition“ das wichtigste Ziel.³³ Bis 1945 focht er für die institutionelle Selbständigkeit der „Tremonia“, die er tatsächlich bis zuletzt vor dem Zugriff des NSDAP-Pressetrusts bewahren konnte, während die redaktionelle und technische Arbeitsgemeinschaft mit den „ZENO“-Blättern zwangsweise aufgelöst und diese Anfang April 1940 mit der parteiamtlichen „Westfälischen Tageszeitung“ verschmolzen wurden.³⁴ Zudem bot der Lensing-Verlag mehreren politisch Verfolgten Arbeit und Unterschlupf, so etwa dem langjährigen Redakteur der sozialdemokratischen „Westdeutschen Allgemeinen Volkszeitung“, Heinrich Wenke³⁵, und dem von den Nazis entlassenen

31 Vgl. die entsprechenden Mitteilungen im Augustinus-Blatt, Jg. 37 (1933), Nr. 9/10, S. 93.

32 Lensing an Major Merson, Nr. 1 Information Control Unit, o.D. [März 1946], in: ACDP 03-002-048/1. Jänecke war nach Kriegsende zunächst Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Pressefragen, ab 1949 dann Vorsitzender des wiedergegründeten Vereins Deutscher Zeitungsverleger und setzte sich besonders für die Interessen der zeitweilig von den Besatzungsmächten misstrauisch beäugten Altverleger ein. Vgl. Jürgen Benedikt HÜFFER, *Vom Lizenzpressesystem zur Wettbewerbspresse. Lizenzverleger und Altverleger im Rheinland und in Westfalen 1945–1953/54* (Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, 54), München 1995, S. 30.

33 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 16.

34 GROSSKOPFF (wie Anm. 14), S. 164f.

35 *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945*. Ständige Ausstellung und Dokumentation im Auftrage der Stadt Dortmund erstellt vom Stadtarchiv, 2. verbesserte Aufl. 1981, S. 64. Wenke gehörte unmittelbar nach dem Einmarsch der Briten im April 1945 zu den Initiatoren der Wiedergründung der SPD in Dortmund.

Arbeitsamtsdirektor Josef Schrage³⁶ aus Olpe. Das am 1. Januar 1934 in Kraft getretene Schriftleitergesetz, das die Bindung der Zeitungen an die staatlich verfügte Pressepolitik festschrieb, entzog den Verlegern ihren Einfluss auf die inhaltliche Tendenz ihrer Zeitung. An die Stelle des Verlegers sei nun, so Joseph Goebbels, der Staat getreten. Immerhin wurde ihnen aber formal das Recht zugestanden, einen Schriftleiter im Vertragswege auf Richtlinien für die grundsätzliche Haltung der Zeitung zu verpflichten.³⁷ Von diesem Recht machte Lensing Gebrauch, als er am 1. April 1934 „Richtlinien“ für die Redaktion erließ mit dem Ziel, „einen von der parteiamtlichen Presse differenzierten Zeitungstyp zu schaffen“ und „die weltanschaulichen Pflichten in beachtlichem Maße für die Redakteure“ festzulegen. In diesen Richtlinien hieß es zwar, dass der Chefredakteur verpflichtet sei, „politisch die Zeitung zu leiten auf dem Boden des nationalsozialistischen Staates mit dem Ziel, am Auf- und Umbau des neuen deutschen Staates tatkräftig mitzuarbeiten“. Gleichzeitig wurde aber festgelegt, dass die Kulturpolitik „im Geiste positiv-christlicher Grundeinstellung zu behandeln und zu vertreten sei“. Im Unterhaltungsteil dürfe „nichts gebracht werden, was dem weltanschaulichen Empfinden der deutschen Katholiken widerspricht“. ³⁸ So lange Karl Maser³⁹, dem wegen nicht hinlänglich konformer Berichterstattung wiederholt seitens des Reichspresseamtes gedroht wurde, ihn von der Schriftleiterliste zu streichen, die Leitung der „Tremonia“ innehatte, war Lensing nach späterem Bekunden mit dem Kurs des Blattes „einigermaßen zufrieden“. Maser habe es ausgezeichnet verstanden, „zwischen den Zeilen zu schreiben“. Die Redaktionsführung habe unter seiner Ägide „eine würdige Haltung eingenommen“, die „in Anbetracht der katastrophalen Verhältnisse“ insgesamt „erträglich“ gewesen sei.⁴⁰ Dieses Urteil des Verlegers zeigt, dass ihm bewusst war, dass für die „mit Geschick und Phantasie“ verteidigte institutionelle Unabhängigkeit seines Blattes „ein hoher ideeller Preis“ gezahlt worden war.⁴¹ Dennoch bleibt die Erhaltung der „Tremonia“ als eigenständiger Zeitung eine bemerkenswerte Leistung ange-

36 Schrage war nach dem Krieg Mitgründer der westfälischen CDU und Mitglied des Parlamentarischen Rates. 1949/50 leitete er die Fraktion der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Erhard H. M. LANGE, *Landrat Josef Schrage (1881–1953)*. „Dem heimatgebundenen Wirken am nächsten ...“, in: *Olpe in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Heimatvereins für Olpe und Umgebung e.V.*, 10 (2002), S. 105–142, insbes. S. 113f.

37 Zum Schriftleitergesetz vgl. KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 365ff.

38 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 30.

39 Kurt KOSZYK, *Ein engagierter katholischer Journalist zwischen den Fronten: Chefredakteur Karl Maser*, in: DERS., *Publizistik und politisches Engagement* (wie Anm. 2), S. 443–446. Maser war seit 1934 Chefredakteur der „Tremonia“.

40 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 41f.

41 Kurt KLOTZBACH, *Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine historisch-politische Studie*, Hannover 1969, S. 119.

sichts der Tatsache, dass die NSDAP unter Federführung Max Amanns ab April 1935 daranging, die noch im Privatbesitz befindlichen Teile der bürgerlichen Presse zu liquidieren.⁴² Nach dem Tod Masers am 15. Dezember 1940 entwickelte sich die Tendenz der „Tremonia“ unter seinem Nachfolger Diebold dann allerdings immer deutlicher im Sinne der Presseanweisungen des Goebbels'schen Reichspropagandaministeriums, was von Lensing, wie er später bekundete, mit „Entsetzen“ beobachtet wurde, auch angesichts sich häufender Klagen christlicher Gewerkschafter über die „unmögliche Haltung“ der Zeitung. Ihm, der seit 1940 als Hauptmann der Reserve in der Abteilung Propaganda beim Oberkommando der Wehrmacht in Berlin Dienst tat, seien aber „die Hände gebunden“ gewesen, trotz zahlreicher Versuche, auf Diebold einen machnenden und mäßigenden Einfluss auszuüben.⁴³

Lensing nannte später vor allem drei Gründe für die zu Verdächtigungen führende Tatsache, dass er als einer der ganz wenigen katholischen Verleger seine Zeitung hatte erhalten können. Einmal habe seine Zugehörigkeit zur Wehrmacht einen gewissen Schutz gegen die nachweislich unternommenen Anstrengungen Dortmunder Parteistellen geboten, ihn „abzuschließen“. Ferner habe der Stabsleiter des Reichspressesamtes, Rolf Rienhardt, bürgerliche Zeitungen bestehen lassen, weil man „eine fachliche Konkurrenz gegenüber der lahmen Gaupresse haben wollte“.⁴⁴ In der Tat hatte sich Rienhardt für den Erhalt bestimmter bürgerlicher Blätter eingesetzt, weil er der Auffassung war, diese würden von der Bevölkerung als glaubwürdiger betrachtet als die Parteiorgane.⁴⁵ Dies mag besonders in einer Stadt wie Dortmund gegolten haben, wo der Zuspruch zur NSDAP deutlich unter dem Reichsdurchschnitt gelegen hatte und die für die Partei als schwieriges Pflaster galt. Ein solches Vorgehen würde auch mit Ergebnissen der Lokal- und Regionalgeschichtsforschung zur NS-Zeit korrelieren, wonach die NSDAP bei der Durchsetzung ihres totalitären Machtanspruchs auf die jeweils besonderen Verhältnisse auf Gau-, Kreis- und Ortsebene mit einer flexiblen Ausrichtung ihrer Politik reagierte.⁴⁶ Schließlich habe, so Lensing, die Rivalität zwischen den Gauleitern von Essen-Westfalen-Süd und Westfalen-Nord zum Erhalt der „Tremonia“ beigetragen.⁴⁷

Auch politisch war Lambert Lensing kein Widerstandskämpfer und stand nicht in offener Opposition zu den braunen Machthabern. Er gehörte aber ebenso wenig zu den auch in den Reihen des politischen Katholizismus nicht

42 Vgl. KOSZYK, *Deutsche Presse 1914–1945* (wie Anm. 13), S. 391ff.

43 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 43, 51f.

44 Ebd., Bl. 48ff.

45 HÜFFER (wie Anm. 32), S. 196.

46 Vgl. Horst MÖLLER/Andreas WIRSCHING/Wolfgang ZIEGLER (Hg.), *Nationalsozialismus in der Region* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Sondernummer 4), München 1996.

47 Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 51.

seltenen „Märzgefallenen“, die angesichts des raschen Machtausbaus der NSDAP aus Opportunismus oder aus verständlicher Sorge um ihre wirtschaftliche Existenz und die ihrer Familien die Seiten wechselten. Lensing war Mitglied des sog. „Flüster- oder Murrelkreises“, der sich seit 1935 regelmäßig in der Wohnung des früheren Syndikus der Handwerkskammer, Joseph Scherer, traf, um das vertrauliche Gespräch über politische Fragen zu pflegen und Informationen auszutauschen. Weitere Mitglieder waren u. a. der frühere Geschäftsführer der Zentrumsparterie für Dortmund und Hörde, Paul Steup, der Dortmunder Rechtsanwalt und Notar Dr. Heinrich Käling und der Oberstudienleiter Dr. Wulff. Dabei wurden wohl auch Überlegungen für die Zeit nach Hitler angestellt, ohne dass man illegal gegen das NS-Regime tätig geworden wäre.⁴⁸ Legt man das von Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts und Konrad Repgen entwickelte Stufenmodell zur Klassifizierung von widerständigem Verhalten zugrunde, das mit „punktuellem Unzufriedenheit“, „Resistenz, Nichtanpassung, Selbstbewahrung“, „offenem Protest“ und „aktivem Widerstand“ vier bisweilen ineinander übergehende Stufen unterscheidet,⁴⁹ dann lässt sich Lensings Verhalten als Politiker und Verleger wohl am besten als das Bemühen um die Erhaltung von Eigenständigkeit und die Bewahrung von Freiräumen beschreiben, wobei er zwischen erzwungener Gleichschaltung, taktisch motivierter Anpassung und resistentem Verhalten gegenüber den Ansprüchen der braunen Machthaber zu lavieren versuchte.⁵⁰

Nachdem es schon bei vorherigen Bombardements erhebliche Schäden gegeben hatte, die eine Verlagerung der Produktion nach Unna erforderlich machten, wurde die Dortmunder Innenstadt und mit ihr das Verlagshaus der Fa. Gebr. Lensing am Nachmittag des 12. März 1945 bei einem britischen Luftangriff in Schutt und Asche gelegt, wobei auch die schriftlichen Unterlagen der Verlagsleitung verloren gingen.⁵¹ Der Einmarsch alliierter Truppen in Dortmund am 13. April 1945 beendete dann endgültig die Geschichte der „Tremonia“. Auch privat hatten Lambert Lensing und seine Frau Louise, geb. Block, mit der er seit Mai 1920 verheiratet war, schwere Verluste zu ertragen. Der jüngere Sohn des Paares, Helmut Heinrich, fiel 1943 in Russland, der ältere, der wie der Vater und der Großvater den Namen Lambert erhalten hatte, war an der Ostfront vermisst und wurde schließlich 1957 für tot erklärt.

48 *Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1933–1945* (wie Anm. 35), S. 233.

49 Klaus GOTTO/Hans Günter HOCKERTS/Konrad REPGEN, *Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz*, in: Karl Dietrich BRACHER/Manfred FUNKE/Hans-Adolf JACOBSEN (Hg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für Politische Bildung, 192), Bonn 1986, S. 655–668, hier 656f.

50 Norbert FREI, *Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern* (Studien zur Zeitgeschichte, 17), Stuttgart 1980.

51 GRAF (wie Anm. 3), S. 56; Lensing, Aufzeichnungen (wie Anm. 15), Bl. 29.

V. Mitgründer der CDU in Westfalen

Die Erfahrungen der NS-Zeit ließen Lambert Lensing zu einem überzeugten und beharrlichen Verfechter des politischen Zusammenschlusses von Protestanten und Katholiken und seine Heimatstadt Dortmund zu einem Zentrum des Unionsgedankens in Westfalen werden. Bereits unmittelbar nach der Besetzung seiner Heimatstadt am 13. April 1945 wurde er wieder politisch aktiv. Gemeinsam mit dem ehemaligen Geschäftsführer des Dortmunder Zentrums, Paul Steup⁵², traf er im von Bomben einigermaßen verschont gebliebenen St.-Johannes-Hospital regelmäßig mit ehemaligen Zentrumsmitgliedern, Geistlichen und christlichen Gewerkschaftern zusammen, um über die politische Zukunft zu diskutieren. Unter den Teilnehmern waren auch einige, mit denen Lensing während des Krieges im sog. „Flüsterkreis“ Verbindung gehalten hatte. Die Gruppe kam zu der Einsicht, dass es notwendig sei, „unter Preisgabe des Namens ‚Zentrum‘, aber unter Fortführung wertvoller Traditionen den Vorstoß zur Vereinigung evangelischer und katholischer Christen in einer politischen Partei zu wagen“.⁵³

Zugleich kehrte Lensing auf die kommunalpolitische Bühne zurück. Der von der Besatzungsmacht eingesetzte Oberbürgermeister Hermann Ostrop⁵⁴ berief Lensing am 27. April 1945 in einen sog. „Überleitungsausschuss“, der ihn in kommunalpolitischen und kommunalwirtschaftlichen Fragen beraten sollte. Am 29. Mai 1945 erteilte der erste britische Stadtkommandant, Oberst Wilson, der einer Neugründung von Parteien aufgeschlossen gegenüberstand,⁵⁵ die Erlaubnis zur Einrichtung von Parteibüros, die frühere Parteimitglieder registrieren durften, sich ansonsten aber jeglicher politischer Aktivität zu enthalten hatten. Lambert Lensing unterbreitete daraufhin gemeinsam mit dem früheren stellvertretenden Vorsitzenden des westfälischen Zentrums, Anton Gilsing⁵⁶, ein Gesuch um Wiedenzulassung der Zentrumspartei. Wie er später betonte, sollte das ein erster Ansatz für die Zusammenarbeit aller christlichen Kräfte sein. Den überkommenen Namen „Zentrum“ habe man aufgrund der Befürchtung gewählt, eine „neue“ Partei werde keine rasche Genehmigung erhalten. Das Gesuch an die britische Militärregierung betonte, dass das alte Zentrum zwar „zu einem großen Teil aus Deutschen katholischen Glaubens“ bestanden habe, aber „keine konfessionelle, sondern eine christliche Partei“ gewesen sei, „die Mitbürger aller christlichen Auffassungen in ihren Reihen hatte“. Lensing und Gilsing interpretierten die Geschichte des Zentrums also

52 Zu Steup vgl. HOFMANN/SOMMER (wie Anm. 17), S. 35f.

53 EBD. S. 22.

54 Zu Ostrop vgl. EBD., S. 33f.

55 GRAF (wie Anm. 3), S. 57.

56 „Anton Gilsing – unvergessen“, in: „Ruhr-Nachrichten“ v. 2.9.1955.

christlich-demokratisch, auch indem sie hervorhoben, dessen Politik habe „auf ethischen Grundsätzen des Christentums und der Demokratie“ basiert.⁵⁷ Gerade in Dortmund als einer der Hochburgen der christlichen Gewerkschaftsbewegung fiel die Idee der Gründung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei nicht auf unbestellten Boden. Schon Lambert Lensing sen. hatte im sog. „Gewerkschaftsstreit“ zur Zeit des Kaiserreichs, als um die Frage gerungen worden war, ob sich die katholischen Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Interessen mit ihren protestantischen Kollegen in christlichen Gewerkschaften zusammenschließen dürften, der sog. „Köln-Mönchengladbacher Richtung“ zugeneigt, die eine solche Öffnung befürwortete.⁵⁸ Im Jahre 1919 hatte er geschrieben, die christlichen Konfessionen täten gut daran, „im politischen Kampf die konfessionellen Gegensätze hintanzustellen und mehr das Einigende zu betonen“. Das Zentrum sei „keine konfessionelle Partei und will es nicht sein, seine Grundsätze und sein Programm lassen freien Spielraum für die Protestanten wie für die Katholiken“.⁵⁹

In diesem Sinne teilte Lensing am 2. Juli 1945 dem Dortmunder Oberbürgermeister mit, dass das einstweilen unter dem Namen „Zentrum“ eingerichtete Parteibüro so arbeiten werde, „daß dem erstrebten Zusammenschluß mit den evangelischen Kräften der Weg nicht verbaut, sondern geöffnet wird“.⁶⁰ Das in der Bismarckstraße 9 eingerichtete Büro diente in der Folgezeit vor allem als Informations- und Anlaufstelle für ehemalige Zentrumsmitglieder.⁶¹ Die Entwicklung zu einer überkonfessionellen Partei wurde wesentlich beschleunigt, als der von Anfang an ökumenisch orientierte, zunächst aber eher unpolitische „Scherer-Kreis“ zu den Beratungen im St.-Johannes-Hospital hinzugezogen wurde. Dieser Zirkel, der sich wöchentlich in der Wohnung von Joseph Scherer⁶² traf, bestand aus über 30 Persönlichkeiten beider Konfessionen, darunter mehrere katholische und evangelische Pfarrer, und sprach sich

57 Schreiben von Gilsing und Lensing an Oberst Wilson v. 29.5.1945, in: ACDP 03-002-049/1.

58 Thomas NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. 1: *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1990, S. 465–468. Aus der Sicht eines der Hauptbeteiligten, auf den sich zudem die Unionsverfechter nach 1945 immer wieder beriefen, zuletzt Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitbegründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 41), Düsseldorf 2003, S. 89–137.

59 Lambert LENSING (sen.), *Die Zentrumsparlei und die ersten Gemeindewahlen des Jahres 1919*. Zit. nach KOSZYK, *Lambert Lensing* (wie Anm. 2), S. 236.

60 Lensing an Ostrop, 2.7.1945, in: ACDP 03-002-049/1.

61 Hierzu und zum Folgenden Michael BAUS, *Gründung und Aufbau der CDU in Dortmund 1945–1946*, in: *Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark*, Bd. 79, Dortmund 1988, S. 145–177.

62 Zu Scherer vgl. HOFMANN/SOMMER (wie Anm. 17), S. 48f.

mit Nachdruck für die Gründung einer überkonfessionellen Partei aus.⁶³ Die erste Zusammenkunft von Vertretern dieser beiden Kreise – die bis dahin unabhängig voneinander agiert und wohl auch nicht voneinander gewusst hatten – am 12. Juli 1945 kann als Geburtsstunde der Dortmunder CDU gelten. Die offizielle Zulassung der Partei erfolgte Mitte August zwar noch unter dem Namen „Zentrum“⁶⁴, aber die ersten Versammlungen, die ab dem 16. August 1945 durchgeführt wurden, fanden schon unter dem Namen „Christlich-Demokratische Partei“ statt. Einen Tag nach der Gründungsversammlung des Landesverbandes Westfalen-Lippe schrieb Lensing an die Militärregierung, er habe als Vorsitzender des Dortmunder Zentrums dieses aufgelöst und melde „für den Bereich des Militär-Gouvernements Dortmund die Christlich-Demokratische Partei an. Die neue Partei umfaßt neben den ehemaligen Anhängern der Zentrumspartei weite Kreise der evangelischen Bevölkerung und ist keine konfessionelle, sondern eine christliche Partei.“⁶⁵

Auf der überörtlichen Ebene verlief die Gründung der Union in Westfalen indes nicht so reibungslos wie in Dortmund und dem übrigen Industriegebiet.⁶⁶ Angesichts einer inzwischen 60-jährigen Geschichte der CDU/CSU,⁶⁷ die nicht nur von ihr weltanschaulich nahestehenden Historikern gewöhnlich als „Erfolgsgeschichte“ apostrophiert wird, wird gern übersehen, dass die Schaffung einer interkonfessionellen christlichen Volkspartei keineswegs von Anfang an unumstritten gewesen ist. Tatsächlich gab es gerade in den überwiegend katholischen Gebieten starke und zunächst durchaus erfolgreiche Bestrebungen zur Wiedergründung der alten Zentrumspartei. Sie stellte dort in den frühen Nachkriegsjahren eine ernstzunehmende Konkurrentin der Union dar, bemühte sich um die gleiche Klientel und lieferte sich mit ihr erbitterte Auseinandersetzungen.⁶⁸ Einer der Schwerpunkte dieser Auseinandersetzungen war Westfalen, wo vor allem in den ländlichen Regionen die Anhänglichkeit an die Zentrumspartei stärker ausgeprägt war als etwa im benachbarten

63 Zum Scherer-Kreis Reinhard SCHMEER, *Volkskirchliche Hoffnungen und der Aufbau der Union. Evangelische Kirche und CDU/CSU in den ersten Nachkriegsjahren*, Köln 2001, S. 250–253.

64 Mitteilung Oberst Wilson an Lensing, 16.8.1945, in: ACDP 03-002-049/2.

65 Schreiben Lensings, 3. September 1945. HStA Düsseldorf, NL Lensing, RWN 106–1, Bl. 368.

66 Die verschiedenen Gründungsinitiativen und die Vorgeschichte des CDU-Landesverbandes sind dargestellt bei Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone. Gründung, Organisation, Programm und Politik* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 12), Düsseldorf 1988, S. 71–90.

67 Vgl. zuletzt Günter BUCHSTAB (Hg.), *Brücke in eine neue Zeit. 60 Jahre CDU*, Freiburg i.Br. 2005.

68 Ute SCHMIDT, *Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung* (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 51), Opladen 1987.

Rheinland, wo sich die christlich-demokratischen Gründerkreise meist früh gegen eine Restauration der alten Partei entschieden. Das Zentrum hatte im „historischen Nordrhein-Westfalen“ seit dem Kaiserreich über eine außergewöhnlich hohe politische Mobilisierungskraft verfügt und durch weitgehende Ausschöpfung des katholischen Wählerpotenzials überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse erzielt, was Otto von Bismarck zu der Bemerkung veranlasst hatte, die „beiden Extreme, die sozialdemokratische und die Zentrumspartei“ hätten nirgendwo „schärfere Vertreter“ gehabt als in Westfalen.⁶⁹ Neben alter Anhänglichkeit spielten für diejenigen Persönlichkeiten, die eine Wiedergründung des Zentrums propagierten und schließlich auch vollzogen, wahltaktische und systemtheoretische Überlegungen eine Rolle. So führte man gegen den Gedanken der „Union“ ins Feld, diese werde vor allem die Stimmen der ehemaligen Rechtsparteien erhalten und durch die protestantisch-konservativen Kräfte auf einen reaktionären Kurs gedrängt werden, ein Vorwurf, der bald in Wahlkämpfen immer wieder gegen die CDU/CSU ins Feld geführt werden sollte. Das Zentrum hingegen sollte, so der zeitweilige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rudolf Amelunxen⁷⁰, im Parteiensystem als „starker Mittelblock“ fungieren, der nach beiden Seiten ausgreifen und „die Schwankungen des Staatsschiffs ausgleichen“ könne.⁷¹ Daneben brachten aus der Tradition der Christlichen Gewerkschaften und dem linken Zentrumsflügel stammende Persönlichkeiten auch das Konzept einer großen, die Sozialdemokraten einschließenden Partei nach dem Vorbild der britischen Labour-Party ins Gespräch.⁷² Exponenten dieser Richtung waren etwa das ehemalige Mitglied des Reichsvorstandes der Zentrumspartei, Wilhelm Elfes, nunmehr Oberbürgermeister von Mönchengladbach, und der frühere Reichskanzler Joseph Wirth⁷³. Elfes, für den mit der Katastrophe des Nationalsozialismus das Ende der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gekommen war, propagierte die Zusammenfassung „aller sozial Gesinnten“ in einer „Partei der Arbeit“⁷⁴. Es ist al-

69 Zit. nach Karl ROHE, *Politische Traditionen im Rheinland, in Westfalen und Lippe. Zur politischen Kultur Nordrhein-Westfalens*, in: Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Nordrhein-Westfalen. Eine politische Landeskunde*, Köln 1984, S. 14–34, hier 19.

70 Zu Amelunxen vgl. Karl TEPPE, *Rudolf Amelunxen*, in: Walter FÖRST (Hg.), *Aus dreißig Jahren. Rheinisch-westfälische Politikerporträts*, Köln 1979, S. 48–65.

71 Wahlrede Rudolf Amelunxens am 30.3.1947 in Essen. HSStA Düsseldorf RWN 125 – 60.

72 Ein Überblick über die „Labour-Party“-Bestrebungen findet sich bei SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 159–175.

73 Zu Wirth vgl. Heinrich KÜPPERS, *Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik* (Historische Mitteilungen, Beiheft 27), Stuttgart 2000; Ulrike HÖRSTER-PHILIPP, *Joseph Wirth 1879–1956. Eine politische Biographie* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 82), Paderborn 2001.

74 Albert ESSER, *Wilhelm Elfes 1884–1969. Arbeiterführer und Politiker* (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 53), Mainz 1990.

lerdings kaum wahrscheinlich, dass eine „Labour Party-Lösung“ jemals als ernsthafte Möglichkeit auf der historischen Tagesordnung gestanden hat, nicht zuletzt angesichts einer traditionsbewussten Sozialdemokratie, deren Funktionskorps zum größten Teil in Kaiserreich und Weimarer Republik politisch geprägt worden war und die am 19. April 1945 in Hannover den sofortigen Wiederaufbau der Partei beschlossen hatte.⁷⁵ Das Konzept spielte denn auch seit Ende 1945 bei „den Protagonisten des katholischen Lagers keine Rolle mehr“.⁷⁶

Auch für die Befürworter des Unionsgedankens spielten wahlstrategische Überlegungen eine wichtige Rolle. Man war der Überzeugung, dass ein wiedergegründetes Zentrum ein zu geringes Wählerpotenzial haben würde, um die Interessen des christlichen Volksteils gegenüber den Sozialdemokraten und der ebenfalls als stark eingeschätzten KPD wirksam vertreten zu können, zumal schon seit der Weimarer Zeit ein allmähliches Abrücken der katholischen Wähler vom Zentrum zu verzeichnen gewesen sei.⁷⁷ Durch eine parteipolitische Zusammenfassung der Konfessionen jedoch ergebe sich die Chance, das Wählerpotenzial der zerfallenen und diskreditierten Parteien des Konservatismus und des Liberalismus an sich zu ziehen und damit gegenüber den Linksparteien mehrheitsfähig zu werden. Ein weiteres Motiv war die Überzeugung, mit der konfessionellen Öffnung könne der überkommene Ruf des Zentrums als in den Zeiten des bismarckschen Kulturkampfes entstandener „Defensivpartei“ überwunden werden, deren Hauptfunktion in der Verteidigung der Rechte von Katholiken und Kirche bestand. Betont wurde stets, dass eine überkonfessionelle christliche Partei die Tradition des Zentrums nicht verleugnen, sondern im Gegenteil vollenden werde, da schon Ludwig Windthorst und Bischof Wilhelm Emanuel Ketteler eine Ausdehnung auch auf andere Bekenntnisse befürwortet hätten. Auch in der katholischen Arbeiterbewegung sei der Gedanke der Interkonfessionalität früh verfochten worden.⁷⁸ Schließlich spiel-

75 Heinrich POTTHOFF/Susanne MILLER, *Kleine Geschichte der SPD 1848–1990*, Bonn 1991, S. 175.

76 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 159.

77 Vgl. hierzu und zum Folgenden exemplarisch den ganz dezidierten, mit statistischem Material ergänzten Brief des Essener CDU-Mitgründers Heinrich Strunk an Wilhelm Hamacher, den aus Troisdorf stammenden ersten Vorsitzenden des Zentrums, v. 21.11.1945, in: ACDP 03-002-049/1.

78 In diesem Zusammenhang wurde immer wieder Adam Stegerwalds Rede auf dem Essener Kongress der Christlichen Gewerkschaften 1920 verwiesen. Vgl. Johannes ALBERS, *Gedenken an den Essener Kongress 1920*, in: *Essener Kongress der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft*, hg. v. d. Sozialausschüssen, Königswinter 1950, S. 25–33. Allerdings hatte das „Essener Programm“ ein weitaus geringeres Echo hervorgerufen, als man ob des späten Nachruhmes vermuten würde. Nach dem Urteil des Stegerwald-Biografen Bernhard Forster war es eher „ein lauter Ruf mit leisem Widerhall“; vgl. FORSTER (wie Anm. 58), S. 279–289, Zitat: S. 279.

ten für die Unionsbefürworter systemtheoretische Überlegungen ebenfalls eine Rolle, wobei sie zu einem gänzlich anderen Schluss kamen als die Apologeten einer Wiedererrichtung des Zentrums. Als Hauptursache für die Instabilität der Weimarer Demokratie und den Sieg des Nationalsozialismus wurde die Zersplitterung des Parteiensystems betrachtet. Es sei daher auch zur Sicherung der Demokratie und zum Schutz gegen eine mögliche Diktatur zwingend erforderlich, über alle inhaltlichen Differenzen hinweg die christlichen Kräfte in einer großen und starken Partei zu bündeln. Auf diese Weise böte sich auch die Möglichkeit, die heimatlos gewordenen Anhänger der ehemaligen Rechtsparteien zu integrieren und die Entstehung einer reaktionären Partei mit antidemokratischem Charakter zu verhindern.⁷⁹

Bei dem Bemühen, die Mehrzahl der früheren Funktionäre des westfälischen Zentrums für das Konzept einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei zu gewinnen, spielte Lambert Lensing eine mitentscheidende Rolle. Ein erstes überörtliches Treffen christlicher Politiker aus dem Ruhrgebiet fand am 3. Juni 1945 im Essener Kolpinghaus statt. Einer der Einladenden war der Arbeiterpräses des Bistums Paderborn, Caspar Schulte, der eine rasche Klärung der Frage anstrebte, „nach welcher Richtung man von katholischer Seite den Aufbau einer politischen Front betreiben sollte“.⁸⁰ Teilnehmer waren ehemalige Mitglieder des Zentrums, der Christlichen Gewerkschaften und der katholische Arbeitervereine. Während sich nur wenige der Anwesenden für die Wiedererrichtung des Zentrums aussprachen, brachten vor allem die Paderborner um Schulte, inspiriert durch Überlegungen des Jesuitenpaters Hirschmann, den Gedanken zur „Schaffung einer Labour-Party nach englischem Muster“ in die Diskussion. Diese „sollte ihre Antriebe aus dem rein Politischen, nicht aus dem Christlichen nehmen und alle Stände umfassen, die sich auf dem Boden des Naturrechts zusammenfinden konnten“ und sozial bzw. „sozialistisch“ ausgerichtet sein.⁸¹ Da angesichts der eher zufälligen Zusammensetzung „selbstverständlich keine bindenden Beschlüsse gefällt werden konnten“, beschloss man, den Kreis um „alle irgendwie erreichbaren ehemaligen Zentrumsangehörigen“ zu vergrößern, um dann zu einer Entscheidung kommen zu können.⁸² Nach seinem neuen Tagungsort, dem Wattenscheider Gesellenhaus, wurde dieser sich in der Folgezeit periodisch zusammenfinden-

79 Vgl. Josef KANNENGIESSER, *Entscheidung aus christlicher Verantwortung (CDU oder neues Zentrum)*. Denkschrift ms. in: ACDP 03-002-275/2.

80 Lambert Lensing, „Der Wattenscheider Kreis“, in: „Ruhr-Nachrichten“ v. 2.9.1955.

81 Hans Georg WIECK, *Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 2), Düsseldorf 1953, S. 106. Zu Hirschmann vgl. Johannes BEUTLER SJ/Elselore BOECKER/Walther CASPAR (Hg.), „Dazu ist ein Dreifaches zu sagen“. *Johannes Baptist Hirschmann. Elemente eines Porträts*. Würzburg 1986.

82 Lensing, Der Wattenscheider Kreis (wie Anm. 80).

de Zirkel, dessen Leitung Anton Gilsing übernahm, als „Wattenscheider Kreis“ bezeichnet. Nach dem Zeugnis von Leo Schwing, dem ehemaligen Generalsekretär der Windthorstbünde, Mitgründer und kurzzeitigem Vorsitzenden der CDU im Rheinland, war es vor allem Lambert Lensing, dem es gelang, den „Paderbornern“ die Idee einer deutschen Variante der Labour Party „auszureden“. ⁸³

Mitte Juli erhielt Lensing die Einladung zu einem Treffen ehemaliger Zentrumsmitglieder in Lippstadt zwecks Wiedergründung der Partei und machte sich in Begleitung der ebenfalls aus Dortmund stammenden Helene Wessel⁸⁴, der späteren Partei- und Fraktionsvorsitzenden des Zentrums, auf den Weg.⁸⁵ Aufgrund einer Autopanne trafen sie erst gegen Ende der Konferenz ein und erfuhren von Josef Kannengießer, dass die Wiedergründung des Zentrums beschlossen worden war. Lensing berichtete über die Überlegungen im „Wattenscheider Kreis“ und warnte eindringlich davor, zum jetzigen Zeitpunkt diesen Schritt zu unternehmen. „Es dürfe auf keinen Fall passieren, daß am Anfang eines neuen politischen Lebens die Spaltung der ehemaligen Zentrumspartei stehe.“ Lensing bat „sehr nachdrücklich“ darum, „doch schleunigst Verbindung mit dem Wattenscheider Kreis zu suchen, um mit vereinten Kräften den politischen Wiederaufbau vorzunehmen“. Obwohl einige der Anwesenden auf Lensings Ausführungen mit deutlicher Ablehnung reagierten, darunter Rudolf Amelunxen und Helene Wessel, und er sich als „politischer Säugling“ titulieren lassen musste, wurde seinem Wunsch entsprochen: Nachdem sowohl Kannengießer als auch der gastgebende Dechant Steinbrück in Lensings Sinne argumentiert hatten, vertagte man die Wiedergründung des Zentrums. In der Folgezeit kam es zu zwei weiteren Besprechungen zwischen Vertretern des „Wattenscheider Kreises“ und der „Lippstädter“, an denen auch Vertreter aus dem Rheinland teilnahmen und über die dortige Entwicklung hin zu einer überkonfessionellen Partei berichteten. Lensing konstatierte rückblickend, dass dies eine wichtige Hilfe bei dem Bestreben gewesen, sei die „Lippstädter“ für die Idee einer christlich-demokratischen Partei zu gewinnen, wehrte sich aber – und mit Recht – vehement gegen die u.a. von Schwing kolportierte Darstellung, erst die „Rheinländer“ hätten den Unionsgedanken nach Westfalen gebracht.⁸⁶ Auf einer Versammlung am 13. August 1945 in Wattenscheid, an der die wichtigsten Befürworter des Zentrums schon nicht

83 Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1953, S. 112f.

84 Elisabeth FRIESE, *Helene Wessel (1898–1969). Von der Zentrumspartei zur Sozialdemokratie* (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, 36), Essen 1993.

85 Zum Folgenden vgl. Aufzeichnung Lambert Lensings v. 17.8.1962 (2 S. ms.), in: ACDP 03-002-050/2.

86 Lambert Lensing, „Wellenbrecher für Deutschland“, in: „Westfalenpost“ v. 14.5.1948.

mehr teilnahmen, beschloss die überwältigende Mehrheit der knapp 100 Anwesenden, „daß die Zentrumspartei nicht wieder ins Leben gerufen werden soll, sondern daß in Erweiterung ihrer Grundsätze eine neue Partei geschaffen werden soll, die allen demokratisch gesonnenen Deutschen eine politische Heimstätte sein kann, die beim Wiederaufbau Deutschlands die Durchdringung des politischen Lebens mit den Grundsätzen des Christentums wahrhaben wollen. ... Die neue Partei soll den Namen ‚Christliche demokratische Partei‘ führen. Eine formelle Gründungsversammlung ... findet am 2. September statt.“⁸⁷ Von evangelischer Seite hatten sich kurz zuvor der ehemalige preußische Kultusminister Otto Boelitz aus Soest, der ehemalige Reichs- und Landtagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei Otto Rippel aus Hagen, sowie der aus der christlich-sozialen Bewegung stammende Herforder Oberbürgermeister Friedrich Holzapfel zur Mitarbeit bereit erklärt. Letzterer hatte in einem Gespräch mit Josef Kannengießer die Bedingung gestellt, „daß die zu gründende Partei nicht mehr den Namen Zentrum erhalten dürfe, da eine solche traditionell belastete Bezeichnung den Einbruch in die evangelischen Bevölkerungsschichten verhindern würde“.⁸⁸

Am 27. August 1945 fand im Dortmunder Parteibüro in der Bismarckstraße, das nun auch die Funktion einer provisorischen Landesgeschäftsstelle hatte,⁸⁹ eine Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Gründungsversammlung statt. Dabei wurde beschlossen, dass Lambert Lensing den Vorsitz übernehmen sollte. Als Stellvertreter wurde, dem Prinzip der konfessionellen Parität Rechnung tragend, Friedrich Holzapfel nominiert, das Amt des Geschäftsführers sollte Josef Kannengießer übernehmen. Auch der Ablauf der Gründungsversammlung wurde geplant und Lensing die Aufgabe übertragen, „über die Entwicklung und den Sinn der neuen Partei“ zu sprechen.⁹⁰ Als er dann am 2. September im Bochumer Parkhaus das Wort ergriff, charakterisierte er zunächst, „die Abkehr von Gott, die Entfernung von den ewigen Grundsätzen des Christentums“ als die „tiefste Ursache“ der deutschen und europäischen Katastrophe. Diese habe jedoch nicht erst mit dem Nationalsozialismus, sondern bereits viel früher begonnen. Es sei zukünftig die Pflicht des Christen,

87 CDU Westfalen-Lippe (Hg.), *Dokumente des Anfangs*, Dortmund 1986, S. 3. Vgl. auch Schreiben von Otto Lenz an Andreas Hermes v. 27.8.1945, in: ACDP, NL Hermes, 01-090-018/2.

88 Niederschrift eines Gesprächs zwischen Holzapfel und Dr. Peter Hüttenberger am 17.4.1968 in Bad Salzuflen, in: HStA Düsseldorf RWN 139 Nr. 5 Bl. 164–170, hier 165. Zu Holzapfel vgl. Christopher BECKMANN, *Friedrich Holzapfel (1900–1969)*, in: HPM 13 (2005), S. 129–155.

89 BAUS, *Gründung* (wie Anm. 61), S. 164.

90 Niederschrift über die am 27.8.1945 im Dortmunder Parteibüro stattgefundene Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Gründungsversammlung der Christlich-Demokratischen Partei, in: *Dokumente des Anfangs* (wie Anm. 87), S. 4.

„auch bei grundsätzlichen Entscheidungen in der Politik ... der christlichen Stimme in seinem Inneren Gehör zu schenken und danach zu handeln“.⁹¹ Es folgte eine Darlegung der Motive zur Gründung einer neuen, überkonfessionellen christlichen Volkspartei. Die zwölf Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft seien „ein ebenso bitterer wie ernster Lehrmeister gewesen“, in denen „nicht ein Kulturkampf ..., sondern eine Christenverfolgung“ stattgefunden habe, die sich gegen beide Konfessionen gleichermaßen richtete und in der sich „die aktiven Anhänger beider Kirchen ... gegenüber den Irrlehren des Nationalsozialismus als standhaft erwiesen“ hätten. Lensing sah dadurch auch eine Veränderung im Verhältnis der Konfessionen zueinander: „Das, was früher in kleinlicher Weise als trennend empfunden wurde, ist durch das Erlebnis abgefallen, und wir sehen es täglich mit Freude und Genugtuung, daß die Diener der katholischen und evangelischen Kirche auf allen Gebieten einträchtig und harmonisch zusammenarbeiten.“ Seine Schlussfolgerungen kleidete Lensing in rhetorische Fragen: „Soll das Erleben der letzten zwölf Jahre schon wenige Monate nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder vergessen sein? Oder soll es nicht dazu ermuntern, den Versuch zu machen, in der Politik als Christen in einer Partei nach christlichen Grundsätzen zusammenarbeiten? Zwingt nicht auch die furchtbare Not unseres Landes dazu, alle Gegensätzlichkeiten beiseitezustellen, unsere Kraft zu vereinen, statt sie gegeneinander einzusetzen?“⁹² Ein weiteres Argument sei die Unkenntnis der jüngeren Generation, die nichts von der Zentrumspartei oder dem Evangelischen Volksdienst wüsste. „Wir können deshalb nicht einfach bei dem anknüpfen, womit wir im Jahre 1933 aufhörten.“⁹³ Man sei „im Begriff, eine in Deutschland revolutionäre Tat zu begehen, den Versuch zu machen, eine einheitliche christliche Front zu bilden“. Wohl mit Blick auf Skeptiker aus den Reihen des alten Zentrums fügte er hinzu, „daß wir uns vom früheren Zentrum nicht leicht oder leichtsinnig entschlossen haben, den schützenden Zentrumsturm zu verlassen, den unsere Väter begründeten. ... Wir bringen mit uns die gute und ehrwürdige Tradition der Väter und lassen hinter uns alle trennenden Gedanken und Überlieferungen aus der Geschichte der Gegensätzlichkeit der Konfessionen.“⁹⁴

In einem Redeentwurf für die offizielle Gründungsversammlung des Dortmunder Kreisverbandes der CDP im Oktober setzte Lensing sich auch bemer-

91 Lambert Lensing: Rede auf der Gründungszusammenkunft der Christlich-Demokratischen Partei Westfalens in Bochum am 2. September 1945, EBD. S. 6–10, hier S. 7.

92 EBD. S. 7f.

93 EBD. S. 8.

94 EBD. S. 10. Dass die Gründung der Union als überkonfessioneller Volkspartei auch aus heutiger Sicht nur mit dem Attribut „revolutionär“ zutreffend zu beschreiben ist, hat kürzlich Norbert Frei in einem Essay über „Die langen Fünfziger“ wieder hervorgehoben. Vgl. „Die Zeit“ v. 16.2.2006.

kenswert freimütig und selbstkritisch mit dem schwierigen Komplex von Schuld und Verantwortung auseinander: „Wir wollen ehrlich mit uns sein. Vor uns selbst, vor unserem Gewissen tragen wir eine kollektive Schuld. Jeder, der nicht im Konzentrationslager gesessen hat oder in allem ganz konsequent gewesen ist, wer jemals die Hand zum Hitlergruß erhoben hat, der hat gefehlt. Wenn in den Jahren vor 1939 Hunderttausende den mutigen Kampf gegen den Nationalsozialismus geführt hätten, wenn Generale, die im feindlichen Feuer ihren Mann gestanden haben und gefallen sind, dieselbe Standfestigkeit gegenüber dem Tyrannen und Verderber bewiesen hätten, Millionen junger Deutscher lägen heute nicht unter dem Rasen. Deutschland wäre kein Trümmerfeld.“ Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass diese Überlegungen nicht zuletzt der kritischen Reflexion des eigenen Verhaltens vor und während der nationalsozialistischen Herrschaft entsprangen. Zudem lässt sich hier auch der persönliche Schmerz eines Mannes erahnen, dessen Söhne zu den Opfern des Krieges gehörten. Aus Lensings Worten spricht aber auch die Entschlossenheit, aus den Erfahrungen der Vergangenheit Konsequenzen zu ziehen und – jenseits justiziabler persönlicher Schuld – Verantwortung zu übernehmen. So verstand er auch sein Engagement für die CDU, deren Fahne wehen sollte „über einem wiedererstandenen Vaterland, das von seinen Bürgern geliebt und von der Mitwelt geachtet wird“.⁹⁵

Der in Bochum gewählte Vorstand des Landesverbandes Westfalen richtete einen Aufruf „An unsere Parteifreunde in Stadt und Land!“, in dem er von der Gründung Kenntnis gab und dazu aufrief, den Gedanken der Christlich-Demokratischen Partei in ganz Westfalen bekannt zu machen und umgehend den Aufbau von Kreis- und Ortsverbänden in Angriff zu nehmen und diese bei der Militärregierung anzumelden.⁹⁶ Obwohl sich die beantragte Zulassung durch die britischen Militärbehörden verzögerte, gelang die rasche Konsolidierung der westfälischen CDU, die im Frühjahr 1946 rund 78.000 Mitglieder in 51 Kreisverbänden zählte und zum Ende des Jahres die Schwelle von 100.000 Mitgliedern deutlich überschritt.⁹⁷

Als trotz aller Bemühungen um eine Einigung am 14. Oktober 1945 in Soest die Wiedergründung des Zentrums erfolgte,⁹⁸ reagierte Lambert Lensing mit Enttäuschung, ohne deshalb zu resignieren. An einen Parteifreund schrieb er: „Ich stehe wie in der Vergangenheit auf dem Standpunkt, daß alles getan wer-

95 Entwurf der Rede Lensings auf der Gründungsversammlung des Kreisverbandes Dortmund am 9. Oktober 1945, in: ACDP 03-002-049/1.

96 Wortlaut des Aufrufs in: *Dokumente des Anfangs* (wie Anm. 87), S. 12f.

97 So meldete Hauptgeschäftsführer Paul Steup dem Zonenausschuss am 13.2.1947 die Zahl von 123.213 eingeschriebenen Mitgliedern zum 31.12.1946; ACDP, LV Westfalen-Lippe, 03-002-014/1.

98 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 218–225. Vgl. auch den an Lensing gerichteten Bericht von Aloys Feldmann, in: ACDP 03-002-049/1.

den muß, die Spaltung zu überbrücken. Das wird jetzt, nachdem der verhängnisvollen Schritt in Soest erfolgt ist, außerordentlich schwer sein.“⁹⁹ Nicht zuletzt aufgrund seines tatkräftigen Einsatzes war es immerhin gelungen, die Neuentstehung des Zentrums zu verzögern, wichtige Persönlichkeiten vom Unionskonzept zu überzeugen, sich selbst einen wertvollen zeitlichen Vorsprung zu verschaffen und argumentativ in die Offensive zu gelangen. Das Bestreben, doch noch zu einer Einigung und zu einem Zusammenschluss mit den Zentrumsbefürwortern zu kommen, dürfe, so Lensing, keinesfalls zu Lasten des interkonfessionellen Charakters der CDU gehen: „Es muß m.E. unter allen Umständen verhindert werden, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, als wenn Kompromisse zwischen den katholischen Gruppen auf Kosten der evangelischen erzielt werden.“¹⁰⁰

VI. Denunziation und zeitweiliger Rückzug

Auch verlegerisch wurde Lensing unmittelbar nach Kriegsende wieder aktiv. Im Mai 1945 wurde er von den Besatzungstruppen zum Verlagsleiter der in Essen erscheinenden, zunächst von den amerikanischen, später den britischen Behörden herausgegebenen „Ruhr-Zeitung“ ernannt¹⁰¹. Am 14. August 1945 erfolgte die Wahl zum 1. Vorsitzenden des neugegründeten Rheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegervereins, der sich mit Zustimmung der britischen Besatzungsmacht um den Neuaufbau des Pressewesens in der Region bemühen sollte. Sein im Februar 1946 eingereichter Antrag auf Erteilung einer Lizenz für eine CDU-nahe Zeitung mit dem Titel „Ruhr-Nachrichten“ wurde jedoch abgelehnt, da inzwischen Stimmen laut geworden waren, Lambert Lensing sei ein NS-Sympathisant und -Profiteur gewesen. Schon kurz nach der Bochumer Gründungsversammlung hatte es erste diesbezügliche Vorwürfe gegen ihn gegeben, die sich bald zu einer Kampagne auswuchsen. Die genauen Hintergründe und die maßgeblichen Urheber sowie die Trittbrettfahrer dieser Kampagne blieben trotz intensiver Aufklärungsbemühungen für Lensing nicht genau ermittelbar und lassen sich auch heute nicht völlig aufklären. Mit einiger Sicherheit lässt sich allerdings feststellen, dass verschiedene Personen und Kreise beteiligt waren und sich persönliche, politische und geschäftliche Motive miteinander verbanden. Die britische Militärregierung prüfte die für eine Lizenzerteilung in Frage kommenden Kandidaten in Bezug auf ihre politische Vergangenheit so „sorgfältig ... ja, geradezu pedantisch“, dass sie damit „Tür

⁹⁹ Schreiben an Johannes Gronowski v. 9.11.1945, in: ACDP, NL Johannes Gronowski, 01-205-001/2.

¹⁰⁰ Ebd.

¹⁰¹ Die redaktionelle Leitung der „Ruhr-Zeitung“ oblag anfangs übrigens dem Emigranten und späteren prominenten DDR-Schriftsteller Stefan Heym, vgl. HÜFFER (wie Anm. 32), S. 57.

und Tor für Intrigen und kleinliche Denunziationen“ öffnete.¹⁰² Im Mittelpunkt der Angriffe standen eine angebliche Unterstützung des NS-Regimes durch Aufrechterhaltung der „Tremonia“ und die Tätigkeit Lensings im Oberkommando der Wehrmacht während des Krieges. Am 28. Oktober 1945 nahmen die Gründer der CDP in Iserlohn in einem Brief an Lensing Abstand von der Vereinbarung, diesen als Festredner bei der Gründungsversammlung der dortigen Kreispartei auftreten zu lassen. Es gebe „schwere Ausfälle gegen Ihre Person [seitens] des Iserlohner Zentrumsvorstandes“, aus denen eine „beispiellose Gehässigkeit gegen Sie“ spreche, „die manchmal sogar den Gedanken einer planmäßigen Verhetzung aufkommen lasse“. Vor diesem Hintergrund sei es „unklug, bei der ersten Kundgebung der Partei, bei der es unter anderem, wie gesagt, um die Gewinnung der Zentrumsmitglieder geht, Sie, an dem sich die Gegnerschaft in erster Linie mit entzündet, sprechen zu lassen, wobei Ihnen selbstverständlich in absehbarer Zeit die Möglichkeit in irgendeiner Form gegeben werden muß, sich gegen diese Hetze zur Wehr zu setzen“.¹⁰³ Auf Nachfrage Lensings ergänzte der Iserlohner Kreisgeschäftsführer Mogge, in dortigen Zentrumskreisen würden Lensing und Adenauer als „die beiden großen Feinde des Zentrums“ bezeichnet. Außerdem werde er als „sozialreaktionärer Lensing“ bezeichnet, der einen „deutschnationalen Klüngel“ um sich geschart habe.¹⁰⁴ Am 30. Oktober 1945 erhielt Lensing einen Brief des Bochumer Pfarrers Ostermann, der feststellte, dass „Unklarheiten“ hinsichtlich seiner Haltung zum Nationalsozialismus bestünden, und einen regelrechten Fragenkatalog enthielt.¹⁰⁵ In seinem Antwortbrief nahm Lensing zu den Fragen Punkt für Punkt Stellung. 1934 sei er kurz nach dem sog. Röhm-Putsch dem Stahlhelm beigetreten, der zu diesem Zeitpunkt ein Sammelbecken für den Nationalsozialismus ablehnende Kräfte gewesen sei. An irgendeiner Veranstaltung oder einem Dienst habe er nicht teilgenommen und habe nach der geschlossenen Überführung des Stahlhelm in die SA nicht nur Aufforderungen, Dienst zu tun abgelehnt, sondern auch um seine Entlassung nachgesucht, die noch im selben Jahr erfolgt sei. Einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP habe es nie gegeben, vielmehr habe er 1937 eine allgemeine Aufforderung an die Zeitungsverleger abgelehnt, der NSDAP beizutreten. Bei der Weitergabe der von der Reichspressekammer erlassenen Richtlinien, zu der er verpflichtet gewesen sei, habe er alles, was auf den Nationalsozialismus bezogen gewesen sei, auf ein Minimum reduziert. Die Berichterstattung über die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Priester und Ordensleute habe ihn aufs äußerste

102 Peter HÜTTENBERGER, *Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie*, Siegburg 1973, S. 148.

103 ACDP 003-002-049/1.

104 Mogge an Lensing, 30.11.1945. Ebd.

105 Pfarrer Ostermann an Lensing, 29.10.1945, in: ACDP 03-002-049/2.

empört, weshalb er sie in der „Tremonia“ so weit wie möglich einzuschränken versucht habe. In Dortmund hätten zu keiner Zeit Zweifel an seiner positiven kirchlichen Einstellung bestanden, was den Unmut der örtlichen Parteibehörden herausgefordert habe. Dass er während des Krieges im Oberkommando der Wehrmacht gedient habe, sei seine soldatische Pflicht gewesen. Nach 1933 habe er sich intensiv um die Erhaltung der katholischen Presse bemüht, und es sei auch seinem Einsatz zu verdanken gewesen, dass „bis zum Jahre 1944 noch eine Reihe katholischer Zeitungen in Westdeutschland bestanden“. Als Verleger habe er der Reichspressekammer angehören müssen, wo seine kritische Grundeinstellung bekannt gewesen sei.¹⁰⁶ Größere Kreise zog die Angelegenheit, als am 20. November ein „Das neue Zentrum – Sozial-radikale Partei“ überschriebener Artikel aus der Feder von Wilhelm Karl Gerst in der „Frankfurter Rundschau“ erschien.¹⁰⁷ Er befasste sich mit den Auseinandersetzungen zwischen CDU und Zentrum in „Rheinland-Westfalen“, wobei die Sympathie des Autors für die angeblich im „neuen Zentrum“ vorherrschende Bereitschaft zu einer „absolut aufrichtigen Zusammenarbeit mit den Arbeiter-Linksparteien“ in einem „festgefühten Linksblock“ deutlich zutage trat.¹⁰⁸ Gerst zitierte eine angebliche Äußerung des westfälischen Vorstandes der Zentrumsparlei, wonach sich in der CDP antidemokratische und reaktionäre Kräfte sammelten, die mit ihrer „militaristischen, chauvinistischen und reaktionären Gesinnung die Weimarer Republik zu Fall brachten und dem Nationalsozialismus zur Macht verhalfen“. Außerdem hieß es: „Gegen die Anti-Nazi-Integrität des Vorsitzenden für Westfalen, den Verleger Lambert Lensing in Dortmund, werden starke Bedenken geltend gemacht, weil er es verstanden hat, seine ‚Tremonia‘, früher ein Zentrumsblatt, bis 1944 als nazihöriges Blatt am Leben zu erhalten.“ Am 4. Dezember 1945 richtete Lensing einen Brief an Wilhelm Hamacher als Vorsitzenden des Zentrums in Rheinland und Westfalen, in dem er Aufklärung darüber verlangte, ob der „Schreiberling“ seine Informationen tatsächlich von der Zentrumsführung erhalten habe. Das „Pamphlet“ strotze von „Verleumdungen, Unwahrheiten und Denunziationen“ und sei geeignet, „politische Kampfmethoden wieder einzuführen, die vor 1933

106 Lensing an Ostermann, 1.11.1945. Ebd.

107 „Frankfurter Rundschau“ v. 27.11.1945. Gerst war zu diesem Zeitpunkt einer der Lizenzträger der „Frankfurter Rundschau“. 1946 wurde er ironischerweise selbst der früheren Parteinahme für den Nationalsozialismus bezichtigt, woraufhin ihm trotz eines günstigen Ausgangs des Spruchkammerverfahrens die Zeitungslizenz wieder entzogen wurde. Ab 1949 war Gerst Bonner Korrespondent der DDR-Nachrichtenagentur ADN.

108 Im Mai 1948 verfasste Gerst einen umfangreichen Artikel unter der Überschrift „Fragen an das Neue Zentrum“, in dem er einen „Block“ forderte, „der vom Zentrum über die Sozialdemokraten bis zu den Volkssozialisten reicht“ und der eine sozialrevolutionäre Politik betreiben sollte, um angeblichen reaktionär-nationalistischen Tendenzen in Deutschland entgegenzutreten. Manuskript in: ACDP, NL Josef Kannengießer, 01-182-012/2.

zum Ruin der Demokratie in hohem Maße beigetragen haben“.¹⁰⁹ Hamacher antwortete, dass er den Artikel und dessen Autor nicht kenne, ihn aber, sollte er ihn in den Reihen des Zentrums ausmachen, „zur Rechenschaft“ ziehen werde. Er sei nicht für das verantwortlich, was andere täten, werde sich aber weiterhin dafür einsetzen. „daß die nun laufende Auseinandersetzung sich in sachlichen Bahnen bewegt“.¹¹⁰ Lensing schenkte der Versicherung Hamachers Glauben, selber mit den Angriffen gegen seine Person nichts zu tun zu haben, und vermutete deren Urheber „mit Bestimmtheit“ in Düsseldorfer Zentrumskreisen um den Verleger und Zentrumspolitiker Jakob Pötz, den er wiederholt als Urheber der Angriffe nannte.¹¹¹ Pötz gehörte zu den Motoren der Wiedergründung des Zentrums in Düsseldorf,¹¹² wurde deren Vorsitzender im Rheinland und gehörte auch dem Hauptvorstand an.¹¹³ In der Weimarer Zeit hatte er sich mit den in seinem Konzern erscheinenden Zeitungen, die sich v.a. an das katholische Bürgertum wandten, im Rhein- und Ruhrgebiet eine starke Position erworben. Nach der „Machtergreifung“ hatte er, ähnlich wie Lensing, versucht, Provokationen zu vermeiden und Hitlers Berufung zum Reichskanzler als verfassungsmäßig anerkannt und den katholischen Charakter der von ihm herausgegebenen Blätter betont. Anders als Lensing war es Pötz jedoch nicht gelungen, sein Unternehmen zu behalten, das im April 1937 in das NS-Presseremprium unter Max Amann eingegliedert worden war.¹¹⁴ Die bereits 1945 bei den Briten beantragte Zeitungslizenz war ihm verweigert worden, was er offenbar als „unerträgliche Zurücksetzung“ empfand.¹¹⁵

Lensing erhielt am 19. März 1946 von der Pressesektion der Militärregierung die Mitteilung, dass sein Antrag auf Erteilung einer Lizenz für eine CDU-nahe Zeitung abgelehnt worden sei. Als Gründe wurden die Mitgliedschaft in der SA, ein Antrag auf Aufnahme in die NSDAP, die Tätigkeit im Oberkommando der Wehrmacht sowie das Weitererscheinen der „Tremonia“ genannt,

109 Schreiben Lensings an Hamacher v. 4.12.1945 (Abschrift), in: ACDP 01-205-001/2.

110 Schreiben Hamachers an Lensing v. 12.12.1945 (Abschrift), ebd.

111 Schreiben Lensings an Gronowski v. 17.12.1945 und an Dr. Hoster, Altena, v. 20.12.1945, in: *Dokumente des Anfangs* (wie Anm. 87), S. 34f. An Schwering schrieb er, Gersts Beitrag sei „in Düsseldorf inspiriert oder geschrieben worden“: „Man riecht die Giftküche des Herrn Pötz und Genossen“, Brief v. 6.12.1945, in: ACDP 03-002-049/2. Zeitweilig hat Lensing offenbar auch den Bochumer Verleger Friedrich Klagges verdächtigt, der diesen Verdacht allerdings bei einer Zusammenkunft im Haus von Friedrich Holzappel ausräumen konnte. Vgl. Schreiben Klagges' an verschiedene CDU-Politiker v. 22.2.1947, in: ACDP 03-002-048/1.

112 So war Pötz Mitunterzeichner eines Rundschreibens „An die Freunde der Zentrumspartei“ v. 23.8.1945, in der die Wiedergründung der Partei angekündigt wurde; ACDP 01-182-012/2.

113 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 364f. Im Oktober 1946 trat Pötz zur CDU über (EBD. S. 246, Anm. 51).

114 Oron J. HALE, *Presse in der Zwangsjacke 1933–1945*, Düsseldorf 1965, S. 189–194.

115 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 246, Anm. 51.

das einer Unterstützung des NS-Regimes gleichgekommen sei. Vier Tage später wurde ihm aus den gleichen Gründen durch einen Offizier der Publikationskontrolle die im November 1945 erteilte Buchlizenz wieder entzogen. Der tief getroffene Verleger nahm erneut detailliert zu den Vorwürfen Stellung, betonte wiederum, dass er niemals um die Mitgliedschaft in der NSDAP nachgesucht habe und schilderte ausführlich sein Bestreben, die katholische Presse vor dem Zugriff der braunen Machthaber zu bewahren. Die „Tremonia“ habe den Gegnern des Nationalsozialismus „Ruhe- und Haltepunkt“ sein sollen und sei inhaltlich deshalb „soweit wie möglich neutralisiert“ worden. Dies sei zunächst gelungen, habe dann aber zu ständigen Konflikten mit den Machhabern geführt. Dennoch habe die Zeitung bis zum Kriegsausbruch „durchaus ihre eigene Note“ gehabt und bis zuletzt die Aufgabe erfüllt, „Bindeglied und Zeichen für die den Nationalsozialismus ablehnenden Teile der Bevölkerung“ zu sein: „Kam jemand in ein Haus, in dem die ‚Tremonia‘ gehalten wurde, so wusste er, er konnte frei sprechen, er war nicht bei Nazis.“ Vor diesem Hintergrund erscheine ihm die Erhaltung des Blattes nicht als Belastung, sondern als Leistung. „Viel bequemer wäre es gewesen, die Zeitung gut zu verkaufen und dafür etwa einen gut rentierenden jüdischen Betrieb zu arisieren. Das Durchhalten verlangte Charakterfestigkeit in entscheidenden Dingen, Geschick und Härte gegen sich selbst.“ Im Oberkommando der Wehrmacht sei er aufgrund seines Berufes lediglich für die technische Herstellung von Büchern und Druckerzeugnissen zuständig und selbst nie propagandistisch tätig gewesen. Die Begründung für die Lizenzverweigerung betrachte er „als eine Beeinträchtigung meiner politischen und persönlichen Ehre“, gegen die er sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu wehren gedenke.¹¹⁶ Im Juni 1949, als er bereits rehabilitiert worden war, bekam Lensing, wie er in einer Aktennotiz festhielt, den Hinweis, dass ihr Initiator ein Major Buxton, Pressechef für Westfalen der britischen Militärregierung, gewesen sei. Dieser habe sich bei einer Besprechung von Lensing brüskiert gefühlt, ihn deshalb „leidenschaftlich gehaßt“ und erklärt, er werde „dafür sorgen, daß ich im Zeitungswesen und in der Öffentlichkeit nicht wieder zur Geltung komme“. Dazu habe er sich deutscher Helfer bedient und sei „bei verschiedenen Verlegern herumgefahren, um persönlich Material gegen mich zusammenzutragen“. Von einem nicht namentlich genannten früheren ZENO-Verleger sei der Hinweis auf den angeblichen Aufnahmeantrag für die NSDAP erfolgt.¹¹⁷ Sollte Letzteres zutreffen, so dürfte es sich um den Versuch gehandelt haben, einem mög-

116 Alle Zitate stammen aus einer umfangreichen, an Major Merson von der Nr. 1 Information Control Unit in Düsseldorf gerichteten Stellungnahme Lensings; ACDP 03-002-048/1.

117 Niederschrift Lensings über eine am Donnerstag, dem 9. Juni 1949 nachmittags stattgefundene Unterredung mit Herrn Dr. Polonius, in: Institut für Zeitungsforschung (wie Anm. 15), Bl. 188.

lichen Konkurrenten um die begehrten Zeitungslizenzen zu schaden, wobei es nicht auszuschließen ist, dass die Denunzianten auch aus den eigenen politischen Reihen kamen. So bemerkte Paul Steup im Mai 1946: „Ich vermute, daß die Verleger unter sich außerordentlich stark gegeneinander eingestellt sind und sich gegenüber den Engländern von keiner schönen Seite zeigen.“¹¹⁸

Um die Partei vor möglichem Schaden zu bewahren, trat Lensing am 9. März 1946 vom Amt des Landesvorsitzenden zurück. Der Landesvorstand äußerte dazu in einer einstimmig angenommenen Erklärung, dass man diesen Entschluss bedaure und versicherte ihm seines vollsten Vertrauens. Man werde ihn in seinem Kampf um Rehabilitierung jederzeit tatkräftig unterstützen.¹¹⁹

In der Tat bemühte sich der Beschuldigte in der Folgezeit intensiv um die Widerlegung der Vorwürfe, von der seine politische, mehr aber noch seine berufliche Zukunft und die seines Verlages mitsamt seiner Mitarbeiter abhing. Zu diesem Zweck sammelten Lensing und sein Anwalt Ferdinand Marx zahlreiche Leumundszeugnisse, Gutachten und Stellungnahmen verschiedenster Persönlichkeiten und übermittelten sie an die Militärbehörden. Bei ihrer Beschaffung waren kirchliche und parteiamtliche Stellen behilflich. So erklärte der Paderborner Dompropst Paul Simon, die Behauptung, Lensing habe Sympathien für den Nationalsozialismus gehegt und freundschaftliche Beziehungen zu Nationalsozialisten unterhalten, sei „für jeden, der Herrn Lensing kennt, eine geradezu lächerliche Lüge“.¹²⁰ Der frühere Dortmunder Ortsgruppenleiter der NSDAP Dortmund-Mitte gab eine eidesstattliche Versicherung ab, dass dieser niemals einen Aufnahmeantrag für die Partei gestellt habe,¹²¹ während ehemalige Mitarbeiter des Wehrbezirkskommandos II bestätigten, dass die NSDAP wegen der regimekritischen Haltung Lensings wiederholt dessen Entlassung aus der Wehrmacht gefordert hätte.¹²² Trotz aller Bemühungen zog sich die endgültige Rehabilitierung bis in den Dezember 1948 hin. Nachdem Lensing bereits 1947 erstmals rehabilitiert worden war, tauchten die Vorwürfe im Sommer 1947 wiederum auf, zu einer Zeit, als er sich erneut um die Erteilung der Lizenz für die „Ruhr-Nachrichten“ bewarb. Noch am 4. November 1948 wiederholte der Regional-Commissioner von Nordrhein-Westfalen, Generalmajor Bishop, in einem Brief an Ministerpräsident Karl Arnold den Vorwurf, Lensing habe 1937 die Aufnahme in die NSDAP beantragt.¹²³ Dies drohte nicht nur das Verhältnis zu Arnold zu gefährden, sondern erschwerte auch die Auseinandersetzungen mit den Lizenzinhabern der „Westfalenpost“, die

118 Paul Steup an Johannes Gronowski, 29.5.1946, in: HStA Düsseldorf, RWN 108/8, B. 30f.

119 ACDP 03-002-024/1.

120 Institut für Zeitungsforschung (wie Anm. 15), Bl. 73f.

121 Ebd., Bl. 84ff.

122 Ebd., Bl. 95ff.

123 Abschrift in: HStA Düsseldorf NW 11/22, Bl. 137.

für die „Ruhr-Nachrichten“ einen Teil ihres Verbreitungsgebietes aufgeben musste. Erst eine Mitteilung des späteren Berlin Document-Center vom 23. Dezember 1948¹²⁴ sorgte für Klarheit, entlastete Lensing endgültig und machte den Weg für die Lizenzerteilung und die Rückkehr auf die politische Bühne frei.

Allerdings hatte sich Lensing nach dem Rücktritt vom Amt des Landesvorsitzenden nur kurzzeitig aus der Parteiarbeit zurückgezogen,¹²⁵ sondern war, freilich mehr im Hintergrund, weiterhin stark engagiert und daran beteiligt gewesen, Westfalen-Lippe zu einem der mitgliederstärksten und schlagkräftigsten Landesverbände der CDU zu machen. So war er Vorsitzender des Wirtschaftspolitischen Ausschusses und arbeitete im Organisationsausschuss und der Finanzkommission des Landesverbandes mit. Im Juli 1947 wurde er beauftragt, für die Fertigstellung des Parteihauses in Dortmund Sorge zu tragen.¹²⁶ Wiederholt stellte er aus den Beständen seines Verlagshauses Papier für den Druck von CDU-Veröffentlichungen und Rundschreiben zur Verfügung – eine sehr wertvolle Hilfe angesichts der allgemeinen Papierknappheit.¹²⁷ Zudem übernahm er mehr und mehr Aufgaben des durch Alter und Krankheit in seiner Arbeitsfähigkeit behinderten Johannes Gronowski, der nach dem Rücktritt Lensings den Vorsitz der westfälischen CDU übernommen und sich von Anfang an als eine Art Übergangsvorsitzenden betrachtet hatte, „bis Lensing rehabilitiert ist“¹²⁸. Beide waren vor 1933 Mitglieder der Fraktion des Zentrums im Provinzial-Landtag von Westfalen gewesen und pflegten ein ausgesprochen gutes Verhältnis zueinander.¹²⁹ Am 13. Juni 1948 teilte Gronowski Lensing mit, „daß ich infolge meiner letzten Erkrankung eine gute Weile auf dem politischen Exerzierplatz kurztreten muß“. Er und der stellvertretende Landesvorsitzende Friedrich Holzapfel hätten besprochen, „daß Sie, Herr Lensing, mir einen Teil der Arbeit bis auf weiteres abnehmen“. Dies könne „ohne besondere Rücksprache mit mir erfolgen“.¹³⁰ Lensing erklärte um-

124 Ebd., Bl. 176.

125 Vgl. die völlig falsche Darstellung bei BAUS, *Gründung* (wie Anm. 61).

126 Schreiben Gronowski an Lensing v. 16.7.1947, ACDP 03-002-050/2.

127 Vgl. etwa Schreiben von Paul Steup an den Zonenausschuss der CDU v. 21.3.1947, in: ACDP, LV Westfalen-Lippe, 03-002-014/1.

128 Schreiben Gronowskis an Herrn Hausknecht v. 30.3.1946, in: ACDP 01-205-001/2.

129 Zu Gronowski vgl. zuletzt Detlef GROTHMANN, *Johannes Gronowski (1874–1958)*, In: Friedrich Gerhard HOHMANN, *Westfälische Lebensbilder*, Bd. 17, Münster 2005, S. 7–21; Jörg-Dieter GAUGER, *Johannes Gronowski (1874–1958). Vorsitzender der CDU in Westfalen*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i.Br. 2004, S. 232–239.

130 Gronowski an Lensing (13.6.1948), in: ACDP 01-205-001/2.

gehend seine Bereitschaft,¹³¹ vertrat Gronowski wiederholt bei Sitzungen der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und war faktisch so etwas wie der Ko-Vorsitzende des Landesverbandes. Am 19. September 1948 wurde er einstimmig zum Schatzmeister des Landesverbandes gewählt.¹³²

Nachdem ihm Ministerpräsident Karl Arnold mit Genehmigung der Briten, die in ihrer Pressepolitik inzwischen den Übergang „von der Rigorosität in den Pragmatismus“ vollzogen hatten,¹³³ die Lizenz für eine Tageszeitung erteilt hatte, konnte am 1. März 1949 die erste Ausgabe der „Ruhr-Nachrichten“ erscheinen. Auch verbandspolitisch wurde Lensing wieder aktiv, gehörte 1949 zu den Mitgründern des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) und war von 1953 bis 1959 dessen stellvertretender Vorsitzender. Dabei blieb er stets ein Verfechter der Autonomie und Richtlinienkompetenz, aber auch der persönlichen Verantwortlichkeit des Verlegers und stand genossenschaftlichen Modellen skeptisch gegenüber. Bereits 1947 hatte er in einem „Um die Prinzipien der Presse“¹³⁴ betitelten Beitrag für die „Westfalenpost“ seine Vorstellung von den Aufgaben einer Zeitung dargelegt. Diese müsse „einen Spiegel des öffentlichen Lebens gestalten“. Dabei handele es sich nicht in erster Linie um ein Geschäft, sondern um eine politische Aufgabe. Der Leser solle durch Information zum eigenen Urteil befähigt, nicht aber bevormundet werden: „Die Zeitung ist keine Schule für das erwachsene Volk und der Redakteur kein Lehrer“. Da die Lenkung des Pressewesens mittels Lizenzvergabe kein Dauerzustand sein könne, seien höchste Anforderungen an die Persönlichkeit der künftigen Verleger zu stellen. Dieser dürfe keineswegs nur der „Mann an der Kasse ... oder gar der Fabrikant von bedruckten Papier“ sein. Die „politische Grundeinstellung, ja man kann sagen, die gesamte Lebensführung des Verlegers hat mit der Linie der von ihm herausgegebenen Zeitung absolut zu harmonisieren“. Die Freiheit der Presse sei Voraussetzung für wahre Demokratie. Aus der unheilvollen Rolle, die der Hugenberg-Konzern beim Aufstieg Adolf Hitlers gespielt habe, müsse man jedoch in der Weise Konsequenzen ziehen, dass die Demokratie bekämpfende Zeitungen durch das Presserecht zu verhindern seien. Dessen Aufgabe sei der „Schutz des Staates und der Demokratie vor Mißbrauch der Pressefreiheit und vor politischer und geschäftlicher Korruption“. Lensing verfocht hier im Bereich des Pressewesens und des Presserechts das Prinzip der wehrhaften Demokratie, das eines der wesentlichen Merkmale des Grundgesetzes wurde, an dessen Ausarbeitung er wenig später beteiligt war.

131 Lensing an Gronowski (18.6.1948), ebd.

132 ACDP 03-002-035/2.

133 Peter RZEZNITZECK, *Von der Rigorosität in den Pragmatismus, Aspekte britischer Presse- und Informationspolitik*, phil. Diss. Düsseldorf 1989.

134 Auch abgedruckt in: *125 Jahre Lensing-Medien* (wie Anm. 5), S. 80–84.

VII. Mitglied des Parlamentarischen Rates

Folge und Ausdruck der vollständigen Rehabilitierung war sicherlich die Berufung Lensings in den Parlamentarischen Rat, die ihn zu einem der Väter des Grundgesetzes machte. Nach dem Urteil eines britischen Beobachters war er „not a prominent member of the Parliamentary Council“,¹³⁵ was wahrscheinlich mit der Inanspruchnahme durch die Vorbereitungen für die „Ruhr-Nachrichten“ zusammenhing. Er gehörte als ordentliches Mitglied dem Finanzausschuss an, aus dem er wiederholt seiner Fraktion Bericht erstattete.¹³⁶ Daneben nahm er als stellvertretendes Mitglied an einer Reihe von Sitzungen des von Carlo Schmid (SPD) geleiteten Grundsatzausschusses teil und beteiligte sich hier an der Formulierung der Präambel des Grundgesetzes sowie v.a. an den Diskussionen über die Gestaltung des die Frage der Presse- und Meinungsfreiheit behandelnden Art. 8 GG.¹³⁷ Außerdem gehörte Lensing einem überfraktionellen Dreierausschuss „zur Unterstützung für notleidende Abgeordnete“ an¹³⁸ und wurde in den „Flaggenausschuß“ entsandt, der die zahlreichen eingegangenen Entwürfe für die Gestaltung der Bundesflagge zu sichten hatte und sich – an die demokratischen Traditionen von 1848/49 anknüpfend – am 18. Februar 1949 für die schwarz-rot-goldene Trikolore aussprach.¹³⁹ Hinzu kam die Unterrichtung der Presse im Sinne der eigenen Partei. So erhielt er vor der 3. Lesung des Verfassungswerks im Hauptausschuss des Parlamentarischen Rates den Auftrag, „die süddeutschen Blätter“ über die Haltung der CDU/CSU zu unterrichten.¹⁴⁰ Später sollte er die Presse wegen des Elternrechts „bearbeiten“.¹⁴¹

VIII. Erneute Übernahme des Landesvorsitzes und das Verhältnis zu Konrad Adenauer

Als Gronowski 1951 das Amt des Landesvorsitzenden aus Alters- und Gesundheitsgründen abzugeben wünschte, war es weithin unumstritten, dass

135 Reiner POMMERIN, *Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers Chaput de Saintonge*, in: VfZ 36 (1988), S. 557–588, hier S. 575.

136 *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, bearb. von Rainer SALZMANN, Stuttgart 1981, S. 49f., 594f.; *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*, Bd. 12: *Ausschuss für Finanzfragen*, bearb. von Michael F. FELDKAMP und Inez MÜLLER, München 1999.

137 EBD., Bd. 5, I/II: *Ausschuß für Grundsatzfragen*, bearb. von Eberhard PIKART und Wolfgang WERNER, Boppard 1993, S. 496ff., 766ff., 939ff.

138 *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat* (wie Anm. 136), S. 159.

139 EBD. S. 409.

140 EBD. S. 359.

141 EBD. S. 565.

Lambert Lensing auch formell wieder die Führung des westfälischen Landesverbandes übernehmen würde. Seine Wiederwahl vollzog sich in den folgenden Jahren stets einstimmig bzw. mit überwältigender Mehrheit. Nach seiner einstimmigen Wahl zum Ehrenvorsitzenden auf dem Landesparteitag 1959 wurde er unter dem Beifall der Delegierten als „der heimliche Herzog Westfalens“ bezeichnet.¹⁴² Von 1954 bis 1958 gehörte er auch dem nordrhein-westfälischen Landtag an und war dort einer der stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden.

Mit Konrad Adenauer, dessen zukünftige Bedeutung für die deutsche Politik er – wie manch anderer auch – anfangs wohl stark unterschätzt hatte, pflegte Lensing ein gutes Verhältnis. Da er bundespolitischen Ambitionen nicht gehegt zu haben scheint, stellte er, anders als etwa Karl Arnold, keine innerparteiliche Konkurrenz für den „Alten von Rhöndorf“ dar. Zudem bildete er als Unternehmer in dessen Augen sicherlich auch ein nützliches Gegengewicht zum gerade in Nordrhein-Westfalen starken Arbeitnehmerflügel der CDU, zu dessen Exponenten ebenfalls Arnold zählte. Wie Adenauer stand er dem Gedanken eines „christlichen Sozialismus“ ablehnend gegenüber, wie dieser sah er keine Möglichkeit einer dauerhaften Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Auch als gestandene Verlegerpersönlichkeit war Lensing für den späteren Kanzler von Interesse, der der Entwicklung der Presselandschaft in der britischen Zone und später der Bundesrepublik von Anfang an große Aufmerksamkeit widmete. Wiederholt beklagte er den schlechten Zustand des deutschen Pressewesens. Auf seinen Wunsch hin sprach Lensing, der schon im Mai 1945 in Köln mit Adenauer über den Wiederaufbau der deutschen Presselandschaft beraten hatte, mehrfach vor CDU-Gremien über die „Zeitungsfrage“, so etwa auf der konstituierenden Sitzung des Zonenausschusses der CDU in der britischen Zone am 22./23. Januar 1946 in Herford. Die Übereinstimmung Lensings mit den politischen Grundlinien Adenauers äußerte sich sowohl in den durch die „Ruhr-Nachrichten“ vertretenen Positionen als auch im innerparteilichen Auftreten, vor allem nach der Rückkehr in das Amt des westfälischen Landesvorsitzenden 1951. So schrieb er am 19. Dezember 1951 an den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Wilhelm Johnen, dass „eine Erweiterung der Düsseldorfer Koalition nach links“ durch Einbeziehung der SPD, wie sie offenbar von Teilen der nordrhein-westfälischen Christdemokraten, darunter Ministerpräsident Karl Arnold erwogen wurde, „überhaupt nicht diskutiert werden kann“. Lensing begründete dies neben landespolitischen Argumenten wie der bevorstehenden Verabschiedung eines Schulgesetzes vor allem damit, dass sich „die SPD im Bundestag aus ihrer nihilistischen Haltung zu einer echten Opposition“ entwickeln müsse,

142 „Ruhr-Nachrichten“ v. 22.6.1959. Zu den Ergebnissen der Vorstandswahlen vgl. ACDP 03-002-035/2.

um koalitionsfähig zu sein. „So wie die Dinge jetzt liegen, glaube ich, daß der Eintritt der SPD in das nordrhein-westfälische Kabinett nur den Versuch darstellen würde, durchs Hinterfenster in Bonn einzusteigen, um so die Grundlagen der Politik im Bunde zu erschüttern.“¹⁴³ Adenauer, der einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten scharf ablehnend gegenüberstand und im Vorfeld der ersten Regierungsbildung 1949 die Schaffung einer „bürgerlichen“ Koalition gegen manchen innerparteilichen Widerstand durchgesetzt hatte, dankte Lensing wenige Tage später dafür, „daß Sie in Ihrem Brief Ihren Standpunkt, den ich für absolut richtig halte, so energisch zum Ausdruck bringen“. In der Tat sei es „untragbar, in einem Augenblick, in dem die gesamte Sozialdemokratie in so scharfem Gegensatz zu meiner Politik steht, sie in die Regierung von Nordrhein-Westfalen aufzunehmen“.¹⁴⁴ In einem Punkt allerdings waren und blieben Lensing und Adenauer stets unterschiedlicher Meinung: Allen – auch vom Bundeskanzler unterstützten – Bestrebungen, die CDU-Landesverbände Westfalen-Lippe und Rheinland zu verschmelzen, erteilte der westfälische Landesvorsitzende eine klare Absage, auch wenn der Kanzler seinem Missfallen über diese Haltung „ziemlich unfreundlichen Ausdruck gab“.¹⁴⁵ Über die Eigenständigkeit der „Westfalen“ und ihre Gleichberechtigung mit den „Rheinländern“ wachte Lensing mit Argusaugen.¹⁴⁶

Das gute Verhältnis zu Adenauer verhinderte allerdings nicht, dass der Bundeskanzler sich in deutlicher, allerdings freundlicher Form beim Herausgeber der „Ruhr-Nachrichten“ beschwerte, wenn ihm deren Berichterstattung falsch oder den Interessen von Regierung und Partei nicht zuträglich erschien. So beklagte er sich über eine „publizistische Entgleisung“ in der Ausgabe vom 25. November 1950, wo ein Artikel unter der ins Auge springenden Überschrift „Offene Krise in Bonn“ über „angeblich ernste Spannungen in der Regierungskoalition“ berichtete, während in der gleichen Ausgabe seine bei einem Pressetee abgegebene „Erklärung über den festen Bestand der Regierungskoalition“ nur „in unauffälliger Form“ gebracht worden sei. Adenauer forderte Lensing auf, dafür zu sorgen, „daß sich ähnliche politisch gefährliche Unzuträglichkeiten nicht wiederholen“.¹⁴⁷ Dieser antwortete, dass es sich lediglich um ein „unglückliches Mißverständnis in der Redaktion“ gehandelt habe. Doch könne man „die Linie einer Zeitung nicht aus einzelnen Artikeln oder Überschriften beurteilen. Die ‚Ruhr-Nachrichten‘ gelten in der Öffentlichkeit als eine der zuverlässigsten publizistischen Stützen Ihrer Politik.“¹⁴⁸ Bei aller

143 StBKAH I, 10.22, Bl. 290–293.

144 Adenauer an Lensing, 24.12.1951. Ebd., Bl. 288.

145 Lensing an Gronowski (28.1.1953), ACDP 03-002-048/1.

146 Vgl. exemplarisch Lensing an Adenauer (14.2.1952), ACDP 03-002-009/1.

147 Adenauer an Lensing (30.11.1950), in: Konrad ADENAUER, *Briefe*. Bd. 3: 1949–1951, bearb. von Hans Peter MENSING, Berlin 1985, S. 318.

148 Zit. EBD., S. 569.

Unterstützung der Politik Adenauers und der CDU achtete Lensing auf journalistische Unabhängigkeit: „Die überzeugte publizistische Verfechtung der Grundlinien einer Partei hat mit parteipolitischer Hörigkeit nichts zu tun.“

Letztlich war sich Konrad Adenauer der Unterstützung durch Lensing bewusst und bat diesen daher, als er im Sommer 1959 über dessen Rücktrittsabsicht informiert wurde,¹⁴⁹ seinen Entschluss doch noch einmal zu überdenken. „Die Gründer der CDU, die bei ihrer Gründung von weltanschaulichen Gedanken und Überzeugungen ausgingen, scheiden immer mehr aus dem politischen Leben aus, und die ‚Materialisten‘ in unserer Partei werden immer stärker“.¹⁵⁰ Als Lensing auf seinem Entschluss beharrte, verbunden mit der Versicherung, „daß ich nach 1945 besonders gern mit Ihnen und unter Ihnen gearbeitet habe“¹⁵¹, dankte ihm Adenauer „für alles das, was Sie für unsere CDU in den vielen Jahren geleistet haben“ und besonders dafür, „daß Sie mir auch in schwierigen Situationen immer als Helfer zur Seite gestanden haben“.¹⁵²

Ein Motiv für den Rücktritt waren zunehmende gesundheitliche Schwierigkeiten, die sich nach dem Tod seiner Frau Louise am 12. Januar 1956 verstärkt hatten und ihn zwangen, sich auch aus seinem in einem traditionell-patriarchalischen Stil geführten Unternehmen mehr und mehr zurückzuziehen. Einen Nachfolger fand er in seinem Neffen Florian Lensing-Wolff, der die Tradition des Dortmunder Verlagshauses in seinem Sinne fortführte.¹⁵³ In seinen letzten Lebensjahren bemühte Lensing sich u.a. um die Errichtung einer Universität in seiner Heimatstadt Dortmund. Er starb am 25. April 1965 und wurde drei Tage später unter großer öffentlicher Anteilnahme beigesetzt. Die Totenmesse zelebrierte der Essener Bischof Franz Hengsbach, die Beisetzungszeremonie auf dem Dortmunder Südwestfriedhof leitete der Paderborner Erzbischof Lorenz Kardinal Jaeger.

IX. Schluss

Der große persönliche Einsatz Lambert Lensings für die Schaffung einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei ist einmal ein Beispiel dafür, wie die Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Terrorherrschaft dazu beitragen, jene politischen Kräfte und Strömungen zu stärken, die seit dem frühen 19. Jahrhundert die Annäherung von christlicher Bewegung und moderner Demo-

149 Lensing an Adenauer, 12.6.1959. StBKAH I, 10.22, Bl. 316f.

150 Adenauer an Lensing, 15.6.1959. Ebd., Bl. 315.

151 Lensing an Adenauer, 16.6.1959. Ebd., Bl. 313f.

152 Adenauer an Lensing, 22.6.1959. Ebd., Bl. 312.

153 Florian LENSING-WOLFF, *Ruhr-Nachrichten*, in: Bernhard BOLL/Volker SCHULZE/Hans SÜSSMUTH (Hg.), *Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte, Profile, Struktur*, Bonn 1993, S. 457–466.

kratie zu realisieren versucht hatten.¹⁵⁴ Des weiteren zeigt dieses Engagement, wie die Auseinandersetzung mit den Ursachen und verheerenden Folgen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland zur Sammlung der Anhänger christlicher Politik und zum Zusammenschluss der konfessionellen Gruppen und Parteien führten, die während der Weimarer Republik nicht über Ansätze hinausgekommen war. Die Protestanten und Katholiken gemeinsame Erfahrung von Unterdrückung und Ausgrenzung, z.T. auch von Verfolgung und Widerstand trug 1945 dazu bei, die Entstehung einer christlich-demokratischen Volkspartei mit umfassendem Programm zu ermöglichen und zu beschleunigen.¹⁵⁵ Mit seinem Einsatz für die Durchsetzung des Unionsgedankens in Westfalen beförderte Lambert Lensing den für die revolutionäre Entwicklung des bundesdeutschen Parteiensystems entscheidenden Umorientierungsprozess innerhalb des politischen Katholizismus. Durch die konfessionelle Öffnung vollzog sich der Wandel von einer stark auf katholisch-kirchliche Interessen orientierten Minderheitspartei zu einer mehrheitsfähigen, staatstragenden und -gestaltenden Volkspartei.¹⁵⁶ Die enorme Integrationskraft, die die Union in der Folgezeit entwickelte, war eine wichtige Voraussetzung für die Konzentration des Parteienspektrums, die der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik zu einer im historischen Vergleich nie da gewesenen Stabilität verholfen hat.

Abschließend lässt sich feststellen, dass Lambert Lensing in der Tat in mehrfacher Hinsicht in die Fußstapfen seines Vaters getreten ist, dessen Vorbildfunktion er – wie eingangs geschildert – stets betont hatte. Vor allem mit seinem Engagement für die Gründung der Union als einer überkonfessionellen christlichen Volkspartei hat er aber dessen Erbe im Lichte eigener schmerzlicher Erfahrungen und angesichts nachhaltig veränderter Bedingungen weiterentwickelt. Über seine Beteiligung an der Erarbeitung des Grundgesetzes hinaus hat er somit einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland und ihres politischen Systems geleistet. Das ohnehin zweifelhafte Klischee von den traditionell etwas schwerfälligen und eher unbeweglichen Westfalen trifft auf Lambert Lensing nicht zu.

154 Winfried BECKER, *Christliche Demokratie*, in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 9–23.

155 Vgl. BUCHSTAB/KAFF/KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten* (wie Anm. 126), hier vor allem der einleitende Beitrag der Herausgeber, S. 13–59.

156 SCHMIDT (wie Anm. 68), S. 23.

Hans Erich Stier (1902–1979) Althistoriker, Mitgründer der CDU, Kulturpolitiker

Von Jörg-Dieter Gauger

„Ich hoffe, Sie, verehrter Herr Professor, werden durch ihr Wort und Ihre Einsichten nach dem Kriege eine hohe Mission zur Heilung unseres furchtbar irregeliteten und gestraften Volkes haben“.

Schreiben einer Studentin vom 11. Februar 1945 an Hans Erich Stier.¹

„Wir haben etwas wieder gutzumachen, nicht vor den Menschen, vor Gott, dem Herrn.“

Hans Erich Stier am 17. November 1946.²

Mitte Oktober 1945 wurde im unzerstörten Teil der Stadthalle in Münster die CDP, die spätere CDU, gegründet. Vor über 400 Anwesenden sprach unter anderen Dr. Hans Erich Stier³. Der außerordentliche Professor der Alten Geschichte an der dortigen Universität⁴ war nach seiner „Demobilisierung“, wie er es in einem späteren Fragebogen selbst nennt⁵, und nach vorübergehendem Aufenthalt in Braunschweig Ende September 1945 zum Gründerkreis der Münsterischen CDP um Hermann Pünder gestoßen⁶; wenige Wochen zuvor hatten die Besatzungsmächte mit Verordnung Nr. 12 vom 15. September 1945 politische Parteien wieder zugelassen. Nach einem Hinweis von Leo Schwering⁷ war dieses Zusammentreffen der Vermittlung des evangelischen Pfarrers und späteren Superintendenten Traugott Georg Gründler⁸ zu verdanken, mit dem Stier während des Krieges in engem Kontakt stand⁹. Stiers besondere

1 Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 01-216-024.

2 Vortrag vor der „Schulungstagung“ der CDU-Kreispartei Lüdinghausen über „Christentum und Marxismus“ (unveröffentlicht); ACDP 01-216-004.

3 Der Nachlass von Hans Erich Stier befindet sich im Archiv für Christlich Demokratische Politik (01–216). Im Staatsarchiv Münster („Sammlung Hans Erich Stier“; A 509) befinden sich außerdem für die Laufzeit 1946–1972 rd. 40 Kartons (unverzeichnet) mit Drucksachen, u. a. Material zur politischen Tätigkeit in der CDU und im Landtag, die für diesen Beitrag nicht berücksichtigt werden konnten.

4 Bericht im „Münsterischen Anzeiger“, 28./29.3.1975; ACDP 01-216-002.

5 Fragebogen vom 8. Januar 1975; ACDP 01-216-003.

6 Zu den Vorgängen siehe Rudolf MORSEY, *Hermann Pünder und die Gründung der CDU in Münster 1945*, in: Heinz DOLLINGER/Horst GRÜNDER/Alwin HANSCHMIDT (Hg.), *Weltpolitik, Europagedanke, Regionalismus. Festschrift für Heinz Gollwitzer*, Münster 1982, S. 529–546. Morsey hat bei Stier im Übrigen sein Examen abgelegt; ein Glückwunsch zum 40. Geburtstag belegt auch Ernst Nolte unter seinen Schülern; ACDP 01-216-020.

7 Leo SCHWERING, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963, S. 81.

8 Gründler wurde am 10. April 1938 Pfarrer in Münster. Auch wenn er zunächst mit den theologischen Anschauungen der Deutschen Christen sympathisiert hatte, erkannte Gründler sehr bald die eigentliche völkische Ideologie dieser Richtung und wandte sich

Aufgabe sollte es sein, im Münsterland die evangelischen Kreise anzusprechen.

Im Januar 1946 setzte die britische Besatzungsmacht eine neue Stadtvertretung ein. Für die CDU wurde auch Stier Mitglied (bis Oktober 1946). Daran schloss sich eine rasche und eindrucksvolle Karriere in Partei und Politik an: 1946 Mitglied des beratenden Provinzialrates von NRW; Januar 1946–1954 stellvertretender CDU-Vorsitzender Münster-Stadt; 1946–1954 stellvertretender Vorsitzender der CDU Westfalen-Lippe; 1955–1957 Mitglied des Präsidiums der CDU in NRW; vom 8. Juni 1947 bis 23. Juli 1966 evangelischer Vorsitzender des Kulturausschusses der Bundes-CDU¹⁰; 1952 fand sich Stier unter den Gründern des Evangelischen Arbeitskreises der CDU¹¹ und wurde Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Münster-Stadt. Mitglied des Landtages war er vom 2. Oktober 1946 bis 27. Juli 1970 (aus Altersgründen zurückgetreten), in der ersten Wahlperiode im Wahlkreis 144 (Lübbecke) gewählt, in der zweiten bis fünften Wahlperiode im Wahlkreis 280 (Tecklenburg), in der sechsten Wahlperiode im Wahlkreis 85 (Tecklen-

entschieden davon ab. Seit dem 1. April 1941 war Gründer zugleich stellvertretender Wehrkreis- Pfarrer. In dieser Doppelfunktion erlebte er die Kriegsjahre und die Zerstörung Münsters 1943. Nach Kriegsende organisierte Gründer den Wiederaufbau im weitgehend zerstörten Münster. 1953–1963 Superintendent des „neuen“ Kirchenkreises Münster.

9 Im Februar 1944 hielt Stier vor der Luthergesellschaft den Vortrag „Das alte Rom und der Heiland der Welt“; darauf weist Gründer im 3. Gemeindebrief vom März 1944 ausdrücklich hin; ACDP 01-216-020.

10 Auf einer Mitgliederliste vom 8. November 1951 wird er als evangelischer Vorsitzender geführt; ACDP 01-216-008.

11 In dem Beitrag *Evangelische Kirche und Politik*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 16 (1967), 22, S. 6 schrieb Stier später dazu: „Es muß an dieser Stelle festgehalten werden, daß die CDU, gegen die sich, verglichen mit den ersten Jahren nach der Katastrophe, in letzter Zeit offene und versteckte Angriffe fühlbar häuften, sich als Partei gegenüber evangelischer Kirche und Christenheit größtmöglicher Loyalität befleißigte. Die Einrichtung eines besonderen evangelischen Arbeitskreises im Rahmen dieser Partei entsprang keinem anderen Gesichtspunkt als dem, den evangelischen Mitgliedern deshalb, weil sie eine – wenn auch beachtliche – Minderheit darstellten, ein internes Forum zu sichern, auf dem sie ganz unter sich allein und ohne Gefahr irgendeiner Majorisierung von außen her über ihre Haltung zu wichtigen politischen Fragen und Problemen diskutieren und eine eigene, auf evangelischem Glaubensgut fundierte Stellungnahme erarbeiten konnten. Wenn radikale Kreise die Meinung vertraten, in der als christlich firmierenden Partei werde die Kirche (und vor allem die evangelische Kirche) als verlängerter Arm dieser Partei mißbraucht, so mutete einen solche Logik nicht anders an, als wollte man einen Leuchtturm als den verlängerten Arm des Steuermanns eines Schiffes bezeichnen, wo doch beide nur das miteinander zu tun haben, daß der Leuchtturm auf festem Fundament mit seinen Lichtstrahlen das schwankende Fahrzeug davor bewahren will und kann, in der Dunkelheit auf Felsen aufzulaufen oder in Strudel zu geraten.“

burg)¹². 1947 engagierte sich Stier beim „Christlichen Kulturkreis Westfalen“, 1948 war er dessen Vorsitzender. Von 1955 bis 1957 war er Mitglied des Personalgutachterausschusses für die Bundeswehr. Sogar als Kultusminister in NRW war Stier im Gespräch.¹³ Im November 1964 wurde ihm das große Bundesverdienstkreuz für seine Verdienste um die Kulturpolitik des Landes verliehen.¹⁴ Ergänzt wurde seine politische Arbeit durch eine rege Vortragstätigkeit; Stier war ein sehr gefragter Redner, seine historisch wie christlich geprägten Themen kamen den Bedürfnissen der Zeit entgegen.¹⁵

Dabei hat er seine Wissenschaft und das hochschulpolitische Engagement für seine Universität und außerhalb keineswegs vernachlässigt.¹⁶ Im Oktober 1945 wurde er mit der Leitung des akademischen Wohnungsamtes betraut und gehörte dem Entnazifizierungsausschuss der Universität Münster an¹⁷; seit dem 1. Oktober 1946 Ordinarius¹⁸, beteiligte er sich 1948 intensiv an der Debatte um die Teilung der bisher gemeinsamen Fakultät in eine Philosophische und eine Naturwissenschaftliche, 1958/60 um die Neueinführung des Magistergrades und an den vielfältigen Fragen der Neustrukturierung und Änderung von Verfassung und Fachbereichen ab 1970. Am 5. März 1952 wurde er durch Ministerpräsident Arnold in die geisteswissenschaftliche Sektion der „Arbeitsgemeinschaft für Forschung in NRW“ berufen, ihm war es zu verdanken, dass die „Arbeitsgemeinschaft“, aus der die heutige rheinisch-westfälische Akademie der Wissenschaft in Düsseldorf (seit 1. Januar 1970) hervorging, auf Geisteswissenschaften und Theologie ausgedehnt wurde. In ihrer Schriftenreihe

12 Vgl. *60 Jahre Landtag NRW. Einsatz für die Demokratie: Landtag Nordrhein-Westfalen* (Schriftenreihe des Landtags NRW, 17), Düsseldorf 2007, S. 612.

13 Vgl. Horstwalter HEITZER, *Die CDU in der britischen Zone* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 12), Düsseldorf 1988, S. 359.

14 Vgl. Bernd HAUNFELDER, *Nordrhein-Westfalen. Land und Leute 1946–2006*, Münster 2006, S. 450; Gesellschaft zur Förderung der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster (Hg.), *Gedenkschrift Hans Erich Stier* (Schriften, Heft 68), Münster 1980, u. a. mit einem Nachruf von Stiers Schüler Gustav Adolf Lehmann.

15 Vgl. die Korrespondenz in: ACDP 01-216-044.

16 Erhalten ist ein Schreiben seines Freundes F. Rosenthal vom 21. November 1957 (ACDP 01-216-020), in dem dieser über seinen Brief an Horkheimer berichtet, weil Stier sich über „nationalistische Kreise“ beklagt habe, die seiner weiteren akademischen Karriere „Schwierigkeiten“ machten; worin die bestanden, ist nicht klar. In ACDP 01-216-020 findet sich ein kurzer Briefwechsel mit Horkheimer (April/Mai 1962).

17 Entnazifizierungsfälle habe er individuell behandelt, so Stier in einem Fragebogen von 1975; ACDP 01-216-003. – Mit Schreiben vom 29. Oktober 1950 bittet ihn Franz Miltner, einer der führenden NS-Historiker, um den Abdruck eines Aufsatzes, um die anstehende Rückführung auf eine Lehrkanzel zu erleichtern (ACDP 01-260-018); dem Wunsch hat Stier nicht entsprochen.

18 Ordinarius wurde Stier erst 1946, weil er, wie er selbst schreibt, wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ nicht ins Ordinariat gelangte; s. aber Anm. 30. Mit dem Lehrstuhl verbunden waren die Leitung des Instituts für Altertumskunde Abt. Alte Geschichte und das Direktorat des Instituts für Epigraphik.

sind auch seine größeren Beiträge nach 1945 erschienen: 1954 „Die klassische Demokratie“, 1957 „Roms Aufstieg zur Weltmacht und die griechische Welt“, 1970 „Die geschichtliche Bedeutung des Hellenennamens“, 1971 „Der Untergang der klassischen Demokratie“, 1973 „Welteroberung und Weltfriede im Wirken Alexanders d. Großen“. Seine kleinen Schriften haben in Auswahl seine Schüler Peter Funke und Gustav Adolf Lehmann herausgegeben.¹⁹

Als akademischer Lehrer war er offenbar sehr beliebt; davon zeugt nicht nur ein ausgedehnter Briefwechsel mit Studenten, die ihn um Rat baten, das wird auch in entsprechenden Schilderungen deutlich.²⁰ Am 1. Oktober 1970 wurde er emeritiert. Am 26. Januar 1979 ist Hans Erich Stier nach längerer schwerer Krankheit gestorben.

Eine normale Gelehrtenkarriere

Dass Hans Erich Stier sich in dieser Weise politisch engagierte, war in den Jahren zuvor nicht zu erkennen. Am 25. Mai 1902 wurde er in Rostock in einem gutbürgerlichen Elternhaus geboren. In einem Lebenslauf vom 22. Januar 1921 bezeichnet er seinen Vater als „Großkaufmann“, der sein Vermögen in russischen Asbestgruben im Uralgebirge investiert hatte, die es ihm ermöglichten, bis 1914 einen „glänzenden Haushalt“ zu führen.²¹ Allerdings wurde das Vermögen 1914 zerstört, der Vater fand eine neue Stellung in Berlin und starb 1920 an den Folgen eines Zusammenstoßes „anlässlich des Spartakus-Aufstandes“. Stier besuchte die humanistischen Gymnasien²² in Rostock, Bad Doberan und Neustrelitz²³ und legte dort Ostern 1921 das Abitur ab. Auf seine

19 Hans Erich STIER, *Kleine Schriften*, hg. v. Peter FUNKE und Gustav Adolf LEHMANN (Beiträge zur klassischen Philologie, 109), Meisenheim am Glan 1979. Die Festschrift für Stier wurde ebenfalls von Gustav Adolf LEHMANN und der Altheim-Schülerin Ruth STIEHL herausgegeben, *Antike und Universalgeschichte. Festschrift für Hans Erich Stier zum 70. Geburtstag am 25. Mai 1972* (Fontes et Commentationes, Suppl. I), Münster 1972; darin Bertram HALLER, *Bibliographie Hans Erich Stier*, S. 443–464.

20 Maria Elisabeth Brockhoff in: *Gedenkschrift Stier* (wie Anm.14), S. 10: „Seine ruhige, freundliche Art hat auch vielen Studenten über das fachliche Wissen hinaus Rat erteilt. Dazu gehörte er zu den ersten, die die neue Art der Wissensvermittlung praktizierten, gab es doch nach seinen Vorlesungen ausgedehnte Fragestunden, in denen er keine Antworten schuldig blieb und in denen seine wissenschaftliche Übersicht und Einsicht ganz besonders hervortraten. So werden ihn nicht nur seine Kollegen, sondern auch viele ehemalige und heutige Studenten und junge Wissenschaftler noch im Gedächtnis haben und behalten und ihm ebenso Dank schulden wie die Philosophische Fakultät, zu deren Funktionieren und Weiterbestehen in schwierigsten Zeiten er ganz entscheidend beigetragen hat.“

21 ACDP 01-216-044.

22 Erhalten hat sich noch ein Programm vom 18. Dezember 1913, wo Stier, damals Quartaner, in der Aula der Großen Stadthalle das Gedicht „Weihnachtsbäume“ von Gustav Falke deklamierte. Ebd.

23 Der Jahresbericht des Karolinums zu Neustrelitz über die Schüler 1920–1927 in: ACDP 01-216-044.

Schulleistung war er offensichtlich stolz, jedenfalls konnte er stets „den ersten Platz“ in der Klasse bewahren.

In Berlin, dem Mekka der deutschen Altertumswissenschaft, studierte er Geschichte, klassische Philologie und Ägyptologie (ursprünglich wollte er Ägyptologe werden²⁴); zu seinen Lehrern zählte v.a. Eduard Meyer²⁵, dessen universalgeschichtlichem Ansatz sich Stier zeitlebens verpflichtet fühlte und dessen (unvollendet gebliebene) „Geschichte des Altertums“ er nach Meyers Tod (1930) sukzessive herausgab (1931–1958).²⁶ Allerdings dürfte auch die nationalkonservative Prägung seiner Lehrer, zu denen auch Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf²⁷, Eduard Norden, Werner Jaeger, der Papyrologe Wilhelm Schubart, der Ägyptologe Heinrich Schaefer und der Philosoph Eduard Spranger gehörten, nicht ohne Eindruck auf den Studenten geblieben sein. Die Frontstellung gegen „Weimar“ gehörte zum guten Ton. 1928 erschien seine Dissertation (1926) „ΝΟΜΟΣ ΒΑΣΙΛΕΥΣ“ im renommierten „Philologus“.²⁸ An die Promotion schloss sich eine zweijährige Tätigkeit am Forschungsinstitut des Völkerkundemuseums in Berlin an,²⁹ 1929/30 ein Stipendienjahr in Ägypten und Griechenland. Im Sommer 1930 habilitierte sich Stier in Berlin mit einer Arbeit „Die panhellenische Idee und Isokrates“, aus der sein größtes Werk „Grundlagen und Sinn der griechischen Geschichte“ (Stuttgart 1945) erwachsen ist; es waren karge Jahre als Privatdozent, zumal noch die Mutter unterstützt werden musste und er 1932 heiratete. Zum 1. Oktober 1935 wurde er als Außerordentlicher Professor auf den Münsteraner Lehrstuhl des wegen seiner jüdischen Abkunft von dort vertriebenen Friedrich Münzer berufen.³⁰

24 Brief vom 12. November 1936. Als Ägyptologe hätte er angeblich gar „keine Aussichten gehabt“.

25 Nach G.A. Lehmann, *Gedenkschrift Stier* (wie Anm. 14), S. 15 soll er bereits als Primaner mit Eduard Meyer in Kontakt gekommen sein.

26 Lebensbild Meyers bei Karl CHRIST, *Von Gibbon zu Rostovtzeff. Leben und Werk führender Althistoriker der Neuzeit*, Darmstadt 1972, S. 286–334, zur politischen Einstellung S. 327ff.; Luigi CANFORA, *Politische Philologie. Altertumswissenschaften und moderne Staatsideologie*, Stuttgart 1995, v.a. S. 45–60.

27 Zu Wilamowitz vgl. EBD., insbes. S. 61–89.

28 *Philologus* 83 (1928), S. 225–258.

29 Damals verfasste Stier für die DLZ 44 (1927), S. 2159–2161, eine Besprechung von Theodor-Wilhelm DANZEL, *Handbuch der präkolumbianischen Kulturen in Lateinamerika*, Hamburg 1927.

30 Zur Situation der Alten Geschichte im „3. Reich“ vgl. Volker LOSEMANN, *Nationalsozialismus und Antike*, Hamburg 1977; Fallstudie für Göttingen: Cornelia WEGELER, „... wir sagen ab der internationalen Gelehrtenrepublik“. *Altertumswissenschaft und Nationalsozialismus. Das Göttinger Institut für Altertumskunde 1921–1962*, Wien u.a. 1996. Die Berufung zum Extraordinarius in der Berufungswelle 1935 war das Übliche; die Berufung zum Ordinarius war möglich bei Berufung oder – „in einigen Fällen“ – „durch „spätere Ernennung am gleichen Hochschulort“ (LOSEMANN, *Nationalsozialismus und Antike*, S.

Im Krieg wurde Stier mit allem konfrontiert, was damals Universität und Stadt betraf, von Bombenangriffen seit 1941 und höchster Lehrbelastung. Sein damaliger Dekan schrieb in „einer Eingabe während des Kriegsjahres 1943 (15.3.), daß die Vorlesungen der Universität unerwartet und übernormal stark besucht wären und daß in Stiers Vorlesungen ‚nicht weniger als 160 und in seinen Seminaren über 70 Hörer‘ saßen. Die Spannweite seiner wissenschaftlichen Ausbildung kann man ermessen, wenn man ein Schreiben des Dekans vom 22.9.1943 liest, in dem es heißt, daß Stier zum Wintersemester wiederum 3 Fächer vertrete, die Latinistik, die Archäologie und die Allgemeine Sprachwissenschaft, deren 3 Fachvertreter, die Herren Beckmann, Wegner und Schmitt zum Kriegseinsatz eingezogen waren. Dazu war im Sommersemester 1943 noch die Vertretung des erkrankten Neuhistorikers v. Raumer gekommen. Eine solche Riesenleistung der Vertretung von 4 Lehrstühlen gleichzeitig zum eigenen 5. Fach in Vorlesungen und Übungen dürfte einmalig in der deutschen Universitätsgeschichte sein, wenn es auch in den Kriegsjahren üblich war, daß Hochschullehrer ihr Fach an zwei Universitäten gleichzeitig ausübten.“³¹

Wirken unter der Diktatur: Zwischen Anpassung und Distanz

Sein Wirken unter der NS-Diktatur spiegelt einerseits Anpassung an äußere Gegebenheiten, aber zugleich wird ihm „geistiger Widerstand“ attestiert. Dabei ist sicher von mehreren Faktoren auszugehen und auch ein persönlicher Entwicklungsprozess zu unterstellen. Man musste sowohl die Existenz des Faches wie auch die eigenen Arbeitsmöglichkeiten sichern. Fest steht, dass Stier zu den Abermillionen Deutscher gehörte, die Hitler zunächst jedenfalls begrüßt haben. Stiers 1934 in erster Auflage erschienene, von hoher Gelehrsamkeit geprägte „Deutsche Geschichte im Rahmen der Weltgeschichte“, die er wohl als „Brotarbeit“ für die „Deutsche Buch-Gemeinschaft“ verfasste, verrät keinen „geistigen Widerstand“, sie endet mit einer Eloge auf den „eigenen Führer“ Adolf Hitler³², den das deutsche Volk „sich erwählt“ habe. Die „Re-

51). Zu den Umständen der Verdrängung Münzers und der Berufung Stiers siehe Katja FAUSSER, *Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Geschichte der Historischen Institute der Universität Münster 1933–1945* (Zeitgeschichte – Zeitverständnis, 8), Münster 2000, S. 47–50, 59–61. Im Rahmen des Verfahrens wurde Stier bescheinigt: „Pg. ist er nicht, steht aber voll und ganz zum nationalsozialistischen Staat.“ (S. 61).

31 Zit. nach Maria Elisabeth Brockhoff, *Gedenkschrift Stier* (wie Anm. 14), S. 10f. Ob damit der „hypotonische Erschöpfungszustand“ nach dem Attest der Universitätsklinik vom 21. November 1943 zusammenhängt (ACDP 01-216-002), ist unklar. – Einen bemerkenswerten Einblick in die Verhältnisse bietet ein Bericht des Juristen Prof. Sauer an den Dekan vom 30. April 1940; ACDP 01-216-023.

32 Hans Erich STIER, *Deutsche Geschichte im Rahmen der Weltgeschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Berlin 1934, S. 626ff. In der Neuauflage 1960 liest sich das natürlich anders.

publikaner“ waren ihm wenige negative Seiten wert. Diese „Deutsche Geschichte“ wurde in die Volksbibliotheken eingestellt, ein Schreiben der Buch-Gemeinschaft vom 31. Oktober 1936 belegt,³³ dass das Buch von der „Reichsstelle für volkstümliches Büchereiwesen“ wohlwollend besprochen und in das dritte „Grundverzeichnis für Kleinstadt- und Dorfbüchereien“ aufgenommen wurde. 1937/1938 plante man eine Neuauflage,³⁴ die auch die neuesten Ereignisse einschließen sollte,³⁵ ein „Verbot 1938“, wie Stier später in seiner Selbstdarstellung suggeriert,³⁶ lässt sich in der Korrespondenz nicht nachweisen. Offenbar war noch 1941 eine italienische Übersetzung geplant.³⁷

Stier hing wohl anfangs der naiven Illusion an, dass sich Hitler zur humanistischen Bildung bekannt habe. „Gegnerschaft“ lässt die Korrespondenz nach außen nicht erkennen. Stiers 1945 erschienene erweiterte Habilitationsschrift „Grundlagen und Sinn der griechischen Geschichte“ war im Oktober 1943 im Druck, der sich nur durch die Zerstörung der „J.G. Cotta’schen Buchhandlung Nachfolger“ verzögerte.³⁸ Noch 1942 war Stier als Gutachter tätig.³⁹ Er war also jedenfalls bis 1942 keineswegs *persona non grata*.

Der besondere Einsatz Stiers (und seines späteren Mitherausgebers Fritz Ernst⁴⁰) galt der von ihm begründeten Zeitschrift „Welt als Geschichte“ (ab

33 ACDP 01-216-024.

34 Hier liegt eine rege Korrespondenz vor (v.a. ACDP 01-216-017).

35 In einem Schreiben vom 26. Oktober 1939 (ACDP 01-216-003) bittet der Verlag um Korrekturen, um die neuesten Ergebnisse, hier konkret die Einverleibung des Sudetenlandes, in das Buch mit einzubeziehen. Nicht weiter nachweisbar ist daher die Aussage von Gustav Adolf Lehmann (wie Anm.14): „Das Buch stieß auf lebhaftes Interesse, durfte jedoch seit 1938 auf Anordnung der nationalsozialistischen Machthaber nicht weiter aufgelegt werden“; das geht offensichtlich auf Stier selbst zurück, vgl. sein Schreiben vom 12. April 1954 („mußte infolge nationalsozialistischen Einspruchs 1938 zurückgezogen werden“; ACDP 01-216-021). Der Verlag schreibt am 10. April 1954 nur: „der Band, der ja damals einen schönen Erfolg bei unseren Mitgliedern hatte und der dann einging, weil die politischen Verhältnisse sich völlig änderten ...“. Ebd.

36 *Wer ist wer?*, Berlin 1948, übernommen vom „Munzinger-Archiv Personen“, hier: Hans Erich Stier (Eintrag vom 26. Februar 1979).

37 Schreiben der „Buch-Gemeinschaft“ vom 16. August 1941 mit dem Schluss: „Wir hoffen, nach dem Kriege wieder in engere Verbindung mit Ihnen zu kommen.“ (ACDP 01-216-023). Aus dem „Restbestand“ konnte der Verlag am 6. März 1940 noch zwei Exemplare verschenken. Ebd.

38 Die Habilitationsschrift wurde erst 1945 gedruckt (vgl. Schreiben vom 17.8.1945; ACDP 01-216-044), nachdem der Verlag Cotta am 7./8.10.1943 Totalschaden erlitt (Schreiben vom 19.10.1943; ebd. 01-216-020). Dass man sich beeilte, das Buch auch ohne die letzte Hand Stiers herauszubringen (Schreiben des Verlags vom 7.8.1945; ebd. 01-216-002), war auch dadurch bedingt, da man ein etwaiges „Verbot der Besatzungsbehörde“ fürchtete.

39 Siehe Schreiben des Altphilologen Jürgen Kroymann vom 22. Juli 1941 (ACDP 01-216-023); Anfrage der Akademischen Auslandsstelle der Universität Münster vom 26. Januar 1941 (ebd. 01-216-020).

40 Ab 1938, auch um die Zeitschrift mehr auf die Gegenwart auszurichten und damit die Abonnentenzahl zu steigern. Stier selbst kennzeichnet 1960 den Charakter der Zeitschrift

1935) im Kohlhammer-Verlag, die sich ausdrücklich als universalhistorisches Organ verstand⁴¹, und auch hier waren gute Kontakte unausweichlich, um die Zeitschrift am Leben zu erhalten, der die Reichsschrifttumskammer die Unbedenklichkeit bestätigte⁴². Mit Schreiben vom 5. Oktober 1944⁴³ teilte der Verlag Kohlhammer mit, dass für die „Welt als Geschichte“ ein vorläufiger Stilllegungsbescheid eingegangen sei, jedoch im März 1945 von der Pressenkammer entschieden werden solle, ob sie überhaupt einzustellen ist oder vorläufig wieder erscheinen darf („hoffen aber, daß wir uns in besseren Zeiten wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden können“), wobei der Stilllegungsbescheid auf Papierknappheit zurückzuführen ist⁴⁴. Es mag sich daher um einzelne Artikel handeln (ist Spengler gemeint oder Alexander Schenk Graf von Stauffenberg, der nicht so gut gelitten war?⁴⁵), wenn Stier in einem Brief an den Kohlhammer-Verlag vom 9. Oktober 1945 schrieb: „Die Zeitschrift hatte stets eine ablehnende Haltung gegenüber den Naziideologien. Sie entsinnen sich der Konflikte, in die wir wegen so manchen Beitrags ... mit Parteistellen und Parteorganisationen gerieten.“⁴⁶

Stier war niemals Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen. Letzteres ist insofern wichtig, als es schon aus beruflichen Gründen Usus war, wenn schon nicht der Partei, so doch einer ihrer Einrichtungen anzugehören⁴⁷;

wie folgt: Sie sollte die „universalhistorische Betrachtungsweise gegen die Verbiegungen echter geschichtlicher Forschung durch einen sich überschlagenden Nationalismus verteidigen“, in: „Zum römischen Philhellenismus der Flamininuszeit“ (1960), in: STIER, *Kleine Schriften* (wie Anm. 19), S. 269; die dort erwähnte „Denunziation aus parteihörigen Kollegenkreisen“, um die WaG zu verhindern, ist sonst nicht nachweisbar.

41 In einem undatierten Schreiben aus dem Februar 1964 hat Stier das wie folgt begründet: „als wir spürten, daß die von Staats wegen betriebene Verdrängung der weltgeschichtlichen Sicht durch einer nationale oder besser gesagt nationalistische zu den schlimmsten Gefährdungen für die Zukunft sich auswachsen sollte. Das Jahr 1945 hat unsere Sorge vollauf bestätigt.“ (ACDP 01-216-021).

42 ACDP 01-216-023.

43 ACDP 01-216-021.

44 Das Problem bestand schon 1940 (s. Schreiben des Kohlhammer-Verlages vom 26.1.1940, ACDP 01-216-017); vgl. auch undatiertes Schreiben 1964 (ebd. 01-216-021); ab 1948 setzte die Korrespondenz über die Fortführung der Zeitschrift „Welt als Geschichte“ wieder ein (ebd.); der Bd. 10 erschien 1950.

45 Vgl. Wolfgang GÜNTHER, *Alexander Schenk Graf von Stauffenberg*, in: Jakob SEIBERT (Hg.), *100 Jahre Alte Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München (1901–2001)*, Berlin 2002, S. 107–127, hier: S 110; aber immerhin wurde Stauffenberg 1941 zum Ordinarius in Würzburg ernannt.

46 ACDP 01-216-002. Auf taktisches Vorgehen lässt auch ein Brief von Stauffenbergs vom 27. März 1941 an Stier schließen: Es geht um die „eine Milderung im Ausdruck“ für einen „Rassenexkurs“ (ebd. 01-216-020); dabei dürfte es sich um den Aufsatz „Die großen Wanderungen und das Hethiterreich“, in: WaG 7 (1951), S. 331–359 gehandelt haben; s. auch Anm. 40.

47 Vgl. LOSEMANN (wie Anm. 30), S. 77f.

das höchste Amt im Dritten Reich scheint er als Luftschutzbeauftragter der Universitätsräume ausgeübt zu haben.⁴⁸

Sein Geschichtsbild war sicher zeitgeprägt, bis in die „idealistischen“ Formulierungen hinein⁴⁹, aber immerhin lassen die Betonung der Freiheitsidee als das Kennzeichnen der „klassischen“ attischen Demokratie (die er natürlich von der Weimarer unterschieden sehen wollte), die Betonung der Kulturleistungen dieser Demokratie, die ihr zugeschriebene politische Leistungsfähigkeit, die Geburt der *humanitas* und die Identifikation von Griechentum und Europa, also die europäische Perspektive, eine abweichende Haltung gegenüber offiziellen Linien erkennen⁵⁰; im Übrigen hat Stier seine grundsätzlichen Gedankengänge später nicht widerrufen, er hat sie teilweise „christlich“ verstärkt und scheint sich letztlich bestätigt gesehen zu haben⁵¹. Als Herausgeber von Meyers „Geschichte des Altertums“ bezog Stier daher auch eindeutig Stellung in der sich nach 1933 zuspitzenden Kontroverse zwischen einer an der nationalsozialistischen Rassenideologie orientierten „wertbetonten Geschichte“ der Völker des Altertums (Helmut Berve), in deren Rahmen Ägyptologie und Assyriologie kein „Lebensrecht“ mehr besitzen sollten, und einer wissenschaftlich-kritischen Universalgeschichte, die auch die Leistungen „nichtarischer“ Völker einbezog (wie sie insbesondere von Walter Otto vertreten wurde). Auch die „WaG“ war ausdrücklich letzterer Sicht verpflichtet. Sie war im Gegensatz zu anderen Organen dieser Zeit zwar nicht ideologiefrei – das „Indogermanentum“ mit der „nordischen Seele“⁵² und speziell in Form des „Deutschtums“ musste schon eine entsprechende Rolle spielen, von der „Ras-

48 Vgl. auch Schreiben von Prof. W. Sauer 1940 (ACDP 01-216-023).

49 Das würde ich auch seinem von Alexander DEMANDT, *Der Fall Roms*, München 1984, S. 479, kritisierten Aufsatz „Die Bedeutung der römischen Angriffskriege für Westfalen“ (1938), in: STIER, *Kleine Schriften* (wie Anm.19), S. 111–143 zumessen; im Übrigen: Wer weiß schon, wie Arminius wirklich war. Und man darf auch nicht vergessen, dass sich der akademische Stil verändert hat; wer noch Vorlesungen bei Johannes Straub, der damals zu den Nachwuchskräften zählte, gehört hat, hat noch den leidenschaftlichen Gestus vor sich, mit dem Personen oder Vorgänge (man denke nur an die Thermopylen oder Salamis) verlebendigt und auf die Gegenwart bezogen wurden; dieser Stil ist heute verschwunden, aber damit auch ein Großteil der Faszination; Fritz Schachermeyr konnte noch über Themistokles weinen.

50 Hier würde ich daher der vor allem auf: Hans Erich STIER, *Grundlagen und Sinn der griechischen Geschichte*, Stuttgart 1945, beruhenden Analyse von Beat NÄF, *Von Perikles zu Hitler? Die athenische Demokratie und die deutsche Althistorie bis 1945*, Bern u. a. 1986, S. 221–230 widersprechen wollen. Die Betonung der Rolle der Persönlichkeit etwa oder des „Wesens“ der Völker ist ja keine Erfindung der Nationalsozialisten.

51 In einem Brief an die „Deutsche Buch-Gemeinschaft“ vom 12. April 1954 schreibt Stier bezogen auf das neu zu schreibende Schlusskapitel seiner „Deutschen Geschichte“: „Immerhin hat sich sein Grundgedanke, daß nur Recht, Freiheit, Frieden und Christentum Deutschland und Europa retten würden, schrecklich bewährt.“ (ACDP 01-216-021).

52 Auch in STIER, *Grundlagen* (wie Anm. 50), formulierte Stier: „Wir haben gesehen, daß die Freiheitsliebe eine Mitgift des nordisch-indogermanischen Seelentums ist.“

sen“ideologie als der herrschenden konnte man sich auch nicht ganz entfernen⁵³, das wird aber eher zurückhaltend gehandhabt; nur ein Beitrag des dafür berichtigten Theologen Gerhard Kittel ist deutlich als antisemitisch zu klassifizieren⁵⁴. Es war wohl persönliche Freundschaft, wenn Stier nach 1945 einem seiner häufig schreibenden Autoren⁵⁵, Franz Altheim⁵⁶, die Absolution erteilte.⁵⁷ Aber die damals Großen des Faches, Helmut Berve⁵⁸, Wilhelm Weber⁵⁹, Joseph Vogt, Fritz Schachermeyr haben dort nicht publiziert⁶⁰; umgekehrt wurde Stier auch nicht zur Mitarbeit an den damals für die NS-Ideologie repräsentativen Sammelbänden eingeladen⁶¹. Oswald Spengler hat bei Stier

-
- 53 Es war wohl eine *captatio benevolentiae*, wenn Stier im ersten Jahrgang der „WaG“ neben zwei christlichen auch zwei rasselkundliche Bücher wohlwollend besprach (EBD. S. 411–412).
- 54 „Die Entstehung des Judentums“, in: WaG 9 (1943), S. 68–82. Der Neutestamentler Gerhard KITTEL, 1926 Professor in Tübingen, leistete durch seine Schrift *Die Judenfrage*, Stuttgart 1933, der nationalsozialistischen „Rassenpolitik“ eine historisch-theologische Begründung. Im Mai 1945 wurde er verhaftet und seines Lehrstuhls enthoben.
- 55 Ein weiterer, öfter publizierter Autor war Alexander Graf Schenk von Stauffenberg, der ältere Bruder des Hitler-Attentäters.
- 56 Um Altheim gab es offenbar interne Querelen. Brief von Fritz Ernst an Stier, 21. Mai 1938: Altheim „sollte nicht allzusehr in den Vordergrund treten“; ACDP 01-216-017. Seine Berufung nach Halle verdankte Altheim immerhin dem „Ahnenerbe“ Himmlers.
- 57 Schreiben an den Magistrat von Großberlin (o.D.); ebd. 01-216-020; Die Korrespondenz Altheims wie Stauffenbergs mit Stier wäre einer eigenen Behandlung wert (allerdings sind die Briefe Stiers nicht erhalten).
- 58 Zu Berve und Vogt s. Karl CHRIST, *Neue Profile der Alten Geschichte*, Darmstadt 1990, S. 125–187 und S. 63–124; zu Berve noch CANFORA (wie Anm. 26), S. 126–178. – Es existiert eine Postkarte Helmut Berves vom 17. Mai 1942, der auf die Zusendung des Alexander-Artikels von Stier (RAC) lakonisch antwortet, dass sein und Stiers Alexander-Bild nicht identisch seien („wiewohl ich Ihnen in wesentlichen Punkten nicht beizustimmen vermag, ja die Verwertung einiger Zeugnisse geradezu für verfehlt halten muß“; ACDP 01-216-020). Stier hatte Berve allerdings zur Mitarbeit an der „WaG“ eingeladen, was Berve mit Hinweis auf seine Arbeitsbelastung verschob, also nicht von vornherein ablehnte. 1969 wird Stier mit Schreiben von 23. November zur Mitarbeit an der Festschrift für Berve eingeladen (ebd. 01-216-005), zu der sich Stier aber wohl nicht bereit fand. Zur Einordnung von Stiers Alexanderbild in die NS-Linie vgl. kritisch Alexander DEMANDT, *Politische Aspekte im Alexanderbild der Neuzeit*, in: Archiv für Kulturgeschichte 54 (1972), S. 325–363, hier: S. 351f.
- 59 In einem Schreiben vom 2. Januar 1952 weist der Byzantinist Berthold Rubin ausdrücklich darauf hin, dass er aus der Schule Wilhelm Webers komme (ACDP 01-216-018); hier bestand also kein Ressentiment.
- 60 In einem bemerkenswerten Schreiben vom 15. Januar 1939 an Stier lässt Stauffenberg die damaligen „Größen“ für eine Mitarbeit in der WaG Revue passieren: Vogt sei „sicher weder allzu fruchtbar noch gerade tief“, Berve „die größte Leuchte der AG und zugleich die charakterloseste“, [Hans] Schäfer hingegen habe „einen menschlich sehr guten, um nicht zu sagen ‚noblen‘ Eindruck“ hinterlassen (ACDP 01-216-020).
- 61 Der repräsentativste war zweifellos *Das neue Bild der Antike*, hg. von Helmut BERVE, Leipzig 1942, in dem die damaligen Größen und die vorgesehenen Nachwuchskräfte publizierten: „... der deutschen Forschung ist die Verpflichtung auferlegt, durch Leistung

publiziert,⁶² um den sich die NS-Führung vergeblich bemüht hatte; ihn verehrte Stier als einen der „bedeutendsten und eigenwilligsten deutschen Denker“ und widmete ihm einen sehr warmen Nachruf⁶³. Ein Fachvortrag, den Stier 1939 auf dem 6. Internationalen Archäologenkongress in Berlin zum Thema „Hellas und Ägypten“ hielt und in dem er die Wertschätzung und historische Bedeutung der ägyptischen Kultur im Hellas der archaischen und der spätklassischen Zeit würdigte, trug ihm eine drohende Rüge des „Völkischen Beobachters“ ein unter der bezeichnenden Schlagzeile „Ein Schritt vom Wege!“ Allerdings konnte der Beitrag ohne weiteres in der WaG 5 (1939), S. 438–445 erscheinen.⁶⁴ Am 7. April 1940 veröffentlichte Stier in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ einen Artikel „Wege der Geschichte zu Freiheit und Kultur“⁶⁵, den man nach Ausfällen⁶⁶ gegen die Kulturkritik des 19. und 20. Jahrhunderts auch als Kritik an der Gegenwart verstehen kann: „Unheil und Verrohung sind das traurige Erbe, das Verfechter wie Gegner der Kulturkritik der heutigen Jugend Europas zu hinterlassen drohten. Diese aber ist in harter Kampfzeit sehend geworden. Sie will nicht weiter abwärts, nachdem einmal erkannt ist, daß es, entgegen der lärmenden Fortschrittsparole, in Wirklichkeit abwärts ging, sondern aufwärts, zu einer Wiedergeburt echt europäischen Geistes und echt europäischer Kultur. Sie weiß, daß der Mensch nicht nur Objekt der Geschichte ist, wie der orientalisierende Fatalismus behauptet, sondern vor allem Ziel der Geschichte, eine Auffassung, die allein dem freiheitsstolzen und freiheitsliebenden Geiste des europäischen Menschen entspricht und ihn zum Herrn der Erde erwachen ließ. Es ist die gleiche Wahrheit, die aus dem Heilandworte spricht, daß der Sabbat um des Menschen willen da sei und nicht der Mensch um des Sabbats willen – dem Worte, durch das die orientalische Haltung für alle Zeiten gerichtet ist.“

... sich an ihrem Platz der Stellung würdig zu zeigen, die unser Volk und Reich künftig in der Welt einzunehmen berufen ist“.

62 Vgl. noch „Achäerfrage“, in: WaG 6 (1940), S. 44–53; 145–157.

63 WaG 2 (1936), S. 286–289. Immerhin befürchtet sein Mitherausgeber Ernst, dass „Ihre Bemerkungen über Spengler einige Wolken über uns herziehen könnten?“ Schreiben vom 13. Mai 1939 (ACDP 01-216-017). Mit Spengler stand Stier sicher 1933 im Kontakt, s. Schreiben vom 8. Oktober 1933 (ebd. 01-216-019). Mit der Geschichtsauffassung Spenglers setzte sich Stier in seinem Aufsatz „Der Aufbau der Weltgeschichte und das Problem der Zukunft“, in: WaG 5 (1939), S. 189–232 auseinander.

64 In: STIER, *Kleine Schriften* (wie Anm. 19), S. 160–167. Zu den Vorgängen im einzelnen und differenziert vgl. LOSEMANN (wie Anm. 30), S. 92; Stier schildert die Szene selbst in „Zum römischen Philhellenismus der Flamininuszeit“ (1960), in: STIER, *Kleine Schriften* (wie Anm. 19), S. 269.

65 ACDP 01-216-004.

66 „Die Kyniker, Utopisten, Selbstmordprediger usw. des Hellenismus entsprechen im Grundsätzlichen den Anarchisten, Liberalisten, Marxisten, Naturalisten, Expressionisten usw. des 19. und 20. Jahrhunderts.“

Am 9. März 1942 spricht Stier über „indogermanischen und semitischen Geist in der Geschichte“⁶⁷, ein zweifellos verfängliches Thema, bei dem es ihm allerdings gelingt, sich jeder Invektive gegen das Judentum zu enthalten (jedenfalls im Manuskript), auch wenn der pro-indogermanische Grundtenor unüberhörbar bleibt: Natürlich sind die „Indogermanen“ den „Semiten“ geistig-kulturell überlegen.⁶⁸ Aber: „Das Problem des Judentums bleibt für uns peripher, da die Juden den kleinsten Teil der Semiten ausmachen. Wo es notwendig ist, näher auf das Judentum einzugehen, werde ich die Bezeichnung Israeliten und Israelstämme gebrauchen.“⁶⁹ Das war damals zweifellos nicht auf der Linie.

Die damit verbundene „äußerst gefährliche Kampagne und ein Ermittlungsverfahren des SD gegen ihn wegen ‚Wehrkraftzersetzung‘“⁷⁰ ist allerdings aus den Unterlagen nicht abzulesen. 1948 schreibt Stier selbst⁷¹, „Beförderungen und Berufungen“ seien „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ abgelehnt worden, und er sei „1941“ durch den SD verfolgt worden. Es mag sein, dass Stier als unsicherer Kantonist galt und sich aus diesem Grunde Bewerbungen nach Graz und Würzburg zerschlagen haben, auch wenn beide Vorgänge nicht durchsichtig sind; aber bei Graz scheint es um Schachermeyrs Bevorzugung gegangen zu sein, und bei der Berufung nach Würzburg scheint die dortige Dozentenschaft sich dagegen ausgesprochen zu haben.⁷² Ob wegen „politischer Unzuverlässigkeit“, ist aus der Korrespondenz nicht zu ersehen. Ein Schreiben eines seiner Schüler, Johannes Manthay, vom 16. Februar 1948 be-

67 Unveröffentlichtes Manuskript (ACDP 01-216-004).

68 „Das Ziel des Semiten ist nicht, über sich selbst hinauszuwachsen, sondern beim Alten zu bleiben, und wenn man Barrabas für Jesus erbitten muß ... Was auf semitischer Seite der Intellekt, die Ratio, ist, ist auf indogermanischer Seite die Seele ... Die Eigentümlichkeit indogermanischer Wesenheit findet sich im Deutschen Volk stärker ausgeprägt als in anderen europäischen Völkern ...“ (ACDP 01-216-004); ein Bericht darüber klingt allerdings etwas schärfer (ebd. 01-216-002): „Zur Vermeidung jeden Mißverständnisses hob der Vortragende nachdrücklich hervor, daß zwischen Juden und Semiten im wissenschaftlichen Sinne scharf zu unterscheiden sei: sowohl die Indogermanen wie die Semiten sind rassisch im wesentlichen unvermischte Gruppen, die ersteren dem nordischen, die letzteren dem der orientalischen Untergruppe des mittelländischen Typus angehörig, während das Judentum bekanntlich das Produkt einer ausgesprochenen Mischrasse ist, einer Kreuzung zwischen dem semitischen und dem kleinasiatischen armenoiden Typus. So bleibe es bei seinen Ausführungen beiseite.“

69 ACDP 01-216-004/44.

70 LEHMANN, *Gedenkschrift Stier* (wie Anm. 14).

71 *Wer ist wer?*, Berlin 1948, S. 233; aufgegriffen von Werner Müller-Warmuth anlässlich der Gedenkfeier (wie Anm. 14, S. 7): „Politische Gründe verhinderten seine Ernennung zum ordentlichen Professor.“

72 Zu Graz vgl. Schreiben Prof. Dr. W. Kienast vom 7. Oktober und 31. Oktober 1940 (ACDP 01-216-024 und 044: Stier stand dort an dritter Stelle auf der Liste) und zu Würzburg den vertraulichen Brief von Prof. Dr. H. Krahe vom 9. Januar 1943 (ebd. 01-216-044/02) und Schreiben Stauffenbergs vom 11. Dezember 1942 (ebd. 01-216-021).

legt immerhin „eine Rüge des Rektors vor Ihren Schülern“; der Kontext ist allerdings nicht klar.⁷³ Sicher im Sinne „geistigen Widerstandes“ lässt sich hingegen der Thukydides-Aufsatz lesen, den Stier unter dem Titel „Der Zeitgenosse als Geschichtsschreiber“ 1942 in der Zeitschrift „Das XX. Jahrhundert“ publizierte, schon deswegen, weil das NS-Idol Sparta hier „als drückendes Säbelregiment“ bezeichnet⁷⁴ und das „Recht des Stärkeren“ zur „machiavellistischen Lehre“ erklärt wird: Der Untergang Athens im Peloponnesischen Krieg wird zurückgeführt auf die Demagogen nach Perikles' Tod: „Man überschätzte die eigene Stärke ... Der Ehrgeiz der Masse wie der einzelner Parteiführer wuchs ins Grenzenlose ... Und: „Sollte man nicht vielmehr darauf achten, daß die Vertreter des zynischen Machiavellismus, die Athener, diejenigen sind, die den Riesenkampf der 27 Jahre zu guter Letzt verloren haben?“⁷⁵

Jedenfalls bescheinigte der katholische Theologe Bernhard Kötting⁷⁶ Stier eine „makellose Haltung“ im „3. Reich“: „Des bin ich selbst Zeuge als sein Hörer in den Jahren 1937/38. Mein damaliger Kommilitone Elmar Hartmann hat in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26. Februar d.J. darauf hingewiesen.“ Von Gründer, der Stier attestierte, er habe „den Nazismus“ aus religiösen und nationalen Gründen „innerlich scharf“ abgelehnt, stammt auch ein (undatiertes) Bericht über Stiers Vorlesungen.⁷⁷ Er sei „eine Stimme geistigen Widerstandes“⁷⁸ an der Universität gewesen, und Gründer führt auch sehr lebendig die Bemühungen des NS-Dozentenführers vor, Stiers Einberufung zur Wehrmacht zu betreiben, während er selbst sie zu hintertreiben suchte⁷⁹. Die Einberufung scheint nach Münster erfolgt zu sein, jedenfalls berichtet Gründer weiter, dass, nachdem Stier eingezogen worden war, die Opposition „in den Untergrund“ gegangen sei: „Denn nun traf(en) sich im Luftschutzkeller

73 ACDP 01-216-020.

74 Dieselbe Einschätzung auch in: STIER, *Grundlagen* (wie Anm. 50), S. 280f.

75 Von einem Leser wurde der Beitrag als Anlass verstanden, eine Untersuchung über die „Unterscheidung von Macht und Gewalt“ und „über eine Neubegründung des Rechtsbegriffs“ anzuregen (Karte Dr. Krienitz, 14. August 1942; ACDP 01-216-020).

76 *Gedenkschrift Stier* (wie Anm.14), S. 13.

77 ACDP 01-216-044; ob die Schilderung der Elefanten Hannibals und das Ausharren Roms nicht auch anders gedeutet werden können, sei allerdings dahingestellt; in seinem Aufsatz „Roms Aufstieg zur Vormacht im Mittelmeer“, in: WaG 7 (1941), S. 50f. (in: *Kleine Schriften* [wie Anm.19], S. 168–210) hatte Stier Römertum und Preußentum noch identisch gesetzt: „Römisches Wesen“ mit „Pflichterfüllung bis zum Tod“ vermöge „gerade auf den preußisch-deutschen Menschen besonders ermutigend und beflügelnd zu wirken“.

78 Der Begriff „geistiger Widerstand“ geht zurück auf Harald FUCHS, *Der geistige Widerstand gegen Rom in der antiken Welt*, Berlin 1938, ND 1964.

79 Mit der Einberufung musste Stier bereits 1940 rechnen, vgl. Brief H. Eduard Meyer vom 29. Juli 1940 (ACDP 01-216-044).

des Dolmetscher-Schützen⁸⁰ Hans Erich Stier stets ein Kreis von Leuten, die ‚vom anderen Deutschland‘ und seiner Zukunft sprachen, darunter bald auch der Kompanieführer dieses ‚Schützen‘. Bis dann alles unter Bomben kaputt ging und Stier nach Braunschweig verlegt wurde.“ Zur Nichtanpassung, und darin ist wohl der tiefere Grund für Stiers ambivalente Haltung zu suchen, gehört auch seine über diese Jahre immer wieder nachweisbare Religiosität,⁸¹ sein Bekenntnis zum evangelischen Christentum, für das sich vor 1945 viele Spuren erhalten haben,⁸² wobei Stier immer ökumenisch dachte: Enge persönliche Kontakte zu dem katholischen Religionsphilosophen Peter Wust belegen zwei Postkarten vom Dezember 1939⁸³, zu Wilhelm Stählin Schreiben vom September 1937 und März 1939⁸⁴, zu Pfarrer Gerhard Gloege, der sich zur Bekennenden Kirche bekannte, unterhielt er enge persönliche Beziehungen⁸⁵; auch mit dem Kirchenhistoriker Josef Lortz war er offenbar in gutem Kontakt⁸⁶; der Theologe Eitelbert Stauffer bekennt 1957, Stier habe „vor Jahr und Tag“ sein „Herz gewonnen“ „durch einige Sätze, die Sie in der Hitlerzeit in die Prop[yläen-]Weltgeschichte schrieben“⁸⁷. Die Briefe des Studenten Fritzhermann Keienburg an Stier belegen die rege Teilnahme Stiers am kirchlichen Leben in Münster.⁸⁸ 1933/34 formuliert Stier vor Studenten: „Als Suchende treten wir in unserer Arbeit vor die Geheimnisse der Schöpfung hin.“⁸⁹ Drei Schreiben aus dem Mai/August 1939 drehen sich um eine nicht mehr

80 Stier war offenbar in einer Dolmetscherkompanie eingesetzt; wie dem Vorwort zu STIER, *Grundlagen* (wie Anm. 50) zu entnehmen ist, hat Stier während seiner Wehrmachtsdienstzeit an dem Buch weiterarbeiten können.

81 Religiosität ist für Stier überhaupt eine Grundbedingung (über)lebensfähiger Völker; den Römern, die er als Vorbild hinstellt, bescheinigte er nicht nur „unbedingte Achtung und Verehrung gegenüber jeder echten Bildung und Kultur, vor allem aber die tief innerliche Religiosität bei hoch und niedrig, die so häufig in schwerster Notzeit dem gesamten Volk die Kraft schenkte, sich aus Niederlage und Zusammenbruch verjüngt wiederzuerheben. Das seien „Züge, die ebenso charakteristisch für das Preußentum wie für das Römertum“ seien (WaG 7 (1941), S. 50; später trifft das dann auch auf die Engländer zu.

82 In einem Wahlaufuf 1954 (ACDP 01-216-044) heißt es: [Stier] „stand dort in der Hitlerzeit Seite an Seite mit den katholischen Christen der Stadt des Bischofs von Galen im Kampf der Bekennenden Kirche gegen die Lüge der nazistischen Weltanschauung“; s. Teilnahme an der Geistlichen Woche 1938 (ebd. 01-216-020) und vgl. die Briefe F. Keienburgs von 1943 (ebd.).

83 ACDP 01-216-017.

84 Ebd. und 01-216-020. Der Theologe Wilhelm Stählin wurde 1926 auf den Lehrstuhl für Praktische Theologie nach Münster berufen. 1934 trat er der Bekennenden Kirche bei, zog sich aber 1941 nach mehreren Querelen daraus wieder zurück. 1945 bis 1952 ist Stählin Bischof der Evang.-luth. Kirche in Oldenburg.

85 Vgl. Brief an Stier vom 4. Februar 1939 (ebd. 01-216-017); Gloege war später Theologieprofessor in Jena (vgl. Schreiben an Stier vom 29. Dezember 1960; ebd. 01-216-020).

86 Vgl. Schreiben Rita Hauschild vom Dezember 1940 (ebd. 01-216-023).

87 Brief vom 12. Oktober 1957 (ebd. 01-216-021).

88 Von 1943 (ebd. 01-216-020).

89 Ebd. 01-216-004 (unveröffentlicht).

rekonstruierbare Tagung zum Christentum in Freudenstadt, an der auch Karl Heim⁹⁰ Interesse zeigte. Er würde sich freuen, heißt es in dem Schreiben an Stier, in dem er dessen religiöse Färbung deutlich zum Ausdruck bringt, wenn seine Mitwirkung sich verwirklichte. Ganz besonders wertvoll sei, schreibt der (leider unbekannt) Autor, „was Sie mir inhaltlich schreiben ... Und ich merke immer mehr, wie wir vom christlichen Glauben her das Urteil in der Geschichte fröhlich und getrost suchen und finden dürfen, weil es ja gerade da, wo es nein sagt, nicht in unserem Namen gesprochen wird, und darum doch den Ruf zur Umkehr und den Grund der Barmherzigkeit behält.“ Und in einem anderen Schreiben desselben Autors an Stier heißt es: „An dem Wachstum nationaler Größe mitzuarbeiten, ist uns als Aufgabe gestellt; sehen aber immer auch die Gefahr des Ableitens unter einen gottfremden Einfluß.“

„Mission“ für die Union

Die Orientierungsmarken: Antike, die historische Erfahrung des braunen, dann des roten „asiatischen“ Totalitarismus⁹¹, das Christentum⁹² und als dessen politische Gestalt die „Christliche Demokratie“, die er ohne geistiges Fundament immer wieder gefährdet sah⁹³, bilden die geistige Grundlage, auf der Stier sich

90 1914 o. Professor in Münster/Westfalen und seit 1920 in Tübingen. Er bezeugt in seinen Predigten die entscheidende Bedeutung der Begegnung mit Jesus Christus. So hat Heim auf mehrere Pfarrergenerationen bleibenden Einfluss ausgeübt; die Korrespondenz in ACDP 01-216-002; s. weiter Brief Heims vom 16. Januar 1942 (ebd. 01-216-020).

91 In einer Antwort auf ein „Schreiben aus der Sowjetzone“ an westdeutsche Professoren, die unter anderem auch Hans Erich Stier unterzeichnete, heißt es („Münsterische Zeitung“, 6.5.1959; ACDP 01-216-002): „Auch wir sind sehr für die Vermeidung von Kriegen, aber nicht um den Preis der Bolschewisierung der Welt.“

92 *Kulturpolitische Ausblicke*, in: *Politisch-soziale Korrespondenz* 13 (1964) 1, S. 10: „Die CDU als Partei ist nicht dasselbe wie die von ihr gestellten Regierungen. Sie hat darüber zu wachen, daß ihr nicht bei ständiger Rücksichtnahme auf Anschauungen und Wünsche anderer Gruppen ihre eigenen grundlegenden Überzeugungen anfangen, unscharf, ja nebelhaft zu werden. Sie hat die Aufgabe, die historisch bezeugte Tatsache ‚Christentum‘, ungeachtet aller Schwierigkeiten, die aus ihr sich für den problematisierenden Verstand ergeben, im allgemeinen Bewußtsein mit aller Kraft lebendig zu erhalten. Daß diese Tatsache auf der Seite des Lebens und nicht der Vernichtung und Verelendung ihren Platz hat, haben die Ereignisse des letzten Menschenalters für jeden erwiesen, der gewohnt ist, in die Welt ohne Scheuklappen zu schauen. *Zu dieser Vertiefung gehört allerdings untrennbar, daß eine christliche Partei dem Christentum die gebührende Stellung im öffentlichen Leben kraft ihrer Autorität sichert und Verstöße gegen sie nicht lediglich mit Achselzucken abtut.* Was würde denn geschehen, wenn die so gern und so laut gepriesene, m.E., da weithin reaktionär, zu Unrecht so genannte ‚Moderne‘ das Feld behauptete? Die Folge wäre eine unausstehliche Politisierung des gesamten Lebens.“

93 *Wehret den Anfängen*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 12 (1963) 4, S. 6f.: „Das politische Problem wird dadurch kompliziert, daß es sich beim Nazi-Staat nicht lediglich um eine besondere, eigenwillige Gestaltung und Ausprägung der Staatsform handelte, sondern um ein schlechthin infernalisches politisches System. Der Nazi-Staat war der

nach 1945 für die „Union“ engagierte⁹⁴; sich selbst bezeichnete er als „konservativ“⁹⁵, bekannte sich zu einem geläuterten „Nationalbewußt-

schlimmste Schädiger, den das deutsche Volk in seiner langen wechselvollen Geschichte jemals hat hinnehmen müssen. Die von ihm im Namen Deutschlands begangenen Scheußlichkeiten haben zugleich dem Ansehen der abendländischen Hochkultur in der übrigen Menschheit einen Schlag versetzt, von dem es sich nur mit größter Mühe wieder zu erholen vermag. Einer Welt, die noch unter den Nachwirkungen des furchtbaren ersten Weltkrieges litt, hat Hitler leichtfertig einen zweiten, noch fürchterlicheren beschert. Als der Verbrecher nach bittersten Jahren selbst merkte, daß der Kampf nicht zu gewinnen war, galten seine letzten Anstrengungen dem Bestreben, seinem eigenen Volke eine Weiterexistenz unmöglich zu machen. Andererseits ist die Demokratie alles andere als eine selbstverständliche, sozusagen bereits aus dem Wesen des Menschen sich ergebende, ihm angemessene Staatsform. Man braucht nur auf der heutigen Weltkarte seinen Blick über die Bereiche der abendländischen Welt hinausschweifen zu lassen, um das vor Augen geführt zu bekommen. Gewiß sind auch dort immer wieder Versuche mit dieser Staatsform gemacht worden. Beängstigend schnell sind sie jedoch zumeist diktatorischen Formen erlegen, denen man nicht überall so fremd gegenübersteht wie im Westen. *Die Einsichtigen sind sich darüber klar, daß bloße formale Korrektheit die Existenz einer Demokratie nicht zu sichern vermag, ja sie manchmal sogar zerstören hilft.*“

94 Vgl. *Demokratie und CDU*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 7 (1958) 4, S. 5: „Mein wissenschaftlicher Lebensweg hat mich auf Grund ernster, sachgerechter Forschungsarbeit zu einer christlichen Auffassung der Weltgeschichte geführt, die ich seit nunmehr bald einem Menschenalter im Universitätsunterricht sowie in Schriften und Vorträgen zu vertreten nicht umhin kann. Ich habe dieser Überzeugung Ausdruck verliehen, längst ehe es eine CDU gab; trotzdem wird sie seit geraumer Zeit in gewissen Kreisen durch den – meist nur versteckt gegebenen – Hinweis verdächtigt, daß ich als Mitglied der CDU ja gehalten sei, auch die Geschichte in christlichem Licht zu sehen – grob gesagt: sie parteiamtlich zu verfälschen. *In Wahrheit liegen die Dinge so, daß ich auf Grund meiner rein wissenschaftlichen Überzeugung im Kirchenkampf der Nazizeit stand und dann nach 1945 zur CDU gefunden habe und finden mußte. An dem Tage, wo sie die christliche Linie verließ, würde ich der Partei den Rücken kehren.* Der Gegner tut so, als sei ich christlicher Historiker nur deshalb, weil ich Mitglied der CDU-Partei bin, also als Parteimann. Man sieht, wie schwierig es für uns ist, die Abneigung zu überwinden, mit der der moderne Mensch allem gegenübertritt, was Parteisache ist oder ihm doch als solche hingestellt werden kann. Diese Abneigung erhalte gefährliche neue Nahrung, wenn unsere staatspolitische Bildungsarbeit in unserer Partei zentralisiert und damit als reine Parteiangelegenheit erscheinen würde.“

95 Vgl. Interview „Aspekte eines Historikers“, in: *Zeitenwende/Neue Furche* 39 (1968), S. 593–599: „Der Konservatismus ist kein Garten für einige Sonderlinge; konservatives Wesen kann nur in Anlehnung an große Gruppen zu der Geltung gebracht werden, die ihm seine Anhänger wünschen. Der Konservatismus darf in vieler Hinsicht in seinem politischen Wirken mit dem Dienst verglichen werden, den einem schnell fahrenden Auto starke, widerstandsfähige Bremsen zu leisten haben; solche Bremsen haben ja nicht den Zweck, das Fahren zu verhindern, sondern bei Kurven und Gefälle ein sicheres Fahren zu gewährleisten. Was sollte hier eine schwache Bremse helfen, die, im Moment der Gefahr gezogen, höchstens aufquietscht und dann bricht?“

sein⁹⁶; „68“ war ihm ebenso ein Greuel⁹⁷ wie bestimmte Entwicklungen in der evangelischen Theologie⁹⁸.

Da es wenig Sinn hat, die kulturpolitischen Kämpfe jener Jahre nachzuzeichnen, um das Elternrecht 1954, an dem Stier sich massiv beteiligt hat, um die Bekenntnisschule und nach 1966 um die Schulgesetzgebung der SPD, beschränken wir uns auf die geistige Grundhaltung und die Impulse, die Stier seiner „Union“ geben wollte, vor allem kulturpolitisch; wobei unter Kulturpolitik damals im wesentlichen Bildungspolitik zu verstehen war.⁹⁹

Schon die politische, meist tagesaktuelle Publizistik, die Stier vor allem in der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ betrieb, war immer wieder durch Rekurse auf historische Erfahrung und das Christentum als sein Fundament ge-

-
- 96 *Nationalgefühl und Nationalismus*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 15 (1966) 14, S. 5f.: „Es ist nur zu begreiflich, daß nach dem traurigen Finale 1945 Nationalstaat und Nationalbewußtsein als furchtbare Mitgift einer entarteten Epoche erschienen und die als Hoffnung allein noch gebliebene Sehnsucht nach einer politischen Zusammenfassung der europäischen Völker wie selbstverständlich danach trachtete, alles Nationale zugunsten eines neuen ‚Europäertums‘ abzustreifen und ihm in einer – wie durch ein Wunder aus selbstverschuldetem Elend tatkräftig wieder erstehenden – besseren staatsmännischen Ordnung unseres Kontinents keinen Platz mehr zu gönnen ... *Wir glauben, daß ihre unabweisbare Voraussetzung ist, stärker als bisher Nationalgefühl und Nationalbewußtsein auf der einen und ihre tief pessimistische Perversion, den ‚Nationalismus‘, auseinanderzuhalten.* Nationales Bewußtsein ist seinem Ursprung nach etwas Geistiges; nicht zu Unrecht hat der Sprachgebrauch dafür das Wort Nationalgefühl geprägt. Haßtiraden im Stil eines vergangenen Nationalismus ertönen heute aus Moskau und aus dem Munde seiner mehr oder weniger freiwilligen Schleppenträger. Dort also sitzen die Kräfte, die man mit Fug und Recht reaktionär nennen muß, weil sie einen überwundenen Übelstand aus purem Egoismus zu konservieren trachten und damit der wichtigsten Aufgabe unserer Tage, einer dauerhaften Weltbefriedung, entgegenstehen. Dieser Reaktion arbeitet nicht nur der in die Hände, der nationalistische Verirrungen in einer freiheitlichen Welt neu beleben will, sondern ebenso der, der gesundes Nationalgefühl blind mit dessen ärgster Verzerrung, dem Nationalismus, in einen Topf wirft.“
- 97 „Diesen Staat ... sucht in letzter Zeit an deutschen Universitäten eine durch die Mitwirkung der Massenmedien lautstark gewordene sog. radikale Opposition als Instrument von Reaktion und Unmenschlichkeit mit logischen Scheinargumenten und mit Hilfe einer der Gaunersprache verwandt gewordenen Terminologie zu erweisen und zu diffamieren.“ Aus: *Hochschule und Staat*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 17 (1968) 1, S. 9.
- 98 Vgl. Stiers Vorwort zu Hugo STAUDINGER, *Gott: Fehlanzeige? Überlegungen eines Historikers zu Grenzfragen seiner Wissenschaft*, Trier 1968, S. 2f.; *Christliche Wiedergutmachung*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 6 (1957) 17, S. 14–16.
- 99 Daher ist die Kritik am Kulturteil des Godesberger Programms der SPD bildungspolitisch: *Zum neuen Kulturprogramm der SPD*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz*, Sonderdruck Ende Dezember 1959, S. 16–18 (hier schreibt Stier übrigens neben Adenauer, Heck, und Strauß); vgl. weiter *Kulturpolitische Streiflichter*, in: EBD. 14 (1965) 24, S. 11–13; *Kulturpolitische Weihnachtsgedanken*, in: EBD. 15 (1966) 24, S. 7–10. – Mit moderner Kunst vermochte Stier nicht viel anzufangen; hier orientierte er sich an Hans SEDLMAYR, *Verlust der Mitte. Die bildende Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts als Symptom und Symbol der Zeit*, Salzburg 1948: „Die Kunst soll nicht widerspiegeln, sie soll heilen, helfen, sonst bleibt sie Kunstbetrieb“, formulierte Stier (ACDP 01-216-004).

prägt: etwa gegen ein Bundeskulturministerium als Gefahr „geistiger Gleichschaltung“¹⁰⁰. Bei der Frage „Warum christliche Partei?“¹⁰¹ kommt er zu dem Schluss: „Da unser Volk nach wie vor in seiner Substanz Christus zugetan ist, könnte es sich in seiner Mehrheit nur dann von unserer Partei abkehren, wenn diese es mit ihrem christlichen Auftrag eines Tages nicht mehr ernst meinen sollte.“ In seinem Beitrag „Wehret den Anfängen“ beschwört er die „geistigen Wurzeln“ der Demokratie, die „bis in die metaphysischen Grundlagen aller Dinge hinabreichen“ müssen¹⁰². Sein Ausfall gegen die „sozialistische Bildungspolitik“ der SPD ist ebenso davon geprägt¹⁰³ wie seine Bewertung des 8. Mai 1945 nach 10 Jahren: „Wem 1945 die strafende Hand des Allmächtigen Gottes in der deutschen Katastrophe erschreckend sichtbar wurde, den muß der Gang der Entwicklung in dem seither verfloßenen Jahrzehnt fast wie ein Geschenk der göttlichen Gnade anmuten, ‚ohn‘ all unser Verdienst und Würdigkeit‘ ... Die Frage der Geschichte an uns lautet einfach, ob wir uns der erneuerten Gnade Gottes würdig erweisen oder menschlichem Aberwitz mehr trauen wollen, der im Pakt mit dem Teufel endet.“¹⁰⁴

Immer wieder deutlich wird auch dort der Wert der Geschichte, gerade nicht nur der jüngsten, für eine tiefergreifende Zeitdiagnose. Geschichte ist Lehrerin, das betont Stier seit den Anfängen seiner akademischen Laufbahn¹⁰⁵, *historia magistra vitae*, damit schließt das Geleitwort zur ersten Ausgabe der „WaG“, und dieses historische, in Anklängen geschichtsphilosophische oder -theologische Denken, zieht sich bei Stier durch, wobei der Einfluss Spenglers nicht zu verkennen ist, ohne dass sich Stier dessen kulturpessimistisches, biologisch-zyklisches Schema zu eigen machen wollte. Überzeugt war er allerdings

100 *Politisch-Soziale Korrespondenz* 10 (1961) 6, S. 3ff.

101 EBD. 11 (1961) 4, S. 3ff.

102 Vgl. *Der Christ und die moderne Scheinkultur*, in: EBD. 6 (1957) 7, S. 5: „Die Demokratie von Weimar (ist) nicht zuletzt deshalb gescheitert ..., weil sie die Kraft nicht aufgebracht hat, eine christliche Demokratie sein zu wollen. Christliche Demokratie bedeutet, daß die Aufgabe, in der demokratischen Staatsordnung den Menschen wieder zu sich und seiner gottgewollten Bestimmung im politischen Bereich finden zu lassen, nur dann lösbar ist, wenn sie sich – so weit wie irgend mit unseren schwachen Kräften erreichbar – an der durch Christus offenbarten Botschaft Gottes des Allmächtigen orientiert. Als erstes Ergebnis hat diese Bewegung eine Überwindung des Hasses, der Abscheu und der Verachtung erreichen können, mit denen der Nazismus als vielleicht schrecklichste seiner Erbschaften für uns Deutsche den deutschen Namen in aller Welt bedacht hat. Soll dieser unbestreitbare Erfolg die Christen bei uns, die weiter in dieser Richtung arbeiten wollen, etwa entmutigen? Und sollen sie allen Ernstes fürchten, daß sie diesen Erfolg mit Hilfe des Teufels und nicht durch die Gnade Gottes errungen hätten? Vgl. auch *Politisch-Soziale Korrespondenz*, 15.02.1963: „Die Einsichtigen sind sich darüber klar, daß bloße formale Korrektheit die Existenz einer Demokratie nicht zu sichern vermag, ja sie manchmal sogar zerstören hilft.“

103 *Politisch-Soziale Korrespondenz* 11 (1962) 5, S. 7ff.

104 EBD. 4 (1955) 9, S. 3ff.

105 Vgl. auch eine entsprechende Rede vom 8. Juni 1937 (ACDP 01-216-004).

davon, dass man dem „Sinn der Weltgeschichte“¹⁰⁶ auf die Spur kommen müsse und dass zwischen der Welt der Antike und der des abendländischen Europa eine tiefe, strukturelle Verwandtschaft besteht, so dass die Heranziehung historischer Analogien gerade für den an „Tatsachen“ orientierten Historiker zu einer legitimen, geradezu notwendigen Dimension der Geschichtsdeutung werden lässt.¹⁰⁷ Daher zog Stier gerne historische Parallelen zur Jetzt-Zeit mit der Vergangenheit. So setzte er in seinem Aufsatz: „Lernen wir doch aus unserer Geschichte“ den Entschluss Adenauers, für das Bundespräsidentenamt zu kandidieren, in Beziehung zum Rücktritt Bismarcks 1890; oder er verwies auf das Wort des Franzosenkönigs, Heinrich IV., jeder Bürger solle „am Sonntag ein Huhn im Topf“ haben, um die Entscheidung für die Union bei der Bundestagswahl 1957 aus rein materiellen Motiven zu parallelisieren¹⁰⁸: „So ist auch das Beefsteak nicht das Motiv unserer [gemeint der „Evangelischen“] Wahlentscheidung gewesen, sondern das Bekenntnis zur Politik Adenauers, die Deutschland aus der Verelendung herauszuführen und das Ansehen unseres Namens wiederherzustellen vermochte.“ Europa zwischen den Großmächten vergleicht er – nicht ohne Goethe, Schiller oder Humboldt zu zitieren – mit der Situation Griechenlands zwischen der Expansion Roms und der des Seleukidenreichs unter Antiochos III.¹⁰⁹ 1948 hielt Stier eine große Rede zum Westfälischen Frieden 1648,¹¹⁰ aus dem er eine Mahnung für die Gegenwart ableitete: „Möge die deutsche Geschichte in Zukunft weniger gegen als mit dem Willen und der Anteilnahme des deutschen Volkes sich vollziehen. Wer Siegesfeiern begeht, feiert im Grunde doch nur sich selbst, nur den Menschen, und da ist eigentlich nicht viel zu feiern. Wer sich aber der dunklen Mahnzeichen zu entsinnen vermag, die in der Geschichte aufgerichtet stehen, sucht den Herren der Geschichte, sucht den rechten Weg.“

Bei dieser Suche spielt die Antike eine besonders prägende Rolle. In Stiers „Grundlagen und Sinn der griechischen Geschichte“¹¹¹ gilt die griechische Geschichte als „Prototyp europäischer Geschichte überhaupt“, der die „doppelte Gesichtigkeit des Freiheitsprinzips, seine Größe, Unentbehrlichkeit, wie seine Gefährdung von innen her zu erkennen gestattet“. Daher verraten auch schon einige Titel seiner althistorischen Fachpublikationen nach 1945, dass auch sie

106 So der Titel eines Vortrages vor dem „Christlichen Kulturkreis Westfalen“ am 27. September 1947 (ebd. 01–216–001).

107 „Sehr persönliche Aktualisierungen zentraler Problemkreise der Alten Geschichte“ nennt es Karl CHRIST, *Klios Wandlungen. Die deutsche Althistorie vom Neuhumanismus bis zur Gegenwart*, München 2006, S. 98.

108 *Wir Evangelischen heute*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 6 (1957) 20, S. 9.

109 *Europas Einigung im Licht der Geschichte*, in: EBD. 14 (1965) 4, S. 7.

110 „Friedensruf aus Münster“, in: „Westfalenpost“ vom 23.10.1948.

111 Die Besprechung von Alfred Heuß in *Gnomon* 23 (1951), S. 182–187 ist höchst unfreundlich: „Verf. als eine Art geläuterter Spengler?“

dem Ziel staatsbürgerlicher Erziehung durch historische Analogiebildung dienen sollen: „Der Untergang der klassischen Demokratie“ (1971) als Lehrstück ebenso wie „Roms Aufstieg zur Weltmacht und die griechische Welt“ (1957),¹¹² die ihn an das zersplitterte Europa zwischen den Großmächten USA und UdSSR denken lässt. Daher erklärt sich auch, dass Stier sich nicht nur als Kulturpolitiker, sondern auch als Wissenschaftler für die enge Verbindung von Wissenschaft und Schule eingesetzt hat, wie seine Mitarbeit an Unterrichtsmaterialien (Karten, Schulbücher) belegt,¹¹³ – dass er die Bedeutung des humanistischen Gymnasiums betonte, versteht sich von selbst. Auch für entsprechende Berücksichtigung des Christentums und der historischen Entwicklung im Unterricht hat Stier sich intensiv eingesetzt. In einem Vortrag vor dem Bundeskulturausschuss der CDU/CSU am 29. Oktober 1954 formulierte er hellseherisch – allerdings vergeblich – gegen die Empfehlungen der Kultusministerkonferenz: „Wir müssen durch die Beschäftigung mit der Geschichte im Schulunterricht nicht so sehr das Verständnis für die Voraussetzungen unserer materiellen Existenz in der Gegenwart und für unsere politischen Probleme suchen, in der Form etwa, daß wir die Geschichte als die Vorstufe dieser Gegenwartsprobleme hinnehmen, sondern ich meine, wir müssten umgekehrt die Kinder dazu erziehen, daß sie beurteilen lernen, was in der eigenen Zeit wert ist, gefördert zu werden und was wertlos ist ... Geschichte darf keine irgendwie geartete Gegenwartskunde allein sein. ... Es geht darum, den Kindern ein Verhältnis zu den Wegen Gottes in der Geschichte zu schaffen, und darum müssen die Akzente so liegen, daß man nicht die eigene Zeit namenlos überschätzt, so sehr, daß im Unterricht keine rechte Zeit mehr bleibt, sich mit anderen Epochen, die nun die großen endgültigen Erfahrungen vor uns hatten, überhaupt zu beschäftigen.“¹¹⁴

Bildung galt ihm als Grundlage für die Demokratie und als Bollwerk gegen Vermassung: In einem (unveröffentlichten) Vortrag vor dem Philologenverband im Mai 1954 über „Demokratie und Bildung“ zieht Stier die Linie zur attischen Demokratie: Bildung und Kultur sind kein geistiger Luxus, vielmehr gehe es um Sein und Nichtsein der Demokratie. Dabei kommt der historischen Bildung eine ganz besondere Bedeutung zu. Dafür dient Athen als Beispiel: „Die Athener sind ein gebildetes Volk gewesen, und nur mit einem solchen Volk kann man die Demokratie lebensfähig machen, nicht mit der Masse ...

112 Die erstere Schrift versieht Stier mit „Historischen Folgerungen“ und „Lehren der westgriechischen Entwicklung“, die zweite schließt mit einer „Warnung der Geschichte an Europa“ (S. 202): „Daß für das Schicksal unserer Welt von dem Wirken und Wagen der gegenwärtig in Europa Lebenden nicht weniger abhängt als einst für den Gang der antiken Geschichte von dem Verhalten der Hellenen, liegt auf der Hand. Unschlüssige, die behaupten, eine Lage wie die unsrige sei noch nicht dagewesen, sind falsch beraten.“

113 Vgl. die Übersicht bei HALLER (wie Anm. 19), S. 460–464.

114 ACDP 01-216-044 (unveröffentlichtes Manuskript).

Die Masse ist der Tod der Demokratie.“ „Die Lehre für uns“: Unser demokratischer Staat müsse sich zur „wahren Bildung“ bekennen: „Wir haben heute die Möglichkeit, aus dem Massenstaat einen Volksstaat zu machen“. Man könne, so Stier, mit den Mitteln moderner Technik, Buch, Film, Rundfunk, die Menschen „von dem Echten, Wahren, Gültigen ergreifen lassen“, sie nicht nur für die „circenses“, sondern zu „einer Verstärkung der wirklichen, echten geistigen Bildung“ nutzen. Dazu gehören eben die „Grundlagen unserer europäischen Kultur“¹¹⁵, unter diesem Titel hatte Stier 1947 eine kleine Schrift bei Bertelsmann veröffentlicht: Aus der Beobachtung der Weltgeschichte müsse man „Einblicke in ihren Sinn zu gewinnen“, daher ist „die Geschichte ... die rückwärtsgewandte Prophetin; als solche hat sie uns wie allen Zeitaltern Wesentliches zu sagen ... Neben dem ‚freien Geiste‘, dessen Ahnen die Hellenen geworden sind, steht als bezeichnende, dem Orient in dieser Ausschließlichkeit völlig wesensfremd gebliebene Form staatlichen Zusammenlebens die Demokratie, der Staat freier, ihr Schicksal selbst gestaltender und selbst verantwortender Bürger ...“ An diese Feststellung schließt sich ein Exkurs über Perikles und die von Perikles geführte attische Demokratie an, die Stier als vollendete Form der Demokratie schlechthin galt. Aber erst das Christentum hat dem Abendland seine heute gültige Gestalt verliehen: „Die Christianisierung des Abendlandes, zu der das Verschwinden der christlichen Religion aus dem Bereiche des Morgenlandes die Kehrseite bildete, hat nicht nur formal die Möglichkeit einer Wiedererhebung des spezifisch europäischen Geistes der Freiheit geschaffen, der nun von den gefahrdrohenden Einseitigkeiten des Heidentums sich weithin frei halten konnte, sondern auch inhaltlich seinen Weg bestimmt durch die enge Verbindung, die Christentum und abendländische Kirche mit dem antiken Bildungserbe eingegangen sind ... Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die überraschende Wiedergeburt der abendländischen Kultur aus dem Geiste des Christentums erfolgt ist und daß die geistige Ausrichtung dieser Kultur durch die Kirche in einem Zeitalter, in dem in ihrer Hand fast die gesamte Verantwortung für das Schicksal des Geistes lag, als den Weg zu Freiheit und Menschlichkeit, den tragenden Ideen abendländischer Hochkultur, das Studium, das heißt das Ernstnehmen des klassisch-heidnischen Geisteserbes festgelegt hat ... Freiheit und Wahrheit waren die Leitgedanken des Hellenentums gewesen. Aber es sah diese Ideen nur vom Menschen her, mußte sie so sehen, entsprechend seinem heidnischen Charakter. Eine letzte Klarheit blieb ihm versagt ... Klarheit hat hier überall erst das Christentum gebracht und damit die geistige Leistung des Heidentums der Klassik in neue Beleuchtung gerückt.“

115 „Ich habe fast immer gefunden, daß die Kritiker von der abendländischen christlichen Kultur nur Weniges oder Entstelltes wußten und sich auch nicht die Mühe machten, diesen Wissensstand zu revidieren.“ (Rede in Goslar 1950).

Demokratie, die nur als „christliche Demokratie“ verstanden werden darf, bedarf der Bildung, sie könne „im schärfsten Gegensatze zur Autokratie auf die harmonische Ausbildung der geistigen Fähigkeiten, die doch eben den Menschen erst zum Menschen machen, nicht verzichten, ohne sich selbst aufzugeben“ und das wiederum leiste nur die „humanistische Bildung“: „Wenn die Demokratie auf Klarheit und Einsicht, die den Menschen ausmachen, und nicht auf Leidenschaft und verdummendem Fanatismus, die zur Vermassung führen, beruht, dann gehört die humanistische Bildung, im alten edlen Sinne des Wortes verstanden, zu ihren unabdingbaren geistigen Fundamenten. Man wende nicht dagegen ein, daß die Demokratie ein Volksstaat sei, aber die humanistische Bildung ihrem Wesen nach zur Exklusivität neige. Man wird auch bei einem Hausbau sorgfältig unterscheiden müssen, wer die Aufgabe und die Fähigkeit hat, den Bau zu entwerfen und zu errichten, und wer das fertige Haus als Mieter beziehen soll. Die humanistischen Gymnasien und die auf ihnen ruhenden Universitäten haben die Baumeister und Werkleute für den Bau der Bildung heranzubilden und zu stellen. Es ist aber nicht einzusehen, warum in dieses Haus anders als sonst nur Baumeister und Werkleute einziehen dürfen und nicht vielmehr auch hier der Bau errichtet werden muß, um Mieter zu gewinnen, die dann in ihm wohnen sollen und wohnen können, während die Baumeister und Werkleute für weitere Bauten gebraucht werden und sich zur Verfügung stellen. Die Bildungswelt, in der die Idee der Menschlichkeit, der *humanitas*, aus dem Geiste der Freiheit und Wahrheit geboren worden ist, kann durch kein anderes geistiges System ersetzt werden, wenn das Ziel wirklich die Demokratie als Staatsform der Menschlichkeit, als politischer Körper der abendländischen Seele, sein soll ... Darum wird auch die Volksbildung in echt christlichem Geiste gehalten sein müssen, im Sinne wirklicher Aufgeschlossenheit der Seelen gegenüber Gott und den Menschen.“

Ebenfalls 1947 anlässlich des Parteitages der CDU der britischen Zone am 14./15. August in Recklinghausen hielt Stier eine Grundsatzrede zur Kulturpolitik der CDU: Seine zentrale These lautete: „Die altehrwürdigen Grundwerte, auf denen die abendländische Kultur ruhte, Wahrheit, Freiheit, Humanität, Christlichkeit, haben sich der harten Prüfung, der sie – wir werden ganz objektiv sagen müssen: zum Besten der abendländischen Menschheit – im Zeitalter des Vorherrschens der Kritik im Geistesleben unterworfen worden sind, schließlich gewachsen gezeigt ... Wir glauben dementsprechend, nicht frommen Wünschen und traditionsgebundener Voreingenommenheit, sondern der unerbittlichen Realität geschichtlicher Erfahrungen Rechnung zu tragen, wenn wir in der uns durch Christus gewordenen Offenbarung des Willens Gottes den einzigen Wegweiser für die Überwindung der materiellen und geistigen Not erblicken, eine geistige Haltung, in der wir uns mit vielen führenden Staatsmännern und Persönlichkeiten des Auslandes einig wissen.“ Darin begründete Stier sein Plädoyer für die humanistische Bildung: „Durch das Chris-

tentum ... ist die sogenannte humanistische Bildung als der eigentliche Bildungsfaktor in unserer abendländischen Kultur definitiv festgelegt worden. Gegenüber dieser Tatsache berührt es seltsam, wenn heute auch in gut christlichen Kreisen immer wieder Stimmen laut werden – und eigenartigerweise scheinen sich, von einigen Theologen abgesehen, ausgerechnet leitende Schulmänner hier zu Wortführern zu machen –, die dem ‚christlichen Humanismus‘ den Kampf ansagen ... Es wäre an der Zeit, den Begriff des Humanismus wieder zu präzisieren und unter ihm das alte echte, von Sehnsucht nach Gott und Wissen um die Grenzen des Menschlichen getragene Bildungsanliegen der klassischen Antike zu verstehen, das sich von der kurzsichtigen Überheblichkeit des neuheidnischen, zu Unrecht auf das Wort Humanismus sich berufenden Säkularismus grundlegend unterscheidet. Letzterer ist antichristlich, kann also niemals christlich werden. So müssen wir uns entschieden dagegen verwahren, daß man es uns als engherzige Standesvoreingenommenheit auslegt, wenn wir die Erhaltung des altsprachlichen humanistischen Gymnasiums zu einem unserer wichtigsten kulturpolitischen Programmpunkte machen.“

Es ist verständlich, dass der Bildungsbürger Stier keine Scheu hatte, sich zur Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte¹¹⁶ – für die attische Demokratie Perikles, für Rom Augustus¹¹⁷, für das 19. Jahrhundert Bismarck¹¹⁸, für die Gegenwart Adenauer, dessen Politik Stier rückhaltlos unterstützte – und zur Bedeutung von Elite zu bekennen, auf der die „geistige Schlagkraft“ der CDU beruhe¹¹⁹. Unter dem Titel „Der Wert der kleinen Zahl“¹²⁰ behandelte er 1950 „positive Elite“ mit Hinweis auf Bismarck und Perikles und kommt zu dem Schluss: „Lassen wir unser Volk nicht zulange darauf warten, dass die für seine neue politische Lebensform, die Demokratie, verantwortlichen Kreise den Wert der kleinen Zahl, den Wert einer positiven Elite gerade für die Demokratie erkennen und realisieren helfen!“

116 Die Demokratie müsse mit Persönlichkeiten rechnen, die „selbst urteilen und Verantwortung tragen können und wollen. Die Masse kann das nicht und will es nicht.“ (*Der Christ und die moderne Scheinkultur*, in: *Politisch-Soziale Korrespondenz* 6 [1957] 7, S. 4).

117 Vgl. Hans Erich STIER, *Die Erfüllung der Zeiten im Lichte moderner Geschichtsforschung*, in: Paul ASCHER (Hg.), *Evangelium und Geschichte in einer rationalisierten Welt*, Trier 1969, S. 85–101.

118 Vgl. auch die Rede von 1947: „Wer Hitler mit Friedrich d. Gr., Bismarck und anderen bedeutenden Persönlichkeiten auf eine Ebene stellt, bringt diesen Erzdiilettanten auf dem Gebiete der Politik in recht erlauchte Gesellschaft und erhebt ihn nachträglich auf ein Postament, auf dem er und seinesgleichen bislang für jeden Urteilsfähigen nicht stehen. Wird der Hitlerismus rein als Schicksal und nicht als schuldhafte Verirrung hingestellt, so macht man ihn damit im letzten Grunde entschuldbar.“

119 In einer Rede 1959 in Oberhausen formuliert Stier: „Auch geistig müssen wir den militanten Atheismus auf Granit beißen lassen.“

120 In: „Fortschritt“, 11. Mai 1950 (ACDP 01-216-002/04).

Auch auf der Landestagung der Jungen Union am 6. März 1954, bei der Stier ein ausführliches Referat mit dem Thema „Junger Christ im Staat“¹²¹ hielt, vertiefte er diesen Gedanken: „Ich bekenne mich zu einer anderen Deutung der kleinen Zahl derer, die uns um der Idee unserer Partei willen gewählt haben. Ich meine, wir haben zu erkennen, daß diese an Zahl nicht eben sonderlich große Gruppe deutscher Menschen das Gehirn unserer Politik und unserer Partei darstellt ... Solange jener bescheidene Prozentsatz uns erhalten bleibt, werden uns auch die großen Wählerzahlen bleiben. Das klingt paradox, ist es aber keineswegs. Lassen sie uns darüber Klarheit schaffen und verbreiten, daß es wie überall, so auch in unserer Partei – und das sage ich auf die Gefahr hin, daß die Superklugen das Wort mißdeuten können; aber ich weiß kein besseres – eine ‚Elite‘ geben muß ... Das unermüdlich arbeitsame Gehirn sollen jene Menschen darstellen; sie sollen unablässig kontrollieren, ob das Herz der Partei noch gesund schlägt. Wir wollen uns freuen, daß sie da sind, und nicht nachrechnen wie wenige sie sind, sondern was sie in Wirklichkeit bedeuten. Schließlich hat unser Herr und Heiland gesagt: ihr Christen, ihr seid das Salz der Erde! Das Salz gibt es nur in kleinen Beimengungen im Brote und in der Nahrung, auf daß sie genießbar werde.“¹²²

Auch in seinem auf dem 1. Bundesparteitag der CDU 1950 in Goslar gehaltenen Grundsatzvortrag: „Der geschichtliche Auftrag der CDU“ variiert Stier die Trias Antike, Christentum, Antitotalitarismus. Vor allem gegen die Bedrohung des Kommunismus bedürfe es „eines Dammes nicht nur von Polizeikräften, sondern auch von geistigen Energien. Solche geistigen Energien können nur aus der Gegenposition zur kommunistischen Auffassung wachsen.“ Nach einem großen weltgeschichtlichen Exkurs über Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheitsidee und Ausführungen über die (optimistisch betrachtete) Zukunft des „Abendlandes“ verweist er mit Nachdruck auf die Bedeutung des Christentums für die CDU, deren Charakter als Volkspartei er hervorhebt,¹²³ wie auch für die Zukunft unseres Landes. Liberalismus und Sozialis-

121 Ungedruckt; ebd. 01-216-004.

122 In einem Beitrag „Warum eine christliche Partei“ unterstreicht Stier 1963 noch einmal diesen Standpunkt: „Man gewinnt die unerläßliche Mehrheit der Demokratie nicht durch kluges Feilschen, mathematische Kombination, Verpflichtung von Werbeagenturen, so notwendig solches alles ist, sondern vor allem durch einen festen weltanschaulichen Standpunkt, durch den nötigen Mut und Schneid, sich stolz hinter das zu stellen, was man als wichtig erkennt ... Da unser Volk nach wie vor in seiner Substanz Christus zugegan ist, könnte es in seiner Mehrheit nur dann von unserer Partei abkehren, wenn diese ihren christlichen Auftrag eines Tages nicht mehr ernst meinen sollte.“ (Ebd.).

123 „Während andere Parteien, sei es mit Recht, sei es mit Unrecht, sich gern als Vertretung besonderer Volksschichten ausgeben, umschließt die CDU/CSU ganz bewußt Menschen aller Klassen und Berufe, die sich glücklich fühlen – oder doch fühlen sollten –, über ihre bloße berufliche Existenz hinaus Menschen und Staatsbürger zu sein und sich auch als solche zu fühlen. Daher muß gegen jedes Auftreten eines Interessentenklüngels in

mus, aus dem „Atheismus“ entsprungen, sind „Ersatzreligionen“, die nicht mehr als „Wirtschaftstheorien“ hervorgebracht hätten. Ohne „echte religiöse Bindung“ sei kein Staat zu machen. In der „Hitlerzeit“ habe man die Überzeugung gewonnen, „daß auch unsere Demokratie auf das granitene Fundament der Religion sich gründen muß, wenn sie aus einer bloßen Fassade zu gelebter Wirklichkeit werden soll – und eine Ermutigung, die Verantwortung weiterhin zu tragen, die wir mit dem Namen einer christlich-demokratischen Bewegung auf uns genommen haben ... Wir, die wir uns in der CDU zusammenschlossen, katholische und evangelische Männer und Frauen, sind davon durchdrungen, daß der tiefste Grund unseres Unglücks nicht von Intrigen kurz-sichtiger Wirtschaftsführer oder machthungriger Junkerkasten oder was man sonst nennen mag, sich herschreibt, sondern allein aus dem Abfall unseres Volkes und seiner Führung von Gott und Christus. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, die Folgen dieses Abfalls auch im politischen Leben beheben zu helfen ... Wir kämpfen aber darum, daß den suchenden Menschen der Weg zur Kirche und zu Christus nicht noch einmal durch einen omnipotenten Staat versperrt werden darf.“

Hans Erich Stier war der einzige Altertumswissenschaftler nach dem Kriege, der sich politisch für den neuen Staat engagierte; jene, die im „Dritten Reich“ sich weitaus mehr exponiert hatten, kehrten – nur teilweise mit leichtem Verzug – auf ihre Lehrstühle zurück, verblieben aber im Raum des Fachlichen und übten dort mehr akademischen Einfluss aus als Stier, der hier eher als Außenseiter gelten muss. Dass sich Stier auf seine „Mission“ begab und von einem im Grunde eher unpolitischen Menschen zu einem *homo politicus* wurde, dazu hat sicher zweierlei beigetragen: zum einen eine christliche (evangelische) Haltung, die er in der NS-Diktatur durchgehalten hat, die ihn antrieb, jetzt einer christlichen Partei (darauf hat er immer bestanden) zu dienen. Das Gottesgericht, als das er die Zeit nach 1933 deutete, als Strafe für den Abfall vom Christentum und als Verrat an der abendländischen europäischen Kultur wird ihm zum göttlichen Auftrag, aktiv für die neue Demokratie einzutreten, die freilich nur Bestand haben könne, wenn sie sich christlich versteht und über ein entsprechendes geistiges Fundament verfügt. Daher immer wieder sein Hinweis auf die Bedeutung einer (christlich-humanistischen) „Volksbildung“ und entsprechender „Eliten“. Das zweite war die (letztlich von Spengler beeinflusste) Überzeugung, Geschichtsforschung sei in der Lage, auch aktuelle Geschichtsprozesse vom Rückblick her zu deuten, „Lehren aus der Geschichte“ zu ziehen und sie zumindest für eine tiefere Gegenwartsdiagnose normativ fruchtbar zu machen. Die kulturpolitischen Kämpfe in den Jahren seiner po-

unseren Reihen unnachichtig Front gemacht werden. Wir sind weder eine Standes- noch eine Wirtschaftspartei!“

politischen Aktivität sind heute Geschichte, die Zeit ist darüber hinweggegangen. Von Stiers Vision einer christlich-kulturellen *Renovatio* Deutschlands und Europas ist nicht viel übriggeblieben, über die aktuelle Bildungspolitik brauchen wir vor dieser Folie kein Wort zu verlieren, die Altertumswissenschaft hat sich aus der Zeitdiagnose verabschiedet, zumal auch kein sensibles Publikum, kein bildungsbürgerlicher Resonanzboden mehr dafür vorhanden ist. Es wäre sicher reizvoll zu wissen, was Stier heute über seine Partei und über unsere Gesellschaft sagen würde, wahrscheinlich nicht viel Gutes, aber sicher Anregendes. Umso mehr sollten wir uns an seine drei Vermächtnisse erinnern, die aktuell bleiben: die Pflege des antitotalitären Konsenses, der enge Zusammenhang zwischen Bildung und Demokratie und schließlich der christliche Kern, ohne den die CDU ihre Identität verlöre.

Vom Aufsteiger zum Überläufer. Der Fall des CDU-Abgeordneten und DDR-Spions Karlfranz Schmidt-Wittmack

Von Andreas Grau

Auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin gab der Bundestagsabgeordnete der CDU, Karlfranz Schmidt-Wittmack, am 26. August 1954 bekannt, dass er „nach reiflicher Überlegung“ die Regierung der DDR darum gebeten habe, „von hier aus zur Öffentlichkeit zu sprechen“.¹ In seiner Rede warnte Schmidt-Wittmack vor der angeblich einseitigen Außenpolitik Bundeskanzler Adenauers. Dessen starres Festhalten an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) würde „in keiner Weise den Interessen unseres Volkes entsprechen und Gefahren für friedliche Verhandlungen“ mit sich bringen. Durch seine Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag und in der CDU/CSU-Fraktion habe er „tieferen Einblick in die Methoden und Aspekte der Politik des Bundeskanzlers“ gewonnen. Adenauer informiere in „wesentlichen Fragen der Außenpolitik und der Aufrüstung“ weder das Parlament noch dessen Ausschüsse. Statt durch Verhandlungen zu einer internationalen Entspannung zu kommen und auf diesem Wege auch die deutsche Frage zu lösen, betreibe Adenauer „um jeden Preis“ die Wiederbewaffnung. Durch seine „einseitige Anlehnung an die amerikanische Politik“ verliere die Bundesrepublik außerdem die Möglichkeit zu einer selbständigeren Politik. Auf Geheimkonferenzen sei erst kürzlich beschlossen worden, die Größe der künftigen deutschen Armee zu verdoppeln und eine schlagkräftige Luftwaffe aufzubauen. All diese Maßnahmen würden „unter Ausschaltung der parlamentarischen Körperschaften“ vom Amt Blank – mit Rückendeckung Adenauers – vorgenommen. Schon jetzt sei daher abzusehen, dass „undemokratische und nationalistische Elemente“ in die EVG eindringen würden. Diese Politik werde unweigerlich zu Spannungen führen und könne „in letzter Konsequenz für Deutschland unabsehbare Folgen haben“. Das werde zwar auch von anderen Abgeordneten gesehen, aber die „autoritative Haltung“ Adenauers und „sein System der persönlichen Einflußnahme auf die einzelnen Abgeordneten“ führten dazu, dass „eine wirklich freie Meinungsbildung in der Fraktion“ nicht möglich sei. Obwohl seine Bedenken gegen eine „EVG um jeden Preis“ auch bei anderen Abgeordneten auf Zustimmung gestoßen sei, habe er „keine Bereitschaft zum baldigen Handeln“ erkennen können und nur die Möglichkeit gesehen, seine Kritik von Ost-Berlin

¹ Alle Zitate von der Pressekonferenz stammen aus der Broschüre „*So geht es nicht weiter*“, die vom „Ausschuß für Deutsche Einheit“ der DDR herausgegeben und verbreitet wurde, Berlin 1954.

aus zu äußern. „Schweren Herzens“ habe er sich deshalb dazu entschlossen, auf seine politische Arbeit in Bonn und Hamburg zu verzichten. Er wolle aber weiterhin versuchen, „im christlich-demokratischen Sinn für eine Politik der Verständigung zu wirken“.

Zum Schluss der Pressekonferenz, die vom Ausschuss für Deutsche Einheit veranstaltet wurde, erklärte dessen Sekretär, Professor Albert Norden, später Mitglied des Zentralkomitees der SED,² dass jetzt sicher ein „Teil der Mauer weggerissen“ worden sei, hinter der „die Bonner Köche einen neuen europäischen und wahrscheinlich auch Weltkrieg vorbereiten“ würden. In Bonn herrsche mittlerweile „eine wahre Untergangsstimmung“, weil Adenauer mit seiner EVG-Politik „auf der ganzen Linie bankrott“ gemacht habe. Nun würden sogar „hochplacierte Politiker Westdeutschlands“ sich gegen ihn und „seine amerikanische Kriegspolitik“ erheben und es nicht weiter zulassen, dass „Westdeutschlands Politik in Washington gemacht wird“. Wer aus Gewissensnot in die DDR komme, sei kein Verräter, wozu sie der „kleine Kreis der Politiker und Militärs um Adenauer“ abzustempeln versuche, sondern jemand, der Deutschland die Treue halte. Die DDR biete allen Patrioten eine Plattform, um zu ganz Deutschland zu sprechen. Er rufe alle verantwortungsbewussten Persönlichkeiten West-Deutschlands dazu auf, aus ihrer stillen Opposition herauszutreten und gemeinsam mit Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik eine konstruktive Lösung der deutschen Frage zu erarbeiten.

Die Erklärung von Norden zeigte deutlich, dass es sich bei der Pressekonferenz um eine Propagandaaktion der DDR handelte, die im Zusammenhang mit der EVG und der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik zu sehen war. Ende August 1954 standen nämlich die Beratungen der französischen Nationalversammlung über den EVG-Vertrag kurz bevor. Bei einer Zustimmung des französischen Parlaments war der Weg frei für den Aufbau von bundesdeutschen Streitkräften. Der Bundestag hatte den EVG-Vertrag bereits im Februar 1954 gebilligt.³ In ihrem kompromisslosen Kampf gegen eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik setzte die SED-Führung im Sommer 1954 in erster Linie auf spektakuläre Einzelaktionen. Durch Übertritte von bürgerlichen Persönlichkeiten wollte sie vor allem konservative Kreise in der Bundesrepublik ansprechen und zur Opposition gegen die Politik der Bundesregierung bewegen.⁴ Der im Januar 1954 gegründete Ausschuss für Deutsche Einheit diente der SED dabei als wichtigstes Planungs- und Exekutivorgan

2 Vgl. Helmut MÜLLER-ENBERGS u. a. (Hg.), *Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien*, Berlin 2006, S. 740.

3 Vgl. Heinrich August WINKLER, *Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, München 2000, S. 162f.

4 Michael LEMKE, *Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961*, Köln u. a. 2001, S. 295.

für ihre Westarbeit.⁵ Mit dem Übertritt des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, am 21. Juli 1954 konnte die SED schon einen publikumswirksamen Coup landen.⁶ Für die nächste Aktion fiel die Wahl der DDR-Führung dann auf Karlfranz Schmidt-Wittmack. Er hatte seit 1948 zunächst für die Parteiaufklärung der KPD gearbeitet, war später vom MfS übernommen worden und galt inzwischen als „Spitzenquelle in der CDU“. Allerdings wollte Schmidt-Wittmack von einer Flucht in die DDR nichts wissen und lieber in der Bundesrepublik bleiben. Nur durch die Vorspiegelung einer bevorstehenden Verhaftung gelang es Markus Wolf, dem Leiter der Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), Schmidt-Wittmack und dessen Frau zu einer Übersiedlung in die DDR zu bewegen.⁷

Am 21. August 1954 gab das Innenministerium der DDR offiziell bekannt, dass der Bundestagsabgeordnete der CDU zusammen mit seiner Frau und seiner Tochter nach Ost-Berlin geflohen sei und dort um Asyl gebeten habe. Von Bonn aus war er nach Berlin gefahren um „Möbel zu kaufen“.⁸ In West-Berlin mietete sich Schmidt-Wittmack am 19. August zunächst in einer kleinen Pension in Charlottenburg ein. Von dort ließ er nach seiner Flucht sein Gepäck durch einen Unbekannten abholen.⁹

Nach dem Übertritt von Karlfranz Schmidt-Wittmack und seiner Familie in die DDR rief der Chef des MfS, Staatssekretär Ernst Wollweber, umgehend die Führungsspitze seines Hauses zusammen. Stolz verkündete Wollweber dem versammelten Kollegium, darunter Markus Wolf und Erich Mielke: „Nach der Sache John wird jetzt der 2. Schlag folgen.“ Der Bundestagsabgeordnete Schmidt-Wittmack habe in der DDR um Asyl gebeten, was ihm gewährt worden sei. Dazu werde ein Kommuniqué herausgegeben, und später werde Schmidt-Wittmack eine politische Erklärung abgeben, die „stärker in der Tiefenwirkung ist als die Erklärung von John“. Abschließend wies er noch darauf hin, dass die Sache als streng geheim zu behandeln sei.¹⁰

In Bonn löste die Nachricht vom Übertritt Schmidt-Wittmacks tatsächlich zunächst Bestürzung aus. Für die Bundesregierung übernahm Bundesminister

5 EBD. S. 315.

6 Vgl. zum „Fall John“ Bernd STÖVER, *Der Fall Otto John*, in: Arnd BAUERNKÄMPER/Martin SABROW/Bernd STÖVER (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 312–327; Hans-Peter SCHWARZ, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957* (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 2), Stuttgart 1981, S. 236ff. sowie Reinhard SCHIFFERS, *Verfassungsschutz und parlamentarische Kontrolle in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1957. Mit einer Dokumentation zum „Fall John“ im Bundesausschuss zum Schutz der Verfassung*, Düsseldorf 1997.

7 Vgl. Markus WOLF, *Spionagechef im Geheimen Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf/München 1997, S. 98–100.

8 „Die Welt“ vom 23.8.1954.

9 „Hamburger Abendblatt“ vom 23.8.1954.

10 Protokoll der Kollegiumssitzung des MfS vom 21.8.1954, BStU, SdM 1549.

Franz Josef Strauß das Krisenmanagement und verständigte umgehend Bundeskanzler Adenauer, der sich auf einer EVG-Konferenz in Brüssel befand. Strauß stellte sogleich einen Zusammenhang her zwischen der Flucht Schmidt-Wittmacks und derjenigen von Otto John.¹¹ Auch die Presse titelte „Schon wieder einer nach Osten getürrt. Neuer Fall John“ oder „Bundestagsmitglied folgt John“.¹² Ernst Majonica, der Schmidt-Wittmack aus dem Bundesvorstand der Jungen Union kannte, fühlte sich durch die Nachricht von dessen Übertritt „ganz zerschlagen“ und konnte sich nur schwer vorstellen, dass dieser freiwillig in die DDR gegangen war.¹³ Für den Landesvorstand der Hamburger CDU, der am 22. August sofort zu einer Sondersitzung zusammentrat, konnte es hingegen nur eine Erklärung für die Flucht Schmidt-Wittmacks geben: Wenn dieser in der „Sowjetzone um Asyl nachgesucht hat, kann er dies nur in landesverräterischer Absicht getan haben“. Ohne weitere Untersuchungen abzuwarten, schloss der Landesvorstand deshalb Schmidt-Wittmack aus der CDU aus und bat die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages, die Immunität des Abgeordneten aufzuheben, damit geklärt werden könne, „ob Schmidt-Wittmack in der Vergangenheit eine Doppelrolle gespielt hat“.¹⁴

Mit dieser Erklärung gab der Landesvorstand parteiintern die Richtung vor. Auch der Fraktionsvorsitzende des Hamburg-Blocks (CDU/FDP/DP), Erik Blumenfeld, war davon überzeugt, dass Schmidt-Wittmack in den letzten Jahren eine Doppelrolle gespielt hatte. Nach den Indizien sei sein Übertritt „von langer Hand vorbereitet“ gewesen. Als Grund für die Flucht vermutete Blumenfeld eine Mischung aus „Geltungsbedürfnis“ und „Ehrgeiz“. Hinzu komme, dass es sich bei Schmidt-Wittmack nicht um eine „reife politische Persönlichkeit“ handle und dieser noch viel an sich arbeiten müsse, „um die echte Reife eines Politikers zu erwerben“.¹⁵

Die Ansicht, der Hamburger Abgeordnete müsse ein Verräter gewesen sein, übernahm ebenfalls der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion nach ausführlicher Diskussion am 24. August.¹⁶ In der Fraktionssitzung am gleichen Tag schlug der Vorsitzende von Brentano zu Beginn der Diskussion über den Fall Schmidt-Wittmack vor, nicht über dessen Ausschluss aus der Fraktion zu beraten, sondern nur eine Erklärung an die Presse zu geben.¹⁷ Danach erläuterte Innenminister Gerhard Schröder den neuesten Stand der Untersuchungen: Bei der Durchsuchung von Schmidt-Wittmacks Wohnung in Bonn seien keine An-

11 „Bild-Zeitung“ vom 24.8.1954.

12 EBD. und „Rheinische Post“ vom 23.8.1954.

13 Tagebucheintrag vom 22.8.1954; ACDP 01-349-001/5, NL Majonica.

14 Erklärung des Landesvorstandes der CDU Hamburg vom 22.8.1954.

15 Interview mit Erik Blumenfeld im NWDR am 23.8.1954; ACDP, Pressedokumentation.

16 Vgl. Tagebucheintrag vom 24.8.1954; ACDP 01-349-001/5, NL Majonica.

17 Vgl. *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957*, bearb. von Helge HEIDEMEYER, Düsseldorf 2003, S. 253.

haltspunkte für einen Landesverrat gefunden worden. Sein Büro sei versiegelt, aber noch nicht durchsucht worden. Finanziell habe er offenbar keine Probleme gehabt. Das Geschäft seines Schwiegervaters in Hamburg, in dem er tätig gewesen sei, wäre gut gelaufen. Im Bundestag habe er den Ausschüssen für Fragen der europäischen Sicherheit und für gesamtdeutsche und Berliner Fragen angehört. Als Mitglied des gesamtdeutschen Ausschusses sei er natürlich mehrfach in Berlin gewesen und auch in den Ostsektor gereist. Verbindungen zur Ostzone habe man bisher aber nicht feststellen können. Im Februar 1954 sei allerdings dem Hamburger Landesamt für Verfassungsschutz bekannt geworden, dass die Ostzone besonderes Interesse an Schmidt-Wittmack habe. Wegen des Kampfes gegen die EVG suche Pankow ständig nach Personen, die als „Torpedos“ gegen die Politik des Westens benutzt werden könnten. Die Fälle John und Schmidt-Wittmack würden sich unglücklicherweise in einem psychologischen Vakuum ereignen, das durch „einen gewissen Stillstand der Außenpolitik“ der Bundesrepublik gekennzeichnet sei. Beide Übertritte hätten sich zudem in den Parlamentsferien ereignet. Fraktionsvorstand und Fraktion sei es somit nicht möglich gewesen, rechtzeitig zu reagieren. Beide Fälle halte er für „ein Unglück des ganzen deutschen Volkes“.¹⁸

In der anschließenden Aussprache regten die Abgeordneten Wilhelm Brese und Johannes Kortmann an, die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Fraktion sowie innerhalb der Fraktion zu verbessern. Es fehle an einer geschlossenen Fraktionsführung, die straff die Zügel in die Hand nehme. Der Fall Schmidt-Wittmack sei vor allem eine Folge „mangelhaften Zusammenhaltes“.¹⁹ Für Bundestagspräsident Hermann Ehlers war Schmidt-Wittmack „eine harmlose Figur“. Aber weil er einige Ämter in der CDU bekleidet habe, dränge sich der Eindruck auf, dass man in der Partei offenbar alle Posten bekommen könne, die man wolle. Der Fall sei deshalb eine Mahnung an alle Kreisverbände, mehr „Vorsicht bei der Aufstellung von Kandidaten walten zu lassen“. Zu einer „Katastrophenstimmung“ bestehe jedoch kein Anlaß.²⁰ Richard Jaeger, Vorsitzender des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit, erklärte, er habe Schmidt-Wittmack „für einen zukunftsreichen jungen Mann“ gehalten. Eine „Null“ sei er mit Sicherheit nicht gewesen. Von den Sitzungen des Ausschusses habe Schmidt-Wittmack weder Protokolle mitgenommen noch jemals ausgeliehen. Natürlich wisse er einiges über die EVG und das Amt Blank, aber man sollte „diese Dinge nicht dramatisieren“. Die Sowjets beriefen schließlich immer wieder Leute ab, um Skandale zu provozieren. Sie würden jedoch ihr Ziel nicht erreichen, so lange die Fraktion sich nicht untereinander misstrauere. Deshalb dürfe man „keine Vertrauenskrise“ auf-

18 EBD. S. 253ff.

19 EBD. S. 263, 265f.

20 EBD. S. 269.

kommen lassen.²¹ Wie Theodor Blank ergänzte, hätte er es nicht verhindern können, dass ein Mitglied des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit sein Amt betreten und dort gearbeitet habe. Das Interesse Schmidt-Wittmacks habe in erster Linie den Fragen des inneren Gefüges gegolten, wobei es nichts Geheimenes gäbe. Unterlagen dazu wolle er gerne den Russen „franko ins Haus schicken“. Über wirklich geheime Dinge sei mit Schmidt-Wittmack aber nicht gesprochen worden.²²

Bei aller Kritik im Einzelnen, so fasste der Fraktionsvorsitzende von Brentano die Diskussion zusammen, stehe die Fraktion geschlossen hinter dem Innenminister. Der Presse solle mitgeteilt werden, dass sich die CDU/CSU-Fraktion über die Fälle John und Schmidt-Wittmack unterhalten und vom Innenminister restlose Aufklärung erhalten habe. Beschlüsse seien jedoch nicht gefasst worden.²³

In einem Interview mit dem NWDR stellte Bundestagspräsident Ehlers wenige Tage später die Fälle John und Schmidt-Wittmack in einen größeren Zusammenhang. Nicht die Personen, die übergelaufen seien, verdienten besondere Beachtung, sondern die Frage, ob diese Vorgänge nicht „blitzlichtartig die innere Situation oder auch die Schwäche der Bundesrepublik“ erhellen würden. Es sei zu einfach, jetzt Otto John und Karlfranz Schmidt-Wittmack herabzusetzen und zu bagatellisieren. Der eine habe es immerhin zum Chef einer Behörde gebracht, und der andere habe sich das Vertrauen der Hamburger Bevölkerung erworben und sei von ihr gewählt worden. Beide Fälle sollten die Regierung nicht irremachen, sondern nur dazu anspornen, „unseren Staat zu festigen und ihn nicht zum Tummelplatz von Johns und Schmidt-Wittmacks werden zu lassen“. Er sei sich zudem sicher, dass die Menschen in der DDR über die Wirkungsmöglichkeiten von Überläufern in die DDR viel besser Bescheid wüssten „als manche Illusionisten in der Bundesrepublik. Wer vom Kommunismus isßt, stirbt daran!“²⁴

Über den Auftritt von Schmidt-Wittmack in Ost-Berlin berichtete die CDU-Zeitung „Union in Deutschland“ am 28. August 1954 unter der Überschrift „Made in Pankow“. Die Pressekonferenz des „desertierten Bundestagsabgeordneten“ müsse für seine Auftraggeber enttäuschend gewesen sein. Wie schon bei Otto John, wenn auch nicht so plump, hätten seine Ausführungen „im Rahmen kommunistischer Sprachregelung“ gelegen und „jeglicher Sensation“ entbehrt. Zweifellos sei dies nichts anderes als ein „Störmanöver“ der bolschewistischen Seite gegen die EVG.²⁵

21 EBD. S. 269f.

22 EBD. S. 272.

23 Vgl. EBD. S. 275f.

24 Interview des NWDR mit Hermann Ehlers am 26.8.1954; ACDP 03-010-026, LV Hamburg.

25 „Union in Deutschland“, Nr. 69 vom 28.8.1954.

Noch vor dem Ende der Parlamentsferien sahen sich die Abgeordneten des Bundestages mit einem weiteren „Störmanöver“ von Seiten Schmidt-Witmacks konfrontiert. In einem Brief appellierte der geflohene CDU-Abgeordnete an „alle Kollegen im Bundestag“ jetzt „die große Chance zu nutzen, um in der Außenpolitik eine entscheidende Wendung im Sinne einer nationalen deutschen Politik herbeizuführen“. Anstatt eine „Wiederaufrüstung um jeden Preis“ zu betreiben, müsse endlich die Wiedervereinigung zur „Kardinalfrage der deutschen Außenpolitik“ gemacht werden. Wenn man die Dinge realistisch sehe, führe kein Weg an der Existenz der Sowjetunion und der „Existenz eines Staates in Ostdeutschland“ vorbei. Eine Wiedervereinigung könne nur durch allseitige Verständigung und freie Wahlen erreicht werden. Das weitere Schicksal Deutschlands liege jetzt in den Händen der Bundestagsabgeordneten, die „nicht den Richtlinien einer Parteiführung, sondern vor allem ihrem Gewissen verantwortlich“ seien. „Die Chance für das deutsche Volk ist einmalig.“²⁶

Anlaß für diesen Brief war das Scheitern des EVG-Vertrages: Am 30. August 1954 hatte die französische Nationalversammlung eine weitere Diskussion über das Vertragswerk abgelehnt. Die Pläne für eine militärische Integration Westeuropas waren damit zunächst gescheitert. Für die Bundesregierung und insbesondere für Bundeskanzler Adenauer war dies ein schwerer Rückschlag. Doch schon ab Ende September 1954 wurde auf Konferenzen in London und Paris ein Ausweg aus der Krise gefunden: Mit der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. Oktober 1954 trat die Bundesrepublik Deutschland der NATO und der Westeuropäischen Union bei. Gleichzeitig wurden das Besatzungsstatut außer Kraft gesetzt und ein revidierter Deutschlandvertrag unterzeichnet.²⁷

Noch unter dem Eindruck der Ablehnung der EVG durch Frankreich befassten sich die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion am 15. September 1954 mit dem Übertritt ihres Kollegen Schmidt-Wittmack in die DDR. Der unmittelbare Anlaß war jedoch eine Große Anfrage der SPD zum Fall John.²⁸ Wie Kurt Georg Kiesinger dazu ausführte, könnten der Fall John und der Fall Schmidt-Wittmack nicht voneinander getrennt werden. Der zweite Übertritt sei vielmehr für die Öffentlichkeit eine Fortsetzung des Schocks gewesen, den schon der erste ausgelöst habe.²⁹ Auch der CDU-Abgeordnete Hellmuth Heye stellte einen Zusammenhang zwischen beiden Fällen her, mit denen die Sow-

26 „Hamburger Volkszeitung“ vom 14.8.1954.

27 Vgl. WINKLER (wie Anm. 3), S. 163f.; Rudolf STEININGER, *Deutsche Geschichte seit 1945*, Bd. 2: 1948–1955, Frankfurt/M. 1996, S. 293f.

28 Die SPD-Fraktion hatte eine Große Anfrage und zwei Anträge zur Affäre John eingebracht: BT-Drs. 2/767, 2/768, 2/769.

29 Vgl. *Die CDU/CSU-Fraktion* (wie Anm. 17), S. 310f.

jetunion Misstrauen und Verunsicherung habe erzeugen wollen. Leider sei ihr dies gelungen. Wenn nun diese Dinge im Plenum breitgetreten würden, vollende dies „den Erfolg des sowjetischen Schachzugs“. Vielleicht könne man sich mit der SPD darauf verständigen, die Debatte „auf das unbedingt Notwendige“ zu beschränken.³⁰ Um wenigstens ein Ausschlichten der Flucht Schmidt-Wittmacks durch die Opposition zu verhindern, schlug Paul Bausch die Abgabe einer Erklärung vor. Darin sollte die Fraktion bedauern, dass dieser Mann in verantwortliche Stellungen gekommen sei, die er dazu genutzt habe, das in ihn gesetzte Vertrauen zu missbrauchen.³¹ Wie Bundesinnenminister Gerhard Schröder anschließend berichtete, werde sich die Bundesregierung in der Debatte zu den Anträgen der SPD im Wesentlichen auf den Bericht des Oberbundesanwaltes zum Fall John stützen.³² Der Übertritt Schmidt-Wittmacks solle zunächst noch ausgeklammert werden, da die Untersuchungen erst anlaufen könnten, wenn der Bundestag die dazu notwendigen Beschlüsse getroffen habe. Im Übrigen weiche die Angelegenheit Schmidt-Wittmack, bei dem sich „mit großer Wahrscheinlichkeit eine längerfristige Verbindung nach drüben“ nachweisen lasse, erheblich von der Sache John ab.³³ Wie von Brentano daraufhin bekanntgab, habe er schon vor acht Tagen beantragt, Schmidt-Wittmack das Bundestagsmandat abzuerkennen. Dies werde aber nicht so einfach sein, warf daraufhin der CSU-Abgeordnete Max Riederer von Paar ein. Zwar sei die Immunität Schmidt-Wittmacks bereits aufgehoben worden, aber bei der Aberkennung des Mandats müsse mit rechtlichen Schwierigkeiten gerechnet werden. Vermutlich werde man warten müssen, bis Schmidt-Wittmack rechtskräftig verurteilt sei. Notfalls könne doch ein Ad-hoc-Gesetz erlassen werden, konterte von Brentano. Nur weil ein solcher Fall in den rechtlichen Bestimmungen nicht vorgesehen sei, dürfe man doch nicht zulassen, dass Schmidt-Wittmack sein Mandat behalte.³⁴

Da in der Bundestagssitzung am 16. September 1954 in erster Linie die Anträge und die Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Flucht von Otto John in die DDR und die Reaktionen des Bundesinnenministers darauf im Mittelpunkt standen, ging nur hin und wieder ein Redner auf den Fall Schmidt-Wittmack ein. So warf der SPD-Abgeordnete Walter Menzel der CDU/CSU-Fraktion vor, dass sie ihren ehemaligen Kollegen nach seiner Flucht als einen Monarchisten und Intriganten darstellen würde, an den sie sich heute nicht

30 EBD. S. 318f.

31 Vgl. EBD. S. 319.

32 Auf einer Sondersitzung am 14. September 1954 hatte sich das Bundeskabinett mit der bevorstehenden Bundestagsdebatte zum Fall John befasst. Vgl. *Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung 1954*, Bd. 7, bearb. von Ursula HÜLLBÜSCH und Thomas TRUMPP, Boppard 1993, S. 387f.

33 *Die CDU/CSU-Fraktion* (wie Anm. 17), S. 313f.

34 Vgl. EBD. S. 322.

mehr erinnern wolle. Wieso aber, fragte Menzel, habe man ihm trotzdem wichtige Posten anvertraut und weshalb sei Schmidt-Wittmack beim Wahlkampf 1953 in Hamburg offenbar noch eine bekannte Größe gewesen?³⁵ Für Hans-Joachim von Merkatz von der DP war der Fall Schmidt-Wittmack sogar ernster als die Affäre John. Dass jemand, der von den Wählern ein Mandat erhalten habe, dieses verrate und zwar „in einem grundsätzlichen Sinne verrät, ist eine Ungeheuerlichkeit“, die noch über das hinausgehe, was der labile Otto John getan habe. Die Grundlagen des Staates so zu verraten, hielt von Merkatz für noch schlimmer „als den juristischen Tatbestand des Landesverrats“. Die Flucht Schmidt-Witmacks „nicht nur zum Feinde, sondern zu jener Gruppe, die die letzten Reste der Menschenwürde vernichten will“, habe ihn persönlich in seiner Legitimation gekränkt. Deshalb wolle er diesen auch nicht mehr als Kollegen bezeichnen, denn er habe „das Recht verwirkt, von uns überhaupt noch als Mensch anerkannt zu werden, mit dem man zusammensitzen könnte“.³⁶ Den Versuch der Regierungsparteien, die Bedeutung von Schmidt-Wittmack nachträglich herabzusetzen und für sein Überlaufen vor allem sein Geltungsbedürfnis verantwortlich zu machen, wies wie Menzel auch der SPD-Abgeordnete Hannsheinz Bauer zurück. Dadurch versuche die Regierungskoalition doch nur, von den Missständen abzulenken, von denen sowohl John als auch Schmidt-Wittmack nach ihrer Flucht gesprochen hätten. Wenn man derartige Fälle verhindern wolle, müsse man sich aber mit den angesprochenen Vorwürfen, die „ein gut Teil nicht aus der Luft gegriffen zu sein“ scheinen, auseinandersetzen. Das sei aber natürlich noch lange kein Grund, „sich aus dem westdeutschen Strichregen in die volksdemokratische Traufe zu begeben“.³⁷

Den bisherigen Verlauf der Debatte, die am 17. September fortgesetzt wurde, hielt Hellmuth Heye von der CDU für bedauerlich. Er zeige nämlich in erster Linie, dass es der Sowjetunion in einer Zeit größter innen- und außenpolitischer Spannung gelungen sei, ein Gefühl der Unsicherheit und eine Atmosphäre des Misstrauens zu schaffen. Weder John noch Schmidt-Wittmack seien richtige Ostagenten gewesen, sondern einfach nur Figuren, die vom Osten für einen psychologischen Angriff benutzt worden seien. Über beide Fälle sei aber schon mehr gesprochen worden, als die Sicherheit der Demokratie eigentlich vertrage. Wenn diese Dinge unbedingt erörtert werden müssten, dann nicht ausgerechnet vor der breiten Öffentlichkeit.³⁸ Als letzter Redner stellte Horst Haasler für den GB/BHE fest, dass trotz aller Aufregung über die beiden Überläufer das deutsche Volk „in seiner großen Mehrheit“ immun

35 Sten. Ber. 2. WP, 16.9.1954, S. 1952f.

36 Ebd. S. 1982f.

37 Ebd. S. 2000.

38 Sten. Ber. 2. WP, 17.9.1954, S. 210f.

gegen kommunistische Beeinflussungen sei. „Hier hat der Kommunismus keine Chance!“ Der beste Beweis dafür seien die zwei Millionen Deutschen, die bisher in den Westen geflohen wären.³⁹

Am Ende der Debatte beschlossen die Abgeordneten einstimmig den Antrag des Ausschusses für Wahlprüfung und Immunität, die Immunität des Abgeordneten Schmidt-Wittmack aufzuheben, um ein Strafverfahren gegen ihn einleiten zu können.⁴⁰ Der Oberbundesanwalt hatte dies beantragt, um wegen der Aufnahme und Unterhaltung landesverräterischer Beziehungen zur Sowjetzone ermitteln zu können.⁴¹

Die Frage der Aberkennung des Mandats von Schmidt-Wittmack wurde am 14. Dezember 1954 im Ausschuss für Wahlprüfung und Immunität behandelt. Wie der Vorsitzende des Ausschusses, Ludwig Schneider von der FDP, berichtete, seien mittlerweile die vom Ausschuss angeforderten Gutachten des Bundesinnen- und des Bundesjustizministeriums eingetroffen. Beide kämen zu dem Ergebnis, dass Schmidt-Wittmack laut Wahlgesetz seinen Sitz im Bundestag verloren habe, wenn er keinen Wohnsitz mehr im Geltungsbereich des Grundgesetzes habe. Des Weiteren sei ein Fernschreiben der Hamburger Polizei eingegangen, wonach Schmidt-Wittmack mit Frau und Tochter seine Wohnung in Hamburg aufgegeben habe. Inzwischen sei sie sogar von dessen Mutter aufgelöst worden. Weil über den Antrag der CDU/CSU-Fraktion in einer öffentlichen Verhandlung, zu der auch Schmidt-Wittmack zu laden sei, entschieden werden müsse, schlug Schneider vor, nicht weiter über den Fall zu beraten. Mit diesem Verfahren war der Ausschuss einverstanden. Als Termin wurde der 10. Januar 1955 festgesetzt, Schmidt-Wittmack sollte dazu mit Postzustellungsurkunde eingeladen werden.⁴²

Zu der öffentlichen Verhandlung über die Aberkennung seines Bundestagsmandats, die am 10. Januar 1955 in Bonner Bundeshaus stattfand, erschien Karlfranz Schmidt-Wittmack jedoch nicht, sondern ließ sich durch einen Ost-Berliner Rechtsanwalt vertreten. Dieser war der Auffassung, dass die im Wahlgesetz genannten Bedingungen nur am Wahltag gegeben sein müssten. Zudem habe sein Mandant den Wohnsitz in Hamburg nur zeitweise aufgegeben, wie eine schriftliche Erklärung Schmidt-Witmacks zeige.⁴³ Der erklärte darin, dass er sich nur „vorübergehend“ auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik aufhalte. Sein Wohnsitz und der Sitz seiner Firma seien „nach wie vor Hamburg“. Er habe seinen Wohnsitz jedoch wechseln müssen, da es

39 EBD. S. 2031.

40 Vgl. BT-Drs. 2/800.

41 Vgl. Sten. Ber. 2. WP, 17.9.1954, S. 2033.

42 Vgl. Protokoll des Ausschusses für Wahlprüfung und Immunität vom 14.12.1954; ACDP 03-010-026, LV Hamburg.

43 Vgl. BT-Drs. 2/1197 vom 14.2.1955.

ihm „zur Zeit der Bundeskanzlerschaft Adenauers“ nicht möglich sei, sich der von der „Bundesregierung ohne jede Rücksicht betriebenen Wiederaufrüstung“ entgegenzustellen, ohne sich „jeder politischen Wirkungsmöglichkeit zu berauben“. In Erfüllung des ihm vom Wähler übertragenen Mandats werde er sich niemals mit der Spaltung Deutschlands abfinden und „im Interesse der Wiedervereinigung Deutschlands seine Stimme gegen die einseitige Wiederaufrüstung Westdeutschlands erheben“. Er hoffe, in diesem Sinne schon „recht bald“ wieder in Hamburg wirken zu können.⁴⁴ Der Ausschuss für Wahlprüfung und Immunität ließ sich von dieser Darstellung aber nicht überzeugen. Vielmehr hielt er es für notwendig, dass ein Abgeordneter die im Wahlgesetz genannten Bedingungen während der gesamten Mandatsdauer einhalten müsse. Dazu gehörten sowohl die Staatsangehörigkeit als auch der Wohnsitz. Mit dem Wegfall einer dieser Bedingungen gehe deshalb die Abgeordneteneigenschaft verloren. Da Schmidt-Wittmack in Ost-Berlin um Asyl nachgesucht und außerdem das Amt des Vizepräsidenten der Kammer für Außenhandel übernommen habe, könne kein Zweifel daran bestehen, dass er Ost-Berlin nun als seinen Lebensmittelpunkt ansehe. Durch die endgültige Aufgabe seines Wohnsitzes im Geltungsbereich des Grundgesetzes habe er somit sein Abgeordnetenmandat verloren. Der Ausschuss bat den Bundestag, sich dieser Auffassung anzuschließen.⁴⁵

Schon am 23. Februar 1955 befasste sich das Parlament mit dem Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung und Immunität zum Fall Schmidt-Wittmack. Wider Erwarten kam es darüber zu einem Schlagabtausch zwischen Regierungskoalition und SPD-Opposition. Für die Sozialdemokraten bezweifelten Karl Wittrock und Carlo Schmid, dass das gültige Wahlgesetz die Aberkennung eines Mandates erlaube. Nach der Berliner Verfassung, die sich auf Groß-Berlin erstreckte, gehöre auch der Ostteil Berlins zum Land Berlin. Somit sei nach dem geltenden Wahlgesetz Schmidt-Wittmack immer noch wählbar. Das habe der Wahlprüfungsausschuss offenbar übersehen. Nach Ansicht der SPD-Fraktion dürfe die Aberkennung eines Mandates nicht erfolgen, wenn ein Abgeordneter nur seinen Wohnsitz verlege, sondern nur dann, wenn er für längere Zeit seine Pflichten als Mitglied des Bundestages nicht erfüllen könne. Um den vorliegenden Fall in rechtsstaatlich einwandfreier Form zu lösen, schlage man deshalb eine Änderung des Wahlgesetzes vor.⁴⁶ Dagegen hielt die CDU/CSU-Fraktion die vorhandenen Gesetze für ausreichend. Wie

44 Brief Schmidt-Wittmacks vom 6.1.1955; ACDP 03-010-026, LV Hamburg.

45 BT-Drs. 2/1197 vom 14.2.1955. Weil bei der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wahlprüfung und Immunität am 10.1.1955 ein Abgeordneter der CDU/CSU-Fraktion fehlte, hätte die Verhandlung beinahe wiederholt werden müssen. Vgl. Protokoll der Fraktionsvorstandssitzung vom 11.1.1955; *Die CDU/CSU-Fraktion* (wie Anm. 17), S. 518.

46 Vgl. Sten. Ber., 2. WP, 23.2.1955, S. 3469–3473.

Matthias Hoogen erklärte, sei die Aufgabe des Wohnsitzes sowohl ein Grund für den Verlust der Wählbarkeit als auch für die Aberkennung des Mandats. Außerdem habe Schmidt-Wittmack nicht nur in der Sowjetzone um Asyl gebeten, sondern auch den Posten eines Vizepräsidenten der Kammer für Außenhandel übernommen. Auch Bundesinnenminister Gerhard Schröder hielt den Vorschlag der SPD für abwegig. Indem Schmidt-Wittmack in der Ostzone um Asyl nachgesucht habe, habe er den Verzicht auf sein Mandat doch konkludent dargelegt. Dadurch habe er zudem die Grundlagen der Bundesrepublik verneint und sich freiwillig ausgeschlossen.⁴⁷ Für die FDP bedauerte Ludwig Schneider den bisherigen Verlauf der Diskussion und warb um Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag. Es gehe doch nicht um eine politische Frage, sondern allein darum, welche Wirkung es habe, wenn ein Abgeordneter seinen Wohnsitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes endgültig aufgebe, was bei Schmidt-Wittmack zweifellos der Fall sei.⁴⁸ Natürlich müsse dieser seinen Sitz im Bundestag verlieren, insistierte der SPD-Abgeordnete Adolf Arndt, aber dies müsse in rechtlich einwandfreier Form erfolgen. Deshalb solle ein Gesetz erarbeitet werden, damit Schmidt-Wittmack aus dem Parlament verschwinden könne, „ohne daß ein häßlicher Streit unter uns nötig ist“.⁴⁹ In der folgenden Abstimmung wurden die Anträge der SPD-Fraktion jedoch abgelehnt und der Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung und Immunität angenommen.⁵⁰ Damit hatte der Deutsche Bundestag Karlfranz Schmidt-Wittmack das Abgeordnetenmandat aberkannt. Es war das dritte und bis heute letzte Mal, dass das Parlament diesen Schritt vollzog.⁵¹

Wer war dieser Karlfranz Schmidt-Wittmack? Geboren wurde er am 27. Juli 1914 in Berlin-Charlottenburg. Die protestantische Familie zog jedoch bald wieder nach Hamburg, woher sie ursprünglich stammte. Dort besuchte Karlfranz das Christianeum in Hamburg-Altona. Nach dem Abitur leistete er seinen Wehrdienst ab und begann 1936 in Hamburg ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften. 1938 trat Schmidt-Wittmack in die NSDAP ein. Bei Ausbruch des 2. Weltkrieges wurde er zur Wehrmacht eingezogen und musste sein Studium unterbrechen. Bis Kriegsende 1945 diente Schmidt-Wittmack in der Wehrmacht, wo er es bis zum Oberleutnant der Luftwaffe brachte.⁵²

47 EBD. S. 3471–3474.

48 EBD. S. 3474–3476.

49 EBD. S. 3476f.

50 EBD.

51 Vgl. Peter SCHINDLER, *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999*, Bd. 1, Baden-Baden 1999, S. 403f.

52 Vgl. Kurzer Lebenslauf Schmidt-Wittmacks; ACDP, 03-010-026, LV Hamburg; Müller-Enbergs (wie Anm. 2), S. 891; Rudolf VIERHAUS/Ludolf HERBST (Hg.), *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002*, München 2002, S. 762f.

Über den weiteren Lebensweg von Karlfranz Schmidt-Wittmack gehen die Angaben dann jedoch auseinander. Während eine Quelle davon spricht, er sei bei Kriegsende in sowjetische Gefangenschaft geraten und wäre noch 1945 als Volontär in eine Hamburger Spedition und Kohlenhandlung eingetreten,⁵³ heißt es in einer anderen Quelle, er wäre in englische Kriegsgefangenschaft gekommen und habe danach sein Studium fortgesetzt.⁵⁴ Schmidt-Wittmack selbst gab im Verzeichnis der Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft und im Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages an, er sei nach Kriegsende zunächst als kaufmännischer Volontär tätig gewesen und seit 1949 Inhaber einer Kohlenfirma.⁵⁵

Wie aus seiner Kaderakte, die später von der Ost-CDU über ihn angelegt wurde, hervorgeht, war Schmidt-Wittmack während des Krieges im Deutschen Reich, in den Niederlanden und in Norwegen eingesetzt. Bei Kriegsende geriet er kurzzeitig in britische Gefangenschaft. Schon 1945 konnte er jedoch sein Jurastudium in Hamburg wieder aufnehmen. 1947 verließ er dann die Universität, um als Geschäftsführer in die Kohlenhandlung seines Schwiegervaters einzutreten, die er 1948 übernahm.⁵⁶

Auch zu seinem politischen Engagement machte Schmidt-Wittmack in den Handbüchern des Bundestages bzw. der Hamburger Bürgerschaft unterschiedliche Angaben: 1951 gab er an, er sei 1946 in die CDU eingetreten und habe 1947 den Vorsitz der Jungen Union in Hamburg übernommen; außerdem wäre er seit 1949 stellvertretender Landesvorsitzender der CDU Hamburgs.⁵⁷ 1953 ließ er jedoch veröffentlichen, er habe von 1946 bis 1948 die Junge Union in Hamburg geführt und sei von 1947 bis 1949 stellvertretender Vorsitzender der Hamburger CDU gewesen.⁵⁸

Tatsächlich übernahm Schmidt-Wittmack erst 1948 den Vorsitz der Hamburger JU. Erster Vorsitzender und Initiator der Gründung der Jungen Union war Achim-Helge von Beust, der im Sommer 1946 einige Gleichgesinnte um sich scharte.⁵⁹ Karlfranz Schmidt-Wittmack stieß wohl schon 1946 zur JU und trat im Ortsverband Hamburg-Uhlenhorst auch in die CDU ein. Noch 1946

53 Vgl. EBD.

54 Vgl. kurzer Lebenslauf Schmidt-Wittmacks (wie Anm. 52).

55 Vgl. Angaben zu Schmidt-Wittmack in: *Verzeichnis der Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft*, 2. WP, 1951; *Amtliches Handbuch des Deutschen Bundestages*, 2. WP, 1953, S. 487.

56 Vgl. Kaderakte der Ost-CDU; ACDP 07-011-5244.

57 Vgl. *Verzeichnis der Abgeordneten* (wie Anm. 55).

58 Vgl. *Amtliches Handbuch* (wie Anm. 55). Diese Angaben wurden auch von VIERHAUS/HERBST (wie Anm. 52), S. 762f. sowie von MÜLLER-ENBERGS (wie Anm. 2), S. 891 übernommen.

59 Vgl. *Die Gründung der JU Hamburg*, in: Veit RUPPERSBERG, *50 Jahre Junge Union Hamburg*, Hamburg 1996, S. 14f.

wurde er zu einem der beiden Stellvertreter von Beusts gewählt.⁶⁰ Als von Beust im März 1948 aus beruflichen Gründen sein Amt als JU-Vorsitzender aufgab, wurde Schmidt-Wittmack zu seinem Nachfolger gewählt. Diese Wahl resultierte sicherlich auch aus der dünnen Personaldecke der Hamburger JU, die zu diesem Zeitpunkt nur ca. 80. Mitglieder stark war.⁶¹ In die Amtszeit von Schmidt-Wittmack als JU-Landesvorsitzender fielen die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und zum ersten Bundestag 1949. Die Junge Union Hamburgs zeigte großes Engagement in den Wahlkämpfen und klebte rund 80.000 Plakate. Die Bürgerschaftswahl im Oktober 1949 wurde für Schmidt-Wittmack auch zu einem persönlichen Erfolg, da er als Abgeordneter in das Stadtparlament einziehen konnte. Das Amt des Vorsitzenden der JU Hamburg gab er daraufhin auf.⁶² Allerdings gehörte er nun dem Vorstand der Hamburger CDU an.⁶³

Regelmäßig nahm er an den Vorstandssitzungen des Landesverbandes teil, ohne jedoch große Aktivitäten zu entfalten. Für seine Vorstandskollegen schien Schmidt-Wittmack ein verlässlicher Parteifreund zu sein, den sie 1951, 1952 und 1953 als Delegierten des Hamburger Landesverbandes zu den Bundesparteitag der CDU entsandten. Im August 1952 wurde er sogar zum Mitglied des Parteigerichts der CDU Hamburg gewählt. Schmidt-Wittmack galt im Landesvorstand offenbar als Vertreter der jungen Generation; so vertrat er die CDU in der Deputation für die Hamburger Jugendbehörde. Bereits im Januar 1950 war er zum Mitglied des Fachausschusses für Jugendwohlfahrt der CDU in der Britischen Zone gewählt worden.⁶⁴ Auf einer Sitzung dieses Ausschusses am 6. Juni 1950 schlug Schmidt-Wittmack die Errichtung eines Sekretariats für Jugendfragen durch die Bundesregierung vor. Zur Abwehr der kommunistischen Propaganda aus dem Osten sei dies unbedingt erforderlich, führte er zur Begründung aus. Denn die Zukunft der westlichen Demokratie hänge davon ab, ob es gelinge, junge Menschen für die Demokratie zu gewinnen und sie im Sinne der CDU zu beeinflussen.⁶⁵

60 Vgl. Wulf SCHULEMANN, *20 Jahre Junge Union Hamburg*, Hamburg 1967, S. 16–18.

61 Vgl. Helmut STUBBE-DA LUZ, *Von der „Arbeitsgemeinschaft“ zur Großstadtpartei. 40 Jahre Christlich-Demokratische Union in Hamburg (1945–1985)*, Hamburg 1985, S. 112; *Die Gründung der JU Hamburg* (wie Anm. 59), S. 16. Dagegen schreiben SCHULEMANN (wie Anm. 60), S. 16 und Manfred DUMANN (Hg.), *25 Jahre Junge Union Deutschlands*, Bonn 1972, S. 183, Schmidt-Wittmack wäre erst 1949 Landesvorsitzender der JU geworden.

62 Vgl. SCHULEMANN (wie Anm. 60), S. 16f. und Dirk FISCHER, *25 Jahre Junge Union Hamburg*, Hamburg [1972], S. 13.

63 Vgl. Johannes WŁODARCZAK (Hg.), *Festschrift zum CDU-Kongreß in Hamburg 1950*, Hamburg 1950, S. 39.

64 Unterlagen des Vorstandes der CDU Hamburgs; ACDP 03-010-001, LV Hamburg.

65 Protokoll der Sitzung des Fachausschusses für Jugendwohlfahrt am 6.6.1950; ACDP 01-646-014/1, NL Helmut Ziegler.

Im Dezember 1952 wurde Schmidt-Wittmack vom Hamburger CDU-Vorstand schließlich noch mit der Aufgabe betraut, zusammen mit fünf anderen Vorstandsmitgliedern den Kontakt zu „den vaterländischen und soldatischen Verbänden Hamburgs zu pflegen“.⁶⁶ Dass er diesen Auftrag gerne übernommen haben dürfte, steht außer Frage, denn schon in der Jungen Union galt Schmidt-Wittmack als ausgesprochen deutsch-national. Sein Eintreten für die Monarchie und seine antikatholischen Ausfälle waren allgemein bekannt. Die Beteiligten am Staatsstreichversuch des 20. Juli 1944 wurden von ihm offen als „Verräter“ bezeichnet.⁶⁷ Sein Nationalismus gepaart mit starkem Antikommunismus führten Schmidt-Wittmack auch in die Reihen der Ersten Legion, wie er in der Sitzung des CDU-Landesvorstandes am 25. Juni 1951 bestätigte. Diese Organisation sei aber kein Geheimbund, sondern versuche in erster Linie, die junge Generation anzusprechen.⁶⁸ Trotz seiner Mitgliedschaft in dieser dubiosen Organisation und seiner offen deutsch-nationalen Haltung wurde Schmidt-Wittmack vom Hamburger CDU-Vorstand im Juli 1953 ohne Diskussion auf Platz 6 der Landesliste für die Bundestagswahl 1953 gesetzt.⁶⁹

Neben seinen Ämtern im CDU-Landesverband Hamburg konnte Schmidt-Wittmack auch seine Karriere in der Jungen Union fortsetzen. So amtierte er seit 1949 als stellvertretender Bundesvorsitzender. Auf dem Deutschlandtag 1951 wurde er erneut in den Vorstand gewählt. Bei den turnusmäßigen Neuwahlen des JU-Vorstands auf dem Deutschlandtag 1953 fiel er jedoch durch.⁷⁰ Innerhalb der Jungen Union galt Schmidt-Wittmack offenbar als Experte für Wehrfragen. So leitete er auf den Deutschlandtagen 1951 und 1953 die Arbeitskreise zum „Verteidigungsbeitrag“. In der EntschlieÙung, die vom Arbeitskreis „Verteidigungsbeitrag“ anlässlich des Deutschlandtages 1951 verabschiedet wurde, heißt es: „Deutschland steht mit den freien Völkern unter der Bedrohung des Bolschewismus. Eine bolschewistische Beherrschung würde die Zerstörung der 2000-jährigen Kultur, die Ausrottung des Christentums,

66 Vorstandssitzung vom 4.12.1952; ACDP 03-010-001, LV Hamburg.

67 Vgl. Heinrich GEWANDT, *Eine ungewöhnliche Affäre*, in: Bundesvorstand der Jungen Union (Hg.): *50 Jahre Junge Union Deutschlands*, Dortmund 1997, S. 67f.; SCHULEMANN (wie Anm. 60), S. 18; *Die Gründung der JU Hamburg* (wie Anm. 59), S. 16.

68 Sitzung des Landesvorstandes Hamburg am 25.6.1951; ACDP 03-010-001, LV Hamburg. Die u. a. von dem CDU-Funktionär Erich Schmalz gegründete Erste Legion verstand sich laut Satzung als elitärer Kampfbund gegen Marxismus und Nihilismus und für ein christliches Abendland. Nachdem sich die demokratischen Parteien Ende 1951 von ihr distanziert hatten, wurde die Erste Legion jedoch schnell bedeutungslos. Vgl. *Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8), bearb. von Günter BUCHSTAB, Düsseldorf²1986, S. 11, Anm. 143, 144; Kurt HIRSCH, *Rechts von der Union. Personen, Organisationen, Parteien seit 1945. Ein Lexikon*, München 1989, S. 205f.

69 Sitzung des Landesvorstandes Hamburg am 14.7.1953; ACDP 03-010-001, LV Hamburg.

70 Vgl. Bundesvorstand der Jungen Union (wie Anm. 67), S. 143f. Laut SCHULEMANN (wie Anm. 60), S. 16 wäre Schmidt-Wittmack außerdem Bundesschatzmeister der JU gewesen.

die Vernichtung aller sozialen Errungenschaften, Verschleppung und Versklavung der Arbeitskräfte bedeuten. Es darf nichts unversucht bleiben, eine solche Entwicklung zu verhindern ...“⁷¹ Vermutlich leitete Schmidt-Wittmack zu Beginn der 1950er Jahre auch einen ständigen Fachausschuss der JU zum Verteidigungsbeitrag.⁷²

Ihren Höhepunkt erreichte die politische Karriere von Karlfranz Schmidt-Wittmack mit der Bundestagswahl am 6. September 1953. Infolge des sehr guten Wahlergebnisses für die CDU zog er zusammen mit sechs weiteren CDU-Abgeordneten aus Hamburg in den Deutschen Bundestag ein.⁷³ Dort wurde er Mitglied in den Ausschüssen für gesamtdeutsche und Berliner Fragen sowie für Fragen der europäischen Sicherheit.⁷⁴ Letzterer befasste sich mit einem künftigen deutschen Verteidigungsbeitrag. Während des einen Jahres, in dem er dem Deutschen Bundestag angehörte, ergriff Schmidt-Wittmack nie im Plenum das Wort. Auch die Protokolle der Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion verzeichnen keinen Redebeitrag von ihm.

Der Weg, den Schmidt-Wittmack von der Jungen Union in Hamburg über die Mitgliedschaft im CDU-Landesvorstand und in der Hamburger Bürgerschaft bis in den Deutschen Bundestag zurücklegte, war allerdings nicht nur das Ergebnis seines eigenen Ehrgeizes und seiner Fähigkeiten, sondern auch der Anleitung durch das MfS in Ost-Berlin. Wie nämlich aus einem Bericht der Hauptabteilung II des MfS hervorgeht, sollte die „Quelle Timm“, wie Schmidt-Wittmack mit Decknamen hieß, „die CDU beleuchten und hier in der Hauptsache den Parteivorstand und die Bundesregierung“.⁷⁵ Zunächst hatte er den Auftrag, in Hamburg in den Vorstand der JU und dann in den CDU-Landesvorstand „vorzustoßen“. Anschließend sollte Schmidt-Wittmack seine „Arbeit von der Landes- auf die Bundesebene“ weiterentwickeln. Daraus ergab sich im Frühjahr 1952 „die Notwendigkeit der Übersiedlung von Hamburg nach Bonn“. Weiter heißt es in dem Bericht, während seiner Tätigkeit habe er Verbindungen zu vielen Persönlichkeiten aus der CDU und dem Regierungsapparat hergestellt; u.a. zu Hans Globke, Hermann Ehlers, Bruno Heck, Franz Etzel, Otto Lenz, Ernst Majonica und Jakob Kaiser. Allerdings habe der Kontakt Schmidt-Witmacks zu diesen wichtigen Personen keinen Niederschlag in seinen Berichten gefunden. „Die Berichte sind allgemein gehal-

71 Entschließung zum Verteidigungsbeitrag des Arbeitskreises „Verteidigungsbeitrag“ anlässlich des Deutschlandtages 1951 der Jungen Union; ACDP 04-007-003/1. Zum Deutschlandtag 1953 vgl. ebd. 003/2.

72 In den Sitzungen des Deutschlandrates der JU am 22.5., 22.7. und 10.10.1952 berichtete Schmidt-Wittmack nämlich über die Arbeit eines Verteidigungsausschusses; ACDP 04-007-034/1.

73 Vgl. *Amtliches Handbuch* (wie Anm. 55), S. 188.

74 Vgl. EBD. S. 224f., 254f.

75 BStU, MfS-HA II/6, Nr. 1158, S. 91.

ten, und teilweise ist das Material schon in der Presse erschienen.“ Außerdem versuche er nach Möglichkeit, schriftliche Informationen oder Kommentare zu seinen Berichten zu vermeiden. Deshalb dränge sich der Eindruck auf, dass „Timm bewußt allgemein gehaltenes Material geliefert“ habe, das von ihm im Auftrag weitergegeben wurde.⁷⁶

Seine nachrichtendienstliche Tätigkeit hatte Schmidt-Wittmack schon 1948 in Hamburg aufgenommen. Über die Parteiaufklärung der KPD war er dann an das MfS weitergereicht worden, das er bis zu seiner Flucht 1954 mit Informationen belieferte.⁷⁷

Nach seinem Übertritt in die DDR verlor Schmidt-Wittmack durch Beschluss des Bundestages vom 23. Februar 1955 endgültig sein Abgeordnetenmandat. Gegen diese Entscheidung reichte er am 16. März 1955 beim Bundesverfassungsgericht Beschwerde ein. Über die Beschwerde Schmidt-Wittmacks verhandelte das Verfassungsgericht in mündlicher Verhandlung am 20. März 1956.⁷⁸ Die Verfassungsrichter schlossen sich in ihrem Urteil vom 3. Mai 1956 der Auffassung des Bundestages in vollem Umfang an: „Da der Beschwerdeführer somit keinen Wohnsitz im Geltungsbereich des Grundgesetzes besitzt, hat er ... seine Wählbarkeit verloren. Sein Bundestagsmandat war ihm ... abzuerkennen. Der Beschluß des Deutschen Bundestages vom 23. Februar 1955 ist daher zu Recht ergangen.“⁷⁹

Aus der DDR versuchte Karlfranz Schmidt-Wittmack nur noch selten auf die Innenpolitik der Bundesrepublik einzuwirken. Im Mai 1955 wandte er sich zusammen mit Otto John und Günther Gereke, der bereits 1952 in die DDR übersiedelt war,⁸⁰ in einem offenen Brief an die „westdeutschen Mitbürger“ sowie „die Abgeordneten der westdeutschen Parlamente“. Die erfolgreichen Verhandlungen zwischen Österreich und der Sowjetunion hätten jüngst gezeigt, so heißt es darin, dass eine Verständigung zwischen Ost und West möglich sei. Die UdSSR habe „damit einen neuen Beweis für ihre Verständigungsbereitschaft geliefert“. Bundeskanzler Adenauer beharre dennoch stur auf der Durchführung der Pariser Verträge und der Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO. Aber warum solle dem deutschen Volk nicht möglich sein, was den Österreichern gelungen sei? Der österreichische Bundeskanzler habe sich mit der Sowjetunion verständigt, weil er „in Übereinstimmung mit seinem Volke sich von jeder Militärbündnispolitik losgesagt hat. Die Erfüllung der glei-

76 Ebd. S. 105–110.

77 Ebd. S. 104 und MÜLLER-ENBERGS (wie Anm. 2), S. 891.

78 Vgl. *Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts*, hg. von Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, 5. Bd., Tübingen 1956, S. 3f.

79 EBD. S. 9.

80 Friedrich WINTERHAGER, *Günther Gereke. Der erste Innenminister Niedersachsens. Ein Wanderer zwischen den politischen Welten*, in: *Juristische Zeitgeschichte* 1 (2000), S. 356–368.

chen Bedingungen würde für das deutsche Volk weder eine Belastung, noch gar ein Opfer darstellen, aber die Wiedervereinigung ermöglichen.“ Die Unterzeichner riefen die Bürger in der Bundesrepublik dazu auf, eine Volksbewegung zu formieren, die verhindere, dass „die Durchführung der Pariser Verträge die letzten Möglichkeiten für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zunichte macht“.⁸¹

Ein knappes Jahr später brachte die „Bild-Zeitung“ anlässlich der Leipziger Messe unter der Überschrift „Hinterm Brandenburger Tor auf gutem Posten“ noch ein belangloses Interview mit Schmidt-Wittmack in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der DDR-Kammer für Außenhandel.⁸² Dieses Amt bekleidete er von 1954 bis zu seiner Pensionierung 1976. Auch politisch engagierte sich Schmidt-Wittmack in der DDR – wiederum in der CDU. Seit 1962 war er Mitglied der Ost-CDU und wurde noch im selben Jahr in den Vorstand des Bezirksverbandes Frankfurt/Oder gewählt. Ab 1964 gehörte er sogar dem Hauptvorstand der Ost-CDU an. Von 1963–1976 saß er als Abgeordneter im Bezirkstag von Frankfurt/Oder. Weil er als Abgeordneter stets überzeugend die Politik der DDR erläuterte und die sozialistische Bewusstseinsbildung gefördert habe, wurde ihm 1977 der Vaterländische Verdienstorden in Gold verliehen. Die Vorstufen (Bronze und Silber) hatte Schmidt-Wittmack bereits 1959 bzw. 1974 erhalten. Zweimal – 1963 und 1965 – erhielt er außerdem die Verdienstmedaille der DDR.⁸³ Am 23. Oktober 1987 starb Karlfranz Schmidt-Wittmack in Ost-Berlin im Alter von 73 Jahren.⁸⁴

81 Brief von John, Gereke und Schmidt-Wittmack vom 23.5.1955; ACDP, Pressedokumentation.

82 „Bild-Zeitung“ vom 3.3.1956.

83 Vgl. Kaderakte der Ost-CDU über Schmidt-Wittmack mit mehreren Lebensläufen. ACDP 07-011-5244.

84 Vgl. Helmut MÜLLER-ENBERGS (wie Anm. 2), S. 891f.

DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Transatlantische Beziehungen in der Ära Kohl Einführung

Von Hans-Peter Schwarz

Nähern wir uns dem Thema unseres Colloquiums über eine pessimistische Analyse, die im Jahr 1982 skizziert wurde. Denn nichts ist historiographisch so aufschlussreich wie die Prognosen von Unheilspropheten, die sich als falsch erwiesen haben.

„In Europa“, so dieser Analytiker, „erscheint die Bundesrepublik Deutschland, die mehr als je zuvor der Eckstein der Atlantischen Allianz ist, erschüttert. Angrenzend an das sowjetische Imperium bemüht sie sich darum, eine amerikanische Armee auf ihrem Territorium zu behalten, ohne die Männer im Kreml zu verärgern. Der Pazifismus von Millionen Deutschen in der Friedensbewegung reduziert die Entscheidungsfähigkeit der Regierung: Handelt es sich um die legitime Furcht vor furchtbaren Waffen oder um die Weigerung, eine Teilung hinzunehmen, mit der das deutsche Volk sich immer weniger abfinden will? ... Ob Sozialdemokrat oder Konservativer, der Bundeskanzler von Bonn blickt sowohl nach dem ihn bedrohenden Osten wie nach dem ihn schützenden Westen. In welche Richtung wird er schließlich gehen?“

So Raymond Aron wenige Monate vor seinem Tod im „Epilog“ zu seinen Lebenserinnerungen, die im Frühjahr 1983 erschienen sind.¹ Er sah den Westen in einer Phase galoppierender Dekadenz, hielt einen offensiven Atomkrieg der militärisch überlegenen Sowjetunion nicht für völlig ausgeschlossen, sorgte sich aber sehr viel mehr vor einer Zug um Zug sich vollziehenden politischen Beherrschung Westeuropas durch Moskau bei gleichzeitig fortschreitender Schwächung der USA, die auch damals für schwere außenpolitische Kunstfehler anfällig waren. Immerhin meinte er im Schlusssatz seiner posthum erschienenen letzten Studie des Titels „Die letzten Jahre des Jahrhunderts“: „Das Spiel ist noch nicht entschieden. Wir haben gelernt, daß man Kriege nicht mit Statistiken über das Bruttosozialprodukt gewinnt. Wir sind noch nicht soweit, den Sieg eines Staates als unausweichlich zu betrachten, dessen ganzer Stolz seine Panzerdivisionen sind, dessen Volk aber in Armut und Knechtschaft darbt.“²

1 Raymond ARON, *Erkenntnis und Verantwortung. Lebenserinnerungen*, München 1985, S. 501 (Original: *Mémoires. 50 ans de réflexion politique*, Paris 1983).

2 Ders., *Die letzten Jahre des Jahrhunderts*, Stuttgart 1986, S. 273.

Als dann 1989/90 der Ostblock zusammenbrach und als sich 1991 sogar das über die Jahrhunderte gewachsene russische Imperium auflöste, fanden sich natürlich viele, die diesen Ausgang des Ost-West-Konflikts schon immer vorhergesehen hatten. Tatsächlich aber war die fast resignative Einschätzung Arons für das psychologische Klima und für viele Erwartungen Anfang der achtziger Jahre charakteristisch.

Eine der Hauptfragen unseres Colloquiums muss also lauten: Welche Rolle haben die deutsch-amerikanischen Beziehungen im Allgemeinen und Helmut Kohl im Besonderen bei diesem ganz erstaunlichen Umschwung gespielt, der sich innerhalb von weniger als zehn Jahre vollzogen hat?

Bekanntlich haben die entsprechenden Vorgänge der Jahre 1982 bis 1991 schon eine kleine bis mittelgroße Bibliothek voller Memoiren und Histo-Interviews, von Dokumentensammlungen und von mehr oder weniger historischen Darstellungen hervorgerufen, ganz zu schweigen von zehntausenden zeitgenössischer journalistischer und politologischer Schnappschüsse während der Vorgänge. Beinahe könnte man sagen: Die achtziger Jahre sind historiographisch bereits ziemlich ausgefischt. Also, was hinsichtlich der Phase 1982–1991 transatlantischer Beziehungen zu formulieren sein wird, beruht bereits auf ziemlich sicheren quellenmäßigen und historiographischen Grundlagen.

Anders ist die Situation für die Jahre 1991 bis 1998. Diese hatte vier große Themen: erstens Vertiefung und Erweiterung der EU im Zeichen der Verträge von Maastricht und der Folgeverträge; zweitens Konsolidierung der neuen Demokratien und der Volkswirtschaften in Ostmitteleuropa, wobei die Vorarbeiten zur Ausweitung der NATO und zum EU-Beitritt eine wichtige Rolle spielten; drittens das, was ich die Domestizierung des ziemlich anarchischen, gedemütigten Russlands nennen würde, das dank intelligenter westlicher Politik nicht ausgeschlossen wurde und sich murrend auf die neue Lage einzustellen begann – zumindest auf kurze Frist; und viertens die Kriege und Bürgerkriege im zerfallenen Jugoslawien, die in Bezug auf die Lösungsstrategien und die Machtverhältnisse in Europas so etwas wie die Rolle eines Katalysators spielten.

Auch dazu existiert bereits eine kleine bis mittelgroße Bibliothek von Autobiographien der Akteure und von teils zeitgenössischen teils aus der Rückschau verfassten journalistischen und politologischen Darstellungen. Die künftige Geschichtswissenschaft hat allerdings diese erste Phase nach dem Kalten Krieg noch zu entdecken – doch die Fluggeschwindigkeit der Eule der Minerva ist bekanntlich nicht die eines Falken. Freilich gibt es die rühmlichen Ausnahmen.

Deshalb hat es auch seinen guten Sinn, dass sich eine größere Zahl von Politologen unter unseren Rednern befinden – von Politologen allerdings, die wissen, dass die Erkenntnisse zur zeitgenössischen internationalen Politik nicht in erster Linie über die theoretische Spekulation zu gewinnen sind, viel-

mehr über die Beobachtung und Analyse eines wahren Ozeans offener zeitgeschichtlicher Quellen führt.

Diese Überfülle von Erinnerungen und Studien lassen *einen* Sachverhalt ganz deutlich erkennen: Wenn es im Großen und Ganzen gelungen ist, diese kritische Phase bei der Neuordnung des europäischen Staatensystems insgesamt gut zu überstehen (mit Ausnahme der Katastrophen in den Republiken des zerfallenen Jugoslawien), so in erster Linie deshalb, weil die Vereinigten Staaten vielfach partnerschaftlich, bisweilen zögernd, selten völlig negativ, im Ganzen doch gutwillig mitspielten. Die neunziger Jahre sind alles in allem eine Erfolgsphase der transatlantischen Beziehungen gewesen.

Das ist weithin unstrittig, und – wie gesagt – auch schon vielfach erforscht und dargestellt worden. Weitgehend unerforscht und insgesamt viel weniger gewürdigt ist indessen die Rolle, die Bundeskanzler Kohl in diesem transatlantischen Zusammenhang gespielt hat.

Soweit sich die Politologen oder Journalisten seiner Außenpolitik in dieser wichtigen Phase angenommen haben, zeigten sie sich vorwiegend von dem „großen Europäer“ fasziniert. Über die Vorgeschichte von Maastricht und Kohls entscheidende Einwirkung darauf sind wir bereits gut und verlässlich unterrichtet.

Anders aber steht es mit vielen gleichfalls wichtigen außenpolitischen Feldern der neunziger Jahre. Ich tippe nur ganz wenige der Themen an, zu denen wir gern mehr und Genaueres wissen möchten: Helmut Kohl und die Amerikaner im Irak-Krieg, die Rolle des Bundeskanzlers bei dem Tauziehen über die NATO-Erweiterung, die Diskussion über die Präferenzen einer Priorität der EU-Erweiterung vor einer NATO-Erweiterung, Kohls sehr vorsichtige Jugoslawienpolitik, die Probleme bei der Behandlung des Jelzin'schen Russland.

Nicht zuletzt ist zu fragen: Wie kam es, dass dieser erstaunliche Bundeskanzler sowohl zur Administration George W. Bush's als auch zu der des parteipolitisch, temperamentsmäßig und generationsbedingt so ganz anders tickenden Bill Clintons allem Anschein nach und gewissermaßen auf Anhieb einen guten Zugang fand und seitdem weitgehend ungetrübte Beziehungen unterhielt?

Dass die amerikanische Weltmacht zu keiner Zeit ein besonders pflegeleichter Partner ist, hat sich seit langem schon im letzten Dorf herumgesprochen. Dass die häufig schwankende Bundesrepublik aus amerikanischer Sicht gleichfalls periodisch wenig pflegeleicht erscheint, wird indessen hierzulande meist weniger gesehen. Ich selbst habe einem Psychogramm bundesdeutscher Außenpolitik, das Mitte der neunziger Jahre erschien, einen schönen Vers aus Goethes Faust II vorangestellt: „Soll er gehen, soll er kommen? / Der Entschluß ist ihm genommen; / Auf gebahnten Weges Mitte / Wankt er tausend halbe Schritte.“

Immerhin hat es doch den Anschein, dass die Phasen, in denen Reagan, Bush und Clinton mitsamt ihren Gehilfen mit Helmut Kohl umzugehen hatten und dieser mit ihnen, zu jenen Jahren gehörten, in denen sich ungeachtet aller Interessengegensätze, ungeachtet des Machtgefälles und ungeachtet aller ideologischen und psychologischen Unterschiede die Beziehungen bemerkenswert partnerschaftlich entwickelten.

Die Beziehungen zu den USA im Kontext der deutschen Außenpolitik 1982–1998

Von Andreas Wirsching

Die Ausgangssituation des hier zu verhandelnden Themas lässt sich in Anknüpfung an eine Metapher Winston Churchills beschreiben. 1950 hatte Churchill die britische Position in sein berühmtes Bild von den „drei Kreisen“ eingezeichnet. Großbritannien stand demzufolge am Schnittpunkt dreier Kreise: nämlich der englischsprachigen Welt mit den USA als Vormacht, dem Commonwealth und Europa.

Wenn wir das Bild aufnehmen und auf die bundesrepublikanische Situation Anfang der achtziger Jahre anwenden, so finden wir ebenfalls drei entscheidende Politikfelder, drei Kreise, auf deren Schnittpunkt sich die Bonner Politik verwiesener sah: das atlantische Bündnis mit den USA als Vormacht, die Europäische Gemeinschaft und die Beziehungen zur Sowjetunion. Diese drei Kreise existierten zwar unabhängig voneinander, aber sie waren eng miteinander verflochten und überlappten sich breitflächig. Ihr jeweiliges Zusammenspiel konstituierte den Handlungsrahmen bundesdeutscher Außenpolitik.¹

In der Diagnose der damit gegebenen Möglichkeiten bestand zwischen Auswärtigem Amt und Kanzleramt eine grundsätzliche Übereinstimmung. Rivalitäten, die es natürlich gegeben hat, sollten demgegenüber nicht überbewertet werden. Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl einte ein hohes Maß an Gemeinsamkeit, das durch stete vertrauliche Abmachungen ihr Fundament erhielt. Beide „tickten“, so Helmut Kohl in seinen Memoiren, „in den elementaren und existentiellen Fragen deutscher Außenpolitik gleich und wussten um die Position des anderen“.²

Letztlich wählten beide dieselben Methoden, das oberste Ziel bundesdeutscher Außenpolitik anzusteuern: nämlich aus den drei „Kreisen“ ihrer Politik möglichst einen Regelkreis zu machen; den Dreiklang aus atlantischer Bündniswahrung, europäischer Integration und auf Entspannung zielender Ostpo-

1 Zur Außenpolitik in den 1980er Jahren vgl. die Überblicksdarstellungen von Christian HACKE, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?* Frankfurt/M. 1997; Wolfram F. HANRIEDER, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, Paderborn 21995; Helga HAFTENDORN, *Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung 1945–2000*, Stuttgart 2001; Gregor SCHÖLLGEN, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, München 1999.

2 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 153. Vgl. Stefan FRÖHLICH, „Auf den Kanzler kommt es an“: *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik. Persönliches Regiment und Regierungshandeln vom Amtsantritt bis zur Wiedervereinigung*, Paderborn 2001, S. 125, 136.

litik zur Harmonie zu bringen. Nur so, darin stimmten beide überein, würde es auch möglich sein, aktive Deutschlandpolitik zu gestalten. Der historische Rückblick offenbart, dass sich eben dies 1989/90 vollzog. Die USA und die Sowjetunion kooperierten in der deutschen Frage, während sich die Europäische Gemeinschaft mit ihrem Währungsunionsprojekt dynamisch zum Gehäuse für ein wiedervereinigtes Deutschland entwickelte.

Im Folgenden sei nun erstens der Verlauf des transatlantischen Kreises bis 1990 etwas näher betrachtet, bevor zweitens seine Entwicklung seit der Wiedervereinigung zu besprechen sein wird.

I.

Wie über die gesamte Nachkriegszeit hinweg, bestand auch während der achtziger Jahre kein ernsthafter Zweifel: Die Sicherheit der Bundesrepublik hing von den USA und der amerikanischen Nukleargarantie ab. Im Prinzip war das nichts Neues, wenngleich das transatlantische Sicherheitsbündnis niemals frei von Krisenperioden gewesen war. Transatlantische Irritationen hatten sich in der Vergangenheit zumeist dann ergeben, wenn deutsch-französische oder europapolitische Prioritäten mit der Bindung an die USA allzu offenkundig konkurrierten oder gar an ihre Stelle treten wollten.

Es gehört daher zweifellos zu den besonderen Verdiensten der Regierung Helmut Kohls, dass sie eine grundsätzliche und niemals in Frage gestellte sicherheitspolitische Orientierung an den USA in den meisten Fällen mit einer aktiven Europa- und auch Frankreichpolitik zu verknüpfen wusste.

Prinzipielle Gegensätze, wie sie etwa in den sechziger Jahren zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ aufgebrochen waren, bestanden innerhalb des Regierungslagers kaum. Bundeskanzler Kohl wusste sich der Rückendeckung durch die gesamte Regierungskoalition sicher, wenn er bei den deutsch-französischen Konsultationen vom 22. Oktober 1982 betonte, es gebe für die Bundesrepublik in Fragen der Sicherheit und Verteidigung keine Alternative zwischen Washington und Paris: „keine Politik des Entweder-Oder, sondern nur eine Politik des Sowohl-als-auch“.³ Und gegen Ende der achtziger Jahre resümierte Kohl: „Es ist eines unserer großen Ziele immer gewesen – und wir haben es, glaube ich, im Augenblick erreicht –, daß wir exzellente Beziehungen nach Paris und nach Washington haben. Und das muß pfleglich behandelt werden. Das ist ein Schatz, der für den Frieden, die Freiheit und die Wohlfahrt unseres Landes von allergrößter Bedeutung ist.“⁴

³ Text in Europa-Archiv (EA) 24 (1982), D 627–629, Zit.: D 629.

⁴ Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP) 08-001-1084/2, Fraktionssitzung vom 23.2.1988, S. 11.

Trotzdem sprudelte auch während der achtziger Jahre manche Quelle deutsch-amerikanischer Irritationen. Irritationen speisten sich zum Beispiel aus der westeuropäischen Sorge, die USA könnten sich militärstrategisch vom alten Kontinent abkoppeln. 1983 fachte das SDI-Projekt solche Sorgen an. War es nicht geeignet, die bisherige Doktrin wechselseitiger Abschreckung dadurch aufzukündigen, dass es die sowjetische Fähigkeit zum atomaren Zweitschlag und damit auch die Logik der nuklearen Rationalität in Frage stellte? Die Bundesregierung hat daher das SDI-Projekt nur zögerlich und allein im Hinblick auf seinen Nutzen für die zivile Forschung unterstützt.

Vergleichbare Befürchtungen wurden Ende der achtziger Jahre laut, als – für viele überraschend – bei den atomaren Mittel- und Kurzstreckenraketen eine doppelte (oder sogar dreifache) Null-Lösung in Reichweite geriet. Wie weit es tatsächlich deutschen Interessen entsprach, den Abrüstungsvorschlägen Gorbatschows zu folgen, gehörte damals zu den strittigsten Fragen der Bonner Außenpolitik. Angesichts der konventionellen Übermacht der Warschauer Pakt-Staaten befürchteten nicht wenige Unionspolitiker eine gefährliche „Singularisierung“ der Bundesrepublik für den Fall, dass alle Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa abgeschafft werden sollten. Die Sorge gleichsam vor einem Abrüstungspolitischen Potsdam, einer Einigung der Supermächte über die Köpfe der Deutschen hinweg, bewegte Politiker wie Franz Josef Strauß oder auch Alfred Dregger. Für den Fall einer umfassenden Null-Lösung begannen sie an der militärpolitischen Substanz des westlichen Verteidigungsbündnisses zu zweifeln und forderten stattdessen eine „Europäische Sicherheitsunion“, in die das britische und französische Nuklearpotential, aber auch die konventionellen Kräfte der Nicht-Atomkräfte eingebracht werden könnten.

Der hier schwelende Konflikt wurde letztlich im Sinne der von den Supermächten freigesetzten Abrüstungslogik entschieden. Ein Machtwort Helmut Kohls im August 1987 brachte die Bundesrepublik auf die Linie der USA: Auch die Pershing IA – Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite – sollten nicht etwa modernisiert, sondern ebenfalls zur Gänze abgeschafft werden. Diese Entscheidung, sichtlich unter Genschers Einfluss gefallen und mit der Richtlinienkompetenz des Kanzlers begründet, hatte einen der größten Koalitionskräfte mit Franz Josef Strauß zur Folge. Strauß beklagte das „Bonner Durcheinander“ und empfahl Kohl, „in so wichtigen Fragen ... sollte er sich mit seinen wirklichen Freunden abstimmen, nicht nur mit Herrn Genscher telefonieren“⁵. Vorübergehend zog die CSU sogar ihre Minister von den Bonner Besprechungen zurück, bis ein persönliches Treffen zwischen Kohl und Strauß die Wogen zumindest einigermaßen glättete.⁶ Trotzdem war einmal mehr of-

5 „Frankfurter Rundschau“, 5.9.1987.

6 „Der Spiegel“, Nr. 36, 1987, S. 17–19; Franz Josef plant „ein dickes Ding“; SZ, 30.9.1987.

fenkundig geworden, dass der Bundeskanzler in wichtigen außenpolitischen Fragen der FDP weitaus näher stand als dem Parteifreund in München.

Jedenfalls zeigt sich am Beispiel der Doppelten Null-Lösung: Sicherheit und Bedrohungsempfinden lagen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen der achtziger Jahre häufig eng beieinander, ja sie bedingten sich geradezu. Der Grund hierfür lag in der unübersehbaren Differenz zwischen den strategischen Prioritäten der USA einerseits und des alten Kontinents andererseits. Und das Empfinden der Unsicherheit, des Zweifels, ja der Bedrohung verstärkte sich, wenn aus den USA Anzeichen für einen machtbewussten Unilateralismus und quasi-hegemonialen Anspruch erkennbar wurden.

Während der achtziger Jahre verbanden sich die amerikanischen Versuche, in militärischer wie in politischer Hinsicht neue Stärke zu gewinnen, mit dem Namen Ronald Reagans. Nicht nur der Sowjetunion damit Paroli zu bieten war das Ziel; vielmehr wollte die Reagan-Administration die USA in die Lage versetzen, unilateral und weltweit ihre Rolle als Führungsmacht zu spielen und gegebenenfalls durchzusetzen.⁷ Wie sein Vertrauter Thomas Reed beobachtete, trat Reagan seine Präsidentschaft mit dem dezidierten Vorhaben an, „to end and to win the Cold War“.⁸ Rasch entstand, was man bald die „Reagan-Doktrin“ nannte, eine Wiederaufnahme älterer Containment-Strategien, die dem sowjetischen „Reich des Bösen“ weltweit Paroli zu bieten bereit war.

In weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit entstand daher der Eindruck, die bundesrepublikanische Politik werde in der Nachrüstungsfrage über Gebühr von amerikanischen Weltmachtinteressen geleitet. Unter Reagan schienen sich die Koordinaten, unter denen der NATO-Doppelbeschluss gefasst worden war, grundlegend zu verschieben: Nicht nur die sowjetische, sondern auch die amerikanische Politik hatte sich anscheinend von der Priorität der Entspannung verabschiedet. Die Bundesrepublik erschien vielen nur noch als Vorposten oder gar als nukleares Aufmarschgebiet für amerikanische Weltmachtinteressen. Überdies fachten die immer wieder kolportierten Meldungen über Äußerungen Reagans und seiner Berater, wonach ein „begrenzter“ Atomkrieg mit „taktischen“ Nuklearwaffen im Prinzip zu führen sei,⁹ die Zweifel

7 Siehe die Beiträge in Helga HAFTENDORN/Jakob SCHISSLER (Hg.), *Rekonstruktion amerikanischer Stärke. Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der USA während der Reagan-Administration*, Berlin 1988. Besonders kritisch in dieser Hinsicht: Jeff MCMAHAN, *Reagan and the World. Imperial Policy in the New Cold War*, New York 1985, insbes. S. 75–86.

8 So Thomas C. REED, *At the Abyss. An Insider's History of the Cold War*, New York 2004, S. 228. Reed war ein Vertrauter Reagans und wurde im Januar 1982 Mitglied des National Security Council. Vgl. auch EBD. S. 234–240.

9 Anton-Andreas Guha, „Der Dritte Weltkrieg findet in Europa statt“, in: „Frankfurter Rundschau“, 29.4.1981; Michael Naumann, „Aufstand der Angst“, in: „Die Zeit“ 23.4.1982. Vgl.: *Kronzeugen gegen die „Nach“-Rüstung*. Eine Dokumentation von Franz H. WALDMANN, Stuttgart 1983.

an der Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens an und gossen Öl in das Feuer des Antiamerikanismus.

Nun ist es bekannt, dass die Regierung Kohl keinen Augenblick schwankte in ihrer Entschlossenheit, die Nachrüstung 1983 trotz solcher ambivalenten Stimmen und Stimmungen durchzusetzen. 1983 verknüpfte sie ihr außenpolitisches Schicksal ohne Einschränkungen mit der amerikanischen Strategie. Auch Veranstaltungen wie die sogenannte „Prominentenblockade“ von Mutlangen, die während der ersten Septembertage 1983 und unter Beteiligung amerikanischer Friedensgruppen, den Protest gegen die Nachrüstung medienwirksam artikulierte, konnten in Bonn nicht beeindruckend sein. „Wenn die Leute partout auf der Straße sitzen wollen“, so mokierte sich Kohl intern, „dann lassen Sie sie sitzen. Es wird aus vielen Anlässen Verkehr umgeleitet, dann kann man den Verkehr auch um Leute herumleiten, die da sitzen wollen. Die Jahresszeit ist ja vielleicht so, daß das Sitzen dann nicht mehr ganz so komfortabel ist.“¹⁰

Die feste Haltung der Bundesrepublik in der Nachrüstungsdebatte hat entscheidend dazu beigetragen, dass sich im Verlauf der achtziger Jahre ein ausgesprochenes Nahverhältnis zwischen Bonn und Washington entwickelte. Nicht zuletzt äußerte es sich in den persönlich sehr guten Beziehungen zwischen den Regierungschefs Kohl und Reagan bzw. George Bush. Dies wurde umso wichtiger, als sich seit 1989 die europa- und weltpolitische Funktion der Bundesrepublik und des Bündnisses mit ihr für die USA wandelte. Zweck des Bündnisses war es künftig nicht mehr, ein Abdriften des westlichen Teilstaats in den sowjetischen Machtbereich zu verhindern. Vielmehr erwies sich die Bonner Republik nun definitiv als das stärkere Deutschland.

In einem Europa jenseits des Kalten Krieges ging es darum, mit Deutschland einen langfristig gestaltenden Faktor zu gewinnen, dessen Politik und Interessen mit den amerikanischen kompatibel blieben. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn Präsident Bush Ende Mai 1989 bei seinem Besuch in der Bundesrepublik betonte, dass die deutsch-amerikanischen Beziehungen „wahrscheinlich niemals besser gewesen sind als heute“¹¹ und in der Öffentlichkeit gar von „partnership in leadership“ sprach. Diese vielzitierte Äußerung bezog sich denn auch weniger auf die Vergangenheit, auf die *bekannt* Koordinaten des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Partnership in leadership richtete sich vielmehr auf die *künftige* Gestaltung eines internationalen Systems jenseits des Ost-West-Gegensatzes.

10 ACDP 08-001-1071/1, Fraktionssitzung vom 6.9.1983, S. 13.

11 Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Präsident Bush im erweiterten Kreise, Bonn, 30. Mai 1989, in: *Deutsche Einheit*, Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90 (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. v. Hanns Jürgen KÜSTERS, München 1998, Dok. Nr. 1, S. 273. Vgl. auch KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 2), S. 872.

II.

Dies führt zum zweiten Punkt, dem nachhaltig veränderten Rahmen der internationalen Beziehungen seit 1990 und der Frage, welche Konsequenzen dies für die deutsch-amerikanischen Beziehungen hatte. Was ist aus den drei Kreisen geworden, die einst die Außenpolitik des westlichen Teilstaats bestimmten?

Am offenkundigsten ist die Antwort sicher für den ostpolitischen Kreis. Er ist mit dem Ende der Sowjetunion und des Ostblocks zunächst einmal erodiert. Deutsche Ost- und Entspannungspolitik im früheren Sinne gibt es nicht mehr; stattdessen muss die Bundesrepublik neue Formeln finden, um ihre eigenen Interessen zu vertreten; um offen zu sein für den neuen russischen Partner, ohne in den Geruch einer Schaukelpolitik zu kommen; um neuen Erwartungen und Rollenzuweisungen zu begegnen und zugleich den Schatten der Vergangenheit nicht auszuweichen.

Mindestens ebenso kompliziert entwickelt sich der europapolitische Kreis. Bis 1990 war die europäische Integration ein westeuropäisches Projekt, das unmittelbar aus den Folgen des Zweiten Weltkriegs entstanden war. Dieses Projekt ist einerseits beendet, andererseits hat es den Rahmen und die Institutionen geschaffen, in denen nun das neue, postkommunistische Europa errichtet werden will. Die meisten der früher im Ostblock liegenden Staaten – darunter einige neu gegründete – nehmen nun aktiv am europäischen Kreis teil, dessen Gestalt sich seinerseits grundlegend verändert hat.

Schließlich bleibt der transatlantische Kreis und damit das hier verhandelte Thema: die deutsche USA-Politik in der Ära Kohl.

Zunächst fällt eine wichtige Kontinuität ins Auge, die sich mit dem Stichwort „Lastenteilung“ benennen lässt. Beginnend mit dem Korea-Krieg von 1950, begleitete die amerikanische Forderung nach stärkerer Lastenteilung – „burden sharing“ – die transatlantische Nachkriegsgeschichte mal mehr, mal weniger. Auch in der ersten Hälfte der achtziger Jahre, im Kontext der Nachrüstung, war sie hoch präsent. Vor allem im amerikanischen Kongress herrschte der Eindruck, die Europäer und damit auch die Deutschen unternähmen zu wenig, um einen angemessenen Anteil der westlichen Verteidigungslasten zu tragen.¹²

Es ist nun interessant zu beobachten, wie sich das Schlagwort von der Lastenteilung nach 1990 fortsetzte und zugleich inhaltlich wandelte. Zu Zeiten des Kalten Krieges bezog es sich auf eine *Verteidigungslast*, die der Bedro-

12 Vgl. hierzu Robert W. KOMER, *Sicherheitsfragen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa*, in: EA 39 (1984), S. 249–258, hier S. 253; Helga HAFTENDORN, *Lastenteilung im Atlantischen Bündnis. Die Zukunft der amerikanischen militärischen Präsenz in Europa*, in: EA 40 (1985), S. 497–506.

hung durch die Sowjetunion geschuldet war. Seit 1990 hingegen geht es um eine *Interventionslast*, die aus der militärischen Bekämpfung von regionalen Krisenursachen und der anschließenden politischen Befriedung erwächst.

Vor 1990 wie nach 1990 waren und sind die Vereinigten Staaten die einzige Weltmacht, die entsprechende Ressourcen mobilisieren und global intervenieren kann. Sie haben vor 1990 wie nach 1990 gegenüber ihren Verbündeten darauf gepocht, dass sie in der Aufbringung der Lasten für Frieden und Sicherheit unterstützt werden. Aber im neuen, globalen Maßstab erfordern Sicherheit und Frieden eine andere Strategie und neue Interventionen. Ziel und Zweck der eingesetzten Ressourcen haben sich verändert.

Für die USA-Politik des wiedervereinigten Deutschland barg diese veränderte Situation schon in der Ära Kohl große Herausforderungen. Sollte George Bush's Wort von der *partnership in leadership* mehr sein als eine bloße Freundlichkeitsfloskel, dann hieß dies, dass Deutschland einen weitaus größeren Teil der Last als bisher zu übernehmen hätte; einen größeren Teil jener Last, welche die Amerikaner aufbrachten, um ihren Entwurf internationaler Stabilität durchzusetzen. Die zentrale Frage des deutsch-amerikanischen Verhältnisses lautete also, welche Rolle Deutschland künftig bei diesen Bemühungen spielen würde.

Schon 1990/91, während der Kuwait-Krise und dem ersten Golf-Krieg, wurden in den USA neue Rollenerwartungen an die Bundesrepublik formuliert. Die US-Regierung selbst erwartete zwar von Bonn keine direkte Teilnahme deutscher Truppen an der „Operation Wüstensturm“, aber doch politische Loyalität sowie finanzielle und logistische Unterstützung.

Man kann nicht sagen, dass das sich gerade wiedervereinigende, mit sich selbst beschäftigte Deutschland den amerikanischen Erwartungen in dieser Phase umfassend entsprochen hätte. Im vollen Bewusstsein geschichtlicher Hypotheken und verfassungsrechtlicher Schranken, aber auch begrenzter finanzieller Spielräume, lehnte die Bundesregierung damals eine internationale Führungs- und Gestaltungsrolle ab. Zwar gewährte sie im Spätsommer 1990 die gewünschte logistische und auch 3,3 Milliarden D-Mark finanzielle Unterstützung. Aber eine rechte Begeisterung für die Anti-Irak-Koalition wollte sich weder in Bonner Regierungskreisen noch in der politischen Öffentlichkeit einstellen.

Soll man daraus den Schluss ziehen, dass die bundesdeutschen Regierungsvertreter „in der Anfangsphase der Krise verwirrt, unentschlossen wirkten“? Schienen sie „die Situation ganz einfach nicht richtig einschätzen zu können“?¹³ Misst man das Ergebnis der deutschen Politik während des ersten Golf-Kriegs am Echo der amerikanischen Öffentlichkeit, dann könnte man tat-

13 So Knut KIRSTE, *Die USA und Deutschland in der Golfkrise 1990/91, Fallstudie zum DFG-Projekt ‚Zivilmächte‘*, Universität Trier, 7.1.1998, S. 19 (<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/golf.pdf> [15.3.2007]).

sächlich meinen, Deutschland hätte damals die Chance zur *partnership in leadership* an der Seite Amerikas verspielt. Denn die Kritik in den USA war scharf: Den Deutschen mangle es an Courage, sie seien sich „schlicht zu fein und fühlten sich moralisch zu überlegen, um bei der Befreiung Kuwaits mitzuhelfen“; nach 40 Jahren alliierter Solidarität und der nachhaltigen Unterstützung der Wiedervereinigung durch die USA erschien die Bundesrepublik nun vielen amerikanischen Kommentatoren als opportunistisch und als „Trittbrettfahrer“.¹⁴ Deutschland müsse sich die Frage stellen, welchen Beitrag es künftig zu leisten bereit sei, um die Stabilität der Weltordnung und seine lebenswichtigen Interessen am Öl und an anderen Rohstoffen auch in Zukunft zu schützen. Auch das Argument der Verfassungswidrigkeit eines deutschen Militäreinsatzes außerhalb des Bündnisgebietes zählte aus dieser Perspektive nicht. Schließlich gehe es nicht um „juristische Paragraphenreiterei“, sondern um die Kernfrage: „Sind die Deutschen bereit, sich in die Welt hinauszuwagen?“¹⁵

Übersehen wurde dabei freilich, dass die Bundesrepublik Zeit brauchte, um sich den veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, ihre außenpolitischen Ziele neu zu definieren und entsprechende Diskussionsprozesse in Gang zu setzen. Denn die Verbündeten, vor allem in Europa, aber auch weite Teile der amerikanischen politischen Elite und Öffentlichkeit erwarteten von dem wiedervereinigten Deutschland ja keineswegs nur eine aktiv-gestaltende Führungsrolle; mindestens ebenso sehr erwarteten sie historisch begründete Sensibilität und gegebenenfalls auch Zurückhaltung.

Die Probe auf dieses Exempel hielt die langwierige jugoslawische Krise für die Bonner Politik bereit. Von Beginn an warben die Deutschen für die Anerkennung Kroatiens und Sloweniens, stießen dabei aber weder bei den EG-Partnern noch bei den USA auf besondere Gegenliebe. Als die Regierung Kohl die früheren jugoslawischen Republiken im Dezember 1991 unilateral anerkannte, übernahm sie sicherlich eine Führungsrolle und setzte die Verbündeten unter Druck. Der Preis hierfür bestand in erheblichen Differenzen mit den USA. In der Golf-Krise hatte sich die Bundesrepublik harscher Kritik wegen ihrer zu großen Zurückhaltung ausgesetzt gesehen; jetzt traf sie der Vorwurf des eigenmächtigen Vorgehens, des Alleingangs, der Tendenz, die Partner vor vollendete Tatsachen zu stellen und so fort.

Entsprechend rasch ruderte die Bundesregierung zurück. In der zweiten Phase des Jugoslawien-Konflikts war sie weitaus weniger aktiv: „Zurückhalten,

14 EBD, S. 29. Siehe auch Michael JOCHUM/Christopher DAASE, „Partner in einer Führungsrolle?“ *Das einige Deutschland aus der Sicht der USA*, in: Außenpolitik 43 (1992), S. 237–245.

15 Vgl. Frederick S. WYLE, *Die erhöhte Verantwortung der Deutschen. Plädoyer für eine neue Rolle in der internationalen Politik*, in: EA, Beiträge und Berichte 45 (1990), S. 732.

nicht vorpreschen“ – so lautete jetzt die Devise, die Bundeskanzler Kohl im Februar 1994 ausgab.¹⁶

Zwar stimmten deutsche und amerikanische Experten und Kommentatoren 1993/94 in ihrem Urteil weitgehend überein, dass Deutschland seine Interessen noch nicht definiert habe. Es sei gefangen in den Folgeproblemen der Einheit und ein unsicherer Partner geworden. Aber im Geflecht von amerikanischen Forderungen nach Lastenteilung, neuen Rollenerwartungen und alten Sorgen vor deutscher Dominanz wurde doch eines sonnenklar: Während der neunziger Jahre trat nämlich ein strukturelles Dilemma zutage, das weit über tagespolitische Ereignisse und Analysen hinauswies: Das deutsche Gewicht in der internationalen Politik war und ist zu groß, als dass es eine rein zurückhaltende, in Selbstbescheidung sich erschöpfende Außenpolitik erlauben würde. Aber es war und ist nicht groß genug dafür, dass Deutschland eine selbständige Führungsrolle spielen könnte; im Gegenteil, der Versuch, eine solche Führungsrolle zu übernehmen, dies zeigte die Jugoslawien-Krise eindrücklich, provozierte geradezu reflexhaft die Kritik und den Widerstand der übrigen Mitspieler: ein deutsches Dilemma also, das von ferne fast an die von Ludwig Dehio und Andreas Hillgruber so genannte „halb-hegemoniale“ Stellung des Kaiserreichs erinnert – freilich unter gänzlich anderen Vorzeichen.¹⁷

Im Übrigen haben die deutschen Regierungen seit 1990 durchaus nicht ohne Erfolg daran gearbeitet, trotz und mit diesem fortbestehenden Dilemma eine vernünftige und auch berechenbare Außenpolitik zu entwickeln. Lastenteilung und Übernahme neuer Rollen sind durch die verschiedenen internationalen Krisen – vom Irak, über Jugoslawien bis Afghanistan – vorangetrieben worden. Deutschland hat die verfassungsrechtlichen Hemmnisse für *out of area*-Einsätze konsequent beseitigt; 1999 nahmen deutsche Kampfflugzeuge am Kosovo-Krieg teil, und heute tragen die deutsche Politik und die Bundeswehr dazu bei, die internationale Stabilität zu sichern – ohne dabei die historisch bedingten, spezifischen Verpflichtungen auf Frieden, Nicht-Aggression und machtpolitische Zurückhaltung zu missachten.

Eine deutsch-amerikanische *partnership in leadership* begründete das alles freilich nicht – und dies gilt schon für die zweite Hälfte der Ära Kohl. Aber es ist auch fraglich, ob dieses Schlagwort jemals eine realistische Konstellation der internationalen Beziehungen meinen konnte. Dies liegt nicht nur an der machtpolitischen Ungleichheit der potentiellen Partner. Vielmehr hat sich auch

16 FAZ, 8.2.1994, zit. nach Knut KIRSTE, *Der Jugoslawienkonflikt, Fallstudie zum DFG-Projekt ‚Zivilmächte‘*, Universität Trier, 7.1.1998, S. 52 (<http://www.deutsche-aussenpolitik.de/resources/conferences/Jugo.pdf> [15.3.2007]).

17 Ludwig DEHIO, *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 1961, S. 13; Andreas HILLGRUBER, *Zwischen Hegemonie und Weltpolitik – Das Problem der Kontinuität von Bismarck bis Bethmann Hollweg*, in: DERS., *Deutsche Großmacht- und Weltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, Düsseldorf ²1979, S. 53–70, hier S. 53f.

die amerikanische Perzeption der Welt seit 1989 deutlich verändert. Die Aufmerksamkeit hat sich von Europa – und damit von Deutschland – ab- und anderen Weltregionen zugewandt. Vor allem Asien mit den aufstrebenden Mächten China und Indien steht im Mittelpunkt des Interesses. Machtstrategisch, militärisch und politisch-operativ richtete sich der Washingtoner Fokus ohnehin langfristig auf den Nahen Osten. Und in diesem Kontext ist doch sehr fraglich, ob die Deutschen eigene vitale Interessen unbedingt in jenen Regionen ausmachen mussten, wo sich der amerikanische Führungsanspruch hinwandte.

Insofern stimmt das hier verhandelte Thema auch eine Saite an, die manchen bedenklich stimmen mag. In Zeiten des Ost-West-Gegensatzes herrschte letztlich beiderseits des Atlantiks die Auffassung vor, Amerika und Europa – mit Deutschland als wichtigstem Partner – seien wechselseitig aufeinander angewiesen – sicherheitspolitisch, wirtschaftlich und nicht zuletzt im Sinne der westlichen Wertegemeinschaft. Ist dies heute noch uneingeschränkt der Fall? Man kann darüber geteilter Meinung sein, und noch sehr viel unsicherer erscheint die Frage, wie sich der transatlantische Kreis künftig entwickeln wird. Die USA verändern sich rapide, demographisch gewinnt das Element der nicht-europäischen Einwanderung immer größeres Gewicht. Und politisch suchen die USA nach neuen Wegen, ihren unilateralen Führungsanspruch zu gestalten. Europa, das im Übrigen immer stärker als *Union* wahrgenommen wird, spielt dabei eine substantielle, aber sicher nicht die zentrale Rolle. Umgekehrt verweist dies die neue, die Berliner Außenpolitik auf eine ihrer wichtigsten Daueraufgaben: nämlich den europäischen und den transatlantischen Kreis ihrer Wirksamkeit organisch so aufeinander zu beziehen, dass nicht „gaullistische“ und „atlantische“ Positionen auseinanderdriften.

Die USA, die europäische Einigung und die Politik Helmut Kohls

Von Klaus Larres

Die Grundtendenzen der amerikanischen Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit sind von der Forschung recht gut bearbeitet worden. Insbesondere die Forcierung der deutschen Westintegration durch die USA in den fünfziger Jahren und die vorzügliche Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen Außenminister John Foster Dulles und Konrad Adenauer sind bestens erforscht.¹ Auch die alles in allem recht gute Zusammenarbeit zwischen Helmut Kohl und Präsident George Herbert Walker Bush ist in den wesentlichen Zügen bekannt. Schließlich wurde nicht zuletzt die deutsche Vereinigung dadurch ermöglicht.² Mit wesentlichen neueren Erkenntnissen ist wohl nicht vor Öffnung der Archive zu rechnen. In dem vorliegenden Beitrag geht es vor allem darum, die Politik der USA gegenüber der europäischen Integration und der Einheit Europas in den 1980er Jahren zu untersuchen. Die Herstellung der europäischen Einigung war immerhin neben der Schaffung der deutschen Einheit das zweitwichtigste außenpolitische Ziel Helmut Kohls. Daneben soll aber auch Kanzler Kohls Amerikabild einer näheren Untersuchung unterzogen werden. Zunächst ist es jedoch notwendig, kurz auf die Grundzüge der Politik der USA gegenüber der europäischen Integration und den westlichen Verbündeten nach dem Zweiten Weltkrieg einzugehen.

Die Grundzüge der Politik der USA gegenüber der europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg

In den ersten beiden Dekaden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges unterstützten die USA die europäische Einigung mit Nachdruck. Dies geschah sowohl zum Nutzen der Europäer als auch zum eigenen Vorteil. Insbesondere mit dem Marshall-Plan von 1947 beabsichtigte Washington, den europäischen Kontinent und nicht zuletzt das völlig am Boden zerstörte (West-)Deutschland durch großzügige finanzielle und materielle Hilfe zu rekonstruieren. Die Truman-Administration war überzeugt, dass nur ein integrierter europäischer Kon-

1 Siehe Detlef FELKEN, *Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959*, Bonn 1992.

2 Vgl. beispielsweise Heinrich BORTFELDT, *Washington-Bonn-Berlin. Die USA und die deutsche Einheit*, Bonn 1993; Robert L. HUTCHINGS, *American diplomacy and the end of the Cold War. An insider's account of U.S. policy in Europe, 1989–1992*, Washington, DC, 1997; Alexander von PLATO, *Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle*, Berlin 2002.

inent in der Lage sein würde, eine einheitliche Front gegenüber der militärischen und ideologischen Bedrohung aus dem Osten aufzubauen. Nur solch ein Europa würde zudem die Möglichkeit der Rekonziliation der jungen Bundesrepublik Deutschland mit der französischen Siegermacht bieten und womöglich die Entwicklung einer deutsch-französischen Freundschaft erlauben.³

In der Literatur wird daher gerne von der amerikanischen Strategie der „doppelten Eindämmung“ gesprochen.⁴ Die Sowjetunion sollte ökonomisch und ideell durch die europäische Einigung und militärisch durch die 1949 gegründete NATO eingedämmt werden. Die Integration der Bundesrepublik in die westliche Welt mittels der europäischen Einigung (und später dann auch durch die westdeutsche NATO-Mitgliedschaft) sollte es Deutschland unmöglich machen, erneut einen Sonderweg einzuschlagen und hegemonialen Versuchen nachzugeben. Gleichzeitig konnte so dem Wunsch Konrad Adenauers, des ersten Kanzlers der Republik, entsprochen werden, der immer wieder betonte, wie wichtig es sei, die junge Bundesrepublik als gleichberechtigten und souveränen Staat zu behandeln. Nach anfänglichem Zögern unterstützten die USA den Wunsch Adenauers. Man erkannte, dass dies dem neuen Staat Selbstvertrauen und Respekt geben würde, beides notwendige Voraussetzungen, damit die Bundesrepublik sich zu einem konstruktiven westlichen Partner entwickeln konnte.

In Washington ging man davon aus, dass die doppelte Eindämmung der Bundesrepublik und der UdSSR Europa letztlich stabilisieren und langfristig zu einem friedliebenden Kontinent machen würde. Daneben waren die Politiker in der amerikanischen Hauptstadt davon überzeugt, dass die Entwicklung eines friedlichen und demokratischen Europas nur durch wirtschaftlich prosperierende Staaten möglich sein würde. Die Umwandlung des zerstörten Europas in einen wohlhabenden Kontinent schien aber nicht ohne die Schaffung eines einheitlichen Marktes möglich zu sein. Die Lehren von Amerikas eigener Vergangenheit wie auch die föderalistische Struktur der USA dienten als Modell für die Integration Europas und für die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes. Dies, so hoffte man in den USA, würde die Entstehung eines öko-

3 Vgl. Klaus SCHWABE, *The United States and European Integration, 1947–1957*, in: Clemens WURM (Hg.), *Western Europe and Germany. The Beginnings of European Integration, 1945–1960*, Oxford 1995, S. 115–135; Michael HOGAN, *The Marshall Plan. America, Britain and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1962*, Cambridge 1987; Clifford HACKETT, *Monnet and the Americans. The Father of a United Europe and his US Supporters*, Washington, DC, 1995.

4 Vgl. die Diskussion in Hans-Jürgen SCHRÖDER, *USA und westdeutscher Wiederaufstieg (1945–1952)*, in: Klaus LARRES/Torsten OPPELLAND (Hg.), *Deutschland und die USA. Geschichte der politischen Beziehungen*, Darmstadt, 1997, S. 106f. Siehe auch Wolfram HANRIEDER, von dem der Ausdruck stammt, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1992*, 2. Aufl., Paderborn 1995.

nomischen Nationalismus verhindern und zu einem wirklich freien und multilateralen transatlantischen ökonomischen System führen. Diese Strategie schien auch den Vorteil zu haben, in absehbarer Zeit die Fortsetzung der enormen materiellen Hilfsleistungen der USA an die meisten westeuropäischen Länder unnötig zu machen.

Insgesamt wurde in Washington damit gerechnet, dass in wenigen Jahren die heilenden Kräfte des Marktes mittels der europäischen Integration ihren Siegeszug auf dem alten Kontinent antreten würden. Die aktive amerikanische Einmischung in die Verhältnisse in Europa und die Lieferung von Hilfsgütern wurden sowohl von der Truman-Administration als auch von der nachfolgenden Eisenhower-Regierung als vorübergehend und zeitlich befristet angesehen.⁵

Die Gründe für Washingtons Unterstützung für die europäische Integrationsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg können daher kaum als ausschließlich altruistisch beurteilt werden. Die europäische Integration wurde stattdessen in Washington als „deus ex machina“ angesehen, mit der die USA die politischen, ökonomischen und indirekt auch die militärischen Probleme der Nachkriegszeit lösen wollten. Denn die wirtschaftliche Erholung des alten Kontinents sollte es den Europäern, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, auch ermöglichen, starke militärische Kräfte aufzubauen und dem westlichen Lager für die Abwehr einer eventuellen sowjetischen Invasion Westeuropas zur Verfügung zu stellen. Ein militärisch wiedererstarktes Europa würde es den USA erlauben, die große Anzahl der in vielen Ländern des Kontinents, nicht zuletzt in Westdeutschland, stationierten amerikanischen Truppen deutlich zu reduzieren. Dies war ein wichtiger Gesichtspunkt. Immerhin war die amerikanische Regierung darauf angewiesen, vom Kongress die Gelder zur Führung des Kalten Krieges bewilligt zu bekommen. Jeder amerikanische Präsident konnte zudem davon ausgehen, dass die Beteiligung der Europäer an den Lasten der amerikanischen Hegemoniepolitik vom Kongress wie auch von der amerikanischen Bevölkerung sehr begrüßt werden würde.⁶

5 Vgl. Federica ROMERO, *US Attitudes towards Integration and Interdependence. The 1950s*, in: Francis H. HELLER/John R. GILLINGHAM (Hg.), *The United States and the Integration of Europe. Legacies of the Postwar Era*, London, 1996, S. 103–121; John KILLICK, *The United States and European Reconstruction, 1945–1960*, Edinburgh 1997, S. 65ff. Ein ausgezeichnete Überblick auch in Klaus SCHWABE, *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1989 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*, Paderborn 2006, S. 188ff.

6 Präsident Eisenhower hoffte, dass die USA dann ein wenig entspannen könnten. Die Einheit Europas würde den Frieden der Welt bewahren und letztendlich auch die sowjetischen Satellitenstaaten zum Westen ziehen. Siehe Foreign Relations of the United States (FRUS), 1955–1957, Bd. IV, S. 349, 21. Nov. 1955.

Die Vereinigten Staaten waren überzeugt, dass das ganze überaus komplexe System zur demokratischen Rekonstruktion Europas letztendlich funktionieren würde, da es beiden Seiten große Vorteile brachte. Es konnte daher davon ausgegangen werden, dass beide Seiten Interesse an der erfolgreichen Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Systems haben würden.⁷

Doch die europäische Integration funktionierte nicht so, wie die Politiker in der amerikanischen Hauptstadt sich das vorgestellt hatten. Der einheitliche Markt wurde erst Anfang der neunziger Jahre verwirklicht, also mehr als 40 Jahre später, als die USA sich das gewünscht hatten. Erst der nicht zuletzt unter dem Eindruck der deutschen Vereinigung und unter maßgeblicher Verantwortung von Helmut Kohl und François Mitterrand, dem französischen Ministerpräsidenten, zustande gekommene Maastrichter Vertrag von 1991/92 schuf die Voraussetzungen für einen einheitlichen europäischen Markt und für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU).⁸

In den Dekaden zuvor war es lediglich zu sektoralen Integrationsschüben gekommen, die auch bis in die siebziger Jahre im wesentlichen auf die sechs Gründernationen der Europäischen Gemeinschaft beschränkt geblieben waren. Zudem war die EG lange Zeit eine protektionistische und diskriminierende Wirtschaftsgemeinschaft, die auch nicht davor zurückschreckte, die ökonomische Konkurrenz der USA und des Dollars aus Europa mittels überhöhter Zölle und Exportbeschränkungen herauszuhalten.⁹ Während der fünfziger und auch noch während der sechziger Jahre war Washington durchaus gewillt, dies zu tolerieren. Letztlich, so hoffte man, würde sich die ursprüngliche Vision der USA für die Verwirklichung eines einheitlichen und freien europäischen Marktes doch noch erfüllen. Bis Ende der sechziger Jahre ging es den USA wirtschaftlich noch recht gut. Die ökonomische Diskriminierungspolitik der Europäer konnte daher relativ gut verschmerzt werden; sie war ärgerlich, doch stellte sie für Washington kein ernsthaftes Problem dar. Zudem ging man davon aus, dass die enormen ökonomischen Vorteile, die ein einheitlicher Markt auch den USA bringen würden, letztlich alle anfänglichen Opfer aufwiegen würden.¹⁰

Erst als sich die ökonomische Situation Amerikas seit Ende der sechziger Jahre, nicht zuletzt unter den Belastungen des Vietnamkrieges, deutlich verschlechterte, ergaben sich immer mehr und immer schwerwiegendere transatlantische Handelskonflikte. Diese hatten auch tiefe Auswirkungen auf das po-

7 Vgl. ROMERO (wie Anm. 5), S.103–121; KILLICK (wie Anm. 5), S.65ff.

8 Vgl. Stefan FRÖHLICH, „Auf den Kanzler kommt es an.“ *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik*, Paderborn 2001, S.187ff.

9 Siehe für die amerikanische Sicht: FRUS 1958–1960, Bd. VII, Teil 1, S. 61–64 (29. Juli 1958), 218–220 (16. Dez. 1959).

10 Vgl. ROMERO (wie Anm. 5), S. 114–118.

litische Vertrauensverhältnis der transatlantischen Partner zueinander, zumal die Europäer, nicht zuletzt die Bundesrepublik, durch das nach wie vor hohe eigene Wirtschaftspotential ein immer größeres Selbstbewusstsein entwickelten. Die sogenannte Ära der Entspannung tat ein übriges. Die militärische Bedrohung durch die Sowjetunion wurde in den siebziger Jahren von den meisten Europäern als gering empfunden. Gelegentlich wurde gar davon gesprochen, dass der Nuklearschirm der Amerikaner überflüssig geworden sei.¹¹

Die USA waren jedoch immer weniger gewillt, die zunehmende Unabhängigkeit der Europäer von der etablierten amerikanischen Vormachtstellung zu akzeptieren. Das Resultat waren die krisengeschüttelten transatlantischen Beziehungen der siebziger und frühen achtziger Jahre.¹² Es ist vielleicht nicht übertrieben zu behaupten, dass vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und der nuklearen Schutzgarantie der USA die Geschichte der transatlantischen Beziehungen, einschließlich der deutsch-amerikanischen Beziehungen, im Grunde die „Geschichte der ständigen Emanzipation der Europäer aus der amerikanischen Hegemonie“ darstellt.¹³

Im deutsch-amerikanischen Verhältnis waren insbesondere die Jahre von 1977 bis 1982, als Jimmy Carter in Washington und Helmut Schmidt in Bonn regierten, sehr schwierig. Beide Politiker und mancher ihrer führenden Mitarbeiter kamen persönlich äußerst schlecht miteinander aus. Zudem handelte es sich um eine krisengeschüttelte Zeit, die von einer ernsten weltweiten Wirtschaftskrise und der zweiten Ölkrise charakterisiert war. Aber auch viele dramatische internationale politische Umwälzungen und Entwicklungen fanden statt (die iranische Revolution beispielsweise; die sowjetische Invasion Afghanistans), die zu zahlreichen öffentlichen Demütigungen der USA führten.¹⁴

Während Carter daher bald zunehmend den Druck der amerikanischen Öffentlichkeit fühlte, die führende Stellung Amerikas in der Welt zu betonen und wiederherzustellen und seine Wirtschaftspolitik in Ordnung zu bringen, erfreute sich Kanzler Schmidt hohem internationalen Ansehen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik beruhte vor 1990 weitgehend auf dem „free rider“-Prinzip und war mit Ausnahme der Ost-West Beziehungen nur selten von den

11 Für eine schnelle Orientierung, vgl. SCHWABE, *Weltmacht und Weltordnung* (wie Anm. 5), S. 295ff.

12 Vgl. Wolfram F. HANRIEDER, *The German-American Connection in the 1970s and 1980s. The Maturing of a Relationship*, in: Carl C. HODGE/Cathal J. NOLAN (Hg.), *Shepherd of Democracy? America and Germany in the Twentieth Century*, Westport, Conn., 1992, S. 105–121.

13 Ernst-Otto CZEMPIEL, zitiert in Friederich MIELKE, *USA und Europa – Partner oder Rivalen? Die Krise der transatlantischen Beziehungen* (Rissener Einblicke), Hamburg 2004, S. 9.

14 Für die bis heute anhaltenden enormen Auswirkungen der iranischen Geiselnahme auf die Psyche und Politik der USA, vgl. Mark BOWDEN, *Guests of the Ayatollah. The First Battle in the West's War with Militant Islam*, London 2006.

großen internationalen Krisen der Zeit direkt betroffen. Zudem florierte die westdeutsche Wirtschaft nach wie vor recht gut, und der selbstbewusste Schmidt fühlte sich des öfteren veranlasst, dem in die Defensive gedrängten Carter gutgemeinte Ratschläge für die Politik der USA zu geben.¹⁵

Ronald Reagans Einzug ins Weiße Haus im Januar 1981 änderte daran nichts. Im Gegenteil. Die Politik des streng anti-kommunistischen Reagan, der anfänglich auf einen Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion setzte, verschlechterte das Verhältnis zur Bundesrepublik weiter. In Bonn hatten schließlich alle Parteien aus vornehmlich innerdeutschen Gründen großes Interesse an der Fortsetzung der Entspannungspolitik der siebziger Jahre. Anfang der achtziger Jahre, kurz vor der Regierungsübernahme Helmut Kohls, war das deutsch-amerikanische Verhältnis so schlecht wie nie zuvor; lediglich 2002/03, im Zeichen des Irakkrieges, konnte eine noch ernstere Krise in den transatlantischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen verzeichnet werden.

Helmut Kohl und Amerika

In seiner ersten Rede als Kanzler am 13. Oktober 1982 beschrieb Kohl sein politisches Programm als eine „Politik der Erneuerung“. Zwar bezog er sich vor allem auf die deutsche Innenpolitik, als er von einer „geistig-moralischen Wende“ sprach, die er herbeiführen wollte, doch der neue Kanzler war auch fest davon überzeugt, die Grundlagen der westdeutschen Außenpolitik erneuern zu müssen. Vor allem hoffte er, die krisengeschüttelte deutsch-amerikanische Freundschaft „stärken“ und „stabilisieren“ zu können. Daher beabsichtigte er, schon wenige Wochen nach Amtsübernahme einen Antrittsbesuch in den USA zu absolvieren.¹⁶

Die gewaltigen – und teilweise auch gewalttätigen Demonstrationen – in der Bundesrepublik gegen die Nachrüstungspolitik des westlichen Bündnisses gleich zu Beginn der Ära Kohl und einer auch von weiten Bevölkerungskreisen geteilten großen Skepsis gegenüber der Politik Ronald Reagans könnten auf einen tiefen westdeutschen Antiamerikanismus hinweisen. Doch die Krise in den deutsch-amerikanischen Beziehungen in den siebziger und achtziger Jahren war weit weniger im Grundsätzlichen verankert, als oftmals angenommen wurde. Vielmehr handelte es sich vor allem mehr um eine weitverbreitete Anti-Reagan-Stimmung als um eine tiefe anti-amerikanische Haltung der Westdeutschen.¹⁷

15 Vgl. Klaus WIEGREFFE, *Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen*, Berlin 2005.

16 Helmut KOHL, *Erste Regierungserklärung*, 13. Oktober 1982, in: Deutscher Bundestag, Sten. Ber., 9. WP, 121. Sitzung, S. 7213–7229, hier S. 7220ff.

17 Zu den Protesten und Demonstrationen vgl. Helmut KOHL, *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005, S. 194–197.

Insofern gibt es gewisse Parallelen zwischen der skeptischen bis feindlichen Anti-Bush-Stimmung der Jahre nach dem Irakkrieg von 2002/03 und der Anti-Reagan-Stimmung in der Bundesrepublik in den achtziger Jahren. In beiden Fällen hatte dies recht wenig mit grundsätzlichem Antiamerikanismus, aber sehr viel mit großer Skepsis gegenüber der jeweiligen Administration in Washington zu tun. Durch zeitgenössische Meinungsumfragen lässt sich belegen, dass in fast allen Jahren in den siebziger und achtziger Dekaden die westdeutsche Unterstützung für die NATO und für die amerikanische Truppenpräsenz in Deutschland unverändert groß war. In der Tat war die pro-amerikanische Stimmung in der Bundesrepublik in diesen beiden Dekaden so groß wie in keinem anderen europäischen Land. Lediglich in der Republik Irland gab es eine noch stärkere pro-amerikanische Haltung während dieser Jahre.¹⁸

Trotz der Auseinandersetzungen um die Nachrüstung gleich zu Beginn der Ära Kohl und der großen Bedenken gegenüber der Politik der Präsidenten Carter und Reagan, die die meisten Westdeutschen hegten, waren die Voraussetzungen für den neuen Kanzler, das Verhältnis zu den USA wieder zu bereinigen, daher nicht schlecht. Daneben war es für den neuen und international unerfahrenen Kanzler, der auf innenpolitisch nicht unumstrittene Art und Weise zum Bundeskanzleramt gekommen war,¹⁹ ohnehin ratsam, sich des Wohlwollens und der Unterstützung der westlichen Supermacht zu versichern. Aber im Falle Kohls war dies nicht nur eine politische Taktik. Der neue 52-jährige Kanzler war ein echter und überzeugter Atlantiker, der zutiefst von dem Wert der deutsch-amerikanischen Partnerschaft überzeugt war. Diese Partnerschaft, so glaubte er, war ein Teil der westdeutschen Staatsräson. Immerhin hatte die enge Bindung der Bonner Republik an die USA die Deutschen zu echten Demokraten gemacht und sie wieder allgemein zu respektierten Mitgliedern der internationalen Völkergemeinschaft aufsteigen lassen.²⁰

Gelegentlich ließen sich Kohls Enthusiasmus für den europäischen Integrationsprozess, sein tiefer Patriotismus und seine Überzeugung von den kulturellen Werten der deutschen Nation und von der Notwendigkeit der deutschen Einheit nicht mit seiner pro-amerikanischen Haltung in Übereinstimmung bringen. Doch dies waren Ausnahmen und der Kanzler wusste es meist zu verhindern, dass er sich zu oft oder in einem zu offenen Gegensatz zu Washington befand. Die große Ausnahme war wohl Reagans Bitburg-Besuch des Jahres 1985. Kohl zeigte sich wenig kompromissbereit und bestand ungeachtet

18 Vgl. Geir LUNDESTAD, *The United States and Western Europe since 1945. From „empire“ by invitation to transatlantic drift*, Oxford 2003, S. 222.

19 Vgl. die Ausführungen von Helmut Schmidts Regierungssprecher, Klaus BÖLLING, *Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt. Ein Tagebuch*, Hamburg 1982.

20 Clay CLEMENS, *Kohl's Image of America*, in: Wolfgang-Uwe FRIEDRICH (Hg.), *Germany and America. Essays in Honor of Gerald R. Kleinfeld*, Oxford 2001, S. 180.

der weltweiten Kontroverse über die SS-Gräber auf dem Bitburger Friedhof, den er und der Präsident gemeinsam aufsuchen wollten, recht unnachgiebig auf dem vereinbarten Besuch des Präsidenten.²¹

Aber beispielsweise bei Reagans Verhandlungen mit Michail Gorbatschow über die Reduzierung oder gar Abschaffung der Mittelstreckenraketen Mitte der achtziger Jahre und in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über die Kurzstreckenwaffen 1987–89 war es Kohl, der im Gegensatz zur britischen Premierministerin Thatcher und dem französischen Ministerpräsidenten Mitterrand pragmatisch reagierte. Trotz vieler privater Bedenken legte der Kanzler große Kompromissbereitschaft an den Tag und ermutigte Reagan auch, die Verhandlungen mit Moskau aufzunehmen.²² Kohl war im Grunde immer darauf bedacht, eine offene Konfrontation mit Washington zu vermeiden und letztendlich einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu erreichen. Falls dies aber nicht möglich schien, war er in der Regel bereit nachzugeben. Die USA-Politik Kohls zeigte damit durchaus eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen Konrad Adenauers, der bei aller willensstarken Beharrlichkeit doch letztlich bereit war, der westlichen Hegemonialmacht gegenüber klein beizugehen, wenn es sich als notwendig erwies.²³ Doch womöglich hatte Kohl auch aus Helmut Schmidts wenig glücklichem Umgang mit Jimmy Carter Lehren gezogen.

Dabei kannte Helmut Kohl die USA wesentlich weniger gut als Schmidt. Im Grunde war ihm Amerika nur von offiziellen Besuchen bekannt, wobei er meist lediglich die großen Städte und gelegentlich eine der berühmten Universitäten des Landes besuchte. Kohl reiste nie in den USA herum, kannte den Mittleren Westen und andere Landesteile kaum und verbrachte auch nie einen Urlaub in Amerika. Dennoch fand er es nicht schwer, sich auf Amerika einzustellen. Er war selbst in einer Provinzstadt aufgewachsen, und sein eigenes ländliches Selbstverständnis korrespondierte mit dem Selbstverständnis vieler Amerikaner. Es gab etwas Solides, Natürliches und Kumpelhaftes in Amerika, das er mochte. Zugleich waren die USA ein überaus dynamisches, fantasievolles und sehr optimistisches Land, das auf tiefen konservativen Wertvorstellungen beruhte, mit denen er sich leicht identifizieren konnte. Kohls überzeugter Katholizismus half ihm, die tiefe Religiosität und manch moralistische Überzeugungen vieler Amerikaner zu verstehen.²⁴

21 Für KOHLS Sicht vgl. seine *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 348ff. Siehe auch Geoffrey H. HARTMAN, *Bitburg in Moral and Political Perspective*, Bloomington 1986; Theo HALLET, *Umstrittene Versöhnung. Kohl und Reagan in Bitburg 1985*, Erfurt 2005.

22 Vgl. KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 392ff., S. 404ff., S. 635ff.

23 Vgl. die Adenauer-Biographie von Hans-Peter SCHWARZ. Bd. 1: *Adenauer. Der Aufstieg, 1876–1952*. Bd. 2: *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1986, 1991.

24 Vgl. CLEMENS (wie Anm. 20), S. 179–185.

Helmut Kohl hatte daher keinerlei Verständnis für die anti-amerikanischen Tendenzen der 1968er Protestgeneration. Er hatte noch weniger Verständnis für die linkslastigen, anti-nationalen westdeutschen Intellektuellen späterer Jahre, die seiner Ansicht nach die westdeutsche Medienlandschaft dominierten und seine eigene Regierung lächerlich machten, als inkompetent bezeichneten und den Kanzler als provinziell, der sich gegenüber seinen amerikanischen Freunden nicht durchzusetzen traute.²⁵

Die Rolle von Persönlichkeiten ist in der Politik immer von großer Bedeutung, doch nirgendwo mehr als in den USA. Kohl war sich dessen bewusst, zumal sein eigener Regierungsstil dem vieler amerikanischer Politiker nicht unähnlich war. Das berühmte „System Kohl“ – ein komplexes und sehr weites Netzwerk von politischen Freunden und Bekannten, die sich sehr eng vertrauten, sich gegenseitig stützten und vor allem Kohl gegenüber streng loyal waren – wäre vielen amerikanischen Politikern wohlbekannt vorgekommen.²⁶ Für Kohl bedeutete Politik machen, sich mit Personen auseinandersetzen, sowohl mit Freunden als auch mit Feinden: sie kennenzulernen, ihre Stärken und Schwächen zu realisieren, sie zu beeinflussen und wenn nötig für seine eigenen Ziele verfügbar zu machen. Die amerikanische Politik beruht auf allen Ebenen, von der Lokalpolitik einer Provinzstadt über das Kommitteesystem des Kongresses bis hin zu der Notwendigkeit des Präsidenten, sich auf zahllose ungewählte Berater und Beamte verlassen zu müssen, auf einem ganz ähnlichen Mechanismus. Daher war Helmut Kohls auf den ersten Blick überraschende Fähigkeit, enge Beziehungen zu so unterschiedlichen Präsidenten wie Ronald Reagan, George Bush und Bill Clinton aufzubauen, bei näherem Hinsehen weniger aufsehenerregend. Im Grunde handelte es sich um die erfolgreiche Anwendung des System Kohls auf internationaler Ebene.

Auf allen Ebenen war es zudem schwierig, sich dem Charme und der rheinischen Ausstrahlung des Kanzlers, seinem Humor und seiner Kameraderie und Kumpanei zu entziehen. Zudem hatte Kohl ein eindrucksvolles Gedächtnis (und ein ausführliches Notizbuch), um sich die Namen und persönlichen Interessen und Probleme seiner Gesprächspartner zu merken. Dadurch gelang es ihm immer wieder, einen schnellen Kontakt herzustellen. Dies war ihm nicht nur mit deutschen Politikern möglich, bei denen Kohl in der Regel der hierarchisch höher gestellte und oft auch intellektuell überlegenere, da besser informierte, Gesprächspartner war, sondern auch mit ausländischen Staatsmän-

25 Vgl. KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 38f.; auch Harald MÜLLER und Thomas RISSE KAPPEN, *Origins of Estrangement. The Peace Movement and the Changed Image of America in West Germany*, in: *International Security* 12 (1987), S. 52–88.

26 Vgl. Karl-Rudolf KORTE, *The Art of Power. The ‚Kohl System‘. Leadership and Deutschlandpolitik*, in: Clay CLEMENS/William E. PATERSON (Hg.), *The Kohl Chancellorship*, (Sonderausgabe) *German Politics*, 7/1, April 1998, S. 64–90.

nern und Beratern, einschließlich amerikanischen Präsidenten und ihren Außenministern. Doch bei diesen war Kohl der Juniorpartner, dem insbesondere in den frühen achtziger Jahren, als noch unerfahrener Kanzler, sehr daran gelegen war, sich auf internationalem Parkett als gleichberechtigter Staatsmann behandelt zu sehen. Denn Kohls nicht unangefochtene Stellung in der deutschen Politik und in seiner eigenen Partei vor 1990 konnte womöglich durch eine enge Beziehung zum amerikanischen Präsidenten deutlich gestärkt werden.

Als Kohl in seiner Antrittsrede als Kanzler vor dem Bundestag im Oktober 1982 seine Absicht verkündete, in naher Zukunft die USA besuchen zu wollen, hatte er daher nicht nur das Wohl seines Landes, sondern auch seine eigene politische Zukunft vor Augen. Ein glanzvoller Besuch in Washington und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Präsident Reagan erschienen ihm innen- und außenpolitisch von großem Vorteil zu sein. Kohl beschloss daher, die immer stärkere Friedensbewegung in der Bundesrepublik zu ignorieren (deren Mitglieder ihn ohnehin nie wählen würden) und in seiner Antrittsrede, seine starke Unterstützung für die Sicherheitspolitik Präsident Reagans herauszustellen.²⁷

Kohl zögerte nicht, seine volle und „uneingeschränkte“ Unterstützung für den Nachrüstungsbeschluss der NATO vom Dezember 1979 zu betonen, wie er es auch bereits gegenüber seinem ersten ausländischen Besucher als Kanzler, dem sowjetischen Politiker Michail Solomenzew, getan hatte.²⁸ Kohl erklärte in seiner Antrittsrede vor dem Bundestag, dass er voll und ganz die Absicht des Westens unterstütze, mit der UdSSR in Genf zu verhandeln, um die Aufstellung der neuen Mittelstreckenraketen unnötig zu machen. Sollte Moskau bereit sein, seine auf europäische Großstädte und Militäranlagen ausgerichteten SS-20-Raketen abzubauen, so werde die NATO keine neuen Mittelstreckenraketen stationieren. Weigere sich Moskau allerdings, die bereits seit mehreren Jahren in Stellung gebrachten SS-20 Raketen, mit ihren drei separat abzufeuernenden nuklearen Sprengköpfen abzubauen, so werde der Westen gezwungen sein, 108 Pershing II Raketen in der Bundesrepublik und 464 Cruise missiles in Großbritannien, Italien, Holland und Belgien zu stationieren. Kohl beabsichtigte dem Beschluss der NATO nachzukommen und Ende 1983 mit der Aufstellung der Pershing Raketen zu beginnen, falls die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen scheitern sollten.

Dies war eine couragierte, wenn auch nicht unerwartete Ankündigung, die dem neuen Kanzler jedoch gleich einen großen Vertrauensvorschuss in Washington einbrachte. In späteren Jahren würde Kohl erklären, dass seine Unterstützung und Durchführung des Nachrüstungsbeschlusses der NATO letzt-

27 KOHL, *Erste Regierungserklärung* (wie Anm. 16).

28 KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 38f.

lich geholfen hätte, die Amerikaner nur sieben Jahre später zu überzeugen, nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989, den Prozess der deutschen Einheit zu unterstützen – ungeachtet des starken Widerstandes aus Moskau, London und Paris.²⁹

Kohl war davon überzeugt, dass der Nachrüstungsbeschluss durchgeführt werden müsste, falls die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf scheiterten, um den sowjetischen Vorsprung bei den Mittelstreckenraketen wettzumachen. Doch angesichts der ersten Spannungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen war sich der Kanzler auch darüber im Klaren, dass es nicht weniger wichtig war, die Reagan-Administration davon zu überzeugen, dass die Bundesrepublik nach wie vor ein loyaler und absolut zuverlässiger Bündnispartner war. Dies versicherte er Reagan auch bereits während eines kurzen Treffens in Moskau am Rande der Begräbnisfeierlichkeiten für Leonid Breschnew am 10. November 1982 und dann wiederholt während seines ersten Amerikabesuches als Kanzler vom 14. bis 16. November.³⁰ Während es Kohl damit gelang, alle sicherheitspolitischen Bedenken der Reagan-Administration gegenüber der Bündnistreue der Bundesrepublik zu zerstreuen, war es ihm kaum möglich, die kühle bis ablehnende Haltung Washingtons gegenüber dem Prozess der europäischen Integration zu beeinflussen.

Ronald Reagan und die europäische Integration in den achtziger Jahren

In seinen Memoiren äußert sich Helmut Kohl sehr lobend über den 40. Präsidenten der USA, den er ungeachtet der schweren Kritik, die in den deutschen Medien an Reagan geübt wurde, als einen Mann „von Format“ bezeichnet und dessen „klaren Blick auf die Weltlage“ er bewundernd hervorhebt.³¹ Da er Reagan bereits als Oppositionsführer in Bonn empfang, als der Präsidentschaftskandidat keinen offiziellen Termin in Helmut Schmidts Kanzleramt erhielt, fühlte Reagan sich ihm verbunden.³² Es mag auch sein, wie Kohl schreibt, dass Reagan große „Interessen und Sympathien für Deutsche, deutsche Geschichte und europäische Kultur hatte“³³, doch machte der Präsident seinen europäischen Verbündeten das Leben nicht einfach. Reagan hatte sich das Ziel gesetzt, die seiner Ansicht nach unter Carter mit Füßen getretene internationale Vormachtstellung der USA voll und uneingeschränkt wieder herzustellen. Dies galt nicht nur für das Verhältnis zur sowjetischen Supermacht. Dies galt auch und insbesondere für die amerikanische Hegemonialstellung

29 Helmut Kohl, Interview mit dem Autor am 20. Mai 2005 in Berlin.

30 KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 62f.

31 EBD. S. 63f.

32 So zumindest KOHL, EBD. S. 138.

33 EBD. S. 138.

in den transatlantischen Beziehungen. Reagan war nicht gewillt hinzunehmen, dass den USA von den Verbündeten auf dem Kopf herumgetanzt wurde, wie er die Resultate der transatlantischen Krisen der letzten Jahre interpretierte.

Die neue Reagan-Regierung ignorierte daher weitgehend die seit den sechziger Jahren stark angewachsene Wirtschaftsmacht und das gestiegene Selbstvertrauen der Europäer. Die Administration bemühte sich auch, die durch die Ära der Entspannung hervorgerufenen Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis und die subtilen Machtverschiebungen innerhalb des westlichen Lagers weitgehend zu negieren. Die transatlantischen Beziehungen der achtziger Jahre wurden daher vor allem von den oftmals divergierenden sicherheits- und wirtschaftspolitischen Interessen der westlichen Verbündeten dominiert. Den zahlreichen transatlantischen Krisen lagen nicht zuletzt recht unterschiedliche Auffassungen darüber zugrunde, ob der Kalte Krieg den Westen in seiner Existenz nach wie vor gefährdete oder sich zu einem doch recht harmlosen Konflikt entwickelt hatte.³⁴

Während bis dahin fast alle amerikanischen Präsidenten den Prozess der europäischen Integration zumindest rhetorisch gutgeheißen hatten, machte sich Reagan gar nicht mehr die Mühe, sein Desinteresse an dem europäischen Einigungsprozess zu verbergen. In der Tat, Reagans neue Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion machte es schwierig, wenn nicht unmöglich, das Verhältnis zu den Verbündeten grundsätzlich zu überdenken. Die Rückkehr zu dem traditionellen Kalten Krieg der fünfziger und sechziger Jahre, die die ersten Jahre von Ronald Reagans Amtszeit charakterisierte, bedeutete auch, dass die Administration wie selbstverständlich die Bündnistreue der Alliierten voraussetzte. Washington neigte während dieser Zeit dazu, jede Kritik am außenpolitischen Kurs der Administration überzubewerten und beinahe als Verrat an der westlichen Vormacht zu interpretieren.³⁵

Im Hinblick auf Reagans Politik gegenüber der Sowjetunion ist es sinnvoll, zwischen seiner ersten und zweiten Amtsperiode zu differenzieren. Erst ab etwa 1984/85 begann der Präsident eine kooperationsbereite und weniger unachgiebige Politik gegenüber Gorbatschows UdSSR zu verfolgen. Auch wenn dies dazu beitrug, Washingtons Beziehungen zu den Verbündeten erheblich zu verbessern, erwartete Reagan doch nach wie vor, dass sich die Europäer der hegemonialen Führung der USA widerspruchslos anschließen sollten. Zu Beginn seiner Präsidentschaft sprach Reagan beispielsweise davon,

34 Vgl. Coral BELL, *The Reagan Paradox. US Foreign Policy in the 1980s*, New Brunswick, NJ, 1989; Michael JOCHUM, *Der Zerfall des sicherheitspolitischen Konsenses und die Verschärfung der Wirtschafts- und Währungskrisen (1981–1989)*, in: LARRES/OPPELAND (wie Anm. 4), S. 204ff.

35 Vgl. Geir LUNDESTAD, *The United States and Western Europe under Ronald Reagan*, in: David E. KYVIG (Hg.), *Reagan and the World*, New York 1990, S. 47–62.

dass er es sich durchaus vorstellen könne, mit der UdSSR in einen nuklearen Schlagabtausch zu treten. Eine solche Auseinandersetzung hätte natürlich vornehmlich über Europa stattgefunden und den größten Teil des Kontinents zerstört. Eine ähnliche Bereitwilligkeit, sich von europäischen Sicherheitsinteressen zu distanzieren, betraf die Entwicklung der *Strategic Defence Initiative* (SDI). Falls sich dieses Projekt je in seiner ursprünglichen Form hätte verwirklichen lassen, dann wären die USA immun vor nuklearen sowjetischen Angriffen gewesen, während den Europäern aller Voraussicht nach ein solcher Schutz nicht zur Verfügung gestanden hätte. Konsultationen darüber fanden nur nach Protesten der Europäer und dann auch nur zögerlich statt.

Reagans Verhandlungen mit dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow während des Gipfeltreffens in Reykjavik im Oktober 1986 hätte beinahe zur Abschaffung aller ballistischen Waffensysteme in Ost und West geführt. Obwohl eine solche Entwicklung die Zukunft des europäischen Kontinents ganz entscheidend beeinflusst hätte, hielt Reagan es nicht für notwendig, die europäischen Verbündeten zuvor zu konsultieren. Im Gegenzug vereinbarten daher Kohl und Mitterrand nicht nur in wirtschaftspolitischen, sondern auch in sicherheitspolitischen Belangen eng zu kooperieren.³⁶ Auch Reagans und Gorbatschows sogenanntes doppeltes Nullabkommen von 1987/88, welches die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen aus Europa vorsah, und Reagans Vorschlag von 1988, die Kurzstreckenraketen der NATO vom Typ Lance zu modernisieren, wurden ohne Konsultationen mit den Europäern beschlossen. Da gerade die Lance-Raketen vor allem auf westdeutschem Gebiet stationiert waren und nur deutsches Territorium erreichen konnten, war Helmut Kohl über Reagans unterlassene Konsultation zutiefst verärgert.³⁷

Das Desinteresse der Reagan-Administration an der Konsultation der Europäer wird auch auf wirtschaftlichem Gebiet deutlich. Der zunehmende Handel der EG und insbesondere derjenige Westdeutschlands und Frankreichs mit der DDR, der UdSSR und anderen osteuropäischen Ländern, aber auch mit vielen Entwicklungsländern und der arabischen Welt wurde in Washington mit großer Skepsis und einer Portion Neid gesehen. Die Administration versuchte die wirtschaftspolitische Konkurrenz der EG-Länder einzuschränken und scheute sich auch nicht, die Notwendigkeit einer restriktiven westlichen Handelspolitik gegenüber dem Osten, die unbedingt eingehalten werden müs-

36 Vgl. BELL (wie Anm. 34), S. 27ff.; LUNDESTAD (wie Anm. 35), S.48ff., Miles KAHLER, *The United States and Western Europe. The Diplomatic Consequences of Mr. Reagan*, in: Kenneth A. OYE u. a. (Hg.), *Eagle Defiant. United States Foreign Policy in the 1980s*, Boston 1983, S. 276–289, 290ff.; KOHL, *Erinnerungen* (wie Anm. 17), S. 442.

37 Vgl. Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 581ff.; HANRIEDER (wie Anm. 4), S. 364–366; Michael BROER, *Die nuklearen Kurzstreckenwaffen in Europa. Eine Analyse des deutsch-amerikanischen Streits über die Einbeziehung der SRINF in den INF-Vertrag und der SNF-Kontroverse*, Frankfurt/M. 1993.

se, mit der transatlantischen Sicherheitspolitik zu erklären. Dies führte auf europäischer Seite immer wieder zu großen Missstimmungen.³⁸ Bei den Amerikanern war es dagegen vor allem und nicht ganz zu Unrecht die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäer (CAP), die allergrößte Kritik in Washington hervorrief.³⁹

Wie üblich bei ernststen Konflikten mit den USA während der Krisen der achtziger Jahren, war die EG jedoch bereit, sich immer wieder auf Kompromisse einzulassen. Immerhin war die transatlantische Allianz und insbesondere das NATO-Bündnis im neuentflammten Kalten Krieg von großer Wichtigkeit für den Schutz der Allianz. Zudem trug Reagans enge Verbindung zu der britischen Premierministerin Margaret Thatcher – die wie der Präsident keinerlei Interesse an einer gemeinsamen Politik der Europäer gegenüber den USA und an weiteren Fortschritten bei dem europäischen Integrationsprozess hatte – dazu bei, eine gemeinsame Linie der EG-Länder unmöglich zu machen. Es war daher keine große Überraschung, dass, nachdem im November 1983 die Genfer Nachrüstungsverhandlungen mit Moskau gescheitert waren, sich fast alle EG-Länder bereit fanden, die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen auf ihrem Territorium zu stationieren und die heftigen Proteste aus der Bevölkerung zu ignorieren. Von manchen europäischen Regierungen wurde die Raketenstationierung sogar erleichtert als Anzeichen interpretiert, dass die Reagan-Administration wohl doch nicht die Absicht habe, sich allmählich von Europa loszulösen. Die Regierung Kohl/Genscher war jedoch ohnehin nicht davon ausgegangen, dass die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen Erfolg haben würden und zögerte jetzt nicht, nach einem entsprechenden Parlamentsbeschluss umgehend mit der Verwirklichung des Doppelbeschlusses zu beginnen.⁴⁰

Während auf sicherheitspolitischem Gebiet die europäischen Regierungen letztlich keine andere Möglichkeit sahen, als sich den Wünschen der USA, wenn sie nur hart genug vertreten wurden, unterzuordnen, war dies auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet viel seltener der Fall. Hier waren die EG-Länder in der Regel sehr viel weniger geneigt nachzugeben. Das galt auch für die Kohl-Regierung in Bonn. Insbesondere wurde die als „Reagonomics“ bezeichnete neoliberale Wirtschaftspolitik des Präsidenten in Bonn wie auch in den meisten anderen europäischen Ländern mit großem Misstrauen und unter Fachleuten mit Kopfschütteln betrachtet. Lediglich die Thatcher-Regierung

38 Vgl. Manfred KNAPP, *Das Dilemma der europäischen NATO-Staaten zwischen ökonomischem Machtzuwachs und sicherheitspolitischer Abhängigkeit*, in: Christian HACKE/Manfred KNAPP (Hg.), *Friedenssicherung und Rüstungskontrolle in Europa*, Köln 1989, S. 95–111.

39 LUNDESTAD (wie Anm. 35), S. 50ff.

40 Vgl. Theodor BENIEN, *Der SDI-Entscheidungsprozeß in der Regierung Kohl/Genscher 1983–1986*, München 1992.

in London brachte der durch den Ökonomen Milton Friedman stark beeinflussten Wirtschaftspolitik Reagans Verständnis entgegen und begann sie gar in entscheidenden Bereichen zu imitieren. Die Reagan-Administration vertraute auf eine Strategie, die einen Laissez-faire-Kurs, strikte Geldkontrolle und fast völlige wirtschaftspolitische Passivität der Regierung bevorzugte. Lediglich die Rüstungsindustrie genoss eine großzügige finanzielle Unterstützung der US-Regierung.⁴¹

Insgesamt setzte der Präsident darauf, dass die Kräfte des freien und uneingeschränkten Marktes die Wirtschaft ankurbeln würden. Diese manchmal auch als „trickle down“-Ökonomie bezeichnete Strategie führte zu ernststen wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen den USA und den meisten EG-Ländern. Reagans Steuersenkungen und die gleichzeitigen durch Kreditaufnahme finanzierten hohen Investitionen in die Rüstungsindustrie führten zu einem enormen amerikanischen Haushaltsdefizit. Der Wert des Dollars stieg rapide an, während das Zinsniveau künstlich hoch gehalten wurde, damit die Regierung in der Lage war, billige Auslandsanleihen kaufen zu können. Seit 1984 führte dies zu einem sehr hohen amerikanischen Handelsdefizit. Dies bedeutete, dass die europäischen Regierungen ebenfalls ein hohes Zinsniveau einhalten mussten, um zu verhindern, dass zu viel Investitions- und Sparkapital von der EG in die USA abfließen. Dies führte jedoch zu einer deutlichen Einschränkung des Wirtschaftswachstums der meisten europäischen Länder.⁴²

Im Grunde zeigte Reagans Wirtschafts- und Finanzpolitik erneut, dass die EG gegenüber unilateralen amerikanischen Entscheidungen völlig hilflos war und nicht umhin konnte, auf den in Washington beschlossenen Kurs einzugehen. Die Abhängigkeit der europäischen Wirtschaftspolitik von Entscheidungen einer wenig verständnisvollen US-Administration, führte dazu, dass sich die EG-Länder entschlossen, in der Wirtschafts- und Finanzpolitik enger miteinander zu kooperieren. Solche Versuche hatte es zwar auch schon in der Vergangenheit gegeben, doch dieses Mal wurden die inner-europäischen Kooperations- und Einheitsbemühungen erheblich energischer durchgeführt.⁴³

Die von Jacques Delors angeführte EG-Kommission begann damit einen Plan für einen einheitlichen europäischen Markt zu entwickeln, um die EG von der Dominanz der USA über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EG-

41 Vgl. Benjamin J. COHEN, „An Explosion in the Kitchen?“ *Economic Relations with Other Advanced States*, in: Kenneth A. OYE (wie Anm. 36), S. 113ff.; Michael KREILE, *Aufschwung und Risiko. Die Wirtschafts- und Haushaltspolitik der Reagan-Administration*, in: Hartmut WASSER (Hg.), *Die Ära Reagan. Eine erste Bilanz*, Stuttgart 1988, S. 162–184; Anandi P. SAKU/Ronald L. TRACY (Hg.), *The Economic Legacy of the Reagan Years. Euphoria or Chaos*, New York 1991.

42 EBD.

43 Vgl. beispielsweise John PETERSON, *Europe and America in the 1990s: The Prospects for Partnership*, Aldershot 1993, S. 45; FRÖHLICH (wie Anm. 8), S.198ff.

Länder zu befreien. Delors hatte die dann auch realisierte Absicht, bis 1992 einen völlig freien und integrierten, internen europäischen Markt zu schaffen. Auch beabsichtigte er, kurz darauf eine einheitliche Währung einzuführen. Daneben führte die 1984 von Frankreich betriebene, allerdings recht kurzlebige, Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) dazu, dass neue Ideen für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik entwickelt wurden, wie sie später im Maastrichter Vertrag formuliert wurden.⁴⁴

Immerhin schienen Amerikas in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten, die dann durch einen rapiden Verfall des Werts des Dollars noch verschärft wurden, darauf hinzuweisen, dass Washington durchaus bald finanzielle Probleme bei der Aufrechterhaltung seiner Truppenpräsenz in Europa haben mochte. Ein Rückzug der US-Truppen konnte also nicht mehr ausgeschlossen werden. Die Verhandlungen zwischen Reagan und Gorbatschow, die zum Ende des Kalten Krieges führen sollten, ließen dies auch aus politischen Gründen als durchaus realistisch erscheinen. Zumindest konnte mit weiteren transatlantischen Konflikten über die Kosten der US-Truppenpräsenz in Europa gerechnet werden. Die Kohl-Regierung zögerte dennoch anfänglich, der westeuropäischen Zusammenarbeit auf sicherheitspolitischem Gebiet eine zu hohe Priorität einzuräumen. Für Kohl stand die „transatlantische Solidarität“ immer an erster Stelle. Während seiner ganzen sechzehnjährigen Kanzlerschaft legte er großen Wert darauf, den USA westdeutsche Verlässlichkeit und Bündnistreue zu demonstrieren.⁴⁵ Auch Kohls in den Jahren von 1985 bis 1989 zu beobachtendes Zögern und scheinbare Ambivalenz hinsichtlich der Europäischen Währungsunion hatten nicht nur innenpolitische Gründe, wie oftmals in der Literatur dargelegt, sondern er nahm auch Rücksicht auf die Bedenken der USA. Grundsätzlich war Kohl immer ein Befürworter der EWU, doch die Vereinigten Staaten mussten für das wichtige Projekt gewonnen werden und es aus der Ferne unterstützen, sollte es langfristig erfolgreich sein.⁴⁶

Insgesamt betrachtete die Reagan-Administration die europäischen Bemühungen zur Schaffung eines ökonomisch, politisch und sicherheitspolitisch integrierten und zunehmend unabhängigen Europas mit großem Misstrauen. Ungeachtet der eigenen amerikanischen protektionistischen und auch diskrimi-

44 Vgl. Wyn G. REES, *The Western European Union at the Crossroads. Between Transatlantic Solidarity and European Integration*, Boulder 1998; Alfred CAHEN, *The Western European Union and NATO. Building a European defence identity within the context of Atlantic solidarity*, London 1989.

45 Vgl. FRÖHLICH (wie Anm. 8), S. 205ff., Zitat: S. 206.

46 Zu Kohls Zögern aus innenpolitischen und finanzpolitischen Gründen vgl. Kenneth DY-SON, *Chancellor Kohl as Strategic Leader. The Case of Economic and Monetary Union*, in: CLEMENS/PATERSON (wie Anm. 26), S. 37ff.

nierenden Handelsstrategien scheute Reagan sich nicht, den seiner Ansicht nach beabsichtigten Bau einer „Festung Europa“ anzuprangern und insbesondere nach wie vor die Agrarpolitik der EG scharf zu verurteilen. Am Ende der Präsidentschaft Ronald Reagans war kaum noch etwas übrig von der ursprünglichen pro-europäischen Vision der USA für die Schaffung eines einheitlichen Europas, die die Europapolitik der Vereinigten Staaten in den fünfziger und auch noch in den sechziger Jahren bestimmt hatte. Die USA waren unter Reagan nicht in der Lage gewesen, sich an die Interdependenz der Welt der achtziger Jahre anzupassen und die europäischen Verbündeten wie gleichberechtigte Partner zu behandeln. Während die Reagan-Administration 1984/85 eine recht erfolgreiche Bestandsaufnahme ihrer Kalten-Kriegs-Strategie durchführte, machte sie sich wenig Mühe, die amerikanisch-europäischen Beziehungen einer kritischen Bewertung zu unterziehen. Die Reagan-Administration konnte sich nie dazu durchringen, die europäischen Verbündeten, einschließlich des loyalen westdeutschen Partners, als gleichrangig zu behandeln.

1989/90: die Rückkehr zur europapolitischen Vision der USA unter George Bush

Die transatlantischen Beziehungen verbesserten sich erst wieder erheblich, nachdem im Januar 1989 Reagans Vizepräsident George Herbert Walker Bush Präsident geworden war. Bush ließ sich von Anfang an weniger auf die finanz- und sicherheitspolitischen Auseinandersetzungen des politischen Alltags ein. Stattdessen kümmerte er sich mehr um die Struktur der transatlantischen Beziehungen.⁴⁷ Spätestens Ende 1989, Anfang 1990 wurde Bush bewusst, dass Fortschritte bei der europäischen Integration, der transatlantischen Interdependenz sowie auch die Durchführung der deutschen Einheit unvermeidbar waren, sollte das westliche Bündnis zusammengehalten werden. Die Bush-Administration begann daher, auf einen Kurs einzuschwenken, der nicht nur die neuen politischen Realitäten zu akzeptieren begann, sondern diese auch aktiv beeinflussen und bestimmen wollte.⁴⁸ Dies wurde dadurch vereinfacht, dass die USA Anfang 1990 einen Handelsüberschuss mit der EG erzielten. Zudem war es auch möglich gewesen, zahlreiche transatlantische Kompromisse hinsichtlich des einheitlichen europäischen Marktes zu schließen. Bush fürchtete zudem, dass nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall des Kommunismus im Osten Europas, die osteuropäischen Staaten die westliche Welt um finan-

47 Vgl. Geir LUNDESTAD, „*Empire*“ by Integration. *The United States and European Integration, 1945–1997*, Oxford 1998, S. 111–116. Siehe auch den Sammelband von Helga HAFTENDORN/Christian TUSCHHOFF (Hg.), *America and Europe in an Era of Change*, Boulder, CO., 1993.

48 Vgl. Philip ZELIKOW/Condoleezza RICE, *Germany Unified and Europe Transformed. A Study in Statecraft*, Cambridge, MA, 1995.

zielle Unterstützung bitten würden. Die USA waren aber nicht mehr in der Lage, einen Marshall-Plan für Osteuropa aufzulegen. Hier hoffte man in Washington auf die aktive finanzielle Unterstützung Westeuropas. Im November 1990 wurde eine „Transatlantische Erklärung“ unterzeichnet, um die Beziehungen zwischen den USA und der EG zu stärken. Die Bush-Administration beabsichtigte auf diese Weise, die Schaffung eines „vereinigten Europas mit stärkeren und formelleren Beziehungen zu den USA“ herbeizuführen.⁴⁹ Die Bush-Regierung hatte sich den ursprünglichen europapolitischen Visionen Trumans und Eisenhowers angenähert.

Bis Ende 1990 konnte Präsident Bush im wesentlichen sicherstellen, dass der sich beschleunigende Prozess der europäischen Integration in einem atlantischen Rahmen stattfinden würde und keine europäische Abkoppelung von den USA zu befürchten war. Dieser Erfolg der amerikanischen Politik wäre Bush kaum möglich gewesen, wenn sich die USA nicht an die Spitze des europäischen Einheitsprozesses und des Prozesses der deutschen Vereinigung gesetzt hätten. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Ronald Reagan hatte George Bush die Zeichen der Zeit erkannt. In dem deutschen Bundeskanzler fand er einen willigen und nicht völlig uneigennütigen Helfer bei der Aufgabe, das westliche Bündnis zusammenzuhalten und den USA nach wie vor eine wichtige Rolle in Europa einzuräumen.

49 Vgl. LUNDESTAD, „*Empire*“ by *Integration* (wie Anm. 47), S. 114.

Die USA-Politik aus amerikanischer Perspektive in der Ära Kohl

Von Stefan Fröhlich

I. Einführende Bemerkungen

Der Erfolg der Amerika-Politik in der Ära Kohl, lässt sich aus amerikanischer Sicht wohl am besten an drei zentralen Punkten festmachen: 1. dem Faktor Persönlichkeit bzw. der Personalisierung von Politik – Stichwort Verlässlichkeit/Vertrauen; 2. der Politik des Ausgleichs bzw. der Vereinbarkeit von scheinbar Unvereinbarem – Stichwort Erweiterung und Vertiefung der EU einschließlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) bei gleichzeitiger enger Verflochtenheit mit den USA; 3. Zugehörigkeit zu einer der Schutzmacht emotional verbundenen Generation der fünfziger und sechziger Jahre, die eben weder von einem offenen Anti-Amerikanismus geprägt war wie die Generation von 1968 und der siebziger Jahre (zu der eben auch Schröder und Fischer gehörten), noch so nüchtern und pragmatisch in ihrer Politik gegenüber Amerika war wie die dritte Generation deutscher Nachkriegspolitik um Angela Merkel und Frank Steinmeier. An dieser Stelle ist vor allem auf die beiden ersten Punkte einzugehen.

II. Verlässlichkeit auf beiden Seiten des Atlantiks als Grundmaxime Kohl'scher Außenpolitik – ein nicht immer leichter Spagat

Auch für Kohl zählten gleichermaßen das vereinte Europa (Erweiterung vor Vertiefung), die Achse Paris-Bonn sowie Russland neben den Vereinigten Staaten zu den Bezugskreisen/Konstanten deutscher Außenpolitik.¹ Dabei schien ihm die deutsch-französische Partnerschaft in den neunziger Jahren bisweilen von größerer Bedeutung als die transatlantische Verbindung. Auch in Washington spürte man die Entschlossenheit des Kanzlers, nach der Wiedervereinigung auch die Integration des geeinten Europas unumkehrbar zu machen – nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der Unsicherheit über die langfristige Entwicklung der amerikanischen Europapolitik (Balkan) bzw. der Verlässlichkeit des „gütigen Hegemon“, auf den am Ende eben doch Verlass war; im Umbruch der neunziger Jahre schien die Administration Clinton doch lange Zeit am liebsten mit sich selbst beschäftigt. Dennoch vertraute man in Washington darauf, dass der Kanzler die jahrzehntealte Tradition bundesdeutscher

¹ Vgl. Stefan FRÖHLICH, „Auf den Kanzler kommt es an“. *Helmut Kohl und die deutsche Außenpolitik*, Paderborn 2001, S. 138ff.

Außenpolitik des „Sowohl-als-auch“ (also Europa und USA) behutsam fortsetzen würde. Kohl galt als Meister des Ausgleichs und Kompromisses – und da die Bundesregierung in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eben auch noch als dynamische und ökonomisch kraftvolle Industriemacht gesehen wurde, hoffte man auf eine zunehmend tragende Rolle in der Weltpolitik, allemal aber auf die Fortsetzung der Scheckbuchdiplomatie. Die damals von Bush sen. ausgerufene *partnership in leadership* war die Antwort auf das wiedervereinigte Deutschland: Die USA träumten von einer unipolaren Welt und begleiteten die deutsche Wiedervereinigung mit dieser spezifischen deutsch-amerikanischen Allianz.

Kohl spielte hierbei gekonnt beide Seiten gegeneinander aus. Er benutzte die Amerikaner, um Widerstände gegen eine schnelle Wiedervereinigung auszuhebeln. Darin ähnelte er sehr Bismarck. Aber Kohl sah auch die Bedeutung von Mitterrands Argumenten. Die Lösung der deutschen Frage konnte nur durch Frankreich legitimiert werden. Hier stand Kohl klar in der Nachfolge Adenauers. Deshalb versuchte Europa auch, eine eigene Antwort zu geben: Maastricht und die Erweiterungsbeschlüsse von Kopenhagen sind die triumphale Vision dessen, wie Europa sich die Welt nach Ende des Kalten Krieges vorstellt. Diese unterscheidet sich allerdings von der amerikanischen Vision eines globalen Staatensystems mit Amerika als einziger hegemonialer Macht. Denn das neue Europa geht nun mal von einer multipolaren Weltordnung aus, in der die Vormachtstellung Amerikas durch verschiedene regionale Großmächte austariert wird.

III. Vertrauensvorschuss in den achtziger Jahren durch bedingungslose Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses

Das Vertrauen, das Washington Kohl dabei entgegenbrachte, beruhte nicht zuletzt auf den Erfahrungen, die man in den achtziger Jahren mit der deutschen Amerikapolitik gemacht hatte. Das Festhalten am Doppelbeschluss 1982/83 und das Durchstehen der Raketenkrise (nach Berlin-Blockade und Berlin- und Kuba-Krise die wohl dritte große Ost-West-Krise) mit dem gründlichen und weitgreifenden Abkommen von 1987 – gegen alle inneren Widerstände im Lande – haben das Bild aller drei US-Präsidenten (Reagan, Bush sen., Clinton) in der Amtszeit Helmut Kohls von der deutschen Amerikapolitik nachhaltiger geprägt als irgendein anderes Ereignis und maßgeblich zur vorbehaltlosen Unterstützung der Bush-Administration bei der Wiedervereinigung beigetragen, als der Bundeskanzler die Themen Innen-, Außen-, Russland- und Amerikapolitik auch aus Washingtoner Sicht exzellent orchestrierte. Im Management zusammen mit Bush und Baker in den USA, bei sehr schwacher Unterstützung von Thatcher, und auch nicht mit der erwarteten Unterstützung Mitterrands, haben Kohl und Genscher das Optimum erreicht. In Washington rechnet man

es dem früheren Kanzler noch heute hoch an, dass er – wenn auch in einem eher theoretischen Gedanken – angedeutet hatte, dass die Wiedervereinigung ohne NATO-Zugehörigkeit besser unterbleiben sollte.

In den beiden ersten Amtsperioden setzte Washington vor allem auf das Kanzleramt, gleichwohl viele nach dem Antritt der christlich-liberalen Koalition den Einfluss des Kanzlers auf die Außenpolitik als eher gering werteten. Genscher hatte den Austritt aus der sozial-liberalen Koalition nicht zuletzt aufgrund der Zerrissenheit des großen Koalitionspartners in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses durchgesetzt, was ihm, der von jeher ein „gesundes Misstrauen“ (so Genscher im Gespräch mit dem Verfasser) gegenüber den USA besaß, im westlichen Lager vorübergehend Zustimmung und Respekt verschaffte. Später aber wurde er zum stärksten Protagonisten einer Fortführung der Entspannungspolitik, was ihm in Washington wiederum den Ruf eines den Ausgleich mit Moskau um jeden Preis suchenden Illusionärs eintrug („Genscherismus“²).

Kohl hingegen galt rasch als Garant für transatlantische Verlässlichkeit, nachdem sein Machtwechsel inhaltlich neben der Konsolidierung der Haushaltspolitik primär auf eben die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses setzte, und das, obwohl er sich damals in der eigenen Partei in dieser Frage eher isoliert fühlte (so Philipp Jenninger im Gespräch mit dem Verfasser); damals soll es im Kanzleramt gar Gerüchte gegeben haben, nach denen Moskau schon 1983 der Bundesregierung für die Aufgabe des Doppelbeschlusses eine Konföderationslösung in der deutschen Frage angeboten hatte. So bekräftigte der Kanzler vor allem auf Anraten Teltchiks die außenpolitischen Koordinaten der künftigen Regierung als Teil der westlichen Welt, d.h. insbesondere des NATO-Bündnisses und der transatlantischen Partnerschaft, indem er die volle Erfüllung des Doppelbeschlusses in seiner Regierungserklärung fest schrieb und eine schwankende Position in dieser Frage ausdrücklich ausschloss: „Die Bundesregierung steht uneingeschränkt zum Doppelbeschluss der NATO von 1979 ... Sie wird die Beschlüsse erfüllen und nach Innen vertreten: den Verhandlungsteil und – wenn nötig – auch den Nachrüstungsteil.“³ Am 22. November 1983 beschloss die Regierungskoalition daraufhin, mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu beginnen. Mit dieser Konsequenz bewirkte sie, dass Moskau seine Unterhändler aus Genf zurückzog und den Abrüstungsgesprächen bis Januar 1985 fernblieb.

2 „Time Magazine“, 8. Mai 1989.

3 Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl am 13. Oktober 1982, in: *Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994*, hg. vom Auswärtigen Amt aus Anlaß des 125. Jubiläums des Auswärtigen Amts, Köln 1995, S. 494–499, hier S.496.

Dennoch wusste Kohl, dass es langfristig einer Verbesserung im Verhältnis zu Moskau bedurfte – ein Beweis für die These von der klugen Abstimmung von Deutschland-, Europa-, Russland- und Amerikapolitik. Dort registrierte man zwar durchaus, dass die Koalition sich gegen die amerikanischen Rüstungsanstrengungen und die SDI-Pläne stellte, was wiederum in Washington zum Teil großen Unmut auslöste.⁴ Erst im Laufe des Jahres 1987 aber, nachdem Genscher in seiner denkwürdigen Rede vor dem Weltwirtschaftsforum in Davos die anwesenden Staats- und Regierungschefs ermahnt hatte, die Entwicklung von beiden Seiten her konstruktiver zu gestalten, und nachdem der seit dem Genfer Gipfel 1985 nur mühsam vorangekommene amerikanisch-sowjetische Abrüstungsprozess wieder in Schwung geraten war, kam es mit dem deutsch-sowjetischen Kooperationsabkommen vom 22. Mai 1987 zu einer Annäherung beider Seiten.⁵ Bis dahin zögerte der Kanzler, anders als sein Außenminister, eindeutig, Moskau gegenüber in Vorleistung zu gehen. Dies galt auch noch, als mit Schewardnadse erstmals nach fünf Jahren wieder ein sowjetischer Außenminister die Bundesrepublik besuchte. Den entscheidenden Wendepunkt markierte erst Kohls Besuch in Moskau vom 24. bis 26. Oktober 1988. Als der Kanzler bald darauf mit der „Zehn Punkte“-Erklärung aufwartete, markierte dies wohl den Zenit seines Führungsanspruchs auch in der Außenpolitik – getragen von einem großen Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gegenüber den wichtigsten Bündnispartnern wie auch Moskau.

Die transatlantische Solidarität in den achtziger Jahren wurde allerdings keinesfalls zur blinden Gefolgschaft. Auch in der so genannten Raketenkrise war das Verhältnis nicht spannungsfrei, nachdem dem Kanzler die Genfer Abrüstungspläne 1985 zu weit gingen. Doppelt problematisch wog in diesem Fall, dass sich sein Außenminister nach der Stationierung wieder als Abrüstungs- und Entspannungspolitiker profilierte. Nur eine vom Kanzleramt gesteuerte enge Zusammenarbeit zwischen Regierungszentrale und BMVg mit wohl abgestimmten Positionen gegenüber dem AA verhinderte ein zu frühes Einschwenken der Bundesrepublik auf die von Genscher bedingungslos geforderte doppelte Null-Lösung, auf die sich Reagan und Gorbatschow im Prinzip bereits in Genf verständigt hatten, die man aber nunmehr als Gefahr einer möglichen Abkopplung der USA von Europa sah. Beharrlich plädierte der Kanzler jedenfalls zwischen 1985 und 1987 für Obergrenzen statt Doppel-Null. Außerdem wollte er auch die Raketen kurzer Reichweite abgeschafft sehen, worin Reagan ihn gegenüber Thatcher beim Weltwirtschaftsgipfel in Venedig 1987 im Übrigen unterstützte. Auf diese Weise kam es zu einer Leitunktionsüber-

4 Fred OLDENBURG, *Das Verhältnis Moskau-Bonn unter Gorbatschow*, in: Osteuropa 36 (August/September 1986) 8, S. 774–786.

5 Stephan BIERLING, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen*, München/Wien 1999, S. 211ff.

nahme durch den Kanzler auch in der Bündnispolitik – was allerdings keinesfalls gleichbedeutend war mit einer ähnlichen Rolle eben in der Rüstungskontrollpolitik. Wann immer vor allem die Position des AA zu Irritationen im bilateralen Verhältnis zu den USA führte, schaltete der Kanzler sich in die Debatte ein.⁶

Am Rande sei vermerkt, dass das Vertrauen in die Amerika-Politik in dieser Phase nicht zuletzt auf der Überzeugung gründete, dass man die Bundesrepublik unter Helmut Kohl – noch unbelastet von den Bürden der Einheit – als gleichsam föderal und nicht zentralistisch regiertes Land nicht nur reformfähiger einschätzte als beispielsweise Frankreich oder Italien, sondern dass sich seine Gesellschaft und seine Wirtschaft in den Augen Washingtons auch offener präsentierte (mit den gebotenen Abstrichen, die aus dem deutschen Hang zum konsensualen Korporatismus erwachsen).

Wirtschaftlich, so war man in den USA unter Reagan überzeugt, teilten Amerika und Deutschland ähnliche Präferenzen für den Freihandel – und für protektionistische Sünden, die sich eher informell manifestierten; Reagan erinnert sich, dass der Kanzler zu denen gehörte, die sich besonders für den Erfolg der amerikanischen Wirtschaft interessierten.⁷ Dahinter stand nicht bloß ideologischer Instinkt, sondern vor allem das Bewusstsein ökonomischer Stärke. Für die Bundesrepublik, das Exportzentrum Europas, war es allemal leichter, den offenen Weltmarkt zu propagieren als für Frankreich oder Spanien.

Als bestes Beispiel für das Vertrauen in die Verlässlichkeit des Partners einerseits und die routinemäßige Konzertierbarkeit der Interessen andererseits bietet sich schließlich die Wiedervereinigung an. Während London und Paris den Prozess zu bremsen versuchten, setzte sich Washington an dessen Spitze. „Ich teile nicht die Besorgnis anderer europäischer Länder über die Wiedervereinigung“, lautete Bush's demonstrative Parteinahme zwei Wochen vor dem Mauerfall. Das war der Fanfarenstoß, danach übernahm Washington die Führung – und räumte für Deutschland die schwersten Brocken aus dem Weg. Das Fazit ist bekannt: Ohne die Amerikaner keine Wiedervereinigung. Dies hat keiner besser verstanden als der Kanzler selbst. Umgekehrt schuf Kohls klares Amerikabekenntnis in dieser Zeit die Voraussetzung in Washington dafür, dass man die Wiedervereinigung als strategischen Gewinn gegenüber dem alten Rivalen Russland und nicht als Status- oder Machtverlust gegenüber dem neuen Deutschland begreifen konnte. Auch in Amerika wusste man zu gut, dass es zum Kalkül der Kohlschen Amerikapolitik gehörte, dass für die europäischen Mächte Amerika als großer Rückversicherer fungierte, der den Schlagschatten des deutschen Kolosses verkürzen und die Wiedervereinigung für die Nachbarn erträglich machen sollte.

6 FRÖHLICH, „Auf den Kanzler kommt es an“ (wie Anm. 1), S. 142–186.

7 Ronald REAGAN, *Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben*, Berlin 1990, S. 356.

IV. Wandel im transatlantischen Verhältnis in der zweiten Hälfte der Ära Kohl

In den neunziger Jahren wandelte sich das transatlantische Verhältnis – bei aller Kontinuität – doch in Nuancen. Der Grund war offensichtlich: Das Ende des Kalten Krieges hat Deutschland mehr verändert als jedes andere Land. Es hat Deutschland etwas gebracht, was die Deutschen wollten: die Einheit; es hat Deutschland aber auch etwas gebracht, was es nicht unbedingt wollte oder woran es sich zumindest gewöhnen musste, nämlich Verantwortung.

Es hat, wenngleich auf andere Art, auch die USA verändert. Es brachte Washington etwas, was die Amerikaner wollten: Entlastung in einem langen und kostspieligen Kampf; es hat ihnen aber auch etwas gebracht, was die Amerikaner nicht wollten, nämlich eine kompliziertere, gleichwohl Forderungen stellende Welt, in der man sich feste Partner an seiner Seite wünschte.⁸ Die Bundesrepublik sollte dieser Partner für Bush sein. Die USA haben eine besondere Beziehung zu keinem anderen Staat, mit Ausnahme von Großbritannien, gepflegt, und Deutschland hatte sie zu keinem anderen Staat, ausgenommen vielleicht Österreich.

Die Voraussetzungen hatten sich also fundamental gewandelt und dies bewirkte auch zunehmend unterschiedliche Auffassungen in einzelnen Fragen. Nachdem das Verfassungsgericht 1994 den Weg für militärische Einsätze der Bundeswehr freigegeben hatte, stellte Kohl „fünf politische Bedingungen“: 1. Begrenzung auf Europa oder dessen Nachbarstaaten; 2. UN- oder OSZE-Mandat; 3. Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung; 4. über die Verteidigung hinaus „zwingende Gründe“ für den Einsatz; 5. Bundeswehr als Lösung, nicht als Teil des Problems.

Die beiden ersten Kriterien waren für die USA, die einen „partner in leadership“ zur Bewältigung internationaler Herausforderungen suchten, durchaus ein Problem. Ging man vom gängigen Stimmungsbild der deutschen öffentlichen Meinung aus, stellte der dritte Grundsatz eine Ausrede dar, eher nicht tätig werden zu müssen. Nach Washingtoner Lesart blieb damit die *raison d'être* der Bundesrepublik, keine Verpflichtungen auf internationaler Ebene einzugehen, in anderen Worten die Antithese der französischen *raison d'être*.

Washington war damals der Ansicht, dass dies mittel- bis langfristig – trotz deutscher Lippenbekenntnisse zum Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) – nicht zuletzt aufgrund der chronischen Finanzierungslücke im deutschen Verteidigungsetat zur Handlungsunfähigkeit der GASP beitragen musste. Im Hinblick auf den Einfluss, den Deutschland daneben auf die Finanzpolitik der EWU-Teilnehmerstaaten ausübte, lag die Ge-

8 Stefan FRÖHLICH, *Die USA und die neue Weltordnung*, Bonn 1992, S. 191ff.

fahr von Handlungsbeschränkungen für Washington zudem auf der Hand. Da die EU keine gemeinsame GASP betrieb, war Washington auf der Suche nach Koalitionspartnern von europäischen Staaten abhängig, die bereit und in der Lage waren, als einzelne Nationen im Rahmen sogenannter Koalitionen von Handlungswilligen („coalitions of the willing“) aktiv zu werden. Mit anderen Worten: Washington wünschte sich in dieser Phase etwas, was es von der Bundesregierung so nicht bekam: einen angenehmeren Führungspartner als die aufsässigen Franzosen, der bereit war, auf Autonomie zu verzichten und sich mit strategischen Entscheidungen und dem damit möglicherweise verbundenen Risiko auseinanderzusetzen.

Zumal in der zweiten Amtszeit, da Clinton sich noch mehr auf die Außenpolitik konzentrieren wollte als bereits zwischen 1994–1996, kam es trotz der Tatsache, dass er sich vor allem von Kohl, mit dem er sehr vertraut wurde, gerne beraten ließ, vermehrt auch zu Spannungen im beiderseitigen Verhältnis.⁹ Deutlich wurde dies insbesondere im Zusammenhang mit dem wachsenden amerikanischen Engagement auf dem Balkan, in dessen Kontext Washington seit Mitte der neunziger Jahre zwar betonte, einerseits an den rund 100.000 Soldaten in Europa festhalten zu wollen, andererseits aber auch ein größeres Engagement vor allem von Deutschland erwartete. Dabei setzte Clinton mit Blick auf die deutsche Amerikapolitik durchaus sowohl auf die natürliche Interessenliaison wie auch auf den Faktor „Dankbarkeit“ aufgrund der amerikanischen Unterstützung bei der Wiedervereinigung. Was Washington dabei erwartete, war klar: 1. Erweiterung des strategischen Denkens hinsichtlich der Probleme innerhalb wie außerhalb Europas; 2. den Einsatz militärischer Mittel.

Entsprechend wünschte man sich deutsche Unterstützung (auch finanzielle) bei der NATO-Erweiterung und – gewissermaßen als Auffangbecken – auch bei der EU-Erweiterung; eine Pufferzone zwischen Russland und Deutschland erschien Strategen in Washington auch in Deutschlands vitalem Interesse zu liegen. Hier folgte die Regierung Kohl weitgehend dem amerikanischen Kalkül, auch wenn Beobachter in den USA die Investitionen deutscher Unternehmen in den MOE-Ländern insgesamt als zu gering empfanden und Kohl (anders als sein Verteidigungsminister Rühle) weitaus mehr Sorge hatte, dass eine solche Politik zu Lasten Russlands gehen könnte. Clinton wiederum hoffte, dass Kohl seine guten Beziehungen zu Jelzin nutzen und durch finanzielle Konzessionen Moskaus Wohlverhalten erwirken würde. Gleiches galt im Übrigen mit Blick auf Frankreich hinsichtlich dessen Kritik an der amerikanischen Nahostpolitik.

⁹ Robert LIVINGSTON, *Die Erwartungen der neuen Clinton-Administration an Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2 (1997), S. 54–61.

In der ersten Amtszeit Clintons wich Amerika den Versuchungen noch aus, über die Bundesregierung Druck auf Frankreich auch in den heiklen Handelsfragen (Agrar) im Rahmen der GATT-Verhandlungen auszuüben. In der zweiten Amtszeit aber wurde Washington deutlicher und signalisierte der Regierung Kohl wiederholt, dass es sich zumindest ein Festhalten an der bewährten Politik des Ausgleichs von Bonn erwarte. Der Grund dafür war ganz offensichtlich, dass Kohl (wiederum anders als Rühle) in den zentralen Fragen wie z.B. der Besetzung des Schlüsselkommandobereichs Süd der NATO in Neapel (die Frankreich vorübergehend für sich reklamierte) oder den internationalen Vermittlungsversuchen im Nahost-Friedensprozess die französische Position unterstützte. Deutsche Presseberichte zitieren den Kanzler, der seine Überraschung darüber zum Ausdruck brachte, dass die Amerikaner etwas zu einem Problem machten, was ihm von geringer Bedeutung erschien. Rühle berichtete Mitte Oktober 1997 gar, dass Deutschland Frankreich in dem Bemühen unterstütze, die amerikanische Dominanz innerhalb der NATO im Adenauer-schen Sinne auszugleichen.

Mit eher widerwilliger Zustimmung beobachtete man außerdem das zunehmende Vorantreiben Frankreichs und Deutschlands der Pläne zur WWU, wie sie sich an der Bereitschaft beider Länder ablesen ließ, die Maastricht-Kriterien unbedingt einzuhalten. Während sich die EU-Mitgliedsstaaten enger zusammenschlossen, erhoffte man sich in Washington von Deutschland vor allem eine Führungsrolle als Fürsprecher für offene Märkte und eine liberale Handelspolitik. In dem Maße, wie die amerikanische Wirtschaftskraft seit 1994 ständig zunahm und die Arbeitslosigkeit vergleichsweise niedrig war, nahmen die Rufe nach freiem und fairem Handel zu, und Washington erwartete, Deutschland würde in der EU darauf drängen, die europäischen Märkte für amerikanische Dienstleistungen und so genanntes geistiges Eigentum zu öffnen. Hier sah sich Washington allerdings enttäuscht.

Positiv hingegen vermerkte man in Washington die Entsendung von Bundeswehreinheiten auf den Balkan sowie die Bereitschaft, selbst Kampftruppen als Teil einer NATO-Streitmacht 1997 nach Bosnien zu entsenden, die nach Ansicht der amerikanischen Botschaft vor allem aufgrund eines Wandels der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik zustande gekommen war. Diese militärische Beteiligung war begleitet von aktiver deutscher Diplomatie in der so genannten Kontaktgruppe. Washington erhoffte sich hiervon einen allmählichen spill over auf andere Missionen der Friedenserhaltung außerhalb Europas – so vor allem im Nahen Osten zur Sicherung der Ölreserven, beispielsweise bei einem erneuten Angriff des Iraks oder Irans.

Der Rückgriff Amerikas auf Handelssanktionen gegen diese Paria-Staaten war der Hauptgrund für die wohl einzig wirkliche Irritation in den Beziehungen zu Deutschland aus Washingtoner Sicht. Da Deutschland wie seine europäischen Partner den amerikanischen Sanktionen gegen alle Staaten – außer

dem Irak – nicht folgte, kam es im Fall des Iran zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den USA und Deutschland. Während Washington versuchte, Teheran völlig zu isolieren, bestand Deutschland darauf, den Handel aufrechtzuerhalten und den so genannten „kritischen Dialog“ mit den Iranern weiterzuführen. Aus Sicht der Clinton-Administration handelte es sich dabei um gravierende Differenzen; während einer Wahlkampfredel ließ der Präsident verlauten, „man könne nicht bei Tag mit Leuten zu tun haben, die Terroristen unterstützen, die uns bei Nacht töten“.

V. Ausblick

Wenn es trotz einiger Irritationen vor allem in der letzten Amtszeit dennoch aus amerikanischer Sicht in der Bilanz bei stabilen und guten Beziehungen im Verhältnis zu Deutschland blieb, so war dies vor allem der – bei aller Verschiebung der außenpolitischen Prioritäten in Richtung des europäischen Projekts – im Großen und Ganzen immer verlässlichen Amerika-Politik der Regierung Kohl zu verdanken, die nicht zuletzt auf dem großen persönlichen Vertrauen aller drei Präsidenten in die Person des Kanzler gründete. Die außenpolitischen Erfolge des Kanzlers beruhten auf der fast schon resignativen Geduld, mit der er die nationalen Empfindlichkeiten und Eitelkeiten seiner europäischen wie amerikanischen Partner ertrug und immer in Rechnung stellte. Wie groß das internationale Gewicht des Kanzlers war, zeigte sich bis zuletzt: Zum Jubiläum der Luftbrücke hatte der amerikanische Präsident Clinton in Berlin einen fulminanten Wahlkampfauftritt zu Gunsten Kohls geliefert; dagegen erklärte er nach der Audienz für Schröder im Weißen Haus, er wolle sich in den deutschen Wahlkampf nicht einmischen. Deutlicher konnte man die Leistung 16-jähriger Außenpolitik und damit auch Amerika-Politik nicht würdigen.

Wie halten wir es mit Amerika? Die transatlantischen Beziehungen, die Konstruktion Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Ära Kohl

Von Gisela Müller-Brandeck-Bocquet

1. Einführung

Helmut Kohl und François Mitterrand sind als zwei große Europäer in die Geschichte eingegangen, weil sie es vorbildlich verstanden, die oft gegenläufigen Interessen ihrer beiden Länder in tragfähige Kompromisse einzubinden, die nicht nur die deutsch-französische Freundschaft substantiell weiter verstärkten, sondern auch die europäische Integration vorantrieben und vertieften. Dieses schmeichelhafte Bild übergeht aber Problemlagen und Politikfelder, in welchen solch ein konstruktives Vorgehen nicht bzw. nur begrenzt möglich war. Die transatlantischen Beziehungen unter den Tandems Kohl/Mitterrand (1982–1995) und Kohl/Chirac (1995–1998) gehören mit Sicherheit zu den Bereichen, in welchen die beiden Staatsspitzen trotz aller sonstiger Übereinstimmung nicht zu einem Konsens finden konnten. Denn auf die Frage: „Wie halten wir es mit Amerika?“ gaben Paris und Bonn lange Zeit deutlich unterschiedliche Antworten. In der Tat, die Beziehungen, die diesseits und jenseits des Rheins zur westlichen Vormacht USA gepflegt wurden, die Stellung, die man den Vereinigten Staaten im internationalen System einräumte, und die Rollenkonzeption, die man für sich selbst und für Europa im Verhältnis zum transatlantischen Partner verfolgte, waren deutlich gegenläufig. Während Paris im angesprochenen Zeitraum trotz des eigenen Bedeutungsverlusts und vielfältiger Zugeständnisse an Washington an der Vision einer eigenständigen, unabhängigen und bedeutenden internationalen Rolle für Frankreich und Europa festhielt, pflegte die Bundesrepublik Deutschland unter Helmut Kohl – auch nach dem Vollzug der deutschen Einheit und dem damit verknüpften Statusgewinn – weiterhin den außenpolitischen Duktus und das Rollenkonzept einer sich selbst beschränkenden Zivilmacht; auch hielt man in Bonn an der Maxime der doppelten Westbindung fest, die in der Sicherheitspolitik im Zweifelsfalle den USA und der NATO den Vorrang vor Paris und Europa einräumte. *In dubio pro USA* hieß die Devise. „Oberste Maxime der deutschen Außenpolitik war es seit je gewesen, sich nicht zwischen Paris und Washington entscheiden zu müssen und jede derartige Situation nach Kräften zu vermeiden“ schreibt Hanns W. Maull. „Wo sich diese Klippe nicht umschiffen ließ, hatte sich die deutsche Außenpolitik jedoch zu Zeiten des Kalten Kriegs im Zweifelsfall hin

zu den USA orientiert.“¹ Paris wusste das und hatte spätestens nach dem Scheitern der Fouchet-Pläne gelernt, es hinzunehmen.

Im Jahr 2003 und im Vorfeld des Krieges der Angelsachsen gegen den Irak hat die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder anders entschieden. Mit ihrer klaren, in dieser Form erstmaligen Positionierung gegen die USA und der außerordentlich starken Anlehnung an Frankreich hat die damalige Bundesregierung einen wahrhaften Tabubruch begangen, der von vielen Kommentatoren hart kritisiert worden war.² Und in der Tat ist mit diesem höchst markanten Abweichen von den tradierten Positionen bundesdeutscher Außenpolitik eine neue Ära in den deutsch-amerikanischen Beziehungen eingeleitet worden, deren konkrete Konturen allerdings erst noch gefunden werden müssen. Diesbezüglich hat die seit November 2005 regierende Große Koalition noch keine eindeutige Positionierung erkennen lassen, nur eins ist klar: Ein Zurück zum Status quo ante wird es nicht geben.³

Wenn Schröder mit der Entscheidung, im Schulterschluss mit Frankreich gegen die USA aufzutreten, den klassisch bundesdeutschen „Spagat“ zwischen Paris und Washington aufgab, so ist im Rückblick auf die Ära Kohl zu fragen, warum es dem damaligen Kanzler gelang, eine Politik des „Entweder-oder“ zu vermeiden und eine Politik des „Sowohl-als-auch“ durchhalten zu können.⁴ Es wird mitunter suggeriert, dass Kohl in dieser heiklen Aufgabe des Ausgleichs zwischen den beiden anspruchsvollen und fordernd auftretenden Partnern – hier die Welt- und Schutzmacht USA, dort der engste Freund Frankreich – nicht zuletzt durch eine im Vergleich zu Schröder ausgefeiltere Regierungskunst reüssiert habe.⁵ Demgegenüber vertrete ich die These, dass zu Kohls Amtszeiten die Lage nicht so war, dass die deutsche Priorität des *in dubio pro USA* ernsthaft in Frage gestellt wurde. Das lag zuvörderst an den weltpoliti-

1 Hanns W. MAULL u.a. (Hg.), *Deutschland im Abseits? Rot-grüne Außenpolitik 1998–2003*, Baden-Baden 2003, S. 10.

2 Vgl. Christian HACKE, *Deutschland, Europa und der Irakkonflikt*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 24–25 (2003), S. 8–16; DERS., *Die Außenpolitik der Regierung Schröder/Fischer*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 32–33 (2005), 9–15, hier S. 10, 14; Karl-Heinz KAMP, *Deutschland, Europa und die transatlantischen Sicherheitsbeziehungen*, in: Reinhard MEIER-WALSER (Hg.), *Gemeinsam sicher? Vision und Realität europäischer Sicherheitspolitik*, Neuried 2004, S. 249–260; Hanns W. MAULL, „Normalisierung“ oder Auszehrung? *Deutsche Außenpolitik im Wandel*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 11 (2004), S. 17–23; DERS., *Die prekäre Kontinuität. Deutsche Außenpolitik zwischen Pfadabhängigkeit und Anpassungsdruck*, in: Manfred G. SCHMIDT/Reimut ZOHLNHÖFER (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik Deutschland. Innen- und Außenpolitik seit 1949*, Wiesbaden 2006, S. 429; Hans-Peter SCHWARZ, *Republik ohne Kompass. Anmerkungen zur deutschen Außenpolitik*, Berlin 2005.

3 MAULL, *Deutschland im Abseits?* (wie Anm. 1), S. 12.

4 DERS., *Die prekäre Kontinuität*, (wie Anm. 2), S. 425.

5 Vgl. HACKE, *Außenpolitik* (wie Anm. 2), S. 9ff.; MAULL, *Deutschland im Abseits?* (wie Anm. 1), S. 15; DERS., *Die prekäre Kontinuität* (wie Anm. 2), S. 441.

schen Konstellationen; aber auch die Angebote, die Paris zur Gestaltung der transatlantischen Beziehungen und zur sicherheits- und verteidigungspolitischen Rolle des integrierten Europas vorlegte, brachten Kanzler Kohl zumindest bis zur Zeitenwende von 1989/1990 nie ernsthaft in Versuchung, den tradierten, markant pro-atlantischen Kurs der bisherigen bundesdeutschen Außenpolitik aufzugeben. Doch auch nach 1990 blieb die Geschichte in Gestalt vor allem britischer Blockadepositionen Kanzler Kohl insofern gnädig, als sie ihm nie eine klare Entscheidung abverlangte, wie genau er es mit dem Bekenntnis zu einem außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisch handlungsfähigen Europa und damit auch mit Amerika hielt.

2. Frankreichs Amerikapolitik vor 1990 – zu anti-hegemonial für Bonn

2.1 Deutsch-französische Inkompatibilitäten

Seit de Gaulles Zeiten haftet der französischen USA-Politik ein sehr deutlich anti-hegemonialer Zug an. Frankreichs Unabhängigkeitsstreben, seine permanente Suche nach einer eigenständigen Rolle in der vom Ost-West-Gegensatz geprägten Weltpolitik, die Utopie der dritten Kraft zwischen den Blöcken, der Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO 1966 – all dies zeigte deutlich, dass de Gaulle eine allzu starke US-Hegemonie ablehnte. De Gaulles Nachfolger Georges Pompidou (1969–1974) und Valéry Giscard d'Estaing (1974–1981) hielten trotz mancher Korrekturen an den außenpolitischen Überspanntheiten des Generals an seinem Unabhängigkeitsstreben fest. Weil sie daher der Bundesrepublik keine ernst zu nehmenden Offerten für eine gemeinsame bilaterale oder europäische Außen- und Sicherheitspolitik anboten, blieb der proatlantische Kurs der deutschen Kanzler Brandt (1969–1974) und Schmidt (1974–1982) unangefochten. Selbst der 1969/70 beschlossene Einstieg in eine Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) konnte diesen Kurs nicht in Frage stellen; denn die strikt auf genuine Außenpolitik begrenzte EPZ implizierte keinerlei Loyalitätskonflikte zur NATO und den USA, deren sicherheits- und verteidigungspolitischer Primat voll und ganz gewahrt blieb. Exakt deshalb war es den damaligen Kanzlern möglich, die EPZ massiv zu unterstützen, die als rein zivile außenpolitische Koordinationsinstanz perfekt zum deutschen „low profile“-Ansatz passte. Wenn Frankreich bereits in den 70er Jahren von einem „Europe Puissance“ sprach, so beinhaltete dieses Leitkonzept damals konkret nicht mehr bzw. noch nicht den Aufbau europäischer sicherheits- und verteidigungspolitischer Fähigkeiten.⁶

6 Der Begriff war von Giscard d'Estaing geprägt worden, der das *Europe Puissance* einem *Europe Espace*, also einem lediglich als geographischer Raum verstandenen Europa entgensetzte. Damit drückte VGE seine Befürchtung aus, dass die erste EG-Erweiterung von 1973 zu einer Verwässerung des Integrationsgedankens führen könnte. Vgl. Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik*, Wiesbaden 2004, S. 108.

2.2 Mitterrands sicherheits- und verteidigungspolitische Konzeptionen: Bemühungen um eine Wiederbelebung der WEU

Französische Vorschläge, die den fest an Amerikas Seite verankerten westdeutschen sicherheits- und verteidigungspolitischen Kurs etwas abzuschwächen beabsichtigten, erfolgten nach de Gaulles fehlgeschlagener Fouchet-Initiative erneut erst wieder unter François Mitterrand. Das „Trickreiche“ an diesen Vorschlägen war, dass sie im Gewande eines für französische Verhältnisse ausgeprägten Transatlantizismus daherkamen. Angesichts der massiven bundesrepublikanischen Friedensbewegung, die als Folge des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der 80er Jahre entstand, fürchtete Paris, dass dieser virulente westdeutsche Pazifismus die Bundesrepublik in die Neutralität treiben könnte, die für Frankreichs Sicherheit höchst bedenklich wäre. Denn trotz aller Unabhängigkeitsgesten wäre Frankreich im Falle einer sowjetischen Aggression auf die NATO als Instrument der kollektiven Verteidigung angewiesen gewesen, diente die umfangmäßig begrenzte *force de frappe* doch ausschließlich der Abschreckung, dem Schutz des territorialen *sanctuaire*. Daher also reiste Mitterrand anlässlich des 20. Jahrestages des Elysée-Vertrages nach Bonn und plädierte am 20. Januar 1983 vor dem deutschen Bundestag vehement für den Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses, d.h. für die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II-Raketen auf westdeutschem Boden.⁷ Er warnte die BRD auch explizit vor den Gefahren einer Abkoppelung von den USA, neben „neutral-pazifistischen“ meinte er auch antiamerikanische Tendenzen in Deutschland erkennen zu müssen.⁸ Mit seiner famosen Formel „Les pacifistes sont à l'Ouest mais les missiles sont à l'Est“ [Die Pazifisten sind im Westen, die Raketen aber sind im Osten] erwies er Helmut Kohl einen großen Dienst und ermutigte gleichzeitig die Europäer, sich nicht einschüchtern zu lassen.⁹ Anders als sein Vorgänger Giscard d'Estaing, der wegen Rücksichten auf Moskau in dieser Frage immer recht zurückhaltend gewesen war, unterstützte Mitterrand mithin eindeutig den NATO-Doppelbeschluss und erkannte grundsätzlich die überragende Bedeutung der Allianz für Europas Verteidigung an.

In den Folgejahren stellte Mitterrand gleichwohl wiederholt die Frage nach einer Stärkung der europäischen Verteidigung. Seit Bestehen der Nordatlantischen Allianz ist die Maxime fester Bestandteil der französischen Sicherheitspolitik, dass die USA ihre Funktion als Sicherheitsgarant Europas dann besonders verlässlich erfüllen, wenn Europa eigene und substantielle Vertei-

⁷ Die Rede ist abgedruckt in: Adolf KIMMEL/Pierre JARDIN (Hg.), *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1963. Eine Dokumentation*, Opladen 2002, S. 432–436.

⁸ Valérie GUÉRIN-SENDELBACH, *Ein Tandem für Europa? Die deutsch-französische Zusammenarbeit der achtziger Jahre*, Bonn 1993, S. 88.

⁹ Robert TOULEMON, *La Construction de l'Europe (1979–1999)*, in: *Politique étrangère* 3 (1999), S. 573–585, hier S. 575.

digungsanstrengungen unternimmt. In der Tat „there has been a permanent tendency within the Euro-Atlantic partnership for the United States to threaten Europe with the dissolution of the Alliance if the Europeans were not perceived to be pulling their weight“.¹⁰ Um solch vermehrte verteidigungspolitische Anstrengungen der Europäer nicht ausschließlich im NATO-Rahmen zu belassen, hat Frankreichs politische Klasse daher „in unregelmäßigen Abständen“ immer wieder die WEU als hierfür geeignete Plattform ins Spiel gebracht.¹¹ So plädierte Mitterrand nach der Nachrüstungsdebatte vehement für eine Wiederbelebung der seit vielen Jahren im Dornröschenschlaf versunkenen WEU. Es gelang ihm, die Außen- und Verteidigungsminister der WEU im Oktober 1984 zu der „Erklärung von Rom“ zu veranlassen, in der die Aktivierung des europäischen Verteidigungsbündnisses zugesagt wurde. Doch versandete diese Initiative bald; zum einen, weil Frankreichs WEU-Partner an einer Infragestellung des sicherheitspolitischen NATO-Monopols wenig Interesse hatten und sich nicht entscheiden konnten, was das geringere Übel war, „defence integration or US hegemony“.¹² Zum anderen, weil Mitterrand angesichts dieses sehr verhaltenen Engagements seiner WEU-Partner die nötige Hartnäckigkeit vermissen ließ.¹³ Doch wenn in der Erklärung vom 27. Oktober 1984 die genaueren Konturen der angesprochenen WEU-Reaktivierung ungeklärt blieben, so war dies vor allem grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten geschuldet. Denn während „die meisten WEU-Staaten die Schaffung eines europäischen Pfeilers in der NATO präferierten“, wollte „Frankreich eine eigenständige europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität schaffen“¹⁴ – so zumindest die vorherrschende Perzeption.

Parallel zu seinem WEU-Vorstoß trat Mitterrand auch für ein sicherheitspolitisches „Bündnis im Bündnis“ ein, also für eine stärkere deutsch-französische Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Mitterrand hatte bereits mit Kanzler Schmidt anlässlich des binationalen Gipfels vom Februar 1982 eine Aktivierung jener Passagen des Elysée-Vertrages zur Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik eingeleitet, die seit der Enttäuschung de Gaulles über die Präambel des Deutschen Bundestags ungenutzt geblieben wa-

10 Jolyon HOWORTH, *European integration and defence. The ultimate challenge?* (Chaillot Papers Nr. 43, Institute for Security Studies), Paris 2000, S. 10.

11 Kai BURMESTER, *Atlantische Annäherung – Frankreichs Politik gegenüber der NATO und den USA*, in: Hanns W. MAULL/Michael MEIMETH/Christoph NESSHÖVER, (Hg.), *Die verhinderte Großmacht. Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Ende des Ost-West-Konflikts*, Opladen 1997, S. 92–112, hier S. 109.

12 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 11.

13 Pascal BONIFACE, *François Mitterrand et la construction européenne. La politique française de sécurité*, in: Samy COHEN (Hg.), *Mitterrand et la sortie de la guerre froide*, Paris 1998, S. 186ff.

14 Wichard WOYKE, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem fasst wieder Tritt*, Opladen 2004, S. 157.

ren. Ab Oktober 1982 trieb er dann mit Kanzler Kohl deren Institutionalisierung weiter voran. Diese wurde allerdings erst Anfang 1988 vollendet, als zur Zelebrierung des 25. Jahrestages des Elysée-Vertrages der 1982 geschaffene Ausschuss für Sicherheits- und Verteidigungsfragen in den Rat für Verteidigung und Sicherheit überführt und die deutsch-französische Brigade aufgestellt wurde.¹⁵ Die Einsatzbedingungen der Brigade waren so ausgestaltet, dass sie als materialisierter Beweis sowohl der Unabhängigkeit als auch der Kooperation zwischen Europa und NATO interpretiert werden konnten¹⁶ – entsprechend argumentierte die französische bzw. die deutsche Lesart.

Kohls Bereitschaft, mit Mitterrand solch ein „Bündnis im Bündnis“ einzugehen, ist ein markantes Beispiel seiner „Sowohl-als-auch“-Politik: Während die Schaffung der deutsch-französischen Brigade Mitterrand wenigstens ansatzweise zufriedenstellen konnte, erlaubten die konkreten Einsatzregeln es dem Kanzler zugleich, jegliche Infragestellung des sicherheits- und verteidigungspolitischen Monopols der NATO zu umgehen. Auch an der deutschen Position in der äußerst strittigen Debatte über Ronald Reagans SDI-Initiative ließ sich Kohls Atlantizismus zweifelsfrei ablesen. So verweigerte er seinem Freund Mitterrand die Gefolgschaft, als jener Ende 1984 das europäische Technologieprogramm EUREKA lancierte, das als Antwort auf das von Frankreich bekämpfte SDI-Programm zu verstehen ist. Beispielsweise lehnte die BRD die Mitarbeit am Projekt Hermes sowie an Entwicklung und Bau eines Beobachtungssatelliten ab, beides Bestandteile der europäischen technologischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich.¹⁷ Denn in den Zeiten des anhaltenden Ost-West-Konflikts wollte Kohl jegliche Brüskierung der USA durch sicherheits- und verteidigungspolitisches Emanzipationsstreben à la française vermeiden. Mit seinem Drängen auf eine unabhängigere europäische Verteidigung blieb Frankreich unter Mitterrand somit der „einsame Rufer in der Wüste“.¹⁸

15 Vgl. GUÉRIN-SENDELBACH, *Ein Tandem für Europa?* (wie Anm. 8), S. 90; KIMMEL/JARDIN (wie Anm. 7), S. 238–247, 279–281. – Deutschland war die Bereitschaft zum Bündnis im Bündnis dadurch erleichtert worden, dass Mitterrand 1987 versicherte, französische Atomwaffen niemals auf deutschem Boden einzusetzen. Vgl. Hubert VÉDRINE, *Face à l'hyperpuissance. Textes et discours 1995–2003*, Paris 2003, S. 71.

16 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 180.

17 Vgl. Henri MÉNUDIER, *Frankreich*, in: Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1985*, Bonn 1986, S. 346–352, hier S. 351; MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6) 2004, S. 75f.

18 Michael MEIMETH, *Sicherheitspolitik zwischen Nation und Europa. Deutsche und französische Perspektiven*, in: DERS./Joachim SCHILD (Hg.), *Die Zukunft von Nationalstaaten in der europäischen Integration*, Opladen 2002, S. 231–248, hier S. 232.

3. Ende des Ost-West-Konflikts: Aufbruch zu neuen sicherheitspolitischen Ufern?

Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989, dem Vollzug der deutschen Einheit 1990 – die Frankreich zunächst zu verhindern bzw. zumindest zu verzögern versuchte¹⁹ – und dem Untergang der Sowjetunion 1991 ergaben sich vollkommen neue Rahmenbedingungen für die transatlantischen Beziehungen. Frankreich unter Mitterrand erkannte die neue historische Chance, nun ein „Europe Puissance“ zu verwirklichen. Der Wegfall der sowjetischen Bedrohung und damit des westeuropäischen Reflexes, sich unter dem US-Nuklearschuttschild zu versammeln, eröffnete aus Pariser Sicht ein *window of opportunities*, das durch zwei zusätzliche neue Faktoren noch weiter aufgestoßen wurde. Erstens schien es Frankreich ratsam, die volle außenpolitische Souveränität, die Deutschland durch die Vereinigung wiedererlangt hatte, in einem im Vergleich zur EPZ verstärkten europäischen außenpolitischen Rahmen einzuhegen; dadurch wollte man auch in Zukunft deutsche Alleingänge und Sonderwege ausschließen.²⁰ Aus strategischer Sicht ergab sich zweitens die Notwendigkeit, Europa zu einem international gewichtigen Akteur auszubauen, aus der Gefahr heraus, dass es angesichts der veränderten internationalen Rahmenbedingungen zu einem US-amerikanischen Disengagement in Europa kommen könnte.

Es stellt sich folglich die Frage, ob diese radikal neuen Gegebenheiten das deutsch-französische Tandem dazu veranlassten bzw. es ihm ermöglichten, nun endlich den Aufbau eines politischen, auch außen-, sicherheits- und verteidigungspolitisch handlungsfähigen Europas anzugehen, kurz ein „Europe Puissance“ auf die gemeinsame europapolitische Agenda zu setzen? Aus der ex-post-Betrachtung ist diese Frage eindeutig zu verneinen: Ausgeprägte Kontinuitäten sowohl links wie rechts des Rheins verhinderten diesen – im Grunde so notwendigen – Aufbruch zu neuen sicherheitspolitischen Ufern. Weil in den unmittelbar auf die Zeitenwende folgenden Jahren weder Frankreich noch Deutschland mit radikalen Politikwechseln auf die radikal neuen internationalen Gegebenheiten reagierten, ließ sich das *window of opportunities* (noch) nicht zur gemeinsamen Neugestaltung der euro-atlantischen Beziehungen nutzen. Der französische Part an dieser verpassten Chance lässt sich an Mitterrands NATO-Politik aufzeigen, die trotz gewisser innovativer Veränderungen und Anpassungen noch immer zu anti-hegemonial war, um Kohls Zustimmung

19 Jacques ATTALI, *Verbatim III. Chronique des années 1988–1991*, Paris 1995; Stefan BIERLING, *Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen*, Opladen 2005, S. 153f.

20 Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Europapolitik als Staatsraison*, in: SCHMIDT/ZOHLNHÖFER (wie Anm. 2), S. 467–490, hier S. 475f.

zu erlangen. Dabei kann man dem Altkanzler den Vorwurf nicht ersparen, dass er die zukunftsgerichteten Aspekte der Mitterrandschen Politik wohl nicht recht erkannte. Denn die NATO-Politik des Staatspräsidenten nach 1990 war weniger am Jahr 1966 – als de Gaulles Frankreich die NATO verließ – orientiert, als auf „den Horizont nach 2000“ ausgerichtet.²¹

3.1 Mitterrands doppelgleisige NATO-Politik

In der Tat war Mitterrands *post-cold-war*-NATO-Politik nicht auf den ersten Blick lesbar und führte somit zu Missverständnissen, die ihm den Vorwurf der Ambiguität einbrachten.²² Zugegebenermaßen war die NATO-Politik der Sphinx – als solche wurde Mitterrand wegen seiner Unergründlichkeit, Doppeldeutigkeit und der geheimnisvollen Aura, die ihn stets umgab, oft bezeichnet – zumindest zweigleisig. Zum einen war Mitterrand daran gelegen, die USA und die NATO langfristig an Europa zu binden. Zum anderen wollte er gleichzeitig die strategische Handlungsfähigkeit und Autonomie Europas stärken. Das mag doppelgleisig sein – einen Widerspruch stellt diese zweifache Zielsetzung dennoch nicht dar. Vielmehr blieb Frankreich damit seiner – bereits erwähnten – *Maxime* treu, dass nur vermehrte europäische Verteidigungsanstrengungen die USA langfristig im nordatlantischen Bündnis halten könnten.²³ „Der Aufbau einer weitgehenden strategischen Autonomie Westeuropas erschien den Regierenden in Paris damals ... als der einzig mögliche Weg, um das zu erwartende amerikanische Disengagement aufzufangen und zugleich eine entsprechende Risikovorsorge gegen mögliche militärische Eventualfälle zu schaffen.“²⁴ Trotz einiger weitblickender, ja visionärer Konnotationen verblieb dieser Politikansatz aber größtenteils in altbekannten Bahnen, so dass er sich nicht durchsetzen konnte.²⁵

3.1.1 Bittere Lektionen: Der Golf-Krieg und der kriegerische Zerfall Jugoslawiens

Vor allem der Golfkrieg 1991 und Europas krasse Handlungsunfähigkeit in der Jugoslawienfrage hatten Mitterrand die Unverzichtbarkeit der amerikanischen Militärkapazitäten drastisch vor Augen geführt.

Nachdem Mitterrands intensive Versuche, nach dem Überfall des Irak auf Kuwait die Krise – nicht zuletzt auf der Grundlage der engen franko-irakischen

21 So BONIFACE (wie Anm. 13), S. 174.

22 BURMESTER (wie Anm. 11), S. 104; HOWORTH (wie Anm. 10), S. 15.

23 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 10.

24 Michael MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO – Alter Wein in neuen Schläuchen?* In: *Frankreich-Jahrbuch 1998*, Opladen 1998, S. 171–190, hier S. 174.

25 „Alter Wein in neuen Schläuchen“ meint dazu Meimeth (EBD. S. 171) eher abwertend.

Beziehungen – friedlich, d.h. auf diplomatischem Wege zu bereinigen, gescheitert waren, schwenkte Frankreich auf den Kurs seiner Partner ein und trug die Verabschiedung der UN-Resolution 678 vom 29. November 1990 und das damit verknüpfte Ultimatum an Saddam Hussein mit. Als es dann im Januar 1991 zum Krieg kam, beteiligte sich Frankreich mit 14.500 Soldaten an den Kampfhandlungen. Trotz ostentativen Betonens der Eigenständigkeit des französischen Kontingents operierte dieses de facto unter amerikanischem Oberbefehl.²⁶ Im Kriegsverlauf musste Frankreich die Abhängigkeit und Unterlegenheit der eigenen militärischen Fähigkeiten im Vergleich zu den amerikanischen, vor allem in der Logistik und Aufklärungstechnologie, bitter erfahren. Zwar erklärte Mitterrand in seiner Fernsehansprache zur Beendigung des Golfkriegs 1991 „im Tone de Gaulles, Frankreich habe es durch mutigen Einsatz verstanden, ‚seine Rolle und seinen Rang‘ in der Welt zu wahren“; doch die Lehren des Golfkriegs – so Robert Picht weiter – stellten „das Grundkonzept französischer Sicherheits- und Rüstungspolitik nach dem Prinzip der nationalen Unabhängigkeit, also das Erbe de Gaulles selbst, in Frage. Trotz eines Landheeres von 280.000 Soldaten konnte Frankreich nur eine Division von 12.000 Mann an den Golf entsenden; die übrigen Truppen waren entweder für einen solchen Einsatz ungeeignet oder durch militärische Präsenz in Schwarzafrika gebunden.“²⁷ „France’s experience of participating in a multinational force commanded by a US general under NATO procedures for interoperability was both humiliating and revealing – particularly for the military. Any illusion which might have remained about France’s (and Europe’s) capacity to underwrite the collective security of the Continent were shattered in the Saudi Arabian desert.“²⁸ Daher kann der Golf-Krieg als „der Wendepunkt in der französischen NATO-Politik“ gewertet werden.²⁹ Als sich ab 1993 ein NATO-Engagement im zerfallenden Jugoslawien anbahnte, festigte sich in Frankreich die Erkenntnis, „dass eine Annäherung an die NATO wie auch eine bedingte NATO-Re-Integration Frankreichs seinen Einfluss in diesem Bündnis vergrößern könnte“.³⁰

3.1.2 Mitterrands Kampf gegen eine NATO-Allmacht in Europa

Parallel zur Ein- und Unterordnung der französischen Verbände in die NATO-Operationen der frühen 90er Jahre und zur bedingten Re-Integration in deren Strukturen zum Zwecke vermehrter Mitsprache setzte sich Mitterrand jedoch

26 Vgl. Denis LACORNE, *Le rang de la France: Mitterrand et la guerre du Golfe*, in: COHEN (wie Anm. 13), S. 339–346.

27 Robert PICT, *Frankreich 1990/91: Rolle und Rang in einer veränderten Welt*, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, Opladen 1991, S. 9–31, hier S. 16.

28 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 18.

29 BURMESTER, (wie Anm. 11), S. 102.

30 WOYKE (wie Anm. 14), S. 135.

gegen einen allzu umfassenden Bedeutungszuwachs der Nordatlantischen Allianz kräftig zur Wehr. Denn der Staatspräsident wollte – und hierin drückt sich erneut die Zweigleisigkeit seiner *post-cold-war*-NATO-Politik aus – vermeiden, dass die Amerikaner sich über den NATO-Hebel zum politischen Führer auch des neuen, vom Sowjetjoch befreiten Europas aufschwingen und damit alle Aussichten auf europäische Selbstbestimmung und (strategische) Autonomie ersticken könnten. So verfolgte er beim Aufbau der nun anstehenden neuen gesamteuropäischen Ordnung das Ziel, den Einfluss der Amerikaner möglichst gering zu halten.

Daher wehrte sich Mitterrand zunächst gegen die seit 1991 in Angriff genommene Funktionsausweitung der NATO. „Mißtrauisch hatte man in Paris ... zu Beginn der 90er Jahre jeden amerikanischen Versuch verfolgt, der NATO um ihres Überlebens willen eine neue, politische Rolle zuzuweisen“. Die US-Strategie, „sowohl die inhaltliche als auch die geographische Reichweite“ der NATO auszudehnen, wurde als Versuch interpretiert „die amerikanische Hegemonie auch unter den neuen weltpolitischen Rahmenbedingungen fortzuschreiben zu wollen“.³¹ Paris stimmte daher nur widerstrebend und nach längerem Taktieren dem NATO-Beschluss vom Juni 1992 zu, dass die Allianz auch KSZE-Mandate³² übernehmen werde.

In seiner Abwehr gegen einen zu großen Machtzuwachs der NATO und mithin der USA verlegte sich Mitterrand mit Nachdruck auf die Forderung, quasi als Ausgleich zu diesen ungeliebten Entwicklungen die Rolle von EG, KSZE und auch WEU aufzuwerten.³³ Mit der Überantwortung der sicherheitspolitischen Neuordnungsaufgaben an die KSZE sollte nach Mitterrands Plänen zum einen die Einbindung des „unentbehrlichen“ amerikanischen Beitrags zur Sicherheitsgewährleistung in Europa erreicht, zum anderen aber zugleich auch der Einflussausweitung der NATO auf Mittel- und Osteuropa ein Riegel vorgeschoben werden. Damit stellte sich Mitterrand sehr bewusst dem amerikanischen Ansinnen entgegen, die neue Lage mit einem „neuen Atlantizismus“ zu bewältigen, ein Konzept von US-Außenminister James Baker, „das in Paris als ein erster Versuch interpretiert wurde, die überkommene amerikanische Hegemonie in Europa fortzuschreiben“.³⁴ Im Rahmen dieser Abwehrstrategie

31 MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 177.

32 Mit der Unterzeichnung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ bekräftigten die 34 KSZE-Staaten im November 1990 die Zielsetzung der Organisation neu und verpflichteten sich untereinander auf die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit, des demokratischen Pluralismus und der Förderung der Beziehungen. Im Dezember 1994 erfolgte die Umbenennung in OSZE.

33 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 175.

34 Michael MEIMETH/Christoph NESSHÖVER, *Die gesamteuropäische Dimension französischer Sicherheitspolitik. Mitterrands Konföderationsprojekt und Balladurs Stabilitäts-pakt*, in: MAULL u. a. (Hg.); *Die verhinderte Großmacht* (wie Anm. 11), S. 157.

brachte Mitterrand insbesondere die WEU, deren Wiederbelebung ihm 1984 nicht gelungen war, erneut ins Spiel. Die WEU sollte nach französischer Auffassung – in Kontinuität zu den Konzepten der 80er Jahre – den bewaffneten Arm der Europäischen Gemeinschaft bilden bzw. der seit dem NATO-Gipfel in Rom (Dezember 1991) intensiv diskutierten Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) die operative Unterfütterung liefern. Dieses Konzept verfolgte Paris mit größter Hartnäckigkeit.

Auf harsche Kritik aus Paris stieß außerdem die Einrichtung des nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR), die auf eine gemeinsame Initiative von Bundesaußenminister Genscher und seinem US-amerikanischen Kollegen Baker vom Frühjahr 1991 hin erfolgte; im NAKR wurden Sicherheitsanliegen gemeinsam zwischen NATO-Mitgliedern und früheren Gegnern des Bündnisses, also vor allem mit der UdSSR bzw. Russland erörtert. Diese kontinuierlichen Funktionsausweitungen der NATO aber machten „die französischen Hoffnungen auf einen politischen (nicht militärischen!) Bedeutungsverlust der NATO ... zunichte ... Das französische Dilemma ‚US-Truppen ja, US-Einfluss nein‘ blieb auch unter Mitterrand unaufgelöst.“³⁵ Insgesamt aber konnte sich Paris dem Trend der Funktionsausweitung der NATO nicht allzu deutlich widersetzen; dies hätte eine Isolation Frankreichs bedeutet und den nationalen Interessen widersprochen.

So stimmte Frankreich der Schaffung des NAKR erst zu, „als auch gewährleistet war, dass die WEU und die EG eigene Kompetenzen in den gleichen Bereichen entwickeln konnten“.³⁶ Weiterhin trug Frankreich die Modernisierungs- und Umbaupläne der NATO erst ab dem Zeitpunkt mit, als von der Europa-freundlichen Clinton-Administration der Ansatz, den europäischen Pfeiler innerhalb der NATO zu stärken, energisch unterstützt wurde. Der Brüsseler NATO-Gipfel vom Januar 1994 bestätigte die Zielsetzung, eine europäische Verteidigungsidentität innerhalb der Allianz zu schaffen sowie multinationale Verbände aufzustellen.³⁷ Ogleich die endgültige Beschlussfassung zum Combined Joint Task Forces-Konzept erst 1996 auf dem Berliner NATO-Gipfel erfolgte – und damit jenseits der Ära Mitterrand – entsprach diese Entwicklung doch dessen Ansinnen und beförderte die Annäherung Frankreichs an die NATO ganz wesentlich.

Außerdem konnte Mitterrand die sog. Petersberg-Erklärung der WEU-Außen- und Verteidigungsminister vom 19. Juni 1992, die der WEU erstmals konkrete militärisch-operative Aufgaben auch außerhalb des NATO-Gebietes übertrug, als Erfolg verbuchen. Als Interventionsspektrum der WEU wurden humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie

35 BURMESTER (wie Anm. 11), S. 94, 104.

36 WOYKE (wie Anm. 14), S. 134.

37 MEIER-WALSER (wie Anm. 2), S. 31.

Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen definiert. Die operativen Kapazitäten sollten den integrierten Strukturen der NATO entnommen werden. Diese Einheiten würden im Bedarfsfall nach dem Prinzip der doppelten Zuordnung sowohl der WEU als auch der NATO unterstellt sein. „Diese Form eines ‚double hatting‘ ging auf den kurz vor dem Petersberger Treffen veröffentlichten Vorschlag des britischen Verteidigungsministers Malcolm Rifkind zurück, alle europäischen multinationalen Verbände (womit er vor allem auf das Eurokorps abzielte) unter NATO- und WEU-Kontrolle zu stellen.“³⁸ Für Paris aber war die Petersberger-Erklärung insofern ein Erfolg, als sie eine „regionale Entgrenzung der militärischen Aufgaben der WEU“ beinhaltete und damit „die WEU zumindest auf deklaratorischer Ebene der NATO auch im Hinblick auf die Aufgabe der kollektiven Selbstverteidigung gleichgestellt worden ist“.³⁹

Mitterrand verfolgte das Ziel der Aufwertung der WEU also mit der ihm eigenen Hartnäckigkeit. Gleichwohl bleibt die Frage offen, ob er tatsächlich über ein kohärentes Konzept zur Ausgestaltung der anvisierten strategischen Autonomie Europas und zum künftigen Verhältnis von NATO und WEU verfügte.

3.1.3 Begrenzte Annäherung Frankreichs an die NATO-Strukturen

Insgesamt sind die offensichtlichen Ergebnisse der Golf- und Jugoslawienkriege in einer deutlichen Annäherung Frankreichs an die NATO-Strukturen zu sehen. Nachdem Verteidigungsminister Pierre Joxe 1993 erklärt hatte, dass Frankreich „in den entscheidungsfällenden Gremien anwesend sein müsse ... in denen ... über unsere Sicherheit entschieden wird“⁴⁰, nahm Paris ab April des selben Jahres „wieder uneingeschränkt an der Arbeit des NATO-Militärausschusses teil.“⁴¹ Joxe' Nachfolger, François Léotard, ab Mitte 1993 Verteidigungsminister in der konservativen (Kohabitations-)Regierung Balladur,⁴² forcierte diesen Annäherungsprozess weiter, u.a. indem er intensiv den Einstieg der NATO in die sog. Out-of-area-Einsätze unterstützte. Auch nahm Léotard persönlich an einem informellen Treffen der NATO-Verteidigungsminister teil.⁴³ Doch obwohl einige damals gar die vollständige Rückkehr Frankreichs in die NATO-Strukturen erwartet hatten,⁴⁴ blieb es unter Mitter-

38 BURMESTER (wie Anm. 11), S. 110.

39 MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 175.

40 Zit. in BURMESTER (wie Anm. 11), S. 101.

41 WOYKE (wie Anm. 14), S. 135.

42 1993 kam es zur zweiten Kohabitation. Mitterrand ernannte Edouard Balladur zum Premierminister. Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 53f.

43 WOYKE (wie Anm. 14), S. 136.

44 HOWORTH (wie Anm. 10), S. 19.

rand bei dieser insgesamt begrenzten Re-Integration. Mitterrand wollte Amerikaner und Europäer der französischen NATO-Unterstützung versichern und den Eindruck vermeiden, dass Frankreich den Untergang der UdSSR zum Anlass nehmen könnte, die transatlantischen Beziehungen lockern zu wollen; „denn dies hätte lediglich dazu geführt, dass die anderen Europäer in Schreckstarre verfallen wären“.⁴⁵ Weiter aber wollte sich Mitterrand nicht auf die NATO einlassen. Hier wird erst Chirac einige Schritte weiter gehen.

3.2 Mitterrands Konföderationsprojekt

Dennoch verfolgte Mitterrand bei der Suche nach den künftigen gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen, die es nach dem Ende des Ost-West-Konflikts aufzubauen galt, dezidiert auch eigene Wege. Sein Ansinnen, dabei den Einfluss der Amerikaner möglichst gering zu halten, schlug sich zunächst besonders deutlich in seiner Politik den von der sowjetischen Herrschaft befreiten mittel- und osteuropäischen Staaten gegenüber nieder. Diese wollte er in eine Konföderation mit dem integrierten EG-Europa einbinden, die der Verwirklichung sowohl seiner integrationspolitischen Schwerpunkte als auch seines – nun gesamteuropäischen – Autonomiestreben dienen sollte.⁴⁶

So lancierte der große Taktiker Mitterrand in seiner Neujahrsansprache vom 31. Dezember 1989 erstmals das Projekt einer Europäischen Konföderation, die einen recht lockeren Rahmen für die gesamteuropäische Vereinigung abgeben und somit die Völker Mittel- und Osteuropas für einen längeren Zeitraum vor den Toren des solide gebauten westeuropäischen Hauses der EG/EU belassen sollte. Mitterrand sprach konkret von zwei Schritten, die nach dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa nun zu ergreifen seien. Zum ersten müsse die Zwölfer-Gemeinschaft ihre Strukturen unbedingt festigen; zum zweiten müsste ein Rahmen geschaffen werden, in dem Gesamteuropa sich wiederfinden und die in einem halben Jahrhundert der Trennung entstandene Distanz überwinden könnte. Diese Konföderation sollte nach Mitterrands Vor-

45 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 174.

46 Ursprünglich hatte Mitterrand – unter Mithilfe Jacques Attalis übrigens – das Konzept der Europäischen Konföderation entwickelt, um eine Lösung für die deutsche Frage vorzuschlagen. In seiner Rede vor Leipziger Studenten anlässlich seiner umstrittenen DDR-Reise im Dezember 1989 hatte Mitterrand daher Formen der deutschen Einheit angesprochen, die diesen Vorstellungen entsprachen; er könne sich „eine Föderation oder Konföderation“ vorstellen, „alle Formen der Einheit ohne die Form der Vereinigung in der Einheit“ (zit. in: Ernst WEISENFELD, *Frankreich und Mitteleuropa. Der Plan für einen europäischen Stabilitätspakt*, in: DERS./Ingo KOLBOOM, *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, Bonn 1993, S. 167–179, hier S. 171). Nachdem die deutsche Frage bekanntermaßen auf andere Art gelöst wurde, versuchte Mitterrand, das Konföderationskonzept auf die MOE-Staaten anzuwenden. Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 142–146.

stellungen allen europäischen Ländern, Russland inbegriffen, ein Forum bieten, auf welchem sie nach intergouvernementalem Muster in Bereichen, die einer multilateralen Lösung bedürfen, zusammenarbeiten könnten; konkret sprach Mitterrand Wirtschaft, Kultur und Technik an.

Auch beim Konföderationsprojekt wird die strategische Finesse der Sphinx sichtbar: Denn das Projekt verfolgte einerseits die Abwehr eines allzu schnellen EG/EU-Beitritts der MOE-Staaten – hier sprach Mitterrand von „des dizaines et dizaines d’années“ [Jahrzehnte und Jahrzehnte], die vergehen würden, bis die mittel- und osteuropäischen Staaten für einen Beitritt reif wären –, während es andererseits auch der Abwehr amerikanischer Hegemonieansprüche diene. In der Tat versuchte Mitterrand, solange er Frankreichs Europapolitik maßgeblich bestimmte, d.h. bis 1993, eine EU-Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Staaten zu verhindern. „Für Frankreich ... besaß die Vertiefung der Integration eindeutig Priorität vor einer Erweiterung der Gemeinschaft.“⁴⁷ Denn Mitterrand befürchtete, dass die Staaten des „anderen“ Europas eine Gefährdung für den erreichten Integrationsstand und eine Behinderung für mögliche weitere Integrationsschritte insbesondere in der Währungs- sowie in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik darstellen könnten.⁴⁸ Außerdem würde eine Osterweiterung das geographische Zentrum der EG/EU zuungunsten Frankreichs verschieben, Deutschland zur Zentralmacht dieses neuen Europas machen und somit insgesamt den Führungsanspruch Frankreichs in Frage stellen.

Wenn Robert Picht das Mitterrandsche Konföderationskonzept als den „spektakulärsten Versuch eigenständiger französischer Initiativen bei der Neuordnung Europas“ bezeichnet,⁴⁹ so deshalb, weil der Staatspräsident hiermit nicht nur baldige EG/EU-Beitritte der MOE-Staaten verhindern, sondern zugleich auch eine gewisse Korrektur der europäischen Nachkriegsordnung, eine Überwindung der Ordnung von Jalta vornehmen wollte. Dass Mitterrand hier eindeutig die Absicht verfolgte, gesamteuropäische Strukturen aufzubauen, die dem amerikanischen Einfluss weitgehend entzogen bleiben sollten, ist offensichtlich. Dies zeigte sich deutlich an seinen Plänen zur Verknüpfung des Konföderationsprojekts mit der KSZE; um die künftigen gesamteuropäischen Strukturen auch sicherheitspolitisch abzufedern und um den dringenden Bedürfnissen der mittel- und osteuropäischen Staaten entgegenzukommen, sah Mitterrand eine substantielle Aufwertung der KSZE vor. Denn wie schon aus-

47 WOYKE (wie Anm. 14), S. 36.

48 Florence DELOCHE-GAUDEZ, *Frankreichs widersprüchliche Positionen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik*, in: Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET (Hg.), *Europäische Außenpolitik. Die GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter Mitgliedstaaten*, Baden-Baden 2002, S. 120–133, hier S. 121.

49 PICHT (wie Anm. 27), S. 12.

geführt, wehrte sich Frankreich prinzipiell gegen allzu großzügige Funktionsausweitungen der NATO und wollte sie durch die stärker europäisch bestimmte KSZE ersetzen. Dies implizierte u.a. seinen Widerstand gegen KSZE-Mandate für die NATO.

Mitterrands Konföderationsprojekt scheiterte letztlich vor allem an den Sicherheitsbedürfnissen der MOE-Staaten;⁵⁰ dennoch ist zu fragen, ob und wie Mitterrand den mit diesem Projekt erhobenen Anspruch auf europäische – auch sicherheitspolitisch zu verstehende – Selbstbestimmung materiell unterfüttern wollte.

3.3 Hatte Mitterrand eine Blaupause für ein sicherheitspolitisches Europe Puisseance?

Diese Frage wird in der Literatur unterschiedlich beantwortet. Manche Autoren suggerieren, dass Frankreich den Aufbau von eigenständigen, auf der WEU basierenden, europäischen Verteidigungskapazitäten außerhalb der NATO angestrebt habe.⁵¹ Andere argumentieren, dass diese Interpretation nicht ausreichend abgesichert ist.⁵² Howorth vermerkt, dass solche Überlegungen zwar durchaus angestellt wurden, betont aber zugleich, dass dies nie Eingang in die offiziellen französischen Positionen gefunden hat und dass sich dafür auch keinerlei belastbare Belege finden lassen. Er lehnt daher Menons Aussage, dass Frankreich versucht habe, in Konkurrenz zur NATO rein europäische Sicherheitsstrukturen aufzubauen, als hypothetische Behauptung zurück.⁵³ Unter Verweis auf den „equivocal“ Strategen Mitterrand kann er lediglich „an aspiration towards an ever greater security (and possibly, in the longer term defence) role for the European Union“ erkennen, „probably via WEU, but with no hard and fast notion as to how far this could go or what institutional/political shape it might assume“.⁵⁴ Dass Frankreichs Position aus dieser Zweideutigkeit nie ganz heraus fand, führt er vor allem auf die schlichte Tatsache zurück, dass in den unmittelbar auf die Zeitenwende folgenden Jahre „... nobody had a blueprint for anything“.⁵⁵ Mitterrands Äußerungen vom April 1991, in einer Rede vor der Ecole supérieure de guerre, stützen diese Sichtweise. Hier erklärte der Präsident: „Zum gegenwärtigen Zeitpunkt und noch für lange Jahre

50 Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 145f.

51 Joachim SCHILD, *Frankreich und die Europäische Union. Außen- und Sicherheitspolitik im EG-Rahmen?*, in: *Frankreich-Jahrbuch*, Bd. 5, Opladen 1992, S. 79–101, hier S. 90; Anan MENON, *France, NATO and the Limits of Independence 1981–97. The Politics of Ambivalence*, Chippenham 2000, S. 127; WOYKE (wie Anm. 14), S. 158.

52 BONIFACE (wie Anm. 13); HOWORTH (wie Anm. 10).

53 EBD. S. 21.

54 EBD. S. 15.

55 EBD. S. 20.

kann die Verteidigung Westeuropas nur unter Berücksichtigung der Nordatlantischen Allianz gedacht werden.“ Für Mitterrand – so Boniface – „galt es nicht, eine Verteidigungsorganisation zu schaffen, die an die Stelle der NATO treten würde, sondern lediglich darum, die Grenzen der Allianz, ihrer Militärorganisation sowie ihrer geographischen Reichweite zu erkennen, um daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass Europa keine einzige Gelegenheit versäumen darf, sich eine gemeinsame Politik inklusive einer eigenständigen Verteidigung zu geben“.⁵⁶ Mitterrands Taktik bestand offensichtlich darin, jede sich bietende Gelegenheit zur Stärkung des europäischen Gewichts inner- und außerhalb der NATO zu nutzen, ohne die Allianz ernsthaft in Frage zu stellen. Eine Taktik – und sei sie noch so raffiniert – ist aber noch kein tragfähiges Konzept, keine realistische Blaupause.

Mitterrands Einlenken in Sache Eurokorps-Assignierung im sog. SACEUR-Abkommen vom 21. Januar 1993 kann diese Interpretation der französischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Offenheit bzw. Zweigleisigkeit jener Jahre untermauern – und erinnert in seiner Interpretationsbreite durchaus an die Einsatzregeln der deutsch-französischen Brigade. Das geheime SACEUR-Abkommen trug den französischen Forderungen Rechnung, die das Eurokorps an erster Stelle der EU und erst an zweiter Stelle der NATO zugeordnet wissen wollten.⁵⁷ „Frankreich gestand hingegen den USA zu, das Eurokorps nicht nur für die europäische Verteidigung, sondern auch für friedenserhaltende Missionen unter das operative Kommando der Allianz stellen zu können.“⁵⁸ So wurde im SACEUR-Abkommen festgehalten, dass das Eurokorps als „Teil der NATO-Hauptverteidigungslinie“ unter dem Befehl des SACEUR „an einer Verteidigung der Zentralregion und außerdem als Teil der Krisenreaktionskräfte des Bündnisses im gesamten europäischen Befehlsbereich teilnehmen kann“.⁵⁹ Dies bedeutet, dass das Eurokorps im Verteidigungsfall oder bei Out-of-Area-Einsätzen der NATO dem alliierten Europa-Oberkommandeur, der immer ein amerikanischer General ist, zugeordnet werden kann, ansonsten aber unterstehen die französischen Verbände des Eurokorps dem nationalen Kommando, die deutschen hingegen der NATO.⁶⁰

56 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 176.

57 Vgl. MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 136ff.

58 Valérie GUÉRIN-SENDELBACH, *Frankreich und das vereinigte Deutschland. Interessen und Perzeptionen im Spannungsfeld*, Opladen 1999, S. 266.

59 MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 178.

60 Dieses Zugeständnis fiel Mitterrand um so leichter, als diese Regelungen die Teilnahme Frankreichs am Militär- und Verteidigungsausschuss der NATO voraussetzt, ohne dass es hierfür in die militärische Integration zurückkehren musste – eine Option, die für Mitterrand nicht in Frage kam. Vgl. Françoise de la SERRE/Christian LEQUESNE, *Frankreich*, in: Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93*, Bonn 1993, S. 314–322, hier S. 319; WOYKE (wie Anm. 14), S. 153–155.

Nach der Zeitenwende von 1989/91 – so Pascal Boniface mit Blick auf Frankreich – wäre eigentlich mit einer „strategischen Revolution“, einem Bruch aller Kontinuitäten zu rechnen gewesen; trotz weitreichender Reform- und Änderungsvorschläge habe die französische Sicherheitspolitik aber lediglich mit diversen Anpassungen, nicht jedoch mit grundlegend neuen Ansätzen reagiert. „In diesem Bereich lehnte François Mitterrand es ab, jenen zu folgen, die ihm radikale Politikwechsel vorschlugen, um auf die fundamentalen Veränderungen im internationalen System zu reagieren. So sah er sich einerseits des Konservatismus bezichtigt (er verstehe die Veränderungen zwar, berücksichtige sie aber nicht), während andere ihn der Blindheit verdächtigten (er verstehe die Veränderungen nicht)“. „Auch wenn es paradox erscheint“ – so Boniface weiter – „kann man festhalten, dass François Mitterrands strategische Konzepte vom Untergang der UdSSR nicht fundamental betroffen wurden. Die Zielsetzungen blieben dieselben, auch wenn die Umsetzungsmodalitäten sich änderten: Verteidigung der französischen Autonomie, Stärkung des deutsch-französischen Tandems, Schaffung eines europäischen Verteidigungspfeilers, internationale Stabilität ... Insgesamt betrachtet war Frankreichs Sicherheitspolitik nach dem Fall der Berliner Mauer und trotz einiger Anpassungen von Kontinuität geprägt.“⁶¹ Wenn eine strategische Revolution in Frankreich nach 1989 ausblieb, so vielleicht deshalb, weil Mitterrand den Zeithorizont nach 2000 wohl doch noch nicht fest genug im Blick hatte.

4. Deutsch-französische Positionen für die GASP: Ein Neuanfang in den transatlantischen Beziehungen?

Angesichts dieser zweigleisigen NATO-Politik und den allgemeinen sicherheitspolitischen Positionen Frankreichs unter Mitterrand ergeben sich mit Blick auf die transatlantischen Beziehungen nun Fragen an Deutschland bzw. an den deutsch-französischen „Motor der Integration“. In der Vergangenheit war die sicherheitspolitische Ausrichtung Frankreichs mit dem ausgeprägt transatlantischen Kurs der Bundesrepublik Deutschland nicht kompatibel; deshalb hatte man weder für die USA- und NATO-Politik noch für eine europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine gemeinsame Plattform gefunden. Konnten die teils tradierten, teils aber innovativen Strategieentwürfe aus Paris nach der Zeitenwende von 1989/90 dem deutsch-französischen Tandem zusätzliche Impulse und Gestaltungsspielräume für die Konstruktion eines neuen, nun auch sicherheits- und verteidigungspolitischen Europas eröffnen? War die Stunde des Projekts „Europe Puissance“ nun gekommen?

61 BONIFACE (wie Anm. 13), S. 157–159.

4.1 Maastricht: Ein lauer Einstieg in die Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Ohne jeden Zweifel kommen dem Tandem Kohl-Mitterrand große Verdienste bei der Wiederbelebung des europäischen Integrationsprozesses nach der Zeitenwende zu. Nicht nur gelang es ihnen im Frühjahr 1990, jene ernsthaften Spannungen im bilateralen Verhältnis zu überwinden, die man offiziell als Irritationen bezeichnete und die durch Kohls berühmtes „10-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas“ vom 28. November 1989 ausgelöst worden waren; denn der Kanzler hatte dieses Programm ohne vorherige Konsultation der Partner bekanntgegeben.⁶² Beide Staatsmänner konnten durch eine Reihe gemeinsamer Briefe und Initiativen die konkreten Innovationen des Maastrichter Vertrags weitgehend präjudizieren.⁶³ Angesprochen sind hier vorrangig die deutsch-französischen Vorschläge zur Ausgestaltung der WWU, zu den Reformen am EG-Institutionengefüge und den Kompetenzerweiterungen der Gemeinschaft.⁶⁴ Zu dieser großangelegten europapolitischen Wiederbelebung gehört auch der Einstieg in eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die durch den Maastrichter Vertrag in Gestalt der Schaffung einer Zweiten Säule des neuen Unionsvertrags erreicht werden konnte. Diese Innovation ist zu Recht als die Eröffnung eines äußerst

62 Das 10-Punkte-Programm sah zunächst lediglich eine deutsch-deutsche Konföderation unter Beibehaltung der doppelten deutschen Staatlichkeit vor, benannte als Ziel aber bereits „eine Föderation, d.h. eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen“. Weiterhin schrieb Kohl: „Wie ein wiedervereinigtes Deutschland schließlich aussehen wird, das weiß heute niemand – daß aber die Einheit kommen wird, wenn die Menschen in Deutschland sie wollen, dessen bin ich sicher“. Das Programm ist abgedruckt in: Europa-Archiv, Folge 4/1989, D 728–734. Inhaltlich kritisierte Mitterrand an Kohls Programm, dass es die zentralen Fragen der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sowie der Rolle der Siegermächte bei der Gestaltung der Zukunft Deutschlands überging; vor allem aber fühlte er sich durch die unterlassene Konsultation brüskiert. Vgl. Ulrike KESSLER, *Deutsche Europapolitik unter Helmut Kohl. Europäische Integration als „kategorischer Imperativ“?*, in: Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET u.a. (Hg.): *Deutsche Europapolitik von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder*, Opladen 2002, S. 115–166, hier S. 129. Damit nämlich war Frankreichs Anspruch, als privilegierter Partner und als Siegermacht des 2. Weltkrieges den Vereinigungsprozess mitgestalten und kontrollieren zu können, missachtet worden. Mitterrand sah im 10-Punkte-Plan des Kanzlers auch jene Verabredung verletzt, die er anlässlich der 54. Deutsch-französischen Konsultationen vom 2./3.11.1989 in Bonn mit Kohl getroffen hatte. Damals waren Kohl und Mitterrand sich einig gewesen, dass eine eventuelle deutsche Wiedervereinigung die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie voraussetze, eines Vertrages mit den vier Siegermächten bedürfe und von einem erneut bekräftigten deutschen Verzicht auf ABC-Waffen begleitet sein müsse. Vgl. Christoph LIND, *Die deutsch-französischen Gipfeltreffen der Ära Kohl-Mitterrand 1982–94. Medienspektakel oder Führungsinstrument?* Baden-Baden 1998, S. 163–167.

63 Die gemeinsamen Briefe vom 18.4.1990, 6.12.1990 und 14.10.1991 sind abgedruckt in WOYKE (wie Anm. 14), S. 221–228.

64 MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik*, (wie Anm. 6), S. 97ff.

vielfersprechenden und mutmaßlich identitätsstiftenden integrativen Zukunftsprojekts gelobt worden.⁶⁵

In unserem Zusammenhang gilt es jedoch, die vom deutsch-französischen Tandem stark präjudizierten GASP-Regelungen des Maastrichter Vertrags daraufhin zu überprüfen, ob sie auch eine tragfähige gemeinsame Plattform für die künftige Gestaltung der transatlantischen Beziehungen lieferten. Bekanntlich schloss Mitterrand die Anwendung der sog. Gemeinschaftsmethode auf die neu zu schaffende GASP aus und setzte – gemeinsam mit den Supranationalität-kritischen Staaten Großbritannien, Dänemark und Griechenland – letztendlich das stark intergouvernemental ausgerichtete GASP-Entscheidungssystem durch.⁶⁶ Folglich trifft jener Vorwurf, den Robert Toulemon an die gesamte französische Europapolitik seit dem Scheitern der EVG richtet, auch auf Mitterrands GASP-Position zu: Diese sei gekennzeichnet durch den „Widerspruch zwischen einem exzessiven Ehrgeiz für ein Europa, das man nicht nur stark, sondern auch unabhängig sehen möchte, und einer exzessiven Zurückhaltung, wenn es darum geht, Souveränitäten zu teilen“.⁶⁷

In der sicherheitspolitischen Dimension der GASP ging es Mitterrand im Wesentlichen darum, die traditionelle französische Zielsetzung eines „Europe Puissance“ voranzubringen, das als eigenständige Kraft in der Lage sein sollte, die US-Hegemonie auszubalancieren. Mitterrand brachte im Vorfeld von Maastricht deshalb erneut die WEU ins Spiel, die nach französischer Konzeption den bewaffneten Arm der EG bilden sollte. Für dieses Projekt konnte er auch Kanzler Kohl (sowie Italien und die Benelux-Staaten) gewinnen. Doch angesichts der Polarisierung der EU-Mitgliedstaaten zwischen WEU- und NATO-Verfechtern habe Frankreichs Fixierung auf die WEU „dem Entstehen einer gemeinsamen Politik geschadet“ und in eine „Sackgasse geführt ... Da Frankreich den integrierten Militärstrukturen der NATO nicht angehört, wurde es ... systematisch verdächtigt, die NATO in Frage stellen zu wollen; dies wiederum beraubte Frankreich der Möglichkeit, auf seine Partner zugunsten einer gemeinsamen Verteidigungspolitik einwirken zu können.“⁶⁸ Obgleich Mitterrand – wie oben ausgeführt – über keinen präzisen Plan zum Aufbau einer zur NATO konkurrierenden Verteidigungsorganisation verfügte, bewirkten solche Verdächtigungen, dass Frankreich konstant der „Sabotage“ an der Al-

65 Charlotte BRETHERTON/John VOGLER, *The European Union as a global actor*, London/ New York 1999; Elfriede REGELSBERGER, *Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP). Konstitutionelle Angebote im Praxistest 1993–2003*, Baden-Baden 2004; Klaus SCHUBERT/Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET (Hg.), *Die Europäische Union als Akteur der Weltpolitik*, Opladen 2000.

66 Vgl. dazu MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Europäische Außenpolitik* (wie Anm. 48); REGELSBERGER (wie Anm. 65).

67 TOULEMON (wie Anm. 9), S. 584.

68 DELOCHE-GAUDEZ (wie Anm. 48), S. 128f.

lianzen bezichtigt wurde. Mitterrands Doppelgleisigkeit und sein Pochen auf möglichst große Autonomie und Stärke des europäischen Pfeilers innerhalb der NATO taten ein Übriges. So provozierte Frankreich den Widerspruch der USA und der meisten europäischen NATO-(Voll)-Mitglieder. Diese Vorsicht bzw. dieses Misstrauen Frankreich gegenüber fand dann auch seinen Niederschlag im Maastrichter Vertrag, vor allem in den Bestimmungen mit Verteidigungsbezügen.

Zunächst ist aber zu betonen, dass in Maastricht der Einstieg in eine Europäische Außen- und Sicherheitspolitik gewagt wurde. Hier hatten die gemeinsamen Initiativen Mitterrands und Kohls wirksame Vorarbeit geleistet, die dem deutsch-französischen „Motor der Integration“ zur Ehre gereichte. Angesprochen sind hier vor allem die Bestimmungen zur „genuinen“ Außenpolitik. Demgegenüber fällt der Einstieg in die Sicherheitspolitik deutlich verhaltener aus. Hier konnte lediglich die Vorratsbestimmung des Art. J.4 Abs. 1 EUV in die Verträge aufgenommen werden: „Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umfasst sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der Europäischen Union betreffen, wozu auf längere Sicht auch die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu gegebener Zeit zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte“ (Art. J.4 Abs.1 EUV). De facto war in Maastricht aber kaum mehr als die enge Verknüpfung zwischen der EU und der wiederbelebten WEU zu erreichen, die zum „integralen Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union“ erklärt wurde (Art. J.4 Abs. 2). Weiter heißt es hier: „Die Union ersucht die Westeuropäische Union ... die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge haben, auszuarbeiten und durchzuführen.“

Auch die dem Maastrichter Vertrag beigefügte „Erklärung zur Westeuropäischen Union“ bestätigt das Ziel, „die WEU ... als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als Mittel zur Stärkung des europäischen Pfeilers der Atlantischen Allianz [zu] entwickeln“. Hier wird eventuellen anderslautenden französischen Ambitionen klar ein Riegel vorgeschoben. So wird explizit die Bereitschaft der WEU betont, „die engen Arbeitsbeziehungen zur Allianz weiterzuentwickeln“, sowie auf der „Komplementarität zwischen der entstehenden europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität und der Allianz“ insistiert. Außerdem trugen die NATO-Verfechter dafür Sorge, dass im Maastrichter Vertrag der NATO-Vorrang betont wurde. So hieß es in Artikel J.4 Abs. 4: „Die Politik der Union ... berührt nicht den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bestimmter Mitgliedstaaten; sie achtet die Verpflichtung einiger Mitgliedstaaten aus dem Nordatlantikvertrag und ist vereinbar mit der in jenem Rahmen festgelegten Sicherheits- und Verteidigungspolitik.“

Auch wenn der Einstieg in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu den Vertragsbestimmungen gehörte, „die am meisten den Zielen

Frankreichs in Bezug auf die Vollendung der Europäischen Union entsprechen“,⁶⁹ so bleibt doch zutreffend, dass Frankreichs ambivalentes Verhalten das Misstrauen der Partner provozierte und damit den Erfolg des Projekts GASP vor allem im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich schmälerte.

4.2 Die Grenzen des Engagements Helmut Kohls für eine europäische Sicherheitspolitik

Dieser Beitrag nimmt vor allem die französische Seite des Tandems in den Blick. Dennoch können die deutschen Positionen nicht gänzlich unerwähnt bleiben. Zunächst ist zu betonen, dass der Kanzler der deutschen Einheit den Einstieg der europäischen Integrationsgemeinschaft in eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik voll und ganz mittrug, ja, gemeinsam mit Mitterrand als deren Urheber zu würdigen ist. Der Kanzler, der dem von Adenauer geprägten Motto, dass nämlich die deutsche und die europäische Einheit die zwei Seiten derselben Medaille seien, verpflichtet war, befürwortete in seiner Regierungserklärung vom 22. November 1990 die „Schaffung einer echten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“. „Für uns“, so Kohl, „gilt unverändert, dass das europäische Einigungswerk ohne die volle Einbeziehung der Sicherheitspolitik und langfristig der Verteidigung unvollständig bleibt.“⁷⁰ In der gemeinsamen Initiative mit Mitterrand vom 14. Oktober 1991 forderte der deutsche Kanzler „die von uns allen für notwendig erachtete Übernahme stärkerer europäischer Verantwortung auf dem Gebiet von Sicherheit und Verteidigung durch konkrete Festlegungen und institutionelle Schritte klar zum Ausdruck zu bringen“.⁷¹ Auch wird hier als Ziel der Union die „Bekräftigung ihrer Identität auf internationaler Ebene, insbesondere durch die Durchführung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die auf längere Sicht eine gemeinsame Verteidigung umfaßt“ genannt.

Diese Forderungen und Bekenntnisse lassen aber noch keine eindeutige Aussage darüber zu, ob und in welchem Ausmaß Kohl den Ausbau der EG/EU zu einem eigenständigen Akteur der Weltpolitik unterstützte, wobei die Frage nach der angestrebten Eigenständigkeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik selbstredend besonders relevant und heikel war. Verfügte der Kanzler gar über eine Blaupause zum künftigen Verhältnis Europas zu NATO und USA?

69 Françoise de la SERRE/Christian LEQUESNE, *Frankreich*, in: Werner WEIDENFELD/Wolfgang WESSELS (Hg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1991/92*, Bonn 1992, S. 327–334, hier S. 332.

70 KESSLER (wie Anm. 62), S. 154.

71 Abgedruckt in WOYKE (wie Anm. 14), S. 225–228.

Da die Bundesrepublik Deutschland in der gesamten Phase des Ost-West-Konflikts auf den nuklearen Schutzschild der USA angewiesen war, stellt sich diese Frage erst für die Zeit nach 1989/1990. Daher ist verständlich, dass Helmut Kohl aus bündnispolitischen Gründen die WEU-Vorstöße Mitterrands Mitte der 80er Jahre nicht sonderlich unterstützt hatte. Zwar war er – wie erwähnt – mit Frankreich eine vertiefte bilaterale sicherheitspolitische Kooperation, ein „Bündnis im Bündnis“ eingegangen und hatte dadurch der deutsch-französischen Freundschaft Tribut gezollt. Doch ließ sich dies verwirklichen, ohne die Schutzmacht US provozieren und die angestammte Brückenfunktion zwischen Paris und Washington aufgeben zu müssen.

Die Fragen „Wie halten wir es mit Amerika?“ und „Welches Ausmaß an außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Autonomie streben wir für die EU an?“ stellten sich für Deutschland folglich erst mit der Zeitenwende von 1989/90 ernsthaft. Und hier ist festzuhalten, dass Kohls Position zur Eigenständigkeit der angestrebten sicherheits- und verteidigungspolitischen Komponente der EU bis zum Ende seiner Kanzlerschaft undeutlich bzw. ambivalent blieb.⁷²

Gleichwohl gab es Anpassungen an die neue weltpolitische Lage, insbesondere in Hinsicht auf den Beitrag des vereinigten Deutschlands zu internationalen Interventionen.⁷³ Im Vorfeld des Maastrichter Vertrags trat Deutschland auch etwas offensiver für eine Stärkung der WEU ein; es engagierte sich für die weitere Präzision der Aufgaben und operativen Fähigkeiten der WEU und trug die die Eigenständigkeit Europas heraushebende Petersberg-Erklärung der WEU vollinhaltlich mit. Dabei suchte der Kanzler den auseinanderstrebenden Anforderungen der deutsch-amerikanischen und deutsch-französischen Freundschaft dadurch gerecht zu werden, dass er den Ausbau der WEU strikt im transatlantischen Rahmen verwirklichen wollte.⁷⁴ Angesichts der Zweideutigkeit Mitterrands in der Frage der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit des künftigen europäischen Verteidigungspfeilers, bezogen sich die Unterschiede zwischen den deutschen und den französischen Positionen zu diesem Zeitpunkt vorrangig auf die angestrebte „Stärke des Pfeilers“.⁷⁵ Die atlantische Orientierung Deutschlands bewirkte, dass die Bundesregierung auch das NATO-Konzept der Joint combined Task-Forces mittrug. All dies befriedigte Frankreich und kam zugleich den amerikanischen Forderungen ent-

72 Marco OVERHAUS, *Deutschland und die ESVP 1998–2003. Gewollte Ambivalenz oder fehlende Strategie?*, in: Sebastian HARNISCH/Christos KATSIOLIS/Marco OVERHAUS (Hg.), *Deutsche Sicherheitspolitik. Eine Bilanz der Regierung Schröder*, Baden-Baden 2004, S. 37–58, hier S. 45.

73 MAULL, *Die prekäre Kontinuität* (wie Anm. 2), S. 428; Gregor SCHÖLLGEN, *Der Auftritt. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne*, Berlin 2004, S. 63ff.

74 OVERHAUS (wie Anm. 72), S. 44f.

75 WOYKE (wie Anm. 14), S. 158.

gegen, die ein ausgewogeneres verteidigungspolitisches *burden sharing* verlangten. Zugleich verfolgte man in Bonn mit der WEU-Stärkung und dem Ansatz zu einer ESVI das Ziel, die Annäherung Frankreichs an die NATO zu befördern und zu verstetigen – was ja auch gelang. Die deutsche Politik ist mithin auch zweigleisig, wenn auch in einem anderen Sinne als die französische: Sie versucht weiterhin den traditionellen „Spagat“ zwischen Washington und Paris aufrechtzuerhalten. In der Tat hielt Kanzler Kohl bis zu seinem Abgang 1998 an der tradierten bundesdeutschen Brückenfunktion zwischen Washington und Paris fest und unterließ alles, was die Schutzmacht USA hätte irritieren können.⁷⁶ Ein deutsches Streben nach sicherheits- und verteidigungspolitischer Autonomie à la française aber hätte mit Sicherheit zu transatlantischen Spannungen geführt. Obgleich Kohl das internationale Engagement des wiedervereinigten Deutschlands sukzessive ausweitete, überschritt er deshalb nie diese Schwelle; europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik war für ihn ausschließlich als europäischer Pfeiler innerhalb der NATO denkbar.

Die Zweigleisigkeit der Kohlschen Sicherheitspolitik lässt sich exemplarisch an den deutschen Positionen zum Eurokorps aufzeigen: Mit dem Aufstellungsbeschluss vom Mai 1992 gaben Mitterrand und Kohl der im Maastrichter Vertrag stark aufgewerteten WEU erstmals Truppen zur konkreten Erfüllung militärischer Missionen an die Hand und ließen damit ihren gemeinsamen Appellen zur Stärkung der europäischen sicherheits- und verteidigungspolitischen Handlungsfähigkeit Taten folgen. Anders als Frankreich aber trat Deutschland massiv für die NATO-Assignierung des Eurokorps im SACEUR-Abkommen ein.⁷⁷ Gleichwohl ist die Neuausrichtung deutscher Sicherheitspolitik, wie im Eurokorps-Abkommen materialisiert, nicht zu unterschätzen. Denn es ist das erste Abkommen, in dem Deutschland „seine Sicherheitspolitik nicht mehr allein auf die NATO ausrichtet ... Die Beteiligung am Eurokorps bedeutete für Deutschland ... einen Schritt aus seiner politischen Selbstblockade.“ Woyke nennt auch gleich den zentralen, den ausschlaggebenden Grund, der dieser bedeutenden Novität zu Grunde liegt: „Deutschland hat mit dem Eurokorps die 1990 drohende Re-Nationalisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik vermieden. Die Einbindung Frankreichs in diesen militärischen Großverband war der Bundesrepublik so wichtig, dass sie sogar bereit war, einen schwerwiegenden Konflikt mit den USA und anderen NATO-Verbündeten einzugehen und durchzustehen.“⁷⁸

Dieser Widerstand „anderer NATO-Verbündeter“, sprich vornehmlich Großbritanniens, gegen jegliches europäische Autonomiebestrebens bewirkte letztendlich aber auch, dass die verbleibenden, latenten Divergenzen, die im

76 SCHÖLLGEN (wie Anm. 73), S. 55–76.

77 MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 136.

78 WOYKE (wie Anm. 14), S. 156.

deutsch-französischen Tandem hinsichtlich der Stärke und Selbständigkeit eines Europas der Sicherheit bestanden, sich trefflich hinter der britischen Totalblockade verbergen ließen.⁷⁹ Denn diese NATO-Verbündeten sorgten – wie oben erwähnt – im Maastrichter Vertrag dafür, dass Europas neuer sicherheits- und verteidigungspolitischer Pfeiler strikt im Rahmen der NATO und in Komplementarität zu dieser verblieb.

4.3 Amsterdam: Noch keine deutsche Richtungsentscheidung erforderlich

Wenn der „Motor der Integration“ ab 1995 auch unter dem Tandem Kohl-Chirac seine Aufgaben erfüllen und den Partnerstaaten gemeinsame Vorschläge zur weiteren Vertiefung der Integration unterbreiten konnte, dann ist zu beachten, dass dies auf der Basis dieser restriktiven Voraussetzungen geschah. In der Tat basieren die GASP-Fortschritte des Amsterdamer Vertrages weitestgehend auf deutsch-französischen Initiativen, die von Kanzler und Staatspräsident sowie von den beiden Außenministern gemeinsam vorgelegt wurden.⁸⁰ So steht hinter dem neugeschaffenen Amt des Hohen Vertreters für die GASP sowie der ihm zugeordneten Analyse- und Frühwarnereinheit – heute unter dem Begriff *Policy Unit* bekannt – ein ausgefeilter deutsch-französischer Kompromiss. Und auch die wichtige Innovation der konstruktiven Enthaltung, wie in Art. 23 EUV fixiert, geht auf gemeinsame deutsch-französische Vorschläge zurück.⁸¹ Kurz: der „Motor der Integration“ ebnete den Weg zu größerer Kohärenz in der genuinen EU-Außenpolitik.

Mit Blick auf die sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte der GASP waren die Ergebnisse der Amsterdamer Vertragsreform angesichts des anhaltenden Widerstands „anderer NATO-Verbündeter“ zwangsläufig bescheidener. In ihrem Brief vom 9. Dezember 1996 hatten Kohl und Chirac eine „stufenweise Annäherung einer operativ gestärkten WEU an die Europäische Union mit dem Ziel ihrer schrittweisen Integration in die Europäische Union“ gefordert. Als „ersten Schritt“ schlugen sie die Einfügung einer all-

79 Diese Divergenzen erschließen sich besonders deutlich durch einen Vergleich der 1994 nahezu zeitgleich erschienenen Weißbücher zur Sicherheitspolitik; vgl. dazu Simone WESKE, *Deutschland und Frankreich – Motor einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik?* Baden-Baden 2006, S. 62ff. Zu den impliziten und expliziten Meinungsverschiedenheiten im 1997 veröffentlichten „Gemeinsamen deutsch-französischen Sicherheits- und Verteidigungskonzept“ vgl. WOYKE (wie Anm. 14), S. 163–165; Michael MEIMETH, *Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 3–4 (2003), S. 21–30.

80 Die Briefe von Kohl und Chirac vom 6.12.1995 und 9.12.1996 sowie die gemeinsamen Dokumente von Kinkel und de Charette bzw. Védrine sind abgedruckt in WOYKE (wie Anm. 14), S. 237–259.

81 EBD. S. 231, 238–240; MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET *Frankreichs Europapolitik* (wie Anm. 6), S. 175ff.

gemeinen politischen Bündnisverpflichtung in die Verträge, „die unterhalb der Schwelle einer militärischen Beistandsklausel liegen sollte“, sowie die Verankerung der Petersberg-Aufgaben der WEU im neuen Unionsvertrag vor. Doch in Amsterdam 1997 ließ sich lediglich die Übernahme der Petersberg-Aufgaben erreichen, die jene „regionale Entgrenzung der militärischen Aufgaben der WEU“ brachte, die Frankreich schon immer gewollt hatte, weil es darin zumindest eine deklaratorische Gleichstellung von WEU und NATO sah.⁸² Die Fusionspläne von EU und WEU aber sowie eine Bündnisverpflichtung scheiterten am Widerstand Großbritanniens, Dänemarks und Irlands. Aber auch die drei neuen EU-Mitglieder der 1995er Erweiterung – alle mehr oder weniger neutral – bremsten. Auf Drängen Tony Blairs hin wurde der Verweis auf die NATO-Mitgliedschaft einiger Staaten im einschlägigen Art. 17 EUV sogar noch verstärkt.⁸³ Während die Maastrichter Formulierung lediglich an die „Verpflichtung einiger Mitgliedstaaten aus dem Nordatlantikvertrag“ erinnerte, hieß es nun, dass die Politik der Union „die Verpflichtungen einiger Mitgliedsstaaten“ achtet, „die ihre gemeinsame Verteidigung in der NATO verwirklicht sehen“.

Gleichwohl blieben die Schockwellen des europäischen Versagens vor der Haustür, d.h. in Jugoslawien, nicht ganz ohne Folgen. Denn die EU-Staats- und Regierungschefs beschlossen, dass die WEU, bereits seit Maastricht ein „integraler Bestandteil der Entwicklung der Union“, dieser nun den Zugang „zu einer operativen Kapazität“ eröffnen sollte (Art. 17 Abs.1 EUV). Zusammen mit der Übernahme der Petersberg-Aufgaben in Art. 17 Abs. 2 EUV lässt sich folglich von einer „Aufwertung der sicherheitspolitischen Dimension“ der EU sprechen,⁸⁴ eine Aufwertung, die allerdings weitgehend in die Hände des Europäischen Rats gegeben wurde, heißt es nun doch, dass zur GASP auch „die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik ... gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, falls der Europäische Rat dies beschließt“ (Art. 17 Abs. 1 EUV). War dies ein erster Hinweis auf den bevorstehenden Politikwechsel Tony Blairs in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

5. Die ESVP kommt – aber erst nach der Ära Kohl

Im Dezember 1998 in St. Malo nahm Tony Blair einen spektakulären Politikwechsel vor; die wichtigste Passage der gemeinsamen britisch-französischen

⁸² Vgl. MEIMETH, *Frankreichs gewandeltes Verhältnis zur NATO* (wie Anm. 24), S. 175.

⁸³ Vgl. DELOCHE-GAUDEZ (wie Anm. 48), S. 128.

⁸⁴ Franco ALGIERI, *Von der Macht der Zeitumstände und der Fortführung eines integrationspolitischen Projekts. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik im Verfassungsvertrag*, in: Werner WEIDENFELD (Hg.), *Die Europäische Verfassung in der Analyse*, Gütersloh 2005, S. 205–227, hier S. 207.

Erklärung lautet: “The European Union needs to be in a position to play its full role on the international stage [and] the Union must have the capacity for autonomous action.”⁸⁵ Damit wurde die Tür zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufgestoßen.⁸⁶ Nach St. Malo ließ sich der Einstieg in die ESVP in der Tat sehr zügig verwirklichen; HV Javier Solana spricht in diesem Zusammenhang gerne von „Lichtgeschwindigkeit“. Die zentralen Entscheidungen hierzu wurden vom Europäischen Rat in Pörtschach, Köln und Helsinki getroffen – nach dem Ende der Ära Kohl.

Somit blieb es Kanzler Kohl und den beiden deutsch-französischen Tandems seiner Zeit versagt, diese fundamentale Weiterentwicklung des europäischen Einigungsprozesses einzuleiten. Sie konnten lediglich zahlreiche Vorarbeiten und Weichenstellungen vornehmen, die der zügigen Schaffung der ESVP ab 1999 dann zugute kamen. In der Amtszeit Helmut Kohls kam es folglich nicht zum Schwur über die Eigenständigkeit europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mithin bleibt es der Spekulation anheim gestellt, ob Kanzler Kohl tatsächlich jemals bereit gewesen wäre, das Projekt „Friedensmacht Europa“,⁸⁷ das inzwischen zum neuen Kristallisationspunkt der europäischen Integration avanciert ist, engagiert mitzugestalten.

85 Die Erklärung von St. Malo ist abgedruckt in: *Chaillot Papers*, Nr. 47, Paris May 2001, S. 8–9.

86 Vgl. HOWORTH (wie Anm. 10); Emil KIRCHNER, *British perspectives on EFSP and ESDP*, in: MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Europäische Außenpolitik* (wie Anm. 48), S. 41–56; Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *The big Member States' influence on the shaping of Europe's international role*, in: DIES. (Hg.), *The future of the European Foreign, Security and Defence Policy after Enlargement*, Baden-Baden 2006, S. 25–53, hier S. 44ff.

87 Zum Begriff und Konzept „Friedensmacht Europa“ vgl. Hans-Georg EHRHART, *Leitbild Friedensmacht? Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Herausforderung der Konfliktbearbeitung*, in: DERS. (Hg.), *Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Positionen, Perzeptionen, Probleme, Perspektiven*, Baden-Baden 2002, S. 243–257 und DERS., *What model for ESDP* (Chaillot Papers Nr. 55, Institute for Security Studies), Paris 2002. Der Begriff wurde ursprünglich von der rot-grünen Bundesregierung und insbesondere Außenminister Fischer geprägt und bedeutet eine nicht unerhebliche Abwandlung des französischen „Europe-Puissance“-Konzepts; vgl. dazu Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET, *Deutsch-französische Beziehungen und das Projekt „Friedensmacht Europa“*, in: Renate GRASSE/Wilhelm NOLTE/Peter SCHLOTTER (Hg.), *Berliner Friedenspolitik: Militärische Transformation – Zivile Impulse – Europäische Einbindung*, Baden-Baden 2007 (im Druck); DIES., *Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU, Erweiterung und Finalität – Dilemmata des europäischen Integrationsprozesses*, in: *Wirtschaftsdienst*, Heft 2, Februar 2007, S. 121–126.

Diskussionsbeiträge

Werner Link:

1. Einleitend sei betont, dass ich in der Sache weitgehend mit Andreas Wirsching's Einordnung der USA-Politik in Bundeskanzler Kohls Außenpolitik übereinstimme. Ich verwende nur ein anderes Interpretationsbild. Was Andreas Wirsching „die drei Kreise bundesdeutscher Politik“ nennt, bezeichne ich als ein „Orientierungsdreieck“ (in Anlehnung an Bundeskanzler Brandts Ausführungen am Ende seiner Regierungszeit über die drei „Richtpunkte“ der deutschen Außenpolitik). Die deutsche USA-Politik bis zur weltpolitischen Wende ist dann – in diesem Bild – die Basislinie, die Hypotenuse des Dreiecks. Damit wird die fundamentale Bedeutung der Beziehungen zu den USA bildhaft einsichtig. Diesbezüglich ist m.E. eine große Kontinuität in der Außenpolitik der „alten“ Bundesrepublik Deutschland von der Ära Adenauer bis zur Ära Kohl festzustellen – eine konzeptionelle (nicht unbedingt eine operative) Kontinuität.

2. Die konzeptionelle Kontinuität ergibt sich aus der außenpolitischen Staatsräson der Bundesrepublik Deutschland. Ich habe dafür vor zwanzig Jahren (in der Festschrift für Karl Dietrich Bracher, 1987) die Formel „Westbindung und Ostverbindungen“ vorgeschlagen – eine Formel, die auch Andreas Wirsching in seinem jüngsten Opus magnum verwendet.

Was die Westbindung betrifft, so muss man sich vergegenwärtigen, dass „der Westen“ ein zweigliedriges Kompositum ist bzw. war: a) die Atlantische Allianz mit den USA als Hegemonialmacht und b) die Europäische Gemeinschaft, in der die westeuropäischen Bündnisstaaten eigenständig organisiert waren bzw. sind. Die Ost-West-Beziehungen waren dominiert von den Beziehungen zwischen den beiden Supermächten.

3. Diese komplexe internationale Struktur konditionierte die USA-Politik der Bundesrepublik Deutschland (bis zur weltpolitischen Wende): Die USA-Politik musste einerseits im systemischen Kontext der Supermächte-Beziehungen definiert und durchgeführt werden, andererseits im subsystemischen Kontext, d.h. in Relation zur EG-Politik. Daraus resultierte die Politik des Sowohl-als-auch, Westpolitik sowohl im atlantischen als auch im westeuropäischen Beziehungszusammenhang. Die Formel des Sowohl-als-auch hat Bundeskanzler Kohl immer wieder verwendet. Und da im sicherheitspolitischen Bereich die Atlantische Allianz und damit die USA Vorrang hatten, war im Konfliktfall nach dem Grundsatz „in dubio pro America“ zu entscheiden. Das war gewissermaßen die Regel.

4. Es ist jedoch interessant zu konstatieren, dass es in der Kohl-Ära mindestens zwei abweichende Fälle gab, in denen nicht „in dubio pro America“ entschieden wurde.

Fall 1: Das Problem der nuklearen Kurzstreckenraketen (SNF) in den Jahren 1988/89, also nach dem INF-Vertrag über die „doppelte Null-Lösung“ bei den Mittelstreckenwaffen mittlerer und längerer Reichweiten (worauf Andreas Wirsching in seinem Vortrag schon eingegangen ist). Grob skizziert, sah die SNF-Kontroverse folgendermaßen aus: a) die Sowjetunion plädierte für eine dritte Null-Lösung bei den Kurzstreckenraketen; b) die USA (und Großbritannien) waren gegen eine dritte Null-Lösung und für die unverzügliche Modernisierung der 88 Lance-Raketen; c) die Bundesrepublik Deutschland forderte Verhandlungen über eine niedrige Obergrenze für beide Seiten (nach bzw. parallel zu Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa, KSE); die Regierung Kohl/Genscher war gegen eine unverzügliche Modernisierung („zweite Nachrüstung“).

Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher setzten sich gegen die USA durch! Der NATO-Beschluss vom 30. Mai 1989 beinhaltet die Verschiebung der „Modernisierungsfrage“; sie werde „im Lichte der sicherheitspolitischen Gesamtentwicklung“ im Jahre 1992 zu behandeln sein. (Dass sich dann das Problem erledigt hatte, ahnte natürlich niemand!)

Fall 2: Entscheidung für das Eurokorps (1992). Die diesbezügliche Kontroverse entwickelte sich bereits im Lauf des Jahres 1991:

- Die gemeinsame deutsch-französische Initiative vom 14. Oktober 1991 für die Maastrichter EG-Konferenz regte u.a. an, eine eigenständige Verteidigung via WEU zu schaffen sowie ein Eurokorps aufzustellen. Dieser Teil der deutsch-französischen Initiative wurde von Großbritannien blockiert bzw. abgeboten (mit externer Unterstützung durch die USA).
- Zuvor, am 21. Februar 1991, hatte die amerikanische Regierung in einer scharfen Demarche die Bundesregierung (sowie andere verbündete Regierungen in Europa) gewarnt: „In our view, efforts to construct a European pillar by redefining and limiting NATO’s role, by weakening its structure, or by creating a monolithic bloc of certain members would be misguided. We would hope such efforts would be resisted firmly.“
- Entgegen dieser Warnung der USA beschlossen Bundeskanzler Kohl und Staatspräsident Mitterrand am 22. Mai 1992 in La Rochelle die Entwicklung der deutsch-französischen Brigade zum Eurokorps, um (wie es in der gemeinsamen Erklärung ausdrücklich hieß) „die Europäische Union mit Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns“ auszustatten.
- Joachim Bitterlich, des Kanzlers außen- und sicherheitspolitischer Berater, berichtet in seinem Buch „Mission Impossible?“ (2005), daraufhin sei „ein Sturm der Entrüstung“ in Washington ausgebrochen. Für manche sei der

Eurokorps-Beschluss „gleichsam Hochverrat an der Atlantischen Allianz“ gewesen.

5. Evidentermaßen waren die beiden Fälle von großer außenpolitischer Bedeutung. Wie sind die Abweichungen von der Maxime „in dubio pro America“ zu erklären?

Bezüglich des *ersten Falles* („Lance-Modernisierung“) bietet sich folgende Erklärung an: Kanzler Kohl nahm die beginnenden Veränderungen im internationalen System wahr – die Tendenz zur Abschwächung des Ost-West-Konflikts und zur Verstärkung der Ost-West-Zusammenarbeit in Europa. Deshalb konnte er sogar in einer wichtigen sicherheitspolitischen Frage (SNF) im Interesse der Ostverbindungen (die gerade im direkten Gespräch mit Moskau intensiviert worden waren) eine oppositionelle USA-Politik betreiben. Eine Entscheidung zugunsten des zweiten Bestandteils der deutschen Staatsräson, ohne den ersten Bestandteil aufzugeben!

Bezüglich des *zweiten Falles* („Eurokorps“) lautet die erklärende Interpretation: Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Bipolarität, der Teilung Deutschlands und Europas war im internationalen System und im europäischen und atlantischen Subsystem die antagonistische Ost-West-Dichotomie nicht mehr strukturbestimmend. Die Entwicklung der EG/EU und Gesamteuropas wurde vorrangig. Bundeskanzler Kohl betonte zwar nach wie vor den Grundsatz Sowohl-als-auch. Aber im Konfliktfall konnte die europäische Orientierung handlungsbestimmend werden, ohne freilich grundsätzlich die USA-Verbindung und NATO-Bindung aufzugeben. Denn eine „Abkoppelung“ Europas von den USA dürfe es nicht geben (das war übrigens damals auch Mittelerrands Auffassung).

Zur weiteren interpretatorischen Einordnung sei verwiesen a) auf Kohls damalige Einschätzung, dass die künftigen geoökonomischen Kraftzentren der Welt USA, Europa und Japan/Korea sein würden, und b) auf die Rede des Generalinspektors Naumann auf der Kommandeurstagung in Leipzig am 12. Mai 1992, in der die künftige Welt als „multipolar“ beschrieben wurde; der oberste Soldat und Vertraute des Kanzlers erklärte ferner, die USA würden auch in Zukunft „als Verbündeter und potenter Wirtschaftspartner“ und „Freund“ „Einfluss in Europa ... haben, wenn auch nicht mehr lenkenden Einfluss“. Da Hegemonie bestimmender und lenkender Einfluss bedeutet, ist diese Aussage höchst bedeutsam.

6. Aus diesen kurzen Erörterungen kann man folgende zusammenfassende Schlussfolgerung ziehen: In der Kontroverse über die Lance-Modernisierung war die partiell oppositionelle USA-Politik der Regierung Kohl möglich, weil das internationale System und das europäische und atlantische Subsystem in tiefgreifender Veränderung begriffen waren, die der Bundesrepublik Deutsch-

land neue Chancen für ihre Ost- und Deutschlandpolitik eröffnen konnten. Kohls Besuch in Moskau, der im Oktober 1988 stattgefunden hatte, und Gorbatschows Gegenbesuch in Bonn, der zur Zeit der NATO-Tagung am 29./30. Mai 1989 unmittelbar bevorstand, fügten sich in diesen Prozess ein. Er sollte durch eine neuerliche Nachrüstung nicht gestört werden. So waren denn auch schließlich die USA zum Einlenken bereit (und der neue Präsident, George Bush, besuchte nach dem Brüsseler NATO-Gipfel sogar die Bundesrepublik Deutschland!). Was 1989 in Bewegung gekommen war, hatte zur Zeit der Eurokorps-Kontroverse bereits zum Zusammenbruch des alten internationalen Systems und zur Entstehung fundamental neuer internationaler Strukturen geführt. Weil sich das internationale und das europäische System inzwischen tatsächlich gravierend gewandelt hatten, war 1991/92 eine eigenständige europäische Politik unter deutsch-französischer Führung (Eurokorps) gegen den Einspruch der USA möglich geworden. Und der Beschluss über die Europäische Währungsunion, der zur selben Zeit gefasst wurde, beseitigte tendenziell das Monopol des US-Dollars.

Kurzum (generalisierend formuliert): Die USA-Politik der Regierung Kohl war – wie diejenige der Vorgänger-Regierungen – eine Funktion des internationalen Systems. Systemische und subsystemische Veränderungen erklären die Modifizierungen der deutschen USA-Politik.

Peter Hermes:

Die Ära Kohl beginnt in der Vorstellung der Zeitgeschichte im Jahre 1982, aber die Ära Kohl ist nicht ex nihilo entstanden. Es gibt eine Kontinuität der Politik, und hier geht es ja um Außenpolitik, wo es sicher mehr Kontinuität gibt als in der Innenpolitik. Helmut Kohl ist also bei seinem Amtsantritt in eine Situation hineingekommen, die er verändert hat, aber die er nicht grundlegend hat verändern können. Sein Außenminister war, wie man weiß, Hans-Dietrich Genscher, der schon seit 1974 deutscher Außenminister war, also schon acht Jahre, bevor das Gespann Kohl/Genscher die Regierungsführung in der Außenpolitik übernommen hat. Nach dem Grundgesetz führt ja jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich eigenständig, und das hat Außenminister Genscher auch immer wörtlich genommen. Also, die Außenpolitik Kohls in dieser Zeit ist auch eine Außenpolitik Genschers; ich glaube, das hat Herr Wirsching sehr klar gesagt, dass man hier Nuancen und auch Unterschiede machen kann, aber die überwiegenden Entscheidungen der Außenpolitik gemeinsam und einvernehmlich getroffen worden sind. Noch eine Bemerkung: Weil ich dem Auswärtigen Amt und der Außenpolitik schon sehr viel länger verbunden war, als erst seit 1982, komme ich mir vor wie eine Art Prähistoriker. Deshalb möchte ich etwas weiter zurückgehen. Die 70er Jahre waren ganz entscheidende Jahre für die deutsch-amerikanischen Beziehungen, es gab

damals Spannungen, aber sehr viel mehr Übereinstimmungen, die sich dann in den 80er Jahren fortgesetzt haben.

Das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und dem amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter ist bekanntlich als stets gespannt oder sogar als eine Phase ständigen Zwistes dargestellt worden. So war das natürlich nicht. Die mochten sich persönlich nicht; aber wer in der Politik oder in der Außenpolitik kann sich schon immer mögen? Also, diese Einschätzung, bezogen auf die persönliche Kompatibilität, erscheint mir zu eng. Die beiden haben eine ganz wichtige Entscheidung gemeinsam getroffen, das war der NATO-Beschluss vom Dezember 1979, der sogenannte NATO-Doppelbeschluss, den Carter als der amerikanische Präsident natürlich in erster Linie zu tragen hatte. Denn die Folgen dieses NATO-Beschlusses betrafen ja in erster Linie die Vereinigten Staaten. Ihnen war aufgegeben worden, mit der Sowjetunion zu verhandeln, und es kam schließlich unter Präsident Ronald Reagan zu der berühmten Null-Null-Lösung: Abbau der sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa und Nichtstationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen (Cruise Missiles und Pershing II). Dieser NATO-Doppelbeschluss ist sehr wesentlich von Schmidt konzeptionell vorbereitet worden, aber dann eben mit dem amerikanischen Präsidenten Carter im Dezember 1979 gefasst worden. Er hat die Entwicklung der 80er Jahre bei uns sehr entscheidend mitbestimmt. Das wollte ich sagen zur Vorgeschichte der Ära Kohl.

Zu den verschiedenen Kreisen der Außenpolitik müsste man zu dem europäischen, atlantischen und dem Verhältnis zur Sowjetunion eigentlich seit den 60er Jahren auch den Kreis der Dritten Welt hinzurechnen, denn seit der UNCTAD I 1964 ist die Dritte Welt – man muss sie als eine Einheit nehmen – ein Faktor der Weltpolitik geworden und hat unsere internationalen Beziehungen und unsere Außenpolitik mitbestimmt. Und die Dritte Welt ist ja mit einem Paukenschlag mit der Ölkrise von 1973 in die Weltgeschichte eingetreten. Ich habe dieser Tage in meinen Notizen nachgelesen, wonach sowohl Henry Kissinger als auch Helmut Schmidt von dem größten historischen Ereignis der Nachkriegszeit gesprochen haben. Den größten Verwerfungen der Weltwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg ist also eine Entscheidung der OPEC vorausgegangen, die sozusagen die größten Mächte aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Das Wirtschaftliche kommt häufig in der Außenpolitik und auch in der Betrachtung der Historiker etwas zu kurz. Es sei denn, es wird nur zum Thema der Außenpolitik gemacht, was auch falsch wäre. Aber diese Ölpreiserhöhung, die in einem Jahr den Ölpreis vervierfacht hat, hat natürlich zu einer Rezession in Europa und in Amerika zu schweren Verwerfungen geführt und das Atlantische Bündnis und das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Vereinigten Staaten und Frankreich auf eine harte Probe gestellt. Es war eine große Erschütterung – ein Erdbeben in der Nachkriegszeit, die der Ära Kohl zwar vorherging, aber ihre weiten Schatten warf.

In dieser Erdölkrise hat der amerikanische Außenminister Kissinger 1974 die Europäer nach Washington zu einer Energiekonferenz eingeladen, wo es – ich war dabei – zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Kissinger und Michel Jobert, dem französischen Außenminister, kam und auch zwischen Walter Scheel, dem deutschen Außenminister, und Jobert. Da stand Frankreich gegen die Acht, die Neun waren alle dort zugegen in Washington. Acht standen auf der Seite Kissingers mit seiner Vorstellung, dass die Verbraucherländer sich organisieren müssten, und Jobert stand dagegen. Kissinger hat die ganze Macht der USA ausgespielt, um schließlich zu einer Internationalen Energieagentur zu kommen, die im Herbst 1974 in Paris aus der Taufe gehoben wurde, gegen Frankreich und ohne Frankreich. Wir haben zwar in der Außenpolitik immer behauptet, dass wir uns nicht vor die Alternative USA – Frankreich stellen lassen. Aber wir standen davor, mehr als einmal, und haben uns dann in der Regel für die Vereinigten Staaten entschieden. Wir haben die französische NATO-Politik, die französische Energiepolitik, die französische Nord-Süd-Politik und den Nord-Süd-Dialog nicht mitgemacht.

Es klingt sehr gut, wir lassen uns nicht vor die Alternative stellen, aber wenn man die Alternative nicht umgehen kann, muss man sich entscheiden, und wenn es um das existenzielle Grundverhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten ging, dann haben wir uns auf die Seite der Vereinigten Staaten gestellt. Charles de Gaulle und sein Nachfolger Georges Pompidou standen nämlich in der Europapolitik auf dem eigentümlichen Standpunkt, man könne die Einigung Europas, und dies ist ja der eine große Kreis unserer Außenpolitik, nicht mit den Vereinigten Staaten, sondern nur gegen die Vereinigten Staaten durchsetzen. Das war eine bewusste Konfrontationspolitik, um die Identität Europas zu schärfen und gegenüber den Vereinigten Staaten herauszustellen. Das haben wir nicht mitgemacht. Die Kunst der Diplomatie bestand darin zu behaupten, wir hätten keine Alternative zwischen Amerika und den USA, und so zu tun, als gäbe es nicht das Kunststück zu vollbringen, am Ende der Entscheidung für Amerika auch noch mit Frankreich in guten Beziehungen zu bleiben. Dieses diplomatische Kunststück haben wir mehr als einmal vollbringen müssen, und das wird uns auch in Zukunft wahrscheinlich nicht erspart bleiben.

Die 70er Jahre brachten in Deutschland innenpolitische Veränderungen, die sich zunächst in Stimmungen, aber dann auch in Aktionen ausdrückten und für die Außenpolitik nicht ohne Folgen blieben. Die sogenannte Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre mit anti-amerikanischer Stoßrichtung hat schwere Erschütterungen mit sich gebracht. Die größten Friedensdemonstrationen überhaupt haben in Deutschland stattgefunden. 1983 begleitete ich den amerikanischen Vizepräsidenten nach Krefeld zu einer 300-Jahr-Feier anlässlich der Auswanderung der ersten deutschen Siedler aus Krefeld nach Amerika. Im Hagel der Steine und unter den Schlägen der Knüppel ist der Konvoi von

Vizepräsident George Bush durch die Menge gefahren. Die Polizei war nicht mehr Herr der Lage; es war eine Demonstration für die Lage in ganz Deutschland. Außenminister Alexander Haig ist damals in Berlin ebenfalls in solche Demonstrationen hineingeraten. Als Reagan 1982 nach Berlin kam – ich flog mit ihm –, sollte der Konvoi von Tempelhof zum Charlottenburger Schloss durch die Straßen fahren. Das war nicht möglich, es musste im Hubschrauber gehen, weil die Straßen den Kämpfen der Polizei mit den Demonstranten ausgeliefert waren.

Diese innenpolitische Situation muss man sehen, um die ganze konfliktgeladene Situation in Deutschland zum Beginn der „Ära Kohl“ zu begreifen. Heute ist das eine geschichtliche Betrachtung, damals ging es aber soweit, dass selbst eine Behauptung von Golo Mann, wir lebten in bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen, von vielen ernst genommen wurde. So war es zwar nicht, aber wir waren in einer Situation, die doch großen Anlaß zur Sorge gab. Es war kein Wunder, dass in dieser Auseinandersetzung die Regierung auseinanderfiel, weil am Schluss Bundeskanzler Schmidt nur noch wenige Getreue in der SPD-Bundestagsfraktion hatte, die den Nachrüstungsbeschluss, der das Hauptangriffsziel der Demonstranten war, mit ihm verteidigten. Fast alle waren von der Fahne gegangen. Die Regierung brach zusammen, sicher auch aus wirtschaftspolitischen Gründen. Aber ich halte die außenpolitischen Gründe für wichtiger. Und dann hat Bundeskanzler Kohl bei seinem ersten Besuch in Amerika Ende 1982 klargemacht, dass er diesen Nachrüstungsbeschluss, so wie das sein Vorgänger Helmut Schmidt sich vorgestellt hatte, durchsetzen werde. Präsident Karl Carstens war 1983 in Washington zu einem Staatsbesuch, auch er hat versichert, wir werden stationieren. Tatsächlich war Ende 1983 alles bereit, amerikanische Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu stationieren. Aber das durchzusetzen gegen einen so starken innenpolitischen Druck, der nicht nur in Deutschland war, war eine große Leistung – auch in Amerika gab es eine Friedensbewegung, die damals acht Millionen Menschen zählte.

Nicht zuletzt gab es auch Diskussionen in den Kirchen. Die katholische Kirche in Deutschland hat damals eine sehr wichtige Erklärung abgegeben über die moralische Rechtfertigung einer nuklearen Abschreckung gegen eine nukleare Bedrohung. Die amerikanische Bischofskonferenz hat dasselbe getan. Immerhin sprach die amerikanische katholische Bischofskonferenz für die größte christliche Kirche in den Vereinigten Staaten. Andere Religionsgemeinschaften sind nicht so weit gegangen. Sie haben gesagt, nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen ist eine Reaktion auf eine nukleare Bedrohung auch nuklear erlaubt. Das heißt, hier ging ein tiefer Riss durch die westlichen Gesellschaften, so dass man nicht mehr davon ausgehen konnte, dass die Außenpolitik die innenpolitischen Strömungen kanalisieren und zähmen konnte. Und dann kam Kohl und hat gesagt: Ich ziehe das durch. Er war überzeugt,

er würde es schaffen. Und er hat den Mut gehabt, im Frühjahr 1983 wählen zu lassen, das war auch eine schwierige verfassungsrechtliche Operation. Mit seinem Mut hat er gewonnen, und das war, nach meiner Überzeugung, ein Durchbruch im deutsch-amerikanischen Verhältnis. Denn jetzt sagten die Amerikaner, wir können uns wieder auf die Deutschen verlassen; dieser Bundeskanzler setzt sein politisches Schicksal auf die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses und ein entsprechendes Ergebnis der Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Wir waren ja selbst keine Verhandlungspartner in diesem Geschäft, das machten die Amerikaner mit den Russen. Aber die Amerikaner waren sicher, dass der deutsche Bundeskanzler und auch die Mehrheit des Bundestages hinter ihnen standen. Und das war die Voraussetzung für die Null-Null-Lösung und den Abzug der sowjetischen Mittelstreckenraketen aus Europa und, nach meiner Einschätzung, für den Zusammenbruch des sowjetischen Systems.

Joachim Bitterlich:

Nach den Ausführungen von Peter Hermes könnte ich nahtlos fortsetzen mit konkreten Erlebnissen aus der Zeit. Ich will der Versuchung aber widerstehen. Dem, was Herr Prof. Wirsching ausgeführt hat, kann ich ebenfalls weitgehend zustimmen. Daher will ich den Bogen von 1982 bis 1998 spannen und zuerst nur die Stichworte nennen: Erstens von der endgültig scheinenden Teilung unseres Vaterlandes und Europas, der Wiedervereinigung Deutschlands und der Wiedervereinigung Europas und gleichzeitig dem Hineinwachsen Deutschlands und Europas in eine neue Verantwortung. Zweitens will ich erinnern an die Zerreißprobe um die Aufstellung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Deutschland und Europa, die permanente Konfrontation zwischen Ost und West bis hin zur Abrüstung und Wiedervereinigung ganz Europas und drittens an die Eurosklerose und die Wiederbelebung der europäischen Integration bis zum Euro.

Wenn Sie diese 16 Jahre sehen und auf die andere Seite des Atlantiks blicken, so hatte es Helmut Kohl mit drei völlig unterschiedlichen Persönlichkeiten zu tun. Ich will der Versuchung widerstehen, jetzt in Ronald Reagan hineinzuleuchten, der auch für einen Helmut Kohl ein schwieriger, nicht immer leichtzunehmender Partner war, dessen Bedeutung aus meiner Sicht aber für das gesamte Ost-West-Verhältnis heute noch weitgehend unterschätzt wird, auch in der Literatur. Die zweite Persönlichkeit war George Bush, der sich im Grunde für uns als der Idealfaktor erwies im Zuge der deutschen Wiedervereinigung. Ohne ihn wäre sie nicht möglich gewesen, sagen wir es laut, auch ohne Michail Gorbatschow auf der anderen Seite genauso, und schließlich Präsident Bill Clinton, der im Grunde zu Kohl nicht gegensätzlicher sein konnte, mit dem aber eine wirklich herzliche Freundschaft entstanden ist, die bis dahin

ging, dass die beiden sich nicht nur über wesentliche außenpolitische Themen, sondern bis hin zu innenpolitischen Themen austauschten. Letztlich, ich sage mal, ist Kohl als „väterlicher Freund“ zu bezeichnen, als der Ältere, der für Clinton regelmäßig zu einem Ratgeber wurde. Auf der anderen Seite ist François Mitterrand zu sehen, der ja seinen ganz erstaunlichen Weg machte, und schließlich Margret Thatcher.

Ich versuche mich zu konzentrieren auf die Jahre nach 1990, weil ja vorher vieles bereits bekannt ist. Post 1990 ist zu nennen, die NATO-Erweiterung und die EU-Erweiterung nach dem Motto: Halb zog sie ihn halb sank er hin. Wir brauchten Zeit, drei Jahre, bis wir uns wirklich gefangen hatten und ein Gleis, einen Weg, einen Kompass gefunden haben für die Erweiterung der EU wie auch für die Erweiterung der NATO. Ich will hier die provokative These wagen: Vielleicht wäre eine NATO-Erweiterung, die die Amerikaner ab 1990 zunächst gar nicht anstrebten, in andere Bahnen gelaufen, wenn die Europäer sich ihrem Traum der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik damals entschiedener genähert hätten. Was sie nicht geschafft haben. Aber zunächst gab es keine Prioritätensetzung.

Post 1990 bedeutet schließlich auch – und da will ich einer These widersprechen, die ich allzu häufig lese im deutschen Blätterwald, auch von professoraler Seite – das Hineinwachsen Deutschlands in Verantwortung und in ein größeres Engagement. Das hat sich z.B. geäußert in der gesamten Politik gegenüber Rußland, und ich füge hinzu, auch gegenüber der Ukraine, die in diesem Zusammenhang häufig vergessen wird. Nehmen Sie alleine die deutschen Hilfsleistungen an Rußland, die weit über das hinausgingen, was andere aus dem Westen geleistet haben, und auch gegenüber der Ukraine, wo wir weitestgehend allein standen als Deutsche in Europa, auch im Westen insgesamt, wo die Amerikaner zwar Sprüche machten, in Wahrheit aber kaum etwas taten. All das hat weitgehend die Handschrift von Helmut Kohl getragen. Den Balkankonflikt sehe ich auch unter diesem Zeichen eines langsamen Hineinwachsens in mehr Verantwortung, so dass letztlich die volle Beteiligung Deutschlands im Kosovo-Konflikt der letzte Punkt einer Kette war, die ohne die Zeichen, die Zwischenschritte der 90er Jahre gar nicht möglich gewesen wäre.

Es hat sich ein bemerkenswert partnerschaftliches Verhältnis in den 90er Jahren zwischen den USA und der Regierung Helmut Kohl entwickelt, wobei ich dem Ausdruck zustimme: *partnership in leadership* oder *leadership in partnership*, was für mich immer etwas missverständlich war. Denn Deutschland war nicht der Stellvertreter Europas für die Amerikaner, sondern war in gewisser Weise einer der drei wesentlichen Partner Amerikas in Europa. Unterschätzen Sie bitte nicht die Bedeutung der Franzosen in den USA bei allen Unterschieden, die immer wieder latent vorhanden waren und immer wieder hochkochten, die zu gewissen Entscheidungen führten, die aber trotzdem,

wenn es ernst wurde, letztlich immer dazu führten, dass die Franzosen wirklich mitzogen.

Aber Deutschland hat schon in den 90er Jahren Stück für Stück mehr Verantwortung übernommen. Denken Sie z.B. an den Balkan-Konflikt, wir können das in der Kürze der Zeit jetzt nicht beleuchten. Die innenpolitische Lage im Jahr 1991 war, dass wir rund 700.000 so genannte Gastarbeiter und über 300.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien im Lande hatten. Der ungeheure innenpolitische Druck, der davon ausging, nicht zuletzt auch von Seiten der katholischen Kirche, ist ein Faktum, das sehr unterschätzt wird. Wir haben verzweifelt nach einem Weg gesucht, diesen Konflikt zu beenden, und wir haben damals als Ausweg nur die Befassung der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates gesehen. Vielleicht war es naiv aus der heutigen Sicht, dass wir daran glaubten, aber es war für uns der einzige Weg zu einer Lösung, und der Weg zur Anerkennung musste über die Staatengemeinschaft führen – im Gegensatz zu allen Sprüchen, die ich heute immer noch höre. Es war eben kein deutscher Alleingang damals, sondern er ist letztlich im Rahmen der EU im Einvernehmen, im Außenministerrat erfolgt.

Ich meine, Deutschland ist in den 90er Jahren Stück für Stück zu einer Art *primus inter pares* geworden. Es ist, das kann man ruhig sagen, in europäische, aber auch in internationale Verantwortung hineingewachsen. Sie hat sich nicht nur in Europa gezeigt, in Bezug auf die Erweiterung der europäischen Union, sondern auch über Europa hinaus, beispielsweise im Nahen Osten, auch in der zunehmenden internationalen Umweltpolitik, so dass man sagen kann, 1998 war Deutschland ein völlig normaler Führungspartner in der internationalen Politik geworden, natürlich neben der einzig verbleibenden Weltmacht Amerika.

Bernd Wilz:

Vorab eine kurze Anmerkung – auch ich stimme Botschafter a.D. Hermes insoweit zu: Man kann Politik nicht völlig isoliert allein aus einer Zeit betrachten; und sicher hatten die 60er, 70er Jahre ihren Einfluss auf spätere Entwicklungen. Aber mit dem Amtsantritt von Helmut Kohl ist ohne Frage eine klarere Betonung und eindeutige oder zumindest stärkere Wertigkeit auf bestimmten Politikfeldern einhergegangen; und ich glaube, wir haben deutlich gemacht, dass für uns in der Ära Kohl die transatlantischen Beziehungen und die NATO das Herzstück deutscher Außen- und Sicherheitspolitik waren.

Die Kernaufgabe für Helmut Kohl war eben, Frieden in Freiheit zu sichern. Heute reden die Leute meistens nur noch von Frieden, aber nicht von Frieden in Freiheit. Natürlich war der NATO-Doppelbeschluss von Helmut Schmidt eine wichtige Voraussetzung für den Stationierungsbeschluss. Aber den Stationierungsbeschluss zu fassen und umzusetzen gegen den Widerstand von

Millionen, das war eben das Kunststück. Und damit zeichnete sich Helmut Kohl an Glaubwürdigkeit, an Zuverlässigkeit und an Prinzipientreue sowohl in Deutschland als auch im internationalen Vergleich aus, gerade auch im Verhältnis zu den Amerikanern. Gleichzeitig konnte mit der Durchsetzung des Beschlusses ein Umdenken in der Sowjetunion eingeleitet werden. Mit dem Stationierungsbeschluss – da sind wir, glaube ich, auch einer Meinung – ist die Grundlage geschaffen worden, um überhaupt Glasnost, Perestroika oder Neues Denken zu erreichen. Und bei Ronald Reagan hat es dazu geführt, dass die Deutschen mit den Briten auf Augenhöhe akzeptiert wurden, was vorher nicht so war.

Und im Übrigen ist richtig, was hier vorhin gesagt wurde, dass wir uns an SDI eigentlich nur, aber immerhin forschungspolitisch beteiligt haben – das gilt sogar für eine Reihe deutscher Firmen. Aber es war eben eine große Vision, die die Sowjets auch durch den zu erwartenden bzw. eintretenden spin-off der Forschungen und Entwicklungen von weltweit über 800 beteiligten Firmen herausforderte, so dass SDI parallel zum Stationierungsbeschluss eine erhebliche Rolle damals spielte. Ich selbst habe im Sommer 1985 in Los Alamos in New Mexiko erlebt, mit welcher Begeisterung Ingenieure und Techniker von vielen Hundert amerikanischen Unternehmen an SDI forschten.

Wir haben uns in den 80er Jahren mit den Amerikanern zunehmend militärisch abgestimmt; ich erinnere an die ganzen Übungen, die wir in den Vereinigten Staaten selbst durchführten, bei denen wir uns beteiligten oder erstmalig zugelassen wurden. Auch haben wir überlegt, was man an Systemen gemeinsam entwickeln könnte. Vor allem war es unser Ziel, bei der Wehrtechnik eine deutsch-amerikanische Kooperation aufzubauen oder wenigstens eine Zweibahnstraße zu erreichen. Manfred Wörner wurde 1988 Generalsekretär der NATO. Und es gab eigentlich wenig Symbolischeres, als dass er bei der Wehrkundetagung damals in München zwar drei Minuten auf Deutsch begrüßte, sonst aber Englisch sprach. Das war eine Verbeugung vor der NATO und damit auch vor den Amerikanern.

Helmut Kohl hat in seiner Regierungszeit diese Kernaufgabe „Frieden in Freiheit“ verbunden mit – wie ich es sehe – vier wesentlichen politischen Aufgaben und Umsetzungen, weil er nie nur abstrakt dachte, sondern immer auch versuchte, praktische Politik zu gestalten. Da war erstens die politisch-ausgewogene Balance mit Washington und Paris. Natürlich gab es das nicht 1:1, das wäre ja auch widernatürlich gewesen. Aber es kam darauf an, dieses Europa zu stärken und zwar nicht isoliert, sondern als europäischen Sicherheitspfeiler in der NATO. Dann die Fortentwicklung der WEU hin zur EU, die GASP und EVSP und alles, was noch faktisch hinzu kam, die deutsch-französische Brigade, das Eurokorps, ich will das hier nicht alles im Einzelnen beleuchten. Die Franzosen entwickelten sich Ende der 80er Jahre wieder mehr in Richtung NATO, nicht dass sie wieder Vollmitglied wurden, aber sie en-

gagierten sich eindeutig mehr als früher. Sie gingen in Gremien, sie äußerten sich wieder. Sie ließen ihre Nuklear-Raketen nicht mehr auf deutschen Boden gerichtet, sondern haben sie anders positioniert. Da passierte also eine Menge. Gleichzeitig haben wir damit, dass wir beides – USA–NATO, aber eben auch WEU–EU–Frankreich – forcierten, bei den Briten ein gewisses oder scheinbares Misstrauen ausgelöst, was sie zu dem Versuch veranlasste, ihre Beziehungen zu den USA zu stärken und gegen uns auszuspielen; das muss man ganz klar sehen. Und deshalb mussten und wollten wir immer wieder eine ausgewogene Balance herstellen; ich meine mit gutem Erfolg, was sich auch später positiv ausgewirkt hat.

Das Zweite war, Frieden schaffen mit weniger Waffen. Das hatte Helmut Kohl zu seinem politischen Credo gemacht. Und das ist gelungen, natürlich nicht durch Deutschland allein, sondern im Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion. Der größte Abrüstungsprozess in der Geschichte der Menschheit ist Mitte/Ende der 80er Jahre eingeleitet worden. Wichtig für das Klima in Deutschland waren auch eigene Beiträge für unser Land selbst, so zum Beispiel, dass wir – einige Kollegen aus dem Verteidigungsbereich und ich als Sprecher – vorschlugen, die Mindestflughöhe bei Tiefflügen von 500 auf 1.000 Fuß zu erhöhen. Und tatsächlich sind auch die Tiefflug-Areas, es gab sieben, de facto abgeschafft worden; nicht de jure, aber de facto. Das waren seinerzeit wichtige Fragen, die Helmut Kohl persönlich am Telefon mit dem amerikanischen Präsidenten abklärte. Oder der Verzicht auf die Personenminen in den 90er Jahren. Oder das Abschaffen taktisch-nuklearer Einsatzmittel, nämlich dass wir die Artillerie überhaupt nicht mehr als atomare Gefechtsfeldwaffe vorsehen konnten. Oder bei der NATO-Verfahrensübung WINTEX im Februar/März 1989 – ich war als Oberstleutnant d.R. und Kommandeur des Artilleriekommandos des 1. Korps eingesetzt – sollten ursprünglich zum Schluss drei „nukleare“ Deutschüsse über der Letzlinger Heide jenseits der innerdeutschen Grenze „eingespielt“ werden; das führte bekanntlich zu dem politischen Streit, ob atomare Einsatzszenarios wenn auch nicht real, so doch theoretisch – symbolisch über der ehemaligen DDR, also auf deutschem Boden – von der NATO überhaupt weiter „geübt“ werden sollten. Die Lösung ist bekannt.

Das muss man alles betrachten, das waren überaus erfreuliche Entwicklungen, bedeutsame politische Entscheidungen; und dasselbe galt dann natürlich für die Reduzierung der Wehrpflicht sowie des Umfangs der Bundeswehr von 495.000 auf 456.000 Soldaten am Ende der 80'er Jahre. Ich kann wegen der Kürze der Zeit naturgemäß gar nicht alles darstellen.

Das Dritte war, dass Bundeskanzler Dr. Kohl die Initiative ergriff und mit vielfältigen vertrauensbildenden Maßnahmen die erste und wohl auch einmalige Chance zur deutschen Einheit nutzte, und das unter dem NATO-Dach und bei voller Souveränität. Ich war noch mit Kollegen etwa zwei Monate vor

Kohls entscheidendem Treffen mit Gorbatschow in Moskau; und die Berater des sowjetischen Präsidenten, mit denen wir sprachen, hielten uns eher für „ein bisschen verrückt“ oder „Phantasten“, als wir davon redeten, dass die Einheit unter dem NATO-Dach vollzogen werden sollte.

Das ist eine riesengroße politische Leistung gewesen, die nur mit amerikanischer Unterstützung zu machen war; und Sie wissen, François Mitterrand wollte verzögern, Margret Thatcher wollte sogar alles vereiteln und auf Nimmerwiederssehen „über den Jordan“ gehen lassen. In diesem Zusammenhang wird ja oft der berühmte Satz zitiert, den Helmut Kohl sinngemäß zu Frau Thatcher gesagt haben soll: „Gnädige Frau, Sie leben offensichtlich noch vor Winston Churchill; ich lebe, denke und handle nach Churchill.“ Das machte den „kleinen“ deutsch-britischen Unterschied dann auch aus. Trotz alledem sind wir zum Zwei-plus-Vier-Vertrag gekommen, zur Auflösung des Warschauer Pakts in zwei Schritten, 1990 militärisch und ca. ein Jahr später politisch, und schließlich zum Abzug aller sowjetischen Truppen aus praktisch ganz Europa. Gleichzeitig haben wir das Allied Rapid-Response-Corps in der NATO aufgebaut und die drei deutschen Korps bi- oder multinational auf bzw. umgestellt. Wir haben das vertrauensbildend begleitet mit der Umgestaltung der KSZE zur OSZE und der Partnerschaft für den Frieden, mit dem NATO-Rußland-Rat und mit der NATO-Ukraine-Charta. Auch die Erweiterung der NATO um zunächst Polen, Tschechien und Ungarn ist mit Blick auf den Wandel in Europa und der Welt sowie entsprechend unserer Interessenlage durch die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung initiiert und dann erfolgreich umgesetzt worden. Ich habe in Amerika relativ frühzeitig dazu sprechen müssen; die haben mich teilweise angeschaut, als ob ich von einem anderen Stern gekommen wäre. Die Bundeswehr ihrerseits wurde entsprechend dem Zwei-plus-Vier-Vertrag, der bis zu 370.000 deutsche Soldaten im Frieden zulässt, und den politischen sowie finanziellen Rahmenbedingungen auf 330.000 zurückgeführt; die Wehrpflicht schließlich wurde auf zehn Monate – erneut – reduziert.

Lassen Sie mich heute abschließend noch den vierten Punkt ansprechen: Das ist die Übernahme von mehr internationaler Verantwortung und Verpflichtung, was Helmut Kohl sicherlich nicht zuletzt als Konsequenz der deutschen Einheit sah. Zu erinnern ist dabei auch an das Angebot der USA an das geeinte Deutschland zu „partnership in leadership“, wie es George Bush sen. seinerzeit ausdrückte. Allerdings waren wir, was die Vorbereitung und Durchführung des Golf-Krieges Anfang 1991 zur Befreiung Kuwaits anging, damals vor allem politisch, aber wohl auch faktisch noch nicht in der Lage, unmittelbare militärische Beiträge zu leisten. So musste sich Deutschland im Wesentlichen auf Geldzahlungen für die Truppensteller beschränken – immerhin: eine Verstärkung der in der Türkei stationierten Luftwaffen kam ebenso hinzu wie „kostengünstige“ Lieferungen an Israel, vom defensiven Großgerät bis zu

ABC-Schutzmasken für die Bevölkerung. Auch waren die finanziellen oder sonstigen Mittel, die wir im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und dem Abzug der sowjetischen Soldaten – bis hin zum Bau neuer Unterkünfte und Siedlungen – an Russland zu leisten hatten, enorm. Nicht unerwähnt bleiben sollte hier unsere verständliche Unterstützung für Ungarn und andere ehem. Ostblockstaaten. Dies aber führte dazu, dass Deutschland naturgemäß nicht alle Wünsche und Hoffnungen „schultern“ konnte. Auch waren „auf dem Weg zu mehr Normalität“ nationale und internationale Gefühle und Befindlichkeiten ebenso zu berücksichtigen wie die mit der Out-of-Area-Problematik einhergehenden unterschiedlichen Vorstellungen im Bundestag. Klarheit brachte dann die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994. Dies alles gab Helmut Kohl Recht, zusätzliche internationale Verantwortung vorsichtig abgewogen und schrittweise zu übernehmen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch erinnern an den Sanitätseinsatz in Kambodscha oder die Minen-Suchoperation im Golf; dann kam Somalia, Kroatien/Bosnien-Herzegowina, die Beteiligung der deutschen Luftwaffe mit ECR- und Aufklärungs-Tornados sowie mit AWACS, nur um die damalige Entwicklung zu skizzieren. Damit hatte Deutschland einen entscheidenden Schritt getan, was vorher nicht möglich war. Wir wollten aber eben auch nicht zum Problem eines Krieges werden, wie das im ehemaligen Jugoslawien hätte eintreten können. Ohne dass ich jetzt die Problematik der französischen und britischen Interessen auf dem Balkan, die noch auf die beiden Weltkriege zurückgingen, hier näher beleuchten möchte, das alles waren für die deutsche Politik schwierige Fragestellungen. Aber ich glaube, sie sind hervorragend gelöst worden. Dazu zählt noch vieles andere wie die Evakuierung aus Tirana, der Aufbau unserer Krisenreaktionskräfte und des KSK-Kommandos, das den Spezialkräften die Möglichkeit gibt, auf besondere Situationen und Krisen angemessen und erfolgreich reagieren zu können.

Lassen Sie mich ein Fazit ziehen: Ich finde, dass die Zeit Kohl eine große Erfolgsgeschichte für Deutschland gewesen ist, und dass wir in diesen Jahren – auch und gerade an der Seite der USA – wichtige Schritte in Richtung globaler Verantwortung gegangen sind und seither eine anerkannte internationale Rolle auf Augenhöhe spielen können.

Ein abschließendes Wort noch zu Bill Clinton: Sicher hat der Bundeskanzler ihm – wie hier gesagt wurde – „väterlichen“ Ratschlag gegeben, aber Clinton konnte sich den Verdiensten von Helmut Kohl als Staatsmann auch gar nicht entziehen. Helmut Kohl galt eben bis zum Ende seiner Dienstzeit und darüber hinaus als der bedeutendste Staatsmann der damaligen Zeit. Und dieses Verdienst kann ihm auch heute keiner nehmen.

MISZELLEN

Der Parlamentarische Rat 1948/49 im Rückblick. Das erste „Rhöndorfer Gespräch“ mit Zeitzeugen und Zeithistorikern 1969

Von Rudolf Morsey

Die vermutlich frühesten Gespräche von Zeithistorikern mit einem größeren Kreis von Zeitzeugen über einzelne Themen aus der Epoche zwischen den beiden Weltkriegen fanden 1961 und 1962 in Würzburg statt, veranstaltet von der Katholischen Akademie in Bayern (Dr. Karl Forster). Sie galten der politischen Wirksamkeit deutscher Katholiken in den Jahren 1928 bis 1934. Diese „geschlossenen Tagungen“ führten im September 1962 zur Gründung der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, seit 1967 in Bonn und dort, seit 1972, als Kommission für Zeitgeschichte e.V.¹

1969 folgte eine vergleichbare Klausurtagung im Wohnhaus des zwei Jahre zuvor verstorbenen Bundeskanzlers (1949–1963) Konrad Adenauer (1876–1967) in Bad Honnef-Rhöndorf. Es war seit Dezember 1967 durch Vertrag der Erben Adenauers mit der Bundesrepublik Deutschland Teil einer bundes-eigenen Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus. Sie sollte eine Gedenkstätte errichten und den Nachlass Adenauers der Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich machen. Die entsprechenden Vorarbeiten erfolgten im Bundesministerium des Innern (BMI), Referat K 1, in Bonn. Dabei ging es zunächst darum, die Stiftungsorgane – Kuratorium, Vorstand und Beirat – zu konstituieren.

Den Vorsitz des am 17. Januar 1969 konstituierten Kuratoriums übernahm Bundesminister a.D. Paul Lücke (1914–1976). Den Beirat bildeten Bundesminister a.D. Dr. Heinrich Krone (1895–1989), Staatssekretär a.D. Dr. Hans Globke (1898–1973) und der Präsident des Bundesarchivs in Koblenz, Dr. Wolfgang Mommsen (1907–1986), den Vorstand Prof. Dr. Hans Buchheim (Jg. 1922), Ordinarius für Politikwissenschaft in Mainz, und Ministerialrat Dr. Carl Gussone (1907–1993), Leiter des zuständigen Referats im BMI. Buchheim war deswegen für diese Aufgabe ‚qualifiziert‘, weil er in der Zeit von April 1963 bis September 1966 das Schriftgut Adenauers im Bundeskanzleramt hatte einsehen können, als Grundlage für eine von ihm beabsichtigte Darstellung von dessen Politik. Für diese aus Mitteln des BMI geförderte For-

1 Dazu Rudolf MORSEY, *Gründung und Gründer der Kommission für Zeitgeschichte 1960–1962*, in: *Historisches Jahrbuch* 115 (1995), S. 453–485.

schung war ihm im Palais Schaumburg in Bonn ein eigenes Zimmer „mit Tresor“ (für die klassifizierten Akten) zur Verfügung gestellt worden.

Einen entsprechenden Antrag auf „unbeschränkten“ Aktenzugang hatte er, als Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, am 4. August 1962 bei Staatssekretär Globke gestellt und zu dessen Begründung erläutert: „Der Gedanke, die jüngste deutsche Geschichte auf diese Weise zum Forschungsgegenstand zu machen, ist mir nicht zuletzt durch ein Gespräch mit Herrn Minister Krone und Herrn Dr. Schauff² gekommen, bei dem es um die Aufgabenstellung für die im September zu gründende Kommission für die Gegenwartsgeschichte des deutschen Katholizismus ging. Beide Herren vertraten dabei den Standpunkt, dass die Forschungen der Kommission unmittelbar den Ereignissen folgen müssten, auch wenn eine Publikation noch nicht möglich sei; denn es sollte für die deutschen Katholiken nicht noch einmal die Situation entstehen, dass ein Abschnitt ihres politischen Wirkens ins Zwielicht gerate, ohne dass genügend Material zur Verfügung stünde, die Dinge richtig zu stellen.“³

Im Frühjahr 1969 akzeptierte das Kuratorium der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus den von Buchheim entwickelten Plan, anlässlich des bevorstehenden 20. Jahrestags der Verabschiedung des Grundgesetzes frühere Mitglieder dieses Gremiums zu einer Klausurtagung über die Arbeit des Parlamentarischen Rates nach Rhöndorf einzuladen. Dabei sollten, wie in den erwähnten Würzburger Tagungen von 1961/62, die Buchheim kannte, jeweils Historiker die Diskussionsbeiträge der Zeitzeugen durch zwei „Impulsreferate“ – dieser Terminus wurde damals allerdings noch nicht benutzt – einleiten. Im April 1969 lud Hans Buchheim mich ein – ich war seit September 1966 Ordinarius für Neueste Geschichte in Würzburg und seit November 1968 Präsident der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn –, eines dieser Referate zu übernehmen, als dessen Thema ich vorschlug: „Konrad Adenauer und der Parlamentarische Rat“.

Mitte Mai 1969 stand fest, dass Eberhard Pikart (Jg. 1923), Kustos des 1964 errichteten Theodor-Heuss-Archivs in Stuttgart,⁴ das einleitende Referat, „Der

2 Johannes Schauff (1902–1990), Siedlungsexperte in Berlin, 1932/33 MdR (Zentrum), 1937 Emigration nach Brasilien, nach 1947 zunächst von Genf aus international tätig in Flüchtlings- und Siedlungsfragen, Initiator der Kommission für Zeitgeschichte. Vgl. MORSEY, *Gründung* (wie Anm. 1); Dieter Marc SCHNEIDER, *Johannes Schauff (1902–1990). Migration und „Stabilitas“ im Zeitalter der Totalitarismen*, München 2001.

3 Bundesarchiv Koblenz, B 136/3738.

4 PIKART hatte 1967, unter Mitarbeit von Dirk MENDE, den Katalog einer Ausstellung *Theodor Heuss. Der Mann, das Werk, die Zeit*, Tübingen 1967, bearbeitet. Darin war auch Heuss' Tätigkeit im Parlamentarischen Rat behandelt, S. 266–275. In Bd. 1 der *Adenauer-Studien*, hg. von Rudolf MORSEY und Konrad REPGEN, erschien sein Beitrag *Theodor Heuss und Konrad Adenauer. Ihr Verhältnis zu Demokratie und Parlamentarismus*, Mainz 1971, S. 58–70.

Parlamentarische Rat. Probleme und Thesen“, halten würde; denn er plante, eine Geschichte des Parlamentarischen Rates zu schreiben.⁵ Ferner hatten inzwischen Thilo Vogelsang (1918–1978), Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte in München, und Frederic Spotts, Mitglied der Botschaft der USA in Bonn – auf Vorschlag von Pikart, der ihn kannte –, ihre Teilnahme zugesagt. Spotts arbeitete an einer Darstellung „Die Kirchen und die Politik in Deutschland“ nach 1945.⁶

Eingeladen wurden sieben ehemalige Mitglieder des Parlamentarischen Rates: Paul Binder, Georg Diederichs, Hubert Hermans, Hans Reif, Carlo Schmid, Josef Schwalber und Walter Strauß. Diederichs (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, sagte zunächst zu, war dann jedoch an der Teilnahme verhindert, auch Josef Schwalber (CSU), bayerischer Kultusminister a.D.; er starb wenige Wochen später. Ferner nahmen weitere eingeladene Persönlichkeiten an der ganztägigen Veranstaltung, die durch ein Mittagessen auf dem Petersberg unterbrochen werden sollte, nicht teil: Staatssekretär a.D. Hans Globke (wegen Krankheit), Bundesminister a.D. Paul Lücke, Dr. Konrad Adenauer (Köln), der älteste Sohn des Bundeskanzlers, sowie Anneliese Poppinga⁷, die letzte Sekretärin Adenauers und Mitarbeiterin der Stiftung. Als einziger Pressevertreter war Dr. Friedrich Karl Fromme (FAZ) eingeladen, der auch einen umfangreichen Bericht über die Tagung veröffentlichte.⁸

Die im Folgenden abgedruckten „Notizen“ über die Klausurtagung am 16. Juni 1969 werden nach der Kopie einer maschinenschriftlichen Fassung veröffentlicht.⁹ Der Protokollant ist nicht bekannt.

5 Daraus ist nichts geworden.

6 Die amerikanische Ausgabe *The Churches and Politics in Germany* erschien 1973 in New York, eine Übersetzung *Kirchen und Politik in Deutschland* 1976 in Stuttgart. Am 8. Mai 1969 hatte Spotts (an Buchheim) seine Bereitschaft erklärt, aus seinem „Buch“ – gemeint war dessen Manuskript – den „sehr kurzen Überblick über kirchliche Belange und kirchlichen Einfluß (oder Mangel des Einflusses in der Arbeit des Parlamentarischen Rates) vorzutragen“. Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH), Geschäftsakten 1969. Für den Hinweis auf diesen Bestand danke ich Herrn Dr. Hans Peter Mensing.

7 Anneliese Poppinga (Jg. 1928), Mitarbeiterin der Stiftung, wurde vom Kuratorium ab Oktober 1969 auf die Dauer von drei Jahren „zum Abschluss ihres Studiums“ beurlaubt.

8 „Wie das Grundgesetz wirklich zustande kam. Ein Streitgespräch von Historikern und Dabeigewesenen im Adenauer-Haus in Rhöndorf“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 24. Juni 1969.

9 StBKAH, Geschäftsakten.

*Notizen von der Tagung im Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf
am 16. Juni 1969*

Teilnehmer: Staatssekretär a.D. Dr. Paul *Binder*,¹⁰ Stuttgart; Archivdirektor Dr. Hans *Booms*,¹¹ Koblenz; Professor Dr. Hans *Buchheim*, Mainz; Dr. Karl Friedrich *Fromme*,¹² Bonn; Ministerialrat Dr. Carl *Gussone*, Bonn; Staatssekretär Hubert *Hermans*,¹³ Güls/Mosel; Amtsrat *Kehlsdorf*,¹⁴ Bonn; Professor Dr. Rudolf *Morsey*, Würzburg; Dr. Eberhard *Pikart*, Stuttgart; Professor Dr. Hans *Reif*,¹⁵ Berlin; Professor Dr. Carlo *Schmid*,¹⁶ Bonn; Mr. Frederic *Spotts*, Bad Godesberg; Staatssekretär a.D. Dr. Walter *Strauß*,¹⁷ Luxembourg; Frau Libet *Werhahn* geb. Adenauer,¹⁸ Neuss; Dr. Thilo *Vogelsang*, München.

Leitung der Diskussion: Professor Dr. *Buchheim*, der eingangs die Methodik dieser Tagung erläuterte, nämlich dahin, daß Wissenschaftler ihre aus den bisher zugänglichen Quellen gewonnenen Forschungsergebnisse Politikern vortragen, die Handelnde bei den beschriebenen Vorgängen gewesen sind, damit diese kontrollieren, korrigieren, erweitern und ergänzen. Die Tagung begann mit einem Referat von Dr. *Pikart*, „Der Parlamentarische Rat. Probleme und Thesen“.

Pikart: Die Bedeutung des Parlamentarischen Rates läge a) darin, Institution zur Ausarbeitung des Grundgesetzes zu sein, b) Institution zur Ausbildung des parteipolitischen Kräftespiels oberhalb der Länderebene.

10 Paul Binder (1902–1981), MdPR Württemberg-Hohenzollern (CDU), vgl. Frank MÜLLER, in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 194f.

11 Dr. Hans Booms (1924–2007), Präsident des Bundesarchivs 1972–1989.

12 Die Dissertation von Friedrich Karl FROMME (1930–2007), *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz*, Tübingen 1960, war 1962 in 2. Aufl. erschienen.

13 Hubert Hermans (1909–1989), MdPR Rheinland-Pfalz (CDU) ab 5. Mai 1949; vgl. Michael F. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Die Entstehung des Grundgesetzes*, Göttingen 1998, S. 188.

14 Kehlsdorf, Mitarbeiter von Gussone im Referat K 1 des BMI.

15 Hans Reif (1899–1984), MdPR Berlin (FDP); vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 186.

16 Carlo Schmid (1896–1979), MdPR Württemberg-Hohenzollern (SPD) Vorsitzender der SPD-Fraktion und des Hauptausschusses des Parlamentarischen Rates, 1966–1969 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder; vgl. Petra WEBER, *Carlo Schmid 1896–1996*, München 1996.

17 Walter Strauß (1900–1976), MdPR Hessen (CDU), Mitglied des Gerichtshofs der europäischen Gemeinschaften in Luxemburg; vgl. Friedemann UTZ, *Preuße, Protestant, Pragmatiker. Der Staatssekretär Walter Strauß und sein Staat*, Tübingen 2003.

18 Tochter von Konrad Adenauer (Jg. 1928), Mitglied des Beirats der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus.

1947 habe Külz¹⁹ von der LDP (siehe Nachlass im Bundesarchiv) auf Initiative der SED eine Aufforderung an die deutschen Politiker ergehen lassen, eine Art gesamtdeutschen Rat zu bilden. Heuss²⁰ sei der Meinung gewesen, daß dieser Vorschlag der deutschen Entwicklung abträglich werden würde. So habe sich keine einheitliche Parteimeinung in der Zeit, 1947, herausgebildet. Das bot den Besatzungsmächten die Möglichkeit, die verschiedenen Politiker nacheinander auszuspielen.

Heuss [äußerte] 1947: Eine gesamtdeutsche Repräsentation könne man jetzt nicht aufbauen. In einem Brief von 1953 habe Heuss sich geäußert zu dem Vorwurf, Adenauer sei schuld an der Spaltung. Er habe dann darin ausgeführt, daß diese Darstellung denn doch zu einfach sei. Entscheidend sei gewesen, daß sofort nach der Potsdamer Konferenz [17. Juli bis 2. August 1945] die SBZ sowjetisiert worden sei, gesellschaftspolitisch sozialisiert. In dieser gesellschaftspolitischen Veränderung läge der erste Anlaß zur deutschen Spaltung.

1948 ist ein politischer Schwebezustand in den Zonen entstanden. Man weiß, eine schnelle Wiedervereinigung nach westlichen Vorstellungen ist nicht möglich. Heuss bekannte 1953 in jenem Brief, er habe sich an der Arbeit des Parlamentarischen Rates vor allem beteiligt, um Sonderentwicklungen in den Zonen, hier vor allem in der französischen Zone, zu bekämpfen.

Ein Kabinettsprotokoll aus Württemberg aus dem Jahre 1948 ist (mutmaßlich) die Quelle für die Feststellung, daß Clay sich in heller Verzweiflung befunden habe über das Zögern der deutschen Politiker, in eine Vereinigung der Zonen einzusteigen.²¹ Er habe gewarnt vor dieser Haltung, die bedeute, daß man dem französischen General König²² die Gestaltung Westdeutschlands damit allein überlasse.

Pikart formulierte folgende Thesen:

1. Nach dem 1.7.1948²³ sahen die westdeutschen Politiker nur zwei Möglichkeiten:
 - a) eine Westlösung zu verzögern,
 - b) wenn nicht, ein nur provisorisches Staatsgebilde anzustreben.

19 Wilhelm Külz (1875–1948), 1945 bis zu seinem Tod Vorsitzender der LDP in Berlin und zeitweilig, zusammen mit Theodor Heuss, der Liberalen in den vier Besatzungszonen.

20 Theodor Heuss (1884–1963), MdPR Württemberg-Baden (FDP), 1949–1959 Bundespräsident.

21 Lucius D. Clay (1897–1978), 1947 bis Mai 1949 Militärgouverneur der USA, hatte sich am 14. Juli 1948 gegenüber den vier Länderchefs in der US-Zone entsprechend geäußert, nach der Konferenz der elf Ministerpräsidenten der Westzonen am 7.–10. Juli 1948 auf dem Rittersturz bei Koblenz.

22 Pierre Koenig (1898–1970), 1945–1949 französischer Militärgouverneur.

23 An diesem Tag übergaben die Militärgouverneure Clay, Koenig und Sir Brian Robertson (für Großbritannien, s. Anm. 38) den elf Ministerpräsidenten in den drei Westzonen die „Londoner Empfehlungen“ mit dem Angebot zur Gründung eines Weststaats.

2. Vor Beginn der Arbeit des Parlamentarischen Rates hatten sich mit Vorarbeiten beschäftigt
 - a) die Kabinette der Länder und die Zonenorganisationen,²⁴
 - b) die politischen Parteien, und zwar zwei große Parteien, von denen keine abseits stand.

Bei den Ländern herrschte im Juni 1947

- a) die Tendenz, ein Direktorium der Länder als Spitze des provisorischen Staatsgebildes zu schaffen, das Partner des Kontrollrats in Berlin sein solle (Vertragsentwürfe lägen vor),
- b) eine von den Ländern unabhängige Spitze, deren Träger die politischen Parteien sein sollten. Dies bedeutete die Rückkehr der Parteien in eine den Ländern übergeordnete Position. Diese Tendenz fand in Süddeutschland viel Gegenkräfte.

Pikart sprach von Differenzen der CDU, sprich Adenauer, mit den Politikern der zonalen Verwaltung. *Pikarts* Frage: Wählte die CDU Bonn als Tagungsort des Parlamentarischen Rates, um freie Hand für die Ausgestaltung der Bundesverwaltung zu bekommen; strebte die SPD Frankfurt an, um an die alte Verwaltung anknüpfen zu können?

Was sich in Bonn abspielte beim Werden der Bundesrepublik, war nur Teilvorgang eines atlantischen Vorgangs. Im Parlamentarischen Rat fühlten sich die Abgeordneten schon rasch nicht mehr als Vertreter der Länder, sondern als Vertreter ihrer politischen Parteien. Der stärkste Mann der SPD, Schumacher²⁵, gehörte nicht zum Parlamentarischen Rat. Ollenhauer trat erst sehr spät ein.²⁶

Hier Einwurf von *Schmid*: Alles bisher Vorgetragene stamme aus „mediokren Quellen“. Es sei kein Vorwurf, aber es sei traurig. Vieles stehe eben nicht in den Quellen und könne auch gar nicht darin stehen.²⁷

Schmid: Das Ergebnis des Parlamentarischen Rates stand zu Dreivierteln fest, ehe dieser überhaupt mit seinen Beratungen begann. Zum Beispiel: Trizone entstand wesentlich, weil er sich, verkleidet, mit General König in den Schwarzwaldwäldern traf.²⁸

24 Der Länderrat in der amerikanischen Zone und der Zonenbeirat in der britischen Zone. In der französischen Zone war kein länderübergreifendes Gremium erlaubt.

25 Kurt Schumacher (1895–1952), Vorsitzender der SPD.

26 Erich Ollenhauer (1901–1963), stellvertretender Vorsitzender der SPD, MdPR (Hessen) seit 20. Mai 1949; vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 188.

27 Nach Frommes Bericht in der FAZ über diese Tagung (wie Anm. 8) hat „einer der Politiker frank und frei sein Entsetzen geäußert, „daß auf Grund solcher Akten Geschichte geschrieben wird.“ Bereits am 2. August 1944 hatte Schmid (aus Lille) an seine Frau geschrieben: „Wehe dem, der aus den Akten erfahren will, wie es denn eigentlich zugegangen ist.“ WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16), S. 186, 815.

28 Nicht erwähnt bei WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16). Eine „Trizone“ ist infolge der Ablehnung der französischen Militärregierung nicht zustande gekommen.

Strauß: Die Ausschußprotokolle seien nicht vollständig, denn diese Protokolle hätten den Besatzungsoffizieren, den Liaison-Officers, zugesandt werden müssen. Deshalb habe man vieles eben nicht ins Protokoll gesprochen.

Schmid: Der „schöne Rasmus“, der Franzose, habe eine möglichst handlungsunfähige Bundesregierung erstrebt.

Binder bestätigt, die Vorstellungen der Besatzungsmächte wären für die Beratungen belastend gewesen. Man habe manches gewollt, weil man es als vorbildlich empfand, anderes, weil man es für opportun hielt.

Schmid zitiert Clay: „Wir machen es in Georgia in USA so, warum sollte es hier nicht auch gut sein.“ Zuweilen seien über die Liaison-Officers die Erfahrungen von Kolonialoffizieren auch noch in die Beratungen eingedrungen.

Für die Beratungen des Parlamentarischen Rates seien der Fünfer- und der Siebenerausschuß am wichtigsten gewesen, und von diesen Ausschüssen gäbe es keine Protokolle.²⁹

Strauß: Es gab kein Mitglied des Parlamentarischen Rates, das nicht einen Beruf ausüben hatte. So blieb wenig Zeit, Aufzeichnungen anzufertigen.

Es wird ein Buch von einem Roy Willis erwähnt „Die Politik der französischen Besatzungsmacht“, 2. Auflage.³⁰

Pikart berichtet von starken Spannungen innerhalb der SPD bei der Kandidatenauslese. Zwei verschiedene Tendenzen hätten sich dabei bekämpft. Die eine wurde vertreten von Exponenten wie Reuter³¹ und Kaiser³², die der Meinung waren, man müsse einen möglichst starken Weststaat bauen, der auf die SBZ wie ein Magnet wirke. Schumacher sei der Meinung gewesen, je mehr Perfektionismus hier, um so mehr auch drüben. Also muß man zögern und bremsen, um abzuwarten. Schumacher habe sich unter der Einsicht stets ablehnend verhalten: Was hier geschieht, ist alliierte und keine deutsche Politik.

Binder: Wir wollten den Bund finanzstark machen, weil man Reparationszahlungen fürchtete und weil man die Länder davon freizuhalten trachtete.

29 Von beiden Ausschüssen sind sämtliche Protokolle erhalten, Druck: *Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle*. Bd. 11: *Interfraktionelle Besprechungen*, bearb. von Michael F. FELDKAMP, München 1997. Als Vorsitzender seiner Fraktion hatte Schmid durchgesetzt, dass über deren Sitzungen keine Protokolle angefertigt wurden und im September 1948 im Hauptausschuß vor einer Veröffentlichung der Ausschussberichte gewarnt. WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16), S. 364.

30 F. Roy WILLIS, *France, Germany, and the New Europe 1945–1967*, Oxford 2¹⁹⁶⁸. [1. Aufl. 1960, Stanford, Ca].

31 Ernst Reuter (1889–1953), 1948 Oberbürgermeister, seit 1950 Regierender Bürgermeister von West-Berlin (SPD).

32 So im Original. Gemeint: Wilhelm Kaisen (1887–1979), Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen.

Schmid: Alle politischen Entscheidungen lagen bis 1955 auf dem Petersberg.³³

Strauß exemplifizierte das mit der Parole der Alliierten: Gegen dies oder das Gesetz müssen wir Einspruch erheben; dann können wir es doch gleich anders machen, und zwar so, wie wir uns das vorstellen.

Schmid: „Es gibt eine föderalistische Neurose, so wie es natürlich auch eine zentralistische Neurose gibt.“ Ursprüngliche Idee: wir gründen einen Bund deutscher Länder. Dahinter steckt die Illusion: dann können etwa Brandenburg oder Mecklenburg eines Tages erklären, wir schließen uns ganz einfach diesem Bund an.

Bemerkenswert charakteristisch für die damalige Zeit war eine große Unsicherheit der Vorstellungen, so groß, wie sie heute unvorstellbar sei. Wer richtig tippte, hatte halt Glück. In der französischen Zone: Zeitungen nicht zugänglich (ich als Regierungschef³⁴ mußte mir ‚Le Monde‘ schwarz besorgen). Telefon war auf Mithören geschaltet.

Hermans: Strittig war eine Weile das Prinzip für die Auswahl der Ratsmitglieder; sollte bei der Auswahl das Recht der Mehrheit gelten oder ein prozentualer Anteil? Hier habe sich vor allem Josef Müller,³⁵ der Ochsenpepp, gewaltig eingesetzt, sei durch wirklich alle Zonen gereist und habe für die Idee geworben, nicht die Mehrheitsverhältnisse auszunutzen, weil sonst der Norden nur von der SPD und der Süden nur von der CDU vertreten würde.³⁶

Schmid: Bei der Zusammensetzung des Parlamentarischen Rates fällt die Pressure-Group der Beamten, der Juristen auf. Es fällt die Zahl 62 %. Schmid erläutert, daß dies unvermeidbar gewesen sei, weil der Parlamentarische Rat keine Ministerialbürokratie zur Verfügung gehabt hätte.

Pikart: Kompromißverhandlungen fanden im Fünferausschuß statt. Hier bewies Adenauer sein großes Verhandlungsgeschick. Hier ging die Beratung in die politische Phase. Hier konnte man sorgen für die Aufnahme in der Öffentlichkeit, für eine Ausgangsbasis zur ersten Bundestagswahl.

Es kommt zur Erörterung der Krise im April 1949 durch die SPD.³⁷ Man stellt wieder die Frage: haben die Engländer die SPD unterrichtet, daß die Al-

33 Amtssitz der Alliierten Hohen Kommission.

34 Carlo Schmid war 1946/47 als Präsident des Staatssekretariats in Tübingen Landeschef in Württemberg-Hohenzollern gewesen.

35 Josef Müller (1898–1979), 1946–1949 Vorsitzender der CSU; vgl. Hans-Otto KLEINMANN, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i.Br. 2004, S. 371–378.

36 Die Wahl der Delegierten zum Parlamentarischen Rat durch die einzelnen Landtage war teilweise nach dem Anteil der bei den letzten Wahlen erzielten Ergebnisse erfolgt, teilweise nach der Zahl der Mandate. Vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 35–39.

37 Vgl. WEBER, *Schmid* (wie Anm. 16), S. 374–389; FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 163–174.

liierten letztlich flexibel sein würden und erklärt sich dadurch der Widerstand der SPD?

Dagegen sagt *Schmid*, Brian Robertson [habe geäußert]:³⁸ Die Alliierten sind nicht nur nicht flexibel, sondern er warne die SPD ausdrücklich, so starr zu sein.

Die ablehnende Haltung der SPD ist also nicht auf einen Wink der Labour-Regierung zurückzuführen, sondern die SPD habe sich auf den Grundsatz versteift: unter ein bestimmtes Limit gehen wir nicht. Wir wollen einen funktionsfähigen Staat haben. Wir können hier pressen, denn die Alliierten sind an der Entstehung einer Bundesrepublik mehr interessiert als die deutschen Politiker. Die Alliierten wollten einen Brückenkopf in Europa bilden, der geeignet sei, der kommunistischen Infiltration standzuhalten.

Hierzu *Pikart*: Die von der SPD ausgelöste Krise war nicht nur ein Reflex der alliierten Politik, sondern auch ein Stück Innenpolitik. Adenauer habe sich damals erstmals der FDP genähert. Das innenpolitische Spiel ging zu dem Zeitpunkt los und wirkte auf den Parlamentarischen Rat ein. Allgemein sei man der Meinung gewesen, Adenauer wird Bundespräsident, man bildet eine große Koalition unter Führung der SPD. *Pikart* stellt fest, daß Adenauer ein liberaler Kirchenmann gewesen sei.

Schmid ergänzt dies mit einem Zitat: Adenauer habe einmal dem Prälaten Böhler³⁹ gesagt, die Kirche kann weder Ja noch Nein sagen, nur Amen. Adenauer habe stets Schwierigkeiten gehabt, sich kirchliche Scharfmacher vom Halse zu halten.

Pikart: Die Alliierten forderten eine große Koalition. Adenauer habe gleich von Anfang an eine kleine Koalition mit der FDP angesteuert.

Schmid unterstreicht noch einmal die Alternative, soll hier

- a) ein Weststaat konstituiert werden,
- b) ein Teilstaat, der bei sich bietender Gelegenheit die brachliegende Reichsstaatlichkeit aufgreift?

Es ist der Antagonismus zwischen Reuter und Schumacher.

Herrenchiemsee:⁴⁰ Standpunkt der Länder; eine *deutsche* Staatlichkeit gibt es nicht mehr. Es gibt nur Länder. Wenn etwas geschieht, dann durch einen konstitutiven Akt der Länder (nicht als Akt der Volkssouveränität).

Schmid: Die andere Tendenz war: wir müssen uns als Nation betätigen. Die Länder können nicht Quelle der konstitutiven Aktion sein.

38 Sir Brian Robertson (1896–1974), 1947–1949 britischer Militärgouverneur.

39 Wilhelm Böhler (1891–1958), Domkapitular in Köln, Mitarbeiter des Kölner Erzbischofs Josef Kardinal Frings.

40 Auf Herrenchiemsee tagte vom 10. bis 23. August 1948 der aus Sachverständigen der Länder bestehende Verfassungskonvent, der einen Verfassungsentwurf erarbeitete.

Viele Mitglieder des Parlamentarischen Rates hätten sich weniger um die politische Frage gekümmert, in welchem Verhältnis soll das zu schaffende Staatsgebilde zu den die Souveränität ausübenden Besatzungsmächten stehen, zur „Fremdherrschaft“. Doch diese Problematik sei nur von wenigen beachtet worden. Den meisten sei es nur darum gegangen, möglichst schnell eine perfektionierte Maschinerie zu schaffen, die dem Chaos steuert. Auch dieser Standpunkt sei sehr ehrenwert gewesen.

Ein anderes politisches Problem habe das Elternrecht gestellt, das, wie Schmid erläutert, von der SPD im Kaiserreich her stammt, wo sie das Recht verlangte, in nichtkonfessionsgebundene Schulen die Kinder schicken zu können. Im Parlamentarischen Rat habe sich Adenauer, so Schmid, ein großes Verdienst erworben dadurch, daß er dieses Problem sehr entideologisiert habe, denn damals wäre das Problem Elternrecht ein so großes Problem gewesen, daß daran das ganze Grundgesetz hätte scheitern können. Adenauer und Schmid traten bei den Vorstellungen für die zweite Kammer gemeinsam für ein Senatsprinzip ein, sind aber beide damit unterlegen.

Der Parlamentarische Rat habe versucht, im künftigen Staatsgebilde die Macht zu streuen. Ein Teil aber sei sich darin einig gewesen, daß man die Macht nicht vom Länderinteresse her streuen solle, sondern regional oder auf verschiedene Art und Weise. Erwähnt wird ein bayerischer Beamter namens Ringelmann,⁴¹ den Schmid als „Rechnungsrat mit Eichenlaub und Schwertern“ apostrophiert.⁴²

Finanzproblem: Bund nicht so stark, war die Tendenz der Franzosen und vieler, vor allem süddeutscher Politiker.

Bei der Frage der konkurrierenden Gesetzgebung habe die SPD eisern das Prinzip vertreten: Der Bund muß das Gesetzgebungsrecht haben für alle über die Länder hinaus vergleichbaren Lebensverhältnisse. Ebenso eisern hätten die Franzosen dieses Prinzip abgelehnt. Nach einem langen Gespräch zwischen Schmid und François-Poncet⁴³ wollte letzterer in Paris eine für die SPD verständnisvollere Haltung vertreten.

41 Dr. Richard Ringelmann (1889–1965), Ministerialdirektor im Bayerischen Finanzministerium, Beauftragter für Finanzfragen beim Parlamentarischen Rat.

42 Nach dem Tagungsbericht von F. K. FROMME (wie Anm. 8) hat C. Schmid den Ministerialdirektor „wohl nicht ganz im Ernst als die eigentlich starke Figur aus Bayern“ bezeichnet, eine „Figur aus föderalistischen Steinzeiten“, der für möglichst viel bayerische Finanzsouveränität gestritten habe. Dieses Zitat aus Frommes Bericht ist erwähnt bei WEBER, Schmid (wie Anm. 16), S. 375.

43 André François-Poncet (1887–1978), 1948/49 Berater des französischen Militärgouverneurs, 1949–1953 Hochkommissar, dann Botschafter in Bonn (bis 1955).

Ein anderes Problem: Finanzverwaltung Bund oder Länder.

Binder: In der CDU sei man sich darüber klar gewesen, wenn man die SPD dazu bewegen wolle zuzustimmen, daß es keine Bundesfinanzverwaltung gäbe, dann müsse man ihr aber eine große andere Konzession machen. Im März 1949 sei es darüber zum großen Krach gekommen, der von der CSU angeheizt worden sei mit der Parole: Finanzen an die Länder. Bei der Schlichtung dieses Streites habe Höpker Aschoff⁴⁴ sich ein großes Verdienst erworben.

Ich habe den Kompromiß ausgearbeitet oder ausgehandelt, Zollverwaltung an den Bund, Erbschafts-,⁴⁵ vielleicht auch Einkommensteuer an die Länder.

Schmid zur Haltung der Besatzungsmächte: Franzosen wollten ein staatliches Gebilde mit schwacher Zentrale. Den Briten sei diese Frage wurscht gewesen, die USA seien mit missionarischem Eifer vorgegangen, sie hätten den Deutschen das Beste bringen wollen, was auch sie hätten. Die Amerikaner seien dabei ohne Arg, ohne eigenes politisches Interesse gewesen. Dennoch aber seien Missionare immer schwieriger, weil doktrinär. Dabei habe sich ein Mr. Simons (engl. Aussprache!), der Sohn des früheren deutschen Außenministers,⁴⁶ hervor getan.

Strauß behauptet, alle ehemaligen Deutschen bei den Amerikanern hätten im allgemeinen geholfen, wo sie nur konnten. Lediglich Simons und Löwenstein⁴⁷ hätten eine Ausnahme gemacht.

Schmid: Die Alliierten hätten nach Kriegsende in der Überzeugung gelebt: Die Welt wird friedlich sein, wenn man erst Japan und Deutschland für 50 Jahre ausgeschaltet hat. Dem entsprach die Instituierung eines alliierten Kontrollrats über der deutschen Verwaltung. Doch dann merkte man rasch, die Sowjetunion ist ja gar nicht saturiert. Es kam Lublin, es kam Prag. Und er habe zu Clay gesagt, es ist schon schwer, das eigene Land zu regieren, um wieviel schwieriger ist es, ein fremdes zu regieren. Und Clay sei der Meinung gewesen: das Vakuum Deutschland muß gefüllt werden, damit nicht Stalin es füllt. Schmid ergänzte, dieses Vakuum zu füllen, war Hauptgrund und Hauptanlaß, so früh – zu früh für deutsche Vorstellungen – ein Staatsgebilde zu gründen. Dieser Gesichtspunkt und diese Einsicht habe schließlich auch die

44 Hermann Hoepker Aschoff (1883–1954), MdPR Nordrhein-Westfalen (FDP); vgl. Frank SPIEKER, *Hermann Hoepker-Aschoff – Vater der Finanzverfassung*, Berlin 2004.

45 Im Text: „Erwerbs-(?)...Steuer“.

46 Hans Simons (1893–1972), Leiter des US-Verbindungsbüros beim Parlamentarischen Rat. Sein Vater Walter Simons (1861–1937) war Reichsaußenminister (1920/21) und Präsident des Reichsgerichts (1922–1929) gewesen.

47 Ein Löwenstein als US-Liaison-Officer ist nicht nachweisbar. Vermutlich gemeint: Hubertus Prinz zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg (1906–1984), nach Rückkehr aus der Emigration in den USA (1946) seit 1947 Dozent in Heidelberg, Gründer und Leiter (bis 1957) „Die Deutsche Aktion e.V.“ zur Erneuerung des Reichsgedankens.

Franzosen bewogen, von ihren eigenen nationalstaatlichen Ambitionen abzu-
sehen und sich der allgemeinen Politik anzuschließen.

1948 setzten die Besatzungsmächte einseitig auf die Länderregierungen. In deren Vertretern und nicht in den Vertretern der Parteien sah man die legitimen deutschen Sprecher. Schumacher sei von der Meinung beherrscht gewesen, daß diese Einstellung der Besatzungsmächte dislotive [sic!] Tendenzen berge, darum habe er stets den Anspruch vertreten, die Parteien seien die legitimen nationalen Sprecher. Dieser Anspruch Schumachers aber sei ständig auf den Widerstand der Länderregierungen und der Parlamente gestoßen. Darum seien Schumacher und Ollenhauer (Ollenhauer zunächst nicht) nicht in den Parlamentarischen Rat eingetreten, aus Protest, weil man von den Ländern her und nicht vom gesamten her zu handeln sich anschickte. Schumacher sei aber auch von der Meinung beherrscht gewesen: Wer die letzte Entscheidung zu treffen hat, darf nicht in der weichmachenden Konferenzatmosphäre sitzen.

Hermans: Diese Abneigung Schumachers gegen die Ländervertreter als legitime Exponenten des deutschen politischen Willens habe auch Adenauer geteilt. Hermans erinnerte sich der Bemerkung Adenauers auf dem Rittersturz: „Sind denn die Zaunkönige noch immer nicht fertig?“⁴⁸ An anderer Stelle habe er den Bundesrat als eine Versammlung der Oberregierungsräte bezeichnet.⁴⁹

Schmid: Im Parlamentarischen Rat hätten zuviele administrativ Denkende gesessen und zuwenige genuin Politische.

Clay [äußerte] 1948: Für mich sind die Länderchefs die legitimen Vertreter. Ich will keine Parteieninstanzen. Clay in einem solchen Zusammenhang zu Schumacher: Sie sprechen immer von Deutschland; das gibt es doch gar nicht.

Schmid: Die Alliierten wollten eine Nationalversammlung. Er habe stets nein gesagt: unter Besatzungsmacht darf es keine Nationalversammlung geben, das geht nicht, wir müssen sie bescheidener benennen.

Buchheim: Wollte man ein Staatsfragment, ein provisorisches?

Schmid: Nein, ein transitorisches, man wollte ein „Notdach für eine Zeit, die vorübergeht“. Heuss prägte den Ausdruck, die Bundesrepublik sei transitorisch, nicht provisorisch.

Strauß: Der Parlamentarische Rat machte eine Bewußtseinswandlung durch. Provisorisch? Schließlich wollte man doch das Bestmögliche machen. Für Adenauer aber waren Einzelheiten wurscht. Wie das im einzelnen aussah, war ihm egal. Hauptsache, man kann damit regieren.

48 Bei der Konferenz der Ministerpräsidenten auf dem Rittersturz bei Koblenz vom 7.–10. August 1948.

49 Dieses Zitat findet sich in „Die Zeit“ Nr. 4 vom 27. Januar 1949, S. 12.

Buchheim: Wenn man eine Einrichtung nur für den Übergang schaffen wollte, so hat man doch in das GG als Fremdkörper die Präambel und den Artikel 46⁵⁰ eingesetzt.

Schmid: Wir wollten ganz klar machen damit, daß es keinen westdeutschen Staat gibt.

Strauß: Niemand hat 1948 gedacht, daß es noch in 20 Jahren Teilstaaten geben würde.

Schmid: Damals haben wir doch alle geglaubt an die alles besiegende amerikanische Kraft, die auch die Sowjetunion in die Knie zwingen würde. Seit 1955, so Schmid, habe ich mich an die Weltlage angepaßt.

Reif: Suhr⁵¹ und Frau Schröder⁵² seien damals nur widerstrebend nach Herrenchiemsee gefahren. Sie seien der Überzeugung gewesen, daß dies die Teilung Deutschlands bedeuten würde. Deshalb seien alle Berliner Politiker gegen diese Beratungen gewesen, außer Reuter.

Schmid: Wir haben es (mir ist nicht mehr klar, welches „es“)⁵³ reingebracht, um unsere Scharfmacher zu befriedigen, ich erwähne Agartz.⁵⁴ Schmid weist auf die Bedeutung der Rolle hin, die die Berater für die alliierten Gouverneure spielten. Clay z. B. sei recht selbständig gewesen, hingegen McCloy⁵⁵ sehr abhängig von seinen Beratern.

Strauß antwortet auf Pikart auf dessen Hinweis, daß der Parlamentarische Rat nicht nur von Bedeutung für das Grundgesetz geworden sei, sondern auch für die politische Gesamtbildung der Parteien. Strauß meint, diese Feststellung bagatellisiere die Arbeit im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Die Resonanz des Wirtschaftsrates z. B. sei im Juni 1947 sehr groß gewesen. Diese Institutionen⁵⁶ hätten ja bereits den Parteien ein Zusammenwirken, wenn zuweilen auch antagonistisch, oberhalb der Länder in den Zonen gestattet.

Strauß: Gab es eine gesamtdeutsche Alternative? Er berichtet, daß Tillmanns,⁵⁷ Lenz⁵⁸ und Strauß im Okt./Nov. 1947 als Beobachter an der Wann-

50 Artikel 46 des GG beinhaltet die Frage der Immunität. Vermutlich gemeint: Artikel 79, nach dem eine Änderung des Grundgesetzes grundsätzlich möglich ist.

51 Otto Suhr (1894–1957), MdPR Berlin (SPD); vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 196.

52 Louise Schroeder (1887–1957), 1947–1949 Geschäftsführende Oberbürgermeisterin von West-Berlin, hat nicht an den Beratungen auf Herrenchiemsee (s. Anm. 40) teilgenommen.

53 Die in Klammern eingefügte Bemerkung stammt vom Protokollanten.

54 Viktor Agartz (1897–1964, SPD), 1946/47 Leiter des Zentralamts für Wirtschaft in der britischen Besatzungszone, 1948–1955 des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB in Köln.

55 John J. McCloy (1895–1989), Mai 1949–1952 US-Hochkommissar.

56 Gemeint: Wirtschaftsrat (Parlament), Länderrat und Verwaltungsrat (fünf Direktoren mit einem ‚Oberdirektor‘ an der Spitze) der Bizone in Frankfurt/M.

57 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), 1946/47 MdL Sachsen (CDU), seit Ende 1947 in West-Berlin, vgl. Ralf BAUS, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 386f.

see-Konferenz teilgenommen hätten, die anscheinend auf sozialistische Initiative zusammentrat.⁵⁹ Schumacher habe daraufhin Paul Loebe rücksichtslos wegen seiner Teilnahme aus dem Parteirat hinausgeschmissen.⁶⁰ Jakob Kaiser habe behauptet, daß dieser Versuch einer gesamtdeutschen Alternative an der starren Haltung Schumachers gescheitert sei. Strauß: Rückblickend läßt sich nur feststellen: auch da lag keine Alternativmöglichkeit.

Strauß zu der Feststellung: Länder als konstitutive Faktoren. Es gab ja nur Länder als Partner der Alliierten. Vom Königsteiner Treffen gäbe es keine Aufzeichnungen.⁶¹ Man fragt, ob derlei nicht in den Nachlässen Tillmanns und Lenz stecken. Auch der noch lebende Gradl⁶² habe daran teilgenommen. Soll man vom deutschen Staat als Rechtskonstituante ausgehen? Man müsse doch die Hitlerzeit, so habe man damals gedacht, auch dadurch negieren, daß man einen ganz neuen konstitutiven Akt zur Staatsgründung setze. Man dürfe die Länderposition nicht nur national sehen. Man habe nie gedacht, daß dieses Staatswesen Dauer haben solle, sondern nur Modell in der Grundkonzeption für eine gesamtdeutsche Verfassung. Zur Quellenlage: der Ellwangen-Ent-

58 Zu Dr. Otto Lenz (1903–1957), Berliner CDU-Vertreter in der Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU; vgl. Günter BUCHSTAB, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 344–52.

59 Gemeint ist eine Konferenz von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus allen Zonen und Berlin am 9. November 1947 in Berlin-Wannsee im Haus der ‚Gesellschaft der Freunde der Natur- und Geisteswissenschaften‘. Daran nahmen unter Leitung des bisherigen hessischen Ministerpräsidenten, des parteilosen Rechtsanwalts Karl Geiler, mehr als 50 Politiker der SED, CDU (Lenz, Ferdinand Friedensburg und Strauß) und SPD (Löbe) teil. Sie traten am Vorabend der Londoner Konferenz der Außenminister der vier Siegermächte (25. November bis 15. Dezember 1947) dafür ein, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zu schaffen und das deutsche Volk auch „politisch als Einheit“ zu behandeln. Vgl. dazu das Kapitel „Die Konferenz in Wannsee als letzter Versuch“ bei Ferdinand FRIEDENSBURG, *Es ging um Deutschlands Einheit. Rückschau eines Berliners auf die Jahre nach 1945*, Berlin 1971, S. 176–194.

60 Paul Löbe (1875–1967), MdPR für Berlin (SPD), wurde am 14. November 1947 der Vorsitz im Außenpolitischen Ausschuss der SPD entzogen. EBD. S. 193.

61 An der Konferenz der Landesvorsitzenden der CDU am 10. Juni 1948 in Königstein/Ts. hat Strauß nicht teilgenommen. Die dort verabschiedete Resolution zur Londoner Sechsmächte-Konferenz ist abgedruckt in: Brigitte KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien 1946 bis 1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden*, Düsseldorf 1991, S. 212–214. Auch an einem Treffen der Landesvorsitzenden der CDU am 22. Juli 1948 in Königstein hat Strauß nicht teilgenommen (Ebd. S. 227–233), wohl aber an der Konferenz der Vorstände der Arbeitsgemeinschaft und der Vorsitzenden der Landesverbände in Königstein am 20. April 1948. EBD. S. 234–243.

62 Johann B. Gradl (1904–1988), 1948–1965 Verleger der Berliner Tageszeitungen „Der Tag“ und „Der Kurier“; vgl. Klaus GOTTO, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 256f.

wurf⁶³ sei sehr bedeutsam, er sei in Arbeit genommen worden kurz vor der Londoner Konferenz.⁶⁴

Er sei der Hauptverfasser gewesen, zusammen mit Brentano⁶⁵ (s. Nachlaß?). Es sei das einzige Mal zu der Zeit gewesen, daß man Verbindung mit der CDU der britischen Zone gehabt habe. Adenauer habe sein Mißfallen an diesem Entwurf geäußert. Der Ellwangen-Entwurf habe sich durchgesetzt außer hinsichtlich der Zustimmung des Bundesrats für alle Gesetze. Strauß meint, auch der Nachlaß von Peters⁶⁶ (der auf dem Weg von Dahlem nach Koblenz ist)⁶⁷ müßte für diese Dinge bedeutsam sein, mindestens für den Ellwangen-Entwurf. Menzel,⁶⁸ einer der führenden SPD-Verfassungspolitiker, sei mit seinem Entwurf⁶⁹ zum Teil konform mit dem Ellwanger Entwurf gewesen. Menzels Entwurf sei ursprünglich viel föderalistischer gewesen.⁷⁰

Strauß zur Organisation der Bundesbehörden: Er unterstreicht Adenauers Aversion gegen die Organisation des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Er habe diese als einen aufgeblähten Apparat geschmäht. Adenauer habe Pünder⁷¹ das Leben außerordentlich schwer gemacht, Zwischenträger hätten noch die Abneigung beider Männer gefördert. Die Zusammensetzung des Beamtenstabs des Vereinigten Wirtschaftsgebietes sei sehr ungünstig gewesen. Dieser Nachteil wirke sich noch heute bis ins Bundeswirtschaftsministerium aus. Aber man hätte in Bonn ohne diesen Apparat ja gar nicht anfangen können. Unter diesem Gesichtspunkt habe Adenauer sich schließlich nicht mehr gegen die Verwendung von Beamten des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Bonn gestemmt.

Hermans bestätigt die Adenauersche Abneigung gegen die Frankfurter Verwaltung. – Uns beherrschte die Frage, wie man den Einfluß der deutschen

63 Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU „Grundsätze für eine Deutsche Bundesverfassung“ wurden auf der Tagung des Ellwanger Freundeskreises am 13. April 1948 in Bad Brückenau verabschiedet. Druck: Wolfgang BENZ (Hg.), *„Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“*. Zur Geschichte des Grundgesetzes. Entwürfe und Diskussionen 1941–1949, München 1979, S. 333–347.

64 Deutschland-Konferenz der drei Westmächte und der Benelux-Staaten in London (2. Session) vom 20. April bis 2. Juni 1948.

65 Heinrich von Brentano (1904–1964), MdPR Hessen (CDU); vgl. Roland KOCH (Hg.), *Heinrich von Brentano, Wegbereiter der europäischen Integration*, München 2004.

66 Hans Peters (1896–1966), Mitgründer der CDU in Hamburg, Staatsrechtler in Berlin, seit 1948 in Köln; vgl. Rudolf MORSEY, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 393–369.

67 Der Nachlass befindet sich im Bundesarchiv in Koblenz.

68 Walter Menzel (1901–1963), Innenminister von Nordrhein-Westfalen, MdPR (SPD); vgl. FELDKAMP, *Parlamentarischer Rat* (wie Anm. 13), S. 102.

69 Druck des zweiten Menzel-Entwurfs („Grundgesetz“) vom 2. September 1948 in: BENZ, *„Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen“* (wie Anm. 63), S. 391–410.

70 Erster Menzel-Entwurf („Westdeutsche Satzung“) vom 26. Juli 1948, EBD., S. 367–383.

71 Hermann Pünder (1888–1967), 1948/49 Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt/M.; vgl. Rudolf MORSEY, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 397–402.

Politiker aus der französischen Zone in Bonn stärker zur Geltung bringen könne. Zu den Frankfurter Verhältnissen: der Grund der Adenauerschen Aversion gegen die in Frankfurt leitenden Leute hätte darin gelegen, daß er sie zwar als tüchtige Verwaltungsbeamte eingeschätzt habe, aber politisch als völlig insuffizient. Deshalb seine Sorge, diese Insuffizienten könnten politisch in Bonn maßgebend werden, z. B. Erhard.⁷²

Auswahl der Mitglieder des Parlamentarischen Rates in der französischen Zone auch unter dem Gesichtspunkt: Streuung des Sachwissens.⁷³

Strauß bezeichnete sich als Vater des Ausdrucks „Grundgesetz“. Man sah von der Inkompatibilität ab, weil unter den Politikern ja viele Beamte waren, die vor 1933 und nach 1945 politisch tätig waren. Der Beamtencharakter war recht oberflächlich. *Strauß* und *Menzel*, der eine CDU, der andere SPD, waren alte Referendarskollegen, die im Parlamentarischen Rat ausgezeichnet zusammenarbeiteten.

Kompromiß in der Krise März/April 1949. Zur innenpolitischen Vorstellung habe man denn doch zuviel hineingeheimnist. In allen diesen Dingen habe Heuss eine ganz große Rolle gespielt, weil er von allen Seiten hochangesehen war und deshalb in der Lage war, überall zu vermitteln.

Strauß zum Kirchenartikel: Der evangelische Held⁷⁴ und der katholische Böhler seien darin völlig konform gegangen, als absolute Verfechter des Elternrechts aufzutreten. In der Frage des Konkordats⁷⁵ sei es nicht zuletzt deshalb zu einer schroffen Auseinandersetzung gekommen, weil *Zinn*,⁷⁶ sonst sehr verbindlich, hier verbissen und grob argumentiert habe. Er, *Strauß*, habe die Kontroverse zwischen Adenauer und *Zinn* ausgeglichen.⁷⁷

In der Frage Bundesrat – Senat sei die CDU sehr gespalten gewesen. In der britischen Zone sei das Länderbewußtsein nicht so ausgeprägt gewesen wie in der US-Zone. Es habe keinen einheitlichen Bundesstaatsbegriff gegeben. Möglichkeiten

72 Ludwig Erhard (1897–1977), seit März 1948 Direktor für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt/M., 1949–1963 Bundeswirtschaftsminister, 1963–1966 Bundeskanzler.

73 In Württemberg-Hohenzollern hätte die CDU neben *Binder* auch den zweiten Sitz für den Parlamentarischen Rat besetzen können. Auf Drängen des Staatspräsidenten *Gebhard Müller* (CDU) stellte sie einen Sitz der SPD (für *C. Schmid*) zur Verfügung. Vgl. *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat. Sitzungsprotokolle der Unionsfraktion*, eingekl. und bearb. von *Rainer SALZMANN*, Stuttgart 1981, S. 12f.

74 *Heinrich Held* (1897–1957), 1947–1957 Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland.

75 Gemeint: Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Für den hier angesprochenen Zusammenhang vgl. *Burkhard van SCHEWICK, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950*, Mainz 1980, S. 105–109.

76 *Georg August Zinn* (1901–1976), MdPR Hessen (SPD); vgl. *FELDKAMP, Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 198.

77 Wie Anm. 75.

- a) nicht vollständige Aufteilung der Gesetzgebungskompetenz, sondern konkurrierende,
- b) Ausführung der Gesetze durch Länder in Auftragsverwaltung,
- c) Länder als solche in einem Organ des Bundes vertreten.

Zu c): *Strauß*: Die Frankfurter Versammlung von 1848/49 sei auch gescheitert, weil sie dies nicht genügend berücksichtigt habe. Doch dies sei von allen CDU-Mitgliedern der britischen Zone nicht eingesehen worden.

Booms: In Süddeutschland sei das stärkere Staatsbewußtsein erhalten geblieben.

Strauß: Artikel 72, Abs. 2⁷⁸ sollte der Einschränkung der konkurrierenden Gesetzgebung dienen. Sei formuliert worden von Zinn, Strauß, Laforet⁷⁹ und Schmid, sei aber heute überflüssig.

Pikart: In der Presse der damaligen Zeit tauchten Überlegungen auf, wer die nächste Bundesregierung stellen soll. Wirkte sich dies nicht auf die Beratungen aus?

Strauß: In der CDU-Fraktion war man sich bewußt, aus den Wahlen wird die SPD als stärkste Partei hervorgehen. Deshalb würde es am besten sein, eine große Koalition zu bilden. Lediglich Adenauer habe weitergedacht. Er habe es fertiggebracht, blitzschnell alle kleineren Parteien unter einen Hut zu bringen. Auch da habe sich wieder gezeigt, daß sein Weitblick doch manchmal recht erstaunlich gewesen sei.

Adenauer in der Bundesratsfrage:

Binder: Adenauer war für einen Senat, der die Erfahrungen der älteren Politiker zusammenfasse. Zugleich liebäugelte er mit einer solchen Einrichtung, weil sie geeignet war zum Kaltstellen und zum Verschieben von unliebsamen Politikern. Aber in der Fraktion habe man die Konsequenzen nicht recht gesehen. Es hätten doch noch viel zu viele Vorstellungen vom alten kaiserlichen Bundesrat nachgewirkt, so habe man zuviel Bundespolitik in die Länderpolitik hineingetragen und das sei damals nicht gesehen worden.

Strauß: Über die Hälfte aller Gesetze ist schließlich zustimmungspflichtig durch den Bundesrat.

Reif: In der FDP sei die Neigung für den Senat groß gewesen. Die FDP habe auch lange daran festgehalten, außer ihm.

Binder: Weil kein Unterbau in der Bundesverwaltung dagewesen sei, sei der Bundesrat richtig gewesen. Zu der Frage, daß die Länder die konstitutiven

78 Artikel 72, Absatz 2 des GG behandelt das Gesetzgebungsrecht des Bundes im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung.

79 Wilhelm Laforet (1877–1959), Staatsrechtler in Würzburg, MdPR Bayern (CSU); vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 191.

Faktoren werden sollten: er habe sich damals als businesspromoter aufgefaßt, wer hätte es denn sonst tun sollen?

Hermans: Die Entstehungsgeschichte der CDU sei von Einfluß auf Adenauers Föderalismusstandpunkt geworden, sie habe einfach ein Trauma bei ihm verursacht. Es sei charakteristisch gewesen, daß in einer Düsseldorfer Sitzung Brentano habe sagen können: nachdem Adenauer wegen Teilnahme an einer Sitzung des Zweizonenrates verhindert ist, können wir wieder über den Föderalismus sprechen.⁸⁰

In der französischen Zone habe es zwei christlich-demokratische Parteien gegeben. In der Pfalz sei unter Berliner Einfluß eine CDU entstanden, die der Berliner Gründung, CDU Deutschland, nahegestanden habe.⁸¹

Eine zentrale Einflußnahme auf einzelne Landesparteien schien, außer bei der SPD, unmöglich. Die Landesfürsten in der CDU standen den Adenauerischen Ambitionen sehr entgegen.

Adenauer habe eine 2. Kammer als Gegengewicht zum Bundestag haben wollen, zu einem Bundestag, der, als von der SPD beherrscht, erwartet wurde. In der französischen Zone habe man das Senatsprinzip nicht für ausreichend angesehen. Man habe Adenauer davon überzeugt, daß ein solcher Senat ja nur ein Spiegelbild des Bundestags sein könne. Das habe Adenauer zwar eingesehen, aber er habe beim Bundesrat befürchtet, daß er so mächtig werde wie im alten Kaiserreich, und das habe ihm nicht gepaßt. Schmid und Adenauer hätten dann beide gemeinsam versucht, den Bundesrat von allzu starker Einflußnahme auf die Bundespolitik fernzuhalten. Adenauer habe immer gedacht, der Bundesrat kann sich ja beim ersten Gesetzesdurchgang ganz allgemein dazu äußern. Er habe aber nie gemeint, daß sich der Bundesrat sehr intensiv um die Bundesgesetze kümmern solle.

Die Sitzung wird [am Nachmittag] fortgesetzt mit dem Referat von Professor Morsey, „Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat“.

Morsey stellt einleitend fest, daß bisher keine kritische Adenauer-Biographie vorgelegt worden sei. Morsey möchte in seinem Referat behandeln:

1. Aus welchen Gründen wurde Adenauer Präsident des Parlamentarischen Rates?
2. Wie hat Adenauer sein Amt geführt?
3. Welche Ziele hatte Adenauer diesem Amt für sich und seiner Person darin gesetzt?
4. Wie weit hat Adenauer seine Vorstellungen durchsetzen können?

⁸⁰ Nicht ermittelt.

⁸¹ Vgl. Anne MARTIN, *Die Entstehung der CDU in der Pfalz*, Mainz 1995.

Zu 1: Adenauer, Mitglied einer der beiden großen gleichstarken Fraktionen, zweitältestes Mitglied der Versammlung, bekannter Weimarer Politiker. Durchschnittsalter der Versammlung 55,3 Jahre. Adenauer wohnte in der Nähe Bonns. Bonn Tagungsort. Arnold⁸² und Menzel, der eine CDU, der andere SPD, wünschten Düsseldorf als Tagungsort, um damit den französischen Ruhrgebietsambitionen einen Riegel vorzuschieben. Adenauer war nicht mehr beruflich tätig. Als Exponent der nordrhein-westfälischen CDU war er, im Unterschied zu anderen Parteiführern wie Schumacher, Ehard,⁸³ Blücher,⁸⁴ eben Mitglied des Rates geworden.

Morsey fragt: warum haben die SPD-Abgeordneten, die Gegenspieler, Adenauers Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates zugestimmt? Er hebt hervor, Adenauer besaß a) parlamentarische Erfahrung, b) befand sich in einem Alter, das für die Besetzung von Ämtern ihn nicht mehr in Frage zu kommen lassen schien, c) der SPD war der Vorsitz im Hauptausschuß wichtiger. Sie betrachtete den Präsidenten als einen Ehrenvorsitzenden und freute sich, auf diese Weise den unbequemen ‚alten Nörgler‘ kaltgestellt zu haben. Die CDU unterstützte die SPD bei diesen Bestrebungen, denn auch sie wollte aus ähnlichen Gründen Adenauer von der konkreten Arbeit fernhalten und zog das Argument vor, daß er in seinem Alter entlastet sein müsse. Adenauer stimmte zu. Er duldete sogar, daß Pfeiffer⁸⁵ von der CSU Vorsitzender der Gesamtfraktion der CDU/CSU wurde. Adenauer hat nie mit Rücktritt gedroht. Er hat immer hartnäckig daran festgehalten, mochte man ihm auch noch so viele Mißtrauensbezeugungen entgegenbringen. Die SPD kam somit durch ihre Zustimmung, daß Adenauer zum Präsidenten gewählt wurde, dessen Ambitionen entgegen.

Hieran knüpft sich eine Diskussion an.

Schmid: SPD legte im Parlamentarischen Rat den Akzent auf dessen legislative Tätigkeit. Darum strebte sie den Vorsitz im Hauptausschuß an, wo reale Möglichkeiten bestanden, auf das Ergebnis der Beratungen des Parlamentarischen Rates maßgebend Einfluß zu nehmen. Adenauer hingegen wußte eben besser,

82 Karl Arnold (1901–1958), 1947–1956 Ministerpräsident von NRW (CDU); vgl. Rudolf UERTZ, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 90–93.

83 Hans Ehard (1887–1980), 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident von Bayern, 1949–1955 Vorsitzender der CSU; vgl. Karl-Ulrich GELBERG, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 226f.

84 Franz Blücher (1896–1959), Mitgründer der FDP und 1949–1954 deren Vorsitzender.

85 Anton Pfeiffer (1888–1957), MdPR Bayern (CSU), Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Parlamentarischen Rat; vgl. Karl-Ulrich GELBERG, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 342f.

was Macht ist, dachte politischer. Adenauer wußte, daß er als Präsident der Kontrahent der Besatzungsmächte sein würde und das verlieh Prestige.

Strauß: Die SPD stellte doch, nahm man die Berliner Abgeordneten hinzu, die stärkste Fraktion.⁸⁶ Die CDU habe sich damals immer gewundert, warum die SPD für den Posten des Präsidenten nicht Löbe vorschlug.

Schmid antwortete, Löbe sei ein zu bescheidener Mensch gewesen, zu sehr von christlicher Demut erfüllt, und deshalb sei er der SPD zu wenig wirkungsvoll erschienen.

Strauß: Die CDU hinwiederum habe damals nicht gewünscht, daß Adenauer Vorsitzender der Gesamtfraktion werde. Sie habe befürchtet, von ihm überfahren zu werden, so wie man es oft in der rheinischen CDU erfahren hatte, darum war sie froh, Adenauer auf den Präsidentenposten abzuschieben.

Schmid: Wir, die wir mehr von administrativem Denken erfüllt waren, schauten zu, wo und an welcher Stelle anständige Arbeit zu leisten war. Adenauer hingegen hielt Ausschau nach dem Turm, von dem aus er leuchten konnte.

Strauß erinnert sich, daß Adenauer zur ersten Sitzung der CDU-Fraktion des Parlamentarischen Rates für die britische Zone in doppelter Besetzung erschien, dies damit erklärte, daß man ja Ersatzleute gleich zur Hand haben müsse, falls jemand ausfalle.⁸⁷ Damit habe er sich außerordentlich mißliebig gemacht.

Schmid: Schumacher sah alles nur unter dem Aspekt britische Zone, Adenauer ebenfalls. Damit ernteten beide in ihren Gesamtfractionen ein gewisses Maß an Animosität. Schmid erinnert sich, im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Adenauer und Jakob Kaiser 1948 die Charakteristik Kaisers durch Adenauer gehört zu haben, daß dieser „nicht die nötige politische Brustweite besitze“.

Binder erinnert sich, daß Adenauer Hermes⁸⁸ sehr angegriffen habe und daß er, Binder, Adenauer mit der Parole zu Hilfe gekommen sei, daß es unmöglich sei, einen Vorsitzenden zu haben, der aus der SBZ stamme. Er erinnert sich

86 Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD bestanden aus jeweils 27 Mitgliedern. Hinzu kamen (mit beratender Stimme) 5 Delegierte aus Berlin, von denen 3 der SPD, 1 der CDU (J. Kaiser) und 1 der FDP (H. Reif) angehörten.

87 Andreas Hermes (1878–1964), Mitgründer und Vorsitzender der CDU in Berlin und in der SBZ bis Dezember 1945, 1947–1949 Mitglied des Wirtschaftsrats in Frankfurt/M.; vgl. Rudolf MORSEY, in: BUCHSTAB, *Christliche Demokraten* (wie Anm. 35), S. 240–247. – Zu den Angriffen auf Hermes vgl. Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 5./6. Februar 1947 in: KAFF, *Die Unionsparteien 1946 bis 1950* (wie Anm. 61), S. 45, 50, 57.

weiter des Ausspruchs von Kaiser, wonach Adenauer nur deshalb gegen ihn eingestellt sei, weil er aus der Arbeiterschaft stamme.

Schmid: Schumacher hat die damalige politische Situation offensichtlich ganz falsch eingeschätzt. Er glaubte, nur die Parteiführer könnten mit den Alliierten richtig sprechen. Er habe dabei die Position der Ministerpräsidenten völlig unterschätzt.

Zu 2: *Morsey* beantwortete seine Frage, wie Adenauer sein Amt als Präsident geführt habe, mit der Feststellung, daß er ihm durchaus gewachsen gewesen sei. Wenn Kritik aufkam, so sei sie stets von politischen Entscheidungen hergekommen. Bei der Eröffnung des Parlamentarischen Rates habe Adenauer die jugendliche Frische des Alterspräsidenten Schönfelder⁸⁹ von der SPD auffallend herausgestrichen,⁹⁰ wozu gewußt werden muß, daß Adenauer nur wenige Monate jünger war. Zugleich strich er die Freiheit des Parlamentarischen Rates heraus a) gegenüber den Besatzungsmächten, b) gegenüber den deutschen Ministerpräsidenten. Dann drang er schnell zur Aufnahme der praktischen Arbeit.

Adenauer sei ein hervorragender Parlamentarier gewesen. Dafür bot *Morsey* verschiedene Beispiele. Adenauer erkannte von Anfang an die politischen Möglichkeiten seines Amtes. Adenauer wurde der natürliche Sprecher der Deutschen vor den Alliierten, und er benutzte dies, um ständig die Stellung der Bundesrepublik im westlichen System und im Kalten Krieg anzuweisen.

Zwistigkeiten mit Alliierten. a) Frankfurter Affäre:⁹¹ ihr wesentlicher Inhalt ist der Vorwurf, Adenauer habe im Dezember⁹² 1948 sich nicht beschränkt darauf, die ihm vom Parlamentarischen Rat aufgetragenen Beschwerden vor den Alliierten vorzubringen, sondern er habe Meinungsäußerungen von sich gegeben, um sie als Erfolg für den CDU-Einsatz zu verbuchen. Adenauer habe am 16./17. Dezember 1948⁹³ Blücher den Vorwurf gemacht, die FDP tendiere eindeutig zur SPD, was diese wieder zu einer Rückwendung veranlaßte.

Schmid: Schumacher sei niemals Nationalist gewesen, sondern ein patriotischer Mann. Die Frankfurter Affäre sei am 5. Januar 1949 beigelegt worden. Schumachers Ambition, Adenauer bei dieser Gelegenheit abzuschießen, sei fehlgegangen.

89 Adolf Schönfelder (1875–1966), MdPR Hamburg (SPD), vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 195.

90 In der ersten Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates hatte Adenauer, nach seiner Wahl zum Präsidenten, die „jugendliche Frische und Stärke“ Schönfelders unterstrichen. *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 29), Band 9: *Plenum*, bearb. von Wolfram WERNER, München 1996, S. 11.

91 Zur „Frankfurter Affäre“ Dezember 1948/Januar 1949 vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. 119–127.

92 Im Text irrtümlich: „September“.

93 Im Text irrtümlich: „September 1948 (oder 1949)“.

Zweite Krise: verursacht durch das Nein der SPD vom 20.4.1949.⁹⁴ Schumachers Devise: Eher lassen wir die ganze Sache scheitern, als daß wir das GG auf den Druck der Alliierten hin noch einmal umarbeiten.

Schmid betont, daß Schumacher diese Haltung im Nichtwissen um die alliierte Konzessionsbereitschaft eingenommen habe. Adenauer stattdessen sei bereit gewesen, die alliierten Forderungen hinzunehmen, um auf jeden Fall ein Grundgesetz zu erreichen. Drei Monate später erst versuchte er, das nationale Selbstbewußtsein der SPD zu torpedieren. Er behauptete, die SPD sei vorher informiert gewesen.⁹⁵

Morsey stellt fest, daß es Beweise für wie Beweise gegen diese Behauptung Adenauers gebe. Gerüchte habe es im Parlamentarischen Rat ständig gegeben. Die Motive dazu hätten darin gelegen, daß diese oder jene Partei bzw. diese oder jene Parteigruppe versucht habe, ihre Ambitionen jeweils mit Hilfe der Alliierten von hintenherum durchzusetzen. Ein Hauptvorwurf sei zum Beispiel gewesen, die CSU versuche, ihre föderalistischen Ambitionen mit Hilfe der französischen Besatzungsmacht durchzusetzen.

Adenauer, begünstigt durch sein Präsidentenamt, war weit über das hinausgewachsen, was die SPD ihm zuzumessen bereit gewesen war. Durch seine Stellung und durch seinen Rang, den er sich erworben hatte, dürfte man ihm einen gewichtigen Beitrag zum Zustandekommen des Grundgesetzes beilegen.

Schmid: Adenauers Beitrag zum materiellen Inhalt des Grundgesetzes war äußerst gering. Es interessierte ihn auch gar nicht, ihn interessierte nur die Schaffung eines regierungsfähigen Instrumentes. Wenn aber Kontroversen aufgetreten seien, dann habe es an großartigen Versuchen seinerseits nicht gefehlt, praktische Lösungen zu erkennen und die Streitenden darauf hinzuführen. Adenauer habe eine Weile die Idee getragen, in Bonn lediglich einen politischen Kopf von 200 bis 300 Leuten zu schaffen, während die Ämter in Frankfurt belassen bleiben sollten.⁹⁶

Schmid: Adenauer war ein Politiker von Geblüt, die anderen waren es nicht. „Besatzungsstatut“, das ist die eigentliche Verfassung. Die Atlantikorganisations-Verträge sind ein Stück dieser Verfassung. Ich habe lange danach ge-

94 Parteitag der SPD am 20. April 1949 in Hannover. Vgl. FELDKAMP, *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 13), S. Lf.; SALZMANN, *Die CDU/CSU im Parlamentarischen Rat* (wie Anm. 73), S. 488–494.

95 In seiner Rede am 21. Juli 1949 in Heidelberg bei der Eröffnung des Wahlkampfes für die Wahl zum Ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949. Druck in: Konrad Adenauer, *Reden 1917–1967. Eine Auswahl*, hg. von Hans-Peter SCHWARZ, Stuttgart 1975, S. 144f.

96 Vgl. dazu Rudolf MORSEY, *Personal- und Beamtenpolitik im Übergang von der Bizonen- zur Bundesverwaltung (1947–1950)*, in: DERS. (Hg.), *Verwaltungsgeschichte. Aufgaben, Zielsetzungen, Beispiele*, Berlin 1977, S. 207f.

strebt, das Grundgesetz als einen Teil des Besatzungsstatuts deklarieren zu lassen.

Die Alliierten wollten dies nicht, sie wollten mit dem Grundgesetz die Verantwortung von sich abwälzen. Ich habe mich dagegen gewehrt und immer betont: So lange ihr die Macht behaltet, müßt ihr auch das Passiv-Saldo tragen.

Buchheim: Adenauer und die schließlich auf ihn eingestellte CDU wollten die Verhältnisse Schritt um Schritt verändern. Schumacher, und mit ihm die SPD, wollten schlagartig von heute auf morgen andere, bessere Verhältnisse schaffen.

Schmid gesteht, daß dies ein Ausfluß des Schumacherschen ungeduldigen Rigorismus gewesen sei. Schmid: Ich habe unter Schumacher schwer gelitten.⁹⁷ In meiner Partei war ich oft sehr allein.

Noch einmal wird über den April 1949 debattiert, über die starre Haltung der SPD. Man geht von der Hypothese aus, daß der Grund dieser plötzlichen Versteifung nicht in der Information durch die englische Labourregierung gelegen habe. Man fragt Schmid: Welches war denn dann der Anlaß der plötzlichen starren Haltung?

Schmid: Es war keine *plötzliche* starre Haltung. Es war vielmehr so, daß sich allmählich die Erkenntnis durchsetzte, wenn dem alliierten Einspruch jetzt wiederum nachgegeben wird, dann erhalten wir einen Staatenbund, mit dem man nicht regieren kann. Der CDU hingegen möge das zu diesem Zeitpunkt ja vielleicht gefallen haben.

Hermans: In der CDU herrschte die Meinung, je stärker die SPD den Bund beherrscht, um so mehr muß man die Länder, die wir wahrscheinlich mehrheitlich beherrschen werden, mit Einspruchsmöglichkeiten ausstatten.

Schmid: Eine Version, die der SPD von heute natürlich nicht mehr unbekannt ist. Er erinnert an einen Ausspruch Zinns: Seid doch froh, daß der Bundesrat so stark ist, dann habt ihr in den Ländern doch immer noch unsere Sperrminorität im Bundesrat.

Der Bewertungsunterschied zwischen der CDU und der SPD hinsichtlich der Stärke der Stellung des Bundesrates sei nicht einmal auf das eine Lager hier und das andere Lager dort verteilt gewesen. Der Bewertungsunterschied habe sich durch die Parteien hindurch gezogen. Sozialdemokraten, die in Länderregierungen saßen, seien für schwache Bundesfinanzen gewesen und umgekehrt. Und genauso habe es sich auch bei der CDU verhalten.

97 Am 18. September 1949 zitierte Heinrich Troeger (SPD) folgende Äußerung von Schmid: „Er erlebe täglich mehrere Male, daß er sich wie ein von Schumacher geprügelter Hund vorkomme und vor der Frage stünde, ob er nicht alles hinwerfen solle.“ Heinrich TROEGER, *Interregnum. Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrats der Bizone 1947–1949*, hg. von Wolfgang BENZ und Constantin GOSCHLER, München 1985, S. 138.

Zur Frankfurter Affäre:

Schmid: In der SPD verbreitete sich das Gerücht, Adenauer habe sich einverstanden erklärt mit den Vorstellungen der Alliierten. Daraufhin habe die SPD die Beschwerde vorgebracht, daß Adenauer als Präsident ohne Zustimmung der Fraktionen handle, was unmöglich sei. Adenauer sei dabei von der Tendenz beherrscht gewesen, rasch mit den Beratungen zu Ende zu kommen, damit man regieren könne.

Wir waren der Meinung, daß man das so lange nicht könne, als man sich über die Grundprinzipien nicht einig sei. Wir waren die Legalisten. Adenauer vertraute darauf: Ich werde schon damit fertig.

Wir dachten mehr als Verwaltungsleute, im administrativen Denken befangen, Adenauer politisch. Wir verkörperten den Typus des Verwaltungsbeamten, Adenauer hingegen den des liberalen Pragmatikers: Schon mit einem Minimum an Legalität kann man viel machen.

Hermans: Man muß sich vor Augen halten, daß Adenauer zu dem Zeitpunkt schon ein volles Leben als reiche Erfahrung hinter sich gebracht hatte, und zwar vornehmlich als OB von Köln. Er besaß bereits die Erfahrung, daß er noch kein Projekt vertreten habe, das von vornherein Zustimmung gefunden habe. Immer habe er seine Projekte unter unendlichen Krisen und mit zahllosen Kniffen durchsetzen müssen. Das habe ihm die Erfahrung verschafft: Die Leute schreien immer, man kann tun und vorschlagen, was man will, hinterher sind sie's immer zufrieden, entscheidend ist, daß man sich durchsetzt.

Schmid: Schon bei Antritt des Parlamentarischen Rates habe Adenauer bei den Mitgliedern, und das sei unabhängig von der Parteizugehörigkeit gewesen, in dem Geruch gestanden: Dem kann man alles zutrauen.

Zu 3: Über Adenauers Ziele stellt *Morsey* fest: Von Anfang an sei Adenauer kompromißlos für die Gründung eines Weststaates eingetreten. Es sei eine Konzeption, die schon früh in den zwanziger Jahren entstanden sei unter folgenden Motiven:

1. Deutschland muß heraus aus der Isolierung unter Anlehnung an den Westen.
2. Deutschland bedarf der übernationalen Bindungen an den Westen.
3. Es muß einen deutsch-französischen Ausgleich geben.
4. Innenpolitische Voraussetzungen: a) Zerschlagung Preußens, b) der Schwerpunkt muß von Berlin nach dem Westen verlegt werden. Konsequenz sowohl 1920 als auch 1948/49: Man darf die Sicherheit Westdeutschlands nicht wegen der nationalen Einigung aufs Spiel setzen. Adenauer sei überzeugt gewesen, daß sich das Rumpfdeutschland wirtschaftlich schnell erholen würde.

Für die Innenstruktur habe Adenauer weniger präzise Vorstellungen besessen, er sei kein Föderalist gewesen, wie die CSU oder wie Süsterhenn⁹⁸ bei der CDU. Adenauer habe erstrebt einen dezentralisierten Bundesstaat. Eine Weile habe er einer Dreiteilung nachgestrebt: Weststaat, Nordstaat, Oststaat. Adenauer habe die Bildung von Nordrhein-Westfalen sehr begrüßt, wobei er allerdings mehr an eine Verbindung vom Rheinland, von Westfalen und von der Rheinpfalz gedacht habe. Adenauer habe zu Anfang das Besatzungsstatut anstelle eines Grundgesetzes gefordert, um keinen deutschen Politiker wieder diskreditieren zu lassen, wie nach Versailles.

Adenauer wußte, daß man dieses Ziel mit Sicherungen ausstatten müsse, die nur von den Alliierten zu erreichen waren. Briten und Franzosen kannte er von früher her. Allmählich gewann er das Vertrauen in Washington und London, wobei er sich auf den antipreußischen Duktus und auf den Antikommunismus stützte. Schon früh wuchs in ihm ein besonderes Vertrauen auf die USA, insbesondere auf ihren Vertreter Clay. Adenauer wird beherrscht von der Vorstellung: Isolierung und Machtlosigkeit muß man, so schnell es geht, beenden. Für dieses Ziel war er darum unendlich kompromißbereit. Vieles von dem, was er gewollt hat, hat er allerdings auch nicht durchgesetzt.

Morsey: Je stärker Adenauer Gewißheit gewann, daß die CDU die Wahlen gewinnen würde, um so mehr bemühte er sich, die Stellung des Bundes gegenüber den Ländern zu stärken.

Schmid: Angesichts der Alternative: gesicherter Weststaat oder national gefährdete Einheit bildete sich bei Adenauer am ehesten und am prononciertesten heraus: Föderation des Westens auf Gedeih und Verderb.

Schmid zur Charakterisierung Adenauers im Hinblick auf sein Angebot der militärischen Wiederbewaffnung: Adenauer war ein Gendarmist, kein Militarist. Er strebte Schutz und Ordnung an, aber er hatte keine spezifische Freude an militärischen Dingen. Die Gegenmeinung zu Adenauer vertrat den Standpunkt: Man muß einiges um der nationalen Einheit willen riskieren; denn ein geteiltes Deutschland bleibt eine permanente Gefahr für Europa und für die Deutschen selbst. Deshalb ist eine Stellung besser zwischen den Fronten, in der man sich von Fall zu Fall entscheidet. Diese Haltung habe zum Beispiel der General Speidel,⁹⁹ ein Freund von Schmid, der mehr bei Schumacher als bei Adenauer zu der Zeit gewesen sei, vollauf geteilt. Schumacher war der Meinung: Man braucht Macht, man muß sich verteidigen können.

Schmid betont noch einmal: Adenauer, Schumacher, er selbst und viele andere seien dem Irrtum verfallen, die USA ist der starke Hort der Welt, mit

98 Adolf Süsterhenn (1905–1974), MdPR Rheinland-Pfalz (CDU); vgl. Franz-Josef HEYEN, in: BECKER, *Lexikon* (wie Anm. 10), S. 383.

99 Hans Speidel (1897–1984), General a.D., militärischer Berater von Bundeskanzler Adenauer.

den USA erreichen wir, was wir wollen. Das habe oft entscheidend die politische Richtung bestimmt.

Zu Adenauers Westentscheidung *Buchheim*: Adenauers Motiv war nicht nur der Antikommunismus, es war auch ein tief verwurzeltes Mißtrauen gegen negative Möglichkeiten des deutschen Volkes.

Schmid: Bezüglich des deutsch-französischen Ausgleichs war Adenauer etwas wie ein rationaler Romantiker.

Binder behauptet: Adenauer entschied sich meistens instinktiv. Hinterher erst sammelte er dafür die Argumente.

Morsey zu Punkt 4: Wie weit hat Adenauer seine Vorstellungen im Parlamentarischen Rat durchsetzen können? Nach der Zerschlagung Preußens und der Neugliederung dieser Gebiete war die Verlagerung nach Westen ohne sein Zutun zustande gekommen. Die Institution Bundespräsident hatte er durchgesetzt. Unterlegen war er in der Wahlrechtsgestaltung und in der Schaffung einer zweiten Kammer. Für Adenauer war zuweilen die Erhaltung der Fraktionseinheit mit der CSU wichtiger als das Durchsetzen von Sachfragen, z. B. bezüglich der zentralen Bundesfinanzverwaltung. Adenauer fielen deshalb Kompromisse mit der SPD leicht, weil er beherrscht war von dem Ziel, das Grundgesetz schnell und mit breiter Mehrheit zu verabschieden. Adenauer ging dabei nicht von der Voraussetzung aus, die SPD wird stärkste Partei. Hauptziel Adenauers: den Parlamentarischen Rat zum Erfolg zu führen, sich selbst zur nationalen Figur und zur internationalen Figur herauszuarbeiten auf Kosten sowohl der Länderchefs als auch Schumachers.

Morsey gibt ein kleines Schlaglicht für Adenauers taktische Einstellung: Am 12.4.1949 erklärte er vor dem Parlamentarischen Rat etwa folgendes: Bei der Vorstellung, welche Aufgaben die neue Bundesregierung am Tage ihres Amtsantritts vorfindet, kann man diese Herren nur zutiefst bedauern.¹⁰⁰ Er sprach dies sicherlich in der Hoffnung, daß es die anderen, die nach dieser Macht – wie er – strebten, ordentlich erschrecke.

Schmid behauptet, das konstruktive Mißtrauensvotum, die sogenannte „Kanzlerdemokratie“, sei seine Erfindung. Er habe das konstruktive Mißtrauen geschaffen, weil er sich an die ständigen Parlamentsauflösungen in Weimar und an die Rechte des Reichspräsidenten erinnert habe. Es sei das Antiplebiszitäre gewesen, was ihn dabei getragen habe, es beherrsche ihn noch heute. Er träte zwar für ein Referendum ein, allerdings nur in Gemeindeangelegenheiten,

100 In einer Besprechung des Präsidiums des Parlamentarischen Rates, des Ausschusses für das Besatzungsstatut und der Fraktionsführer mit Ministerpräsidenten am 12. April 1949. *Der Parlamentarische Rat* (wie Anm. 29). Band 4: *Ausschuss für das Besatzungsstatut*, bearb. von Wolfram WERNER, Boppard 1989, S. 101.

jedoch niemals in grundlegenden Fragen der Politik. Er rechtfertigte sich dabei mit der bekannten Neigung der Deutschen zu emotionalen Reaktionen.

Schmid: „In der Krise leben, ist das Schicksal der Demokratie.“ Deutsche meinen immer, Meinungsverschiedenheiten seien gleich Krise. Man werfe der großen Koalition vor, daß sie so oft gestritten habe und dann wieder zusammen gekommen sei, doch sie sei ja zusammengekommen im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung.

Schmid an anderer Stelle: „Bürokratie läßt sich von politischer Führung nicht trennen.“

Adenauers Gedanken durchzieht eine ganz bestimmte Kontinuität: Was ist am besten, um regieren zu können? So handelte er mal so, mal anders. Das ist nicht Wankelmut! Adenauer war Pragmatiker, kein Spekulant. Die alliierten Pläne verwandelten sich im Laufe der Zeit sehr.

Hermans: Bei den Länderbildungen nach 1945 sei die deutsche Seite von dem einen Gedanken beherrscht gewesen: Keinen Staat bilden, der ausschließlich westlich des Rheins liegt, um nicht die Annektierungslust der Franzosen zu entfachen. Bezeichnenderweise hätten die Franzosen ein Land vorgeschlagen, das von Kleve bis Germersheim reichen sollte, dessen Ostgrenze die Mitte des Rheinstroms bilde.

Schmid: Alliierte [hätten] erkannt, mit der Lähmung des deutschen Wirtschaftspotentials hat man die Kapazität des Westens gelähmt. Also belebt man die deutschen Potentiale wieder und die Deutschen können keine Politik darauf gründen, weil man dieses Potential europäisiert.

Buchheim: Dann waren die Grundlinien der Adenauerschen Politik ja genau richtig.

Schmid: Ich war auch dafür. Aber ich verhielt mich lange vorsichtig, die deutsche Wiedervereinigung sollte dadurch nicht gefährdet werden. Bei der Gründung der Bundesrepublik gingen ideologische, wirtschaftliche und weltpolitische Konzeptionen und Motive zusammen.

Adenauer war nicht prinzipiell gegen Verstaatlichung eingestellt. Aber er habe, wie andere auch, gewußt, wenn free enterprise aufhöre, daß man sich dann den massiven Widerstand der Vereinigten Staaten zuziehe. Auch sei sicherlich die CDU der britischen Zone zum Teil auch für Verstaatlichung zeitweilig eingetreten, um gut Wetter bei der Labour-Regierung zu haben.

Schmid in irgendeinem Zusammenhang: „Ich war immer der Meinung, daß es gut für die Welt ist, daß es Deutschland gibt!“

Es folgte dann noch der Vortrag von Mr. Spotts über das Elternrecht und die Konkordatsfrage in den Beratungen des Parlamentarischen Rates,¹⁰¹ wozu ich keine Mitschriften mehr fertigte.

Mit diesem Referat endete der wesentliche Teil der Sitzung.¹⁰²

Zum Abschluss der Tagung fassten die Teilnehmer den „Vorsatz“, diese „sachkundigen Befragungen von Zeitgenossen zu wiederholen“. Am 19. Februar 1970 wählte das Kuratorium, auf Vorschlag von Heinrich Krone, Ministerialdirektor a.D. Dr. Horst Osterheld und Prof. Rudolf Morsey als Mitglieder des Beirats¹⁰³, der bereits im August 1969 beiden Vorschlägen zugestimmt hatte.¹⁰⁴ 1977 begann die Abfolge der „Rhöndorfer Gespräche“ der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, die seitdem regelmäßig fortgesetzt und jeweils dokumentiert worden sind. 2007 erschien der 22. Band „Adenauers Moskaubesuch 1955“.¹⁰⁵

101 Zu dem Kurzreferat von F. Spotts hieß es in dem in Anm. 8 zitierten Tagungsbericht von F. K. FROMME: Spotts habe sich mit den „heute seltsam aufgebläht anmutenden Kontroversen im Parlamentarischen Rat“ beschäftigt. Dabei hätte sich „auf eindrucksvolle Weise bestätigt, wie wenig Konrad Adenauer das Etikett des ‚klerikalen‘ verdient“.

102 Ein überarbeiteter Text meines Referats erschien in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 65–94, eine weiter ergänzte Fassung – unter erstmaliger Einbeziehung der Protokolle der Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion des Rates – in: Klaus GOTTO/Hans MAIER/Rudolf MORSEY/Hans-Peter SCHWARZ, *Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963*, München 1975, S. 38–96.

103 ACDP 01-070-070/3, NL Globke.

104 Das hatte Lücke am 12. August 1969 Dr. Paul Adenauer (1922–2007) mitgeteilt; ACDP 01-077-182, NL Lücke.

105 Hg. von Helmut ALTRICHTER, Bonn 2007.

Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Untersuchung auf der Basis neuer Archivadokumente

Von Gerhard Wettig

Stand der Diskussion

Nach Abschluss der Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen trat Adenauer am 14. September 1955 in Moskau vor die Presse und erklärte unter anderem:

„Ich komme dann zu einem sehr wichtigen und sehr erfreulichen Ergebnis. Die Sowjetregierung, und zwar sowohl Herr Bulganin wie auch Herr Chruschtschow, haben in den Verhandlungen sehr entschieden erklärt, daß die Sowjetunion keine deutschen Kriegsgefangenen mehr habe, sondern nur 9.626 Verurteilte, wie sie sich ausdrückten, Kriegsverbrecher. Die sämtlichen Leute sollen schon in aller kürzester Zeit die Sowjetunion verlassen. Sie werden zum Teil begnadigt werden und dann nach Deutschland in Freiheit gesetzt und, soweit die Sowjetregierung glaubt, daß dort Verbrechen wirklich schlimmer Art begangen seien, werden sie den deutschen Behörden, den Behörden der Bundesregierung übergeben, damit die Bundesregierung nach den Gesetzen unseres Landes mit ihnen verfährt. Ich glaube, daß sehr viel Leid und sehr viel Kummer und Schmerz gerade dadurch [durch dieses Verhandlungsergebnis neben den zuvor erwähnten anderen Resultaten] gelindert wird, nicht nur bei den fast 10.000 Menschen hier in der Sowjetunion, sondern auch bei den zahlreichen Angehörigen in der Heimat.“¹

Die Freigabe der Kriegsgefangenen rief in der Bundesrepublik eine ungeheure Resonanz hervor und trägt bis heute wesentlich dazu bei, dass Adenauer im kollektiven Bewusstsein einer der ganz großen Deutschen ist.

Nachdem Dokumente aus Moskau und Ost-Berlin bekannt geworden sind, nach denen es schon vorher sowjetische Entlassungspläne gab, wird das Verdienst des Bundeskanzlers angezweifelt. Die heftigen Auseinandersetzungen über die Gefangenenfrage gelten als bloßes Schauspiel, das die sowjetische

1 Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer auf der Pressekonferenz in Moskau am Vormittag des 19.9.1955, in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, III. Serie, Bd. 1, bearb. von Ernst DEUERLEIN, hg. vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn 1961, S. 339f.; A.V. ZAGORSKIJ (otv. red.): *Vizit kanclera Adenaura v Moskvu, 8–14 sentjabrja 1955 g. Dokumenty i materialy* [deutsche und sowjetische Unterlagen zu den Verhandlungen im jeweiligen Originaltext], hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Moskau 2005, S. 195f.

Führung veranstaltete, um sich scheinbar gegen ihren Willen abhandeln zu lassen, was sie ohnehin zugestehen wolle. Der Autor der maßgebenden Monographie, Werner Kilian, nimmt dieses Argument auf, differenziert es aber anschließend. Man könne zwar dem Bundeskanzler „auch heute nicht den Respekt für seine herausragende Leistung und sein Durchhaltevermögen verweigern“, doch sei klar, „dass die Freilassung der Gefangenen schon vorher als Preis für den Botschafteraustausch feststand, dass es also gar nicht mehr auf Adenauers Verhandlungskünste, sondern nur auf sein Nachgeben ankam.“ Das Ergebnis wäre demnach nur anders ausgefallen, wenn der Bundeskanzler diplomatische Beziehungen abgelehnt hätte. Die Gefangenen wären, wie Kilian meint, freilich auch dann in die Heimat entlassen worden, nur in anderem Kontext – etwa „als ein Geschenk an die DDR oder an die SPD im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen“. Mit der Zusage habe der Kreml freilich Adenauer gegen seine Absicht erlaubt, „als strahlender Sieger nach Bonn zurückzukehren“. Das sei darauf zurückzuführen, dass man sich in Moskau nicht vorstellen konnte, welche Emotionen in der deutschen Öffentlichkeit ausgelöst werden würden.²

Sowjetische Schritte in Gefangenenfrage vor den Verhandlungen mit Adenauer

Nach amtlicher These gab es in der UdSSR keine deutschen Kriegsgefangenen mehr, sondern nur noch „Verbrecher“, die von sowjetischen Gerichten ihrer gerechten Strafe zugeführt worden seien. Im März 1955 beauftragte das Präsidium des ZK der KPdSU die Leitungen des Außen-, Justiz- und Innenministeriums, des KGB und der Staatsanwaltschaft mit der Überprüfung der Fälle verurteilter Ausländer. Nach dem daraufhin am 8. Juni – einen Tag vor der Note an die Bundesregierung mit dem Angebot diplomatischer Beziehungen – vorgelegten Plan wurde gemäß früherem, etwa gegenüber Japan geübtem Verfahren eine teilweise Repatriierung der verurteilten Kriegsgefangenen vorgesehen. Für die nicht-amnestierbaren Sträflinge wurde – so wie man es zuvor schon mit Zivilverurteilten gemacht hatte – deren Übergabe an die DDR zur weiteren Strafverbüßung in Aussicht genommen. Zugleich hieß es in vager Form, dass die Angelegenheit mit den künftigen Beziehungen zur Bundesrepublik in Verbindung stehe. Das ZK-Präsidium stellte diesen Gesichtspunkt in den Mittelpunkt seiner Überlegungen und veranlasste daher eine Neubearbeitung der Entwürfe. Am 4. Juli lag das Ergebnis vor.³

2 Werner KILIAN, *Adenauers Reise nach Moskau*, Freiburg i.Br. 2005, S. 303. Vgl. zuletzt Helmut ALTRICHTER, *Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext* (Rhöndorfer Gespräche 22), Bonn 2007.

3 Andreas HILGER, *Stalins Justiz auf dem Prüfstand? Deutsche „Kriegsverurteilte“ zwischen Repatriierung und Rehabilitation, 1953–2002*, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 1 (2004), S. 136–138.

Der daraufhin gefasste Beschluss wurde der SED-Führung zehn Tage später als angeblicher Vorschlag übermittelt. Darin hieß es, man halte „den Zeitpunkt für gekommen, die Frage der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen zu entscheiden, die in der Sowjetunion Strafen verbüßen“. Da diese Frage „zweifelloos bei den Verhandlungen mit Adenauer über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik aufgeworfen“ werde, wolle man sie vorher mit der SED-Führung erörtern. Es erscheine „zweckmäßig“, die Verurteilten jeweils demjenigen der beiden deutschen Staaten zu übergeben, in dem diese ihren Wohnsitz hätten. In diesem Zusammenhang beabsichtige man:

- „1. während der bevorstehenden Verhandlungen mit dem Kanzler Adenauer über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Deutschen Bundesrepublik zu erklären, daß die Frage der ehemaligen Kriegsgefangenen, die für ihre gegen das Sowjetvolk begangenen Verbrechen Strafen verbüßen, von den zuständigen sowjetischen Instanzen geprüft wird und eine günstige Entscheidung in dieser Frage zu erwarten ist.
2. Nach einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit der Deutschen Bundesrepublik beabsichtigen wir, 5.614 deutsche Bürger, darunter 3.708 Kriegsgefangene, 1.906 Zivilpersonen und 180 Generale der ehemaligen Hitlerarmee, von der weiteren Strafverbüßung zu befreien und sie entsprechend ihrem Wohnsitz nach der DDR oder nach Westdeutschland zu repatriieren.
3. Wir halten es für erforderlich, 3.917 Personen (2.728 Kriegsgefangene und 1.189 Zivilpersonen) in Anbetracht der Schwere der von ihnen auf dem Gebiet der UdSSR verübten Verbrechen entsprechend ihrem Wohnsitz den Behörden der DDR oder Westdeutschlands als Kriegsverbrecher zu übergeben.
4. Es ist vorgesehen, als abschließenden Akt einen Erlaß des Obersten Sowjets der UdSSR über die Freilassung und Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen, die in der UdSSR Strafen verbüßen, zu veröffentlichen, worin festgestellt werden soll, daß die Freilassung entsprechend eines Ersuchens [sic!] der Regierung der DDR und der Regierung der Deutschen Bundesrepublik erfolgt.“⁴

4 Schreiben von N.S. Chruščëv an das ZK der SED, 14.7.1955, Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv [künftig: SAPMO-BArch], NY 4090/472, Bl. 301f., abgedruckt bei Beate IHME-TUCHEL, *Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen im Herbst 1955 im Spiegel der Diskussion zwischen SED und KPdSU*, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 53 (1994), S. 459f.

Auch nach einem Meinungs austausch zwischen der DDR-Regierung während des Aufenthalts einer sowjetischen Regierungsdelegation in Ost-Berlin vom 24. bis 27. Juli⁵ sah die SED-Führung in dem Schreiben einen Vorschlag, zu dem sie sich äußern könne. Sie erhob zwar keine Einwände, bekundete aber die Absicht, „zum gegebenen Zeitpunkt“ eine Erklärung der DDR-Regierung oder eines ihrer Organe zur Gefangenenfrage zu veröffentlichen, und fügte hinzu, man arbeite schon Maßnahmen aus, um die überstellten Personen „auf Grund deutscher Gesetze wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzuurteilen“.⁶ Diese Schritte liefen der Absicht des Kreml zuwider, den Verhandlungsspielraum gegenüber Adenauer nicht durch vorherige Verpflichtungen einzuschränken. Zudem war das Aufsehen unerwünscht, das bei einer nochmaligen Bestrafung von bereits verurteilten Gefangenen zu erwarten war. Daher wies Botschafter Puschkin das Antwortschreiben zurück. Die SED-Führung sah sich veranlasst, ihr Einverständnis mit dem sowjetischen Plan zu erklären, ohne eigenes Handeln vorzusehen.⁷

Anweisungen für die Verhandlungen mit Adenauer

Die Ost-Berliner Parteispitze hatte die Sorge, dass die Entlassung von Kriegsverurteilten in die Bundesrepublik dort gerichtliche Schritte gegen frühere Kriegsgefangene nach sich ziehen würden, die sich der sowjetischen Seite als Zeugen gegen ihre angeklagten Kameraden zur Verfügung gestellt hatten.⁸ Der Kreml nahm darauf von Anfang an keine Rücksicht. In dem Entwurf der Richtlinien für die Verhandlungen mit Adenauer, der dem Präsidium des ZK der KPdSU am 18. August vorlag, war von diesem Bedenken keine Rede. Nach detaillierten Ausführungen dazu, wie man Forderungen nach Wiederherstellung der deutschen Einheit abwehren und dem Bundeskanzler Schritte größerer „Selbständigkeit“ gegenüber dem Westen sowie in Richtung auf ein kollektives Sicherheitssystem (das nach sowjetischer Ansicht die NATO überflüssig machen sollte) nahelegen könne, hieß es:

„7. Wenn die Delegation der DBR [Deutschen Bundesrepublik] während der Verhandlungen die Frage der deutschen Kriegsgefangenen anschneidet,

5 Postanowlenie CK KPSS [handschriftlich korrigiert], 7.9.1955, Rossijskij gosudarstvennyj archiv novejšej istorii [künftig: RGANI], f. 3, op. 8, d. 295, Bl. 34.

6 Schreiben des ZK der SED an N.S. Chruščëv, 28.7.1955, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/244 Bd. 1, o.Bl., abgedruckt bei IHME-TUCHEL, *Entlassung* (wie Anm. 4), S. 460; W. Pieck an K.J. Vorosilov, 31.8.1955, SAPMO-BArch, NY 4090/471, Bl. 219.

7 Randvermerk auf dem Schreiben des ZK der SED an N.S. Chruščëv, 28.7.1955, sowie Schreiben des ZK der SED an N.S. Chruščëv, 4.8.1955, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/244 Bd. 1, o.Bl., abgedruckt bei IHME-TUCHEL, *Entlassung* (wie Anm. 4), S. 460f.

8 Beate IHME-TUCHEL, *Die SED und die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion zwischen 1949 und 1955*, in: Deutschland Archiv, 5 (1994), S. 499f.

ist zu erklären, daß die Frage der früheren Kriegsgefangenen, die Strafen für von ihnen verübte Verbrechen gegen das Sowjetvolk verbüßen, von den entsprechenden sowjetischen Instanzen wohlwollend geprüft wird und daß die Bitte der Regierung der DBR [dabei] berücksichtigt werden wird. Es ist darauf hinzuweisen, daß vorgesehen ist, diejenigen Personen, die ihren Wohnsitz in Westdeutschland haben, direkt in die DBR zu repatriieren. Dabei ist mitzuteilen, daß ein Teil der verurteilten Kriegsgefangenen angesichts der von ihnen auf dem Territorium der UdSSR verübten besonders schweren Verbrechen, nicht amnestiert werden kann und daß diese Personen den Behörden der DBR als Kriegsverbrecher übergeben werden.“⁹

In der Endfassung der vom ZK-Präsidium beschlossenen Verhandlungsrichtlinien hieß es: „8. Hinsichtlich der früheren deutschen Kriegsgefangenen ist zu erklären, daß, insoweit diese Frage in gleichem Maße sowohl die DBR als auch die DDR betrifft, die sowjetische Regierung es für zweckmäßig erachtet, diese zusammen mit Vertretern der DDR und der DBR zu beraten und vorschlägt, zwecks gemeinsamer Entscheidung dieser Frage Vertreter der DDR einzuladen.“

Demnach sollte die Regelung in Dreiergesprächen mit Regierungsvertretern beider deutscher Staaten vereinbart werden. Das hätte die Entlassung der Kriegsgefangenen mit einer De-facto-Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik verbunden. Die sowjetische Führung hielt jedoch eine Rückfallposition bereit. Wenn die westdeutsche Delegation Einwände erhebe, solle erklärt werden, dass die sowjetische Regierung gemäß den Verhandlungen mit der DDR, dem Ersuchen ihres Präsidenten Pieck und unter Berücksichtigung der Bitte der Regierung der DBR „die Frage der Repatriierung der früheren Kriegsgefangenen prüfen und ihre Vorschläge im Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR einbringen wird, nachdem diese Frage zusammen mit anderen Fragen der Beziehungen zwischen UdSSR und DDR mit der am 16. September in Moskau eintreffenden Regierung der DDR erörtert worden sein wird“.

Das Verlangen nach Dreiergesprächen war augenscheinlich als Alibi gegenüber Ost-Berlin gedacht. Die Umstände lassen darauf schließen, dass die sowjetische Führung nicht damit rechnete, dass die Bundesregierung diesem Vorgehen zustimmen würde. Als Molotow mit dem Vorschlag mühelos durchdrang, war er, wie Wilhelm Grewe beobachtete, sichtlich überrascht.¹⁰ Regierungschef Bulganin zeigte sich, als er von der Übereinkunft erfuhr, zwar verbal einverstanden, torpedierte sie aber, indem er die Dreiergespräche bis nach Aufnahme

9 V CK KPSS. Ukazanija k peregovoram s pravitel'stvennoj delegaciej Germanskoj Federal'noj Respubliki [Entwurf des Außenministeriums, abgezeichnet von V. Kuznecov], 15.8.1955, RGANI, f. 3, op. 8, d. 284, Bl. 36f.

10 Wilhelm G. GREWE, *Rückblenden. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt*, Frankfurt/M. 1979, S. 243.

der diplomatischen Beziehungen verschob. Wie er wusste, war die Sache damit vom Tisch, denn die westdeutsche Seite hatte das Zugeständnis nur darum gemacht, um die vorherige Regelung der Gefangenfrage zu erreichen.¹¹

Der Beschluss des ZK-Präsidioms sah weiterhin vor, Fragen nach dem Schicksal verstorbener Kriegsgefangener damit zu beantworten, dass sich die Angehörigen an die sowjetischen Rote-Kreuz- und Rote-Halbmond-Organisationen wenden könnten. Werde das in der westdeutschen Note vom 12. August berührte Problem der Kriegsgefangenen in verbündeten Ländern angesprochen, sei zu erwidern, dass dies in deren eigene Kompetenz falle und dass die DBR und die DDR selbständig Verhandlungen mit ihnen führen könnten. Außerdem sollte gefordert werden, dass die in Westdeutschland als Verschleppte lebenden sowjetischen Staatsbürger die „Freiheit zur Rückkehr in ihr Heimatland“ erhielten und die Bemühungen der sowjetischen Organisationen um Rückführung dieser Personengruppe durch Bemühungen der Bundesregierung unterstützt würden.¹²

Auseinandersetzungen über die Gefangenfrage in den ersten Verhandlungstagen

Wie von sowjetischer Seite erwartet, sprach Adenauer die Gefangenfrage an – und zwar bereits in seiner Eröffnungserklärung noch vor dem Problem der deutschen Einheit. Er wolle absichtlich „mit der Frage der Freilassung derjenigen Deutschen beginnen, die sich gegenwärtig noch im Gebiet oder im Einflußbereich der Sowjetunion in Gewahrsam befinden oder sonstwie an der Ausreise aus diesem Bereich verhindert sind“, weil dies eine Frage sei, „von der wohl keine deutsche Familie unberührt ist“. Der Gedanke sei „unerträglich, daß mehr als zehn Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten Menschen, die auf die eine oder andere Weise in den Strudel der kriegerischen Ereignisse gezogen worden sind, ihren Familien, ihrer Heimat, ihrer friedlichen Arbeit ferngehalten werden“. Die angestrebten normalen Beziehungen ließen sich nicht herstellen, solange diese Frage ungelöst bleibe. Man möge in dieser „Angelegenheit, die eine tägliche Quelle der Erinnerung an eine leidvolle Vergangenheit ist, mit Entschlossenheit einen Strich ziehen“.¹³

11 Sowjetisches Wortprotokoll der Sitzung der Regierungschefs, 12.9.1955 (Beginn um 16 Uhr), in: ZAGORSKIJ, *Vizit* (wie Anm. 1), S. 118–121; *Ustanovlenie diplomatičeskich otnošenij meždju SSSR i FRG. Sbornik dokumentov i materialov*, hg. von Moskovskij gosudarstvennyj institut meždunarodnych otnošenij (universitet) MID Rossii, Moskau 2005, S. 85–90.

12 Postanovlenie (wie Anm. 5), Bl. 34f.

13 Grundsatzserklärung von Bundeskanzler Adenauer (deutsches Protokoll), 9.9.1955, in: ZAGORSKIJ, *Vizit* (wie Anm. 1), S. 66. Vgl. das unwesentlich abweichende sowjetische Wortprotokoll der ersten Sitzung, 9.9.1955 (Beginn um 11 Uhr), EBD. S. 52f.; *Ustanovlenie* (wie Anm. 11), S. 22f.

In seiner Erwiderung erklärte Ministerpräsident Bulganin, Adenauers Ausführungen beruhten auf einem „gewissen Missverständnis“. Es gebe keine Kriegsgefangenen mehr in der UdSSR; diese seien alle in ihre Heimat entlassen worden. Es gebe nur noch „Kriegsverbrecher aus der früheren Hitlerarmee“, die für ihre „Verbrechen gegen das Sowjetvolk, gegen den Frieden und die Menschlichkeit“ von sowjetischen Gerichten verurteilt worden seien. Diese Personen, deren Anzahl er in Übereinstimmung mit den Feststellungen des KPdSU-Präsidiums vom 4. Juli auf 9.626 bezifferte, seien „Leute, die nach den humansten Normen und Regeln als Verbrecher in Haft gehalten werden“ müssten, die „ein menschliches Antlitz verloren“ hätten und „Gewalttäter, Brandstifter und Mörder von Frauen, Kindern und Greisen“ seien. Das Sowjetvolk könne „solche schweren Verbrechen, wie sie von diesen kriminellen Elementen begangen worden seien, nicht vergessen“, etwa die Erschießung von 70.000 Menschen in Babyj Jar. Man könne nicht die Millionen vergessen, die in den Konzentrationslagern (von denen er mehrere nannte) erschossen, erstickt oder lebendig begraben worden seien. Am Ende seiner langen Ausführungen über die ungeheuerlichen deutschen Verbrechen erklärte Bulganin in Übereinstimmung mit den sowjetischen Verhandlungsrichtlinien, eine Überprüfung der „Frage dieser Verbrecher“ könne, weil sie ganz Deutschland betreffe, nur zusammen mit Vertretern der DDR erfolgen. Da eine Prüfung der Frage zusammen mit Vertretern beider deutscher Staaten wohl nicht gewünscht werde, sei es nicht angebracht, sie zum Gegenstand der jetzigen Verhandlungen zu machen.¹⁴

Außenminister von Brentano stellte in der nächsten Sitzung die Gefangenfrage erneut an die Spitze der Ausführungen. Nachdem die sowjetische Delegation das deutsche Verlangen in der vorangegangenen Sitzung als unzulässige „Vorbedingung“ zurückgewiesen hatte, erklärte er, für die Erzielung des Einvernehmens, das man beiderseits anstrebe, sei von entscheidender Bedeutung, „ob es uns gelingt, zu einer Vereinbarung darüber zu gelangen, daß beide Seiten den Wunsch haben, die Frage derjenigen Deutschen zu lösen, die sich gegenwärtig in der Sowjetunion befinden, unabhängig davon, aus welchen Gründen sie sich in der UdSSR befinden“. Er bitte um die Erlaubnis, eine konkrete Frage zu stellen. Sei es möglich, die Namen der 9.626 Menschen zu erfahren, die man auf sowjetischer Seite als Kriegsverbrecher bezeichne? Auch wenn er wisse, dass dies eine sehr schwierige Sache sei, wolle er fragen, ob diese Fälle überprüft und, wo es möglich sei, der Begnadigung zugeführt werden könnten. Außerdem gebe es in der UdSSR eine gewisse Anzahl von Deutschen, die ihre Zeit verbüßt oder die vertragliche Arbeitszeit beendet hätten,

14 Sowjetisches Wortprotokoll der zweiten Sitzung, 10.9.1955 (Beginn um 10 Uhr), in: *Ustanovlenie* (wie Anm. 11), S. 31–33; ZAGORSKIJ, *Vizit* (wie Anm. 1), S. 63f. Vgl. das unwesentlich abweichende deutsche Protokoll, EBD. S. 83f.

die gleichwohl nicht zurückgekehrt seien. Er wies auf zwei Orte hin, an denen nach deutscher Kenntnis solche Personen – es handelte sich dabei um dorthin verpflichtete Wissenschaftler und Techniker – nach wie vor lebten. Er bitte darum, das nicht als Forderung, sondern als mit der angestrebten Normalisierung der Beziehungen verknüpfte Angelegenheit zu sehen. Aus den Briefen dieser Deutschen spreche so viel menschliche Tragik, dass die Frage nicht nur gegenüber dem deutschen Volk, sondern auch vor dem Gewissen seiner Verhandlungspartner einer Lösung bedürfe. Daraufhin fragte Außenminister Molotow, ob die westdeutsche Delegation die Frage, die ja ganz Deutschland angehe, gemäß Bulganins Erklärung vom Vortag zusammen mit Vertretern der DDR zu erörtern wünsche. Sein Verhandlungspartner stimmte zu und sprach die Erwartung aus, die Delegation insgesamt werde einverstanden sein.¹⁵

Auf der folgenden Sitzung berichteten die Außenminister den Regierungschefs. Bulganin erhob daraufhin den Vorwurf, entgegen den Versicherungen in den Noten an die UdSSR mache die deutsche Seite nicht die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen, sondern die Rückkehr der Kriegsgefangenen zur Kernfrage der Verhandlungen. Darüber und über andere zweitrangige Dinge könne man jedoch erst sprechen, wenn über die Normalisierung des beiderseitigen Verhältnisses entschieden worden sei. Wie er hinzufügte, war zudem die Frage der Häftlinge in der Sowjetunion „eine innere Angelegenheit der UdSSR“. Sie befänden sich auf Grund sowjetischer Gesetze in Haft, über die nur die UdSSR selbst bestimme.¹⁶ Mit dieser Absage an die scheinbar schon erreichte Einigung war der tote Punkt erreicht.

Durchbruch in den Verhandlungen

Durch Bestellung der Lufthansa-Maschine für den Rückflug hatte Adenauer deutlich gemacht, dass er ohne eine positive Regelung der Gefangenfrage nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereit war. Auf einem Empfang im Kreml nach der Sitzung, auf der es zu dem offenen Dissens gekommen war, ließ Bulganin gegenüber dem Bundeskanzler den Wunsch nach einer Übereinkunft erkennen und fragte, woran es denn liege, dass er die Zustimmung dazu zurückhalte. Nach mehrfacher Nachfrage erklärte Adenauer, er „wolle in der Offenheit und Ehrlichkeit [zu der er sich in den vorausgegangenen Verhandlungen bekannt hatte] bis zum letzten gehen“, und führte aus,

15 Sowjetisches Wortprotokoll der Außenministersitzung, 12.9.1955 (Beginn um 10 Uhr), EBD. S. 106f.; *Ustanovlenie* (wie Anm. 11), S. 66f. Die deutsche Aufzeichnung bietet nur eine kurze Zusammenfassung, ZAGORSKIJ, *Vizit* (wie Anm. 1), S. 116.

16 Sowjetisches Wortprotokoll der Sitzung der Regierungschefs, 12.9.1955 (Beginn um 16 Uhr), EBD. S. 118–128; *Ustanovlenie* (wie Anm. 11), S. 85–93. Die zusammenfassende deutsche Aufzeichnung verkürzt den Wortwechsel erheblich, ZAGORSKIJ, *Vizit* (wie Anm. 1), S. 129.

„daß die Frage der Kriegsgefangenen und der in der Sowjetunion zurückgehaltenen Deutschen nach allem, was das deutsche Volk hat durchmachen müssen, von außerordentlicher psychologischer Bedeutung ist und daß ohne eine Lösung dieser Frage eine Normalisierung der Beziehungen der deutschen Öffentlichkeit nicht zugemutet werden kann“. Er bat Bulganin inständig, doch wenigstens einen Schritt in dieser Richtung zu tun, und erwähnte dann die Tatsache, „daß im Laufe der letzten zwei Jahre Briefe von etwa 130.000 Deutschen eingegangen sind, die an der Ausreise aus der Sowjetunion gehindert werden“. Bulganin erwiderte, er wisse nichts von der Existenz dieser Personen, und glaube auch nicht, dass es sie gebe, woraufhin Adenauer einräumte, er wisse natürlich nicht, wie viele noch lebten. Nach kurzem Nachdenken regte der sowjetische Ministerpräsident eine Einigung an. Bestätige ihm der Bundeskanzler die Aufnahme der Beziehungen schriftlich, gebe man „alle – alle“ frei. Dafür gebe er sein Ehrenwort. Auf die Frage, ob damit außer den Verurteilten auch die anderen gemeint seien, wiederholte er seine Zusicherung nochmals. Die deutsche Aufzeichnung – die einzige, die vorliegt – lässt offen, ob ihm bei seiner raschen, impulsiven Erwiderung Adenauers Frage bewusst war.¹⁷

Am folgenden Morgen zeigte sich bei der Erörterung der Zusage im engen Kreis, dass von völliger Übereinstimmung keine Rede sein konnte. Während Adenauer eine vertragliche Festlegung zu erreichen suchte, wandten sich Bulganin und Chruschtschow mit emotionaler Verve dagegen. Sie bestanden mit Erfolg darauf, dass der deutschen Seite ihr Ehrenwort genügen müsse. Als der Bundeskanzler erneut von 130.000 Deutschen sprach, denen die Rückkehr in die Heimat erlaubt werden müsse, erklärten die sowjetischen Führer, es sei am Vortag nur um die 9.626 Kriegsgefangenen gegangen, bestritten erneut, dass es noch weitere Zurückgehaltene gebe, und unterstellten sogar, dass man die präsentierten Angaben auf Briefe stütze, die von den USA gefälscht worden seien. Adenauer antwortete, indem er volles Vertrauen in das Wort seiner Gesprächspartner bekundete, mögliches Verschulden „unterer Organe“ in der UdSSR andeutete und betonte, nachdem er mit guten Absichten nach Moskau gekommen sei, verdiene er nicht den Vorwurf, amerikanischer Propaganda zu folgen. Der Begütigungsversuch schlug fehl. Chruschtschow äußerte Empörung darüber, dass ihm und Bulganin nicht geglaubt werde. Dieser eröffnete schließlich einen Ausweg aus der verfahrenen Situation, indem er dem Bun-

17 Aufzeichnung des Gesprächs zwischen Adenauer und Bulganin beim Empfang im Kreml, 12.9.1955 (abends), EBD. S. 133f. Der TASS-Bericht, der am nächsten Tag in der „Pravda“ publiziert wurde (EBD. S. 135f.), sollte offensichtlich der sowjetischen Öffentlichkeit den Eindruck vermitteln, dass Bulganin und Chruščëv Vorschläge gemacht hätten, die auf sofortige Zustimmung gestoßen seien. Von Adenauers Drängen, über die vom Kreml ins Auge gefassten Personen hinaus weitere Rückkehrverhinderte einzubeziehen, war dabei keine Rede.

deskanzler zusicherte, soweit sich noch mehr Deutsche als die genannten 9.626 in der UdSSR fänden, wolle man diese auch alle nach Hause schicken.

Adenauer zeigte sich zufrieden: Mehr habe er nicht gewollt. Er könne nicht erwarten, dass noch alle in der UdSSR seien, von denen er gesprochen habe. Nach seiner Ansicht sollte die sowjetische Seite die deutschen Daten überprüfen. Bulganin stimmte zu. Der Bundeskanzler nahm daraufhin auf die frühere Erklärung seiner Verhandlungspartner Bezug, nach der die Verurteilten entweder als Begnadigte oder als Verbrecher übergeben werden sollten, die ihre Strafe weiter abzusitzen hätten. Das seien zwei unterschiedliche Dinge. Er wolle eine klare Vereinbarung, damit keine Missverständnisse entstünden. Er bat darum, dass mit allen diesen Leuten dann nach deutschem Recht verfahren werden könne. Chruschtschow gestand das zu, betonte aber, dass sie weiter ihre Zeit zu verbüßen hätten. Wie Molotow hinzufügte, wollte man so vorgehen wie gegenüber Österreich. Als Adenauer erneut deutlich machte, dass er alle haben wollte (womit er anscheinend alle Gefangenen, nicht nur die Amnestierten, meinte), schränkte Chruschtschow ein, das gelte nur für die mit einem westdeutschen Wohnort, sagte aber nochmals zu, dass ihre Behandlung nach dortigen Vorstellungen erfolgen könne. Danach erklärte sich die sowjetische Seite bereit, von der Bundesregierung die Namen und Adressen der Deutschen entgegenzunehmen, die Briefe aus der UdSSR geschrieben hätten. Wenn diese Leute tatsächlich existierten, wolle man sie zurückschicken. Bulganin machte den Vorbehalt, das gelte nicht für diejenigen, die einen Arbeitsvertrag hätten, der noch nicht ausgelaufen sei. Diese müssten bis zum Ende der vorgesehenen Zeit bleiben. Nachdem sich der Bundeskanzler vergewissert hatte, dass diese danach ebenfalls heimkehren könnten, war er einverstanden.¹⁸

In der folgenden Sitzung sprach Bulganin gemäß den Verhandlungsrichtlinien die Frage der aus der UdSSR stammenden Personen in der Bundesrepublik an, deren Anzahl er auf über 100.000 bezifferte und die, häufig als staatenlos geltend, nach seiner Darstellung nach wie vor sowjetische Staatsbürger waren. Die „meisten dieser unglücklichen Menschen, die gewaltsam von ihrem Heimatland und ihren Familien getrennt worden“ seien, hätten keine ständige Arbeit, Wohnung und finanzielle Versorgung, seien großen Entbehrungen ausgesetzt und als Rechtlose und Abhängige fremden Händen ausgeliefert. In vielen Fällen befänden sie sich sogar in Gefängnissen der Bundesrepublik. „Gewisse Organisationen, die der Sowjetunion feindlich sind“, betrieben „mit Unterstützung der entsprechenden Behörden eine böswillige Propaganda“, welche die Repatriierung verhindere und die Rückkehrwilligen einschüchtere

18 Sowjetische Aufzeichnung über die Sitzung im engen Kreis von jeweils 4 Teilnehmern, 13.9.1955 (Beginn 10 Uhr), EBD, S. 137–143; *Ustanowlenie* (wie Anm. 11), S. 101–119. Vgl die zusammenfassende deutsche Aufzeichnung, in: ZAGORSKIJ, *Vizit* (wie Anm. 1), S. 144f.

und terrorisiere. Das widerspreche den Prinzipien der Humanität und der persönlichen Freiheit. Die Sowjetregierung sehe sich verpflichtet, sich auch für diejenigen unter diesen Bürgern einzusetzen, die sich gegenüber ihrem Heimatland schlecht verhalten hätten. Man hoffe, dass sie sich bessern würden, und werde sie für ihre Verfehlungen zur Rechenschaft ziehen. Bulganin sprach die Hoffnung aus, dass man in Bonn die erforderlichen Maßnahmen ergreife und Hilfestellung bei der Heimführung dieser Personen leiste.

Das Ansinnen, die Bundesregierung müsse so wie die Kremlführung der anderen Seite ihre Leute zurückgeben, brachte Adenauer in eine schwierige Situation, weil es sich in diesem Fall faktisch um den Anspruch des Staates auf Bürger handelte, die anderswo leben wollten. Diese gegen ihren Willen zur Rückkehr zu nötigen, kam aus moralischen Gründen nicht in Betracht. Wie der Bundeskanzler erklärte, lag die Zuständigkeit für die Verschleppten seit Kriegsende bei den Besatzungsbehörden, welche die deutschen Stellen nicht einmal unterrichteten. Er wolle sich unverzüglich bei den Westmächten und beim Flüchtlingskommissar der UNO (der sich überall um die „displaced persons“ kümmerte) kundig machen und forderte die UdSSR dazu auf, einen Untersuchungsbeauftragten in die Bundesrepublik zu entsenden. Die fehlende rechtliche Kompetenz schloss freilich von vornherein aus, dass an die westdeutsche Seite das Ansinnen gerichtet werden konnte, Unwillige zur Rückkehr in die UdSSR zu nötigen. Damit war die sowjetische Gegenforderung vom Tisch.¹⁹

Das Ergebnis

Die mündlichen Zusagen der Kremlführung hinsichtlich der Entlassungen aus der UdSSR waren indirekt Teil der Vereinbarung. Daher konnte von einer Gewährung der Rückkehr nach eigenem Gutdünken, wie in den Verhandlungsrichtlinien vorgesehen worden war, keine Rede sein. Die sowjetische Seite verpflichtete sich fest zur Freigabe der Gefangenen, auch wenn dies in der Form einer einseitigen, nicht schriftlich fixierten Erklärung geschah. Der Wunsch, wenigstens nach außen hin als Urheber einer souverän getroffenen Entscheidung zu erscheinen, bewog die Moskauer Akteure dazu, Dreiergespräche zwecks Vereinbarung in der Gefangenenfrage unter Einschluss der DDR abzulehnen, obwohl Molotow dies gemäß der vorliegenden Instruktion bereits verlangt und durchgesetzt hatte. Sie ließen damit die sonst stets erhobene Forderung nach Regierungskontakten zwischen beiden deutschen Staaten fallen, die auf Anerkennung der DDR abzielte. Ebenfalls abweichend vom Be-

¹⁹ Sowjetisches Wortprotokoll der Sitzung, 13.9.1955 (Beginn 15 Uhr), EBD, S. 146f.; *Ustanovlenie* (wie Anm. 11), S. 123–125. Vgl. die zusammenfassende deutsche Aufzeichnung, in: ZAGORSKIJ, *Vizit* (wie Anm. 1), S. 160.

schluss des ZK-Präsidiums, gestand man dem Bundeskanzler außer der Freigabe der 9.626 Kriegsverurteilten grundsätzlich auch die Rückführung der zurückgehaltenen Zivilpersonen zu. Die daraus zu ziehenden praktischen Konsequenzen blieben freilich offen, denn die Durchführung hing von künftigen Moskauer Entscheidungen auf Grund zugesicherter „wohlwollender Prüfung“ ab.

Das ZK-Präsidium beschloss am 22. September 1955, die Zahl der „Nicht-amnestierten“ von 3.900 auf 749 zu verringern. Die Anweisung wurde innerhalb von zwei Tagen ausgeführt. Daraufhin gab das Präsidium des Obersten Sowjet am 28. September den Beschluss bekannt, von den insgesamt zur Rückkehr vorgesehenen 9.626 Gefangenen 8.877 „vorzeitig von der Strafverbüßung zu befreien“. Der Hinweis auf vorangegangene Bittgesuche des Präsidenten und der Regierung der DDR vom Vortag sowie der Bundesregierung sollte den Eindruck einer völlig ungebundenen Entscheidung der UdSSR erwecken und die ostdeutsche Staatsspitze als wesentlichen Anreger erscheinen lassen. Obwohl Bulganin und Chruschtschow gegenüber Adenauer Wert auf eine weitere Bestrafung der nicht begnadigten Gefangenen gelegt hatten, zeigten sie anschließend kein Interesse. Ihrer Erklärung, dass den Deutschen zur Beurteilung der Fälle die einschlägigen sowjetischen Akten zugehen sollten, folgten keine Taten, außer dass auf Ersuchen der SED-Führung Materialien über einige westdeutsche „Kriegsverbrecher“ übermittelt wurden zu dem Zweck, durch deren Publikation einige in der Bundesrepublik geführte Prozesse gegen „Kameradenschinder“ zu diskreditieren (die nicht ohne Kooperation mit den sowjetischen Sicherheitsorganen hätten tätig werden können).²⁰

Außer den Kriegsgefangenen wurden auch fast alle anderen Deutschen aus den Straflagern nach Hause entlassen. Dagegen wurde die Ausreise allen verweigert, die nach der Auffassung Moskaus die sowjetische Staatsbürgerschaft besaßen. Das galt vor allem für Zivilisten, die im Krieg oder danach unfreiwillig in die UdSSR gekommen waren. Zudem wurden Experten, die zu Geheimprojekten herangezogen worden waren, auch nach Ablauf ihrer Verträge weiter festgehalten. Der Kreml stellte sich auf den Standpunkt, dass die Entlassungsaktion allen Deutschen die Rückkehr in ihre Heimat erlaubt habe. Auf dieser Grundlage entstand ein Dauerstreit zwischen Bonn und Moskau, der auch im Verlauf der Verhandlungen von 1957/58 über Handelsaustausch, konsularische Beziehungen sowie wirtschaftliche, technische und kulturelle Zusammenarbeit nur zum kleineren Teil beigelegt werden konnte, obwohl die sowjetische Führung an der Regelung dieser Fragen das deutlich größere Interesse hatte.

²⁰ HILGER, *Stalins Justiz* (wie Anm. 3), S. 129; Andreas HILGER, *Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941–1956. Kriegsgefangenenpolitik, Lageralltag und Erinnerung*, Essen 2000, S. 363.

LITERATURBERICHTE

Die Ära Kohl Ein Literaturbericht. Erster Teil

Von Hans-Otto Kleinmann

Nach der Bundestagswahl 1998, als in den Medien die Würdigungen und Bilanzierungen der „Regierung“ Helmut Kohls – als Bundeskanzler wie als Parteichef der CDU – Konjunktur hatten, glaubte der Publizist *Rüdiger Altmann* in der Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“¹ feststellen zu müssen: „Eine Ära Kohl gab es nicht.“ Er begründete dieses Verdikt damit, dass Kohl auf die Frage, „wie ein Konzept dieses neuen Staates Bundesrepublik aussehen könnte“, keine Antwort gehabt hätte, dass dieser Bundeskanzler ohne strategische Konzeption, ohne Zukunftsbild gewesen wäre: „Neues hat er aber nicht schaffen können.“ Abgesehen davon, dass solche zukunftsbezogene, programmbedingte Vorstellung nicht unbedingt zur Definition einer Ära gehört, lässt sich freilich auch fragen, ob nicht doch in der Deutschland- und Europapolitik der Regierung Kohl grundlegende Entscheidungen getroffen wurden und Weichenstellungen erfolgt sind, die weit über den Tag hinauswiesen und nicht nur neue Situationen gemeistert, sondern auch zu neuen Entwicklungen geführt haben. Vielleicht wird das in der historischen Retrospektive noch deutlicher werden. Nach fast zehn Jahren zeigt sich, dass Journalisten und Wissenschaftler dem Kohl-Kritiker Altmann keineswegs gefolgt sind, sondern nahezu anstands- und ausnahmslos den Ära-Begriff zur Charakterisierung der Amtszeit Helmut Kohls akzeptiert haben. Allenfalls kann, wie von *Jürgen Leinemann* im „Spiegel“², in Frage gestellt werden, ob der Ära Kohl eine ähnliche Nachhaltigkeit zugemessen werden könne wie der Ära Adenauer. Den Vergleich mit Adenauer wird freilich keiner seiner Nachfolger an der Regierungspitze je bestehen, denn der Gründungskanzler war, wie man weiß, am Anfang der bundesdeutschen Geschichte, als in Politik und Gesellschaft Neuland zu bestellen war und es reichlich Spielraum für Neuschöpfungen gab. Für Kohl und die Kanzler vor und nach ihm bestanden solche Gestaltungsmöglichkeiten nicht mehr. Ihre politische Bedeutung kann auch deshalb nicht mit der an Adenauer gewonnenen Maßeinheit bestimmt werden. Das organisierte, durchnormierte politische System gestattet heute nur mehr eine Politik pragmatischer „Reformen“, sei es zur Korrektur von Fehlentwick-

1 „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ 45 (1998) 11, S. 968–973.

2 „Die verkörperte Entwarnung. Der Kanzler Helmut Kohl“, in: „Der Spiegel“, Nr. 20 vom 17. Mai 1999, S. 214–219.

lungen, sei es zur Adaption neuer Herausforderungen. Zukunftsbilder und ganzheitliche Gesellschaftskonzeptionen taugen nur noch zu Diskussionsthemen in Feuilletonseiten, Talkshows und Akademiegesprächen. Die Politik verdirbt sie nur. – Oder verderben sie umgekehrt nicht eher die Politik?

Dass der Begriff der „Kohl Ära“ allgemein gebräuchlich wurde, ist nicht zuletzt durch die Politik- und die Geschichtswissenschaft befördert worden. So hat der Politikwissenschaftler *Karl-Rudolf Korte*³ noch im (Ab)wahljahr 1998 die „Position der Mitte“, die Kohl mit seinem Lebensgefühl und seinem Politikverständnis verkörpert habe, als bestimmendes Merkmal der 1980er und 90er Jahre ausgemacht. Damit habe sich zugleich eine gewisse „Entpolitisierung“ verbunden, die durch Kohls Führungspraxis des „stillen Regierens“ in Staat und Partei auf die ganze Republik übertragen worden sei. „Die Ära Kohl bezog ihre Sicherheit aus dem politischen Kompass, eingestellt nach den Erfahrungen der Nachkriegshistorie. Professionell bediente Kohl diesen Kompass, weil er seinem Geschichtsbewusstsein entsprach.“ Noch pointierter hat *Hans-Peter Schwarz*⁴ den durch die repräsentierende Person des Kanzlers gekennzeichneten Geschichtsabschnitt als von Ambivalenz durchzogen skizziert. Er verweist dabei nicht nur auf die deutliche zeitliche Zweiteilung in die Jahre der „alten Bundesrepublik“ (1982–1990) und die Jahre des vereinigten Deutschlands (1990–1998), sondern auch auf die Problematik bei der politischen Leistungsbilanz der Regierungszeit Kohls. In der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, in der Deutschlandpolitik bzw. beim Einigungswerk („Aufbau Ost“) wie auch in der Europapolitik sieht er den positiven, den erfolgreichen immer auch negative Entwicklungen gegenüberstehen, den glücklichen Entscheidungen auch solche, die sich im Nachhinein als unglücklich erwiesen hätten. „Komplizierte Fragen“ stellten sich, wolle man beurteilen, wie weit dieser Kanzler „in einem tieferen Sinn die Entwicklungen dieser 16 Jahre bestimmt hat“.

An solchen Einschränkungen und Begrenzungen des epochalen Zuschnitts der „Ära Kohl“ mag es liegen, dass über ihren Charakter, ihre geschichtliche Bedeutung und Prägekraft immer weiter kontrovers und mit anderen Fragestellungen diskutiert wird. Aber dass eine 16-jährige Regierung und ein 25-jähriger Vorsitz einer großen Volkspartei in der Bundesrepublik Deutschland – in einer geschichtlichen Zeitspanne, in der die deutsche Einheit wiedererlangt und der europäische Einigungsprozess mit der Einführung einer gemeinsamen Währung (wenn auch nach 1998 erst voll realisiert) auf einen Höhepunkt geführt wurde – eine besondere Periodisierung begründet, wird ernsthaft von niemandem mehr in Zweifel gezogen. Wie selbstverständlich gab das ZDF einer Politik- und Zeitgeschehen-Sendung vom 11. September 2005 denn auch den

3 „Was bleibt von Kohl?“, in: „Welt am Sonntag“ vom 8. November 1998.

4 „Die Ära Kohl“, in: FAZ vom 18. Oktober 2002.

Titel „Die Ära Kohl“. Solche Rückblicke dürften in Zukunft immer wieder vorgenommen werden, je deutlicher sich nämlich zeigen wird, dass von einer Überwindung der Ära Kohl durch die nachfolgenden Regierungen keine Rede sein kann. So interpretierte etwa der Berliner Historiker und Publizist *Ernst Nolte* in der Wochenzeitung „Die Zeit“⁵ die Kanzlerjahre Helmut Kohls als eine „paradoxe Epoche“ zwischen außenpolitischer Kontinuität und liberalisierendem Wandel, gesellschaftspolitischer Stagnation und Medienrevolution, bürgerschaftlichem Engagement und Rückzug in die Privatheit. Der Zerfall des Kommunismus und die dadurch möglich gewordene Wiedervereinigung hätten in dieser „von ökonomischer Strukturkrise und soziokultureller Verunsicherung“ geprägten Situation für die deutsche Politik nur eine kurzfristige Entlastung gebracht.

Gesamtdarstellungen, Bilanzen, Würdigungen

In den die Jahre von 1982 bis 1990 bzw. 1998 schon einbeziehenden Gesamtdarstellungen der Geschichte der Bundesrepublik erscheint die Kanzlerschaft Helmut Kohls nicht nur durch den äußeren Zeitrahmen, sondern auch durch Elemente einer inneren Einheit markiert. *Manfred Goertemaker*⁶ will sein Buch als „Zwischenbilanz“ der bundesdeutschen Geschichte nach dem Ende der ostdeutschen Staatsbildung verstanden wissen. Die Ära Kohl, die er dementsprechend nur in ihrer ersten Hälfte bis Anfang der 1990er Jahre berücksichtigt, sieht er mit einer auf wirtschaftliche Erneuerung und außenpolitische Kontinuität gestützten „konservativen Wende“ einsetzen. Es wurden die Voraussetzungen geschaffen, die Herausforderungen der deutschen Einheit im nationalen wie internationalen Rahmen zu ermöglichen. Für „Einheit und Neubeginn“, wie das letzte Kapitel des Buches überschrieben ist, werden der Übergang von der „Bonner“ zur „Berliner Republik“, die „Entgrenzung Europas“ (Vertrag von Maastricht) und die Globalisierung als prägende Veränderungen herausgestellt, zugleich aber auch die grundsätzliche Kontinuität in den Kernelementen von Gesellschaftsordnung, Verfassung und Politik der Bundesrepublik betont.

Auch der Mainzer Historiker *Rödder*⁷ behandelt in seinem „Grundriss“ die Regierungszeit Kohls bis zum Zäsurjahr 1990. Der Konzeption dieser Studienbuchreihe gemäß hat er die epochalen Tendenzen und Aspekte, soweit sie sich schon bestimmen lassen, wie auch die auf sie bezogenen Problemstellun-

5 „Die doppelte Wende“, in: „Die Zeit“ vom 2. März 2006.

6 Manfred GOERTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999.

7 Andreas RÖDDER, *Die Bundesrepublik Deutschland 1969–1990* (Oldenbourg-Grundriss der Geschichte 19 A), München 2004.

gen konzise erfasst. Die Bundesrepublik wird 1989 „bei sich selbst angekommen“ bezeichnet: Außenpolitisch habe die Regierung Kohl die Bundesrepublik im westlichen Bündnis „durch prononcierte Loyalität“ stabilisieren können, die europäische Einigung sei forciert worden, in der Deutschlandpolitik vermochte sie durch „eine spezifische Verbindung von normativer Distanz und praktischer Kooperation“ Verbesserungen im deutsch-deutschen Verhältnis zu erreichen; in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik hätten zwar neue Akzentsetzungen zu Konsolidierungen geführt, aber strukturelle Anpassungen an den ökonomischen und demographischen Wandel seien ausgeblieben. Der Anspruch einer „Wende“ sei so nur teilweise eingelöst worden. Es wird allerdings zugleich deutlich gemacht, dass der Struktur- und Wertewandel, mit dem sich die Bundesregierungen seit den siebziger Jahren auseinanderzusetzen hatten, als Teilentwicklung eines gewaltigen gesellschaftlichen und kulturellen Veränderungsprozesses zu werten und zu untersuchen ist. Der Darstellungsteil schließt mit der deutschen Wiedervereinigung ab. Die Feststellung des Verfassers, dass über die äußeren Aspekte der deutschen Einheit in der Forschung „weitgehend Einigkeit“ bestehe, hinsichtlich der inneren Seite der Vereinigung die historiographische Aufarbeitung und Diskussion erst beginne, wird fast täglich durch einschlägige wissenschaftliche Neuerscheinungen bestätigt. So wird sich – angesichts von Migration und europäischer Integration – sicher auch das Problem des „Nationalstaats“ neu stellen, den der Verfasser – etwas akademisch – mit der Wiedervereinigung „als Ordnungsrahmen“ wiederhergestellt sieht (S. 106).

Das Handbuch von *Hans Karl Rupp*⁸ (Marburg), in dem die vier Legislaturperioden der Regierung Kohl immerhin mehr als 40 Prozent des Seitenumfanges ausmachen, unterscheidet sogar zwei „Ären“ Kohl – sicher das konsequenteste Periodisierungsverfahren, um dem Zäsurereignis der deutschen Vereinigung und den sich daraus ergebenden tiefgreifenden Veränderungen in Gesellschaft, Volkswirtschaft und Politik der Bundesrepublik historische Bedeutung zu geben. Für die 1980er und 90er Jahre finden sich die signifikanten Daten der Gesellschaftsentwicklung (Zeitgeist, soziale Lagen, Parteien und Wahlen) sowie die wichtigsten Entscheidungen der Politik von Bund und Ländern zusammengestellt. Dabei sind auch sonst weniger behandelte Politikbereiche wie Bildung und Wissenschaft oder Umwelt mit den wesentlichen Gesetzesmaßnahmen berücksichtigt. Die Darstellung einschließlich historischer Einordnungen und Wertungen stützt sich – was die Betrachtungsmethode des ganzen Buches kennzeichnet – auf eine „sehr selektiv“ (Vorwort) zitierte Literatur und lässt sich von den Grundpostulaten Antifaschismus, Kapitalismuskritik und zivile Gesellschaft leiten. Das führt mitunter zu parteilichen

⁸ Hans Karl RUPP, *Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland* (Lehr- und Handbuch der Politikwissenschaft), München ³2000.

Stellungnahmen, die sich nicht unbedingt mit dem Handbuchcharakter des Buches vertragen. Sollte etwa mit der Streichung des Schüler-Bafögs und der Umstellung der Studienförderung auf Darlehen im Jahr 1983 tatsächlich bewirkt werden, dass die weiterführenden Schulen und die Hochschulen „wieder von Kindern des Bürgertums dominiert werden“? (S. 256) Lässt sich die Neuregelung des Asylrechts 1993 vornehmlich damit erklären, dass es für die Mehrheit der politischen Elite in Deutschland ein „eher lästiges Grundrecht“ geworden sei, „das viel zu viele Kosten verursachte und das wichtige Wählerschichten gegen sie aufbringen konnte“? (S. 342) Oder: Wäre bei der Wiedervereinigung eine neue gesamtstaatliche Verfassungsgebung „ohne Zweifel“ angezeigt gewesen? (S. 369) Solche „Ausrutscher“ beeinträchtigen den Eindruck der Sachlichkeit, den das Buch vermitteln will. Doch nützlich, um sich kurz über die Themen zu informieren, die Regierung und politische Öffentlichkeit umtrieben, ist es allemal. Weniger „interpretierende Darstellung als den erzählenden Bericht“ über die Zeitspanne von der „Bonner ‚Wende‘ zu den Problemen der Einheit“ bietet *Martin Vogt* (Institut für Europäische Geschichte, Mainz) in der von ihm selbst herausgegebenen einbändigen „Deutschen Geschichte“⁹. Er betrachtet zunächst, ausgehend von der „deutschen Frage“, die wichtigsten politischen Vorgänge in der DDR und in der Bundesrepublik bis 1989, um dann den Einigungsprozess von der friedlichen Revolution bis zur Wiederherstellung der Einheit (2. Oktober 1990) zu behandeln. Die „augenblickliche Sicht“ auf die Einheitsprobleme und die neuen außen- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen des wiedervereinigten Deutschlands bis zu den Landtagswahlen 1996 schließt die Darstellung ab. Eine bedachtsam strukturierende Gewichtung der Themen, die „Schlagzeilen“ machten, ermöglichen eine solide Erstinformation über Hauptfakten und Haupttendenzen der Ära Kohl. Dass ein größerer Textumfang nicht zugleich auch mehr Qualität bedeutet, zeigt der Vergleich dieses Werkes mit der „Deutschen Geschichte“ seit 1945 von *Rolf Steininger* (Innsbruck), deren 4. Band¹⁰ der Zeit von der Mitte der 70er Jahre bis zur Bundestagswahl 2002 gewidmet ist. Seine Darstellung, in deren Mittelpunkt selbstverständlich auch wieder die Politik der deutschen Einheit steht, ist zwar „aufgelockert“ durch beigegebene Dokumente, aber erreicht nie den Rang einer „Geschichtserzählung“, sondern gleicht in ihrer zusammenhanglosen Aneinanderreihung von Themen (z.B. zur Innenpolitik des vereinigten Deutschland: Gesamtdeutsche Wahlen, Treuhandgesellschaft, Stasi-Unterlagengesetz, Paragraph 218, Hauptstadtfrage, Rechtsextremismus, Prozesse, Enquête-Kommission des Deutschen Bundes-

9 *Deutsche Geschichte. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, hg. von Martin VOGT, 4. erweiterte Aufl., Stuttgart 1997, S. 888–970.

10 ROLF STEININGER, *Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden*, Bd. 4: 1974 bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 2002.

tages) eher einer Stoffsammlung oder einem Ergebnisprotokoll. Das Werk ist wohl unmittelbar aus der akademischen Lehre heraus erwachsen und in erster Linie für Schüler und Studenten gedacht, was auch die Hinweise auf Internetadressen im Anhang zum Ausdruck bringen.

Ein Standardwerk über die Geschichte der Bundesrepublik bis zum Ende der rot-grünen Regierungszeit hat der Heidelberger Zeithistoriker *Edgar Wolf- rum* vorgelegt.¹¹ Es überzeugt durch eine den Forschungsstand zusammenfassende, chronologische Erzählung mit systematischer Gliederung kombinierende Darstellung und durch einen abgewogenen, stets auf die Fakten und ihren Kontext konzentrierten „Verstehens“-Modus. Zugleich kann es als sicherer Führer durch die Debatten zur Geschichte der Bundesrepublik dienen. Dabei zeigt sich der Kenner der Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland.¹² Die Ära Kohl, auf die etwa ein Fünftel des Buches entfällt, wird in die langfristigen Prozesse der Globalisierung, der Technikrevolution und der „Rückkehr des Krieges“ eingeordnet. Der Übergang von der Bonner zur Berliner Republik verlangte von der deutschen Politik, auf die Veränderungen der Epochenwende durch mehr Reform und internationale Verantwortung zu reagieren.

Die Kanzlerschaft Kohls als Ganzes thematisiert hat im Blick auf die Bundestagswahl von 1998 eine von der britischen Association for the Study of German Politics und dem Institut für Deutschlandstudien der Universität Birmingham veranstaltete Tagung.¹³ Die Beiträge behandeln die „Vision“ als Schlüsselement der Kohlschen Politik, seine „Strategie“ im Fall der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, das „Kohl-System“ in seiner Bedeutung für die Deutschlandpolitik, die CDU/CSU als „resource“ politischer Führung sowie „political leadership“ im westeuropäischen Vergleich. Eine Studie ist der parlamentarischen Rolle der Oppositionsparteien in der Ära Kohl gewidmet. Kohl sei als Politiker, so heißt es summierend in der Einführung von *Clay Clemens*, entgegen vieler Vorhersagen zu erfolgreichen Überraschungen und überraschenden Erfolgen fähig gewesen.

Historiographisch in einer Gesamtsicht ist bislang nur die erste Hälfte der Ära Kohl bearbeitet worden. Der Augsburger Historiker *Andreas Wirsching*¹⁴ hat im sechsten Band des von Karl Dietrich Bracher und Theodor Eschenburg begründeten Reihenwerks „Geschichte der Bundesrepublik“ den Epochenwechsel der achtziger Jahre als „große Erzählung“ gestaltet, die fast alle Ent-

11 Edgar WOLFRUM, *Die geglü ckte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 2006.

12 Vgl. DERS., *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999.

13 Clay CLEMENS/William E. PATERSON (Hg.), *The Kohl Chancellorship*, London 1998.

14 Andreas WIRSCHING, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006.

wicklungen und Phänomene der „alten“ Bundesrepublik zwischen der „Wende“ von 1982 und der historischen Zäsur von 1990 in ihren Bedingungs- und Wirkungszusammenhängen darstellt: von den Problemen des Parteien- und Regierungssystems über den Strukturwandel, die Wandlungsprozesse einer Gesellschaft im Umbruch und die kulturellen Tendenzen der Postmoderne bis zur Außenpolitik und zur Gestaltung der deutschen Einheit. Dabei geht es ausdrücklich nicht um eine „Erfolgsgeschichte“ der alten Bundesrepublik, die ihre „historische Vervollkommnung“ im vereinten Deutschland erfahren hätte. Im Mittelpunkt steht vielmehr der systemische „Zusammenhang von Individualisierung, Massenkultur und Sozialstaat, der einerseits das ‚Modell‘ Deutschland charakterisierte, andererseits aber im Zeitalter international verschärfter Wettbewerbsbedingungen und sinkender Wachstumsraten problematisch wurde“ (S. 698). Man bekommt überzeugend beschrieben und erklärt, wie weitgehend die Steuerungskapazität der Politik durch die zunehmende Komplexität und das wachsende Blockadepotential des politischen Systems beeinträchtigt wird. Dieses Buch setzt historiographische Orientierungsmarken für die Vermessung der Ära Kohl; es mag zwar mit der Zeit seinen „provisorischen Charakter“ erweisen, wie der Verfasser tiefstapelnd im Vorwort meint, aber sicher ist, dass es für die weitere Erforschung der Epoche die wesentlichsten Deutungsmuster bereitstellt.

Statt monographischer Geschichtsdarstellungen der gesamten Kanzlerschaft Kohls, die wohl erst herausgebracht werden, wenn die Archivbestände frei zugänglich sind, ist man derzeit noch überwiegend auf „Bilanzen“ angewiesen, die von professionellen Beobachtern und Kommentatoren des Zeitgeschehens bereits von 1994 an, als sich das Ende der Ära abzeichnete, der Öffentlichkeit präsentiert wurden. Hierbei gilt generell, dass die zeitliche Nähe zu den Problemen und Vorfällen kurzsichtig macht und fehlende Distanz den Meinungsstreit und Stimmungsstand des Tages bei der Verteilung der Aktiva und Passiva widerspiegelt. Im Rückblick, nach den Erfahrungen mit der rot-grünen Schröder-Regierung, erscheint heute aber schon vieles aus der Kohl-Ära, was einst heftigst kritisiert wurde, in einem positiveren Licht. Ein Bilanzvergleich mit der Folgeregierung fällt jedenfalls nicht einseitig zu Ungunsten Kohls aus.

Eine erste „Zwischenbilanz“¹⁵ ist angesichts der geschichtlichen Zäsur 1989/90 unter der Herausgeberschaft von *Reinhard Appel*, ehemals Chefredakteur des ZDF, gezogen worden. Die Chronisten – „Konservative, Liberale und Linke“, wie es im Vorwort heißt – kamen vorzugsweise aus der journalistischen Publizistik, ein paar Beiträger aus Wissenschaft und Politik gesellten sich hinzu. Thematisch finden sich in „diese „Rundumbetrachtung“ neben den eigentlichen Politikfeldern wie Ost- und Sicherheitspolitik, Wirtschaft, Um-

15 Reinhard APPEL (Hg.), *Helmut Kohl im Spiegel seiner Macht*, Bonn 1990.

welt- und Parteien, neben Rückblicken auf die rheinland-pfälzische Regierungsarbeit (*Jockel Fuchs*) und auf die Oppositionsführung im Deutschen Bundestag (*Eckart Lohse*) auch das Verhältnis Kohls zur Macht und zu den Medien, zur Geschichte und zur geistigen Führung (*Konrad Adam*: „Kohl und die geistig-moralische Wende“) einbezogen. Die Kohl-Regierung wird „aus Paris betrachtet“ (*Daniel Vernet*, *Le Monde*) wie im Lichte der demographischen Befunde (*Dieter Roth*: „Der ungeliebte Kanzler“) besehen. Ein Gesamtbild ergibt sich nicht. Zu unterschiedlich und widersprüchlich sind die Ansichten und Urteile im Einzelnen. Am stärksten aber wird das Buch durch sein Erscheinungsdatum im März 1990 entwertet, vor den Volkskammerwahl in der DDR, vor der alles entscheidenden Moskaureise Kohls und dem erfolgreichen Abschluss der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Der Fall ist wirklich selten, dass die schreibende Zunft von der handelnden Politik gleich mehrfach überrundet wird, so dass bei den Prognosen der Beobachter die vorurteilsbedingte Beschränktheit offenbar wird. Zu den Ausnahmen gehört der famose Schlussbeitrag von *Peter Siebenmorgen* („Helmut Kohl und die Chance der Geschichte“), der die Deutschlandpolitik vor und nach dem Mauerfall als ein „Lehrstück“ mit offenem Ende beschreibt. Nicht nur Kohl und die Regierung ständen mit der Aufgabe der deutschen Einheit vor einer historischen Bewährungsprobe, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland, ihr demokratisches System, ihre Wirtschaft, ihre Medien, ihre Bürger.

Nach der Bundestagswahl 1998 ist die von *Göttrik Wewer*, dem damaligen Direktor der schleswig-holsteinischen Verwaltungsfachhochschule, herausgegebene „Gesamtbilanz“¹⁶ erschienen, zu der namhafte Fachvertreter aus der Wissenschaft beigetragen haben. Die Bestandsaufnahme für die wichtigsten Politikfelder am Ende der Ära Kohl fällt „durchwachsen“ aus: Was bei ihrem Beginn 1982 angekündigt worden sei, habe sich meistens nicht verwirklichen lassen; an ihrem Ende wäre in Deutschland nur mehr eine „verunsicherte, eine blockierte Gesellschaft“ vorhanden gewesen (S. 30). Die Bilanzierungen der Sozialpolitik (*Manfred G. Schmidt*, *Josef Schmid*), Gesundheitspolitik (*Nils C. Bandelow und Klaus Schubert*), Beschäftigungspolitik (*Günther Schmid*), Finanzpolitik (*Roland Sturm*), Außenpolitik (*Gilbert Zieburg*), Europapolitik (*Beate Kohler-Koch*) sowie Entwicklungspolitik (*Rainer Tezloff*) unterscheiden sich in ihrer diskursiven Herangehensweise und differenzierenden Kritik positiv von dem Einleitungskapitel des Herausgebers („Vom ‚Modell Deutschland‘ zur Standortdebatte“), der fast kein gutes Haar an der Politik der Kohl-Regierungen lässt. Die Sachbeiträge geben aber durchwegs zu erkennen, dass die meisten Probleme der Ära Kohl, insbesondere die strukturellen Wandlungsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft, längst vor der „Wende“ von

16 Göttrik WEWER (Hg.), *Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982–1998* (Gegenwartskunde; Sonderband 10), Opladen: 1998.

1982 ihre bedrückende Dynamik entwickelt hatten und auch nach der Abwahl Kohls von den folgenden Regierungen nicht entschärft, schon gar nicht gelöst werden konnten.

Gleichwohl sind solche bilanzierenden Versuche deshalb wichtig, weil sie historischen Fragestellungen den Zündstoff liefern, aber man sollte sich stets auch der Beschränktheit ihres Blickwinkels bewusst sein. In Buchhaltermentalität werden die Politikbereiche, säuberlich getrennt wie Haushaltstitel behandelt und einer Gewinn- und Verlustrechnung unterzogen. Das Politikhandeln, das sich im Wettbewerb mit den Interessen der Gesellschaft und der parlamentarischen Kräfte bewähren muss, ist hier ebenso ausgeblendet wie die Historikerperspektive, die sich auf den Gesamtzusammenhang richtet. Zu Recht weist Günther Schmid in seiner Analyse der Beschäftigungspolitik auf die enorme Schwierigkeit hin, „kompatible ‚Wertkategorien‘ einer solchen Bilanz zu finden und gegenüberzustellen“ (S. 145). Das gilt mehr oder weniger auch für die anderen Politiksektoren.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 1994 hatte schon der Publizist *Warnfried Dettling*¹⁷, einst Leiter der Hauptabteilung Politik in der Bundesgeschäftsstelle der CDU, das Ende der Ära Kohl kommen sehen und sich die Frage nach der Hinterlassenschaft des „Kanzlers der deutschen Einheit“ in Politik, Partei und Gesellschaft gestellt. Vor allem für die CDU, die er zu den „Verlierern der Ära Kohl“ zählt, drohe der Niedergang, wenn die Tendenz zunehme, sich aus Angst vor dem Verlust der Macht im rechten Spektrum Halt und Selbstvergewisserung zu suchen. Das ist unter dem Eindruck des „Lehrstücks“ geschrieben, das in der Kandidatur Steffen Heitmanns für das Bundespräsidentenamt gesehen wurde, auch wohl in der Erwartung Wolfgang Schäubles als „Erben Kohls“. Nach Tageskurs verfasst, altern solche Analysen schnell und wirken nach Jahren wie der Schick der vorletzten Saison. Das trifft noch viel mehr für das Buch des Spiegel-Redakteurs *Wolfram Bickerich*¹⁸ zu, das kurz nach der Bundestagswahl 1994 erschienen ist und die aus Schlagzeilen bekannten Klischeethemen der Kanzlerzeit Kohls, beginnend mit der „Zeit der Wende“ Anfang der 80er Jahre, Revue passieren lässt: von der Fortsetzung der Ostpolitik über die Umwelt- und Abrüstungspolitik zur „Zeit der Einigung“ und zu den Irrtümern der Einheitspolitik („Blühende Landschaften“), dazwischen die Männerfreundschaften („Tiger Strauß, Elefant Kohl“) und die Widersacher („Biedenkopf, Geißler & Co“) sowie die „Skandale“ und „Sündenfälle“. Zur These, dass für Kohl die Macht und ihre Dauer wichtiger gewesen seien als das, „was er konkret schaffen konnte oder geschaffen hat“, wird gleichsam ein Extrakt aus der veröffentlichten Meinung der Ära Kohl geboten, mit viel Banalem, manchem pointiert Gesehenen und Formulierten, einigem Ulk nach

17 Warnfried DETTLING, *Das Erbe Kohls. Bilanz einer Ära*, Frankfurt/M. 1994.

18 Wolfram BICKERICH, *Der Enkel. Analyse der Ära Kohl*, Düsseldorf 1995.

„Spiegel“-Art, so wenn Bärbel Boley als ostdeutsche Jeanne d’Arc und Kohl als „westdeutscher Marquise [sic!] Posa“ zubenannt wird. Aber eben diese Betrachtungs- und Darstellungsweise macht solche Publikationen ja auch zu historischen Quellen für das zeitgenössische Kohl-Bild und dessen Macher.

Den politisch-kulturellen Veränderungen, die sich nach der Wiedervereinigung in der „neuen“ Bundesrepublik einstellten oder anzukündigen schienen, hat eine interdisziplinäre Ringvorlesung der Universität Augsburg im Studienjahr 1998/99 ihre Aufmerksamkeit geschenkt.¹⁹ Wie stellten sich in einer historischen Bilanz nach zehn Jahren die deutsche Frage, die Verfassungsproblematik, die politische Kultur, der Elitenwechsel, die Situation der großen Konfessionen, die deutsche Literatur und die Wissenschaftspolitik unter dem Blickwinkel von „Tradition und Wandel, Bruch und Kontinuität“ dar? Es überrascht nicht, dass für die einzelnen kulturellen Lebensbereiche „durchaus unterschiedliche, zum Teil auch konträre Antworten“ gegeben werden.

Eine Zeitstimme ganz anderer Sorte stellt die im einschlägig bekannten Kieker Arndt-Verlag erschienene „kritische Bilanz“ von *Joachim Nolywaika* dar,²⁰ in der Kohl von einer rechtsextremen Position aus als Verderber und Verräter der deutschen Volksgemeinschaft hingestellt wird. An der Geburtenarmut aufgrund volksfremder Einstellung und an der Ausländerpolitik als einer Art „Sterilisation des deutschen Volkes“, am Verzicht auf Ostdeutschland bei der „kleinen Wiedervereinigung“ und an der als „Versailles ohne Krieg“ apostrophierten DM-Abschaffung, an den deutschen „Tributleistungen“ im Rahmen der EU und an der Zunahme von Massenarbeitslosigkeit und Kriminalität, an der Zerstörung des „Bauernstandes“ und am sinkenden Ansehen der Bundeswehr – an alldem wären Kohl und sein Macht-Kartell schuld. Es fehlt selbst nicht die Drohung mit dem „Tag der Abrechnung“ (S. 223). Hier geifert ein Ewiggestriger. Wenn er die Globalisierung als „neue (!) Geißel der Menschheit“ bezeichnet, fragt man sich unwillkürlich, welcher „Geißel“ er davor den Kampf angesagt hatte. Trotz allem, in diesen Unsäglichkeiten schlummert keinerlei Unheil mehr, das ist nur noch Unsinn!

Ähnliche rechtsradikale Schuldzuweisungen an Kohls Adresse waren auch schon in der „Bilanz“ nach zehn Regierungsjahren zu finden, die der – sich selbst so benennende – „konservative“ Journalist *Michael Stange*²¹ zusammengestellt hat. Liest man nur das von dem ebenfalls – nach eigener Einschätzung – „konservativen“ Publizisten *Joachim Siegerist* verfasste Vorwort, wird schnell klar, was von diesem Machwerk zu halten ist; denn dort heißt es im Fettdruck und „Stürmer“-Jargon „Brandt war ein Unglück für Deutschland ...

19 Andreas WIRSCHING (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung. Eine interdisziplinäre Bilanz*, München 2000.

20 Joachim NOLYWAIKA, *Die Ära Kohl. Wende abwärts 1982–1998*, Kiel 2000.

21 Michael Stange/Joachim SIEGERIST, *10 Jahre Kanzler Kohl. Bilanz*, Hamburg 1993.

Kohl ist ein Unglück für Deutschland“ (S. 8–10). Wie hier „schonungslos“ schwadroniert wird, das hat nur wenig mit journalistischem Handwerk zu tun, sondern mehr mit dem polemischen Vorschlaghammer: Deutschland wird als „angeblicher Rechtsstaat“, der Verzicht auf den deutschen Osten ein Verbrechen an Deutschland, Churchill ein Kriegstreiber, der 1941 einen möglichen Frieden verhindert hätte, Maastricht ein „Gipfel der deutschen Niederlagen“, Abtreibung „das schlimmste Verbrechen seit Stalins Gulag und Hitlers Auschwitz“ usw. bezeichnet. Kohl hätte die Bundesrepublik in eine ihrer größten Nachkriegskrisen geführt, er hätte den Deutschen ihren stärksten Trumpf weggenommen, die DM. Kohl steht dem Autor für Asyl-Desaster („Wir brauchen nicht hunderttausende Asylbetrüger und Sozialhilfe-Schmarotzer“), für Flaschenkabinette, Vetternwirtschaft und Steuerlüge. Der Dunst der rechtsstehenden Stammtische ist hier zu einer ekligen Brühe kondensiert, in der sich Hämie, Neid und Denunziation mischen.

Auch das linke politische Lager hat sich in einer vom ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Journalisten-Union in der IG Medien/ver.di, *Eckart Spoo*, herausgegebenen Essaysammlung²² mit Kritik und Vorwürfen an Kohls Politik zu Wort gemeldet: „Sein andauernder Erfolg erbittert die Aktiven in Friedens-, Frauen-, Bürgerrechts- und Umweltbewegungen, in Gewerkschaften und besonders in den Gruppen, die sich solidarisch für die Menschen in den ausgepowerten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas engagieren“ (S. 9). Dazu gehören denn auch die Autoren dieses Bändchens, an der Spitze die Altmeister linker Publizistik wie *Otto Köhler* und *Bernt Engelmann*, die in ihren Beiträgen zum Kapitel „Chemie und Geschichte“ Kohl als „politisches Ziehkind“ des deutschen Großkapitals (BASF, Flick) vorzuführen versuchen. Hinweise auf Verbindungen zu Industriellen wie Ries und Schleyer, die einst Mitglied der NSDAP oder SA waren, runden das ideologisch-beschränkte Bild ab. Ebenso vielsagend sind auch die anderen Kapitelüberschriften wie „Landnahme“ und „Uns geht es gut“. Bei den Einzelartikeln sind die Wissenschaft mit den Politikprofessoren *Reinhard Kühnl* („Deutsche Vereinigungen“), *Frank Deppe* („Kohl, Deutschland und Europa“) und *Arno Klönne* („Des Kanzlers verwirrte Opposition“) sowie die Politik mit *Angelika Beer* („... immer weniger Waffen“ – Wandlungen einer Wahlparole), *Edelgard Bulmahn* („Mehr Reichtum und mehr Armut“) und *Gerald Häfner* („Starker Staat und wehrlose Bürger“) vertreten. Nicht nur zwischen den Zeilen wird offenkundig, dass das wiedervereinigte Deutschland nicht eigentlich das Deutschland der Autoren ist.

22 Eckart SPOO (Hg.), *Kohl-Zeit. Ein Kanzler und sein Deutschland*, Köln 1991.

Die Bedeutung der Regierungszeit Kohls für die deutsche Geschichte hat Horst Möller²³, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte, in einer prägnanten Skizze zu bestimmen versucht, indem er auf die neuen Konturen, die Kohl der Deutschland- und Außenpolitik gab, sowie auf die in der Finanz- und Wirtschaftspolitik vorgenommenen Kursänderungen verweist. Die herausragenden Leistungen bei der Wiedervereinigung Deutschlands und bei den Fortschritten der europäischen Einigung werden den „Defiziten“ bei der Reform der Arbeitsmarktpolitik wie des Sozial- und Steuersystems gegenübergestellt. Zu den beachtenswerten Bilanzierungsansätzen ist auch die Veranstaltungsreihe „Die Ära Kohl im Gespräch“ zu zählen, die das *Archiv für Christlich-Demokratische Politik* der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. vor sieben Jahren initiiert hat, um jenseits der Aufdeckungs- und Verdächtigungshysterie des CDU-Spendenskandals, in der die politische Leistung Kohls unterzugehen drohte, durch sachbezogene Gespräche zwischen Politik und Wissenschaft über einzelne Politikbereiche der künftigen Geschichtsschreibung Problemstellungen aufzuzeigen und Orientierungshilfe zu geben. Die Beiträge der bisher in Jahresfolge abgehaltenen Tagungen, sind ab 2001 in den Nummern dieser Zeitschrift publiziert.²⁴

In den Würdigungen eines Politikers und seines Lebenswerks durch Festschriften oder Jubiläumsveranstaltungen kann man die Tradition der klassischen „Lobrede“ fortleben sehen. Zum 60. Geburtstag Kohls ließ die CDU die Grußansprachen von Richard von Weizsäcker, Alfred Dregger, Theo Waigel, Hans-Dietrich Genscher und Karl Carstens beim Festakt in der Bonner Beethovenhalle drucken.²⁵ Die Würdigung Kohls zum 70. Geburtstag musste ausfallen, obwohl seitens der Partei bereits große Feierlichkeiten geplant waren. Aber der Spendenskandal, der im Frühjahr 2000 die CDU erschütterte, machte den Altkanzler, wie in seinem „Tagebuch“²⁶ zu lesen ist, „über Nacht von einer Figur der Zeitgeschichte zur Unperson“. Einzig aus dem Kreis der Leipziger CDU wurde dieser Bann mit einer kleinen, aber interessanten Fest-

23 Horst MÖLLER, *Die Ära Kohl. Versuch einer politischen Bilanz*, in: *Geschichtsbilder. Weichenstellungen deutscher Geschichte nach 1945*, hg. von Jürgen ARETZ u.a., Freiburg i.Br. 2003, S. 239–263.

24 *Die Ära Kohl im Gespräch: I. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik 1982–1989/90*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 8 (2001), S. 131–174; *II. Die Medienpolitik der 80er Jahre*, in: EBD. 9 (2002), S. 161–225; *III. Von der „Eurosklrose“ zum Maastrichter Vertrag*; in: EBD. 10 (2003), S. 255–324; *IV. Familien-, Frauen- und Jugendpolitik nach 1982*, in: EBD. 11 (2004), S. 243–310; *V. Kulturpolitik in der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl*, in: EBD. 12 (2005), S. 233–287; *VI. Umweltpolitik*, in: EBD. 13 (2006), S. 151–209.

25 *Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl. Empfang zum 60. Geburtstag. Reden*. Mit einem Vorwort von Volker Rühle, hg. von der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Bonn 1990.

26 Helmut KOHL, *Mein Tagebuch 1998–2000*, München 2000, S. 216.

schrift²⁷ gebrochen. Zum 75. Geburtstag übernahm es dann die Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., mit einem zweitägigen Symposium²⁸ den Jubilar zu ehren, der wie „kein anderer deutsche Politiker“ nach Konrad Adenauer die Entwicklung der christlich-demokratische Bewegung beeinflusst habe. Neben Altbundespräsident Roman Herzog und der Parteivorsitzenden Angela Merkel waren es vor allem die Freunde und Weggenossen aus der internationalen Politik wie Henry Kissinger, Jacques Delors, John Major, Felipe González, Jean-Claude Juncker und Wladislaw Bartoszewski, die sein politische Leben Kohls „auf das Wohlwollendste betrachtet und beleuchtet“ haben, wie der Geehrte in seinem Schlusswort meinte. Die Laudatio hielt Hans-Peter Schwarz. Lord George Weidenfeld würdige Kohls „große historische Leistung als Freund des jüdischen Volkes“. Auch ein Heft der „Politischen Meinung“ mit Beiträgen von Angela Merkel, Michail Gorbatschow, Jean-Claude Juncker, Felipe González, Roman Herzog, Hans-Dietrich Genscher, Theo Waigel, Hermann Rappe u. a. wurde dem Jubilar gewidmet.²⁹

Memoiren u. ä.

Als historische Bilanzen in eigener Sache können Erinnerungen und andere autobiographische Erzeugnisse betrachtet werden. Wie nach jedem geschichtlich seismischen Ereignis, nach der Französischen Revolution und der Herrschaft Napoleons oder jeweils nach den Weltkriegen, lässt sich auch nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums und nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine Riesenwelle von Memoirenliteratur verzeichnen. Fast alle führenden Akteure in der Umbruchzeit von 1989/90, aber auch viele Politiker, die ihre Verdienste in der Deutschland- und Entspannungspolitik nicht in Vergessenheit geraten lassen wollten, meldeten sich mit der Darstellung ihrer Erlebnisse, Handlungen und Standpunkte, mit Erinnerungsbildern und Selbstbetrachtungen zu Wort, um nur ja zu überliefern, wie sie „dabei gewesen“ sind. An erster Stelle sind die „Erinnerungen“ von *Helmut Kohl* selbst zu nennen, die bisher in zwei, zeitlich bis zur Märzwahl 1990 reichenden Bänden vorliegen.³⁰ Als sein Anliegen nennt er, „zu schildern, was ich im Lauf meines Le-

27 *Seid einig-einig-einig. Leipziger Festschrift für Helmut Kohl zum siebzigsten Geburtstag* (Lindenauer Beiträge zu Politik, Recht und Geschichte, Bd. 1), hg. von Volker SCHIMPPF, Leipzig 2000.

28 *Ein Leben für Deutschland und Europa. Helmut Kohl – Stationen eines politischen Weges*, hg. von Bernhard VOGEL, Düsseldorf 2005.

29 „Herzlichen Glückwunsch, Helmut Kohl!“, in: *Die politische Meinung* 50 (2005) 424, S. 7–79.

30 Helmut KOHL, *Erinnerungen 1930–1982*, München 2004; DERS., *Erinnerungen 1982–1990*, München 2005.

bens erlebt und erfahren habe, und Bilanz zu ziehen“³¹. Es geht ihm darum, seine Sicht der Dinge zu dokumentieren und festzuhalten, wie er, in seinem Denken und Handeln, gesehen werden will. Das ist der Zweck von Memoiren, und das macht sie interessant. Ihr charakteristisches Merkmal als Quelle der Tradition besteht nun einmal in der persönlichen Färbung der Schilderung. Warum sich nichtsdestoweniger aber Rezensenten – und es sind nicht wenige – gerade bei den Kohl-Memoiren erpicht darauf zeigen, subjektive Stellen und Lücken ausfindig zu machen und zu tadeln, erscheint merkwürdig. Meistens sagen diese Kritiken mehr über die jeweilige Einstellung zum Autor Kohl aus als über dessen Erinnerungsvermögen und Erzählweise. Es ist auch stets unberücksichtigt geblieben, dass bereits viele Weggefährten Kohls aus der in- und ausländischen Politikerkaste ihre „Denkwürdigkeiten“, in denen sie sich positionierten und auch am Kohlbild kräftig mitschraffierten, auf den Markt gebracht haben. Das heißt, Kohls Memoiren sind gewissermaßen schon aus der Defensive heraus verfasst worden. Laut Vorwort schreibt er gegen „viele politische Klischees“, gegen „Legenden“ und gegen manchen „Unsinn“ an, die über ihn und sein politisches Werk in die Welt gesetzt worden seien. So sind seine Erinnerungen in der Art, die geschilderten Geschehnisse, Personen und Haltungen, mit denen er es zu tun hatte, wahrzunehmen und zu behandeln, zu allererst ein Denkmal der Politikerpersönlichkeit Kohl. Wer sich mit ihm und seiner Politik auseinandersetzen möchte, sollte deshalb zuerst zu diesen Memoiren greifen und von ihnen ausgehen. Der erste Band beginnt mit der Schilderung seines Elternhauses und schließt mit der „Wende“ von 1982 und seiner Wahl zum sechsten Bundeskanzler, der zweite setzt mit dem „neuen Bündnis“ von CDU, CSU und FDP ein und endet mit dem zur Wirklichkeit werdenden „großen Traum“ der deutschen Einheit.

Schon vor dem ersten Memoirenband ist das „Tagebuch“³² des Altkanzlers erschienen, das auf dem Höhepunkt der Parteispendenaffäre darüber Auskunft geben sollte, wie er die zwei Jahre von der Bundestagswahl 1998 bis zum 10. Jahrestag der deutschen Einheit erlebt hat. Auf der Grundlage von Taschenkalendereintragungen, die von ihm im Nachhinein mit Fakten, Situationsschilderungen und Gedanken paraphrasierend angereichert wurden, ist eine Verteidigungsschrift entstanden, die sich gegen Versuche wendet, durch verfälschende Darstellungen seine historische Leistung herabzusetzen und sein Ansehen zu beschädigen: Kohl gibt zu, Fehler gemacht zu haben, aber er will nicht zulassen, dass sein „politisches Lebenswerk durch Kriminalisierung und Verleumdungen zerstört wird“. Auf diese „ganz persönliche Sicht“, die auch die Auseinandersetzung mit den eifrigsten Kritikern unter seinen einstigen Weggefährten einschließt und von manchen Rezensenten als selbstgerecht-

31 DERS., *Erinnerungen 1930–1982* (wie Anm. 30), S. 11.

32 DERS., *Mein Tagebuch* (wie Anm. 26).

rechthaberisch getadelt wurde, werden freilich die Historiker nicht verzichten wollen.

Die Liste autobiographischer Politikerschriften, die auch die Kanzlerjahre Kohls umfassen und noch vor Kohls umfänglichem Memoirenwerk erschienen sind, ist lang und hochkarätig. Hier können nur die wichtigsten Titel zur kurzen Vorstellung ausgewählt werden. Begonnen werden soll mit den ausländischen Staats- und Regierungschefs, an erster Stelle mit den Führern der Supermächte.

Von *Ronald Reagan*, US-Präsident 1981–1989, gibt es einen Memoirenband,³³ der unter Verzicht auf eine geschlossene, politisch möglichst umfassende Darstellung das Selbsterlebte mit persönlichen Erfahrungen, Eindrücken, Ansichten und Handlungsmotiven in den Mittelpunkt stellt. Die kleinen Züge der großen Politik bekommen ihren Platz, Anekdotisches und – dosiert – Witze eingeschlossen. Auch eine gehörige Portion Selbstironie findet sich. Und die „Botschaft“ ist die eines amerikanischen Präsidenten: Getreu der Verfassung und mit Gottes Hilfe für das Wohl und die Größe des amerikanischen Volkes zu arbeiten und zu entscheiden. Dem deutschen Bündnispartner begegnet man bei der Schilderung des Staatsbesuchs in der Bundesrepublik und des Bitburg-Komplexes (1985), beim berühmten Redeauftritt am Brandenburger Tor zum 40. Jahrestag des Marshallplans (1987) und bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen 1987 über den INF-Vertrag. Als Komplement zu diesen persönlichen Erinnerungen ist die „Memoiren-Biographie“ Reagans von *Edmund Morris*³⁴ zu lesen. Der Autor, der für seine Biographie über Theodore Roosevelt 1980 den Pulitzerpreis erhielt, wurde 1985 zum offiziellen Biographen ins Weiße Haus berufen und gehörte für 14 Jahre zum engsten Kreis der Reagans. Für Reagans Lebensgeschichte bediente er sich einer sehr unkonventionellen biographischen Methode, die er als „postmodern“ bezeichnete. Er erfand einen Jugendfreund Reagans namens Morris, der die Karriere des späteren Präsidenten vom College-Besuch in Illinois bis zur Alzheimer-Erkrankung in den 90er Jahren begleitet und beobachtet. Zu Schlüsseldaten der Darstellung werden die Besuchsszenarien von Bitburg und Bergen-Belsen gemacht. Reagan erscheint als „reiner Tor“ (S. 523), der naiv, aber grundmoralisch und stets optimistisch, ideologisch in den Traditionen des echten Amerikas verwurzelt, gedacht und gehandelt habe. Dem Autor ist es mehr um eine „innere“ als um eine „politische“ Biographie gegangen.

Auch für den nächsten Präsidenten der USA, *George Bush* (1989–1993), empfiehlt es sich, ergänzend zu seinen eigentlichen Memoiren³⁵ sein mit dem ehemaligen nationalen Sicherheitsberater *Brent Scowcroft* verfasstes Buch

33 Ronald REAGAN, *Erinnerungen. Ein amerikanisches Leben*, Berlin 1990 (New York 1990).

34 Edmund MORRIS, *Dutch. A Memoir of Ronald Reagan*, London 1999.

35 George BUSH, *All the Best. My Life in Letters and other Writings*, New York 1999.

über die amerikanische Außenpolitik³⁶ heranzuziehen. Der Erinnerungsband ist als persönliches Lebenszeugnis gedacht. Er enthält eine nach Lebensstationen geordnete Zusammenstellung von Korrespondenzen und privaten Aufzeichnungen, die mit seiner Militärausbildungszeit 1942 einsetzen und im Jahr 1998 mit Briefen an seine Kinder enden. Die deutsche Frage wie überhaupt die internationale Politik kommen darin nur sporadisch und „am Rande“ vor. Was aber doch hervorscheint, ist das „sehr persönliche, sehr freundschaftliche“ Verhältnis zu Helmut Kohl, das sich realpolitisch dem engen Anschluss der Bundesrepublik an die USA und der Anerkennung ihrer Führungsrolle verdankte. Ohne dieses gegenseitige Vertrauensverhältnis wäre die Einigungspolitik sicherlich gescheitert. Bushs anderes Buch lässt noch deutlicher werden, in welchem entscheidendem Maß die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit die erfolgreiche Lösung der deutschen Frage ermöglichte. In einer Art Doppel-Conference über die amerikanische Außenpolitik in der Umbruchzeit 1989/91 ergänzen und kommentieren sich der amerikanische Präsident und sein Sicherheitsberater wechselseitig, wenn sie die Stationen und Hauptprobleme der großen Politik zwischen der USA-Reise Gorbatschows im Dezember 1988 und dessen Rücktritt vom Amt des Präsidenten der Sowjetunion im Dezember 1991 aus amerikanischer Sicht Revue passieren lassen. Es wird gezeigt, wie die Politik der Bush-Administration die „kritischen Ereignisse“ dieser Jahre, insbesondere die deutsche Wiedervereinigung und den Rüstungskontrollprozess, „in ihrer Entwicklung gelenkt und geformt“ hat. Das amerikanische Engagement für die Wiedervereinigung erfolgte in der Einschätzung, dass Deutschland eine konstruktive Rolle im neuen Europa spielen würde und dazu beitragen könnte, dort die Präsenz der USA zu stabilisieren. Die enge Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Kohl wird als „wichtigstes Moment“ bezeichnet, um die anderen NATO-Verbündeten für die deutsche Wiedervereinigung zu gewinnen und die SU zu überzeugen, ein vereintes Deutschland in der NATO zu akzeptieren. Dem entspricht ein sehr positives Bild von Kohl, nicht nur persönlich, sondern auch „staatsmännisch“: Kohl habe mit seiner Entscheidung zur deutschen Währungsunion, die häufig kritisiert worden sei, „ohne Zweifel“ chaotische Zustände und eine drohende Krise vermieden. Unter seiner Führung habe Deutschland nicht wieder einen „Sonderweg“ eingeschlagen, sondern sei bereit gewesen, die Verantwortung in europäischen Sicherheitsangelegenheiten innerhalb der NATO mitzutragen. Bush bezeichnet Kohl als „vollendeten Politiker“, „vielleicht der fähigste, den ich jemals gekannt habe“ (S. 40). Aufmerksam registrierte man in Washington auch die Unterschiede zwischen Kohl und Genscher in der Behandlung der Wiedervereinigungsfrage (S. 145f.). Dass

36 George BUSH/Brent SCOWCROFT, *Eine neue Welt. Amerikanische Außenpolitik in Zeiten des Umbruchs*, Berlin 1999 (amerik. Original: *A World Transformed*, New York 1998).

man sich in der Bonner Koalitionsregierung nicht über alle Fragen abgesprochen habe, sei für Washington etwas kompliziert gewesen (S. 214).

Der dritte der amerikanischen Präsidenten, die der internationalen Politik während der Kohl-Ära den Stempel aufgedrückt haben, war *Bill Clinton* (1993–2001). Seine Memoiren erschienen 2004.³⁷ Mit seinem Leben in der Politik, das ihm „immer viel Freude bereitet“ habe (Vorwort), sollte auch zugleich die Geschichte der Vereinigten Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts und in einer zunehmend instabiler werdenden globalisierten Welt erzählt werden. Über die Hälfte des 1.450 Seiten umfassenden Buches, das auch „die menschliche Seite ... nicht links liegen“ lässt, behandelt die acht Jahre seiner Präsidentschaft. Als er dem sechzehn Jahre älteren Kohl begegnet, sieht er in ihm den erfolgreichen, in der internationalen Politik erfahrenen und anerkannten Staatsmann. Die großen Entscheidungen am Ende des Ost-West-Dualismus waren in der Weltpolitik schon gefallen. Es kam nun darauf an, die aus dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums entstandenen Staaten in ein „demokratisches, friedliches und geeintes Europa“ einzubinden und das Verhältnis des transatlantischen Bündnisses zu ihnen zu bestimmen. Der „politisch äußerst vitale“ deutsche Kanzler imponierte ihm sichtlich: „Er war ein Riese, wog knapp 140 Kilo und sprach mit großer Überzeugung in einer direkten und manchmal brüskten Art. Und er war ein großartiger Geschichtenerzähler mit viel Sinn für Humor. Kohl war nicht nur körperlich der beeindruckendste politische Führer seit Jahrzehnten auf dem europäischen Kontinent. Er hatte Deutschland wiedervereinigt und gewaltige Mengen an Kapital nach Ostdeutschland umgelenkt, um den Wohlstand der dortigen Bürger zu heben. Unter Kohls Führung war Deutschland zum größten Geldgeber der russischen Demokratie geworden. Darüber hinaus war er auch die treibende Kraft hinter dem europäischen Einigungsprozess und setzte sich dafür ein, Polen, Ungarn und die Tschechische Republik sowohl in die künftige EU als auch in die NATO aufzunehmen. Und schließlich war Kohl zutiefst besorgt über die Passivität Europas im Bosnienkrieg und teilte meine Ansicht, dass die Vereinten Nationen das Waffenembargo aufheben sollten, da es die bosnischen Muslime benachteilige. Er stand in allen Fragen, mit denen sich Europa konfrontiert sah, auf der richtigen Seite und warb nachdrücklich für seinen Standpunkt. Er glaubte, wenn er die wichtigen Dinge richtig mache, würden ihm die Wähler schon folgen. Ich mochte Helmut Kohl wirklich sehr.“ (801f.)

Es fällt auf, aber ist auch leicht erklärlich, dass Deutschland und seine führenden Politiker der 1980er und 1990er Jahre in den Memoiren sowjetischer bzw. russischer Staatsmänner einen höheren Stellenwert beanspruchen, als dies auf amerikanischer Seite der Fall ist. Immerhin ging es für die östliche

37 Bill CLINTON, *Mein Leben*, Berlin 2004 (amerik. Original: *My life*, New York 2004).

Weltmacht, im Unterschied zu den USA, um eine völlige Neuordnung ihrer Beziehungen zu Deutschland, Europa und der NATO. *Michail Gorbatschow*³⁸ schreibt seine „Erinnerungen“ als einen Rechenschaftsbericht über sein Leben und seine Reformpolitik. Er will anhand seiner Biographie die problematische Entwicklung der Sowjetunion und die Bedingungen, die seine Generation geprägt haben, verdeutlichen, um die Politik der Perestroika, ihre Motive und Zielsetzungen ins rechte Licht zu stellen. Dabei ist er bemüht, auch die Menschen einzubeziehen, die ihn auf seinem Weg begleitet haben oder die ihm begegnet sind. Es geht ihm im Besonderen um moralische und politische Lehren, die sich aus seinem Leben ziehen lassen. Er versteht seine Politik als Suche nach neuen Wegen jenseits der traditionellen Positionen sozialistischer, liberaler, konservativer oder christlich-demokratischer Ausrichtung; sie sollte der Versuch sein, „ein neues synthetisches Konzept der gesellschaftlichen Entwicklung zu erarbeiten“ (S. 1135). Es liegt auf der Hand, dass innere sowjetische Vorgänge und Namen der sowjetischen Politik im Zentrum der Darstellung stehen. Nach außen sieht sich Gorbatschow als der große Initiator einer Politik, die für Europa neue Wege sucht, und in diese neue Politik ordnet er auch den Prozess zur deutschen Einheit ein. Er schildert seine Begegnungen mit Kohl im Wesentlichen in den Kapiteln „Europa“, „gemeinsames Haus“, und „Vereinigung Deutschlands“. Das erste Treffen beider Staatsmänner im Herbst 1988 in Moskau erscheint als „Ausgangserlebnis“ für die weitere Entwicklung. Beide stimmten nicht nur darin überein, den sowjetisch-deutschen Beziehungen eine neue Qualität zu geben, sondern fanden auch persönlich einen positiven Draht zueinander. Kohls Bereitschaft zu einem „intensiven persönlichen Dialog“, zu schriftlichem und telefonischem Kontakt sowie zum Austausch von Vertrauenspersonen, „imponierte“ dem sowjetischen Staatsführer „sowohl in rein menschlicher als auch in sachlicher Hinsicht“. Gorbatschow stellt sich jedoch im Vergleich zu Kohl als Spieler in der höchsten weltpolitischen Liga dar, der nicht nur wie dieser als erstes an der Wiedervereinigung interessiert gewesen sei, sondern „die Situation in Europa ebenso wie die globale“ zu berücksichtigen gehabt hätte. Kohls Bedeutung für ihn wird zwar nicht relativiert, aber er stellt diese doch relativ dar im Vergleich zu den weltpolitischen „Hauptfiguren“ wie Reagan, Bush, Major oder Mitterrand. Kohl habe versucht, den Wiedervereinigungsprozess zu beschleunigen. Für Gorbatschow sei es aber wichtig gewesen, zu verhindern, „dass Kohl in Euphorie verfiel und die deutsche Frage lediglich auf die Vereinigung und die Befriedigung nationaler Sehnsüchte der Deutschen reduzierte“. Für die Moskauer Politik sei die entscheidende Überlegung gewesen, dass ein demokratisches, politisch stabiles und wirtschaftlich gesundes Deutschland, das seine

38 Michail GORBATSCHOW, *Erinnerungen*, Berlin 1995.

Grenzen anerkenne und mit seiner Stellung in Europa und der Welt zufrieden sei, ein positiver Faktor für die europäische und internationale Entwicklung sein würde, besonders für den Ausgleich der Lebensverhältnisse zwischen West- und Osteuropa. Die sowjetische Wiedervereinigungspolitik in der deutschen Frage ist von Gorbatschow dann auch noch einmal in einem besonderen Erinnerungsbuch „Wie es war“ behandelt worden.³⁹ Ein genauerer Titel wäre gewesen „Wie ich es sehe“. Das Buch ist der Versuch, die deutsche Wiedervereinigung als „logisches“ Resultat des vom Geist der Perestroika und von der Vision eines gesamteuropäischen Hauses erfüllten „neuen sowjetischen Denkens in der Weltpolitik“ darzustellen. Die Bewegung zur Überwindung des Kalten Krieges ging danach von der SU und Gorbatschow aus und erzeugte unvorhergesehen eine geschichtliche Dynamik, die die Politiker in Ost und West „mit sich riss.“ Ausgangspunkt der Darstellung des Wiedervereinigungsprozesses sind die Besuche von Weizsäckers 1987 (Juni) und 1988 Kohls (Oktober) in der SU, bei denen er für eine „neue Seite“ in den beiderseitigen Beziehungen warb. Schon das erste Treffen mit Kohl im Oktober 1988 habe die sowjetisch-deutsche Verständigung nicht nur auf ein neues Niveau gestellt, sondern auch zu einem vertrauensvollen Verhältnis im Persönlichen geführt, das „einen freundschaftlichen Charakter“ annahm. „Bald gingen wir zum Du über“ (S. 75). Gorbatschow legt Wert auf die Feststellung, dass Kohl damals mit einer Lösung der deutschen Frage erst in sehr ferner Zukunft rechnete (S. 76). Die Protestbewegung der DDR-Bevölkerung habe dann die deutsche Frage auf die politische Tagesordnung gesetzt. Das Buch enthält überwiegend ellenlange Zitate aus amtlichen, teils offiziellen Aufzeichnungen von Gesprächen mit führenden bzw. prominenten Politikern des Westens und der DDR. Es fehlt fast ganz an atmosphärischen Schilderungen und persönlichen Eindrücken. Unter anderem hat Gorbatschow hier heftig bestritten, dass die Sowjetunion ihre Zustimmung zur Wiedervereinigung von der Unantastbarkeit der Enteignungen in der SBZ vor 1949 abhängig gemacht hätte. Das sei „absurd“. Das sei eine Forderung der DDR-Regierung gewesen, die er zwar unterstützt, aber nicht zur absoluten Bedingung gemacht habe.

Der Zerfall der Sowjetunion ließ Gorbatschow stürzen (1991). Der erste direkt gewählte Präsident des neuen Russlands, *Boris Jelzin*, der 1996 wiedergewählt wurde und 1999 zurücktrat, hat „vorzeitige Memoiren“ veröffentlicht, die auf Tagebuchnotizen beruhen sollen. Der erste Band⁴⁰ über die Zeit vom Augustputsch 1991 bis zum Oktoberputsch 1993 wurde geschrieben, „um Klarheit darüber zu gewinnen“, was mit Russland geschehen ist und wohin

39 DERS., *Wie es war. Die deutsche Wiedervereinigung*, Berlin 1999 (russ. Original: *Kak eto bylo*, Moskau 1999).

40 Boris JELZIN, *Auf des Messers Schneide. Tagebuch des Präsidenten*, Berlin 1994 (russ. Original: *Zapiski prezidenta*, Moskau 1994).

dieses Land geht. Er enthält zum Teil aufschlussreiche, spannende Berichte aus den Revolutionstagen der zusammenbrechenden Sowjetmacht, vor allem der dicht aufeinander folgenden Entscheidungssituationen. Zugleich liegt hier ein Zeugnis vom Denken und Handeln eines Mannes vor, der im Zerfall des sowjetischen Imperiums versucht, ein „politisches Tschernobyl“ (S. 305) zu verhindern. Im Mittelpunkt der Darstellung steht der Machtkampf zwischen Kreml (Präsident) und „Weißem Haus“, dem Sitz des Obersten Sowjet der Russischen Föderation und im Urteil Jelzins „eine Art Zeitbombe unter dem Fundament Rußlands“ (S. 306). Jelzin stilisiert sich als Politiker, dem es gelang, ohne Katastrophen die Entsovjetisierung zu vollenden, innenpolitisch wie außenpolitisch. Im 5. Kapitel „Rußland und die Welt“ kommt auch der deutsche Bundeskanzler ins Bild: „Viele sagen, wir seien uns ähnlich – beide groß und kräftig, mit ähnlichen Gewohnheiten, Lebensauffassungen und Verhaltensweisen. Er war mir immer besonders sympathisch“ (S. 136). Jelzin nennt ihn seinen „Freund Helmut“, zu dem er, ohne „familiäre Vertraulichkeit“ offene und ehrliche Beziehungen unterhielt. Die Jelzin-Memoiren führen (wie übrigens auch andere politische Erinnerungsliteratur aus Russland) geradezu plastisch vor Augen, wie desorientiert und hilflos die sowjetische Führung im Chaos des Zusammenbruchs war. Etwas Udenkbares war geschehen. Mit dem Fortfall der äußeren und inneren Systembedingungen fehlten jegliche Kriterien, Maßeinheiten, Pläne. Das mag zu einem großen Teil die Erfolge der westlichen Politik erklären. Dem Buch ist eine sehr nützliche Zusammenstellung aus den Nachrichtenbulletins des Präsidenten mit den Tagesmeldungen über die Ereignisse in der Sowjetunion zwischen Mai 1990 und September 1993 beigegeben (S. 317–364). Der Fortsetzungsband der Jelzin-Memoiren⁴¹ beschreibt und kommentiert die Ereignisse von 1996 bis 2000. Er soll einen „ehrlichen Bericht“, eine ungeschönte Bilanz der zweiten Amtszeit Jelzins bieten. Die russische Demokratie in der Krise sollte beschrieben werden. Anstatt allerdings harte Fakten und Daten zu benennen, werden in einem bis ans Lächerliche grenzenden Ausmaß „scheinauthentische“ Einzelheiten aneinandergereiht. Immer wieder läutet das Telefon oder seine Tochter Tanja kommt gerade herein, er geht in die Sauna oder betritt sein Arbeitszimmer. Auch das Wetter ist der Berichterstattung wert („Der Schnee im Kreml ist weich und rein“), es wimmelt von Banalitäten („Stürmische Zeiten fordern ihre Opfer“). Das Drumherum findet stets viel detaillierte Aufmerksamkeit, über russische Politik und Politiker im neuen Russland ist nur wenig Substanzielles zu erfahren. Für die deutsche Politik nach der Wiedervereinigung wird das Bestreben Kohls hervorgehoben, das neue Russland nicht zu isolieren, sondern in den europäischen Prozess und in die G-Gruppe einzubinden. Wohlgefällig er-

41 DERS., *Mitternachtstagebuch. Meine Jahre im Kreml*, Berlin 2000.

innert sich Jelzin der informellen Dreiertreffen mit Kohl und Jacques Chirac („Diplomatie ohne Schlips und Kragen“). Sie hätten es als Aufgabe angesehen, etwas gegen das Ungleichgewicht zu tun, das durch die Ausweitung der NATO in Europa entstanden sei. Jelzin glaubte, bei Kohl und Chirac Verständnis für dieses russische Anliegen wahrzunehmen, und er „träumte“ von einer Achse Moskau-Berlin-Paris. Zum Gipfeltreffen in Denver im Mai 1997, wo die G-7 durch Hinzukommen Russlands zur G-8 wurden, notiert er: „Das persönliche Du, der freundschaftliche Umgang sind keine Formsache, sondern ein grundlegender Wesenszug dieser Treffen. Ein Wesenszug des neuen Jahrhunderts.“ Es habe keine Rangordnung gegeben, doch hätten Alter und Erfahrung Kohl „zu unserem informellen ersten Mann“ gemacht (S. 142).

Von den westeuropäischen „Kollegen“ Kohls hat *Margaret Thatcher*⁴² klassische Politikermemoiren aus ihrer Premierministerzeit verfasst, in der sie, zumal in der EG und gegenüber Deutschland, als unbedingte Sachwalterin britischer Interessen auftrat. Was die Europäische Währungsunion und die Wiedervereinigung angeht, macht sie keinen Hehl daraus, dass sie beiden Entwicklungen herzlich abgeneigt war. Besonders deutlich wird der britische Politikrealismus in Verbindung mit typisch britischen Vorurteilen. Sie mochte die Deutschen nicht, und Kohl, der für sie Deutsches potenziert verkörperte, mochte sie umso weniger, als er ihr mit seiner Politik durchaus imponierte. Ihn umgebe, meinte sie, „die unverwechselbare Aura eines deutschen Provinzpolitikers, die sich politisch durchaus zu seinem Vorteil auswirkte“. Zwar zollte sie dem Mut, den Kohl in der Nachrüstungsfrage gegenüber der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik bewies, Respekt, zwar schätzte sie sein „starkes Gespür für Geschichte“, und sie musste auch zugestehen, dass sich sein diplomatischer Stil „sogar noch durch größere Direktheit“ auszeichnete als der ihre, aber ihr Rückblick auf die Folge der „Gipfel“- und Ratssitzungen, die beide Politiker zusammenführte, gerät zugleich zur Aufzählung der Differenzen und Reibereien zwischen ihnen. Ging es dabei zunächst immer wieder um die EG-Financen und das Konzept zur Politischen Union Europas sowie um die Rüstungspolitik, wurde mit den Revolutionsereignissen in der DDR die deutsche Frage dominierend. Der Premierministerin erschien ein wiedervereinigtes Deutschland schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld hätte sein können. Ihre Verärgerung über die deutsche Wiedervereinigungspolitik ist fast aus jeder Zeile zu lesen. Eine bissige Bemerkung folgt auf die andere. Als Folgen der Wiedervereinigung sieht sie in Deutschland aus der „politischen Unreife der Ostdeutschen“ Neonazismus und ausländerfeindlichen Extremismus aufstehen und sich über das ganze Land verbreiten. Und für Europa glaubt sie

42 Margaret THATCHER, *Downing Street No. 10. Die Erinnerungen*. Düsseldorf 1993 (engl. Original: *The Downing Street Years*, London 1993).

erkennen zu können, dass sich die „von den Westdeutschen betriebene Einverleibung ihrer benachbarten Verwandtschaft“ als wirtschaftliche Katastrophe erweisen und in Form erhöhter Arbeitslosigkeit und Rezession über die hohen Zinsen der Bundesbank und das Europäische Währungssystem auf die übrige EG ausweiten würde. Ein „deutsches Europa“ – das war ihr ständiger Alptraum; denn Europa verstand sie einzig und allein nur als Rahmen nationaler Interessenpolitik im Ringen um Finanz- und Wirtschaftsvorteile. Ihre Memoiren lassen sehr klar erkennen, wie sich Margaret Thatcher in Verfolgung der traditionellen britischen Interessenpolitik gegenüber Deutschland und dem Kontinent in eine völlige Isolation verrannte. Sie irrte sich in den Sowjets, von denen sie eine strikte Ablehnung jeder Form von Wiedervereinigung erwartete, sie irrte sich in Frankreich, das sie zu einer Entente in der deutschen Frage bereit sah, sie irrte sich in den USA und Bush, die mit den britischen Vorstellungen eines europäischen Gleichgewichts gar nichts anfangen konnten und dagegen die einzigartige Chance nutzten, ein wiedervereinigtes Deutschland in der NATO zu installieren und die sowjetische Machtstellung in Europa entscheidend zu schwächen.

Für die Geschichtsschreibung ist es sehr zu bedauern, dass der französische Staatspräsident *François Mitterrand* kein ähnliches Memoirenwerk verfasst hat. Das „Gegenlesen“ wäre in diesem Fall sicherlich höchst aufschlussreich gewesen. Ein gewisser Ersatz ist jedoch mit den Aufzeichnungen von *Hubert Védrine*⁴³ gegeben, der seit 1981 im Elysée, seit 1991 Generalsekretär des Präsidenten und von 1997 bis 2002 französischer Außenminister war. Sein Buch will das Ringen zwischen einem starken individuellen Willen und der machtvollen Realität erzählen, zwischen Staatspräsident Mitterrand und der Welt der Jahre 1981–1995. Der Autor, der betont, dass er über 14 Jahre im Zentrum der politischen Entscheidungen Frankreichs gearbeitet habe, versteht sich als ein „getreuer Erzähler“, nicht als ein Memoirenschreiber, der sich selbst mit pikanten Histörchen und Ausplaudern geheimer Dinge in den Mittelpunkt stellt. Er will stattdessen die innere Logik der politischen Aktionen herausarbeiten. Gesungen wird vor allem das Hohe Lied auf Mitterrand, der sich die große Aufgabe gestellt habe, zu verhindern, dass Frankreich im anglo-amerikanischen „Magma“ der Globalisierung untergehe. Mitterrand wird zum Inbegriff Frankreichs stilisiert, zum „être de mémoire de la France“ (S. 749). Doch zugleich wird hier auch eine Geschichte der Konstruktion Europas in der Ära Mitterrand/Kohl erzählt, als Geschichte zweier Männer, die sich ein starkes Europa mit einem starken Frankreich und einem starken Deutschland zum gemeinsamen Ziel setzten. Die Gemeinsamkeit mit Deutschland und die europäische Einigung werden als Mitterrands Vermächtnis dargestellt. Im Tan-

43 Hubert VÉDRINE, *Les mondes de François Mitterrand. À l'Élysée 1981–1995*, Paris 1996.

dem mit Kohl erscheint er allemal als der Steuermann und Tempomacher. Die europäische Politik Mitterrands habe eigentlich erst richtig begonnen, als er 1983 in Kohl einem kongenialen Partner begegnet sei. Mit der Zeit hätten die Beziehungen zwischen beiden Männern an Freundschaft und an Fruchtbarkeit der Politik sogar die sowieso schon bemerkenswerten Paarverhältnisse de Gaulle-Adenauer und Giscard-Schmidt übertroffen. Nach dem Wahlsieg Mitterrands 1988 intensivierten beide Männer ihre „Benediktiner-Arbeit“ für Europa. Davon zeugen die ungezählten Treffen auch inoffizieller Art in der Folgezeit. Die Beziehungen zwischen dem Elysée und dem Bundeskanzleramt seien immer enger und organischer geworden (S. 416). Besonders im Maastricht-Prozess der Wirtschafts- und Währungsunion habe sich das Tandem Mitterrand-Kohl bewährt. Dank des ausgezeichneten Einvernehmens von Kohl und Mitterrand konnte sogar der deutsche Einigungsprozess als Beschleuniger der europäischen Einigungspolitik dienen. Bei den zahlreichen Treffen von Kohl und Mitterrand seit 1986 sei neben der deutsch-französischen Zusammenarbeit und der Fortentwicklung der europäischen Integration immer mehr auch die deutsche Frage Gegenstand der Gespräche gewesen. In diesen Jahren wurde die Vertrauensbasis dafür gelegt, dass in kritischen Momenten der deutschen Einigung die Irritationen in Paris rasch vorübergingen. So habe Mitterrand Kohls „Zehn-Punkte-Plan“ vom 28. November 1989, der ohne vorherige Benachrichtigung der französischen Seite vorgetragen worden sei, nach kurzer Verärgerung auch richtig verstanden: Kohl habe seine Rolle als deutscher Kanzler erfüllt ... „Es gab daran nichts Schockierendes, noch Abenteuerliches“ (S. 430). In der Frage der Oder-Neiße-Grenze sei sich der Präsident, bei all seinem Drängen auf deren Anerkennung durch einen internationalen Akt, sehr wohl bewusst gewesen, was das für die deutsche Seite bedeutete. Mitterrand gibt zu, dass „er, wäre er ein Deutscher, leiden würde, wie sie leiden“, seine Hauptsorge ist jedoch der Frieden Europas, der langfristig (nach ihm, nach Kohl, nach Gorbatschow) gesichert bleiben müsse. Zu beiden vorgenannten Problemkomplexen enthalten Védriines Ausführungen wichtige Hinweise für den Historiker. Er lässt keinen Zweifel daran, dass zwischen Mitterrand und Kohl bei allen Uneinigkeiten (u. a. Fernsehen ohne Grenzen, Europol, EZB, Sitz Deutschlands im UNO-Sicherheitsrat) über die „Arbeitsfreundschaft“ hinaus eine echte persönliche Beziehung entstand. Védrine glaubt, dass Mitterrands auf Sympathie gegründetes Interesse an Deutschland Kohl persönlich berührt und die Intimität der Beziehungen, „la texture intime“, zwischen beiden Männern geformt habe. Ihre nicht eben seltenen Differenzen seien sie offen im Rahmen ihres unerschütterlichen Einverständnisses angegangen. Ihre Uneinigkeiten hätten so auch immer neue gemeinsame Initiativen zur Folge gehabt, die aus einer Dialektik gegenseitiger Zugeständnisse hervorgegangen seien.

Dem Kreis der Staats- und Regierungschefs, von denen Erinnerungen vorliegen, kann auch der Präsident der Europäischen Kommission, *Jacques Delors*, zugerechnet werden, der sein Amt in der Umbruchdekade zwischen 1985 und 1995 ausübte. Seine Memoiren, die sich auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen, sind in der Form eines Interviews verfasst.⁴⁴ Die Fragen werden von Delors' langjährigem Mitarbeiter, dem Publizisten und Journalisten Jean-Louis Arnould, gestellt, der in der Einleitung kurz auch über die ersten 25 Lebensjahre Delors' berichtet. Das große Thema aber – vier Fünftel des Buches – ist Europa, und neben Mitterrand sind Kohl und Thatcher die am häufigsten genannten Politiker. Kohl ist durchwegs freundlich dargestellt und seiner europapolitischen Haltung wird volle Anerkennung zuteil („Großer Europäer“). Insbesondere in den Verhandlungen um Delors I im Februar 1987 (gemeinsame Agrarpolitik im Rahmen der Europäischen Akte) unter der deutschen Präsidentschaft habe Kohl seine Vision von Europa wie auch seine staatsmännischen Fähigkeiten bewiesen, als er zu schwerwiegenden, den eigenen Bürgern schwer zu erklärenden Konzessionen namentlich finanzieller Art bereit gewesen sei. Die diesbezügliche Kapitelüberschrift lautet „Der Weitblick eines Staatsmanns“. Delors' Erinnerungen führen eindringlich vor Augen, wie entscheidend die europäische Dimension der deutschen Frage in den entscheidenden Jahren von 1988 bis 1991 war. In den Diskussionen um die deutsche Einigungspolitik darf dieser Aspekt jedenfalls nicht vernachlässigt werden, wie es leider immer wieder geschieht.

Die Historiker dürfen dankbar dafür sein, dass die Außenminister und Spitzendiplomaten der entscheidenden Staaten ihren Staats- und Regierungschefs mit Memoiren nicht nachstehen wollten. Denn ihre besonderen Erfahrungen und Perspektiven zeigen mehr und deutlicher die Kompliziertheit der zwischenstaatlichen Verhandlungen und die Konkretheiten der diplomatischen Fortschritte auf dem Weg zur Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und zur Lösung der deutschen Frage. Auch hierbei geben die Politiker der Supermächte den Ton an. „Klassische“ Memoiren hat Reagans Außenminister *George P. Shultz*⁴⁵ publiziert. Konzentriert auf seine Amtszeit als Secretary of State (1982–1989), ist es erklärte Absicht seines Buches, „living history“ festzuhalten, zu schildern, wie die Dinge sich ereigneten, die Realität wiederzugeben, wie er sie erfahren habe, „in kaleidoskopischer Weise Tag für Tag, Woche für Woche“. Es ist eine Erfolgsstory: Als er in Washington begonnen habe, sei die Welt in Unruhe gewesen, und als er das Office verließ, war der Kalte Krieg vorbei und die Idee eines freien, offenen politischen und wirtschaftlichen Systems hatte triumphiert. Shultz macht kein Hehl daraus, dass er zu Helmut Schmidt ein besseres Verhältnis fand als zu dessen Nachfolger, der sich bei

44 Jacques DELORS (mit Jean-Louis Arnaud), *Mémoires*, Paris 2004.

45 George P. SHULTZ, *Turmoil and Triumph. My Years as Secretary of State*, New York 1993.

der ersten Begegnung, in Washington Mitte November 1982, als der „andere Helmut“ vorstellte. Kohl erwarb aber bald den Respekt des Amerikaners, als er trotz des starken Gegendrucks aus der Öffentlichkeit und seitens der Sowjetunion „den Kampf seines politischen Lebens“ (S. 767) führte, um die Aufstellung der Pershing II in Westdeutschland durchzusetzen und die Position von Präsident Reagan auf der Linie des NATO-Doppelbeschlusses zu unterstützen. Das ganze Kapitel 28 hat Shultz dem Thema „Bitburg“ gewidmet. Ausführlich wird dargelegt, dass Reagan mit seiner Zukunftsorientierung *mit* Deutschland vorwärts zu schauen wünschte anstatt zurück *auf* Deutschland. Obwohl Kohl erheblichen Druck auf den Präsidenten ausgeübt habe, sei die Schlüsselfigur des Bitburg-Dramas Reagan selbst gewesen, der sich gegenüber Kohl als Amerikas treuem Verbündeten in der Pflicht fühlte und hierbei seine große Fähigkeit bewies, gegen politische Stimmungen standhaft zu bleiben. Kohls Haltung wiederum schien, so Shultz „retrospective“, viel Gefühllosigkeit zu verraten, sowohl für die Schwierigkeiten, die er Reagan bereitete, als auch für das Trauma, das bei den Juden rund um die Welt berührt wurde.

Der amerikanische Außenminister *James A. Baker* hat seine Erinnerungen⁴⁶ auf die Jahre seiner Amtszeit 1989/92 beschränkt. Obwohl er einer der Hauptakteure der Zeitenwende war, in der das sowjetische Imperium und die Herrschaft der kommunistischen Systeme in Europa zusammenbrachen, ist sein Memoirenwerk kein Buch der großen Worte und Visionen, sondern ein persönlicher Erlebnisbericht über den diplomatischen Geschäftsalltag, über Begebenheiten und Begegnungen, Gespräche und Erfahrungen während eines ungewöhnlich dynamischen Geschehens. Er will mitteilen, wie bestimmte Entscheidungen getroffen wurden, was zu ihnen führte, welche strategische oder taktische Kalkül ihnen zugrunde lag. Eindrucksvoll wird vermittelt, wie die westliche Führungsmacht die weltgeschichtliche Chance erkennt und ergreift, zur globalen Ordnungsmacht zu werden. Auf dem Weg „vom Kalten Krieg zum demokratischen Frieden“ verband die amerikanische Interessenorientierung die „geostrategische Revolution“ mit einer „Wirtschaftsrevolution“ auf der Grundlage eines neuen, liberalisierten Welthandelssystems. Mit dieser außenpolitischen Zielvorstellung agierten Weißes Haus und State Department auf den Schauplätzen in Europa „von Berlin zum Balkan“, im Nahen Osten und am Golf, in Zentralasien, in Afrika und Lateinamerika. Gegenüber China wird der Versuch unternommen, im strategischen Interesse der Vereinigten Staaten „einen Staat zu engagieren anstatt zu isolieren“ (S. 589). Die Wiedervereinigung Deutschlands erscheint in dieser globalen Perspektive nur als eine unter anderen wichtigen Fragen, in denen die Sowjetmacht, dann das neue Russland der weltpolitische Kontrahent der USA war. Es wird aber auch deut-

46 James A. BAKER, *Drei Jahre, die die Welt veränderten. Erinnerungen*, Berlin 1996 (amerik. Original: *The Politics of Diplomacy*, New York 1995).

lich, wie erfolgreich Bundeskanzler Kohl und Bakers Amtskollege Genscher dabei die deutschen Positionen in den komplexen Verhandlungsprozess einbringen und bremsende oder ablenkende Versuche aus dem Westen wie dem Osten Europas vereiteln konnten. Eine Mischung aus politischem Idealismus und Realismus habe damals den Kurs der Bush I-Administration geleitet. Als es zum Golfkrieg kommt, sehen sich die Kohl-Regierung und auch der Bundeskanzler persönlich einem starken moralischen Druck ausgesetzt. „Der Bundeskanzler“, so kommentieren die Erinnerungen die deutsche Zusage, die Kriegskoalition gegen den Irak mit „angemessenen“ Geldbeträgen und Bereitstellung von Ausrüstungs- und Transportkapazitäten zu unterstützen, „war ein überzeugter Atlantiker, ein vehementer Verfechter der Freundschaft zu den Vereinigten Staaten und ihrer Präsenz in Europa, ein enger Freund von Präsident Bush und als Regierungschef sehr dankbar für das, was Amerika gerade getan hatte“ (S. 282f.).

Persönlich-Subjektives wird man in den Erinnerungen des sowjetischen Außenministers *Eduard Schewardnadse*⁴⁷ kaum finden. Seit 1985 Politbüromitglied und Außenminister als Nachfolger von Andrej Gromyko schrieb er „halb Memoiren, halb kritische Summe seiner Außenpolitik“ kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Amt. Seine Absicht dabei war, die Geschichte des „neuen politischen Denkens“ (Glasnost und Perestrojka), das seit April 1985 auch das Fundament der sowjetischen Außenpolitik bildete, in seinen Grundsätzen, Konzeptionen und praktischen Auswirkungen darzustellen und verständlich zu machen. Es handelt sich also zugleich um eine Rechtfertigungsschrift, die sich im weltpolitischen Entscheidungsjahr 1990 vor der „Weltöffentlichkeit“ mit jenen Kräften in der Sowjetunion auseinandersetzt, die weiterhin die alten großmachtpolitischen Maximen hochhielten. Bei dieser Anlage des Buches ist es verständlich, dass ausländischen Politikern darin nur Nebenrollen zukommen. Bei seinen Ausführungen zum INF-Vertrag von 1987 über die Rüstungsbegrenzung bei Mittel- und Kurzstreckenraketen erwähnt er lobend das konstruktive Handeln von Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher, ohne dass der erfolgreiche Abschluss kaum möglich gewesen wäre. Als Ausgangspunkt für das neue politische Denken gilt ihm die Forderung, den „Faktor Mensch“ in den Mittelpunkt zu stellen. Der „menschliche Maßstab“ (4. Kapitel) bedeutet, die überkommenen Feindbilder aus der Welt zu schaffen, um sich den tatsächlichen Feinden der Menschheit (nuklearer Krieg, ökologische Katastrophe, Zerfall des Weltwirtschaftssystems) entgegenstellen zu können. Dem entspricht, dass auch die menschliche Qualität in der Begegnung mit seinen Außenministerkollegen Genscher, Dumas, Hurd und Baker besonders betont wird. Zur deutschen Frage führt er aus, dass er schon 1986 die deutsche

47 Eduard SCHEWARDNADSE, *Die Zukunft gehört der Freiheit*, Hamburg 1991.

Wiedervereinigung für unvermeidlich gehalten habe. Bei den Verhandlungen im Jahr 1990 habe für die sowjetische Seite von Anfang an festgestanden, „dass wir uns der Vereinigung Deutschlands nicht widersetzen würden“. Für die sowjetische Außenpolitik war es dabei aber wichtig, in den Prozess der Wiedervereinigung die Sicherheitsgarantien für die SU und die Schaffung einer gesamteuropäischen Friedensordnung einzubeziehen. Das habe auch eine Umgestaltung der NATO bedeutet.

Das in großen Teilen reflexiv gehaltene Schewardnadse-Buch wird in ereignisgeschichtlicher Hinsicht durch die Diplomaterinnerungen von *Julij A. Kwizinskij*⁴⁸ ergänzt. Der Autor war von 1986 bis 1990 sowjetischer Botschafter in Bonn. Seine Perspektive auf die großen außenpolitischen Entscheidungen in der Endzeit der UdSSR erfolgt aus der „Linie“, nicht von der Zentrale her. Es ist die Welt der diplomatischen Arbeit mit ihren Verhandlungen, Konzeptionen, Entwürfen, Berichten usw., die hier hauptsächlich vorkommt. Im Mittelpunkt stehen die Genfer Abrüstungsverhandlungen Anfang der 80er Jahre (Kap. 8 und 9), den Höhepunkt stellen die „Regelung der Deutschlandfrage und der Pariser Gipfel“ dar (Kap. 1). Die Erinnerungen verdeutlichen vor allem, wie desorientiert die sowjetische Außenpolitik in den 80er Jahren war, als sie mit ihren Propagandabegriffen wie Entspannung, Frieden, Abrüstung usw. vom Westen beim Wort genommen wurde, während das Land gleichzeitig wirtschaftlich immer mehr verfiel. Die SU erscheint als „ausgehöhlte“ Supermacht, die zwar agiert, aber ohne sich noch Ziele setzen zu können oder große Botschaften und Alternativen für die Weltordnung zu haben. Die sowjetische Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung erscheint von daher wie ein Verzweiflungsakt, an den sich die Hoffnung knüpfte, in enger Partnerschaft mit dem vereinigten Deutschland sich nicht nur wieder zu erholen, sondern auch zur Dominanz in Europa zu gelangen. Nach Kwizinskij war sich die deutsche Seite über dieses sowjetische Kalkül völlig im Klaren. Dementsprechend habe auch der Kanzler schon früh in Gesprächen der Zusammenarbeit mit der UdSSR einen besonderen Stellenwert zugemessen. Umso unbegreiflicher sei dann aber sein Vergleich Gorbatschows mit Goebbels in jenem berüchtigten „Newsweek“-Interview vom September 1986 gewesen. Es dauerte danach zwei Jahre, bis es schließlich zu dem angestrebten Staatsbesuch des Kanzlers (Oktober 1988) kommen konnte: Nach den positiv verlaufenen offiziellen Gesprächen sei dabei die Besichtigung des „goldenen Gürtels“ um Moskau vorgesehen gewesen, was aber ein Kälteeinfall mit Glatteisbildung verhinderte. Kohl habe sich für einen Besuchstag in Moskau ohne offizielles Programm entschieden. Der deutsche Bundeskanzler sei an diesem Tag durch die Straßen der Stadt spaziert und habe in die Geschäfte geschaut. „Ich denke,

48 Julij A. KWIZINSKIJ, *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1992.

was sich dort seinen Augen bot, sagte ihm genug. Der beginnende wirtschaftliche Zerfall war offensichtlich ...“ (S. 430).

Die „Politischen Erinnerungen“ von *Valentin Falin*⁴⁹, dem langjährigen Deutschlandexperten der Moskauer Führung und sowjetischen Botschafter in Bonn von 1971 bis 1978, berühren lediglich auf den Schluss-Seiten bei der Auseinandersetzung mit der Außenpolitik der Perestroika die Ära Kohl. Falin erlebte seine große Zeit mit der zum Moskauer Vertrag und zum Berlin-Abkommen führenden Entspannungspolitik der Breschnew-Zeit. 1983 aus dem ZK entfernt und kaltgestellt, wurde er von Gorbatschow 1986 zum Leiter der Nachrichtenagentur Nowosti (APN) gemacht, aber nur noch gelegentlich um seinen Rat gefragt und schon gar nicht bei außenpolitischen Entscheidungen hinzugezogen. Diese Zurücksetzung färbt auch sein negatives Urteil über die ironisch betitelten „Haupthelden“ des außenpolitischen „Masochismus“ der Sowjetunion, Gorbatschow und Schewardnadse. Sarkastisch kommentiert er die Bemerkung Gorbatschows, im kaukasischen Archys beim sowjetischen Zugeständnis einer freien Bündniswahl des vereinigten Deutschlands habe der gesunde Menschenverstand triumphiert, mit den Worten: Danke für die Aufklärung. Bisher hätte man irgendwie nicht vermutet, dass ‚allgemeinmenschliche Werte‘ identisch mit Atlantismus sind“ (S. 487). Ähnlich wie sein einstiger deutscher Kontrahent Egon Bahr, der „Architekt“ der Neuen Ostpolitik, blieb Falin in seinen politischen Analysen der bipolaren Weltordnung verhaftet. Er konnte (oder wollte) sich nicht bewusst machen, dass die sowjetische Supermacht im Verfall begriffen war und es nur noch darauf ankam, es nicht zu einem Ende mit Schrecken kommen zu lassen. Dass die Sowjetunion zu einem „Trödelmarkt“ verkommen sei, lastet er der Perestroika- und Glasnostpolitik an, aber ist die Reihenfolge nicht eher umgekehrt gewesen?

Die Memoiren des ehemaligen britischen Außenministers *Douglas Hurd*⁵⁰ haben, „more personal“ gehalten, einen stark autobiographischen Charakter. Erzählt wird die Lebensgeschichte eines britischen Konservativen mit den Stationen Eton, Army, Cambridge, Foreign Office, Backbencher, Staatsminister (1983), Home Secretary (1985) und schließlich Foreign Secretary (1989) bis zum Ausscheiden aus dem Kabinett im Juli 1995. Die Politik und ihre Inhalte stehen dabei nicht im Mittelpunkt, sondern werden eher beiläufig und eingebettet in das eigene Erleben dargestellt. Mit feiner Ironie sind sowohl britische Politiker (Margaret Thatcher) als auch Akteure auf der internationalen Ebene gezeichnet. Als Außenminister hatte Hurd auf die deutsche Wiedervereinigung, die Auflösung des sowjetischen Imperiums, den Golfkrieg, den Krieg auf dem Balkan und nicht zuletzt auf den Maastricht-Prozess der europäischen Integration zu reagieren. Mit Helmut Kohl kam er zu mehreren Vier-Augen-

49 Valentin FALIN, *Politische Erinnerungen*, München 1993.

50 Douglas HURD, *Memoirs*, London 2003.

Gesprächen zusammen, in denen der Bundeskanzler versuchte, Verständnis für die deutsche Politik zu wecken, was ihm bei Margaret Thatcher einfach nicht gelingen wollte. Beide Regierungschefs, so ist Hurd überzeugt, hätten sich zwar im tiefsten Innern gegenseitig geschätzt; wenn sie aber zusammen in einen Raum gewesen wären, sei es nicht gut gegangen. Gänzlich anders sei es mit dem Verhältnis zwischen Kohl und John Major gewesen, mit dem die persönliche Kluft auf höchster politischer Ebene beseitigt worden sei, weil beide sich gemocht hätten. Gleichwohl habe sich damit freilich nur der Stil der britischen Politik geändert, nicht deren Ausrichtung, namentlich was die Integration Europas betraf. Die Bemerkung, dass die Monnet-Doktrin noch unter den Hohen Priestern Europas vorherrsche, macht die britische Reserve gegenüber Europa recht deutlich.

In der Reihe der Memoiren deutscher Politiker der Ära Kohl kommt neben den Kohl-Memoiren den „Erinnerungen“ von *Hans Dietrich Genscher*⁵¹ eine herausragende Bedeutung zu. Sie setzen mit der „bewegendsten Stunde“ seines Lebens ein, mit dem 20. September 1989 in der deutschen Botschaft in Prag, als sich der Kreis schloss, der ihn als jungen Liberalen 1952 aus der DDR in die Bundesrepublik flüchten ließ und über die Bonner Stationen in Partei, Parlament und Regierung 1974 in die Position des Bundesaußenministers führte, in der er 18 Jahre lang amtierte und mit der Zeit zu einer gromykoähnlichen Institution der internationalen Politik wurde. Über die Hälfte der „Erinnerungen“ entfällt auf die Außenministerzeit in der Ära Kohl, ein fünfter Teil auf den Umbruch in Osteuropa und die deutsche Wiedervereinigung. Die Generalperspektive ist auf die Außenministerebene und die internationalen Ministerkollegen, insbesondere der Umbruchzeit, gerichtet wie Dumas, Hurd, Baker oder Schewardnadse. Zu „Säulen“ deutscher Verantwortungspolitik werden die KSZE, die UNO und die europäische Einigung erklärt; ihre Tragkraft sollte sich in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen sowie gegenüber dem Golfkrieg und dem Krieg in Jugoslawien erweisen. Zu Recht ist in Rezensionen dieses Memoirenwerk mit einem „Handbuch“ zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland verglichen worden. Der Akzent ist auf die „Beschreibung der Zielgeraden auf dem langen und schweren Weg zur europäischen und deutschen Einheit“ gelegt. Gelegentlich wird unaufdringlich die emotionale Sichtweise des in Halle geborenen, von gesamtdeutscher Verantwortung geleiteten Liberalen eingeschaltet. Im Besonderen geht es ihm – vom Beobachtungspunkt der „großen Wende“ in Europa ausgehend – um die Fixierung *seines* Beitrags zu den Intentionen und Konzeptionen der deutschen Außenpolitik in der Schmidt- und Kohlregierung. Die FDP und er selbst werden als Vertreter einer aktiven Ost- und Deutschlandpolitik dargestellt, wie er sie schon in einer Rede

51 Hans-Dietrich GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995.

von 1966 formulierte (S. 93), die so etwas wie der Urentwurf des Königsweges zur Wiedervereinigung erscheint. Das von Kohl gezeichnete Bild wird von dem freundschaftlichen, „in langen Jahren gewachsenen Verhältnis“ beider Männer zueinander bestimmt. Kohl wird eingeführt als junger dynamischer Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, der einen „neuen Typus des CDU-Politikers“ im Unterschied zu Kiesinger und Strauß verkörperte und schon damals Verständnis für die Bedürfnisse eines kleineren Koalitionspartners aufbrachte. Kohl und Genscher konnten „aus einem reichhaltigen Fundus an Gemeinsamkeiten“ schöpfen, die ihre Zusammenarbeit trug (dieselbe Generation, Kriegserfahrungen, Bekanntschaft seit den frühen 60er Jahren). Gemeinsam – das ist das Schlüsselwort. Kanzler und Minister haben gemeinsam die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit angestrebt und erreicht. In dieser Gemeinsamkeit war Genscher kein Trabant oder Sekundant des Kanzlers, sondern selbständiger politischer Hauptakteur, der die auf Überwindung des Ost-West-Gegensatzes und auf die Wiedervereinigung Deutschlands gerichtete Politik der F.D.P. erfolgversprechender mit Kohl und der Union als mit Schmidt und den Sozialdemokraten verfolgen konnte. Die Außenpolitik im Kabinett Kohl/Genscher sei im Grunde zwischen dem Kanzler und dem Außenminister teils am Telefon, teils im direkten Gespräch abgesprochen worden. Manchmal stellt es Genscher auch so dar, dass er den Verstimmungen in London, Paris und Moskau, die über Kohls Diplomatie in der deutschen Frage 1989 aufkamen, entgegenwirken musste, z.B. im Zusammenhang mit dem Zehn-Punkte-Programm des Kanzlers. Alles in allem zeigen diese Erinnerungen sehr einprägsam jene Bedingungen der Möglichkeit auf, die, durch eine kontinuierliche Außenpolitik geschaffen, den Erfolg des Einheitswerks garantierten. Deshalb ist ihr historischer Quellenwert hoch zu veranschlagen.

Die Memoiren von *Willy Brandt*⁵² und *Franz Josef Strauß*⁵³ haben demgegenüber, obwohl 1989 erschienen, kaum eine Relevanz für die Geschichte der Kanzlerschaft Kohls. Für beide Politiker gilt, dass der Höhepunkt ihres politischen Wirkens historisch nicht mehr bis in die Ära Kohl reicht, welche Bedeutung man ihnen auch immer für die Geschichte der Bundesrepublik zumessen will. Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende starb 1988, seine Erinnerungen erstrecken sich noch auf die Politik der „Wende“ seit 1982, an der er kritisierte, dass Kohls „sicherer Weg“ einer Koalition mit der FDP den „endgültigen Abschied von der absoluten Mehrheit der Union“ bedeutete. An der Bonner Politik der folgenden Kohl-Regierungen vermisste er „klare Leitlinien, überzeugende Vorgaben und konsequente Durchsetzung gefasster Beschlüsse“. Brandts Werk endet mit der Kundgebungsszene am 10. November 1989 vor dem Schöneberger Rathaus in Berlin, als er neben Kohl,

52 Willy BRANDT, *Erinnerungen*, Frankfurt/M. 1989.

53 Franz Josef STRAUSS, *Die Erinnerungen*, Berlin 1989.

Genscher und Momper zu den Bürgern aus beiden Teilen der Stadt sprach, der ehemalige Regierende Bürgermeister, Bundeskanzler und Parteivorsitzende, der den sozialdemokratischen Anteil an der nun zum Erfolg führenden Deutschlandpolitik der Bundesregierungen seit Adenauer personifizierte. Dass er in diesen Tagen dem Unionsmann Kohl näher stand als der amtierenden SPD-Spitze, belegt eine kürzlich erschienene Studie⁵⁴ über das Versagen der SPD und ihrer Führungsfiguren in der Frage der deutschen Einheit 1989/90; sie wird im zweiten Teil dieses Literaturberichts besprochen werden.

Auch Kohls Nachfolger im Kanzleramt, *Gerhard Schröder*, hat bereits seine Memoiren⁵⁵ der Öffentlichkeit präsentiert. Seine Absicht war, vor allem die sieben Jahre rot-grüner Politik zwischen 1998 und 2005 samt „ihrer Vorgeschichte“ zu erklären. Rasch und rasant wird so auf knapp 40 Seiten sein Aufstieg aus Wohnküchenmilieu und niedersächsischer Kleinbürgerlichkeit über Abendschule, Göttinger Jurastudium, Juso-Vorsitz, Bundestag und Ministerpräsidentenamt in Niedersachsen ausgeleuchtet. Schon mit dem zweiten von zehn Kapiteln befindet er sich „im Bann der Geschichte“ in Berlin, in dem er den Abschied von der rheinischen Republik vornimmt und eine Politik deutschen Selbstbewusstseins einleitet. Schröders „ultimative Selbst-Erklärung“ („Frankfurter Rundschau“) ist ganz auf seine Kanzlerzeit konzentriert. In Sachen Kosovo-Krieg, deutsch-amerikanische Beziehungen, Europapolitik, Verhältnis zu Russland, innere Reformen und Agenda 2010 definiert und rechtfertigt er jeweils seinen politischen Kurs, den er als grundlegend und wegweisend festzuschreiben bestrebt ist. Nach außen sei mit ihm eine „relative Unabhängigkeit unserer Außenpolitik“ errungen worden, innenpolitisch sei die Reformagenda „weltweit zu einem Synonym für die Reformfähigkeit Deutschlands“ geworden. In seiner Selbstinszenierung weist er sich die Rolle zu, für die Aufgabe, Deutschland unter sozialdemokratischer Führung an die Bedingungen des 21. Jahrhunderts anzupassen, Entscheidendes geleistet zu haben. „Wir haben begonnen, unser Land im Innern und nach außen neu auszurichten. Deutschland ist nach diesen sieben Jahren zukunftsfähiger geworden“ (S. 515). Die Ära Kohl erscheint in diesem „Selbstbild“ nur als „Hypothek“ für Schröders in die Zukunft weisende Politik („Wir waren so blind, wie er uns haben wollte“). Die Reflexmentalität des deutschen Volkes, angesichts einer sich dynamisch wandelnden Welt Veränderungen im eigenen Land möglichst zu vermeiden, hätte Kohl sechzehn Jahre lang im Kanzleramt gehalten. „Er war die personifizierte stoische Selbstgewissheit, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Und diese Illusion war wie eine Droge, bis Kohl sich aus dem Kanzleramt verabschiedete und uns die Wirklichkeit einholte“. Die Kohl-Regierung hätte

54 Daniel Friedrich STURM, *Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90* (Willy-Brandt-Studien), Bonn 2006.

55 Gerhard SCHRÖDER, *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik*, Hamburg 2006.

keine Antworten auf die zentralen Herausforderungen parat gehabt und Reformstau, Schulden, Defizite hinterlassen – einen „Berg von Problemen, die Reformen unabweisbar machten“. Basta!

Von den Berufsdiplomaten der Ära Kohl hat *Jürgen Ruhfus*⁵⁶, Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1984–1987 und Botschafter in Washington 1987–1992, seine Memoiren niedergeschrieben. Aus ihnen ist viel Informatives über die Komplexität der auswärtigen Beziehungen in einer globaler werdenden Welt zu erfahren, wenn der Leser dafür die etwas langatmige Aneinanderreihung all der Interviewauftritte, Vortragsveranstaltungen, Besuche, Empfänge und Feste in Kauf nimmt, die einen großen Teil des modernen Diplomatenberufs ausmachen. Überzeugend ist anschaulich gemacht, wie wichtig es ist, dass die deutschen Vertreter wahrhaftige „Botschafter“ ihres Landes sind, und zwar nicht nur im Sinne einer vielfältigen Werbung für Deutschland, sondern auch als Vermittler des Deutschlandbildes der Anderen.

Aus dem Kreis der Weggenossen Kohls, seiner Mitstreiter und Rivalen liegen vor allem von Politikern der Unionsparteien Memoiren oder deren Varianten vor, nicht zuletzt weil sie in der Ära Kohl zu prominenten Staats- und Regierungspositionen gelangt sind. Nicht eigentlich zu den in Kohls Umgebung aufsteigenden und von ihm geförderten Politikern gehörte *Karl Carstens*⁵⁷, der um 16 Jahre ältere norddeutsche Protestant, der aus dem bremischen Staatsdienst über die Funktion des Bremischen Bevollmächtigten beim Bund ins Auswärtige Amt kam (1954). Ab 1960 wirkte er dort als Staatssekretär, bis er unter der schwarz-roten Regierung der großen Koalition ins Bundesverteidigungsministerium wechselte. 1972 wurde er als Abgeordneter des Wahlkreises Plön in Holstein Mitglied des deutschen Bundestages, wo er sich in der Auseinandersetzung um den Grundlagenvertrag mit der DDR und dem deutschen UNO-Beitritt als Sprecher der CDU/CSU hervortat. 1973 folgte, nach dem Rücktritt Rainer Barzels, seine Wahl zum Vorsitzenden der Unionsfraktion. Er erinnert sich: „Helmut Kohl erschien nicht oft in den Fraktionssitzungen [als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz] ... Immer waren seine Auftritte außerordentlich eindrucksvoll, staatsmännisch und ohne übertriebene Schärfe.“ Carstens' eigenständige politische Karriere umfasst und verbindet gewissermaßen die Ära Adenauer mit der Ära Kohl. Die Wege beider Politiker kreuzten sich im Umfeld der Bundestagswahl von 1976. Carstens verweigerte sich einerseits den Lockungen der CSU, in Konkurrenz um die Kanzlerkandidatur gegen Kohl anzutreten, andererseits drängte er diesen dazu, nach dem knappen Wahlausgang in Bonn die Oppositionsführung zu über-

56 Jürgen RUHFUS, *Aufwärts. Erlebnisse und Erinnerungen eines diplomatischen Zeitzeugen 1955 bis 1992*, St. Ottilien 2006.

57 Karl CARSTENS, *Erinnerungen und Erfahrungen* (Schriften des Bundesarchivs 44), hg. von Kai von JENA und Reinhard SCHMOECKEL, Boppard am Rhein 1993, S. 430.

nehmen. Kohl wurde von Carstens für den Fraktionsvorsitz vorgeschlagen, Carstens von Kohl für das Amt des Bundestagspräsidenten. Die Weichen für ihren weiteren Aufstieg zu den höchsten Staatsämtern – zur Regierungs- und zur Staatsspitze – waren so gestellt. Während Carstens 1979 mit absoluter Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt wurde, musste Kohl das Scheitern der sozialliberalen Koalitionsregierung Helmut Schmidts abwarten, bis er durch ein konstruktives Misstrauensvotum zur erstrebten Kanzlerschaft gelangte. Zur Ära Kohl lassen sich aus den Erinnerungen von Karl Carstens wichtige Einsichten in die Problematik der Neuwahlen ermöglichenden Bundestagsauflösung von 1983 und in die Kontakte zwischen dem Bundespräsidenten und den anderen Verfassungsorganen gewinnen. Im Rückblick auf hervorragende deutsche Politiker findet sich ein lesenswertes Kurzporträt Kohls als „praktisch denkenden Politikers der Mitte“ (S. 798). Ab 1986 konnte Carstens als Vorsitzender des Ältestenrates der CDU und damit auch Mitglied des CDU-Bundesvorstandes den Parteivorsitzenden Kohl beobachten. Interessant ist hier seine Einschätzung, wonach Kohls Stellung in der Partei trotz parteiinterner Diskussionen (Bremer Parteitag) nicht wirklich gefährdet war. An der „überragenden Rolle“, die Kohl für das Zustandekommen der deutschen Einheit gespielt hat, lässt er keinen Zweifel aufkommen.

Carstens' Nachfolger im Amt des Bundespräsidenten wurde 1984 *Richard von Weizsäcker*, der aus der rheinland-pfälzischen CDU hervorgegangen war. Obwohl er, bereits 1967 in den Bundesvorstand der CDU gewählt, von Kohl wiederholt als Kandidat für wichtige Ämter vorgeschlagen worden war, wurde er nie zu dessen Gefolgsmann, sondern distanzierte sich von ihm mehr und mehr, je höher ihn die Karrierestufen führten. Seine „Erinnerungen“⁵⁸ wurden von der Kritik übereinstimmend als ein zugleich interessanter wie bewegender Bericht über ein deutsches Schicksal im vorigen Jahrhundert gewürdigt. Kein exemplarisches Leben sei es, darauf legt der Verfasser Wert, aber dem Leser drängen sich doch immer wieder analoge Muster auf. Nachdenkliche Rückblicke fallen auf seine „wohlbehütete“ Kindheit im Berlin der Weimarer Republik, auf die Berner Schulzeit, das Studium in Oxford und Grenoble, die Rekrutenzeit und die Kriegsjahre, die ihn „für immer geprägt“ haben. Im Zeichen der „Teilung Europas und Deutschlands in der bipolaren Welt“ werden der Nürnberger Prozess des Vaters, die Berufsjahre und das Engagement in der evangelischen Kirche, endlich seine politische Laufbahn geschildert, die ihn in den Deutschen Bundestag und dann über die Position des Regierenden Bürgermeisters von Berlin bis ins Amt des Bundespräsidenten führte. Die „vierte Zeit“ ergab sich für ihn durch die „Vereinigung Deutschlands“. Er wurde zum Präsidenten der Einheit, dessen Vermächtnis im Schlusskapitel des

58 Richard von WEIZSÄCKER, *Vier Zeiten. Erinnerungen*, Berlin 1997.

Buches formuliert ist: „In Freiheit bestehen“. Einmal mehr erweist sich hier von Weizsäcker als ein Meister der allgemeinen Rede, die auch bei „Wiedergabe eigener Eindrücke und konkreter Begebenheiten“ eine Moral von der Geschichte’ mitschwingen lässt. Er wollte nach eigenem Bekunden mit seinen Memoiren kein Geschichtsbuch schreiben, aber es ist daraus eine Art Hausbuch deutscher political correctness geworden. Zum Schluss hin wird der Abschiedsrede seines Amtschefs Andreas Meyer-Landrut gedacht, der die Redenvorbereitung für den Bundespräsidenten launig als „Schreibspiele“ mit offenem Ausgang beschrieb, „ohne Gewinner und Verlierer“ – das könnte auch als Motto für diese Erinnerungen gelten. Die Personen und Persönlichkeiten, denen er begegnete, finden sich durchwegs mit wohlwollenden Wertungen bedacht. Ein eigener Abschnitt ist der Zusammenarbeit zwischen Kanzler und Präsident gewidmet, zwischen ihm und Helmut Kohl, mit dem die „erste Föhlung“ vor der Bundestagswahl 1965 zustande kam.

Ergänzend zu diesen Erinnerungen ist ein weiteres Buch⁵⁹ von Weizsäckers beachtenswert, das, ausgehend von der Geschichte des deutschen Nationalstaats, Erinnerungen und Gedanken zu drei in Frage gestellten historischen „Nullpunkten“ enthält, die er miterlebt hat: 1949 als „Versuch“ eines demokratischen Neubeginns, 1969 als westdeutsche Zäsur und Halbzeit der deutschen Teilung, 1989 als Umbruchdatum für ein neubeginnendes Zeitalter des „ganzen Europa“. Darin eingearbeitet, mit „präsidialem Silberstift“ (Hans-Peter Schwarz), sind von Weizsäckers bereits früher gemachte Äußerungen zu seinen Lieblingsthemen Parteiendemokratie (Parteienschelte), Kanzlerlastigkeit des politischen Systems, Politik und Moral, Bürgergesellschaft u. a. m. Die wenigen Bemerkungen und Urteile über Kohl, die darin eingebettet sind, geben deutlich kritischer als die Memoiren seine Distanz zu diesem zu erkennen. Das betrifft die fehlerhaften Entscheidungen und Entwicklungen, zu denen es nach der deutschen Einheit gekommen sei. Selbst dort, wo er – wie in der Deutschland- und in der Europapolitik – die Leistungen Kohls anzuerkennen nicht umhin kommt, sind seine positiven Äußerungen „vergiftet“. Man achte auf das Erscheinungsdatum! Die Hauptkritik an Kohl richtet sich gegen den Parteipolitiker. Zitat (S. 132): „Kanzler Kohl hat dann aber das System der Parteiherrschaft zu seiner höchsten Blüte gebracht.“ Die Dominanz in der eigenen Partei sei für Kohl die „Aufstiegsleiter zur Macht im Staat“ gewesen, so dass sich die Grenzen zwischen Staat und Partei verwischt hätten und private Moral über öffentliche Moral gestellt worden sei.

Im März dieses Jahres hat auch *Roman Herzog*, Bundespräsident von 1994 bis 1999, seine Memoiren⁶⁰ veröffentlicht. Um Memoiren im eigentlichen Sinn

59 DERS., *Drei mal Stunde Null? 1949–1969–1989. Deutschlands europäische Zukunft*, Berlin 2001.

60 Roman HERZOG, *Jahre der Politik. Die Erinnerungen*, München 2007.

handelt es sich dabei nur im ersten, kürzeren Teil des Buches, der die Lebensstationen des Altbundespräsidenten bis zu seiner Kandidatur für das höchste Staatsamt – als Universitätsprofessor, Dekan und Rektor, als Landesbevollmächtigter beim Bund, als Landesminister und als Präsident des Bundesverfassungsgerichts nicht gerade marginale Tätigkeitsfelder – im Geschwindigkeitsschritt durchmisst. Mit der knappen Schilderung der frühen Ämter und Aufgaben werden freilich immer wieder überraschende Reflexionen verknüpft, die aus der Doppelperspektive des Staatsrechtlers und politischen Praktikers resultieren. Wie überhaupt der wesentliche Gehalt des Buches weniger in der Erinnerung an einzelne Vorgänge und Begebenheiten besteht als in der nachträglichen Erörterung des Berichteten und in den Erkenntnissen, die aus dem Erlebten gezogen werden! Das gilt vornehmlich für den Hauptteil über die Bundespräsidentenzeit, der rund Zweidrittel des Gesamtumfangs ausmacht. Hier wird die historisch-chronologische Memoirenerzählung verlassen und in „systematischer“ Form über die Themen geschrieben, mit denen er es als Staatsoberhaupt zu tun gehabt hat. Das waren neben den als „protokollarische Sahnehäubchen“ der internationalen Alltagsarbeit apostrophierten „ausgehenden“ bzw. „eingehenden“ Staatsbesuchen“ vor allem die Probleme, die auch in seinen Reden Schwerpunkte gebildet hatten (und wohl auch nach diesen Vorlagen in die Erinnerungen übernommen worden sind): Globalisierung und Neoliberalismus, technische Innovation und Energiefragen, interkultureller Dialog und weltweite Armutsbekämpfung, Gestaltungschancen der offenen Gesellschaft und europäische Verfassungspolitik. Dabei weiß Herzog nur allzu gut, wie bescheiden letztlich die Möglichkeiten der Politik auf diesen Aufgabenfeldern sind. Um sich Lösungen in diesen Lebens- und Politikbereichen anzunähern, müsse die moderne Politik „ständig und angestrengt auf Sicht fahren“, „mit unendlich vielen Detailproblemen, unaufhörlichen Kurskorrekturen und folgerichtig mit der Notwendigkeit zu ständig neuen, raschen Entscheidungen.“ Die Zeit der großen Entwürfe sei zu Ende, und mehr denn je würden „Vermutung, Versuch und Irrtum die kommenden Jahrzehnte beherrschen“ (S. 281). Er selbst habe, wie er betont, redlich versucht, „die Dinge mit anderen zusammen in die richtige Richtung zu steuern“, und manche ihm notwendig scheinende Initiative habe er auch auf den Weg gebracht. Nicht nur mit seinen Gedanken und Ratschlägen zu den großen internationalen und nationalen Zeitfragen des ausgehenden 20. Jahrhunderts ist Roman Herzog auch ein wichtiger Zeitzeuge der Ära Kohl. Allerdings erscheint der Bundeskanzler, der als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident ihn für die Politik gewann, nicht in der Rolle einer Hauptfigur. Man kann in diesen Erinnerungen mit ihren klaren Vorstellungen und ihrer deutlichen Sprache auch eine „Staatslehre“ für den politisch bewussten Bürger sehen. „Das Land erneuern“ heißt denn auch das zentrale Kapitel. Herzogs Erinnerungen sind so wie sein Leben und seine politische Karriere: ohne Brüche und Umwege, ohne Irritationen

und Selbstzweifel – schade nur, dass sie nicht auch so verschmitzt, so ironisch-distanziert und hintergründig verfasst sind, wie ihr Autor auf dem Schutzumschlag den Leser mustert.

Einer der namhaften Parteigranden und Konkurrenten Kohls in der CDU wie auf bundespolitischer Ebene war *Rainer Barzel*, dessen Rücktritt vom Partei- und Fraktionsvorsitz 1973 Kohl den Weg an die Spitze freimachte. Barzel hätte, gleich einem Eugen Gerstenmaier in der Adenauer-Ära, der Bundestagspräsident der Ära Kohl werden können, wenn er nicht 1984, ein Jahr nach Übernahme dieses Amts, in die Flick-Affäre 1984 verwickelt worden wäre. In seinen Erinnerungen⁶¹ stellt sich Barzel als „Opfer“ dar, das gebracht wurde, um damals Kohl als Kanzler zu schützen. Empört wehrt er sich gegen die Unterstellungen, die im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für die Frankfurter Anwaltskanzlei Paul in den Medien aufkamen (insbesondere gegen den Verdacht, er sei „gekauft“ worden, um Kohl den Parteivorsitz freizumachen. „Es roch nach Böswilligkeit ...“ (S. 399). Barzel erzählt seine persönliche Lebensgeschichte, eine Geschichte, wie er im Vorwort sagt, vom Leben in der Politik und mit der Politik, die damit begann, dass er zu den wenigen der Kriegsgeneration gehörte, die „politisch anpackten“. Das Erscheinungsdatum des Buches ist auch hier interessant. Offensichtlich suchte Barzel Kohls Parteispendenaffäre zu nutzen, um sich und seine Politik in einem moralisch begründeten Gegensatz zu Kohl darzustellen: bei Kohl persönliches Machthandeln, das selbst vor der Nichtachtung von Verfassungsgesetzen nicht Halt machte, bei Barzel Dienst an der Sache und Grundgesetztreue, für die er bereit war, persönliche Opfer zu bringen. Kohl wird neben Gerstenmaier und Heck als einer der Strippenzieher aus dem Südwesten eingeführt, welche die Weichen für die Kanzlerkandidatur Kiesingers (und nicht Barzels!) stellten (im Bundesvorstand der CDU am 8. November 1966). Die Niederlage bei der Entscheidung in Saarbrücken 1971 um den CDU-Bundesvorsitz habe Kohl ihm, Barzel, „nie verziehen, auch nicht vergessen“. Kohls Erklärung von 1974, die abgeschlossenen Ostverträge „sind geltendes Recht“, habe das Ergebnis der Barzelschen Politik herabgesetzt, aber deren Verdienst, bei der Ratifikation der Brandtschen Ostverträge die deutsche Frage offen gehalten zu haben, habe er 20 Jahre später zugeben müssen. „Kohl konnte 1989 aufgrund dieser geänderten Verträge durch die offene Türe den Weg zur deutschen Einheit gehen!“ (S. 334) Nichts Neues also, wenn man die anderen Bücher von Barzel kennt. Auch in diesen Erinnerungen dominieren Selbstbespiegelung und Selbstinszenierung. Dem theatralischen Grundzug des Buches entspricht die Kapiteleinteilung nach „Rollen“ (Schüler, Soldat, Student, Beamter, Abgeordneter, Minister, Vorsitzender usw.). Zwischen den Zeilen scheint immer wieder die

61 Rainer BARZEL, *Ein gewagtes Leben. Erinnerungen*, Stuttgart 2001

traumatische Frage hindurch, warum nicht er, der moralisch bessere Politiker, der „nicht parteiischem Geist“ erlag (S. 428), sondern Kohl Deutschland zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit führen konnte? Er kann es nicht erklären: „Die Geschichte nahm ihren Lauf ... Ja, es ist wahr. Ich habe Kohl damals (beim Konstruktiven Misstrauensvotum 1982) vorgeschlagen!“ Also doch: Es war eigentlich Barzel! Die Erinnerungen enden mit der „Sache Kohl“ („Schwarze Kassen, Rechtsbruch“). Der Spendenskandal wird für Barzel zum „Zahltag“ der moralischen Revanche an Kohl, dem er Verletzung der demokratischen Rechtskultur vorwirft. Er gibt sich bedrückt, dass Kohl in seine Hand den Eid auf die Verfassung geleistet habe, und er macht Kohl für den „schweren Schaden“ verantwortlich, den nicht nur die CDU, sondern „wir alle“ nehmen. Die Barzel-Erinnerungen können als Schulbeispiel für den Quellenwert und die Quellenkritik von Memoiren dienen!

Einer der engsten und getreuesten Mitarbeiter Kohls in dessen Kanzlerzeit war *Wolfgang Schäuble*⁶², der 1981 als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion zur Kohl-Mannschaft stieß. Von 1984 bis 1989 war er dann Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, anschließend Bundesminister des Inneren bis 1991. Er liefert in erster Hinsicht einen Rechenschaftsbericht über seine Amtszeit als CDU-Vorsitzender (1998–2000) und über sein Krisenmanagement im CDU-Spendenskandal (einschließlich seiner Hineinziehung und seines Rücktritts), markiert damit also den Schlusspunkt der Ära Kohl.⁶³ Sein Buch will „Erfahrungen aus der Perspektive eines unmittelbar Beteiligten festhalten“. Es ist dann aber auch die detailliert, mit dem Anspruch der Ehrlichkeit nacherzählte Geschichte seiner wachsenden Distanz zu Kohl. Bei aller Bitterkeit, die in diesen Erinnerungen durchschlägt, handelt es sich *nicht* um eine Abrechnung mit Kohl, wie man in manchen Rezensionen lesen konnte, sondern um einen analytischen Versuch zu klären – für sich selbst wie für die Öffentlichkeit –, wie und warum es zu der in einem Bruch endenden Ablösung von seinem politischen „Übervater“ kam. Das Ergebnis ist nicht nur persönlicher Art, indem Schäuble sich als Opfer einer Intrige sieht (ohne sich in Märtyrerpose darzustellen), sondern auch substanzieller Art durch das Anliegen, in dem brisanten Gemisch von illegalen Machenschaften, Machtzynismus, Vertrauensmissbrauch und Schuldzuweisung die „Gestaltungskraft der auf Werte gegründeten, zur Mitte hin integrierenden Volkspartei der Christlichen Demokratie zu erhalten“ (S. 10). Die „Krise“ füllt 112 Seiten des 344 Seiten starken Buches. Auftritt für Auftritt wird das Drama der Spendenaffäre und ihrer Auswirkungen auf die CDU nacherzählt und dabei das eigene Verhalten dem Verhalten Kohls ge-

62 Wolfgang SCHÄUBLE, *Mitten im Leben*, München 2000.

63 „Schäuble erklärt Ära Kohl für endgültig beendet. Parteichef geht auf Distanz zu Alt-Kanzler“, in: „Die Welt“ vom 7. Januar 2000.

genübertgestellt. Auffällig ist, dass die Schilderung der sich zuspitzenden Krise an den Schlagzeilen der Zeitungen und den Interviews der Beteiligten „entlang“ geschrieben ist. Das sieht wie im Nachhinein aufgearbeitet aus. Es scheint, dass Schäuble damals von den Ereignissen überwältigt, ja überfordert worden ist. Er zeigt sich auch noch in diesem Buch vor allem als Reagierender, als Getriebener, und trotz aller Einzelheiten tut er sich schwer damit zu realisieren, was da mit ihm geschehen ist. Am Ende steht die Lebensmitte-Erkenntnis, zu sehr ein „ein wesentlicher Bestandteil der 16 Jahre gewesen zu sein, um in der existenziellen Krise der Partei die nötigen chirurgischen Schnitte anbringen zu können, ohne mich dabei selbst mit zu verletzen“.

Zu den markanten Politikerpersönlichkeiten der Ära Kohl, die erinnernde Rückblicke hinterlassen haben, gehören ferner *Gerhard Stoltenberg*, *Rita Süßmuth* und *Walther Leisler Kiep*. Ersterer hatte sich als Spitzenpolitiker schon in der Adenauer-Ära einen Namen gemacht, 1965 war er zum ersten Mal Bundesminister geworden, und als stellvertretender Bundesvorsitzender (1969–1992) wie auch als langjähriger Ministerpräsident von Schleswig-Holstein galt er als einer der einflussreichsten Politiker im Unionslager; parteiintern und in den Medien kam er auch stets ins Spiel, wenn die Kanzlerkandidatur zur Debatte stand. Unter Bundeskanzler Kohl war er zunächst Bundesfinanzminister (1983–1989), dann Bundesverteidigungsminister (1989–1992). Sein Buch⁶⁴ bietet keine Erinnerungen. Biographisch-Persönliches ist sogar aufs peinlichste vermieden. Anhand dürrer Ereignisdaten und mit steril wirkenden Aussagesätzen stellt er die Geschichte der Sozialen Marktwirtschaft und sich selbst als deren überzeugten Adepten und Sachwalter dar. Ein merkwürdig blutleeres Buch, in dem Kohl wie auch die anderen namentlich genannten Spitzenpolitikern seit 1976 als „Männer ohne Eigenschaften“ erscheinen. 1982, beim „zweiten Machtwechsel“ (S. 277) drängte Stoltenberg gemeinsam mit Kohl auf rasche Einigung über die Regierungsbildung mit der FDP – gegen Strauß, der auf Neuwahlen ausging. Als Stoltenbergs Kontrahenten im Kabinett erscheinen Geißler und Blüm, gegen deren Sozialstaatsdenken in der Familien- und bei der Rentenreformpolitik er immer wieder die Soziale Marktwirtschaft zu verteidigen hatte. Kohl habe sich dabei meistens für die Linie Geißler/Blüm entschieden, habe dann nachher aber erkennen müssen, dass Stoltenberg in Bezug auf die weitere Entwicklung meistens recht behielt. Kritisch hebt er auch die Fehlentscheidungen führender Politiker nach der deutschen Vereinigung heraus. So hatten Kohl, Waigel und Lambsdorff im Herbst 1990 übereinstimmend erklärt, der Aufbau Ost könne ohne Steuererhöhungen finanziert werden. Im nächsten Jahr mussten sie diese Aussagen grundlegend korrigieren. Stoltenberg hielt auch im Unterschied zu Genscher, der auf die Europäische

64 Gerhard STOLTENBERG, *Wendepunkte. Stationen deutscher Politik 1947 bis 1990*, Berlin 1997.

Währungsunion und die Europäische Zentralbank hinauswollte, den Ausbau des Europäischen Währungssystems für den richtigen Weg. Die Durchsetzung von Jacques Delors als Vorsitzenden der Expertengruppe, die auf Vorschlag Kohls eine Studie zur Währungsfrage erarbeiten sollte, habe eine politische Vorentscheidung in Richtung Währungsunion bedeutet. Angesichts der dramatischen Entwicklung in Osteuropa 1989 sei Kohl den französischen Interessen entgegengekommen und habe die Frage der Wirtschafts- und Währungsunion forciert. Für Kohl sei in dieser Zeit „das Einvernehmen mit den wichtigsten Partnern für eine Lösung der deutschen Frage und die Neuordnung Europas absolut vordringlich gewesen“.

Rita Süßmuth⁶⁵ schildert und kommentiert ihren „Sonderweg“ in Politik und Partei als Mitglied des Kabinetts von Bundeskanzler Kohl seit 1985 und als Bundestagspräsidentin von 1988–1998. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den in den Unionsparteien und in der Öffentlichkeit besonders umkämpften Problembereichen von der Familienpolitik und dem § 218 über das „Tabu Sexualität“ (Aids, Gewalt in der Ehe usw.) bis zur Diskussion um die Bedeutung des Parlaments als „Mitte der Gesellschaft“. Dabei geht es auch immer um die Beschreibung des Versuchs, die politische Rolle der Frau in der Bürgergesellschaft praktisch durch „Aufbrechen erstarrter Einstellungen“, „Aufstoßen von Toren“ (S. 90) auszufüllen. Süßmuth verbindet den Rückblick auf ihr politisches Wirken mit Erläuterungen ihres Politikverständnisses und ihrer Demokratieauffassung. Kohl wird bei aller Kritik ohne Abrechnungsimpetus mit fairem Respekt vor seiner Leistung behandelt (Kapitel „Das Phänomen Kohl“ S. 175–208). Es wird die These geäußert, dass er sich in der Ausübung der Macht seit 1982 gewandelt habe. Sei er erst der Reformler gewesen, der kritische Geister in der CDU um sich versammelt und Politik in einer Atmosphäre eines freien geistigen Austauschs getrieben habe, sei seit dem Bremer Parteitag zusehends das später sogenannte „System Kohl“ durchgedrungen, das dem Ausbau seiner überlegenen Machtposition in der Partei gedient habe, bis er sie „tatsächlich verkörperte“. Die Bedeutung seiner „boygroups“ aus absolut Getreuen habe zugenommen, während die Gruppe der Reformler an Gewicht verloren habe und „auf ebenso subtile wie offene Weise demontiert“ (S. 185) worden sei. Die Folgen seien wachsendes Misstrauen, Verlust an Realitätsbezug und Verantwortungsmangel bis hin zum Machtmissbrauch gewesen. Für Süßmuth ist Kohl „ein persönliches, politisches Rätsel“ geblieben. Sie sieht ihn im Spagat zwischen modern und wertkonservativ. Das Hauptcharakteristikum Kohls ist für sie das „Nichtbestimmbare“. Sein Facettenreichtum und seine Ambivalenz zwischen liberal und konservativ, zwischen europäisch und deutschnational, zwischen demokratisch und patriarchisch hätten ihm et-

65 Rita SÜSSMUTH, *Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Meine Erfahrungen in der Politik*, München 2000.

was Schillerndes verliehen. Sie hebt hervor, dass Kohl als Bundeskanzler seinen Ministern erheblichen Spielraum in den Ressorts ließ, solange ihre Politik im Einklang mit der Parteilinie stand. Auch sie habe in ihrer Amtszeit als Ministerin echte Gestaltungsmöglichkeiten gehabt. Zur Frauenpolitik habe Kohl ein ambivalentes Verhältnis besessen. Einerseits habe es in seinen Kabinetten mehr Frauen gegeben als in allen vorhergehenden, weil er kompetente Frauen, die zugleich Format und Stil zeigten, geschätzt habe, und er sei auch offen für frauenpolitische Reformmaßnahmen gewesen. Ohne seinen massiven Einsatz hätte beispielsweise die Frauenquote in der CDU keine Mehrheit bekommen. Andererseits habe er „Frauenrechtlerinnen und Initiatorinnen aktiver Gleichberechtigungspolitik“ distanziert gegenüber gestanden, denn sein Frauenbild sei eher konservativ, und er habe zudem auf die Vertreter eines traditionellen Familien- und Frauenbildes in der Partei Rücksicht genommen.

Walther Leisler Kiep⁶⁶ ist erst nach einer Erfolgskarriere in internationalen Versicherungsunternehmen in den 1960er Jahren in der Politik aktiv geworden (MdB 1965–1976 und 1980–1982). In der Ära Kohl arbeitete er in seiner Funktion als Bundesschatzmeister der CDU von 1971 bis 1992 eng mit dem CDU-Vorsitzenden zusammen. Ende 1999 löste sein Verfahren wegen Steuerhinterziehung die Parteispendenaffäre der CDU aus. Im gleichen Jahr veröffentlichte er Auszüge aus seinem Tagebuch, die – überarbeitet, thematisch geordnet und mit ausgewählten Dokumenten sowie eigenen Kurzkomentaren versehen – über das Biographische hinaus verdeutlichen sollen, „wie bestimmte Entscheidungen zustande gekommen sind“. Die Themen heißen unter anderem: Entwicklungshilfe, Ostverträge, „Modell Niedersachsen“, DDR-Kontakte, Strauß oder Kohl, Spendenaffäre, Schatzmeister und Präsidiumsmitglied der CDU, „Atlantik-Brücke“ und Persönliches. Im Eintrag vom 28. Januar 1981 wird auf eine feindselige und ablehnende Haltung Kohls ihm gegenüber hingewiesen und dafür „Konkurrenzangst“ verantwortlich gemacht. Zutreffend nennt Kiep in seiner Vorbemerkung sein Buch ein „Experiment-Buch“. Drei Jahre später reichte Kiep auch seine Erinnerungen⁶⁷ nach, in denen er, ganz unpräntiös, seine Prägung durch ein großbürgerliches, kosmopolitisches Elternhaus und seinen Weg in die Politik beschreibt. Er stellt sich als „Brückenbauer“ dar, der mit der Türkei, mit China, mit der DDR, vor allem aber durch die 1952 gegründete „Atlantik-Brücke“ e.V. mit den USA Kontakte im nationalen Interesse pflegte. Auch seine Verwicklung in die Spendenaffären der CDU wird – wenngleich sehr zurückhaltend – behandelt, wobei er Wert auf die Feststellung legt, dass „niemals eine Käuflichkeit von politischen Maßnahmen unter der Regierung von Bundeskanzler Kohl“ nachgewiesen

66 Walther Leisler KIEP, *Was bleibt ist große Zuversicht. Erfahrungen eines Unabhängigen. Ein politisches Tagebuch*, Berlin 1999.

67 DERS., *Brücken meines Lebens. Die Erinnerungen*, München 2006.

werden konnte (S. 226). Obwohl er sein Verhältnis zu Kohl mit wenig konkreten Angaben im „Abblendlicht“ erscheinen lässt, zeigt er sich immer besonders angetan, wenn er von diesem gelobt wird oder Zustimmung erfährt – ein fast paradoxhaftes Verhalten, das auch bei anderen Weggefährten Kohls zu beobachten ist.

Ein kleines Erinnerungsbändchen hat der ehemalige Ministerpräsident von Niedersachsen und stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU *Ernst Albrecht*⁶⁸ herausgebracht. Es enthält ausgewählte Rückblicke auf seine Politik seit 1976 in Niedersachsen, im Bundesrat und in der CDU. Der Historiker kann darin wichtige Details zu den Polen-Vereinbarungen, zum Gorleben-Komplex, zur Kanzlerkandidatur 1980, zur Rundfunkpolitik wie auch zur 1989er Krise (Bremen) um Helmut Kohl finden. Auch das Engagement Albrechts in der Wendezeit 1989/90 und beim Aufbau Ost wird deutlich. Im Ausblick macht er beachtenswerte Vorschläge zur Reform des Sozialsystems.

*Eduard Ackermann*⁶⁹, Kohls früherer Pressesprecher und dann Leiter der Abteilung Kommunikation, Dokumentation und Politische Planung im Bundeskanzleramt, berichtet kenntnisreich aus der Pressearbeit und über die Medienkontakte der Regierung Kohl, wobei er insbesondere anschaulich zu machen weiß, dass Politik immer mit Menschen und oft mit Allzumenschlichem zu tun hat.

Über die Erfahrungen eines Unternehmers mit der Politik wie im allgemeinen über das Verhältnis von Wirtschaft und Politik berichtet *Eberhard von Brauchitsch*⁷⁰, die Hauptfigur in der Flick-Parteispendenaffäre im Anfang der Ära Kohl. 1987 im Verfahren wegen Bestechung und Vorteilsgewährung freigesprochen, aber verurteilt wegen Steuerhinterziehung, macht er seine Lebenserinnerungen zu einer Rechtfertigungsschrift. Im Mittelpunkt steht das Zustandekommen der Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums in den Jahren 1976/1978, dem Flick-Konzern aufgrund § 6 b Einkommensteuergesetz und § 4 Auslandsinvestitionsgesetz eine Steuerbefreiung für die Neuanlage des Erlöses aus dem Verkauf von 29 % der Daimler-Aktien zu gewähren. Wegen der damals an die Politik geflossenen Gelder kam es zur sogenannten Flick-Affäre, in die durch die als Aufdeckung eines Bestechungsskandals betriebene „Spiegel“-Kampagne 1982/83 („Die gekaufte Republik“) auch Helmut Kohl verwickelt wurde, ausgerechnet zu Beginn seiner Kanzlerschaft. Im zentralen Kapitel „Wirtschaft und Politik“ erläutert Brauchitsch seine These, wonach

68 Ernst ALBRECHT, *Erinnerungen, Erkenntnisse, Entscheidungen. Politik für Europa, Deutschland und Niedersachsen*, Göttingen 1999.

69 Eduard ACKERMANN, *Mit feinem Gehör. Vierzig Jahre in der Bonner Politik*, Bergisch-Gladbach 1994.

70 Eberhard von BRAUCHITSCH (in Zusammenarbeit mit Thomas Karlauf), *Der Preis des Schweigens. Erfahrungen eines Unternehmers*, München 2001.

Großspenden der Wirtschaft an die Parteien eigentlich Zuwendungen in der Art von Schutzgeldern seien, die vor Repressionen durch wirtschaftsfeindliche Politik schützen sollen. („Parteispenden waren nichts anderes als eine Form der indirekten Steuern“ (S. 104). Der Skandal bestehe also darin, dass sich die Politik aus der Verantwortung stehle und damit eine für das Gedeihen der Volkswirtschaft notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit von Politik und Wirtschaft unmöglich mache. Kohl sei erst Ende der 60er Jahre durch Hanns-Martin Schleyer und von Brauchitsch zu wirtschaftlichem Denken und zu Kontakten in die Kreise der Großindustrie gebracht worden. Als Kanzler sei er aber weiterhin in der katholischen Soziallehre verankert geblieben, „deren unsubstantielle Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit wenig praktikabel und für die Interessen der deutschen Wirtschaft mitunter höchst hinderlich waren“ (S. 278). Das Wirtschaftsministerium sei in der Ära Kohl „auf den Hund“ gekommen. Kohl habe weder in der „Wende“ von 1982/83 noch im Umbruch von 1989/90 die Chance wahrgenommen, um unpopuläre Maßnahmen zu einer grundlegenden Änderung der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzusetzen. Das habe besonders auch mit Kohls Personalpolitik zusammengehungen, in der „Treue den Vorzug vor Sachverstand“ gehabt habe. Von Brauchitsch reiht Kohl unter die Politiker ein, die sich in der Hochphase der Flick-Affäre an nichts mehr erinnern wollten und plötzlich auf Abstand bedacht waren; seine Bitte um öffentliche Rückendeckung seitens der Regierung sei 1983 ohne irgendeine positive Reaktion geblieben. In den folgenden Jahren seien sich Kohl und er nur noch selten begegnet. Für den Historiker sind diese Erinnerungen vor allem wegen der Aufhellung des Beziehungsgeflechts von Politik und Wirtschaft von Interesse. Was dabei jedoch missfällt, ist die Art und Weise, in welcher sich der Autor über eine Behandlung durch die Politik beklagt, die umgekehrt die Wirtschaft gegenüber der Politik anzuwenden keine Skrupel hat.

Die Erinnerungen von *Egon Bahr*⁷¹ beschränken sich, soweit sie die Ära Kohl betreffen, auf die Wiedergabe von Erlebnissplintern aus dem „Schicksalsjahr der Einheit“. Diese eigenen Wahrnehmungen werden nüchtern, ja ernüchternd geschildert und kommentiert. Dabei sind freilich manche seiner einstigen ost- und deutschlandpolitischen Lagebeurteilungen und Zielvorstellungen, die sich als irrig erwiesen haben, vergessen oder umgedeutet worden, wie neuere Untersuchungen zur Deutschlandpolitik der SPD⁷² zeigen. Realistisch war er in der Skepsis, ob es für einen nationalen Aufbruch und eine allgemeine „Blut und Tränen“-Anstrengung, wie sie manchen Einheitsenthusiasten vorschwebten, in der deutschen Gesellschaft die dazu erforderlichen tragenden Kräfte und opferwilligen Einstellungen gegeben hätte. Viele West-

71 Egon BAHR, *Zu meiner Zeit*, München 1996.

72 Vgl. Anm. 52.

deutsche (und nicht wenige Ostdeutsche, kann man hinzufügen) hätten nicht gerade Freude über die Einheit empfunden und wären dementsprechend auch nicht zu längeren persönlichen Einschränkungen bereit gewesen.

Schließlich ist auch noch das Memoireschrifttum von DDR-Politikern zu erwähnen, deren Wirken zwar zeitlich parallel zur Ära Kohl verlief, aber ihr, wenn überhaupt, nur im Wende- und Wiedervereinigungsjahr zuzurechnen ist. Im wiedervereinigten Deutschland blieben die vormaligen DDR-Spitzenkader bedeutungslos, dafür zeigten sie sich höchst produktiv an autobiographischen Nachgesängen, in denen sie frustriert ihren sozialistischen Jugendträumen nachtrauern, den Westen weiter klassen-befeinden und ihre sogenannten „Strafrenten“ beklagen. Stellvertretend für diese Erinnerungsliteratur der Czepuck, Hager, Kessler, Möbis, Modrow, Schalck-Golodkowski, Schirdewan, Wolf u.a. sei hier nur die „Bekanntnisgeschichte“ von *Hans Modrow*⁷³ aufgeführt, in der er nach einem flüchtigen Blick auf Jugend, Soldatenzeit und sowjetische Gefangenschaft seine Karriere als Funktionär in FDJ und SED darstellt. Im Hauptteil schildert er seine Tätigkeit als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Dresden (ab 1973) und seine Amtsführung als SED-Ministerpräsident der „Wende“-DDR zwischen November 1989 und der Volkskammerwahl vom 18. März 1990. Obwohl Modrow sich freimütig und ausdrücklich in der „politischen Gesamtverantwortung“ sieht, geht er nicht auf eine ehrliche Aufarbeitung aus, sondern liefert eine um Verständnis heischende Selbstrechtfertigung nach der Formel: „Ja, aber“ ab. Vieles würde man ihm auch abnehmen, wenn er nicht ständig Sticheleien und hämische Ausfälle gegen die „BRD“ bereit hielte, die zwar alten Genossen Vergnügen bereiten mögen, jedem anderen Leser jedoch nur vermitteln, mit welcher durch Verbitterung und Animosität verzerrten Optik diese Seiten verfasst wurden. Denn ist jemand ernst zu nehmen, der meint, dass während des Kalten Krieges im Osten Anna Seghers und Willi Bredel, im Westen aber Landserhefte das geistige Klima bestimmt hätten (S. 148)? Liest man gar von der durch Vereinigung der zwei deutschen Staaten möglich gewordenen „neuen Qualität, resultierend aus der wirklichen Synthese zweier Politikformen, die mit dem Ende des Kalten Krieges an ihr eigenes Ende gekommen waren“, wird erschreckend bewusst, wie schlimm es hätte werden können.

Es bleiben jene persönlichen Rückblicke und erinnernden Aufzeichnungen zu besprechen übrig, die allein der bewegenden, der Teilung Deutschlands und Europas ein Ende machenden Umbruchzeit gelten (u.a. Kurt Biedenkopf, Michail Gorbatschow, Hans Klein). Diese Titel werden zusammen mit der monographischen Literatur zur Deutschland- und Außenpolitik der Ära Kohl im zweiten Berichtsteil vorgestellt werden.

73 Hans MODROW, *Ich wollte ein neues Deutschland*, Berlin 1998.

Biographien und Porträts

Kein Bundeskanzler ist, noch dazu bei Lebzeiten, mit so vielen Biographien und Persönlichkeitsporträts bedacht worden wie Helmut Kohl. Diese Ausnahmestellung lässt sich wohl am einfachsten damit erklären, dass er der Einheitskanzler ist. Er war in dem großen Umbruch von 1989/90 einer der Entscheidungs- und Handlungsträger der beschleunigten Geschichtsbewegung. Im historischen Geschehen um die deutsche Einheit gewann er so eine historische Größe, die das Interesse an seiner Lebensgeschichte und seiner politischen Leistung weit über Deutschland hinaus begründet. Eine wissenschaftliche Biographie steht freilich noch aus. Naheliegenderweise haben fast ausnahmslos Journalisten die bisher vorliegenden biographischen Beiträge verfasst. Die Gebundenheit ihrer Produkte an die Aktualität des Tages ist denn auch unübersehbar. Einen ersten Kohl-Boom gab es auf dem Büchermarkt im Gefolge des Einheitsjahrs bis Mitte der Neunziger, und ein zweiter – kräftiger ausgeprägt – folgte am Ende der Ära Kohl, als seine 16-jährige Kanzlerschaft als Ganzes mit Einschluss der Geschichte des neuen Deutschlands überblickbar wurde.

Die erste Kohl-Biographie stammt von dem ehemaligen Ludwigshafener Redakteur und Bonner Korrespondent der „Rheinpfalz“, *Klaus Hofmann*⁷⁴. Zu Beginn der Ära-Kohl erschienen und nach der deutschen Einigung aktualisiert, kommt sie mit ihrer freundlichen Farbgebung und beifälligen Darstellung auf ein offiziöses Politikerporträt hinaus, das darauf angelegt ist, die Fähigkeiten und Verdienste des neuen Bundeskanzlers zu würdigen. Eine von *Günter Mächler* bearbeitete Neuausgabe⁷⁵ führt die Biographie weiter bis zur Besiegelung der deutschen Einheit und zur ersten Bundestagswahl in ganz Deutschland (3. Dezember 1990), deren Ergebnis Kohl als Bestätigung seiner Kanzlerpolitik ansehen konnte.

Der erste Versuch eines umfassenderen Lebens- und Persönlichkeitsbildes Helmut Kohls wurde dann 1985 von den WDR-Redakteuren *Werner Filmer* und *Heribert Schwan* unternommen.⁷⁶ Neben den beiden Hauptautoren und Herausgebern zeichneten für die Kapitel „Der Oppositionsführer“ und „Der Kanzler“ die Bonner Journalisten *Wolfgang Wiedemeyer* (SWF) und *Heinz-Joachim Melder* (HAZ) verantwortlich. Dadurch, dass auch noch eine namhafte Reihe von Weggefährten und Zeitzeugen wie *Erwin Faul*, *Walther Peter*

74 Klaus HOFMANN, *Kanzler des Vertrauens. Eine politische Biographie*, Stuttgart 1984; DERS., *Helmut Kohl. Eine politische Biographie*, Bonn 1991.

75 Günter MÜCHLER/Klaus HOFMANN, *Helmut Kohl, Kanzler der deutschen Einheit. Eine Biographie*, Bonn 1992.

76 Werner FILMER/Heribert SCHWAN, *Helmut Kohl*, Düsseldorf 1985 (4. akt. Neuauflage 1990).

Fuchs, Bernhard Vogel, Johann Wilhelm Gaddum, Erwin Teufel, Jockel Fuchs, Manfred Rommel, Kurt Biedenkopf, Basilius Streithofen, Friedrich Wetter, Michael Stürmer oder *Werner Weidenfeld* ihre ganz persönlichen Eindrücke und Beurteilungen beisteuerten, ist hier bereits vorgezeichnet, „was Helmut Kohl substantiell kennzeichnet“ (Vorwort). In den Porträts der Folgezeit kamen lediglich neue biographische Fakten mit entsprechenden Variationen oder Überzeichnungen des Kohl-Bildes hinzu. Das Fazit der Autoren, dass die Ära Kohl „eine Deutschstunde besonderer Art“ bleibe, kann nach wie vor Gültigkeit beanspruchen. Je nachdem, ob die Wiedervereinigung als Vollendung der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik oder als Ursache der deutschen „Krise“ aufgefasst wird, schwankt ihr „Charakterbild“ ebenso wie das seine.

Im Hochgefühl der deutschen Einigung hat der Historiker *Werner Maser*⁷⁷ Kohl als „Kanzler der Einheit“, als erfolgreichen deutschen Staatsmann porträtiert, „der spätestens seit Herbst 1966 ständig und konsequent die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gefordert, 1989 die Situation genutzt und in seinem Sinne durchgesetzt“ habe (S. 14). Er stellt Kohl neben Bismarck, wenn er auf Entscheidungen und Entwicklungen hinweist, die „der von ihnen gravierend beeinflussten Geschichte weit über den nationalen Rahmen hinausgehende Impulse gegeben haben“ (S. 330) Eindringlich wird vor Augen geführt, wie traditions- und kontinuieritätsbewusst, mit welchem Denken in historischen Dimensionen Kohl seine Politik betrieben hat. Zugleich bietet diese Biographie auch eine Chronik der Diffamierungskampagnen, persönlichen Anfeindungen und Verhöhnungen, denen Kohl wie kein anderer deutscher Bundeskanzler ausgesetzt war. Dass sich dabei auch in übler Weise sein Nachfolger im Kanzleramt hervorgetan hat, liest man nicht ohne Interesse.

Wenn es in dieser Anfangsperiode des vereinigten Deutschlands um die Lebensleistung und die Politikerpersönlichkeit des „Einheitskanzlers“ geht, erscheinen fast immer auch Äußerungen der Verwunderung, Skepsis oder gar Bestürzung angesichts des Vorgangs, dass ein Politiker, der gemeinhin höchstens als Mittelmaß eingeschätzt wurde, der weder etwas Faszinierendes an sich hatte, noch das Charisma eines großen politischen Führers besaß, unversehens alle deutschen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts auf die Plätze verweisen konnte und die Spitze der Politcharts erstürmte.

Der Publizist *Alexander Gauland*⁷⁸, damals Herausgeber der „Märkischen Allgemeinen“ und vormaliger hessischer Staatssekretär bei Ministerpräsident Walter Wallmann, sucht dieses vermeintliche Paradox dadurch aufzulösen, dass er in Anlehnung an den Philosophen Odo Marquardt unserer Zeit die Möglichkeit historischer Größe überhaupt abspricht, weil unsere Welt eben

77 Werner MASER, *Helmut Kohl. Der deutsche Kanzler*, Berlin 1990.

78 Alexander GAULAND, *Helmut Kohl. Ein Prinzip*, Berlin 1994.

sachlich, trivial, einförmig und überraschungsarm geworden sei. Sein schmaler Band will die von Kohl verkörperte politische Normalität, in der sich Staatsmännisches und Antiheldisches, Unschärfe des Profils und Instinkt des Machterhalts, Prinzipientreue und umstrittene Methoden mischen, verstehbar machen. Nach einer Vorbemerkung über historische Größe wird der „Politiker“, der „Ideologe“, der „Staatsmann“ Kohl ausgeleuchtet und dann an seinen Fehlern, seinen Kritikern und an der „neuen Welt“ gemessen. Brillante Skizzen über die Kohl-Konkurrenten Strauß, Biedenkopf und Geißler sind darin eingeschlossen. Am Schluss steht die heute kaum mehr aufregende Frage: „Quo vadis, Germania?“ Kohl, so das Fazit, sei „durch eigenes Verdienst und glückliche Umstände“ zu einer historischen Figur geworden, als „ein Repräsentant der alten Bundesrepublik an der Schwelle zur neuen. Sein Abgang wäre ein Zeichen dafür, „dass eine Epoche unwiderruflich zu Ende ist“ (S. 30f.).

Das Bemühen, dem Menschen und Politiker Kohl aus kurzer Distanz gerecht zu werden, kennzeichnet auch die Biographie von *Karl Hugo Pruys*⁷⁹. Mitte der siebziger Jahre war er Pressesprecher beim CDU-Bundesvorstand und arbeitete danach als Korrespondent deutscher Tageszeitungen aus Bonn. Mit der Attitüde des Insiders schreibt er routiniert gegen die Legenden an, die sich im Positiven wie im Negativen um Kohl gebildet haben. Statt einer „globalen Analyse der politischen Leistungen und Fehlschläge des ersten Kanzlers des vereinten Deutschlands“, statt einer „Würdigung seiner historischen Einordnung“ wird ein Bericht über eine unverwechselbare politische Existenz gegeben, der von tieferen Wertungen und Charakterisierungen weitgehend absieht, aber spannend zu lesen ist. Das Buch schließt mit einem Essay von *Jean-Paul Picaper*, langjährigem Deutschland-Korrespondenten des Pariser „Figaro“, über die Ära Kohl/Mitterrand, das „Herzstück der Europa-Politik“. Der Franzose sieht darin die Europapolitik der Ära Kohl von einem auf Zähigkeit, gesunden Menschenverstand und Wirklichkeitssinn beruhenden Pragmatismus geprägt.

Unter den Neuerscheinungen über Kohl 1998/1999, zumeist noch vor der Bundestagswahl, die er verlor, verdienen neben den personalistischen Biographien vor allem die biographischen Studien Interesse, die mit einer Porträtierung Kohls zugleich eine Zeitanalyse verbinden, das Individuell-Persönliche mit dem Allgemein-Überindividuellen in Zusammenhang bringen, so als ob der „Einheitskanzler“ tatsächlich den Gesellschaftszustand des vereinigten Deutschlands verkörpert hätte, als ob sich in seinen Stärken und Schwächen die Ursachen der „Vereinigungskrise“ wie die Schlüssel zu ihrer Überwindung finden lassen würden. Wie kein anderer Bundeskanzler wurde er am Ende seiner Ära reflexiv durchleuchtet und mit immer neuen Beobachtungsansätzen,

⁷⁹ Karl Hugo PRUYS, *Helmut Kohl. Die Biographie*, Berlin 1995 (englische Ausgabe u.d.T. *Kohl: Genius of the Present. A Biography of Helmut Kohl*, Chicago 1996).

neuen Redeweisen und Rasonnements beschrieben. Für diese Literatur stehen die schmalen Bände von *Jürgen Busche*⁸⁰ und *Patrick Bahners*⁸¹, die sich dem Phänomen Kohl feuilletonistisch nähern. Das Drüberreden ist beiden Autoren spürbar lieber als die Sachaussage, de aliqua re wichtiger als aliquid. Der Literaturjournalist *Busche* beschreibt als „essayistischer Biograph“ in einem lockeren Erzählstil den Aufstieg und die von ihm als erfolgreich empfundene Kanzlerschaft Kohls in einer Abfolge historisch-politischer Szenarien, die Überschriften tragen wie „Kohl bei Jünger“, „Kohl fängt an“, „Kohl lässt sich wählen“, „Kohl und seine Freunde“, „Kohl tritt noch einmal an“ usw. Die These, wonach Kohl „mit keinem seiner Züge über das Profil der Bundesrepublik“ hinausragt, sondern es nur bestätigt (S. 30), lässt sich dabei wie ein roter Faden durch das ganze Buch verfolgen. Eigenwillige, durchaus bedenkenswerte Detailbeobachtungen und -beurteilungen finden sich auf Schritt und Tritt. Etwa zum Bitburg-Komplex, der als misslungener Versuch, Kohl zu diskreditieren, gedeutet wird: Bitburg, „bis heute von den Linken als Tiefpunkt der Kanzlerschaft Kohls zitiert“, bezeichne in Wahrheit den Punkt, an dem die deutsche Linke endgültig ihre Kompetenz zur Kritik Kohls verloren hätte. Oder zur Kritikhaltung der Intellektuellen, denen Kohl die „bittere Lektion“ erteilt habe, dass auch ein Politiker, der das Richtige nicht angemessen in Worte fassen könne, gleichwohl in der Lage sei, das Richtige zu tun (S. 159f.). Zum Thema „Kohl-Witze“ wird angemerkt, dass ähnlich wie bei den Ostfriesen- und Blondinenwitzen „die Freiheit der Geschmacklosigkeit“ stets in der Konkurrenzsituation stehe, „andere, schon konventionell gewordene Geschmacklosigkeiten übertreffen zu müssen. Darum auch werden Witze dieses Genres so rasch wieder vergessen“ (S. 156). Eine sezierende Analyse, eine „Zergliederung“, die den „Erfolg“ Kohls in seinen Elementen und Zusammenhängen aufdeckt, ist daraus nicht geworden. Nicht ohne Grund ist an Busches Betrachtungsweise die „schludrige Art von politischer Hermeneutik“ (Warnfried Dettling) kritisiert worden. Die auffällig oft eingestreuten, auf den Spiegelhalt der Politik verweisenden Vergleiche Kohls mit einem Kartenspieler zeigen an, wie fern und fremd dem Autor letztlich die Wirklichkeit der Politik ist.

Eine vergleichbare, den Bereich der Macht ästhetisierende Betrachtung ist auch bei *Bahners* zu finden. Sein kompakter Essay von rund 180 Seiten kommentiert den politischen Werdegang Kohls vom rheinland-pfälzischen „Plakatkleber“ zum ersten gesamtdeutschen Bundeskanzler. Wer den pointillistischen Stil des Feuilletonchefs der FAZ schätzt, dürfte auch an seinem Kohl-Buch Gefallen finden. Unter anderem werden Jacob Burckhardt und Rousseau, Canetti und Machiavelli, Max Weber, Habermas und Luhmann aufgeboten

80 Jürgen BUSCHE, *Helmut Kohl. Anatomie eines Erfolgs*, Berlin 1998.

81 Patrick BAHNERS, *Im Mantel der Geschichte. Helmut Kohl oder Die Unersetzlichkeit*, Berlin 1998.

sowie die Soziologie, die Psychologie, die alte Geschichte, die System-, Sprach- und Managementtheorie bemüht, um Kohl in unterschiedlichsten Kontexten auf den Prüfstand zu stellen. Die politische Kunst Kohls wird darin gesehen, mit Menschen umgehen und den Moment ergreifen zu können. „Kohl war auf alle Eventualitäten und daher auch auf das unerhörte Ereignis von 1989 vorbereitet, weil in der Politik, die er praktizierte, die Sachdimension kein Gewicht hatte“ (S. 153). Witzige Einfälle – so wird beispielsweise die alltagssprachliche Aneignung des humanwissenschaftlichen Begriffs der „Mentalität“ mit Kohls Kanzlerschaft in Verbindung gebracht, so dass Boris Becker als „ein Heros der Ära Kohl“ erscheinen kann, weil er „mental gut drauf“ das Denken seinem Körper überlasse –, scharfzüngige Formulierungen („Wenn er sich in wallende Worte hüllte, schien er nur die Blöße seiner Ratlosigkeit zu bedecken“); geistvolle Aperçus („Einer Regierungspartei ist ein Realismus auferlegt, der mit dem Idealismus rechnen muss.“) gibt es zuhauf; an amüsanten Assoziationen zu bekannten Kohl-Dikta wie dem „Mantel der Geschichte“, dem „Zug der deutschen Einheit“ oder der „Sonnenseite der Geschichte“ kann der Leser sich delectieren, an Sentenzen, die wie Petits Four auf der Zunge zergehen; aber mit ansteigender Seitenzahl stellt sich während der Lektüre unweigerlich ein Hungergefühl ein: Man will auch etwas zwischen die Zähne kriegen. Ein Hauptgang wird jedoch nicht gereicht.

Das genaue Gegenstück zu dieser literarischen Art von „Lebensbeschreibung“ bildet die dickleibige, reportagehafte Kohl-Biographie von *Klaus Dreher*⁸². Der ehemalige Leiter des Bonner Büros der „Süddeutschen Zeitung“ führt sich als „Chronist“ ein, der die Karriere Kohls seit Mitte der 1960er Jahre berichtend und kommentierend „begleitet“ habe. Die Aufzeichnungen, Hintergrundberichte und Notizen, die sich so im Laufe der Jahre angesammelt haben, bilden die Materialgrundlage seiner Darstellung. Und in der Tat, all diese Zeitungsausschnitte, Buchauszüge, Zettel sind gnadenlos Stück für Stück ab- und eingearbeitet worden, auch wenn es sich nur um belanglose Details und Nebensächlichkeiten handelte. Um es mit Schiller zu sagen, das Zufällige wird ebenso dargestellt wie das Notwendige, das Kleine ist ausgeführt und das Große vernachlässigt. Von einer „gültigen Kohl-Biographie“ (so eine Rezension in der SZ) kann jedenfalls nicht die Rede sein. Der Mensch in seiner Zeit, individuelles Entscheidungshandeln und die Macht der Umstände – das sucht man in dem Buch vergeblich. Stattdessen stößt man immer wieder auf verunglückte historische Generalisierungen und auf plumpe psychologisierende Erklärungen. Ist etwa die Europa-Idee an die Stelle des Nazi-Reiches getreten? Lässt sich Genschers geringe Konfliktbereitschaft so einfach auf seine vaterlose Kindheit und seinen engen Anschluss an die Mutter zurückführen?

82 Klaus DREHER, *Helmut Kohl. Leben mit Macht*, Stuttgart 1998.

So liegt die Qualität des Buches vor allem in der informativen Zusammenstellung von Daten, Lebensumständen, politischen Ämtern und Aktivitäten Helmut Kohls wie auch in der unparteiischen journalistischen Präsentation. Leider gerät der dritte, die Jahre 1989 bis 1998 der Ära Kohl behandelnde Teil – aus Termingründen und wohl auch aus Mangel an verwertbaren Vorarbeiten – zu einer Aneinanderreihung von Fakten, Situationsbeschreibungen und Zitaten. Dabei wird der Entscheidung für Berlin und den Planungen für die „neue“ Hauptstadt besondere Beachtung zuteil.

Die Sachlichkeit einer Faktenbiographie geht dem kohlkritischen Versuch von Jürgen Leinemann⁸³ gänzlich ab. Gerademaß 110 Seiten umfassend, ist das Bändchen dünn – in jeder Beziehung. Der „Spiegel“-Redakteur bedient mit dem süffisanten Pointenstil des Nachrichtenmagazins alle diejenigen, die wie er selbst Kohl weder verstehen wollen noch ausstehen können. Seine Grundmelodie heißt: Kohl eine „Realsatire“, die Ära Kohl ein „Gerede“. Was das Vorwort „hochtrabend“ als „Psychogramm eines homo politicus“ bezeichnet, sei nach der Lektüre „allenfalls für das Psychogramm eines ressentimentgeladenen Journalisten“ zu halten, hat ein Rezensent treffend bemerkt (Paul Pucher in WamS). Der Historiker muss freilich auch solche Hohn- und Spottprodukte ernst nehmen und nach ihren Produktionsbedingungen fragen. Denn in der Mediendemokratie entstehen die Bilder von Politikern, die Images, nicht von selbst, sie werden gemacht. Vor der öffentlichen Meinungsbildung kommt die öffentliche Meinungsmache.

Trotz des hohen Ansehens, das Kohl überall im Ausland genoss, wie immer wieder betont wird, sind dort bislang Biographien über ihn auf die angelsächsische Welt beschränkt geblieben. Die britische Journalistin Patricia Clough⁸⁴, die viele Jahre Deutschlandkorrespondentin großer englischer Zeitungen gewesen ist, hat den „Versuch“ unternommen, „Helmut Kohl zu verstehen und herauszufinden, wie ein Mann mit so offensichtlichen Grenzen einer der außergewöhnlichsten Kanzler mit der längsten Amtszeit in der Geschichte der Bundesrepublik werden konnte.“ Ihr Buch weist zwar die Tugenden angelsächsischer Biographik auf – Fairness, Common sense, pointierte Schilderung –, aber es enthält „keine Neuigkeiten“, wie die Kritik mehrfach vermerkte. Es ist vielmehr ein fokussierender Spiegel des öffentlichen deutschen Meinungs-

83 Jürgen LEINEMANN, *Helmut Kohl. Die Inszenierung einer Karriere*, Berlin 1998. – Die Parteispendenaffäre von 2000 gab dem Autor Anlass, mit einer erweiterten und auch anders arrangierten Ausgabe seines Bändchens das „System Kohl“ („Stammtisch und Talkshow, Kuhhandel und Hofzeremoniell nonstop, subtile Seelenwäsche und brutales Mobbing“) erneut aufs Korn zu nehmen. Dabei ist ihm keine Phrase zu abgedroschen, kein Kalauer zu billig, um den Altkanzler zum „Opfer seiner schriftstellerischen Begierde“ (Guido Peters in „Saarbrücker Zeitung“) zu machen. DERS., *Helmut Kohl. Ein Mann bleibt sich treu*, Berlin 2001.

84 Patricia CLOUGH, *Helmut Kohl. Ein Porträt der Macht*, München 1998.

bildes und seiner Wandlungen, ergänzt durch Auskünfte von Weggenossen und Mitarbeitern Kohls. Danach sieht die Autorin die zweite Hälfte der Ära Kohl ganz von der Frage beherrscht, ob der Kanzler des wiedervereinigten Deutschlands, „selber sowohl Produkt als auch Verteidiger des Althergebrachten“, imstande sein würde, unpopuläre, aber notwendige Strukturreformen und einen „neuen Geist“ ins Leben zu rufen, um dem Land seinen Wohlstand und seine Stellung als führende Wirtschaftsmacht zu erhalten. Kurz: Die Autorin vermisst an Kohl den Thatcherismus. Britisch voreingenommen zeigt sie sich in ihrer Behandlung der Europapolitik Kohls, für die sie kein Verständnis aufzubringen vermag. Auch ist ihr die emotionale Seite des Vereinigungsgeschehens nicht geheuer. Zu Kohls Auftritt in Dresden, wo sie sich von der visuellen Wirkung der „bundesrepublikanischen Nationalfarben“ (!) bedrängt fühlte, lief ihr gar bei den Schlussworten des Kanzlers: „Gott segne unser deutsches Vaterland“ unwillkürlich ein „Angstschauer“ über ihren „britischen Rücken“ (S. 196). So kann man auch lakonische Sätze wie gleich zu Anfang: „Helmut Kohl verkörpert Deutschland“ als besonderen Ausfluss britischen Humors lesen. Die Ära Kohl, so lautet das Fazit, hätte die Deutschen in einen „Kokon aus Sicherheit und Beruhigung“ eingesponnen, sie werde zu Ende sein, „wenn sich seine Partei und seine Wähler selbstsicher genug fühlen, den Kokon abzustreifen und der wirklichen Welt allein gegenüberzutreten.“

Dieselbe Autorin hat auch eine Biographie über Hannelore Kohl⁸⁵ geschrieben, die Ehefrau des Kanzlers, deren Freitod im Sommer 2001 die Anteilnahme und die Sensationsgier eines breiten Publikums erregte. Das öffentliche Interesse an ihrem Leben an der Seite Helmut Kohls gab auch wieder Raum für Gerüchte und Verdächtigungen, ja selbst Verleumdungen, die den ehemaligen Kanzler und seine Politik in Misskredit bringen sollten – Unerträglichkeiten für die Kohl-Familie, so dass sich der jüngere Sohn Peter bewogen fühlte, in Zusammenarbeit mit einer Journalistin⁸⁶ seinerseits eine Biographie seiner Mutter zu schreiben, die „wahre Geschichte“ ihres Lebens, das zuletzt von einer unheilbaren Krankheit überschattet war. Die vergleichende Lektüre der beiden Bücher zeigt ein exemplarisches Frauenleben der Generation der frühen dreißiger Jahre mit einem Politiker der Parteiendemokratie, der bis in den Parteivorsitz und das höchste Regierungsamt aufstieg. War dieses Leben „fremdbestimmt“, wie Clough es sieht, oder haben nicht auch Liebe, Verantwortungsbewusstsein und eine auf familiäres Glück gerichtete Kraft ein Eigenes begründet, auf das sich der Partner stützen konnte, und ohne das sein Erfolg so nicht möglich gewesen wäre?

Zusammenfassend ist festzustellen: Bislang überwiegen die reservierten, kritischen oder ablehnenden Einstellungen in der Diskussion über die Ära

85 DIES., *Hannelore Kohl. Zwei Leben*, Stuttgart 2002.

86 Dona KUJACINSKI/Peter KOHL, *Hannelore Kohl. Ihr Leben*, München 2002.

Kohl. Ein abgeklärteres Kohlbild wird erst möglich sein, wenn die aktuellen Standorte und Interessen, die Sympathien oder Antipathien der Miterlebenden, die jetzt noch den Ton angeben, von der historischen Distanz und dem Material der Archive abgelöst worden sind. Inzwischen werden sich Urteilsbildung, Fragestellung und Darstellung noch eine Weile zwischen Polemik und Apologetik bewegen. Ein Buch, das hierbei vermittelnd wirken kann, ist die Kohl-Biographie des jetzt in Washington, D.C. lebenden amerikanischen Auslandskorrespondenten *Henrik Bering*⁸⁷. Im Klappentext als „authorized biography“ vorgestellt, will es sowohl Person, Leben und Politik Helmut Kohls als auch das wiedervereinigte Deutschland, das „new Germany“ der Ära Kohl einem amerikanischen Publikum näher bringen. Es ist darauf angelegt, dem „image making“ einflussreicher Massenmedien entgegenzuwirken. Dazu haben neben amerikanischen Politikern, die persönlich mit Kohl zu tun hatten, vornehmlich enge Mitarbeiter und Vertraute Kohls den Verfasser mit Auskünften und Hinweisen unterstützt. Dies macht das Buch gewissermaßen zu einem Antidot gegen die Stereotypen und Einseitigkeiten, Oberflächlichkeiten und Mythen der Kohlbilder, die in der Öffentlichkeit konkurrieren. Dem Technokraten Helmut Schmidt wird Kohl als ein „big picture politician“ gegenübergestellt. Im Mittelpunkt der Darstellung steht die Politik der deutschen Einheit, deren nationaler wie internationaler Kontext ausführlich kommentiert wird. Besonders hervorgehoben wird dabei die enge deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, die nach Robert Kimmitt auf einer „coincidence of character on both sides of the Atlantic“ gegründet gewesen sei. Die Darlegung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Mentalitätsprobleme beim Aufbau Ost, einschließlich der Erinnerung an die einheitsfeindliche Haltung linker Intellektuellen (Günter Grass), bildet einen weiteren Schwerpunkt dieses Werks. Aber auch Kohls „enemies“, von den parteipolitischen Konkurrenten bis zu den Vorkämpfern der Kolportagepublizistik, sind benannt, selbst seine Geschichtspolitik (Historikerstreit) kommt zur Sprache. Die abschließende Wertung, dass Kohls Kanzlerschaft ein „good government“ gewesen sei, bleibt für die Geschichtsschreibung zu diskutieren.

Sammelwerke und Lexika

Kurzbiographien, Porträts und Würdigungen Helmut Kohls als „Kanzler der Einheit“ und als „Politprofi ohnegleichen“ (*Marion Gräfin Dönhoff*⁸⁸) sind – teils von Historikern, teils von journalistischen Beobachtern verfasst – auch

87 Henrik BERING, *Helmut Kohl*, Washington D.C. 1999.

88 Marion Gräfin DÖNHOF, *Helmut Kohl, Kanzler der Einheit Deutschlands*, in: DIES., *Deutschland, deine Kanzler. Die Geschichte der Bundesrepublik 1949–1999*, München 21999.

in Nachschlagewerken, Sammelwerken und Essaybänden zur Geschichte der Bundesrepublik zu finden. Hier können davon nur die wichtigsten Titel mit ihren Verfassern aufgezählt werden. Die Geschichte der Kanzlerkandidatur Kohls für die Bundestagswahl 1976 und seiner knappen Niederlage gegen den amtierenden Kanzler Helmut Schmidt hat der Göttinger Parteienforscher *Michael Kofß*⁸⁹ sehr kundig nacherzählt; durch ein „erfolgreiches Scheitern“ habe er „faktisch das Sprungbrett für seine weiteren bundespolitischen Ambitionen“ gewonnen“. Zuverlässige biographische Grundinformationen bieten die Lexikonartikel zu Helmut Kohl von *Theo Schwarzmüller*,⁹⁰ dem Direktor des Instituts für pfälzische Geschichte und Volkskunde. Der Journalist *Oskar Fehrenbach* („Stuttgarter Zeitung“) hat in einem biographischen Essay die dominierenden Leitlinien des Politik-Konzepts Kohls zu bestimmen versucht, den er als „Kanzler zweier unterschiedlicher weltgeschichtlicher Epochen“ sieht. In dieser Zeitenwende, in der die Politik eine enorme Konzentration auf die Zukunft nötig habe, der politische Handlungsspielraum jedoch von allen Seiten unablässig eingeschränkt werde, müsse ein Kanzler „schon vom Kaliber Kohls sein, um mit den erschwerten Bedingungen fertig zu werden“.⁹¹ Ein Sammelband mit 28 Kanzlerporträts⁹² ist von dem Fernsehjournalisten und Publizisten *Wilhelm von Sternburg* herausgegeben worden. Mit einem – in diesem Kontext einfach unqualifizierten – Kohl-Essay hat darin *Jürgen Leinemann* wieder einmal die Gelegenheit genutzt, sich in einer penetrant persönlich werdenden Manie(r) über den „Mann aus Oggersheim“ lustig zu machen. Sollte damit vielleicht angedeutet werden, dass Kohl unter den deutschen Kanzlern ebenso aus der Rolle falle wie der Autor inmitten der Journalisten- und Historikerpromi-

89 Michael KOSS, *Scheitern als Chance. Helmut Kohl und die Bundestagswahl 1976*. In: Daniela FORKMANN/Saskia RICHTER (Hg.), *Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber*, Wiesbaden 2006, S. 174–201.

90 Vgl. Theo SCHWARZMÜLLER, in: *Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002*, hg. von Rudolf VIERHAUS und Ludolf HERBST, München 2002, Bd. 1, S. 440–441; DERS., in: Winfried BECKER u.a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie*, Paderborn 2002, S. 302–305.

91 Oskar FEHRENBACH, *Helmut Kohl*, in: Hans KLEIN (Hg.), *Die Bundeskanzler*, Berlin 1993, S. 345–414. Derselbe Autor hat im entscheidenden Wahljahr 1990 mit einer „politischen Zustandsbeschreibung“ der Aufgaben und Optionen des vereinigten Deutschlands für Helmut Kohl als Kanzler votiert. Die „Kompetenz des Kanzlers Kohl“, die er an der Politik der Einheit, der Haltung zu Europa und der Leistungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft misst, wird der „Beinahe-Sprachlosigkeit“ der deutschen Linken gegenübergestellt, die sich „über alles den Kopf zerbrochen hat, nur eben nicht über die großen geschichtlichen Strömungen, die zum Kollaps der kommunistischen Ideologie geführt haben“. Vgl. DERS., *Helmut Kohl – wer sonst? Über die Alternativen deutscher Politik*, Bonn 1990.

92 Jürgen LEINEMANN, *Helmut Kohl*, in: Wilhelm von STERNBURG (Hg.), *Die deutschen Kanzler. Von Bismarck bis Kohl*. Akt. Neuausg., Frankfurt/M. 1994, S. 457–466.

nenz, die für die anderen Amtsträger zeichnete?⁹³ Zu Kohls Vorgänger Helmut Schmidt durfte vergleichsweise dessen Herausgeberkollege von der „Zeit“, Theo Sommer, würdigend zu Worte kommen. Strenger Wissenschaft verpflichtet ist der von dem Freiburger Politologen *Wolfgang Jäger* verfasste Artikel „Helmut Kohl“ im „Biografischen Lexikon der deutschen Bundesregierungen“.⁹⁴ Während die Bilanz der Kohl-Regierung in der Innen-, Finanz- und Wirtschaftspolitik umstritten sei, lautet sein Fazit, verdiene die Außenpolitik eine positive Bewertung, zumal die „überzeugende Leistung“ im Prozess der deutschen Einigung. Ausführlicher wird auf die „Regierungstechnik“ eingegangen, die gerne mit dem Etikett „System Kohl“ versehen werde. Der Kanzler habe sich dabei auf die Koalition und die Parteiführung gestützt und einen personalistischen, Entscheidungen in Machtsicherungsprozesse einbettenden Stil gepflogen (Konkordanzdemokratie). Der Frage nach den charismatischen Elementen im politischen Wirken Kohls ist der Historiker *Dieter Hein* (Frankfurt/M.) nachgegangen. Das Ergebnis seiner eindringlichen Studie ist, dass Kohl nur in der außergewöhnlichen Umbruchsituation von 1989/90 während eininhalb Jahre „einige der Kriterien charismatischer Führerschaft“ erfüllte, sonst jedoch mit seinem Führungs- und Regierungsstil „ein Musterbeispiel für den Prozess gleichzeitiger Zunahme von rationaler und charismatischer Herrschaft“ bildete.⁹⁵ *Peter März* hat in einer vergleichenden Betrachtung der Kanzlerschaften vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung⁹⁶ Helmut Kohl als Regierungschef charakterisiert, bei dem „das Element des Parteipolitischen“ eine erhebliche Bedeutung gewann. Dass er die Verfügung über die eigene Partei mitbrachte, wird explizit der „Haben-Seite“ seiner Kanzlerschaft zugerechnet. Für Kohls Führungsstil sei die „Mittelposition“ charakteristisch gewesen, die ein elastisches Reagieren auf Veränderungen des politischen Kräfteparallelogramms ermöglicht habe, für seine Politik ein „Kurs der Mitte“, der das Ziel verfolgt habe, Differenzen und Gegensätze auszugleichen. Die „gewisse Innovationsscheu“, die Kohl nachgesagt werde, könne sich hierauf zurückführen lassen. Ganz abwegig wird – an die Adresse von Karl-Heinz Bohrer gerichtet – der Vorwurf des Provinziellen gegen Kohl genannt: Provinz sei in Deutschland Wurzelboden politischer Kultur. Der Verfasser schrieb seine Studie als stellvertretender Direktor der Bayeri-

93 Unter anderem Rudolf Augstein (Bismarck), Fritz Fischer (Bethmann-Hollweg), Lothar Gall (Max von Baden), Joachim Fest (Hitler), Werner Weidenfeld (Adenauer), Klaus Harpprecht (Brandt).

94 Udo KEMPF/Hans-Georg MERZ (Hg.), *Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen*, Opladen 2001, S. 367–380.

95 Dieter HEIN, *Helmut Kohl. Ein charismatischer Führer der deutschen Nation?*, in: Frank MÖLLER (Hg.), *Charismatische Führer der deutschen Nation*, München 2004, S. 259–281.

96 Peter MÄRZ, *An der Spitze der Macht. Kanzlerschaften und Wettbewerber in Deutschland*, München 2002 (Helmut Kohl S. 178–204).

schen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Der durch seine historischen Fernsehfeatures einem größeren Publikum bekannt gewordene Historiker *Guido Knopp* hat zusammen mit *Stefan Brauburger* in seinem Buch zur ZDF-Filmreihe über die „Mächtigen der Republik“ den „Patrioten“ Helmut Kohl porträtiert.⁹⁷ Die Geschichte der Einheit, die ganz im Mittelpunkt dieser Dokumentation steht, bleibe, so heißt es da, „seine Geschichte“. Kohl wird zu jenen Regierenden gezählt, „denen das glückliche Los zufiel, in einer Ausnahmesituation eine neue Ordnung mitgestalten zu dürfen.“ Beobachtungsschärfe, Informiertheit und die Fähigkeit, die Stimmung des Augenblicks einzufangen zeichnen die Skizzen des Bonner Sonderkorrespondenten der „Süddeutschen Zeitung“ *Hans Ulrich Kempfski* über seine Erlebnisse mit den deutschen Bundeskanzlern aus.⁹⁸ Anhand seiner Aufzeichnungen sind zwar keine neuen Seiten an Kohl, keine neuen Facetten seiner Ära zu entdecken, aber der Historiker wird für authentische Bilder aus der Nähe dankbar sein.

Quellenwerke und Redensammlungen

Auf Quelleneditionen und Quellensammlungen zur Ära Kohl wird die Geschichtsschreibung noch einige Jahre verzichten müssen, bis die archivalischen Sperrfristen für amtliche Aktenbestände und für Nachlasspapiere von Hauptakteuren auslaufen. Derzeit muss sich die Forschung noch hauptsächlich an die mündliche Überlieferung von Zeitzeugen (oral history) und das veröffentlichte Quellengut, also Presseinformationen, Politikerreden und -erklärungen sowie Partei- und Parlamentsmaterialien halten. Relevantes Aktenmaterial aus der Regierungstätigkeit ist vorerst nur ausnahmsweise im Rahmen projektgebundener Nutzungsregelungen verfügbar gewesen. So ist in dem Sonderband „Deutsche Einheit“ der seit 1961 vom Bundesinnenministerium und vom Bundesarchiv herausgegebenen „Dokumente zur Deutschlandpolitik“, unter Absehung von der gesetzlich vorgeschriebenen Freigabefrist, eine Auswahl von 430 Dokumenten aus dem Bundeskanzleramt zur Wiedervereinigungspolitik 1989/90 ediert worden.⁹⁹ In der über 200 Seiten umfassenden Einführung „Entscheidung für die deutsche Einheit“ zeichnet *Hanns Jürgen Küsters* den Einigungsprozess mit seiner Ausgangslage, seinen Strategiewechseln, Verhandlungsphasen, Gegenkräften und Streitfragen ebenso kompetent

97 Guido KNOPP (in Zusammenarbeit mit Alexander Berkel u. a.), *Kanzler. Die Mächtigen der Republik*, München 1999, S. 359–417.

98 Hans Ulrich KEMPSKI, *Um die Macht. Sternstunden und sonstige Abenteuer mit den Bonner Bundeskanzlern 1949 bis 1999*, Berlin 21999 („Der Kanzler der Einheit“, S. 323–355; „Noch einmal die ganz große Schlacht“, S. 357–378.

99 *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (Dokumente zur Deutschlandpolitik), bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998.

wie differenzierend nach. Als erstes Dokument ist das Protokoll des Gesprächs Kohls mit Präsident Bush in Bonn am 30. Mai 1989 abgedruckt, als letztes die Note der DDR-Regierung an die Bundesregierung vom 29. September 1990, in der das Inkrafttreten des Einigungsvertrages bestätigt wird. War die Wiedervereinigung ein „Zufall der Geschichte“? Nein, so erweisen es die Quellen: Die deutsche Einheit „wird in einer einmalig günstigen historischen Konstellation mit einem innen- und außenpolitisch enormen Kraftakt hergestellt“, in dem sich politischer Instinkt, Verhandlungsgeschick und Durchsetzungskraft verbunden haben.

Eine instruktive Zusammenstellung der wichtigsten Rechtsakte, Erklärungen und Entwürfe zur Dokumentation der friedlichen Revolution in Ostdeutschland und des deutschen Einheitsprozesses enthält ein handliches, für Historiker, Publizisten, Journalisten und Lehrer gedachtes Bändchen, das *Ingo von Münch* herausgegeben hat.¹⁰⁰ Derselbe Herausgeber hat auch eine Textedition der Verträge zur deutschen Einheit besorgt.¹⁰¹

Eines der wichtigsten Quellenwerke für das Ende des Kalten Krieges, im besonderen aber für die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1981 und 1991 und für die Europapolitik dieses Zeitraums wie auch für die Persönlichkeitsbilder der verantwortlichen Staats- und Regierungschefs stellt zweifellos das Protokoll-Tagebuch von *Jacques Attali*¹⁰² dar, der als persönlicher Referent und Berater von Staatspräsident Mitterrand mit fast täglichen, detaillierten Aufzeichnungen das politische Tagesgeschehen, vor allem Ereignisse in der Umgebung des Präsidenten festgehalten hat, und insbesondere dessen Kommentare zu innen- und außenpolitischen Vorgängen sowie Gesprächsplatter aus dessen Unterredungen mit führenden ausländischen Politikern. Bei aller Bewunderung des Staatsmanns Mitterrand mit seiner Kultiviertheit, seinem Sinn für das Wesentliche, seiner Leidenschaft für den Dienst an der Nation ist dieses „Journal“ zugleich aber auch die Geschichte einer Desillusionierung durch die täglichen Einblicke in die menschlichen Schwächen des Politikers Mitterrand, seine Egozentrik, seine kleinliche Eitelkeit und Rachsucht. Dennoch will der Autor nicht „Rechnungen begleichen“, sondern Rechenschaft geben, wahre Einzelheiten wesentlicher Ereignisse festhalten, nicht Geheimnisse aus dem Boudoir berichten. Der 2. Band betrifft die Jahre der zweiten Präsidentschaft Mitterrands, in denen Jacques Chirac Regierungschef

100 Ingo von MÜNCH (Hg.), unter Mitarbeit und mit einer Einführung von Günter Hoog, *Dokumente der Wiedervereinigung Deutschlands. Quellentexte zum Prozess der Wiedervereinigung von der Ausreisewelle aus der DDR über Ungarn, die CSSR und Polen im Spätsommer 1989 bis zum Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland im Oktober 1990*, Stuttgart ²1992.

101 DERS., (Hg.), *Die Verträge zur Einheit Deutschlands*. Textausgabe mit Sachverzeichnis und mit einer Einführung von Günter Hoog, München 1992.

102 Jacques ATTALI, *Verbatim. Chronique des années 1981–1991*. 3 Bde. Paris 1993–1995.

war. Auch hier versteht sich der Autor als Chronist, der nicht beurteilen, sondern nur erzählen will, was sich hinter den Kulissen der Macht abgespielt hat. Die Politik der „Cohabitation“ erscheint dadurch bestimmt, dass das Verhältnis zwischen Staatspräsident und Premierminister sich nicht mehr in unterschiedlichen „Domänen“, sondern in verschiedenen „Horizonten“ ihrer Tätigkeit ausdrückt: der eine auf die langfristige Politik gerichtet, der andere verantwortlich für das politische Tagesgeschäft. Die Aufzeichnungen des dritten Bandes gelten einer der bedeutsamsten Perioden der zeitgenössischen Geschichte (Niedergang des letzten „Empire“ des Jahrhunderts, der Fall der Berliner Mauer, die deutsche Wiedervereinigung, die Auflösung des Warschauer Paktes und der erste „post-kommunistische“ Krieg d.i. der Golfkrieg). Die Notizen über die Unterredungen der Staatsmänner, die er „protokolliert“ hat, seien es wert, so meint er, in die Geschichtsbücher einzugehen. Namentlich bezieht er sich dabei – neben Mitterrand – auf Kohl, Gorbatschow und Bush. In der Einleitung des dritten Bandes heißt es – in Übersetzung – über Helmut Kohl, den Attali seit 1982 beobachten konnte: „... immer mehr seiner selbst sicher, immer direkt, aber hinter seinem schwerfälligen Äußeren mit einer gefürchteten Intelligenz im Dienst eines großartigen Traums: Deutschland in einem freien und wiederversammelten Europa zu vereinigen; manchmal ein Täuscher, zumindest durch Unterlassung, ein leidenschaftlicher Verteidiger der Interessen seines Landes, bereit zu Konzessionen im Austausch gegen größere Vorteile, ganz abgesehen davon, dass niemand von ihm einen angemessenen Preis für eine Wiedervereinigung zu fordern wagte, weil alle sie für unmöglich hielten, und der sie nicht nur im Eilmarsch verwirklichte, sondern die vollzogene Tatsache auch noch durch die anderen bezahlen ließ!“. Nichts sei, so Attali, erstaunlicher gewesen als diese Arroganz von sehr vergänglichen Herren der Welt gegenüber einem, den sie bis zum Ende für einen naiven Provinzpolitiker gehalten hätten, der sie aber alle schließlich geprellt habe.

Die Kritik hat die Zuverlässigkeit und Wahrheitstreue von „Verbatim“ zum Teil heftig angezweifelt. Solange sich solche Einwendungen jedoch auf persönliche, für Außenstehende kaum zu durchschauende Eifersüchteleien und Animositäten in der ehemaligen Umgebung des verstorbenen Präsidenten zurückführen lassen oder sogar von unbedingten Mitterrand-Bewunderern ausgehen, sollte man das Urteil über den Quellenwert dieser Aufzeichnungen einzig und allein von der Nachprüfbarkeit anhand authentischen Archivmaterials abhängig machen.

Das breite und vielschichtige Pressebild Kohls dokumentiert eine repräsentative Sammlung von Presseartikeln aus deutschen und ausländischen Zeitungen der Jahre 1960 bis 1990¹⁰³, die vom Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-

103 *Das Phänomen. Helmut Kohl im Urteil der Presse 1960–1990*, hg. von Bernhard VOGEL, Stuttgart 1990.

Stiftung, *Bernhard Vogel*, herausgegeben worden ist. Das Schwergewicht der Auswahl, die alle Phasen des politischen Wirkens Kohls berücksichtigt, liegt auf wertenden Kommentaren, Hintergrundberichten und übergreifenden Würdigungen. Dabei ergibt sich als Konstante der journalistischen Beobachtung, „dass allzu oft Fragen des persönlichen und politischen Stils ... politische Inhalte in den Hintergrund drängen“. Schopenhauers Wort, dass die Zeitungen „der Sekundenzeiger der Geschichte“ sind – „von unedlerem Metalle“ (!), kommt einem bei der Lektüre immer wieder in den Sinn. So titelte 1979 die „Quick“: „Die Ära Kohl geht zu Ende“, und 1981 sah der „Stern“ den „Anfang vom Ende der Ära Kohl“. Für den Historiker sind die Pressestimmen zuallererst Quellen, die ihm helfen, das komplexe Verhältnis von Politik und Öffentlichkeit zu bestimmen.

Von allen Kanzlern der Bundesrepublik hat sich Helmut Kohl am meisten angelegen sein lassen, durch Reden und Erklärungen die Grundlagen, Leitlinien und Aufgaben seiner Politik einem breiten Publikum zu verdeutlichen. Davon zeugen zahlreiche Zusammenstellungen seiner Reden und Beiträge, die eine zentrale historische Quellengattung seiner Regierungszeit bilden. Für seine Deutschlandpolitik ist hier etwa auf die Berichte der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland zu verweisen.¹⁰⁴ Zum Teil sind diese überwiegend vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen Dokumentationen unter thematischen Aspekten zusammengefasst worden.¹⁰⁵ Im Jahr der deutschen Einheit hat der Verleger *Heinrich Seewald* ausgewählte Reden und Beiträge des Bundeskanzlers veröffentlicht,¹⁰⁶ die „wie unter einem Brennglas“ die „Schwerpunkte seines Denkens und Handelns in der Außen- und Innenpolitik“ sichtbar werden lassen. *Peter Hintze* und *Gerd Langguth* haben eine Auswahl von Reden und Beiträgen des Parteivorsitzenden Kohl herausgebracht,¹⁰⁷ um die Möglichkeit zu bieten, „seine Gedankenwelt, seinen Überzeugungsbestand sowie sein Selbstverständnis als Parteiführer einmal unabhängig, von der selektiven Vermittlung durch Medien und frei

104 Zum Beispiel der Bericht, abgegeben vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 1985, Bonn 1985.

105 Helmut KOHL: *Bundestagsreden und Zeitdokumente*. Vorwort Bundespräsident Karl Carstens, hg. von Horst TELTSCHIK, Bonn 1978; *Reden 1982–1984*, Bonn 1984; *Reden zu Fragen unserer Zeit*, Wolfenbüttel 1986; *Die unentrinnbare Gegenwart der Geschichte*, Bonn 1988; *Reden zu Fragen der Zukunft 1986–1988*, Leck 1989; *Reden zu Fragen der Sozialen Marktwirtschaft*, Coburg 1989; *Reden und Erklärungen zur Deutschlandpolitik*, Bonn 1990; *Bilanzen und Perspektiven. Regierungspolitik 1989–1991*, 2 Bde. Bergisch Gladbach 1992; *Die deutsche Einheit. Reden und Gespräche*. Mit einem Vorw. von Michail Gorbatschow, Bergisch Gladbach 1992; *Reden zu Kunst und Kultur*, Bonn 1996.

106 *Deutschlands Zukunft in Europa. Reden und Beiträge des Bundeskanzlers*, hg. von Heinrich SEEWALD, Herford 1990.

107 *Der Kurs der CDU. Reden und Beiträge des Bundesvorsitzenden 1973–1993*, hg. von Peter HINTZE und Gerd LANGGUTH, Stuttgart 1993.

von tagespolitischen Gereiztheiten kennenzulernen.“ Zwei Essays der Herausgeber über „Helmut Kohl als Parteivorsitzender“ und „Die Zukunft der Volkspartei“ ordnen Kohls christlich-demokratische Ortsbestimmungen in die Parteigeschichte ein.

Dass auch die Stasi-Unterlagen Quellen über Helmut Kohl enthalten,¹⁰⁸ braucht nicht besonders ausgeführt zu werden, zumal die Frage der Einsichtnahme in den einschlägigen Bestand zu einem Politikum geworden ist.

Die Ära Kohl ist noch nicht Geschichte geworden, noch befindet sich die Geschichtswissenschaft gegenüber der politischen Publizistik der Zeit im Hintertreffen. In dieser Situation können kritische Bestandsaufnahmen der Literaturlage, bei aller Unvollständigkeit und Vorläufigkeit, die ihnen jeweils eigen ist, gleichwohl bewusst machend wirken und historischen Perspektiven vorarbeiten. Der zweite Berichtsteil wird sich mit der Literatur zu einzelnen Problemkreisen der Politik in der der Ära Kohl befassen (u.a. Deutsche Einheit, Europa, Sozialpolitik, Regierungsstil, „System Kohl“, Wahlen).

108 Jochen STAADT, *Quellen über Helmut Kohl*, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 10 (2001), S. 186–189. – Vgl. Urteil BVerwG 3 C 41.03 vom 23. Juni 2004 im Rechtsstreit um die Herausgabe der Stasi-Unterlagen Helmut Kohls (6.500 Blatt): Danach dürfen Tonbänder, Wortlautprotokolle oder darauf beruhende Berichte und Analysen, wenn sie das Privatleben von Amtsträgern bzw. Personen der Zeitgeschichte für wissenschaftliche oder journalistische Zwecke berühren, weder zugänglich gemacht noch veröffentlicht werden, es sei denn, der Betroffene stimme einer solchen Nutzung zu. Vgl. Jörg GEERLINGS, *Der lange Schatten der Stasi. Das neue Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum „Fall Helmut Kohl“*, in: Recht und Politik 40 (2004) 4, S. 229–233; Joachim LEGE, *Privatsphäre und Politik: Helmut Kohl und die Stasi-Unterlagen*, in: Jura 27 (2005) 9, S. 616–621.

Christentum und Demokratie. Katholiken in den USA und Deutschland

Von Markus Lingen

Manfred BROCKER/Tine STEIN (Hg.), *Christentum und Demokratie*, Darmstadt 2006, 251 S.

Wilhelm DAMBERG/Antonius LIEDHEGENER (Hg.), *Katholiken in den USA und Deutschland. Kirche, Gesellschaft und Politik*, Münster 2006, 393 S.

Wie ist es zu erklären, dass die überwiegende Mehrzahl der Demokratien auf dem Boden christlich geprägter Staaten heimisch ist? Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Erbe christlichen Denkens und der Entwicklung von Demokratien? Diese und andere Fragen stellten sich auch die Autoren des Sammelbandes „Christentum und Demokratie“, der aus einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Januar 2005 hervorgegangen ist.

Die Aufsätze reflektieren auf hohem Niveau alle Facetten des christlichen Beitrages zur westlichen Demokratie, zu Kultur und Menschenrechten. Die Autoren sehen den Zusammenhang zwischen Christentum und Demokratie in institutioneller, politischer und rechtlicher Hinsicht unterschiedlich. *Hans Maier* (S. 15–28), *Theo Kobusch* (S. 38–59), *Tine Stein* (S. 170–187) und *William J. Hoye* (S. 97–113) erkennen eine starke, grundlegende Beziehung zwischen konstitutioneller Demokratie und Christentum, bzw. bestimmter gedanklicher Elemente, wie der Gottesebenbildlichkeit und ihrer Bedeutung für die Idee einer unantastbaren Würde des Menschen oder von Spielarten wie dem neuenglischen Puritanismus und seiner Rolle im amerikanischen Gründungsprozess. Andere Autoren (z.B. *Ulrich K. Preuss*, S. 197–211) erkennen einen nur indirekten und unvermittelten Zusammenhang, indem sie mehr auf Strukturanalogien des Denkens verweisen, weniger aber die Tradierung materieller Gehalte im Vordergrund sehen. Wieder andere (z.B. *Henning Ottmann*, S. 29–37) heben neben den geistigen und institutionellen Impulsen, die vom Christentum für die Herausbildung der politischen Ordnung des demokratischen Verfassungsstaates ausgegangen sind, die Bedeutung der Entdeckung der Politik durch das griechische Denken hervor. Einige Autoren (*Rudolf Uertz*, S. 114–130; *Wolfgang Vögele*, S. 131–146; *Karl Graf Ballestrem*, S. 147–169) vertreten die These, dass sich diese Werte gerade gegen den Widerstand des Christentums erst durchsetzen konnten. Denn lange Zeit bestand eine starke Ablehnung der Idee von Menschenrechten und liberaler Demokratie, die teilweise bis in die Gegenwart reicht und anhält. Alle Autoren sind von der wichtigen Rolle des Christentums und seinem „Einfluss auf das mo-

derne politische Denken und die Entwicklung der konstitutionellen Demokratie“ überzeugt.

So zeichnet *Rudolf Uertz* in seinem Beitrag „Katholizismus und demokratischer Verfassungsstaat“ den Weg der katholischen Staatslehre von einem ahistorisch konzipierten „Gottesrecht“ hin zur Anerkennung eines von der Person her gedachten „Menschenrechts“ nach. Er analysiert die katholische Reaktion auf die Ideen von 1789. Nach päpstlicher Weisung galten diese durchweg als im Widerspruch zum göttlichen Recht stehend, wie Pius VI. unter Rückgriff auf den Römerbrief (Kap. 13) und die klassische Zwei-Gewalten-Lehre kundtat. Im französischen Traditionalismus (bei de Maistre sowie dem frühen de Lamennais) wurden die offenbarungstheologischen Argumente zugunsten des Ancien Régime noch einmal deutlich verstärkt. Lamennais' eigene Wandlung vom überzeugten Monarchisten zum Vorkämpfer für Demokratie und Volkssouveränität in den 1830er Jahren änderte laut Uertz dessen fideistische Position, nach der allein die Uroffenbarung Zugang zum göttlichen Recht gewährt, nicht: An die Stelle der „Monarchie von Gottes Gnaden“ trat bei ihm vielmehr eine „Demokratie von Gottes Gnaden“. Die Sprache des Traditionalismus prägte die kirchlichen Verlautbarungen bis weit über das Erste Vatikanische Konzil (1869/70) hinaus, obwohl hier der Fideismus in theologischer Hinsicht eine klare Verurteilung erfuhr. Stattdessen wurde von nun an die Übereinstimmung von Glauben und Vernunftkenntnis betont, wobei letztere sich allerdings in der Logik scholastischer Naturrechtstheorien (namentlich in der Nachfolge von Thomas von Aquin) zu bewegen hatte. Diese Engführung der kirchlichen Lehre auf ein letztlich ahistorisch gedachtes ‚natürliches Sittengesetz‘, aus dem sich staatlich-rechtliche Ordnungsvorgaben nach Meinung der Kirchenoberen gleichsam von selbst ergeben sollten, drängte alternative Entwürfe katholischen Staatsdenkens immer mehr zurück. So hatten sich nicht zuletzt in Deutschland bereits Jahrzehnte zuvor auf der Grundlage romantisch geprägter Ideen und konkreter politischer Erfahrungen während der Revolution von 1848/49 Alternativen zum französischen Traditionalismus ausgebildet, die lehramtlich kaum zur Kenntnis genommen wurden. Uertz erwähnt hier insbesondere Joseph Görres und Wilhelm Emmanuel von Ketteler, die mit ihren Anleihen beim ständischen Konstitutionalismus ihrer Zeit zum Teil weit voraus waren. Die Unterscheidung zwischen ‚Translation‘ und ‚Designation‘ bewahrte die traditionelle Gewaltenlehre der Kirche; sie ermöglichte später aber auch katholischen Theologen wie Joseph Mausbach und Peter Tischleder, ihre positive Haltung gegenüber der parlamentarischen Verfassung der Weimarer Republik als in Übereinstimmung mit dem Lehramt zu präsentieren. Für die Binnenlegitimation der Zentrumsparterie war dies von erheblichem Wert. Versuche wie die des Moraltheologen Robert Linhardt, angesichts der nationalsozialistischen Bedrohung die naturrechtlichen Schranken zu überwinden und zu einer Ethik der personalen Menschenwürde vorzusto-

ßen, blieben in Deutschland freilich bis weit über 1945 hinaus die Ausnahme. Schließlich zeichnet Uertz den Wandel in der katholischen Staatsdoktrin zwischen Pius XII. und dem Zweiten Vatikanischen Konzil nach. Erst mit der Rezeption des christlichen Personalismus – namentlich der Werke von Jacques Maritain und den Vertretern der *Nouvelle Théologie*, die vom Papst 1950 noch deutlich zur Ordnung gerufen worden waren – konnte die Generallinie der Neuscholastik unter seinem Nachfolger Johannes XXIII. Anfang der 1960er Jahre durchbrochen werden. In Deutschland fand der Personalismus hingegen erst spät Eingang ins theologische Denken, das in den 1950er Jahren noch allzu sehr von den Auseinandersetzungen um die richtige Interpretation des Naturrechts geprägt war.

An der Abschlussdiskussion „Postsäkulare Gesellschaft und konstitutionelle Demokratie: Was ist die Grundlage der europäischen Wertegemeinschaft?“ (S. 227–245) nahmen Katjun Amirpur, Ralf Fücks, Josef Isensee, Hans Maier und Otto Kallscheuer teil. Sie gibt einen Einblick in den möglichen geistigen Diskurs mit Vertretern anderer Glaubensrichtungen. Kallscheuer weist zu Recht auf die in den „christlichen“ Ländern Europas am weitesten fortgeschrittene Säkularisierung hin, die just zu dem Augenblick wieder bewusst zu werden scheint, als sich Europa im Zuge der Integration auf seine christlichen Wurzeln zu besinnen beginnt. Vielleicht kann Europa nur auf den Grundlagen einer „europäischen Zivilreligion“ erfolgreich gebaut werden, wie er fragt. Katjun Amirpur bringt den Beitrag islamischer Denker wie Avicenna, Averroes und Alfarabi für die Geistesgeschichte in Erinnerung. Selbst der umstrittene Begriff der „Leitkultur“ geht auf Bassam Tibi zurück! Für die Europäische Union wird kontrovers diskutiert, welcher Stellenwert der christlichen Herkunftsgeschichte für die europäische Wertegemeinschaft und die politische Union zukommen kann.

Das überaus lebendige religiöse Leben in den USA scheint im Vergleich mit Europa oder Deutschland geradezu zum Synonym wachsender transatlantischer Unterschiede geworden zu sein. Gilt das auch für die Katholiken und ihre Kirche in der alten und neuen Welt? Wie fremd oder wie nah sind sie sich heute? Welche Einsichten kann ein Dialog zwischen beiden Katholizismen liefern? Diesen Grundfragen widmen sich in dem Sammelband von *Wilhelm Damberg* und *Antonius Liedhegener* führende amerikanische und deutsche Wissenschaftler aus Geschichte, Theologie, Soziologie und Politik.

Inhaltlich können hier nur die Themenbereiche angerissen werden: Als erstes Themenfeld behandeln *Christopher J. Kauffmann* (S. 20–33) und *Mark E. Ruff* (S. 34–48) die Strukturen und Mentalitäten des „Katholischen Milieus“ in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts. Tatsächlich waren die Katholiken in den USA wie auch in Deutschland religiös-ethnische bzw. religiös-regionale Minderheiten, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine besondere Gesellschafts-

form entwickelten, die in den USA als Subkultur, in Deutschland u.a. als Sozialmilieu oder katholisches Milieu bezeichnet wurde. Eine „Ghettoisierung“ ist in beiden Nationen spürbar gewesen. Die Jahre um 1960 sind jedoch dadurch gekennzeichnet, dass diese Subkulturen im größeren Gemeinwesen aufgehen, dass die Katholiken im kulturellen Kontext der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft „ankommen“. Soziologisch wird dieser Prozess in den USA durch die Abwanderung der Katholiken aus den ethnischen Ghettos der Großstädte in die Vororte der überwiegend weißen Mittelschicht sichtbar. In Deutschland steht die Ära Adenauer für die Jahre der endgültigen gesellschaftlichen Integration der Katholiken. Dieser Übergangsprozess traf zeitlich mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) zusammen und wurde im weiteren Verlauf auch von der Umsetzung des Konzils beeinflusst.

Das zweite Kapitel behandelt die Liturgie. Der Beitrag von *Franz-Peter Tebartz van Elst* (S. 50–61) konzentriert sich auf einen Aspekt der Liturgie, der in der deutschen Kirche bislang eher ein Schattendasein fristet: den Ritus zur Aufnahme Erwachsener in die katholische Kirche. Der Beitrag von *Benedikt Kranemann* (S. 62–72) zeigt auf, dass Liturgie in ganz unterschiedlichen Bereichen wirksam wird: neben dem sonntäglichen Gottesdienst der (schrumpfenden) Kerngemeinde vor allem als begleitender Ritus bei Lebenswenden, der bei dem Anbieter „Kirche“ von breiten Teilen der Bevölkerung nach wie vor angefragt wird.

Im dritten Teil widmen sich *Bryan T. Froehle* (S. 74–97) und *Norbert Mette* (S. 98–114) der Frage nach den Gemeindestrukturen, den Gemeindebildern und Modellen der Gemeindebildung in den beiden nationalen Kulturen.

Im Blick auf das Bildungs- und Schulwesen zeigt sich im vierten Teil bei *Leo O'Donovan* (S. 116–131) und *Wilhelm Damberg* (S. 132–144) die eigentümliche Verbindung von parallelen und abweichenden Entwicklungen und Strukturen. In Deutschland kam es zu einer kompromissartigen Verständigung mit den Kompetenzansprüchen des Staates, das zum deutschen Modell der staatlichen Bekenntnisschule führte. In den USA wurden diese Schulen in der Praxis von den Pfarreien als den tragenden Elementen der katholischen Gesellschaft unterhalten.

In den Beiträgen von *Frank Adloff* (S. 146–167) und *Karl Gabriel* (S. 168–180) wird im fünften Teil Katholizismus und Wohlfahrtsstaat (*Caritas*) behandelt.

Das sechste Themenfeld befasst sich mit der Präsenz der Katholiken in der Politik. Die Beiträge von *David C. Leege* (S. 182–198) und *Antonius Liedhegener* (S. 199–214) zeigen, dass sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in beiden Ländern erhebliche Veränderungen und Verschiebungen ergeben haben. Gemeinsam ist beiden Katholizismen zunächst, dass die Mehrzahl der Katholiken in den 1950er und 1960er Jahren fest in einem parteipolitischen Lager verankert war, allerdings auf unterschiedlichen Seiten des jeweiligen politi-

schen Spektrums. In den Jahren nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil wird das Bild auf beiden Seiten des Atlantiks komplizierter. In den Reihen der Deutschen Bischofskonferenz, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, den kirchlichen Hilfswerken und den in Deutschland im Vergleich mit den USA und anderen Ländern traditionell starken (Laien-)Verbänden gehört die politische Willensbildung zum Kerngeschäft der Aktivitäten.

Beim Thema „Krieg und Frieden“, im siebten Kapitel, das von *Peter Steinfels* (S. 216–229) und *Heinz-Gerhard Justenhoven* (S. 230–246) bearbeitet worden ist, zeigt sich die Bedeutung von Rahmenbedingungen sehr deutlich. Der amerikanische Katholizismus agierte und agiert als Teil der nach Ende des Zweiten Weltkriegs führenden Macht des Westens und seit 1989/91 unbestritten der Welt insgesamt. Der deutsche Katholizismus sah sich einerseits mit den auch friedensethisch relevanten Folgen der nationalsozialistischen Diktatur und andererseits mit der Tatsache der deutschen Teilung im Kontext des Ost-West-Konflikts konfrontiert.

Das achte Kapitel mit Beiträgen von *Margaret O'Brien Steinfels* (S. 248–259) und *Michael N. Ebertz* (S. 260–273) befasst sich mit dem gegenwärtig vielleicht brisantesten und zugleich zukunftssträchtesten Problemkreis innerhalb der katholischen Kirche überhaupt, der Stellung der Frauen in der Kirche und der Frage nach den potentiellen Folgen deren drohenden Exodus'.

Die Beiträge von *Andrew M. Greeley* (S. 274–295) und *Rüdiger Schulz* (S. 296–320) sind dem Themenfeld der empirischen Erfassung religiöser Praxis und religiös geprägter Einstellungen von Katholiken im internationalen Vergleich gewidmet und beschreiben in komplementärer Weise das religiöse Leben beider Länder aufgrund statistischen Materials. Schulz' faktenreiche, knappe Skizze präsentiert Befunde aus Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach zur religiösen Selbstbeschreibung der Bevölkerung im Allgemeinen und zur Wahrnehmung der Kirchen in der Gesellschaft.

Die Autoren eruieren auf der Grundlage der Quellen und der Fachliteratur die Geschichte der Katholiken in den USA und Deutschland, die bisherige Abhandlungen und Vergleiche hervorragend fortführen und ergänzen. Die gründliche und zuverlässige Forschungsarbeit wird an jeder Seite der Schrift sichtbar. Der sehr ausführliche Anmerkungsapparat bringt oft weitere, sehr gute Informationen über Personen, Hintergründe und Literatur. Ein englischer Abstract (S. 376–381) sowie ein Orts- und Personenregister (S. 388–393) schließen den gelungenen und höchst informativen Sammelband ab.

Blickt man abschließend auf die ausgewogenen und objektiven Beiträge und damit auf die Ergebnisse der Berliner Konferenz zurück, die ideell angeregt und finanziell durch Dr. Karl Albrecht (Mülheim an der Ruhr) gefördert wurde, so ist zu wünschen, dass das Instrumentarium der komparistischen Forschung in der vorgezeigten Weise weiter entwickelt wird.

Neuerscheinungen zur Christlichen Demokratie Auswahlbibliographie 2006–2007

Editionen, Handbücher, Lexika

- ADENAUER, Konrad: Briefe 1961–1963. Bearb. von Hans Peter MENSING (Rhöndorfer Ausgabe 9). Paderborn 2006.
- ADENAUER, Konrad: Freundschaft in schwerer Zeit. Die Briefe Konrad Adenauers an Dora Pferdenges 1933–1949. Bearb. v. Hans Peter MENSING und Ursula RATHS (Veröffentlichung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus). Bonn 2007.
- DECKER, Frank/NEU, Viola (Hg.): Handbuch der deutschen Parteien. Wiesbaden 2007.
- VOGEL, Alois: 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten (Schriftenreihe des Landtags Nordrhein-Westfalen 17). Duisburg 2006.

Monographien, Aufsätze, Sammelbände

Deutschland

- ALTRICHTER, Helmut: Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext (Rhöndorfer Gespräche 22). Bonn 2007.
- ARNOLDS, Willi: Konrad Adenauers Programm und die CDU. Eine Skizze. In: *Analecta Coloniensia* 5 (2005), S. 217–278.
- AUGUSTIN, Kristy: Die Wahlkampagne der CDU im Brandenburger Landtagswahlkampf 2004. Magisterarbeit. Berlin 2007.
- BALCAR, Jaromír/SCHLEMMER, Thomas (Hg.): An der Spitze der CSU. Die Führungsgremien der Christlich-Sozialen Union 1946 bis 1955 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 68). München 2006.
- BIEHL, Heiko: Wie viel Bodenhaftung haben die Parteien? Zur Beziehung von Parteimitgliedschaft und Herkunftsmilieu. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006) 1, S. 277–292.
- BORCHARD, Michael (Hg.): Im Zentrum: Der Mensch. Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2006.
- BRAUN, Oliver: Konservative Existenz in der Moderne. Das politische Weltbild Alois Hundhammers (1900–1974). (Untersuchungen und Quellen zur Zeitgeschichte 7). München 2006.
- BREUER, Thomas: Die Fernsehduelle der Spitzenkandidaten von SPD und CDU/CSU im Bundestagswahlkampf 2002. Diss. Bonn 2006.
- BROCKER, Manfred/STEIN, Tine (Hg.): Christentum und Demokratie. Darmstadt 2006.

- BRÜMMER, Ulrich H.: Parteiensystem und Wahlen in Sachsen. Kontinuität und Wandel von 1990–2005 unter besonderer Berücksichtigung der Landtagswahlen. Wiesbaden 2006.
- BRUNNER, Detlev: Der Schein der Souveränität. Landesregierung und Besatzungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1949. Weimar 2006.
- BUCHSTAB, Günter (Hg.): Eugen Gerstenmaier (1906–1986). Kirche – Widerstand – Politik. Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2006.
- DERS.: Politik im Zeichen von Widerstand und Kirche. Eugen Gerstenmaier zum 100. Geburtstag. In: *Die politische Meinung* 51 (2006) 441, S. 71–75.
- DERS.: Konrad Adenauer – Wertgrundlagen und Politikverständnis. In: *Zum Ideologieproblem in der Geschichte. Herbert Hömig zum 65. Geburtstag. Lauf a. d. Pegnitz* 2006, S. 279–294.
- DERS.: „Bundeslöschtage“? Ein Lehrstück über die Skandalisierung der Politik. Sonderdruck aus: LÖFFLER/RUPPERT, S. 633–661.
- BUCHSTAB, Günter/SCHREINER, Reinhard (Hg.): Konrad Adenauer und die europäische Integration. Eine Ausstellung des Archivs für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2007. (Engl. Fassung u.d.T.: Konrad Adenauer and the European Integration. An exhibition of the Archive for Christian Democratic Policy of the Konrad Adenauer Foundation.)
- BUSCHFORT, Wolfgang: Die Ära Adenauer. Die „roten KZs“ und die Ostbüros der Parteien in den 1950er und 1960er Jahren. In: Petra HAUSTEIN (Hg.): *Instrumentalisierung, Verdrängung, Aufarbeitung*. Göttingen 2006, S. 30–43.
- CHRISTOPHEN, Alf: Die Würde des Menschen. „Christliche Menschenbilder“ in ethischen Selbstverständigungsdebatten. München 2006.
- CONRADS, Claudia: Die Christlich-Demokratische Union in Aachen. Von der Gründung bis zur Konsolidierung. Diss. Bonn 2006.
- DUNCAN, Fraser: A Decade of Christian Democratic Decline. The Dilemmas of the CDU, ÖVP and CDA in the 1990s. In: *Government and Opposition* 41 (2006) 4, S. 469–490.
- DECKER, Frank: Parlamentarische Demokratie versus Volksgesetzgebung. Der Streit um ein neues Wahlrecht in Hamburg. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 1, S. 118–133.
- DEMUTH, Christian/LEMPPE, Jakob (Hg.): Parteien in Sachsen. Dresden 2006.
- EICHHORN, Joachim Samuel: „Mehr als einige schöne Trinksprüche“. Die Konsensstrategien der ersten Großen Koalition (1966–1969). In: *Zeithistorische Forschungen* 3 (2006) 2, S. 231–246.
- FOCKE, Sandra: Politik-Marketing. Die Marketing-Strategien der beiden großen Volksparteien (CDU, SPD) im Bundestagswahlkampf 2002 mit

- Schwerpunkt auf Materialien der CDU (Europäische Hochschulschriften, Reihe 5: Volks- und Betriebswirtschaft 3257). Frankfurt/M. 2007.
- FORKMANN, Daniela/RICHTER, Saskia: Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber (Göttinger Studien zur Parteienforschung). Wiesbaden 2007.
- GABRIEL, Oscar W./VÖLKL, Kerstin: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 26. März 2006. Schwarzes Land mit bunten Tupfern. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 1, S. 16–33.
- GALLUS, Alexander: Große Koalitionen in Deutschland. In: Mut (2006) 469, S. 14–29.
- GESTIER, Markus (Hg.): Auf dem (Rück-)Weg nach Deutschland. Beiträge zu Wurzeln und Wegmarken christlicher Politik im Saarland (Malstatter Beiträge aus Gesellschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur). Blieskastel 2006.
- GOTHE, Heiko: Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 26. März 2006. „König Kurt“ erringt die absolute Mehrheit. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007), 1, S. 34–51.
- GRAML, Hermann: Das Erbe Adenauers. In: Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000. Berlin 2006, S. 217–231.
- GRAU, Andreas: 100 Jahre Eugen Gerstenmaier. Ein Symposium der Konrad-Adenauer-Stiftung am 12. Juni 2006 in Sankt Augustin. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 3, S. 658–660.
- Grundsatzprogrammdebatte der CDU. In: Civis mit Sonde, Themenheft 2 (2006), S. 4–53.
- Grundsatzprogramme auf dem Prüfstand. In: Die politische Meinung 51 (2006), Themenheft 437, S. 5–32.
- GUIOTTO, Maddalena: Der Europagedanke in den christdemokratischen Parteien. CDU/CSU und DC in den fünfziger Jahren. In: RUSCONI/WOLLER, S. 175–202.
- HEFTY, Georg P.: Die CSU an der Wegscheide. München 2007.
- HEITZER, Horst W.: Konrad Adenauer und die Frage der Einheitsgewerkschaft 1945–1949. In: LÖFFLER/RUPPERT, S. 405–430.
- HERZOG, Roman: Jahre der Politik. Die Erinnerungen. Berlin 2007.
- HILDEBRAND, Klaus: Die erste Große Koalition 1966 bis 1969. Gefährdung oder Bewährung der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 3, S. 611–625.
- DERS.: Experiment zwischen Ausnahme und Normalität. Die Große Koalition 1966 bis 1969. In: Die politische Meinung 51 (2006) 436, S. 45–49.
- DERS.: Die uneinige Union. Ludwig Erhard und die CDU/CSU im Jahr 1963/64. In: LÖFFLER/RUPPERT, S. 539–550.
- HIRSCHER, Gerhard: Ende der bürgerlichen Mehrheit? Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP. In: Eckhard JESSE/Roland STURM (Hg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Wiesbaden 2006, S. 83–118.

- HITZE, Guido: Medienpolitik à la NRW in den 1980er Jahren. Politische Reform zwischen Anpassungsdruck, Gestaltungswillen und Machtkalkül. In: *Geschichte im Westen* 21 (2006), S. 81–124.
- DERS.: Die Parteien und das Land. Der Mythos vom „sozialdemokratischen Stammland“ NRW. In: Jürgen BRAUTMEIER/Ulrich HEINEMANN (Hg.): *Mythen – Möglichkeiten – Wirklichkeiten. 60 Jahre Nordrhein-Westfalen*. Essen 2007, S. 153–171.
- HOEPNER, Martin: Beiträge der Unternehmen zur Parteienfinanzierung. Wer spendet an wen? Und warum? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006) 1, S. 293–312.
- HOLTMANN, Everhard: Die sachsen-anhaltische Landtagswahl vom 26. März 2006. Magdeburg übernimmt das Berliner Format des „halben Machtwechsels“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 38 (2007) 1, S. 51–67.
- HOLTZ-BACHA, Christina (Hg.): *Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2005*. Wiesbaden 2006.
- HOLZ, Petra: Anne Marie Heiler (21.3.1889–17.12.1979) – eine CDU-Politikerin aus Marburg. In: Benno HAFENEGER/Wolfram SCHÄFER (Hg.): *Marburg in den Nachkriegsjahren. Teil 3: Entwicklungen in Politik, Kultur und Architektur (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur 83)*. Marburg 2006, S. 21–46.
- HUSMANN-DRIESSEN, Jens: *Die Ideologiesprache der beiden Volksparteien SPD und CDU in ihrer Grundsatzprogrammatik seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland*. Duisburg 2006.
- JACKOB, Nikolaus (Hg.): *Wahlkämpfe in Deutschland. Fallstudien zur Wahlkampfkommunikation 1912–2005*. Wiesbaden 2007.
- JESSE, Eckhard: Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006) 3, S. 513–523.
- KAISER, Holger/PETERSOHN, Frederik A.: *Opposition im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Die CDU-Fraktion und der Braunkohlentagebau „Garzweiler II“ in der 12. Wahlperiode 1995–2000 (Studien zur Politikwissenschaft, B 98)*. Berlin 2007.
- KOOP, Volker: *Kai-Uwe von Hassel. Eine politische Biographie*. Weimar 2007.
- KORTE, Karl-Rudolf/GRUNDEN, Timo/FLORACK, Martin: *Regieren in Nordrhein-Westfalen. Strukturen, Stile und Entscheidungen 1990 bis 2006*. Wiesbaden 2006.
- KOSACK, Sven: *Die regionale Dimension im Parteienvergleich Griechenland – Deutschland am Beispiel von CDU und Nea Dimokratia. Master-Studienarbeit Europäische Studien*. Osnabrück 2006.
- KREINER, Maria: *Amt auf Zeit. Eine Verbleibsstudie über ehemalige Bundestagsabgeordnete*. Baden-Baden 2006.

- KRUKKE, Anja: Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 149). Düsseldorf 2007.
- LAMMERT, Norbert: Neue Freiheit durch mehr Gerechtigkeit. Zur Notwendigkeit von Grundsatzprogramm-Diskussionen. In: Die politische Meinung 51 (2006) 445, S. 27–29.
- LANGE, Erhard H. M.: Helene Weber (1881–1962). Ein Frauenleben für die Politik. In: Geschichte im Westen 21 (2006), S. 183–201.
- LAPPENKÜPER, Ulrich: Die Vision der „Europe européenne“. Adenauer und de Gaulle auf dem Weg zum Elysée-Vertrag. In: Dokumente 63 (2007) 2, S. 35–39.
- LEES, Charles/TAYLOR, Andrew J.: Explaining the 2005 coalition formation process in Germany. A Comparison of power index and median legislator approaches. In: Politics 26 (2006) 3, S. 151–160.
- LEGOLL, Paul: Konrad Adenauer (1876–1967). Chancelier allemand et promoteur de l'Europe. Paris 2007.
- LEUNIG, Sven: „AB(C) oder ROM“? Zur Operationalisierung von Mehrheitsverhältnissen im Bundesrat. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 2, S. 402–420.
- LÖFFLER, Bernhard/RUPPERT, Karsten (Hg.): Religiöse Prägung und politische Ordnung in der Neuzeit. Festschrift für Winfried Becker zum 65. Geburtstag (Passauer historische Forschungen 15). Köln 2006.
- LOTH, Wilfried: Eine schwere Geburt. Konrad Adenauer, Guy Mollet und die Römischen Verträge. In: Dokumente 63 (2007) 2, S. 29–34.
- DERS.: Michail Gorbatschow, Helmut Kohl und die Lösung der deutschen Frage 1989/1990. In: RUSCONI/WOLLER, S. 461–477.
- MAIER, Hans: Adenauer in der Nachkriegsliteratur. In: Die politische Meinung 52 (2007) 446, S. 38–44.
- DERS.: Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der Christlichen Demokratie (Gesammelte Schriften 1). München 2006.
- MARX, Stefan: Heinrich Köppler (1925–1980). Politik aus christlicher Verantwortung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 51). Düsseldorf 2006.
- MELCHERT, Florian/MAGERL, Fabian/VOGT, Mario (Hg.): In der Mitte der Kampagne. Grassroots und Mobilisierung im Bundestagswahlkampf 2005. Berlin 2006.
- MILOSCH, Mark S.: Modernizing Bavaria. The politics of Franz Josef Strauß and the CSU 1949–1969. New York 2006.
- MITCHELL, Maria: Catholicism and Interconfessional Politics. The Catholic Church and the Christian Democratic Union. In: Kirchliche Zeitgeschichte 19 (2006) 2, S. 347–358.

- MORSEY, Rudolf: Bayerns Anfänge im Bunde 1949. Zugleich eine Würdigung der „Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1949“. In: LÖFFLER/RUPPERT, S. 519–538.
- NIEDERMAYER, Oskar: Parteimitgliedschaften im Jahre 2006. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 2, S. 368–375.
- NIEDERMAYER, Oskar/STÖSS, Richard: Die Berliner Abgeordnetenhauswahl vom 17. September 2006. Ein „Weiter so“ trotz herber Verluste des Koalitionspartners. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 1, S. 84–100.
- OSTERHELD, Horst/SCHLIE, Ulrich: Innenansichten der Macht. Erinnerungen an die Große Koalition der Jahre 1966 bis 1969 In: Die politische Meinung 51 (2006) 442, S. 37–41.
- PAPPI, Franz Urban/HERZOG, Alexander/SCHMITT, Ralf: Koalitionssignale und die Kombination von Erst- und Zweitstimme bei den Bundestagswahlen 1953 bis 2005. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 3, S. 493–512.
- PATZELT, Werner J.: Die CDU in Sachsen. In: DEMUTH/LEMPPE, S. 87–119.
- PETERSEN, Anne Sophie/KAINA, Viktoria: „Die Fäden habe ich in der Hand“. Arbeitsgruppenvorsitzende der SPD- und CDU/CSU-Bundestagsfraktionen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 2, S. 243–260.
- POFALLA, Ronald u.a.: Grundsatzprogramme auf dem Prüfstand. In: Die politische Meinung 51 (2006) 437, S. 5–32.
- PRINZING, Marlis: Lothar Späth. Wandlungen eines Rastlosen. Zürich 2006.
- PROBST, Lothar: Große Koalitionen als Sanierungsmodell? Erfahrungen aus Bremen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 3, S. 626–640.
- PRÜMM, Axel J.: Zu den Reformbestrebungen der CDU/FDP-Landesregierung in NRW, das wirtschaftliche Betätigungsrecht der Kommunen i. S. der §§ 107ff. GO NW zu modifizieren. In: Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter 21 (2007) 1, S. 10–14.
- RAMSCHEID, Birgit: Herbert Blankenhorn (1904–1991). Adenauers außenpolitischer Berater (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 49). Düsseldorf 2006.
- REBSCHER, Susanne (Red.): Die Bundeskanzler und ihre Ämter. Hg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn. Bundeskanzleramt, Berlin. Bonn 2006.
- RECKER, Marie-Luise: Von der christlichen Integrationspartei zur pluralistischen Volkspartei. Die CDU Hessen 1945–2005. In: Helmut BERDING/Klaus EILER (Hg.): Hessen – 60 Jahre Demokratie. Beiträge zum Landesjubiläum. In memoriam Wolf-Arno Kropat. Wiesbaden 2006, S. 75–89.
- REICHART-DREYER, Ingrid: Die CDU. Eine Einführung. Wiesbaden 2007.
- RINGSHAUSEN, Gerhard: Politische Orientierung und Wahrnehmung des Katholizismus in der evangelischen Kirche der Nachkriegszeit und Adenauerära. In: Kirchliche Zeitgeschichte 19 (2006) 2, S. 444–468.

- RÖHLKE, Cornelia (Red.): „Welt gehört nun mal dem Mann – und der Frau“. Sechs Wiesbadener Kommunalpolitikerinnen der Nachkriegszeit im Porträt (Dokumentation zur Ausstellung). Hg. vom Hessischen Sozialministerium. Wiesbaden 2006.
- ROSUMEK, Lars: Die Kanzler und die Medien. Acht Porträts von Adenauer bis Merkel. Frankfurt/M. 2007.
- RUSCONI, Gian Enrico/WOLLER, Hans (Hg.): Parallele Geschichte? Italien und Deutschland 1945–2000 (Schriften des Italienisch-Deutschen Historischen Instituts in Trient, Bd. 20). Berlin 2006.
- SCHLIEBEN, Michael: Politische Führung in der Opposition. Die CDU nach dem Machtverlust 1998 (Göttinger Studien zur Parteienforschung). Wiesbaden 2007.
- SCHMID, Josef/ZOLLEIS, Udo (Hg.): Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz (Landespolitik 3). Münster 2007.
- SCHUMACHER, Hajo: Machtphysik. Führungsstrategien der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel im innerparteilichen Machtgeflecht 2000–2004. Berlin 2007.
- SCOPPOLA, Pietro: Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer. Ähnlichkeiten und Unterschiede. In: RUSCONI/WOLLER, S. 203–215.
- SEGBERS, Mathieu Laurent Leon: Tussen verzoening en verval. De nationale standpuntbepaling van de Bondsrepubliek Duitsland gedurende de beraadslagingen en onderhandelingen over de Verdragen van Rome. Wageningen 2006.
- STÜWE, Klaus: Informales Regieren. Die Kanzlerschaften Gerhard Schröders und Helmut Kohls im Vergleich. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 3, S. 544–559.
- THAYSEN, Uwe: Regierungsbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Daten zum Start der Regierung Merkel 2005/2006. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 3, S. 470–480.
- DERS.: Regierungsbildung 2005. Merkel, Merkel I, Merkel II? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37 (2006) 3, S. 582–610.
- THOMAS, Sven: Der Weizsäcker-Senat. „Minderheitsregierung“ und „informelle Koalition“ in Berlin 1981 bis 1983. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 1, S. 101–117.
- THUSS, Holger: Studentenausschuss, Studentische Arbeitsgemeinschaft, Studentenrat und die Hochschulgruppen von LPD und CDU an der Universität Jena zwischen 1945 und 1952. In: Uwe HOSSFELD (Hg.): Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1945–1990). Bd. 1. Köln 2007, S. 843–870.

- TRITTEL, Christina: Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung. Magdeburg 2007.
- DIES.: Die Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950. Analyse des landespolitischen Handelns und der Handlungsspielräume kollektiver Akteure in der werdenden DDR. Wiesbaden 2006.
- TÜRK, Henning: Die Europapolitik der Grossen Koalition 1966–1969 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 93). München 2006.
- UERTZ, Rudolf: Das Ahlemer Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen. In: Die politische Meinung 52 (2007) 446, S. 47–52.
- VOLKMANN, Peer Oliver: Heinrich Brüning (1885–1970). Nationalist ohne Heimat. Eine Teilbiographie (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 52). Düsseldorf 2007.
- VOSS, Jochen: Symbolische Politik im Wahlkampf. Eine vergleichende Analyse der Bundestags-Wahlkämpfe 1998 und 2002 von CDU und SPD. Mit Interviews der Wahlkampfmanager Franz Müntefering, Peter Hintze, Michael Spreng. Marburg 2007.
- WERZ, Nikolaus/SCHOON, Steffen: Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006. Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteisystems. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 38 (2007) 1, S. 67–83.
- WULF, Peter: „Der Landesfürst“. Carl Schröter und die schleswig-holsteinische CDU 1945–1951. In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 132 (2007), S. 211–254.
- ZEHETMAIR, Hans (Hg.): Politik aus christlicher Verantwortung. Wiesbaden 2007.
- ZOLLEIS, Udo: Die CDU. Politische Leitbilder im Wandel der Zeit. Wiesbaden 2007.

Europa/Lateinamerika

- BEHRENS, Peter-Alberto (Hg.): Seminario político ideológico de la democracia cristiana. Realizado el 18 de marzo de 2006, La Paz – Bolivia. Hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung La Paz, Organización Demócrata Cristiana de América (ODCA). La Paz 2006.
- BIDERBOST, Pablo: Democracia cristiana en Europa y América Latina. Una revisión bibliográfica. In: Diálogo político 24 (2007) 2, S. 111–127.
- DELUREANU, Stefan: Le Nouvelles Equipes Internationales. Per una rifondazione dell'Europa (1947–1965). Domagnano 2006.

- DUNCAN, Fraser: Lately, Things Just Don't Seem the Same': External Shocks, Party Change and the Adaptation of the Dutch Christian Democrats during 'Purple Hague' 1994–8. In: *Party Politics* 13 (2007) 1, S. 69–87.
- KAISER, Wolfram: Von der Isolation im politischen Katholizismus in die (innere) Emigration. Transnationale Kooperation katholischer Volksparteien in Europa 1925–1933/38. In: MITTAG, S. 215–228.
- KEMAN, Hans/PENNINGS, Paul: Competition and coalescence in European party systems. Social Democracy and Christian Democracy moving into the 21st century. In: *Schweizerische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 12 (2006) 2, S. 95–126.
- MATL, Saskia: Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit? Von den Nouvelles Equipes Internationales zur Europäischen Volkspartei. In: MITTAG, S. 289–312.
- MITTAG, Jürgen (Hg.): Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektiven transnationaler Parteienkooperation in Europa (Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A 37). Essen 2006.
- MÜLLER, Guido/MITTAG, Jürgen: Im Zeichen der Diktatur. Parteienkontakte und Europakonzeptionen des christdemokratischen Exils. In: MITTAG, S. 251–269.
- NEUHAUS, Norvert/LANGES, Horst: *Cennosti kristianskoj demokratii*. Prag 2006.
- OPPELLAND, Torsten: Vorreiter der Parteienintegration? Zur Bedeutung der Fraktionen im Europäischen Parlament für die Bildung supranationaler europäischer Parteien. In: MITTAG, S. 497–513.
- SZCZERBIAK, Aleks (Hg.): *Centre-right parties in post-communist East-Central Europe*. London 2006.
- SEELEIB-KAISER, Martin: *Party politics and social welfare. Comparing Christian and social democracy in Austria, Germany and the Netherlands*. Cheltenham 2007.
- SEITLINGER, Jean: *Un lorrain au coeur de l'Europe*. Metz 2006.
- ŠTEFANČIK, Radoslav: Das christliche Element in der slowakischen Parteienlandschaft. In: *KAS-Auslandsinformationen* 22 (2006) 2, S. 18–49.
- STEUWER, Janosch/JANSSEN, Siebo M. H.: Die christlich-konservative Volkspartei. Potenziale und Probleme der Zusammenarbeit christdemokratischer und konservativer Parteien in der EVP. In: MITTAG, S. 579–601.
- STIFTER, Gerald: *Die ÖVP in der Ära Kreisky 1970–1983*. Innsbruck 2006.
- TÁLOS, Emmerich (Hg.): *Schwarz-blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“ (Politik und Zeitgeschichte, Bd. 3)*. Münster 2006.
- VOGEL, Bernhard (Hg.): *Zukunft gemeinsam gestalten. Christliche Demokraten für Europa. Dokumentation der Reden, die anlässlich des Festaktes „50*

- Jahre Römische Verträge“ am 28. Februar 2007 gehalten wurden. Eine Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sankt Augustin 2007.
- WAHLERS, Gerhard (Hg.): América Latina y la Unión Europea. Santiago 2006.
- WALKER, Ignacio/JOUANNET, Andrés: Democracia cristiana y concertación. Los casos de Chile, Italia y Alemania. In: Revista de Ciencia Política 26 (2006) 2, S. 77–96.

Abstracts*

Guido Hitzte: The “new security” concept. The debate on “neo liberalism” within the union parties’ guiding principles (pp. 1–25)

In distinction to the SPD’s concept of a providing social welfare state and to the Left Party’s concept of a welfare state the CDU has to come up with a manifesto which adjusts the guiding principles of Christian democracy to the changed economic and social conditions and translates them into definite politics. In the light of the social crisis intensified by politics, culture and economy, the contrasting developments in society increase, stable social relationships and the social middle are in danger of suffering a loss. The model of “new liberty” which propagates the citizens’ self-reliance in all spheres of life asks too much of them.

The concept of “new security” must not be restricted to the social and economic area (e. g. employment benefit I, combination and minimum wages, social securities) but has to comprise other problem areas such as family, education, culture and integration and has to guarantee the peaceful coexistence in a globalised world.

Anselm Doering-Manteuffel: The roots of “old Europe” in the American century (pp. 27–44)

The author is of the opinion that “old Europe” (Rumsfeld), i. e. Western Europe without Great Britain, came into being during the cold war as a partner of the United States. Since the beginning of the 20th century, the “American” century, the USA has held an outstanding dominating economic position. The wars between Germany and France were a fight about resources, coal and steel which became obsolete because of the relinquishment of border changes and the co-operation between French and German industrialist since the 1920s.

The post-war system designed by the USA, characterised by liberty and democracy as well as the reconstruction furthered by the Marshall Plan gave impetus to the economic cooperation among European states. They however adhered for too long to the traditional heavy industry’s supremacy and responded too late to the change in the industrial systems, attributable to the employment of crude oil, the automation and electronics, with the result that they have great difficulties in maintaining their economic positions and social security systems within the globalised world economy.

Ulrich Karpen: Germany and Europe: Constitutional law in the conception of the Kreisau circle (pp. 45–65)

The restitution of law on the basis of natural law, the abolishment of state arbitrariness was an essential requirement to the Kreisau members for Germany’s reconstruction. The rejection of the state’s totality claim was justified by the church’s claim to power (Peters) or by the people’s sovereignty (Steltzer). According to Moltke and Yorck the duties of the secular state rested on safeguarding the liberty of the individual, “the natural order” – spiritual and physical integrity – and also the economic justice. The bottom-up system of state structure, “the small communities” and the concept of self-administration were meant to strengthen

* Aus dem Deutschen übersetzt von Denise Lindsay

participation. Even international legal relationships were to be judged by moral and not power political norms (Trott).

The draft constitutions for Germany emphasised democracy combined with a strong leadership, a federalist state structure, the citizens' education to a democratic way of life and the foundations of liberal democracy, personality and individual liberty. The re-establishment of Europe's cultural entity and the creation of an economic wider area were meant to vanquish nationalism. The common moral believes form the basis of a European peace community. Organisationally a strong European federal state with self-governing members was envisaged.

Michael Richter: Youth between dictatorships. Manfred Klein and the Christian-democratic youth opposition in the Soviet occupation zone (pp. 67–78)

Manfred Klein (1925–1980), representative of the Catholic Youth and the CDU at the Central Youth Committee of the Soviet occupation zone, signed the resolution for the establishment of the Free German Youth (FDJ), the uniform youth organisation which was enforced by the communists and therefore easier to control. From the start cooperation was discussed controversially within the democratic camp. Within the FDJ bitter ideological controversies took place between officials of the Socialist Unity Party (SED) and representatives of the Liberal Democratic Party, CDU or the churches.

In 1946/47 Klein, a student of German philology, also became involved in the Students Council and was elected as a member of the CDU group to the student representation at the Humboldt University. Here and at the FDJ he tried repeatedly but unsuccessfully to block the efforts for enforced political conformity. He and 15 other students close to the CDU or youth representatives were arrested on 15 March 1947. In December 1948 Manfred Klein was sentenced to 25 years at a labour camp and was detained until October 1956 at Bautzen and Torgau.

Michael Klein: West-German Protestantism and the Christian-Democratic Union up to the end of the Adenauer era (pp. 79–97)

Since the 19th century an anti-party mentality was dominating Protestantism, although early forms of parties emerged within the Protestant ecclesiastical spheres during forbidden discussions about a constitution. The politico-reactionary wing used the parties to safeguard its interests, while the Christian social-conservative wing being interested in the "Christian state" or the "Christian people" declined any party political commitment.

In 1945 however the Protestant church acknowledged its responsibility for public life, but its sceptical distance towards the party state continued. Both churches' experience of being oppressed by the National Socialist dictatorship induced conservative and Christian-social Protestants to contribute to the new, Christian, non-denominational CDU. Some Protestant personalities resigned at an early stage, as their programmatic influence remained meagre in view of Catholic dominance. Furthermore the characterisation "Christian" for a political party was repudiated by the theologian Karl Barth and the Council of the Evangelical Church in Germany, inasmuch as the Christian community ought to have an ethical authority claim towards society. Hermann Ehlers, president of the Bundestag, succeeded in strengthening the Protestant wing within the CDU through his traditional perception of the Christian weltanschauung and his national-conservative attitude and in incorporating large parts of the Protestant population in the party state.

Alexander Straßner: The movement of 68 and the terrorism in the Federal Republic of Germany (pp. 99–119)

The author examines by means of an extensive literature survey the link between the student movement which aimed at a politico-cultural opening and at surmounting crusted social patterns and the numerous terrorist groups developing in its entourage.

The student movement which started during the 1960s in the United States with protests against the war in Vietnam and soon spread out to the universities at Berlin and Frankfurt comprehended itself as a revolutionary intelligentsia waging war against a “subcutaneously fascist system”. After the setting-up of the grand coalition the movement radicalised (non-parliamentary opposition/APO) and a minority advocated armed combat (city guerrilla), the leaders’ verbal radicalism also fostered terrorism. The participants of the 1970s and 1980s, ready to use violence, disengaged more and more from the student movement’s original aim of social reformation and propagated terrorism as end in itself.

Carsten Penzlin: Rainer Barzel as chancellor candidate during the federal election 1972 (pp. 121–136)

Despite a good starting position – the government had lost its parliamentary majority as well as a prominent minister, Karl Schiller, and had obtained bad survey results (20 %) – Rainer Barzel, the candidate of the opposition, did not have a reasonable chance in the 1972 election campaign. The charisma of the federal chancellor and Nobel Peace Prize winner Willy Brandt and the emotionally charged controversy about the politics toward the East led to problems barely solvable by the CDU/CSU. The masterminds did not only disagree about the guiding principles for foreign and domestic politics, but were also sceptical towards their chancellor candidate Barzel. Besides their election policy was incorrectly organised, the rational and businesslike reasoning Barzel was not able to score with domestic themes such as economic, social und inner security or to emphasize the government’s shortcomings, not even during the at that time new television debates of the party chairmen.

Peter Rütters: Gertrud Wronka – A Catholic woman’s career during the first half of the 20th century (pp. 137–152)

G. Wronka (1881–1952), a native of Allenstein/East Prussia, was able to take up her studies of mathematics and natural sciences at the University of Breslau as early as 1909 after having trained at the teacher’s seminar in Danzig and having gained initial work experience. Since 1913 up to her dismissal in 1933, because of “political unreliability”, she worked as a head teacher at the municipal girls’ high school at Allenstein. Early on she assumed various offices in the Federation of Catholic German Schoolmistresses which advocated an independent girl’s education. She also held these views within the Centre Party and as a member of the Prussian Diet (1919–1933).

In 1945 she fled to Weimar, where she was a founding member of the CDU which she also represented at the state parliament. In the spring of 1948 she resigned her seat and moved to West Germany.

Christopher Beckmann: Lambert Lensing (1889–1965) – publisher, co-founder of the CDU, chairman of the CDU state association Westphalia-Lippe (pp. 153–186)

After the death of his same-named father in 1928, Lambert Lensing took over the business administration of the Lensing Bros. Company and became active, like his father, in the Centre Party, as municipal councillor at Dortmund, at the Augustinus Society and as chairman of the Newspaper Proprietors' Association of the Lower Rhine and Westphalia. In his newspaper "Tremonia" he waged a committed battle against the National Socialist German Workers' Party (NSDAP), but changed after 1933 to a cautious-critical attitude in order to maintain the newspaper's independence, albeit with many restrictions, during the Third Reich.

After 1945 Lensing again became involved in politics and pleaded strongly for the setting up of a non-denominational, Christian people's party and against the re-foundation of the in Westphalia very popular Centre Party. In 1945 he was elected as chairman of the CDU Westphalia-Lippe, but had to resign in March 1946 as he was attacked by different sides – followers of the Centre Party or competing publishers – as a Nazi sympathiser, as a captain at the Armed Forces High Command (OKW), as a representative of a social-reactionary and German nation group within the CDU. After being rehabilitated at the end of 1948 Lensing was granted the license for the "Ruhr-Nachrichten", became a member of the Parliamentary Council and again chairman of the CDU in Westphalia.

Jörg-Dieter Gauger: Hans-Erich Stier (1902–1979) – Ancient historian, co-founder of the CDU, cultural politician (pp. 187–212)

Stier was the only archaeologist who got involved politically in the new state, as founding member of the CDU in Münster, as Protestant cultural politician within the federal party and as a member of the state parliament. The conservative Protestant, who after 1933 definitely supported an authoritarian Fuehrer state and conformed to the regime, was resistant to the National Socialist ideology because of his Christian belief. After the war he endorsed by means of many speeches and articles a democratic form of government and Christian democracy which would only be viable if it was based on a genuinely devout citizens' bond and a humanistically educated elite. In his eyes the CDU's special tasks were the maintenance of an anti-totalitarian consensus, the advancement of education to strengthen democracy and the conservation of a Christian nucleus without which the party would lose its identity.

Andreas Grau: From high-flyer to defector. The case of Karlfranz Schmidt-Wittmack: CDU-MP and spy for the GDR (pp. 213–230)

Schmidt-Wittmack (1914–1987), Member of Parliament for Hamburg, defected in August 1954 to East-Berlin. During a sensational press conference he named rearmament and Adenauer's imperious style of governing as reasons for his defection. This spectacular activity corresponded with the Socialist Unity Party's propaganda campaign against "American war politics" and West Germany's rearmament within the European Defence Community. With it the SED wanted to invite conservative circles to oppose the federal government. Schmidt-Wittmack's defection caused consternation in Bonn, because Otto John, president of the

Federal Office for the Protection of the Constitution, had “fled” to East-Berlin a few weeks before. Files at the office of the Federal Commissioner for the Records of the State Security Service provide evidence for the fact that the ambitious young politician had served the party reconnaissance of the Communist Party of Germany since 1948 and subsequently the Ministry for State Security.

Hans-Peter Schwarz: Colloquy on the Kohl era. VII. The transatlantic relations. Introductions (pp. 231–234)

Schwarz referred to the detailed studies existing for the transatlantic relationship during the years 1980–1990 while the period after 1990 has only been sparsely accounted for. Little is known about the part played by chancellor Kohl in the problems prevailing at that time: war in Iraq, future of the EU, NATO enlargement, domestication of Russia and the situation in the Balkans. At any rate Kohl was able to establish good relations with different presidents such as Ronald Reagan, George Bush and Bill Clinton.

Andreas Wirsching: The relationship with the USA in connection with the German foreign policy 1982–1998 (pp. 235–244)

The sphere of influence of German federal foreign policy was defined by “three circles”: the Atlantic alliance with the United States, the European Community and the relationship with the Soviet Union. The Kohl government was able to link the security policy adjusted to the USA to an active European policy. Annoyance during the 1980s was caused by the diverse strategic interests of the USA and Europe, e. g. the SDI project, abolishment of short and long-range missiles in Europe. The Federal Republic’s adamant attitude during the rearmament debate established a bond of mutual trust between Bonn and Washington, between Helmut Kohl and Ronald Reagan resp. Georg Bush who described the relationship in 1989 as “partnership in leadership”. The re-united Germany however could meet the American requirements concerning political loyalty, military and financial support while securing international stability only partly during the 1990s.

Klaus Larres: The United States, the European unification and politics of Helmut Kohl (pp. 245–262)

During the first two decades after the Second World War, the United States encouraged European unification to contain the Soviet Union ideologically and economically as well as to stabilise democracy in Europe and Germany once again. However other than anticipated European integration gave rise to “the Europeans’ emancipation from American hegemony”. Especially Ronald Reagan was anxious to re-establish this hegemony.

To Helmut Kohl, the “convinced Atlanticist”, the German-American partnership was part of the reason of state. His personal view of America, his admiration for the Americans and the American values as well as his personal good relationships with Reagan, Bush and Clinton also played a part. He always tried to avoid open confrontation and to reach a compromise acceptable to both sides. The EC countries had to yield to American wishes in security political areas but not in economic and financial policy. Transatlantic relations ameliorated considerably under George Bush sen.

Stefan Fröhlich: The policy towards the USA during the Kohl era as seen from the American viewpoint (pp. 263–271)

Washington relied on chancellor Kohl to continue the foreign policy characterized by “as well as” (European unification as well as good relations with the United States). This confidence was built on Kohl’s unconditional backing of the NATO Double-Track Decision. He accomplished a prudent coordination of intra-German policy, European policy and the policy towards Russia and the USA. Relying upon the partner’s dependability, President Bush endorsed re-unification to a greater extent than Mitterrand or Thatcher.

After 1990 the transatlantic relationship changed: with the re-unification Germany assumed greater responsibility, but the chancellor attached conditions to the Federal Armed Forces assignment. The United States looked for a “partner in leadership” for the Common Foreign and Security Policy (GASP) and expected a bigger commitment on Germany’s part as well as military and financial assistance. Despite some frictions within the German-American relationship good relations were always maintained on the strength of the Kohl government’s dependable policy towards the USA.

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: How should we approach the USA? The transatlantic relationship, the structure of Europe and the Franco-German co-operation during the Kohl era (pp. 273–298)

It was always France’s aim to create a strong Europe as a counterbalance to the United States’ hegemonic tendencies. According to the conviction of de Gaulle and his successors only an independent European defence power would be able to link the USA in the long run to the alliance. From the French point of view Kohl was, despite all emphasis on the Franco-German friendship, much too America friendly. Even so security offers from Paris were not trustworthy enough to tempt Kohl to give up his balancing act with its distinct American preference. After 1990 Mitterrand refused to accept the expansion of NATO’s role and the USA’s influence linked with it and tried for a military upgrading of the WEU. Later on under Schröder and Fischer French “allures” met with more obligingness, so as to explain a certain distance to the USA as a result.

Rudolf Morsey: A retrospective view of the Parliamentary Council 1948/49. The first Rhöndorf dialogue with contemporary witnesses and historians 1969 (pp. 313–340)

On the initiative of the “Foundation Federal Chancellor Adenauer House” the first Rhöndorf dialogue took place on 16 June 1969; it brought together academics and political players for an exchange of insight and memories. The topic “Parliamentary Council” was chosen on the occasion of the 20th anniversary of the Basic Law. Eberhard Pikart and Rudolf Morsey gave a lecture, former members of the Parliamentary Council and historians such as Hans Buchheim, Thilo Vogelsang, Frederic Spotts and others as well as the journalist Friedrich Karl Fromme were invited as participants. The Allied influence on the Basic Law, the designing of the second chamber and Adenauer’s role as president of the Parliamentary Council were particularly under discussion.

Gerhard Wettig: The discharge of the prisoners of war by the Soviet Union in 1955 – A result of Adenauer’s negotiations? A study based on new archive documents (pp. 341–352)

With the aid of Soviet minutes Wettig traces once again the guiding principles for the negotiations on the Soviet side and the process of bargaining. On the Soviet side the normalisation of relations was a matter of priority, the POWs’ discharge of secondary importance but already decided. After the Soviet delegation declared the POW question to be an “internal affair” and Adenauer ordered instant departure, the immediate break-up of negotiations was averted by Bulganin’s oral promise to free the prisoners of war.

Résumés*

Guido Hitzte: Le concept de «nouvelle sécurité». Polémique autour du «néo-libéralisme» dans la programmation des partis de l'Union (p. 1–25)

Pour se démarquer des concepts de l'«État social prévoyant» (*vorsorgender Sozialstaat*) du SPD et de l'État providence du parti Die Linke, la CDU doit mettre au point un programme qui ajuste les convictions fondamentales de la démocratie chrétienne aux transformations des conditions sociales et économiques et qui leur donne une concrétisation politique. Dans un contexte de crise sociale, aggravée par la politique, la culture et l'économie, les évolutions contraires s'accroissent au sein de la société. Les liens sociaux stables et les classes moyennes menacent de disparaître. Les citoyens se sentent dépassés par le modèle de la «nouvelle liberté» qui diffuse l'idée d'une responsabilité du citoyen dans tous les domaines de l'existence.

Le concept de «nouvelle sécurité» ne doit pas se réduire au secteur économique et social (par ex. allocation chômage, salaire minimum et 'salaire combiné', sécurité sociale), mais doit également englober d'autres champs de problèmes, tels que la famille, l'éducation, la formation et l'intégration, et garantir une cohabitation pacifique dans un monde globalisé.

Anselm Doering-Manteuffel: Les racines de la «vieille Europe» dans le siècle américain (p. 27–44)

L'auteur défend l'hypothèse que la «vieille Europe» (Rumsfeld), à savoir l'Europe occidentale sans la Grande-Bretagne, a vu le jour pendant la Guerre froide en qualité d'alliée des États-Unis. Depuis le début du 20^e siècle – le siècle «américain» –, les États-Unis ont exercé une hégémonie économique sans partage. Les conflits militaires entre la France et l'Allemagne furent une lutte pour des ressources, pour le charbon et l'acier, qui est devenue obsolète depuis les années 1920 en raison du renoncement aux modifications frontalières et de la coopération entre industriels français et allemands.

L'ordre de l'après-guerre conçu par les États-Unis, basé sur la liberté et la démocratie, et la reconstruction soutenue par le plan Marshall ont favorisé la coopération économique des États européens. Ces derniers se sont néanmoins trop longtemps accrochés à la prépondérance traditionnelle de l'industrie lourde et ils ont réagi trop tardivement à la transformation des systèmes industriels, générée par l'utilisation du pétrole, l'automatisation et l'électronique. Ils ont donc d'énormes difficultés à maintenir leurs positions économiques et leurs systèmes de sécurité sociale dans une économie mondiale globalisée.

Ulrich Karpen: L'Allemagne et l'Europe: Le droit public dans les projets du cercle de Kreisau (p. 45–65)

Pour les membres du cercle de Kreisau, une condition indispensable de la reconstruction de l'Allemagne était de rétablir le droit sur la base du droit naturel et d'éliminer l'arbitraire étatique. Ils fondaient leur rejet de l'ambition totalitaire de l'État sur la prétention à la domination de l'Église (Peters) ou sur la souveraineté du peuple (Steltzer). Pour Moltke et

* Aus dem Deutschen übersetzt von Valentine Meunier

Yorck, l'État séculier avait pour mission de garantir la liberté individuelle, «l'ordre naturel» – l'intégrité physique et mentale –, ainsi que la justice économique. La structure étatique du bas vers le haut, «les petites communautés», l'idée de l'autogestion, devaient renforcer la participation de tous. Les relations juridiques internationales devaient être évaluées à l'aune de critères moraux et non de puissance politique (Trott).

Les projets constitutionnels mettaient en valeur la démocratie avec une direction forte à sa tête, un système fédéral, l'éducation des citoyens aux modes de vie démocratiques, les fondements de la démocratie libérale, la personnalité et la liberté individuelle. Pour triompher du nationalisme, les membres du cercle proposaient de restaurer l'unité culturelle de l'Europe et de créer un grand espace économique. Une communauté européenne pacifique supposait de partager des convictions morales communes. Sur le plan organisationnel, ils prévoyaient un État fédéral européen fort et composé de membres indépendants.

Michael Richter: Une jeunesse entre les dictatures. Manfred Klein et l'opposition démocrate chrétienne dans la zone d'occupation soviétique (SBZ) (p. 67–78)

Manfred Klein (1925–1980), délégué de la Jeunesse catholique (*Katholische Jugend*) et de la CDU au sein de la Commission centrale de la jeunesse de la SBZ, signa le décret de fondation du FDJ, l'organisation de jeunesse centralisée, et donc aisément contrôlable, imposée par les communistes. Dès le départ, des controverses firent jour dans le camp démocratique sur la question de sa participation à ce mouvement. Des querelles idéologiques virulentes surgirent également au sein même du FDJ, entre fonctionnaires du SED et délégués de la CDU, du LDP et des Églises.

En 1946/47, Klein, étudiant en germanistique, assumait également des responsabilités à la faculté et fut élu délégué de la CDU au conseil des étudiants de l'Université Humboldt de Berlin. Au sein de ce conseil comme de la FDJ, il ne cessa de tenter – en vain – de bloquer les tentatives de mise au pas. Le 13 mars 1947, il fut arrêté avec 15 autres étudiants et délégués de la jeunesse proches de la CDU. En décembre 1948, Manfred Klein fut condamné à 25 ans de camp de travail et fut interné jusqu'en octobre 1956 à Bautzen et à Torgau.

Michael Klein: Le protestantisme ouest-allemand et la CDU jusqu'à la fin de l'ère Adenauer (p. 79–97)

Depuis la fin du 19^e siècle, une mentalité anti-partisane régnait au sein du protestantisme, alors même que les préfigurations des partis politiques ont vu le jour au sein de l'église protestante lors des débats interdits sur la Constitution. L'aile réactionnaire utilisa les partis pour protéger ses intérêts, alors que l'aile sociale-chrétienne et conservatrice, qui luttait pour un «État chrétien» ou pour le «peuple chrétien», rejeta tout engagement partisan.

Certes, l'Église protestante admit en 1945 qu'elle avait une responsabilité dans la vie publique mais elle maintint sa distance critique vis-à-vis de l'État de partis (*Parteienstaat*). L'expérience de l'oppression subie sous le nazisme par les deux Églises incita certains protestants conservateurs et chrétiens-sociaux à œuvrer au sein de la nouvelle CDU, chrétienne et interconfessionnelle. Leur influence restant réduite face à l'hégémonie catholique, certaines figures protestantes la quittèrent toutefois rapidement. De surcroît, le théologien Karl Barth et le Conseil fraternel de l'EKD s'inscrivirent par principe en faux contre l'attribution du qualificatif de «chrétien» à tout parti politique, car la communauté chrétienne ambitionnait d'être une autorité morale à l'égard de la société. Ehlers, président du Bundestag, con-

servateur, nationaliste et partageant une conception traditionnelle de la weltanschauung chrétienne, parvint à consolider l'aile protestante au sein de la CDU et à intégrer de larges pans de la population protestante dans l'État multipartite.

Alexander Straßner: Le mouvement de 1968 et le terrorisme en République fédérale (p. 99–119)

À l'appui de la riche littérature sur le sujet, l'auteur explore le lien entre le mouvement étudiant, qui aspirait à une ouverture politico-culturelle et à triompher des structures sclérosées de la société, et les nombreux groupuscules terroristes qui ont émergé dans son sillage.

Le mouvement étudiant vit le jour au milieu des années 1960 avec les manifestations contre la guerre du Vietnam aux États-Unis, avant de gagner rapidement les universités de Berlin et de Francfort. Il se voulait une lutte de l'intelligence révolutionnaire contre un «système fasciste rampant». Le mouvement (APO) se radicalisa après la formation de la grande coalition et une minorité préconisa la lutte armée (guérilla urbaine). Le radicalisme verbal des meneurs prêta également main forte au terrorisme. Les acteurs prêts à user de violence dans les années 1970 et 80 ne cessèrent de s'éloigner des objectifs initiaux du mouvement étudiant – le renouveau de la société – et firent du terrorisme une fin en soi.

Carsten Penzlin: Rainer Barzel, candidat à la chancellerie lors des législatives de 1972 (p. 121–136)

Malgré une situation initiale favorable à l'opposition – le gouvernement avait non seulement perdu la majorité mais aussi un ministre de premier plan, Karl Schiller, et enregistré de mauvais scores dans les sondages (20 %) – Rainer Barzel, candidat de l'opposition, n'a jamais eu de chance réelle durant la campagne électorale du Bundestag de 1972. Le charisme du chancelier et prix Nobel de la paix Willy Brandt, ainsi que les débats très passionnés sur l'Ostpolitik, posaient des problèmes pratiquement insolubles à la CSU/CDU. Non seulement les leaders n'arrivaient pas à s'entendre sur les lignes directrices de la politique intérieure et étrangère mais la candidature de Barzel à la chancellerie les laissait sceptiques. En outre, la stratégie électorale du parti était mal ciblée. Barzel, avec son argumentation réaliste et prosaïque, ne put gagner des points avec des thèmes de politique intérieure, tels que la sécurité économique, sociale et intérieure, ni faire ressortir les déficits du gouvernement, pas même lors des débats télévisés, nouvelle plate-forme médiatique à l'époque, entre les chefs de partis.

Peter Rütters: Gertrud Wronka – une carrière de femme catholique durant la première moitié du 20^e siècle (p. 137–152)

G. Wronka (1881–1952), née à Allenstein/Prusse orientale, après avoir suivi l'école normale d'institutrices et avoir enseigné pendant quelques années, a pu entamer en 1909 des études de mathématiques et sciences naturelles à l'université de Breslau. Professeur (*Oberlehrerin*) au lycée municipal de Allenstein depuis 1913, elle y resta jusqu'à son renvoi en 1933 pour «manque de fiabilité politique». Très rapidement, elle assumait différentes fonctions au sein de la Fédération des enseignantes catholiques allemandes, qui luttait en faveur de l'éducation autonome des jeunes filles. Elle défendit ces objectifs également au sein du parti du Zentrum et en tant que députée à la Diète prussienne (1919–1933). En 1945, elle se réfugia à Weimar,

où elle participa à la fondation de la CDU, parti dont elle devint députée au Parlement régional. Début 1948, elle se démit de son mandat et partit s'établir en Allemagne de l'Ouest.

Christopher Beckmann: Lambert Lensing (1889–1965) – Patron de presse, cofondateur de la CDU, président régional de la CDU Westphalie-Lippe (p. 153–186)

Après la mort de son père dont il portait le nom, l'éditeur Lambert Lensing reprit la direction de l'entreprise Lensing et frères et suivit également les traces de son père en s'engageant dans le Zentrum, au conseil municipal de Dortmund, au sein de l'Association Augustinus et en prenant la présidence de la Fédération des éditeurs de presse du Bas-Rhin et de Westphalie. Dans son quotidien «Tremonia», il commença par mener une lutte engagée contre le NSDAP avant d'adopter après 1933 une position critique prudente, afin de préserver l'indépendance, même largement rognée, du journal sous le Troisième Reich.

Après 1945, Lensing s'engagea à nouveau politiquement et investit durablement ses forces dans la création d'un parti populaire chrétien interconfessionnel et s'opposa à la refondation du Zentrum, très populaire en Westphalie. Élu président régional de la CDU de Westphalie-Lippe en 1945, il dut démissionner de son poste dès mars 1946 après avoir été accusé par différentes parties – partisans du Zentrum ou éditeurs concurrents – d'être un sympathisant nazi, d'avoir été capitaine au sein de l'Oberkommando der Wehrmacht (OKW – Commandement suprême des forces armées allemandes créé sur ordre de Hitler), d'être représentant d'un groupe social-réactionnaire et nationaliste au sein de la CDU. Après avoir été réhabilité fin 1948, Lensing obtint la licence d'exploitation des «Ruhr-Nachrichten», devint membre du Conseil parlementaire et retrouva la présidence de la CDU de Westphalie (1951–1959).

Jörg-Dieter Gauger: Hans-Erich Stier (1902–1979) – Historien de l'antiquité, cofondateur de la CDU, homme politique au service de la culture (p. 187–212)

Stier fut le seul chercheur sur l'antiquité à s'être engagé politiquement dans le nouvel État après la guerre. Cofondateur de la CDU à Münster, il mit son engagement d'homme politique protestant au service de la culture, en tant que député au parlement régional et à l'échelle fédérale du parti. Protestant conservateur qui approuva sans réserve un État dirigé autoritairement par le Führer en 1933 et s'accommoda du régime, il récusait l'idéologie nazie en raison de ses convictions chrétiennes. Après la guerre, il s'engagea dans de nombreux discours et articles en faveur d'un État démocratique et de la démocratie chrétienne, qui, à ses yeux, n'avait d'avenir que si elle s'appuyait sur un véritable engagement religieux des citoyens et sur une élite cultivée et humaniste. Il considérait que la mission spécifique de la CDU était de cultiver le consensus antitotalitaire et de promouvoir l'éducation, afin de consolider la démocratie et de préserver le noyau chrétien sans lequel le parti perdrait son identité.

Andreas Grau: De l'arriviste au transfuge. Le cas du député CDU et espion est-allemand Karlfranz Schmidt-Wittmack (p. 213–230)

Schmidt-Wittmack (1914–1987), député de Hambourg au Bundestag et membre de la direction régionale de la CDU, passa à Berlin-Est en août 1954. Au cours d'une conférence

spectaculaire, il justifia son geste par le réarmement et l'autoritarisme du régime Adenauer. Cet acte sensationnel coïncida avec la campagne de propagande du SED à l'encontre de «la politique belliqueuse américaine» et du réarmement de la RFA dans le cadre de la CED. Le SED souhaitait par ce biais inciter les cercles conservateurs à s'opposer au gouvernement fédéral.

La défection de Schmidt-Wittmack déclencha la stupeur à Bonn, car à peine quelques semaines auparavant, Otto John, président du Conseil constitutionnel, avait «fui» à Berlin-Est. Les dossiers de la BStU (archives de la Stasi) révèlent que l'ambitieux jeune politicien était depuis 1948 au service de «l'agitation politique» du KPD puis du MfS (ministère de la Sécurité d'État).

Hans-Peter Schwarz: Les relations transatlantiques durant l'ère Kohl. Introduction (p. 231–234)

Schwarz a rappelé que l'on disposait déjà de recherches approfondies sur les relations transatlantiques des années 1982–1990, alors que la période postérieure à 1990 était encore largement ignorée. On méconnaît encore le rôle du chancelier Kohl dans les questions contemporaines, telles que la guerre en Irak, l'avenir de l'Union européenne, l'élargissement de l'OTAN, la domestication de la Russie et la situation dans les Balkans. Quoi qu'il en fût, Kohl est parvenu à nouer de bons contacts avec des présidents aussi différents que Ronald Reagan, George Bush et Bill Clinton.

Andreas Wirsching: Les relations avec les États-Unis dans le contexte de la politique étrangère allemande de 1982 à 1998 (p. 235–244)

La marge d'action de la politique étrangère de l'Allemagne fédérale était circonscrite par les «trois cercles», l'alliance atlantiste avec les États-Unis, la Communauté européenne et les relations avec l'Union soviétique. Le gouvernement Kohl parvint à combiner une politique de sécurité proaméricaine et une politique européenne active. Les agacements des années 1980 s'expliquent par la divergence des intérêts stratégiques des États-Unis et de l'Europe, par exemple sur le projet IDS et le démantèlement des missiles à courte et moyenne portée en Europe. La position ferme de la République fédérale dans le débat sur l'augmentation du potentiel militaire instaura une relation de confiance entre Bonn et Washington, entre Helmut Kohl et Ronald Reagan puis George Bush, relation que ce dernier qualifia en 1989 de «partnership in leadership». Au demeurant, l'Allemagne réunifiée ne put satisfaire entièrement les revendications américaines de loyauté politique et de soutien financier et militaire pour garantir la stabilité internationale.

Klaus Larres: Les États-Unis, l'unification européenne et la politique de Helmut Kohl (p. 245–262)

Durant les deux premières décennies qui ont suivi la seconde guerre mondiale, les États-Unis ont soutenu l'unification de l'Europe, autant pour endiguer l'emprise idéologique et économique de l'Union soviétique que pour stabiliser la démocratie en Europe et en Allemagne. Mais contrairement aux attentes, l'intégration européenne mena «les Européens à s'émanciper de l'hégémonie américaine». Ronald Reagan fut particulièrement soucieux de restaurer cette hégémonie.

Pour Helmut Kohl, «l'atlantiste convaincu», le partenariat germano-américain faisait partie de la raison d'État. L'image qu'il avait des États-Unis joua certainement aussi un rôle, ainsi que son admiration pour les Américains et les «valeurs» américaines ou encore les bons contacts personnels qu'il entretenait avec Reagan, Bush et Clinton. Il s'est toujours efforcé d'éviter une confrontation ouverte et de trouver un compromis acceptable pour les deux camps. Les États de la CEE durent certes se rendre aux désirs des États-Unis sur le plan de la politique de sécurité, mais pas en matière de politique économique et financière. Sous George Bush père, les relations transatlantiques s'améliorèrent considérablement.

Stefan Fröhlich: La politique américaine sous l'ère Kohl vue par les Américains (p. 263–271)

Washington comptait sur le fait que le chancelier Kohl poursuivrait la politique étrangère du non seulement-mais aussi (unification européenne et bonnes relations avec les États-Unis). La confiance reposait sur le soutien sans condition que Kohl avait apporté à la double décision de l'OTAN. Il parvint à concilier intelligemment les politiques allemande, européenne, russe et américaine. C'est aussi grâce à la confiance envers la loyauté de son partenaire que Bush père soutint plus fortement la réunification que Mitterrand ou Thatcher.

Les relations transatlantiques se modifièrent après 1990. L'unité se traduit par un accroissement de la responsabilité de l'Allemagne, mais le chancelier soumit l'intervention de l'armée fédérale à certaines conditions. Les États-Unis cherchèrent un «partner in leadership» pour la politique étrangère et de sécurité commune (PESC) et attendirent de l'Allemagne un engagement plus prononcé, ainsi qu'un soutien financier et militaire. En dépit de certaines irritations dans les rapports germano-américains, les bonnes relations purent néanmoins se poursuivre grâce à la constance et à la fidélité de la politique américaine du gouvernement Kohl.

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Quelle attitude avons-nous envers les États-Unis? Les relations transatlantiques, la construction de l'Europe et la coopération franco-allemande pendant l'ère Kohl (p. 273–298)

L'objectif de la France a toujours été d'avoir une Europe forte pour faire contrepoids aux vellétés hégémoniques des États-Unis. De Gaulle et ses successeurs étaient persuadés que seule une puissance autonome de défense européenne pouvait à long terme préserver une alliance avec les États-Unis. Dans la perspective française, Kohl était trop amène envers les Américains, malgré son insistance sur l'amitié franco-allemande. Au demeurant, les offres de Paris en matière de politique de sécurité n'étaient pas assez sérieuses pour que Kohl abandonnât sa politique du grand écart qui privilégiait clairement les États-Unis. Mitterrand s'opposa à l'attribution de nouvelles fonctions à l'OTAN après 1990 et à l'influence des États-Unis que cela supposait, et il s'efforça de revaloriser la puissance militaire de l'UEO. Les «appels» français rencontrèrent un plus grand écho par la suite, sous Schröder et Fischer, ce qui explique également une certaine distanciation vis-à-vis des États-Unis.

Rudolf Morsey: Le Conseil parlementaire 1948/49. La première «Rhöndorfer Gespräch» avec des témoins et historiens du temps présent en 1969 (p. 313–340)

Le 16 juin 1969, la fondation Bundeskanzler-Adenauer-Haus organisa la première «Rhöndorfer Gespräch», réunissant des chercheurs et des acteurs politiques en vue de partager leurs savoirs et souvenirs. À l'occasion du 20^e anniversaire de l'adoption de la Loi fondamentale (Grundgesetz), on choisit pour thème le «Conseil parlementaire» (den Parlamentarischen Rat). Eberhard Pikart et Rudolf Morsey firent une conférence, les membres du Conseil parlementaire et les historiens Hans Buchheim, Thilo Vogelsang et Frederic Spotts, ainsi que le journaliste Friedrich Karl Fromme furent conviés à y participer. La discussion portait surtout sur l'influence des alliées sur la Loi fondamentale, le développement de la deuxième chambre et le rôle de Konrad Adenauer comme président du Conseil parlementaire.

Gerhard Wettig: La libération des prisonniers de guerre en Union soviétique en 1955 – un résultat des négociations avec Adenauer? Enquête sur la base de nouvelles sources archivistiques (p. 341–352)

À l'aide des rapports soviétiques, Wettig réexamine les lignes de conduite soviétiques lors des négociations et le déroulement de ces dernières. La priorité pour les Soviétiques était de normaliser les relations. La libération des prisonniers était d'ordre secondaire, bien que la décision en ce sens fût déjà prise. Après avoir entendu de la délégation soviétique que la question des prisonniers de guerre était une «affaire interne», Adenauer ordonna un départ immédiat. La rupture des négociations put être évitée grâce à la garantie orale de Boulganine de libérer les prisonniers de guerre.

Zusammenfassungen

Guido Hitzte: Das Konzept der „neuen Sicherheit“. Zur Auseinandersetzung um den „Neoliberalismus“ in der Programmatik der Unionsparteien (S. 1–25)

In Abgrenzung von den Konzepten der SPD, „vorsorgender Sozialstaat“, und der „Linken“, Wohlfahrtsstaat, muss die CDU ein Programm entwickeln, das die Grundüberzeugungen der Christlichen Demokratie an die veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen anpasst und in praktische Politik umsetzt. Angesichts der gesellschaftlichen Krise, verstärkt durch Politik, Kultur und Wirtschaft, vergrößern sich die gegensätzlichen Entwicklungen in der Gesellschaft, droht der Verlust stabiler, sozialer Bindungen und der sozialen Mitte. Mit dem Modell der „neuen Freiheit“, das die Eigenverantwortung der Bürger in allen Lebensbereichen propagiert, sind diese überfordert.

Das Konzept der „neuen Sicherheit“ darf nicht auf den sozialen und ökonomischen Bereich beschränkt bleiben (z.B. ALG I, Kombi- und Mindestlöhne, Sozialversicherungen), sondern muss auch andere Problemfelder, wie Familie, Erziehung, Bildung und Integration erfassen sowie das friedliche Zusammenleben in einer globalisierten Welt garantieren.

Anselm Doering-Manteuffel: Die Wurzeln des „alten Europa“ im amerikanischen Jahrhundert (S. 27–44)

Der Autor stellt die These auf, dass das „alte Europa“ (Rumsfeld), nämlich Westeuropa ohne Großbritannien, im Kalten Krieg als Partner der USA entstanden ist. Die USA hatten seit Beginn des 20., des „amerikanischen“ Jahrhunderts eine überragende wirtschaftliche Vormachtstellung inne. Die Kriege zwischen Frankreich und Deutschland waren ein Kampf um Ressourcen, Kohle und Stahl, der durch den Verzicht auf Grenzänderungen und die Kooperation französischer und deutscher Industrieller seit den 1920er Jahren obsolet wurde.

Die von den USA konzipierte Nachkriegsordnung, geprägt durch Freiheit und Demokratie und den mit dem Marshall-Plan geförderten Wiederaufbau, war Anstoß zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Allerdings hielten sie zu lange an der traditionellen Vorrangstellung der Schwerindustrie fest und reagierten zu spät auf den Wandel der Industriesysteme, bedingt durch den Einsatz von Erdöl, durch Automatisierung und Elektronik, sodass sie große Schwierigkeiten haben, in der globalisierten Weltwirtschaft ihre wirtschaftlichen Positionen und ihre sozialen Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten.

Ulrich Karpén: Deutschland und Europa: Das Staatsrecht in den Plänen des Kreisauer Kreises (S. 45–65)

Die Wiederherstellung des Rechts auf der Grundlage des Naturrechts, die Beseitigung der Staatswillkür war für die Kreisauer eine unerlässliche Voraussetzung für den Wiederaufbau Deutschlands. Die Ablehnung des Totalitätsanspruchs des Staates begründeten sie mit dem Herrschaftsanspruch der Kirche (Peters) oder mit der Souveränität des Volkes (Steltzer). Die Aufgaben des säkularen Staates lagen nach Moltke und Yorck darin, die Freiheit des Einzelnen, „die natürliche Ordnung“ – die geistige und körperliche Unversehrtheit –, auch die wirtschaftliche Gerechtigkeit zu sichern. Der Staatsaufbau von unten nach oben, „die kleinen Gemeinschaften“, der Selbstverwaltungsgedanke sollten die Partizipation aller stär-

ken. Auch die internationalen Rechtsbeziehungen sind nach moralischen, nicht nach machtpolitischen Kategorien zu beurteilen (Trott).

Die Verfassungsentwürfe für Deutschland betonten eine Demokratie mit starker Führung, einen föderalistischen Staatsaufbau, die Erziehung der Bürger zu demokratischen Lebensformen und die Grundfeste liberaler Demokratie, Personalität und individuelle Freiheit. Um den Nationalismus zu überwinden, sollte die kulturelle Einheit Europas wieder hergestellt und ein wirtschaftlicher Großraum geschaffen werden. Grundlage einer europäischen Friedensgemeinschaft sind die gemeinsamen sittlichen Überzeugungen. Organisatorisch war ein starker europäischer Bundesstaat mit autonomen Mitgliedern vorgesehen.

Michael Richter: Jugend zwischen den Diktaturen. Manfred Klein und die christlich-demokratische Jugendopposition in der SBZ (S. 67–78)

Manfred Klein (1925–1980), Vertreter der Katholischen Jugend und der CDU im Zentralen Jugendausschuss der SBZ, unterzeichnete den Gründungsbeschluss der FDJ, der von den Kommunisten erzwungenen, einheitlichen und daher leichter beherrschbaren Jugendorganisation. Von Anfang wurde die Beteiligung im demokratischen Lager kontrovers diskutiert. Innerhalb der FDJ gab es harte ideologische Auseinandersetzungen zwischen den SED-Funktionären und den Vertretern von CDU, LDP und der Kirchen.

1946/47 engagierte sich der Germanistikstudent Klein auch in der Studentenvertretung und wurde als Mitglied der CDU-Gruppe in den Studentenrat der Humboldt-Universität gewählt. Hier und in der FDJ versuchte er wiederholt aber vergeblich, die Gleichschaltungsbestrebungen abzublocken. Am 13. März 1947 wurden er und weitere 15 CDU-nahe Studenten und Jugendvertreter verhaftet. Manfred Klein wurde im Dezember 1948 zu 25 Jahren Arbeitslager verurteilt und war bis Oktober 1956 in Bautzen und Torgau inhaftiert.

Michael Klein: Der westdeutsche Protestantismus und die CDU bis zum Ende der Ära Adenauer (S. 79–97)

Seit dem 19. Jahrhundert dominierte die Anti-Parteien-Mentalität im Protestantismus, obwohl die Vorformen der politischen Parteien bei verbotenen Diskussionen über eine Konstitution im evangelisch-kirchlichen Bereich entstanden waren. Der politisch-reaktionäre Flügel benutzte die Parteien, um seine Interessen zu schützen, während der christlich-sozial-konservative Flügel, dem es um den „christlichen Staat“ oder „das christliche Volk“ ging, parteipolitisches Engagement völlig ablehnte.

Zwar bekannte sich die evangelische Kirche 1945 zur Verantwortung für das öffentliche Leben, aber ihre kritische Distanz gegenüber dem Parteienstaat wirkte fort. Die Erfahrung der Unterdrückung beider Kirchen durch die nationalsozialistische Diktatur veranlasste konservative und christlich-soziale Protestanten zur Mitarbeit in der neuen, christlichen, interkonfessionellen CDU. Da ihr programmatischer Einfluss angesichts der katholischen Dominanz gering blieb, resignierten einige evangelische Persönlichkeiten frühzeitig. Zudem lehnten der Theologe Karl Barth und der Bruderrat der EKD die Bezeichnung „christlich“ für eine politische Partei prinzipiell ab, da die Christengemeinde einen ethischen Autoritätsanspruch gegenüber der Gesellschaft habe. Bundestagspräsident Ehlers gelang es mit seiner traditionellen Auffassung von christlicher Weltanschauung und seiner nationalkonservativen Haltung, den protestantischen Flügel in der CDU zu stärken und weite Teile der protestantischen Bevölkerung in den Parteienstaat zu integrieren.

Alexander Straßner: Die 68er-Bewegung und der Terrorismus in der Bundesrepublik (S. 99–119)

Der Autor untersucht anhand der umfangreichen Literatur den Zusammenhang zwischen der Studentenbewegung, die eine politisch-kulturelle Öffnung und die Überwindung verkrusteter gesellschaftlicher Strukturen anstrebte, und den in ihrem Gefolge entstehenden zahlreichen terroristischen Gruppierungen.

Die Studentenbewegung, die Mitte der 60er Jahre in den USA mit den Protesten gegen den Vietnamkrieg begann und bald auf die Universitäten in Berlin und Frankfurt übersprang, verstand sich als Kampf einer revolutionären Intelligenz gegen ein „subkutan faschistisches System“. Nach Bildung der Großen Koalition radikalisierte sich die Bewegung (APO), und eine Minderheit trat für einen bewaffneten Kampf (Stadtguerilla) ein; auch die Verbalradikalismen der Anführer begünstigten den Terrorismus. Die gewaltbereiten Akteure der 70er und 80er Jahre lösten sich mehr und mehr von den ursprünglichen Zielen der Studentenbewegung, der gesellschaftlichen Erneuerung, und propagierten den Terrorismus als Selbstzweck.

Carsten Penzlin: Rainer Barzel als Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf 1972 (S. 121–136)

Trotz guter Ausgangslage für die Opposition – die Regierung hatte die parlamentarische Mehrheit und einen markanten Minister, Karl Schiller, verloren und erzielte schlechte Umfragewerte (20 %) – hatte Rainer Barzel, der Kandidat der Opposition, im Bundestagswahlkampf 1972 keine realistische Chance. Das Charisma des Bundeskanzlers und Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt und die emotionsgeladenen Auseinandersetzungen um die Ostpolitik brachten für die CDU/CSU kaum zu lösende Probleme. Die führenden Köpfe waren nicht nur uneinig über die Leitlinien für die Innen- und Außenpolitik sondern auch skeptisch gegenüber ihrem Kanzlerkandidaten Barzel. Zudem war ihre Wahlkampfstrategie falsch ausgerichtet: Mit innenpolitischen Themen, wie wirtschaftliche, soziale und innere Sicherheit, konnte der sachlich und nüchtern argumentierende Barzel nicht punkten oder die Defizite der Regierung herausstellen, auch nicht in den damals neuen Fernsehdiskussionen der Parteivorsitzenden.

Peter Rütters: Gertrud Wronka – Eine katholische Frauenkarriere in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (S. 137–152)

G. Wronka (1881–1952), gebürtig aus Allenstein/Ostprien, konnte nach der Ausbildung am Lehrerinnenseminar in Danzig und ersten Berufserfahrungen bereits 1909 ein Studium der Mathematik und Naturwissenschaften an der Universität Breslau aufnehmen. Seit 1913 war sie als Oberlehrerin am Städtischen Lyzeum in Allenstein tätig bis zu ihrer Entlassung 1933 wegen „politischer Unzuverlässigkeit“. Schon früh übernahm sie verschiedene Funktionen im Verband katholischer deutscher Lehrerinnen, der sich für eine eigenständige Mädchenbildung einsetzte. Diese Ziele vertrat sie auch in der Zentrumspartei und als Mitglied des Preußischen Landtags (1919–1933).

1945 flüchtete sie nach Weimar, wo sie zu den Mitgründern der CDU zählte, die sie auch im Landtag vertrat. Im Frühjahr 1948 legte sie ihr Mandat nieder und übersiedelte nach Westdeutschland.

Christopher Beckmann: Lambert Lensing (1889–1965) – Zeitungsverleger, Mitgründer der CDU, Landesvorsitzender der CDU Westfalen-Lippe (S. 153–186)

Der Verleger Lambert Lensing übernahm 1928 nach dem Tod seines gleichnamigen Vaters die Geschäftsführung der Fa. Gebr. Lensing und engagierte sich wie dieser in der Zentrums- partei, als Stadtverordneter in Dortmund, im Augustinus-Verein und als Vorsitzender des niederrheinisch-westfälischen Zeitungsverlegervereins. In seiner Zeitung „Tremonia“ führte er zunächst einen engagierten Kampf gegen die NSDAP, schwenkte jedoch nach 1933 auf eine vorsichtig-kritische Haltung ein, um die Eigenständigkeit der Zeitung im Dritten Reich, wenn auch mit vielen Einschränkungen, zu bewahren.

Nach 1945 engagierte sich Lensing erneut in der Politik und setzte sich nachhaltig für die Gründung einer überkonfessionellen, christlichen Volkspartei ein und gegen die Wiedergründung des in Westfalen stark verbreiteten Zentrums. Er wurde 1945 zum Landesvorsitzenden der CDU-Westfalen-Lippe gewählt, musste aber das Amt bereits im März 1946 niederlegen, da er von verschiedenen Seiten, Zentrumsanhängern oder konkurrierenden Verlegern, als Nazi-Sympathisant, als Hauptmann im OKW, als Vertreter einer sozialreaktionären und deutschnationalen Gruppe in der CDU angegriffen wurde. Nach seiner Rehabilitierung Ende 1948 erhielt Lensing die Lizenz für die „Ruhr-Nachrichten“, war Mitglied des Parlamentarischen Rates und erneut Vorsitzender der CDU Westfalen (1951–1959).

Jörg-Dieter Gauger: Hans-Erich Stier (1902–1979) – Althistoriker, Mitgründer der CDU, Kulturpolitiker (S. 187–212)

Stier war der einzige Altertumswissenschaftler, der sich nach dem Krieg politisch für den neuen Staat engagierte, als Mitgründer der CDU in Münster, als evangelischer Kulturpolitiker in der Bundespartei und als Landtagsabgeordneter. Der konservative Protestant, der 1933 durchaus einen autoritären Führerstaat bejahte und sich dem Regime anpasste, war aufgrund seiner christlichen Grundhaltung resistent gegenüber der NS-Ideologie. Nach dem Krieg setzte er sich in vielen Reden und Aufsätzen für eine demokratische Staatsform, für die christliche Demokratie ein, die aber nur dann lebensfähig sei, wenn sie sich auf echte religiöse Bindung der Bürger und eine humanistisch gebildete Elite stützen könnte. Als spezielle Aufgabe der CDU sah er die Pflege des antitotalitären Konsenses, die Förderung der Bildung, um die Demokratie zu stärken, und die Bewahrung des christlichen Kerns, ohne den die Partei ihre Identität verlieren würde.

Andreas Grau: Vom Aufsteiger zum Überläufer. Der Fall des CDU-Abgeordneten und DDR-Spions Karlfranz Schmidt-Wittmack (S. 213–230)

Schmidt-Wittmack (1914–1987), Bundestagsabgeordneter aus Hamburg und Mitglied des CDU-Landesvorstandes, siedelte im August 1954 nach Ost-Berlin über. In einer aufsehenerregenden Pressekonferenz nannte er die Wiederaufrüstung und den autoritären Regierungsstil Adenauers als Gründe für seinen Wechsel. Die spektakuläre Aktion entsprach dem Propagandakampf der SED gegen „die amerikanische Kriegspolitik“, die Wiederbewaffnung der BRD im Rahmen der EVG. Damit wollte sie konservative Kreise zur Opposition gegen die Bundesregierung auffordern.

Der Übertritt von Schmidt-Wittmack löste in Bonn Bestürzung aus, da erst wenige Wochen zuvor Otto John, der Präsident des Amtes für Verfassungsschutz, nach Ost-Berlin „geflohen“ war. Aus den Akten der BStU geht hervor, dass der ehrgeizige Jungpolitiker seit 1948 im Dienst der „Parteiaufklärung“ der KPD und anschließend des MfS stand.

Hans-Peter Schwarz: Die Ära Kohl im Gespräch. VII. Die transatlantischen Beziehungen. Einführung (S. 231–234)

Schwarz verwies darauf, dass über die transatlantischen Beziehungen in den Jahren 1982–1990 bereits eingehende Untersuchungen vorlägen, während die Zeit nach 1990 noch wenig aufgearbeitet sei. Über die Rolle von Bundeskanzler Kohl bei den damals aktuellen Problemen, Irak-Krieg, Zukunft der EU, Erweiterung der NATO, Domestizierung Russlands und der Situation auf dem Balkan, ist noch wenig bekannt. Jedenfalls gelang es Kohl, zu so unterschiedlichen Präsidenten wie Ronald Reagan, George H. Bush und Bill Clinton gute Kontakte herzustellen.

Andreas Wirsching: Die Beziehungen zu den USA im Kontext der deutschen Außenpolitik 1982–1998 (S. 235–244)

Der Handlungsspielraum bundesdeutscher Außenpolitik war geprägt durch die „drei Kreise“, das atlantische Bündnis mit den USA, die Europäische Gemeinschaft und das Verhältnis zur Sowjetunion. Der Regierung Kohl gelang es, die sicherheitspolitische Orientierung an den USA mit einer aktiven Europapolitik zu verbinden. Irritationen in den 80er Jahren waren durch die unterschiedlichen strategischen Interessen der USA und Europas bedingt, z.B. SDI-Projekt, Abschaffung der Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa. Die feste Haltung der Bundesrepublik in der Nachrüstungsdebatte begründete ein Vertrauensverhältnis zwischen Bonn und Washington, zwischen Helmut Kohl und Ronald Reagan bzw. George Bush, der die Beziehungen 1989 mit „partnership in leadership“ beschrieb. Allerdings konnte das wiedervereinigte Deutschland die amerikanischen Forderungen nach politischer Loyalität, militärischer und finanzieller Unterstützung bei Sicherung der internationalen Stabilität in den 90er Jahren nur teilweise erfüllen.

Klaus Larres: Die USA, die europäische Einigung und die Politik Helmut Kohls (S. 245–262)

In den ersten zwei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die USA die Einigung Europas, sowohl um die Sowjetunion ideologisch und ökonomisch einzudämmen als auch um die Demokratie in Europa und in Deutschland wieder zu stabilisieren. Doch anders als erwartet, führte die europäische Integration zur „Emanzipation der Europäer aus der amerikanischen Hegemonie“. Gerade Ronald Reagan war darauf bedacht, diese Hegemonie wieder herzustellen.

Für Helmut Kohl, den „überzeugten Atlantiker“, war die deutsch-amerikanische Partnerschaft ein Teil der Staatsräson. Eine Rolle spielte hier auch sein persönliches Amerikabild, die Bewunderung für die Amerikaner und die amerikanischen „Werte“ sowie die guten persönlichen Kontakte zu Reagan, Bush und Clinton. Er bemühte sich stets, eine offene Konfrontation zu vermeiden und einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu finden. Die EG-Länder mussten zwar auf sicherheitspolitischem Gebiet den Wünschen der USA nach-

geben, aber nicht in der Wirtschafts- und Finanzpolitik. Unter George Bush sen. verbesserten sich die transatlantischen Beziehungen wesentlich.

Stefan Fröhlich: Die USA-Politik aus amerikanischer Perspektive in der Ära Kohl (S. 263–271)

In Washington vertraute man darauf, dass Bundeskanzler Kohl die Außenpolitik des Sowohl-als-auch (europäische Einigung und gute Beziehungen zu den USA) fortsetzen würde. Das Vertrauen gründete auf der bedingungslosen Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses durch Kohl. Es gelang ihm eine kluge Abstimmung von Deutschland-, Europa-, Russland- und Amerikapolitik. Im Vertrauen auf die Verlässlichkeit des Partners unterstützte Präsident Bush auch die Wiedervereinigung in stärkerem Maße als Mitterrand oder Thatcher.

Nach 1990 wandelte sich das transatlantische Verhältnis: Die Einheit brachte eine größere Verantwortung für Deutschland, aber der Kanzler knüpfte den Einsatz der Bundeswehr an Bedingungen. Die USA suchten einen „partner in leadership“ für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und erwarteten ein größeres Engagement von Deutschland sowie militärische und finanzielle Unterstützung. Trotz einiger Irritationen im deutsch-amerikanischen Verhältnis bestanden die guten Beziehungen aufgrund der immer verlässlichen Amerika-Politik der Regierung Kohl fort.

Gisela Müller-Brandeck-Bocquet: Wie halten wir es mit Amerika? Die transatlantischen Beziehungen, die Konstruktion Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit in der Ära Kohl (S. 273–298)

Es war immer Frankreichs Ziel, ein starkes Europa als Gegengewicht zu den Hegemonieabsichten der USA zu schaffen. Nach Überzeugung von de Gaulle und seinen Nachfolgern konnte nur eine eigenständige europäische Verteidigungsmacht die USA langfristig im Bündnis halten. Aus französischer Sicht war Kohl trotz aller Betonung der deutsch-französischen Freundschaft zu Amerika-freundlich. Allerdings waren die sicherheitspolitischen Angebote aus Paris nicht seriös genug, um Kohls Spagat-Politik mit ihrer deutlichen Bevorzugung Amerikas aufzugeben. Mitterrand wehrte sich nach 1990 gegen den Funktionsausbau der NATO und den damit verbundenen Einfluss der USA und bemühte sich um die militärische Aufwertung der WEU. Später unter Schröder und Fischer trafen die französischen „Lockrufe“ auf mehr Entgegenkommen, so dass sich auch von daher eine gewisse Distanz zu Amerika erklärt.

Rudolf Morsey: Der Parlamentarische Rat 1948/49 im Rückblick. Das erste Rhöndorfer Gespräch mit Zeitzeugen und Zeithistorikern 1969 (S. 313–340)

Von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus wurde am 16. Juni 1969 das erste „Rhöndorfer Gespräch“ veranstaltet, das Wissenschaftler und politische Akteure zum Austausch der Erkenntnisse und Erinnerungen zusammenführte. Aus Anlass des 20. Jahrestages der Verabschiedung des Grundgesetzes wählte man das Thema „der Parlamentarische Rat“. Die Referate hielten Eberhard Pikart und Rudolf Morsey, als Teilnehmer waren Mitglieder des Parlamentarischen Rates und Historiker, Hans Buchheim, Thilo Vogelsang, Frederic Spotts u.a., sowie der Journalist Friedrich Karl Fromme eingeladen. Diskutiert wurde vor allem

über den Einfluss der Alliierten auf das GG, die Ausgestaltung der zweiten Kammer und Adenauers Rolle als Präsident des Parlamentarischen Rates.

Gerhard Wettig: Die Entlassung der Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion 1955 – Folge der Verhandlungen mit Adenauer? Untersuchung auf der Basis neuer Archivadokumente (S. 341–352)

Wettig zeichnet anhand der sowjetischen Protokolle noch einmal die Richtlinien für die Verhandlungen auf sowjetischer Seite und den Ablauf der Verhandlungen nach. Für die Sowjets hatte die Normalisierung der Beziehungen Priorität, die Entlassung der Kriegsgefangenen war zweitrangig, aber bereits beschlossen. Nachdem die sowjetische Delegation die Frage der Kriegsgefangenen zur „inneren Angelegenheit“ erklärte und Adenauer die sofortige Abreise anordnete, wurde der Abbruch der Verhandlungen durch die mündliche Zusicherung Bulganins, dass die Kriegsgefangenen freikämen, abgewendet.

Mitarbeiter dieses Bandes

- Christopher Beckmann*, M.A., Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Joachim Bitterlich*, Botschafter a.D., Executive Vice President International Affairs Veolia Environnement, Paris
- Anselm Doering-Manteuffel*, Dr. phil., Professor für Zeitgeschichte, Universität Tübingen
- Stefan Fröhlich*, Dr. phil., Professor für Politische Wissenschaft, Universität Erlangen-Nürnberg
- Jörg-Dieter Gauger*, Dr. phil., apl. Prof., stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/ Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Andreas Grau*, Dr. phil., Wiss. Mitarbeiter, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Peter Hermes*, Dr. iur., Botschafter a.D., Bonn
- Guido Hitze*, Dr. phil., Wiss. Mitarbeiter, Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Ulrich Karpen*, Dr. iur., Professor für Öffentliches Recht, Hochschul- und Parlamentsrecht, Universität Hamburg
- Michael Klein*, Dr. theol., Dr. phil., Privatdozent, Lehrtätigkeit an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal und der Universität Heidelberg
- Hans-Otto Kleinmann*, Dr. phil., apl. Prof., bis 2002 stv. Leiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Klaus Larres*, Dr. phil., Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen, University of Ulster, Nordirland
- Markus Lingen*, Studium der Geschichte und Theologie, stud. Hilfskraft im Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin
- Werner Link*, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft, Universität Köln
- Rudolf Morsey*, Dr. phil., Dr. h.c., Professor em. für Neuere Geschichte, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
- Gisela Müller-Brandheck-Bocquet*, Dr. rer. pol., Professorin für Politische Wissenschaft, Universität Würzburg
- Carsten Penzlin*, M.A., Doktorand Universität Potsdam
- Michael Richter*, Dr. phil., Hannah-Arendt-Institut, Dresden
- Peter Rütters*, Dr. phil., Privatdozent für Politikwissenschaft, FU Berlin
- Hans-Peter Schwarz*, Dr. phil., Dr. h.c., Professor em. für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte, Universität Bonn

Alexander Straßner, Dr. phil., Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg

Gerhard Wettig, Dr. phil., 54472 Kommen

Bernd Wilz, Parl. Staatssekretär a.D., ehem. MdB

Andreas Wirsching, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Universität Augsburg